Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1930-1945

FASCHISMUS IN DER SCHWEIZ

Flamberg Verlag Zürich

WALTER WOLF

FASCHISMUS IN DER SCHWEIZ

Die Geschichte
der Frontenbewegung
in der
deutschen Schweiz
1930–1945

Die großangelegte Untersuchung des jungen Historikers Walter Wolf beschäftigt sich mit einer stürmisch bewegten Periode der jüngsten Schweizergeschichte. Im Bestreben, die geschichtliche Wahrheit jener Jahre zu ermitteln, werden hier erstmals in dieser umfassenden Weise die Tatbestände der frontistischen «Hinterlassenschaft» ausgebreitet, wird das Entstehen, Wirken und Vergehen der deutschschweizerischen Frontenbewegung, das Denken und Handeln der führenden Frontisten und ihrer profiliertesten Gegner nachgezeichnet. Auf dem Hintergrund des Bekenntnisses zum freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat werden die negativen und positiven Kräfte dargestellt und gewertet, um so ein möglichst getreues Abbild der Zeit von 1930 bis 1945 zu vermitteln.

WALTER WOLF FASCHISMUS IN DER SCHWEIZ

WALTER WOLF

FASCHISMUS IN DER SCHWEIZ

Die Geschichte der Frontenbewegungen
in der deutschen Schweiz, 1930–1945

FLAMBERG VERLAG ZÜRICH

Sämtliche Illustrationen dieses Buches sind der satirischen Zeitschrift «Nebelspalter» entnommen. Sie sind dort in den Jahren 1932 bis 1945 erschienen. Die Redaktion hat freundlicherweise die Erlaubnis gegeben zur Reproduktion der Bilder. Wegen seines mit Witz und Ironie geführten Abwehrkampfes gegen die faschistische Infiltration gehörte der «Nebelspalter» zu den entschiedensten Gegnern des Frontismus.

Printed in Switzerland by Meier + Cie, Schaffhausen

VORWORT

Ich danke all jenen, die das Entstehen dieser Arbeit gefördert haben:
in erster Linie Herrn Professor Dr. Leonhard von Muralt, meinem geschätzten Lehrer, der mir bei der Gestaltung der Dissertation große Freiheit gewährte;
sodann Herrn Professor Dr. Peter Stadler, der mich bei dieser Themenwahl unterstützt hat;
den im Literaturverzeichnis angeführten Personen, die mir in den Archiven und Bibliotheken ein reiches Quellenmaterial zugetragen haben;
den Augenzeugen der frontistischen Ära, die mir auf mein Befragen hin freimütig ihre Mitteilungen zukommen ließen;
meinem Onkel, Herrn Jakob Wolf, und Herrn Hans Hausammann, die – ohne im einzelnen zu meinen Thesen Stellung zu nehmen – die Arbeit auf deren sachliche Richtigkeit hin kontrolliert haben;
meiner Schwester Margrit Wolf, die den Text sprachlich überprüft hat;
und schließlich meinem Freund Karl Flisch, der mir bei der Korrektur der Fahnenabzüge behilflich war.
Ich widme diese Arbeit meinen Eltern, die leider die Drucklegung nicht mehr erleben konnten.

INHALTSVERZEICHNIS

Dritter Abschnitt

Die Ideenwelt der Nationalen Front

Vierter Abschnitt

Die Nationale Front vom Herbst 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Fünfter Abschnitt

Die Nationale Front während des Zweiten Weltkrieges

EINLEITUNG

«Wir Schweizer ... müssen endlich erwachen! Auch wir haben eine unbewältigte Vergangenheit, haben Schmach und Schande auf uns geladen. Es ist Zeit, daß wir damit ins reine kommen.» Mit diesen Worten, die Walter Matthias Diggelmann seinem Helden David Boller in den Mund legt, hat der Dichter der «Hinterlassenschaft»[1] das Ziel seines Romans umschrieben: er will unser Land, unser Volk konfrontieren mit der Vergangenheit, mit einer – wie der Dichter glaubt – peinlichen Vergangenheit.

Diggelmann zeichnet ein einseitiges Bild. Er berücksichtigt nicht gleichermaßen «die Aktiven und die Passiven einer Sturmzeit». Er bevorzugt die negativen und vernachlässigt die positiven Kräfte, die zwischen 1933 und 1945 in unserm Land am Werke waren.[2] Das ist sein gutes Recht. Diggelmann will ja nicht Geschichte schreiben. Als Künstler und Moralist will er seine Mitbürger aufrütteln, seinen Zeitgenossen ins Gewissen reden und glaubt dabei nicht ohne Verzerrung der historischen Wahrheit auskommen zu können.

Diggelmann genügt es nicht, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Er bezieht Gegenwärtiges in seine Betrachtungen über das Vergangene mit ein. Dem Antisemitismus der Kriegs- und Vorkriegszeit stellt er den Antikommunismus der Nachkriegszeit zur Seite. Die judenfeindlichen Ausschreitungen im nationalsozialistischen Deutschland konfrontiert er mit dem kommunistenfeindlichen «Pogrom von Thalwil». Hier wie dort glaubt er den gleichen Geist der Unduldsamkeit und Gewalttätigkeit am Werke zu sehen.[3] Wiederum geht es ihm nicht um die Ermittelung der geschichtlichen Wahrheit. Er will aufrufen zur Selbstprüfung, zur Gewissensforschung, zu einem besseren und menschlicheren Leben. Er will belehren, bekehren, herausfordern. Hinter seinem nonkonformistischen literarischen Schaffen verbirgt sich ein leidenschaftliches Streben nach praktisch geübter Mitmenschlichkeit.[4]

Neben Diggelmanns hohem Gedankenflug nimmt sich meine Arbeit bescheiden aus. Sie will keinem pädagogischen Zwecke dienen, sondern einfach informieren. Sie will die Fakten der frontistischen «Hinterlassenschaft» ausbreiten, das Werden und Vergehen der

deutschschweizerischen Frontenbewegungen schildern, das Denken und Handeln der führenden Frontisten und ihrer profiliertesten Gegner nachzeichnen. Sie will ein möglichst getreues Abbild einer stürmisch bewegten Epoche unserer Schweizergeschichte wiedergeben.

Dabei komme auch ich nicht um eine kritische Wertung herum. Diese erfolgt von einem nichtfrontistischen Standpunkt aus, vom Bekenntnis zum freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Man kann mich deshalb der Voreingenommenheit bezichtigen. Ich nehme diesen Vorwurf hin. Denn voraussetzungslose Geschichtsschreibung – glaube ich – gibt es nicht. Wer vom Geschehen des Menschen berichtet, kann sich nicht auf einen außer- oder übermenschlichen Standort zurückziehen.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil – er ist identisch mit dem ersten Abschnitt – orientiert über die verschiedenen Fronten in der Schweiz und die beiden nationalsozialistischen Schweizerbünde im Deutschen Reich. Die Bewegungen sollen – unter Weglassung vieler Einzelheiten – in ihren charakteristischen Merkmalen erfaßt werden. Der summarischen Art der Darstellung entspricht das unvollständige Ausschöpfen des Quellenmaterials. Nur leicht zugängliche, im wesentlichen gedruckte Quellen sind hier verarbeitet worden. Der zweite Teil – er erstreckt sich über die vier folgenden Abschnitte – beschäftigt sich ausschließlich mit der Nationalen Front, der bedeutendsten Erneuerungsbewegung. Hier sind sämtliche in der Schweiz irgendwie auftreibbaren Quellen verwertet worden.

Diese Zweiteilung hat zur Folge, daß der gleiche Zeitraum zweimal nacheinander behandelt wird. Der erste und dann wieder der zweite Teil steigen vom Jahr 1930 ins Jahr 1945 hinauf. Ähnliches läßt sich über die Thematik sagen. Im ersten und dann wieder im zweiten Teil stehen ähnliche Fragen zur Diskussion. Während der Abschnitt 1 an die Probleme heranführt, sie gewissermaßen nur antippt, versuchen ihnen die Abschnitte 2 bis 5, soweit dies möglich ist, auf den Grund zu gehen. Auf diese Weise können ermüdende Wiederholungen vermieden werden.

Es wäre verlockend, einen systematischen Vergleich zwischen dem Frontismus und dem Nationalsozialismus anzustellen, direkte und indirekte Bezüge der beiden Bewegungen nachzuzeichnen, auf Gemeinsames und eventuell Trennendes hinzuweisen. Eine solche Konfrontation hätte ein genaues Studium des Nationalsozialismus zur Voraussetzung. Das würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Sie

begnügt sich daher damit, den Frontismus darzustellen. Nur gelegentlich und ganz unsystematisch werden Zusammenhänge zwischen dem Rechtsextremismus in der Schweiz und dessen verwandten politischen Strömungen im Reich aufgedeckt. Ein Kenner des Nationalsozialismus wird gleichwohl hinter mancher frontistischen Äußerung das «Made in Germany» erkennen.

Die vorliegende Arbeit wäre unvollständig, wenn sie nur den Frontismus als politische Erscheinung beschreiben wollte. Sie hat auch die politischen Parteien zu schildern und deren Einstellung zu den Fronten, die anfänglich von schroffer Ablehnung bis zu warmer Zustimmung ging. Sie hat im weitern Äußerungen von parteipolitisch unabhängigen, aber geistig hervorragenden Einzelpersonen zu berücksichtigen, die in der Auseinandersetzung mit den Erneuerern Wesentliches zur Klärung der Standpunkte beigetragen haben. Schließlich hat sie sich auch mit einer speziell zur Bekämpfung des Frontismus ins Leben gerufenen Studentenbewegung zu befassen. Nicht behandelt dagegen werden einige überparteiliche Widerstandsgruppen, denen Alice Meyer eine sorgfältige und ausführliche Darstellung gewidmet hat.[5]

Als ein Hindernis bei der Bearbeitung des Themas erwies sich die fünfzigjährige Sperrfrist, die das Bundesarchiv und die meisten eidgenössischen Amtsstellen bei der Herausgabe von Dokumenten vorsehen. Die Bestimmung ist an sich verständlich. Sie bietet Amts- und Privatpersonen Schutz vor unzulässiger Indiskretion. Auch bewahrt sie den Staat vor einer vorzeitigen Bekanntgabe geheimer oder vertraulicher Akten. Auf die wissenschaftliche Forschung dagegen wirkt sie sich hemmend aus. Dies ist um so drückender, als das Ausland nicht durchwegs an solche Bestimmungen gebunden ist. Die Sperrfrist kann – wenn auch ungewollt – der Entstehung eines falschen Geschichtsbildes, einer «Dolchstoßlegende», Vorschub leisten, weil sie die wissenschaftlich einwandfreie Richtigstellung einer unseriösen, auf ungenauer Aktenkenntnis basierenden Sensationsliteratur, wie sie sich in letzter Zeit gerade auf dem Gebiete der neuesten Schweizergeschichte breitgemacht hat, erschwert. Schließlich verstößt die Sperrfrist gegen das Prinzip der Rechtsgleichheit, solange sich nur die wissenschaftliche Forschung, nicht aber ehemalige Magistratspersonen,[6] an sie gebunden fühlen. Bei der Bearbeitung der vorliegenden Untersuchung war es nicht immer möglich, die Sperrfrist zu durchbrechen. Die Darstellung basiert daher auf unvollständiger Aktenkenntnis. Bei der Bekanntgabe neuer, der Forschung heute nicht zugänglicher Fak-

ten müßte vielleicht diese oder jene Retouchierung vorgenommen werden. Doch wäre es verfehlt, wenn man der Sperrfrist allzu große Bedeutung beimessen wollte. Auch bei unvollständiger Aktenkenntnis dürfte es möglich gewesen sein, ein vielleicht nicht so detailliertes, aber im ganzen richtiges Bild des Frontismus zu entwerfen. Die Geschichtsschreibung wird ja immer ihre Aussagen auf eine Auswahl von Quellen stützen müssen: bei der Erforschung früherer Epochen sind zahlreiche Dokumente einfach nicht mehr auffindbar; bei der Bearbeitung der neuesten Zeit mit ihrem in der Regel viel dichteren Quellenmaterial stellt sich ihr die Sperrfrist als eine etwas anders geartete Schranke in den Weg. Hier wie dort wird sie sich eben mit dem ihr zugänglichen Material begnügen müssen.

ERSTER ABSCHNITT

Überblick über die Fronten

I. Frontenfrühling

Im Frühjahr 1933 erwachte die Innenpolitik unseres Landes zu neuem Leben. Über Nacht war den Parteien, die sich in traditionellen, etwas ausgefahrenen Bahnen bewegten, eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen. Fronten, Bünde und Wehren schossen wie Pilze aus dem Boden und lenkten in vollgestopften Sälen und auf überfüllten Plätzen die Aufmerksamkeit einer bisher unpolitischen Masse auf sich. Mit schwungvollen Phrasen brachten sie das zähflüssige Blut des eher nüchternen Schweizers in Wallung. Der «*Frontenfrühling*»,[1] jene merkwürdige und wohl einzigartige Erscheinung im politischen Leben der Schweiz, war angebrochen.

Welches waren die *Ursachen,* die zu einer Auflockerung des parteipolitischen Erdreichs geführt hatten? Und welches waren die *Ziele,* denen die neuen politischen Bewegungen entgegentrieben?

1. Die Ursachen des Frontenfrühlings

Die dreißiger Jahre wurden ganz allgemein als eine Zeit des *Umbruchs,* der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Krise empfunden: «Krisis ist heute das Schlagwort, mit dem das menschliche Dasein ... gekennzeichnet werden kann... Unsere kritische Situation ist durch den Weltkrieg, die Weltwirtschaftskrisis und die politischen Umwälzungen in der Nachkriegszeit jedermann zum Bewußtsein gekommen... Den tiefer Forschenden und Denkenden war ... die Fragwürdigkeit unserer abendländischen Kultur schon vor dem Weltkrieg deutlich geworden ... Statt dem himmelstürmenden Glauben zu huldigen an die Höhe unserer Kultur, an den Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens, an die Größe des menschlichen Geistes, leuchtete Friedrich Nietzsche in die Hohlheit des scheinbar gesättigten und selbstsichern ... Menschen hinein, zeigte Karl Marx die Unsicherheit des wirtschaftlichen und sozialen Lebens auf», legte Oswald Spengler die Niederschrift seines «‹Untergangs des Abendlandes› vor. Heute erkennt jedermann den Zusammenbruch der Weltpolitik und der Weltwirtschaft und sieht darin die Not unserer Tage. Erst eine spätere Geschichtsschreibung wird aber mit voller Schärfe erkennen, daß die

Krisis wohl in erster Linie eine *geistige ... Krisis* gewesen ist, und daß alle politischen und wirtschaftlichen Verfallserscheinungen Folgen der geistigen Richtungslosigkeit der abendländischen Kulturmenschheit gewesen sind.»[2]

Die Desorientierung des abendländischen Menschen fand ihren Niederschlag im Aufkommen faschistischer[3] und nationalsozialistischer Strömungen in den westeuropäischen Staaten. In der Schweiz traten diese Strömungen bei den *Fronten* in Erscheinung. Sie erfaßten in erster Linie das Bürgertum. Gerade in jenen Schichten, die sich seit Jahrzehnten des liberalen und demokratischen Staates und einer im großen und ganzen freien und blühenden Wirtschaft erfreut hatten, setzte der Frontismus ein mit seiner Kritik an Staat und Gesellschaft, an Politik und Wirtschaft. Was vermochte die «geistige Krisis» besser zu erhellen als die Tatsache, daß die geheiligten Werte der Väter plötzlich in Frage gestellt waren?

Im einzelnen lassen sich *vier Beweggründe* für das Entstehen des Frontismus unterscheiden: ein außenpolitischer, ein innenpolitischer, ein wirtschaftlicher und ein psychologischer.

Außenpolitischer Beweggrund: Die *Machtergreifung Hitlers* in Deutschland blieb nicht ohne Einwirkung auf unser Land. Die Schweiz nahm am deutschen Geschehen lebhaften Anteil und suchte sich ein eigenes Urteil darüber zu bilden. Sollte man der unheimlichen Dynamik des neuen Reichskanzlers mißtrauen und die terroristische und totalitäre Handhabung der Macht, die an die Seite der kommunistischen Gewaltherrschaft zu stellen war, verurteilen? Oder sollte man ihm die Fähigkeit zutrauen, die zerrissene deutsche Nation hinter seiner Fahne zu sammeln, die wirtschaftlichen und sozialen Schäden des Landes zu beheben und das Gespenst der Bolschewisierung Deutschlands und weiterer zentraleuropäischer Gebiete zu verscheuchen? In den «Neuen Zürcher Nachrichten» zum Beispiel kamen beide Auffassungen zum Wort: «Mit der Übernahme der Regierungsgewalt hat Hitler zweifellos ganz Mitteleuropa und damit auch uns Schweizern einen ganz gewaltigen Dienst erwiesen, indem er den Ansturm des Bolschewismus zurückwarf... Von dieser Erwägung aus stellt die gegenwärtige deutsche Revolution ... eine rettende Tat für die Kultur Mitteleuropas dar.»[4] – «Die Behauptung, der (nationalsozialistische) Umsturz sei eine rettende Tat für die Kultur Mitteleuropas gewesen, kann vor dem Richterstuhl der Geschichte nicht standhalten... Man ist schlechthin gezwungen, den Nationalsozialismus an die Seite des

Bolschewismus zu stellen.» In beiden Systemen «hat die Person keinen Eigenwert».[5]

Aber nicht nur in der Beurteilung des außenpolitischen Phänomens gingen die Meinungen auseinander. Man stritt sich auch über die Frage, ob und wieweit die Umwälzung in Deutschland *Rückwirkungen auf die Schweiz* habe. Die einen betrachteten den Sieg des autoritären Hitlersystems als eine rein «innerdeutsche Angelegenheit»,[6] welche das Recht der Schweiz, ihren eigenen demokratischen Weg zu gehen, in keiner Weise berühre: «Unser Volk ist so gründlich wesensverschieden vom deutschen Volkstum, daß wir verlangen können und müssen, aus dem Wurstkessel alldeutscher Belange herausgenommen zu werden.»[7] Andere dagegen glaubten, die deutschen Ereignisse seien auch für die schweizerischen Verhältnisse relevant: «Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man nicht glauben, daß die Vorkommnisse in Deutschland auch für unser Land von einiger Bedeutung sind.»[8] Schon vor der Machtergreifung Hitlers gab es Leute, die geneigt waren, aus dem Aufstieg Mussolinis Rückschlüsse für unser Land zu ziehen. So konnte Frontenführer Robert Tobler im Jahre 1931 schreiben: «Eine starke nationale Bewegung geht durch die Welt. In den Nachbarstaaten hat sie sich überall mächtige Organisationen geschaffen, deren bedeutendste, der Faschismus, sich mit dem Staat selbst identifiziert... Die Schweiz wird sich dieser Bewegung nicht entziehen können.»[9] Dieser Ausspruch zeigt, wie in Frontistenkreisen schon früh die Überzeugung lebendig war, Faschismus und Nationalsozialismus seien politische Gestaltungsformen einer neuen, zukunftsträchtigen Zeit.[10] Hitlers Machtergreifung im Jahre 1933 mußte die Frontisten in ihren Ideen bestärken. Sie verleitete einen derselben zum pathetischen Ausruf: «Und erst Deutschland! Die nationale Erhebung packt jeden, der seinem Volke eine Erneuerung wünscht, sie freut jeden, der in ihr etwas aus dem Heimatboden Wachsendes ... zu erkennen vermag, sie erschüttert den mit Spannung zusehenden jungen Schweizer trotz häßlicher Nebenerscheinungen.»[11]

Durch den politischen Sieg Hitlers gewann auch der seit drei Jahren in der Schweiz unbeachtet gebliebene Frontismus an *Suggestivkraft*. Die Ohren des Durchschnittsbürgers, die so lange taub gewesen, horchten plötzlich auf. Die Augen, die so lange blind gewesen, wurden allmählich sehend. Die Herzen, die so lange verschlossen gewesen, tauten langsam auf. Das Eis war gebrochen. Hitlers Triumph schien auch den Fronten zu einem Triumph zu verhelfen: «Die nationale und soziale Wiedergeburt der europäischen Staaten ist nicht aufzu-

halten. Gestern erfolgte der Sieg des Faschismus. Heute erleben wir den Sieg des Nationalsozialismus. Morgen wird die Nationale Front den Sieg erringen... Kameraden, unser ist der morgige Tag! Unser ist die Zukunft des geliebten Schweizerlandes!»[12]

So geschah, was ein welscher Beobachter im Sommer 1933 festhielt: «On ne peut s'empêcher de constater la concomitance entre l'apparition et le développement des Fronts d'une part, et le triomphe du hitlérisme en Allemagne d'autre part... Les paroles de Hitler ont passé la frontière et pénétré dans les cerveaux.»[13] Diese Feststellung wurde von frontistischer Seite bestätigt: «Zweifellos stand das Aufkommen vieler ... Erneuerungsbewegungen in der Schweiz im Zusammenhang mit dem Sieg des deutschen Nationalsozialismus, genauso, wie in verschiedenen Jahren und Jahrhunderten gewisse schweizerische Vorgänge durch geistige und politische Bewegungen bei unsern Nachbarvölkern ausgelöst wurden.»[14] Bald sollte sich aber die Synchronisierung des Frontenfrühlings mit der nationalsozialistischen Machtergreifung für die Frontisten als eine *Hypothek* erweisen. Viele von ihnen erlagen so sehr dem ausländischen Einfluß, daß sie nicht mehr in guten Treuen als Schweizer angesprochen werden konnten. Sie tauschten ihren heimatlichen Rock gegen ein fremdes Kleid aus und schreckten unter Umständen auch nicht davor zurück, im Solde einer fremden Macht dem eigenen Vaterlande Schaden zuzufügen.

Innenpolitischer Beweggrund: Seit dem Generalstreik von 1918 bestand in der schweizerischen Innenpolitik ein unüberbrückbarer *Graben zwischen rechts und links,* ein unfruchtbarer Gegensatz zwischen Bürgertum und Sozialismus. Schuld daran war einmal die *Sozialdemokratie,* die sich seit Jahren in einem Radikalisierungsprozeß befand. Sie hatte ihre ursprünglich reformistische Tendenz – die allmähliche Durchdringung der Wirtschaft mit sozialen Ideen, Praktiken und Institutionen – zugunsten einer revolutionären Taktik preisgegeben, die die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zerschlagen, die demokratische Staatsform durch die proletarische Diktatur und das freie Unternehmertum durch eine kollektivistische Gesellschaftsordnung ersetzen wollte. Damit hatte sie die bürgerlichen Parteien in eine feindselige Abwehrhaltung hineingedrängt und einer Versteifung der Gegensätze, einer Erstarrung der parteipolitischen Fronten Vorschub geleistet.[15]

Aber auch das *Bürgertum* war nicht über alle Kritik erhaben: «Es war der große Fehler der historischen Parteien, beim Aufkommen

des Sozialismus sich in eine bloße Abwehrstellung begeben zu haben. Mit der nur negativen Bekämpfung des Sozialismus wurde dieser nur großgezogen. Gerade die vom Katholizismus her orientierte konservative Partei hätte umfassend ein soziales Aktionsprogramm entwerfen und wirksam machen müssen... Statt dessen hat man allzu theoretisch immer nur von der Enzyklika ‹Rerum novarum› geschrieben und höchstens den direkt betroffenen Arbeitern im Rahmen der Partei gestattet, sich ihrer Haut zu erwehren.»[16] Diese offene und freimütige Kritik an der Sozialpolitik des katholischen Lagers durch einen seiner eigenen Vertreter traf im gleichen, wenn nicht höheren Maße auf den Freisinn und andere bürgerliche Gruppen zu: «Die Partei des alten und gesunden Liberalismus wurde zur Partei der Finanz, der sich bald die Partei des Arbeiters, des Proleten gegenüberstellte. So bewegte sich mehr und mehr das politische Leben unseres Landes in dieser ... Gegensätzlichkeit zwischen Freisinn und Sozialdemokratie.»[17] Die bürgerliche Sozialpolitik war «in Wahrheit nichts anderes als eine unter dem Drucke anderer Parteien erzeugte Konzessionspolitik».[18] Ein solches Verhalten legte nicht gerade Zeugnis von einer weitsichtigen und staatsmännischen Führung ab.

Diese Spaltung des Volkes in zwei feindliche Machtblöcke, in eine vorwiegend nationale und eine überwiegend soziale Richtung, verfehlte nicht ihren Eindruck auf die junge Generation der Zwischenkriegszeit: «Das Erlebnis, das uns zutiefst ergriffen hat, war der Blick in den Abgrund des Klassenkampfes, der unser Volk zerrissen hat. Wir sahen, wie der Bruch ... das Ganze in zwei Teile spaltet, von denen der eine ohne den andern nicht lebensfähig ist.»[19] Die Jungen waren nicht bereit, sich mit diesem «Grabenkrieg» abzufinden: «Die Ideen, die wir zu verwirklichen suchen, ist die nationale Zusammenarbeit aller Klassen... Das Ziel unserer Sehnsucht ist die Wiederherstellung des sozialen Friedens innerhalb der Nation.»[20] Eine «*neue Front* im politischen Kampf», die sich «nicht mehr in den bekannten Gegensatz rechts/links» einordnete und nicht mehr in den Kategorien kapitalistisch/sozialistisch dachte, sondern die den Zwiespalt «senkrecht auf der ganzen Länge durchschnitt» und die beiden Blöcke harmonisch in sich vereinigte,[21] sollte die Basis einer überparteilichen Verständigung, einer echten und *umfassenden Volksgemeinschaft* sein. Ihr Bestreben sollte dahin gehen, «aus der ... Beschränkung auf bestimmte Bevölkerungsschichten herauszukommen»,[22] «das Zusammengehörigkeitsgefühl aller, von Hoch und Niedrig, Arm und Reich» zu stärken und zur «kameradschaftlichen Verbundenheit», zur «gegen-

seitigen Hilfsbereitschaft aller Volksteile» anzuspornen.[23] Eine durchaus positiv einzuschätzende Grundgesinnung sprach aus diesem frontistischen Gemeinschaftsideal.

Etwas anders lagen die Verhältnisse in der frontistischen Hochburg Schaffhausen. Weil der freisinnig-sozialdemokratische Stadtrat einen bedeutenden Baukredit massiv überschritten hatte, wurde am 6. November 1932 nach einem scharf geführten Wahlkampf der Führer der Kommunistischen Parteiopposition, Walther Bringolf, mit einem Vorsprung von 113 Stimmen gegenüber seinem freisinnigen Gegner zum Schaffhauser Stadtpräsidenten gewählt.[24] Das Bürgertum stand vor einem Scherbenhaufen. Niemand vermochte vorauszusehen, daß sich die Ära Bringolf, aufs Ganze gesehen, für die Stadt vorteilhaft auswirken sollte. Auch gab es nur wenige, die erkannten, daß Bringolf, der nicht mehr der kommunistischen Internationalen angehörte, sich nach «bekanntem schaffhauserischem Einschlag» böser gab, als er es im Grunde war.[25] Vielmehr meinte man, das Schlimmste befürchten zu müssen. Die Verantwortung für das Fiasko überband man in erster Linie dem Freisinn, der nicht mehr fähig sei, einem Kommunisten, der seine politische Schulung in Moskau geholt habe, den Weg ins Stadthaus zu versperren. Die freisinnige Partei büßte an Zugkraft ein. Einigen jungen Männern – darunter auch Rolf Henne –, die eben erst die Neue Front gegründet hatten, gelang es, zahlreiche enttäuschte Bürger um sich zu scharen. So hatte der *Sieg der extremen Linken zum Aufkommen der äußersten Rechten* geführt. «Man erblickte ... im Frontismus ein Gegengift zum Kommunismus... Die biblische Formel des Teufelaustreibens mit dem Beelzebub, übertragen auf die schaffhauserische Politik, wurde zu einem Sympathisieren mit dem Dr. Henne am Rhyn, um mit dessen Stoßkraft den Bringolf zu bändigen.» Bald sollte jedoch «der Schaffhauser Bock vom Gegengift mehr Beschwerden bekommen als vom Gifte selber».[26]

Wirtschaftlicher Beweggrund: «Die wirtschaftliche Wurzel der Erneuerungsbewegungen liegt unzweifelhaft in der großen *Krise,* die das ganze Wirtschaftsleben erschüttert hat.»[27] Seit einigen Jahren litten zahlreiche Berufsschichten an Arbeitslosigkeit, an Konkurrenzdruck und Niedergang selbständiger bäuerlicher und gewerblicher Existenzen. Diese Nöte riefen einer latenten Unzufriedenheit und Kritiklust das Wort, die die Fronten propagandistisch auszunützen verstanden. Vor allem an den Versammlungen wurde die Propagandatrommel kräftig gerührt: «Dort steht der Mann auf dem Po-

dium. Der sagt, wer schuld sei: die Juden, die Freimaurer... Herrgott, wie der das kurz und träf sagt. Ja, so wird es sein. Also brüllt man Bravo und klatscht dem Ankläger zu. Der Bundesrat ist natürlich auch schuld... Und dann diese Politiker und Parteien, diese Volksbelüger und Betrüger... So instinktmäßig hat man es schon lang geglaubt. Jetzt sagt es einer, sagt es vor der großen Versammlung. Donner und Doria, das ist unser Mann. Die Woge brausenden Beifalls umbrandet den Ankläger..., die Masse berauscht sich an seinen Worten und er an ihrer schier tobenden Zustimmung. Wo so Übereinstimmung, Kontakt der Gefühle herrscht, da regt sich der Wille zur Tat. Was soll geschehen? Zum Teufel mit den Parteien. Fort mit dem schwächlichen Bundesrat. Der starke Mann an die Spitze. Abholzung der Demokratie, Autorität muß her, daß die Juden zittern. Die Geheimbünde sind aufzuheben, der Marxismus ist zu zertrümmern, ... diesen Roten zeigt man den Meister... Wirtschaft und Politik wird unter erlesene Führer gestellt... Hat man nur erst den ‹Führer› und dieser die volle Macht und alle Gewalt in den Händen, dann kommt alles von selbst. Sobald die Juden verjagt, die Logen verboten und die Sozialisten unterdrückt sind, steigt der Milchpreis, wird der Käs verkäuflich, hat jeder Krämer den Laden ... und jedes Hotel die Betten voll..., kann die Industrie wieder arbeiten und rinnt das Geld nur so in den Schüttstein.»[28] In diesem Stil agitierten einige Fronten und holten sich ihren Anhang bei jenen Schichten, die von der Krise am härtesten betroffen waren. «Bei den Arbeitslosen, die keine Aussicht auf Wiederbeschäftigung haben und mit unzureichender Unterstützung auskommen müssen. Bei den Jugendlichen, die wagemutig und frisch ins Leben hinaustreten möchten, aber den Weg dazu versperrt sehen. Bei den Intellektuellen, die trotz ihres Studiums keine Existenzmöglichkeit finden. Bei den Schuldenbauern, die weder Steuern noch Zinsen zu zahlen imstande sind. Bei den kleinen Mittelständlern, die infolge der Dauerkrise reduzierte Auftragsbestände haben und sich in ihren Existenzmitteln geschmälert sehen.»[29] So ernteten die Fronten, was die Krise gesät hatte.

Psychologischer Beweggrund: Die Fronten rekrutierten vorwiegend junge Männer zwischen zwanzig und vierzig Jahren, also jenen Typus von Staatsbürgern, dem es zwar nicht am politischen Interesse oder sozialen Verständnis gebrach, wohl aber an der Möglichkeit, seinen Gestaltungswillen in die Tat umzusetzen. «Daß die Schweiz heute im Gegensatz zur Zeit der Stämpfli, Escher und Curti einen

entschiedenen Hang zur *Greisendemokratie* besitzt, daß die Jugend im wesentlichen Stimmvieh ist und daß wir eine Minderheitsregierung par excellence haben», wollte vielen Jugendlichen nicht in den Kopf. «Wenn ... ein Mann im Durchschnittsalter von 35 Jahren – Familienvater, Hauptmann im Militär, ... gut genug, in schwerster Gefahr eine Kompagnie zu führen – im Zivilleben ein Wort zu den Geschikken des Landes mitsprechen will, so ... heißt es: noch so jung, politisiere er schon, er werde seine Erfahrungen erst noch sammeln müssen!»[30] Die Verantwortung an diesem Zustand trugen die tonangebenden Leute in den Parteien, durchs Band ältere Semester, die den Jüngern «sehr wenig Vertrauen» entgegenbrachten,[31] sie kurz hielten und sich wenig Mühe gaben, sie zu verstehen.[32]

Gegen diese «Vorherrschaft der senilen Trägheit»[33] begannen die *Jungen* zu *rebellieren:* «Die Jugend muß heute voran. Wer im privaten Leben in der Vollkraft steht, der kann auch in der vaterländischen Politik in der Vollkraft stehen.»[34] «Wir alle wissen, daß wir gemeinsam gegen die Front der Alten ... kämpfen müssen.»[35] Wer die gleichen politischen Rechte besitze wie die Alten, müsse auch die gleichen politischen Führerstellen erhalten.[36] Also schritt man vom Wort zur Tat. Jungliberale, Jungsozialisten, Jungkonservative und Jungdemokraten schufen eigene Organisationen. Zu diesen Neugründungen, die alle mehr oder weniger an ihre Mutterpartei attachiert blieben, kamen die Fronten und Jungbauern als parteipolitisch unabhängige Gebilde, in denen ebenfalls das jugendliche Element vorherrschte. Die junge Generation suchte sich nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahren, durch Flucht in die Indifferenz dem staatspolitischen Geschehen zu entziehen, sondern bekundete, oft stürmisch aufbegehrend, ihr Interesse an den öffentlichen Dingen.

Dieser Aufbruch der Jungen war manchmal mit *pathetischer* Bekundung hoher Ideen verbunden: «Was die Abneigung der jungen Generation gegenüber der heutigen Art des Politisierens ganz besonders schürt, ist das Gefühl, daß die Politik zum bloßen Geschäft und zum Kuhhandel degradiert worden ist. Wo es sich einst um die Austragung von weltanschaulichen Konflikten handelte, bemerken wir heute nur noch reinen Opportunismus. Alles ist Taktik, daher auch kein Opfer für eine innere Überzeugung mehr... Der junge Mensch begeistert sich aber für Heroismus jeglicher Art, nicht aber für das kleinliche Feilschen um abgenagte Knochen.»[37] Aus solchen Überlegungen resultierten dann Forderungen wie «Abkehr vom Materialismus», «Hingabe für die Allgemeinheit», «Berücksichtigung des

Gesamtwohls anstelle der Einzelinteressen». Schlagworte wie «Ehre und Pflichtgefühl», «Gerechtigkeit und Hilfsbereitschaft», «Gemeinnutz statt Eigennutz» wurden zu geläufigen Parolen.[38] Sicher konnte man spotten, die Jungen hätten «in diesen Konjunkturtagen für Propheten und Reformer ... ihr politisches Genie entdeckt».[39] Aber hinter ihrem Streben verbarg sich der Wille zur sittlichen Erneuerung der politischen Praxis, ein Wille, den die junge Frontengeneration mit ihren Altersgenossen in den Parteien teilte.[40]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die verschiedenen Fronten und Bünde in bezug auf die Ursachen ihrer Entstehung, auf die Zielgebung ihres politischen Willens und auf die Zusammensetzung ihrer Gefolgschaft ein recht heterogenes Gebilde darstellten. «Was in den Fronten an Motiven mitmarschiert, ist heute noch so uneinheitlich und uneinig wie möglich: in erster Linie mannigfaltiger politischer und wirtschaftlicher Unmut, weiter persönliches Geltungsbedürfnis, Ressentiment, politische Opposition, politisch-soziales Ungenügen, die einfache Lust am Aufbegehren und Auf-den-Tisch-Klopfen, materialistische Spekulation, politische Abenteuerlust, aber auch ideale Gesinnung, grundsätzliche Kritik, politischer Erneuerungswille, mystischer nationaler Glaube, kurz alle menschlichen Gefühle und Stimmungen in bunter Zusammenfassung. Komplex ist aber auch die Anhängerschaft, welche die Reihen der Fronten füllt oder mitläuft: junge Leute, die ihren Weg und ihre Stellung noch zu machen haben, Studenten und Akademiker, dann die Leute des Erwerbslebens, Intellektuelle, Kleinbürger, Angestellte, Militärs, Krämer, Bauern, Kleinindustrielle.»[41]

2. *Die Ziele der Fronten*

Was für Ziele und Ideen verbanden die Fronten miteinander? Eine eindeutige Antwort auf diese Frage fällt nicht leicht. Die frontistischen Programme waren oft «*unklar* und widerspruchsvoll».[1] Irgendwie fühlte man dumpf, daß «etwas Neues kommen» müsse,[2] das aber noch keine bestimmte Form, keine klar umrissene Gestalt angenommen hatte. Dunkel und instinktiv drängte sich ein neues politisches Empfinden an die Oberfläche, das sich noch nicht in einem einheitlichen Willen, nicht in einer klaren Zielgebung konkretisiert hatte. Verschwommene Aussagen trugen wenig zur Klärung bei: «Ein gebundenes Führertum ist not, das die Not des ganzen sozialen Kör-

pers stellvertretend erleidet und aus der Notwendigkeit des Ganzen entscheidet.»[3] Wie sollte man aus solchen Worten klug werden? Zu dieser Unbestimmtheit kam ein stark *romantischer* Zug, der wohl mit der idealistischen Grundstimmung der jungen Frontengeneration zusammenhing. «Stelle man sich einen Frontisten von heute in einer Versammlung von 1903 vor. Der Mann, der heute bejubelt wird, wäre damals ausgepfiffen worden..., (weil er) dreißig Jahre zu früh aufgestanden wäre. 1903 aber hätte man gesagt: hundert Jahre zu spät.»[4]

Dennoch lassen sich einige Programmpunkte der Fronten mehr oder weniger auf einen gemeinsamen Nenner bringen.[5] An erster Stelle ist wohl die *Absage an die liberale Demokratie* zu nennen. Diese sollte durch die konzentrierte oder autoritäre Demokratie ersetzt werden. Die demokratischen Volksrechte, das Referendum und die Initiative, sollten abgebaut, und das Parlament als gesetzgebende Behörde und als Kontrollinstanz von Verwaltung und Regierung sollte in seinen Kompetenzen beschnitten werden. Gleichzeitig wollten die Fronten die Macht der Exekutive erweitern. Sie wollten das Kollegialsystem in der Regierung durch das Führersystem ersetzen. Der Regierungschef sollte nicht mehr in einem jährlichen Turnus wechseln, sondern vom Volk auf eine Amtsdauer von mehreren Jahren gewählt werden. Als führender Kopf hatte er den politischen Kurs zu bestimmen, die Mitglieder der Regierung zu ernennen und die Verwaltung zu dirigieren. «Der Führergedanke muß auch in der Schweiz zum Durchbruch kommen. Heute, wo rings um unser Vaterland starke, selbstbewußte Nationalstaaten entstehen, ist es an der Zeit, daß auch wir ... der männlichen, geradlinigen Staatsführung zum Siege verhelfen. Dies bedingt aber sowohl einen Wechsel des politischen Systems als auch einen Wechsel in den Personen an den höchsten Stellen, das heißt nichts anderes als eine totale Erneuerung des gesamten politischen Lebens.»[6] Einige Fronten gingen in diesen Forderungen so weit, daß sie, teils offen, teils versteckt, die Auswechslung der Demokratie mit der Diktatur verlangten.[7]

Parallel zu dieser stärkeren Betonung der obrigkeitlichen Autorität ging die *Geringschätzung der individuellen Freiheitsrechte*. Der Glaubens-, Gedanken- und Gewissensfreiheit, der Presse- und der Vereinsfreiheit wurde nicht mehr grundsätzliche Bedeutung beigemessen. Viel höher dagegen wertete man die Einordnung des Einzelnen in die Gemeinschaft, seine Unterordnung unter die staatliche Gewalt. «Wir stehen heute ... am Ende des individuellen Zeitalters... Dieses stellte stets das Individuum in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

Sein großes, aber auch verführerisches Losungswort hieß: Freiheit für das Individuum. Heute ringt sich aber eine andere Betrachtungsweise durch. Diese erklärt: ...Der Mensch lebt stets in Gemeinschaften, in Familie, Stamm, Volk, Nation... Die Gemeinschaft ist das erste, dann erst kommt der Einzelmensch.»[8] Von dieser stärkeren Betonung des Kollektivums her sind die frontistischen Forderungen nach wahrer Volksgemeinschaft, nach Beseitigung der Klassenvorurteile, nach Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft zu verstehen, aber auch der Zweifrontenkrieg der Erneuerer gegen den Liberalismus und den Sozialismus. Dem ersteren machten sie seine ausbeuterische Tendenz, dem letzteren seine klassenverhetzende Terminologie zum Vorwurf. Beide seien in ihrer Art klassenkämpferisch und wirkten sich volkszersetzend statt gemeinschaftsfördernd aus. Beide seien auch Überreste einer vergangenen Welt und hätten daher von der Bildfläche zu verschwinden. «Unter gewaltigen Erschütterungen bricht ein innerlich leer und hohl gewordenes Weltbild zusammen, dem in gleicher Weise Liberalismus und Marxismus verhaftet sind... Indem der eine den Einzelmenschen zum Götzen erhob und der andere in seinem ganzen Denken nur um die einzelne Klasse kreiste, verstießen beide gegen die ewigen Grundgesetze des menschlichen Zusammenlebens... Da sie beide auf einer überwundenen Epoche der Geschichte fußen, vermögen sie keinen Ausweg aus dem Chaos der Gegenwart zu weisen. Sie stehen rat- und hilflos den Nöten unserer Zeit gegenüber.»[9] Aus den «Trümmern des Liberalismus und des Marxismus» werde sich aber eine neue Generation einen neuen Staat bauen.[10] So waren die Fronten *antiliberal* und *antimarxistisch* zugleich.[11]

Der doppelten Kampfstellung gegen die politische Rechte und Linke entsprach im Bereich des Ökonomischen der Zweifrontenkrieg gegen den Staatssozialismus und die freie Marktwirtschaft. Beide Systeme sollten durch die *korporative Ordnung* überwunden werden. «Wir müssen aus dem Klassenkampf, der unser Volk ... zerreißt, herauskommen. Das kann nur geschehen, wenn der Arbeitgeber seinen auf privatrechtlicher Anschauung beruhenden Herrschaftswillen preisgibt... Das kann anderseits nur geschehen, wenn auch der Arbeitnehmer die marxistische Forderung auf Verstaatlichung und Expropriation der Produktionsmittel aufgibt... Erst mit der Verwirklichung ... der korporativen Ordnung ... wird die Grundlage des Arbeitsfriedens geschaffen.»[12] Eine umfangreiche Frontenliteratur erläuterte des näheren die ständische Wirtschaft – wie diese Ordnung auch ge-

nannt wurde. Letztere setzte sich aus verschiedenen Kammern zusammen. Betriebskorporationen behandelten Fragen der Führung eines Unternehmens und vermittelten auf Betriebsebene zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Branchenkorporationen regelten Branchenangelegenheiten, zum Beispiel das Submissionswesen und Fragen der Berufsbildung. Standeskorporationen befaßten sich mit Problemen des Arbeiter-, Angestellten-, Gewerbe- oder Bauernstandes. Die Landeskorporation oder der Landeswirtschaftsrat vereinigte in sich die Vertreter aller Stände. Er hatte auf nationaler Ebene den Interessenausgleich zwischen den Sozialpartnern herbeizuführen und die Wirtschaftspolitik des Landes, die Handels-, Finanz-, Preis- und Konjunkturpolitik zu leiten. Ihm kam öffentlichrechtlicher Charakter zu, da er Wirtschaftsgesetze erlassen und Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich erklären konnte. So stellten sich die Frontisten den korporativen Staat vor. Vermochte eine solch komplizierte Ordnung reibungslos zu funktionieren? War das ganze System nicht eher eine abstrakte Konstruktion? Konnte der Arbeitsfriede gesichert werden einfach dadurch, daß sich Arbeiter- und Unternehmervertreter in den Korporationen an den gleichen Tisch setzten? Genügte es, ein Organisationsschema aufzustellen, ohne ein konkretes Finanz-, Wirtschafts- und Sozialprogramm zu entwerfen? Ließ sich auf diese Weise das Land aus der Krise herausführen? Oder wurde der berufsständische Aufbau nur deswegen propagiert, weil man damit das Mehrparteiensystem zu vernichten hoffte? Wollte man mit Hilfe des Korporationenstaates dem diktatorischen Führerprinzip zum Durchbruch verhelfen? War das ganze Theoriengebäude nicht ein unbeholfener Versuch, den italienischen Korporativismus auf schweizerische Verhältnisse zu übertragen? Über all diese Fragen[13] haben sich die Frontisten nie deutlich ausgesprochen.[14]

Einige Fronten huldigten auch der nationalsozialistischen *Rassentheorie,* die sich beinahe zwangsläufig mit dem *Antisemitismus* verband. «Wir wollen Rassenzucht treiben. Wer Zucht treiben will, muß ein Zucht-Ziel haben... Dieses Zuchtziel ist der nordische Mensch.»[15] Hinter diesem animalischen Zucht-«Ideal» steckte der Gedanke von der Überlegenheit der arisch-germanischen und der Minderwertigkeit jeder andern, vor allem der semitischen «Rasse». Das Weltjudentum, behaupteten die frontistischen Rassenapostel, sei «nicht als Religion, sondern als Volk, Rasse und Nation» aufzufassen.[16] Es beabsichtige die Zersetzung und den Verfall des Wirtsvolkes und müsse schon aus Gründen der rassischen Gesundheit bekämpft werden.[17] Hier tritt uns

ein biologisches Verständnis des Begriffs «Volksgemeinschaft» entgegen, eine Anschauung, die den Willen zur Nation auf die «Gleichheit des Blutes und der Rasse» zurückführt, nicht aber auf die geistige Verbundenheit freier Menschen, die sich aus gemeinsam erlebter Tradition heraus zu einer Nation zusammenfinden. Diese Rassentheorie mußte letztlich die Eigenstaatlichkeit der Schweiz in Frage stellen.[18]

Zusammenfassend seien als die gemeinsamen Ziele und Ideen der frontistischen Erneuerungsgruppen erwähnt: «Ein erschreckend geringes Verständnis für eine liberale Haltung im öffentlichen und privaten Leben, die Zweifel an der Demokratie, der Wille zur Unterwerfung unter eine diktaturähnliche Führung, der Ruf nach Autorität und Bindung, ... der unerbittliche Kampf gegen den Marxismus in jeder, auch in geistiger Form, gegen den Liberalismus und seine politischen Institutionen, ... das Eintreten für den totalitären Staat, für eine mehr oder weniger verkappte Diktatur sowie für die korporative Idee.»[19]

II. Fronten ohne Bindung an das Ausland

Was ist eine Front? Worin unterscheidet sie sich von einer Partei? Zu den Parteien gehören jene politischen Körperschaften, die beim Aufkommen des Frontismus bereits bestehende Organisationen waren, die ihre Gründung daher nicht dem Einfluß des Faschismus zu verdanken hatten. Zu den Parteien rechnen wir ferner den 1935/36 gegründeten Landesring der Unabhängigen, der als autochthon schweizerische Bewegung zu gelten hat. Zu den Fronten dagegen zählen wir alle übrigen politischen Neugründungen der dreißiger Jahre, selbständige, von den Parteien unabhängige politische Organisationen, die vom Faschismus oder Nationalsozialismus in irgendeiner Weise beeinflußt waren. Der Grad dieser Beeinflussung konnte ein verschiedener sein. War er nur ein geringfügiger, so daß die ideologische, organisatorische und finanzielle Selbständigkeit der Bewegung gegenüber ausländischen Organisationen gewahrt blieb, so sprechen wir von *Fronten ohne Bindung an das Ausland.* Ging aber die Beeinflussung so weit, daß man die NSDAP oder die Partito Nazionale Fascista kopierte, Hitler und Mussolini als Vorbild unseres Landes pries, persönliche Kontakte mit Amts- und Parteistellen des nördlichen oder südlichen Nachbarlandes unterhielt, Geldbeträge von ihnen bezog oder sich in direkte Abhängigkeit von ihnen begab, so sprechen wir von *Fronten mit Bindung an das Ausland.* Zur letzteren Gruppe zählen wir auch die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland existierenden nationalsozialistischen Schweizerbünde.

Es ist unumgänglich, einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Gruppen zu machen. Denn es wäre ungerecht, wenn man diejenigen Fronten, die ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland wahrten, mit denjenigen Organisationen in den gleichen Tiegel werfen würde, die nichts anderes als eine Imitation der Parteien Hitlers oder Mussolinis waren.

Richten wir unsere Aufmerksamkeit zunächst auf die Fronten ohne Bindung an das Ausland:

1. Aufgebot

Das Aufgebot hatte mit dem «frontalen Krampfe», mit «Streberei nach schweizerischem Hitlerröllelein» nichts zu tun.[1] Sein Begründer, der Freiburger Nationalökonom *Jakob Lorenz,* «déjà trois fois grand-père»,[2] war ein «besonnener und abgeklärter Geist».[3] Das Unter-

nehmen entstand 1933 wahrscheinlich aus der Absicht heraus, die mit dem Frontismus sympathisierenden Katholiken zu sammeln, um sie dem politischen Katholizismus zu erhalten. Es vermied jede unfruchtbare Konkurrenzierung der großen Katholisch-konservativen Volkspartei,[4] mit der es viel Gemeinsames verband. Entgegen einer in den Fronten weitverbreiteten Auffassung anerkannte das Aufgebot das Mehrparteiensystem, in dem es die Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie erblickte: «Es muß mit aller Deutlichkeit gerade jetzt gesagt werden, daß die Parteien in der gesunden Demokratie ihre Bedeutung haben. Demokratie ist ohne Parteien nicht denkbar. Es liegt gerade im Wesen der Demokratie, daß Parteien entstehen und sich entfalten können.»[5]

Die *Leitgedanken* des Aufgebots lassen sich in wenige Sätze zusammenfassen: Staatspolitik: «Wir stehen auf dem Boden der Demokratie und lehnen eine Diktatur ab. Dagegen stehen wir für ... eine starke Führung in der Demokratie ein, bei ausdrücklicher Wahrung freier Kritik.»[6] Wirtschaftspolitik: Die soziale Erneuerung des Volkes «kann nur auf dem Wege des berufsständischen Aufbaus erfolgen... Organisationen der Arbeitnehmer einer- und der Arbeitgeber anderseits», die sich «selbständig verwalten und voneinander getrennt» sind, sollen einheitliche Institutionen, die «Korporationen», bilden, in denen die Sozialpartner «gemeinsame Werke schaffen» können. Letztere «sollen eine Atmosphäre der Verständigung schaffen, durch welche die immer bestehenden Tendenzen zum Klassenkampf mit der Zeit auf ein Minimum reduziert werden.»[6] Kulturpolitik: «In kultureller und geistiger Beziehung halten wir es für unumgänglich notwendig, daß sich das Volk auf die bewährten christlichen Grundsätze besinnt und ernsthaft an ihrer Verwirklichung arbeitet.»[6]

Aus ihrer *katholischen Glaubensüberzeugung* heraus fühlten sich die führenden Leute der Aufgebot-Bewegung mit den in schweren Kämpfen stehenden Gesinnungsbrüdern im Dritten Reich verbunden. Daher vermochten sie dem totalitären Hitlerregime keine Sympathien entgegenzubringen. Vielmehr auferlegten sie ihren Anhängern «die weltgeschichtliche Pflicht, in vorderster Linie der christlichen Kulturfront, die sich gegen das neugermanische Heidentum zu formen beginnt, den Entscheidungskampf für das Christuskreuz aufzunehmen und ihn unter Einsatz aller Kräfte durchzufechten».[7] Dank dieser klaren und eindeutigen Haltung konnte sich das Aufgebot auch nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus über Wasser halten. Die gleichnamige Zeitung stellte ihr Erscheinen auf Jahresende 1957 ein.

2. *Katholische Front*

Im Frontenfrühling 1933 glaubten etliche Katholiken das Gras wachsen zu hören. Sie hielten die Zeit für gekommen, eine *Rekatholisierung des Vaterlandes* einzuleiten: «Werfen wir das Netz aus, die Stunde ist günstig wie nie!»[1] «Die öffentliche Meinung muß katholisierend bearbeitet werden... Das gesamte nationale Leben muß ... unter das Szepter der katholischen Grundsätze» kommen.[2] In dieser Geistesverfassung gründeten im Frühling 1933 die Herausgeber der in Rorschach erscheinenden Zeitung «Das Neue Volk», die Gebrüder Carl und Fridolin Weder, die «Front der militanten Katholiken».[3] Die beiden Journalisten hatten es sich in den Kopf gesetzt, «den katholischen Belangen auf allen Gebieten ... zum Durchbruch» zu verhelfen.[4] Dabei durften schwächliche Toleranzgefühle keine hemmende Rolle spielen: «Die Katholische Front wird kämpfen nach der traditionellen Taktik der katholischen Vorzeit... Wir werden die Spitze unseres Schwertes auf das Herz des Gegners richten. Das ist alte, bewährte Kampfart.»[5] Der Kampf galt in erster Linie den «Gottlosen». Ein neuer Artikel 49 der Bundesverfassung sollte die Gottlosenbewegung unter Verbot stellen. Bereits zirkulierte ein entsprechendes Initiativbegehren. Die Aktion verlief indessen im Sand. Wahrscheinlich war sie von kirchlicher Seite abgeblasen worden.[6] Der Kampf der Bewegung galt im weitern den Protestanten. Diesen wurde der christliche Glaube nur in bedingtem Maße zugebilligt: «Die katholische Kirche ist eine göttliche Institution, der Protestantismus ist eine menschliche Erfindung... Protestanten ... können gar nicht ganze Christen sein.»[7] Der Gedanke, daß die Reformation in mehr als einer Beziehung einen tausendjährigen Transformationsprozeß der Kirche rückgängig gemacht hatte und zu den Anfangsgründen des christlichen Glaubens zurückgekehrt war, schien den Leitern der Katholischen Front nicht erwägenswert. Für sie waren Luther und Zwingli ganz einfach «Volksverführer» und «Gotteslästerer».[8] Den Protestantismus wollten sie dadurch rückgängig machen, daß sie die Evangelischen zur Konversion überredeten.[9] Ein solcher Glaubenswechsel liege nicht nur im konfessionellen, sondern auch im nationalen Interesse. Denn «ein einig Volk von Brüdern wird das Schweizervolk erst werden durch das Hineinwachsen aller Protestanten in die einzig wahre Kirche Christi, in die katholische Kirche».[10]

Indessen barg ein solcher *Pankatholizismus* nicht nur für den konfessionellen Frieden, sondern auch für den nationalen Zusammenhalt

Gefahren in sich. Er war dem Pangermanismus der nationalsozialistischen Eidgenossen[11] an die Seite zu stellen. Wie dieser die sprachliche Vielgestaltigkeit der Schweiz in Frage stellte, so ignorierte jener den konfessionellen Pluralismus, wie er sich seit dem 16. Jahrhundert in unserem Lande herauskristallisiert und zu einem staatserhaltenden Prinzip entwickelt hatte. Der katholische Theologe Richard Gutzwiller machte auf diesen Sachverhalt aufmerksam: «Es scheint ein gewisser Integralismus in den Lehren ... der Katholischen Front zu liegen, der in unserem Staat mit gemischten Konfessionen undurchführbar ist.»[12] Ähnlich drückte sich der ehemalige Zögling der Stiftsschule Disentis, Johann Baptist Rusch, aus: «Mich hat als Katholiken noch nie ein Konvertit gefreut... Wir wollen uns auf katholische und reformierte Art, wie eben unsere Mütter es uns lehrten, bemühen, ... das eine – nämlich Christen – zu werden.»[13]

Der Hinweis auf eine gewisse Affinität zwischen den nationalsozialistischen Eidgenossen und der Katholischen Front ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Am ersten Gautag der Katholischen Front vom 14. Mai 1933 im «Lindenhof» zu St. Gallen «wurde mit großer Begeisterung ... die sympathische Ansprache des Führers der schweizerischen Nationalsozialisten, Herrn Architekt Fischer..., entgegengenommen, der die Grundsätze des Tagesreferenten Karl Weder guthieß.»[14] Dazu bemerkte die katholisch-konservative «Ostschweiz»: «Es dürfte ... auffallen, daß an einer Versammlung, die unter der Flagge der Katholischen Front ... stand..., der Führer des schweizerischen Ablegers der deutschen Nationalsozialisten ... sprechen durfte, während man einen angesehenen katholisch-konservativen Führer nicht mehr zu Worte kommen ließ.»[14] Auch sonst hatten die *konservativen* Politiker wenig Anlaß, über die Neuschöpfung der Gebrüder Weder entzückt zu sein. Besonders, wenn letztere über die Parteien herfielen: «Es geht nichts über die Schlauheit gewisser versteifter Parteibonzen. Ob nicht die unselige Ära dieser Leute fertig ist? Sonst müssen wir sie fertig machen.»[15] «Die Jugend hat kein Verständnis mehr für dieses ekelhafte Parteiunwesen, bei dem alle gesunden Kräfte gebunden werden und alle zerschundenen Mächte ins Kraut schießen können.»[16] Rusch, der über die St. Galler Verhältnisse genau orientiert war, bemerkte einmal: «Die Katholische Front hat Haß und Vorurteile gesät und in die konservative Partei St. Gallens ... einen Frontenkeil zu treiben versucht.»[17] Diesem Unterfangen trat die «Ostschweiz» energisch entgegen: «Es kann keine Rede davon sein, daß wir uns irgendwie an den sattsam bekannten Bevormundungswahn des

‹Neuen Volkes› halten und das als katholische Verhaltensregel hinnehmen, was gerade es vorschreibt oder anpreist.»[18] Zwei andere konservative Blätter stellten bündig fest: «Wir brauchen keine Katholische Front!»[19] Einzig die Konservative Jungmannschaft glaubte während einer gewissen Zeit an eine Koexistenz mit der Katholischen Front, wobei sie jedoch den Arbeitsbereich der beiden Organisationen fein säuberlich voneinander getrennt haben wollte.[20]

Mit gröbstem Geschütz fuhr die «Front der militanten Katholiken» gegen die *Sozialisten* und *Liberalen* auf. Nicole sei ein «Massenmörder», für den selbst «lebenslängliche Zuchthausstrafe ... viel zu wenig wäre».[21] Die «Zwingherrschaft» der roten Gewerkschaften müsse gebrochen werden, wie es das deutsche Volk getan habe, als es durch die Nationalsozialisten den Sozialismus zerschlug.[22] Aber auch der Liberalismus müsse «zertrümmert» werden. Denn «aus den liberalen Prinzipien erfolgt ... die Auflösung der Ehe und die Zerstörung der Familie.» Dadurch «wird dem Bolschewismus vorgearbeitet».[23] «Innerlich sind» ja heute schon «viele Kreise unseres Bürgertums komplette Bolschewisten».[24] «Die ganze Geschichte der liberalen Ära ist übrigens eine Geschichte der Gewalttätigkeit und der Verfolgungssucht.»[25] «Die Faust fiel schwer nieder, besonders auf die Katholiken.»[26] «In diesem liberalen Bundeshause sind die Katholiken eingekerkert wie Zuchthäusler... Sie sollen Hörige bleiben, Leibeigene des liberalen Machtstaates, Sklaven der ... freisinnigen Bundesgewalt.»[27] Rusch griff sich beim Lesen solcher Episteln an den Kopf: «Steckt denn ein Priester im KZ in einem liberalen Staat? Haben die Bischöfe in den liberalen Staaten irgendwelche Schwierigkeiten in der Ausübung ihrer apostolischen Mission? Darf in einem liberalen Staate das Kind den Religionsunterricht nicht mehr besuchen? Wirbt irgendein liberaler Staat für den Austritt aus der Kirche?... Wo geht es der Kirche heute besser, unter der ‹Fratze des Liberalismus› oder unter dem holden Angesichte der Diktaturen?... Würden nicht alle deutschen Bischöfe auf den Knien Gott danken, wenn die liberale Losung ‹freie Kirche im freien Staat› je einmal die Losung Deutschlands würde?»[28]

Wer den liberalen Staat so radikal verwarf, mußte sein Ideal anderswo suchen. Was lag näher als das Vorbild des deutschen *Nationalsozialismus?* Tatsächlich sympathisierte anfänglich die Katholische Front mit dem Dritten Reich. Sie ließ sich von der falschen Prophetie verleiten, mit der es der braune Machtstaat verstand, seine Gewaltherrschaft christlich zu drapieren: «Noch keine Regierung seit 1918

hat sich wie die Regierung Hitler/von Papen mit all ihren Mitarbeitern so geschlossen auf den Boden des Christentums gestellt. Oder wann und wo hatte eine deutsche Regierung die feierliche Erklärung abgegeben: ‹Wir wollen Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns übertragene Mission zu erfüllen?› Wann und wo hat eine andere Regierung die feste Versicherung abgegeben: ‹Das Christentum als Basis unserer gesamten Moral in ihren festen Schutz zu nehmen?› Wann und wo ... hat ein Regierungsmanifest ... mit den Worten geschlossen: ‹Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken?›»[29] Die Ehrfurcht vor dem frommen Gestammel der Hitlerleute verband man mit der Freude über die Vernichtung des bolschewistischen Antichristen: «Der großartige Kampf der neuen deutschen Regierung gegen die Gottlosenbewegung, der mit bewunderungswürdigem Mut aufgenommene Existenzkampf gegen den Bolschewismus sollte doch die Unterstützung aller Gottesgläubigen, ... aller aufrechten Christen finden... Hier gilt es einfach mitzumachen, die Regierung kraftvoll zu unterstützen... Wer so ... das gottlose Geschmeiß am Wickel faßt, wer so wie die deutsche Regierung der gottlosen, volkentnervenden Unmoral den Krieg erklärt, der darf denn doch auch auf den Segen Gottes hoffen.»[29] Wiederum war es Rusch, der diese Gotteslästerung eines geistlichen Herrn mit scharfen Worten zurückwies: «Unser Kleriker ist ein politisches Kind, wenn er die Worte und Versprechen eines hemmungslosen und verwegenen Demagogen so wörtlich wie eine göttliche Verheißung nimmt. Es handelt sich doch wahrhaftig nicht darum, ob ein Politiker von Gott spreche, sondern ob er gottgewollt handle, ob sein Wirken so sei, daß durch dasselbe Gott im Staat lebendig werden könne. Unser Kleriker nannte die Kommunisten ‹Geschmeiß›... In unseren Städten arbeiten Seelsorger ... auch an der Gewinnung kommunistischer Seelen... Wenn so ein Kommunist in einer Zeitung der ‹katholischen Aktion› lesen muß, wie er da gehässig als ‹Geschmeiß› bezeichnet wird, würdig, ‹ausgerottet› zu werden, soll ihn das, diese wahrhaft gottlose Gesinnung auf katholischem Papier, von seiner Gottlosigkeit herüberziehen zu jenen Priestern, deren einige ... so von ihm denken?... Er wird sie hassen, verachten, verfluchen. Der letzte Keim des Guten in seinem Herzen ist vergiftet durch die unchristliche und lieblose Sprache einer geistlichen Feder... Der Brudermord wird keine Einleitung der Aufrichtung des Königtums Christi sein!»[30]

Diese innerkatholische Auseinandersetzung aus dem Frühling 1933 nahm die Problematik vorweg, die dem deutschen *Kirchenkampf* zugrunde lag. Die immer schärfer werdende Verfolgung des Katholizismus durch das nationalsozialistische Regime wirkte schließlich ernüchternd auf die Katholische Front. Es fand eine geistige Umorientierung statt, der die Bewegung mit den Worten Ausdruck verlieh: «Der organisierte Vorstoß des Neuheidentums ... hat viele Katholiken, die vorher die Gefahren ... nicht sehen wollten, zur Erkenntnis der wahren Lage gebracht.»[31] «In schärfsten Umrissen steht heute das Dilemma zwischen der Gewissenspflicht und der Gehorsamspflicht gegenüber dem Staat vor uns. Es steht keine andere Möglichkeit offen, als Kampf oder Übergabe... Die Stunde des Konflikts ist da. Der deutsche Episkopat befindet sich in einer Lage, die an Ernst und Schwere jene der Tage des Bismarck'schen Kulturkampfes weit übertrifft.»[32] Auch die Blut- und Bodenmystik löste beim «Neuen Volk» Unbehagen aus: «Der nationalsozialistische Rassenwahn wird nicht bloß im eigenen Land die Bürger versklaven, sondern er muß in den Konsequenzen auch zu Völkerkonflikten führen.»[33]

Konnte also der Nationalsozialismus auf die Dauer nicht befriedigen, so hielt man sich an das Beispiel Österreichs. Als der *Austrofaschismus* in der ersten Februarhälfte 1934 die sozialistischen Arbeiterorganisationen zerschlug, alle Parteien mit Ausnahme der «Vaterländischen Front» auflöste und den ständischen Einheitsstaat schuf, stimmte das «Neue Volk» den Hymnus an: «Der Geist des Christentums, der sozialen Gerechtigkeit und der Liebe ... zieht wieder ein. Es ist dies eine gewaltige Stunde. Österreich soll wieder ein katholischer Staat werden... Heil Österreich!»[34] Auch später noch haben sich die Leiter der Katholischen Front mit dem autoritär regierten Österreich solidarisch erklärt: «Das österreichische Staatswesen hat eine komplette Umgestaltung erfahren... Mit dem Parlamentarismus verschwinden auch die politischen Parteigebilde. Das christlichsoziale Programm wird .... in seinen wesentlichen Punkten die Grundlage der neuen Staatsordnung, die auf ständischer Basis und unter starker, autoritärer Führung sich aufrichtet... Mit elementarer Kraft bahnt sich die Natur ihren Weg... Der machtvolle Arm Gottes bringt Ordnung in das Chaos... Es wird noch zwei Bewegungen geben: eine einheitlich-politische aller staatsbejahenden Elemente und eine religiös-apostolische zur Verchristlichung des öffentlichen Lebens.»[35] Ein Staat, ein Volk, ein Glaube – so könnte man die Devise bezeichnen, der sich die Katholische Front verschrieben hatte.

Aufs Ganze gesehen war die Bewegung zu radikal, zu intolerant und zu sehr an ausländischen Vorbildern orientiert, um selbst im katholischen Lager über einen namhaften Anhang zu verfügen. Sie beschränkte ihre Aktivität auf den Kanton St. Gallen und die angrenzenden appenzellischen und thurgauischen Gebiete. Nur vorübergehend machte sie sich auch im Kanton Solothurn bemerkbar.[36] Bald hatte sich die Gauleitung St. Gallen über die Passivität ihrer Gefolgschaft zu beklagen. «Etwas mehr Leben! Seid geistig regsam!»[37] war die Order, die sie ihr erteilte. Der Aufruf blieb wirkungslos, denn wenig später mußte die Leitung mitteilen: «Nicht die Masse macht's aus... Denen, welche in der Katholischen Front etwas anderes gesucht haben, stellen wir frei, sich wieder zurückzuziehen.»[38] Über den *Mitgliederschwund* tröstete sich die Bewegung mit der Hoffnung auf bessere Zeiten hinweg.[39] Im März und April 1934 fanden wiederum wie im Vorjahr größere Kundgebungen statt.[40] Dann aber wurde es verdächtig still. Der «Landesführer» schien sich mehr und mehr in seine Redaktionsbude einzuschließen.[41] Man kommt nicht um den Eindruck herum, daß die Katholische Front keine straff ausgebaute Organisation war, sondern eher eine amorphe, stark fluktuierende Lesergemeinde um das «Neue Volk» bildete, die allmählich einem tiefen Dornröschenschlaf verfiel.

3. Neue Schweiz

«Cette hirondelle des temps nouveaux est apparue fin mars 1933.»[1] Ihre Gründungsversammlung fand in der Stadthalle in Zürich statt. Hauptakteur war der BGB-Regierungsrat Fritz Joß aus Bern. Die Neue Schweiz versuchte den «*Erneuerungsmythos* mit ... *sachlicher Interessiertheit* an der ... Wirtschaftspolitik» zu verknüpfen.[2] Der Wunsch nach sittlicher und politischer Erneuerung des Schweizervolkes verband sich mit der Absicht, materielle Erfolge zu erzielen, die Interessen des Handwerks und Gewerbes zu verteidigen.[3] Als Mittelstandsbewegung grenzte sich die Neue Schweiz «gegen die Sozialisten» und «das Großkapital» ab.[4]

Das Schwergewicht lag eindeutig in der *Wirtschaftspolitik*. Die Neue Schweiz verlangte konkrete Maßnahmen zum Schutze der handwerklichen Kleinexistenzen und warnte vor einer «Überindustrialisierung» auf Kosten des Gewerbes und vor einem Überhandnehmen der Warenhäuser auf Kosten des Detailhandels. Sie setzte sich auch für den «wirksamen Schutz der Unselbständigerwerbenden» ein.

Gleichzeitig führte sie einen Kampf gegen die «marxistische Arbeiterbewegung». Sie polemisierte gegen die «hemmungslose Konkurrenzwirtschaft», gegen die «Auswüchse der Wirtschaftsfreiheit» und redete einer Revision der Wirtschaftsartikel im Sinne einer «Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit» das Wort. Schließlich postulierte sie die Einführung einer berufsständisch geordneten Wirtschaft[5] und veranstaltete zu diesem Zwecke eine Reihe von Konferenzen mit den verschiedensten Wirtschaftsverbänden unter Ausschluß des sozialistischen Gewerkschaftsbundes.[6]

Im Bereich des *Staatspolitischen* bekannte sich die Neue Schweiz zur Demokratie, zur Landesverteidigung, zu einer unparteiischen Gerichtspraxis und zu einer Straffung des Parlamentsbetriebs.[7] Wörtlich stellte sie fest: «Wir wollen unsere Ziele auf legalem Wege erreichen und lehnen alles ab, was importiert ist. Es wäre falsch, den Boden der Demokratie zu verlassen zugunsten der Diktatur... Demokratie ist nobler als jede Diktatur.»[8] Eine Nachäffung des Auslandes kam für sie nicht in Frage: «Jeder aufrichtige Schweizer wird sich gegen die Verquickung des Schweizertums mit dem Hakenkreuz energisch zur Wehr setzen, bedeutet sie doch das Zugeständnis der Unterjochung schweizerischen Volkstums unter uns wesensfremde Ideologien.»[9] Den Antisemitismus lehnte sie ebenfalls ab: «Wir wollen keine Judenhetze. Es gibt vorbildliche Arbeitgeber unter den Juden und hervorragende Wissenschaftler unter ihnen. Seien wir frei und Schweizer genug, um ihre Verdienste zu anerkennen.»[10]

Auf *kulturpolitischer* Ebene verlangte die Neue Schweiz den «Schutz der Familie», die «Unterstützung aller ehrlich-künstlerischen Bestrebungen» und den «Kampf gegen die Gottlosenbewegung und den Kulturbolschewismus».[11]

Die Neue Schweiz litt bald an *internen Richtungsstreitigkeiten.* Der Gegensatz zwischen Erneuerern und Traditionalisten, zwischen Theoretikern und Pragmatikern, machte sich bemerkbar. Ein 1934 aus der Landesleitung ausgetretener ehemaliger Mitarbeiter wußte darüber zu berichten: «Es standen ... seit ... dem Herbst vorigen Jahres zwei verschiedene Gruppen der Führung einander mehr oder weniger feindlich gegenüber, eine kämpferische, triebhaft gestaltende, eigenwillige, aus der Situation heraus Methode und Taktik bestimmende; die andere mit sachlichen Kenntnissen in Politik, Wirtschaft und Kultur und daher ihrer Grenzen bewußt und in ihrem Handeln durch grundsätzliche Erwägungen bestimmt.»[12] Für die Bewegung war es entscheidend, welche der beiden Gruppen Oberhand gewänne. Je nach-

dem würde seriöses Handeln oder chaotische Betriebsamkeit ihre Politik bestimmen. Solange Männer wie Fritz Joß, Prof. Dr. Walther Hug und Bauernsekretär Oskar Howald die Geschicke des Bundes leiteten, gab ein ernsthafter politischer Gestaltungswille den Ausschlag. Als aber dieses politisch und zum Teil wissenschaftlich geschulte Team im Juni 1934 durch einen einzigen Führer, den Bruder des Gründers, Pfarrer Erwin Joß, abgelöst wurde, änderte sich der Kurs der Bewegung. Alsbald setzte ein Kult mit der Person des Führers ein: «Der unerschrockene und willensstarke Kämpfer für das arbeitende Volk, Pfr. Erwin Joß, ... ist vom schweizerischen Führertag zum obersten Landesleiter ... berufen worden. Der Führer steht da, ... getragen von einer glühenden Liebe zur Heimat und vom restlosen Vertrauen ... jener Mitkämpfer, die für das ganze Volk eine befreiende Erneuerung wollen.»[13] Eine unter dem bezeichnenden Titel «Neue Wege» veröffentlichte Notiz gab bekannt, der Mitarbeiterstab des neuen Bundesführers werde sich aus partei- und verbandspolitisch unabhängigen Leuten zusammensetzen. Auch werde die Organisation «den aus ihrer Kinderzeit stammenden Charakter einer bloßen Dachorganisation ... gewisser beruflicher Verbände» abstreifen und sich in eine Volksbewegung umwandeln.[14] Gleichzeitig suchte die Neue Schweiz die Zusammenarbeit mit der Nationalen Front. Es fanden Kontakte zwischen den beiden Organisationen statt, die aber zu keinem Ergebnis führten, weil der Unterhändler der Nationalen Front, Ex-Landesführer Biedermann, den Intrigen seiner eigenen Kameraden zum Opfer fiel.[15] – Anfangs 1935 gab sich die Neue Schweiz neue Satzungen. Im April desselben Jahres teilte sie mit: «Wir gehen in die Opposition. Vom Bundesrat haben wir nichts mehr zu erwarten. Eigener Wille und eigene Kraft allein führen uns zum Siege. Es sterbe der Liberalismus und der Staatssozialismus!»[16] Die fortschreitende Radikalisierung beschwor eine neue Krise herauf. Einige Mitglieder der Landesleitung reichten ihre Demission ein. Eine außerordentliche Landsgemeinde vom 28. April 1935 genehmigte ihren Rücktritt und bestätigte Pfr. Joß als Oberhaupt der Bewegung. Die satzungsmäßigen Kompetenzen der bisherigen Landesleitung legte sie ausschließlich in die Hand des Landesführers.[17] Damit hatte der Prozeß der *Entdemokratisierung* der Bewegung seinen Abschluß gefunden. Die Neue Schweiz war nun nach dem Führerprinzip streng hierarchisch aufgebaut. Aber noch waren nicht alle internen Auseinandersetzungen überwunden. Im Dezember 1935 trennte sich das Zeitungsorgan «Neue Schweiz» von der Bewegung. Es verband diese

Distanzierung mit einer vernichtenden Kritik an den Führerqualitäten des Bundesleiters. Auch rügte es dessen diktatorische Allüren: «Seitdem Pfr. Erwin Joß an die Spitze der Bewegung getreten ist, erhielten dort Tendenzen die Oberhand, die sich mit schweizerischer Art und Tradition nur schwer vereinbaren ließen. Die Richtlinien der Bewegung wurden zur leeren Formel, zum wertlosen Papierfetzen.»[18] Mit der Verlagsgenossenschaft verließen auch die letzten bedeutenden Persönlichkeiten die Neue Schweiz. Dieser war damit der Todesstoß versetzt. Pfarrer Joß mußte einsehen, daß er nicht gut «zwei Sachen, die nicht zusammenpaßten», unter einen Hut bringen konnte: «einerseits als redlicher Pfarrherr ... vernünftige Buben und Maitli auf die Konfirmation vorbereiten und anderseits» als forscher Landesführer «unvernünftige, aber ‹erneuerte› Erwachsene leiten».[19] Es blieb ihm nichts anderes übrig, als die Neue Schweiz anfangs 1936 *aufzulösen* und seinem Anhang den Übertritt zur Aufgebot-Bewegung zu empfehlen.[20] Die Presse widmete diesem Ereignis zahlreiche Kommentare. Die «Gazette de Lausanne» schrieb den Untergang der Bewegung den unaufhörlichen Führer- und Richtungskämpfen zu.[21] Die «Neue Zürcher Zeitung» bedauerte es, «daß ein großer Aufwand an gutem Willen nutzlos vertan worden ist für eine Sache, der weite Kreise des selbständigen Mittelstandes mit ehrlicher Begeisterung gefolgt sind... Wenn heute die Neue Schweiz ihre gewiß in der überwiegenden Mehrheit protestantischen Mitglieder auffordert, der katholischen Aufgebot-Bewegung beizutreten, so liegt darin eine geistig-politische Bankrotterklärung, die zeigt, daß es der Neuen Schweiz ... an festem Grund gefehlt hat. Ihre Haltlosigkeit war die Folge einer konjunkturbedingten Abschwörung der liberalen Prinzipien durch die Führerschaft.»[22]

4. Bund für Volk und Heimat (BVH)

Kaum war der Bund für Volk und Heimat am 28. Mai 1933 in Langenthal aus der Taufe gehoben, so hatte er auch schon seinen Übernamen. Schuld daran waren einmal die Initialen «BVH», die einem findigen Kopf die Bezeichnung «Bund vornehmer Herren» eingaben, dann aber auch die Tatsache, daß die Bewegung mit ihren reichen «Moneten» allzu hemmungslos Propaganda machte. Mit ihrer neuen Zeitung «fuhr sie ... sehr protzig daher. ‹Auflage 750000›, stand reklamestolz am Kopfe zu lesen... ‹Woher das Geld?› fragte man sich... ‹Das werden Großkapitalisten sein, die den BVH als wert-

vollen antisozialistischen Propagandafaktor unterstützen.›»[1] Böse Zungen behaupteten sogar, die Gründung des BVH sei bewußt von finanzschweren Kreisen des Freisinns ausgegangen, um damit den Fronten rechtzeitig das Wasser abzugraben.[2] Sollte diese Version zutreffen, dann müßte man dem Schachzug Anerkennung zollen. Denn ohne die Auffangbewegung des BVH wären wahrscheinlich noch mehr national zuverlässige Elemente in den national unzuverlässigen Frontismus abgeglitten. Daß solches nicht geschah, war ohne Zweifel positiv zu werten. Was immer man auch dem Bund für Volk und Heimat vorwerfen wollte, der *Patriotismus* seiner Mitglieder war, mit wenigen Einschränkungen, unanfechtbar. Die Bewegung hat sich entschieden von ausländischen Vorbildern distanziert: «Was den BVH von der Nationalen Front trennt, das sind deren Programme und Methoden. Je länger desto deutlicher zeigt es sich, daß die Nationale Front sich von ausländischen Beispielen inspirieren läßt... Wir haben es aber nicht nötig, nach Berlin oder Moskau zu gehen, um Pläne für die innere Einrichtung unseres Schweizerhauses zu holen.»[3] «Mit voller Entschiedenheit lehnen wir auch den totalen Staat des Faschismus ab.»[4]

Dem BVH gehörten einige *einflußreiche* Herren an: der Großbauer und BGB-Nationalrat Rudolf Reichling; der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Oberst Bircher; der Fabrikant Caspar Jenny aus Ziegelbrücke; der Journalist Samuel Haas in Bern; der protestantische Pfarrer und Direktor der Anstalt für Epileptische, Rudolf Grob; der Berner Altphilologe Walter Wili; der junge Eglisauer Landwirt Rudolf Meier, der später Stufe um Stufe einer erfolgreichen politischen Laufbahn emporkletterte, aber auch die Wechselfälle des politischen Lebens zu spüren bekam, und schließlich der nicht minder begabte Peter Dürrenmatt, der Abkömmling eines bernischen Regierungsgeschlechts.[5] In seinen *Satzungen* bekannte sich der BVH zur «Erneuerung der vaterländischen Gesinnung auf der Basis des Föderalismus und der Demokratie», zur «Erhaltung der christlichen Kultur ... und der unverfälschten heimatlichen Traditionen», zum «Schutze des Privateigentums und zur Förderung des Unternehmertums und der freien Berufe», zur «Erhaltung des Bauernstandes als der Grundlage der Bodenständigkeit und der Wehrhaftigkeit des Volkes». Anderseits bekämpfte er den «Materialismus, Marxismus, Bolschewismus und Antimilitarismus», «eine staats- und volksfeindliche Tätigkeit der Gewerkschaften», «die aufbauzerstörende Parteiwirtschaft», die «Entartung des Parlamentarismus», «Staatssozialis-

mus, Zentralismus und Etatismus», «staats-» und angeblich auch «privatwirtschaftliche Machtkonzentrationen».[6] Die praktische Arbeit der an Schlagworten nicht verlegenen Bundesführer beschränkte sich auf die Lancierung eines Volksbegehrens zur Entstaatlichung der Bundesbahnen, das allerdings am 30. Oktober 1947 wieder zurückgezogen wurde.[7]

Der Bund für Volk und Heimat war von einem tiefen *Mißtrauen gegen die Arbeiter- und Angestelltenschaft* erfüllt: «76 Prozent der schweizerischen Erwerbsfähigen waren ... bei Beginn der Krise Unselbständigerwerbende, was schlechthin unvereinbar ist mit einem auf Selbstverantwortung eingestellten schweizerischen Staatsbürgertum, unvereinbar mit Freiheitsgefühl, Unabhängigkeits- und Landesverteidigungswillen..., wohl aber verzweifelt gut vereinbar mit der ständigen marxistischen Macht- und Mitgliedervermehrung. Diese beängstigende, ungesunde Entwicklung ... energisch und mit allen Mitteln zurückzuwerfen, ... heißt unerläßliche schweizerische Aufbauarbeit und praktischen Heimatschutz leisten.»[8]

Wegen seiner *kapitalgebundenen Interessenpolitik* stieß der BVH beim einfachen Mann auf wenig Gegenliebe. So meinte Bauernsekretär Ernst Laur: «Der BVH will offenbar den manchesterlichen Liberalismus verteidigen und dient damit vor allem dem kapitalistischen Unternehmertum.»[9] Der Bündner Demokrat Andreas Gadient bezeichnete die Organisation als einen «Herrenbund, in welchem man Vaterland mit großem Geldsack verwechselt».[10] Auch der Berner «Bund» meldete der Bewegung gegenüber Vorbehalte an.[11]

Im Sommer 1933 veranstaltete der BVH mit andern Erneuerungsgruppen zwei große Volkskundgebungen in Vindonissa und auf der Forch bei Zürich. Wenige Wochen später begann es zu *kriseln*. Im August 1933 verließ Oberst Bircher die Bewegung.[12] Ihm folgte Nationalrat Reichling.[13] Wahrscheinlich hatte ihn der schweizerische Bauernsekretär zurückgepfiffen. Der evangelische Nationalratskollege Hans Hoppeler meinte zu diesem Austritt: «Mit Rücksicht auf das Prestige seiner ... Person ... hätte Herr Reichling noch einige Monate ... zuwarten sollen...; denn man springt doch nicht in eine Organisation und wieder hinaus wie weiland wir Buben auf den hintersten Tritt des Rößlitrams und wieder hinunter.»[14] Interne Differenzen trugen das Ihre zur Schwächung des Bundes bei. Die Tessiner Sektion, die «Lega Nazionale», wandte sich ganz von der Bewegung ab.[15] Allmählich mußte der Traum aufgegeben werden, der BVH könne ein Sammelbecken aller «vaterlandstreuen Bürger» werden. Im Juni 1936

entschloß man sich vielmehr zur Auflösung des Bundes. Den Mitgliedern wurde empfohlen, dem Schweizerischen Vaterländischen Verband beizutreten.[16]

Einige Angehörige des BVH zeigten auch *Sympathien zum Dritten Reich*. So hatte ein Mitglied der Bundesobmannschaft, Walter Wili, im Jahre 1934 ein Büchlein veröffentlicht, das nicht nur voller Ressentiments gegen die Arbeiter, die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten war, sondern auch stark an nationalsozialistische Gedankengänge anknüpfte.[17] Ihm folgte einige Jahre später Rudolf Grob mit einer Streitschrift wider «die Herren von gestern». Als Hitler im Zenit seiner Macht stand, glaubte Grob, der Kontinent befinde sich an der «Schwelle einer der entscheidendsten Übergänge des Abendlandes». Der politisierende Pfarrer redete einer Absage der Schweiz an das «überlebte Europa von gestern mit all seinen Systemen des 19. Jahrhunderts» das Wort und propagierte einen «lebendigen Austausch» unseres Landes «mit dem neuen Europa» Hitlers, eine enge Anlehnung des «alemannischen Eidgenossen» an den «Kulturkreis unseres sprachverwandten Nachbarlandes».[18] Für Leute, die solchen Ideen huldigten, war es nichts Außergewöhnliches, wenn sie im Jahre 1940 zu den Mitunterzeichnern der staatspolitisch fragwürdigen «Eingabe der 200» gehörten.[19]

5. Eidgenössische Front oder Eidgenössische Aktion

Die Eidgenössische Front konstituierte sich erstmals im Sommer 1931 als Aktionskomitee gegen die dem fakultativen Referendum unterstehende Alters- und Hinterbliebenenversicherung. «Diese Gesetzesvorlage ... bedeutete für uns trotz ihres anscheinend humanitären Charakters nichts anderes als einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Weg zum unnatürlich-gleichmacherischen Staatssozialismus.»[1] Entgegen der in wirtschaftlichen Notzeiten weitverbreiteten Tendenz zur Beschränkung der Handels-, Gewerbe- und Wettbewerbsfreiheit setzte sich die Eidgenössische Front für ein größtmögliches Maß an *ökonomischer Freiheit* ein. Ihr Kampf richtete sich in erster Linie gegen den Staatsinterventionismus. So postulierte sie die Entstaatlichung gemeinwirtschaftlicher Betriebe und die Verdrängung der staatlichen Fürsorge durch die private. Kirche, Familie und Berufsstand sollten sich wieder vermehrt der Bedürftigen annehmen.[2] Der Kampf gegen den «mechanistischen Wohlfahrtsstaat»[3] war insofern von Erfolg begleitet, als am 6. Dezember 1931 die zur «Lex

Schultheß» gestempelte AHV-Vorlage mit 337975 Ja gegen 513485 Nein vom Souverän verworfen wurde.[4]

Nach diesem ersten Auftritt legte sich die Eidgenössische Front wieder aufs Ohr. Erst der Frontenfrühling 1933 erweckte sie zu neuem Leben. Am 1. April wurde sie unter dem Vorsitz des Zürcher Rechtsanwaltes Dr. Wilhelm Frick in Bern neu konstituiert. Sein Bruder, Hans Frick-von Mülinen, der spätere Ausbildungschef der Armee,[5] veröffentlichte unter dem Pseudonym «Bubenberg» im «Berner Tagblatt» eine Artikelserie der Eidgenössischen Front.[6] Bubenbergs Betrachtungen konzentrierten sich auf eine *kritische Bewertung der Demokratie*. Der hohe Militär schrieb dem demokratischen Ideal, das die Herrschaft im Staat auf viele Schultern verteilen will, den Trend zur Vermassung und Verflachung zu. Dem stellte er das *aristokratische* Ideal entgegen. Er befürwortete eine Konzentration der staatlichen Macht auf wenige fähige Köpfe: «Nie und nimmer kann eine Masse, selbst eine Masse von Gebildeten, Werte schaffen. Die Führer, die Persönlichkeiten, einzelne wenige machen die Geschichte... Das ist die beste Staatsform, wo die Persönlichkeiten ans Ruder kommen und wo ihnen weitgehende Verantwortlichkeit, aber auch weitgehende Handlungsfreiheit gelassen wird.»[7] Sein politisches Leitbild holte sich Bubenberg in den überholten Formen des Ancien régime: «Die Regierenden der alten Schweiz ... wußten sich ... nicht einem Parlament, aber Gott verantwortlich für das ihnen anvertraute Land, und wenn darunter gewiß auch weniger erfreuliche Persönlichkeiten vorkommen, so finden wir unter den Schultheißen und Bürgermeistern und unter den hohen Beamten doch eine so große Anzahl vorzüglicher Männer, wie sie die moderne parlamentarische Demokratie niemals hervorzubringen vermochte.»[8] Die praktischen Konsequenzen, die der Artikelschreiber aus seinen Überlegungen zog, waren allerdings mehr destruktiver als aufbauender Natur: «Die veralteten und verbrauchten Formen ... der Demokratie müssen durch bessere ersetzt werden... Die Parlamente sind überall degeneriert und müssen in der heutigen Form verschwinden... Die Farce einer sogenannten Volkswahl muß durch etwas anderes ersetzt werden... Die Gewaltentrennung à la Montesquieu muß als unzweckmäßig» preisgegeben werden.[9]

Das Ideengut der Eidgenössischen Front krankte an einem innern *Widerspruch*. Im Bereich des Wirtschaftspolitischen verfocht die Bewegung den Grundsatz des «laisser aller – laisser faire», im Bereich des Staatspolitischen dagegen bekämpfte sie das nämliche Prinzip und pro-

pagierte an dessen Stelle den autoritären Führerstaat, die soldatische Disziplin des Sich-Über- und -Unterordnens. Dem Ja zum wirtschaftlichen Liberalismus stellte sie das Nein zum politischen Liberalismus an die Seite. Ähnlich widersprüchlich war auch das *Echo,* das die Eidgenössische Front unter den Parteien auslöste. Die «Gazette de Lausanne» begeisterte sich an Bubenbergs Buch: «On ne saurait pas trop en recommander la lecture; et nous espérons beaucoup que cet exposé critique et constructif sera prochainement traduit en français.»[10] Chefredaktor Georges Rigassi fügte bei: «Je ne cacherai pas, pour ma part, la sympathie que j'éprouve pour le front fédéral de MM. Frick qui ... est le seul groupement de Suisse allemande qui eut, dès sa création, le courage d'entreprendre une campagne énergique et systématique contre l'étatisme et la centralisation ainsi que pour la restauration des principes chrétiens.»[11] Im ähnlichen Sinne ließ sich das liberalkonservative Schwesterorgan der deutschen Schweiz vernehmen: «Man darf der Eidgenössischen Front ... das Zeugnis ausstellen, daß sie nach ihren Richtlinien wie nach der Tonart, wie sie vor die Öffentlichkeit tritt, wohl am meisten die guten Seiten des Frontismus verkörpert.»[12] Anderer Meinung war dagegen die «Neue Berner Zeitung». Markus Feldmann bezeichnete es als «ein starkes Stück von Hochmut und Anmaßung..., der Demokratie als solcher die Fähigkeit zur richtigen Auswahl der Führer schlechtweg abzusprechen und eine aristokratische Regierung von Gottes Gnaden als leuchtendes Vorbild vor sie hinzustellen. Das Gottesgnadentum hat auf politischem Gebiet seine Geltungs- und Wirkungskraft verloren, nicht zuletzt wegen der sehr menschlichen Interessen, die immer wieder mit jenem großen Wort drapiert worden sind.»[13] Auf schroffe Ablehnung stieß die Eidgenössische Front auch im sozialistischen Lager. Max Weber ärgerte sich vor allem über ihren «reaktionären Charakter».[14]

Zur antidemokratischen Grundhaltung kamen gewisse *Sympathien zum Dritten Reich.* So etwa, wenn 1936 ein Mitglied der Eidgenössischen Front «mit hochgespannten Erwartungen» an den Nürnberger NSDAP-Tag reiste, die dann, wie es nach seiner Rückkehr bekannte, durch den Verlauf der Tagung «noch weit übertroffen» wurden. «Der gewaltigen Arbeit, die die neuen Männer Deutschlands in knapp dreieinhalb Jahren geleistet haben, können wir unsere Anerkennung nicht versagen, namentlich dann nicht, wenn wir uns fragen: Was ist in den letzten dreieinhalb Jahren *bei uns* geleistet worden?»[15] Auch Mussolinis Taten galten als vorbildlich.[16] Gleichwohl widerstand die

Eidgenössische Front der Versuchung, den Hitlerismus kopieren zu wollen. Sie distanzierte sich «von jeder blinden Nachahmung ausländischer Methoden». Dazu zählte sie auch die in andern Fronten grassierende «demagogische Judenhetze».[17] Dies hinderte sie allerdings nicht, den Ausschluß der Juden sowie aller «antireligiös», «unchristlich» und «antimilitaristisch» eingestellten Personen aus dem Staatsdienst und öffentlichen Leben zu verlangen.[18] Auch nahm sie keinen Anstoß an einer engen Zusammenarbeit mit andern Fronten, selbst dann nicht, wenn deren Bindung an das Ausland klar ersichtlich war.[19] Schließlich gehörte Dr. Wilhelm Frick im Zweiten Weltkrieg zu den Vertrauensanwälten des deutschen Generalkonsulats in Zürich und einer Gestapo-Abteilung in Feldkirch.[20]

Allmählich wurde der Name «Front» zu einer Belastung für die Bewegung. Deshalb taufte sie sich im Juli 1937 in «Eidgenössische Aktion» um.[21] Im April 1939 stellte sie ihre Tätigkeit ein.[22] Einzelne ihrer führenden Mitglieder traten im Rahmen des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz im Spätsommer 1940 als verantwortliche Initianten oder als weniger stark belastete Mitunterzeichner der «*Eingabe der 200*» auf.[23] Dies geschah nach dem Zusammenbruch Frankreichs, als unser Land von den damals siegreichen Achsenmächten umzingelt war und «wie ein Ei in einer gepanzerten Faust zu liegen schien».[24] Die Eingabe ging von der unanfechtbaren Feststellung aus, Maxime der schweizerischen Außenpolitik müsse die integrale Neutralität sein. Diese auferlege der Presse die Pflicht zur Zurückhaltung bei der Beurteilung des kriegerischen Geschehens. Davon sei indessen wenig zu verspüren. Die Presse, so behauptete die Eingabe, habe mit ihrer «nebelhaften Vorstellung einer internationalen Weltdemokratie ... unser Land in schwere Gefahren gestürzt» und im Volke «jene Stimmung geschaffen, die sich in Verunglimpfungen und feindseligen Haltungen gegenüber fremden Staaten», den Achsenmächten, Luft mache. Die Petitionäre waren allerdings nicht in der Lage, für diese Behauptung, die sich in erster Linie gegen die die Presse streng überwachende Zensur richten mußte, Beweise zu erbringen. Das einzige Beispiel, das sie anführten, hatten sie gerade nicht dem journalistischen Tätigkeitsbereich entnommen. Die Argumentation der Petitionäre war aber nicht nur wenig beweiskräftig, sie war auch gefährlich. Sie konstruierte die sogenannte *Blutschuldthese*.[25] Darnach war die Presse dem einfältigen Schaf zu vergleichen, das mit seiner kecken Sprache den reißenden Wolf zur Bluttat gereizt und damit die Gefahr, zerrissen zu werden, selber provoziert hatte. Diese

These konnte einem möglichen Angreifer auf unser Land von vornherein ein Alibi verschaffen. Schließlich war der Standpunkt der Petitionäre auch unrealistisch. Er schrieb die achsenfeindliche Einstellung des Schweizers der Verhetzung durch die Presse zu, nicht aber dem Unabhängigkeitsstreben eines Volkes, das auch in starker Bedrängnis nicht einfach vor einer ihm feindselig gesinnten Umwelt kapitulieren wollte.[26] Die Eingabe gipfelte in einigen konkreten Forderungen: Ausschaltung der dem Lande schädlichen Politiker (darunter konnten nur Sozialisten und Bürgerliche, nicht aber Frontisten gemeint sein[27]); Eliminierung einiger Journalisten (zum Beispiel der Chefredaktoren Bretscher, Oeri und Schürch von der «Neuen Zürcher Zeitung», den «Basler Nachrichten» und dem «Bund»[28]); Liquidierung etlicher Presseorgane (unter andern der Basler «National-Zeitung», der «Weltwoche», der «Nation» und des «Beobachters»[29]); Überprüfung der politischen Prozesse und Strafuntersuchungen, die zu Beanstandungen Anlaß geben könnten (hier konnten nur die Untersuchungsverfahren und Gerichtsurteile gegen staatsgefährliche und landesverräterische Umtriebe von Frontisten in Frage kommen). Zweifellos waren sich verschiedene Mitunterzeichner der Tragweite ihres Handelns nicht bewußt und glaubten ehrlich, die Eingabe verfolge die gleiche Tendenz wie die Zensur, die im Hinblick auf allfällige unberechenbare Reaktionen der Machthaber des Dritten Reiches die Presse zur Vorsicht und Mäßigung zwang. Vielen Petitionären ist auch Unrecht geschehen, als sie der Bundesrat am 22. Januar 1946 durch Publikation ihrer Namen dem Volkszorn preisgab, der sich alsbald in oft hemmungsloser und unflätiger Weise über sie ergoß und sie national zu verdächtigen versuchte. Dennoch darf der *rechtswidrige Charakter* der in der Eingabe enthaltenen Forderungen nicht übersehen werden. Abgesehen davon, daß die Urheber der Eingabe aus einer prononciert deutschfreundlichen Einstellung[28] heraus die außenpolitische Situation falsch deuteten und glaubten, durch Knebelung der Presse die Unabhängigkeit des Landes retten zu können,[30] hätte ein Eingehen auf die Wünsche der Petitionäre, die sich auf keinen Verfassungs- oder Gesetzesartikel und auf keinen Vollmachtenbeschluß berufen konnten, eine unerträgliche Einbuße an Freiheitsrechten, einen unerhörten «Eingriff des Staates ins Privatrecht und in die Rechtspflege» und eine Preisgabe des Prinzips der Gewaltentrennung zur Folge gehabt. Mochten solche Konsequenzen vielleicht den verborgenen Absichten des damaligen Bundespräsidenten Pilet-Golaz entsprochen haben,[31] mit rechtsstaatlichem Denken und freiheitlichem Empfinden

hatten sie nichts mehr gemein. Bedenklich mußte aber auch die Tatsache stimmen, daß einige pressepolitische Forderungen – zum Beispiel diejenige nach Entfernung der nur im Vorentwurf namentlich aufgeführten Redaktoren Bretscher, Oeri und Schürch[32] – mit den Begehren übereinstimmten, die der deutsche Presseattaché Trump und der deutsche Botschaftsrat von Bibra ein Vierteljahr zuvor angemeldet hatten. Dies konnte zwar vielen arglosen Mitunterzeichnern nicht bekannt sein, wohl aber den Urhebern der Eingabe, die ständig im Kontakt mit bedeutenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches standen.[33] Das hohe Maß an Konzessionsbereitschaft gegenüber den totalitären Mächten, die auf Kosten der freiheitlichen Tradition des eigenen Landes ging, war nicht zuletzt ein *Erbstück der Eidgenössischen Front,* die Frucht einer seit Jahren gezüchteten autoritären Staatsgesinnung. Es kam nicht von ungefähr, daß ausgerechnet die Kreise um «Bubenberg», die als vermeintliche Aristokraten den «Modergeruch des Ancien régime» ausströmten, so stark mit dem gefährlichen Dokument des Novembers 1940 behaftet waren.

6. Schweizerische Bauernheimat- oder Jungbauernbewegung

Die nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Schweizerische Bauernheimatbewegung war anfänglich eine *kulturelle* Organisation. Sie wollte vor allem die Landflucht bekämpfen. Um die jungen Landwirte an die heimatliche Scholle zu binden, führte sie in der eigens dazu hergerichteten Bauernheimatschule auf dem Möschberg bei Großhöchstetten Kurse zur beruflichen Ertüchtigung und kulturellen Bildung der Bauernsame durch. Der Pflege bäuerlicher Art und Kultur galt das erzieherische Wirken der Bewegung.[1] Als aber die Krise hereinbrach und viele Landwirte zu ruinieren drohte, genügte es nicht mehr, die ethischen Werte des Bauerntums hochzuhalten. Man mußte sich auch um die materiellen Belange kümmern. Aus dieser Erkenntnis heraus verwandelte sich die kulturelle Bauernheimatbewegung allmählich in eine *politische* Organisation.[2] Der 1928 auf einer bernischen BGB-Liste in den Nationalrat gewählte Leiter Dr. Hans Müller machte sich zum Fürsprecher der notleidenden Klein- und Mittelbauern. In seinem Kampf um soziale Besserstellung des Bauernstandes suchte er nicht, wie es nahegelegen hätte, in erster Linie die Unterstützung seiner eigenen Partei, sondern diejenige der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Damit stieß er die tonangebenden BGB-Politiker vor den Kopf, die seit Rudolf Mingers

Wahl in den Bundesrat das politische Heil in einer Zusammenarbeit mit dem Freisinn erblickten. Über die Frage, wie die Krise am besten zu bekämpfen sei, kam es schließlich zum Bruch. Von Arbeitnehmerseite war eine Verfassungsinitiative zur Ankurbelung der darniederliegenden Wirtschaft lanciert worden. Während die Altbauern und ihre bürgerlichen Verbündeten diesem Vorstoß entgegentraten mit der Begründung, er sei sozialistisch und etatistisch, schlugen sich die Jungbauern mit zahlreichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen auf die Seite der Befürworter. Die Folge war, daß Dr. Hans Müller aus der BGB-Fraktion der Bundesversammlung ausgeschlossen wurde.[3] Ein Antrag, ihn auch aus der Partei zu verbannen, wurde dagegen mit 221 gegen 94 Stimmen abgelehnt.[4] Neben den sachlichen Differenzen dürften auch persönliche Rivalitäten mit im Spiele gewesen sein. Als dann bei den Nationalratswahlen 1935 die Jungbauernbewegung in sechs Kantonen eigene Listen aufstellte und damit der Bauernpartei schweren Schaden zufügte, war an ein längeres Verbleiben Dr. Müllers in der Mutterorganisation nicht mehr zu denken. Mit 337 gegen 48 Stimmen wurde er aus der BGB-Partei ausgeschlossen.[5] Ohne langes Besinnen griff der Exkommunizierte zum Gegenzug. Mit 17 separatistischen Bauernvertretern gründete er im Großen Rat des Kantons Bern eine Sonderfraktion.[6] Im Nationalrat schlossen sich die vier Berner und Aargauer Jungbauern mit den vier St. Galler und Bündner Demokraten zur «freien und demokratischen Fraktion» zusammen.[7] Das Tischtuch zwischen den Alt- und Jungbauern wurde aber erst im Jahre 1937 endgültig zerschnitten, als Dr. Müller auch aus dem Schweizerischen Bauernverband hinausgeworfen wurde.[8] Fast zur gleichen Zeit sprach sich eine «Führerkonferenz» auf dem Möschberg für einen Beitritt der Organisation zur linksbürgerlich-sozialistischen Richtlinienbewegung aus.[9]

In all diesen Jahren hatte die Bauernheimatbewegung nicht den Charakter einer Front. Aus einer mit der Bauernpartei verbundenen kulturellen Organisation war allmählich ein selbständiges politisches Gebilde geworden, das gewisse Ähnlichkeiten aufwies mit der Demokratischen Partei im Kanton Graubünden und einem Teil der Bauernpartei im Kanton Schaffhausen, beides Gruppierungen, die berg- oder kleinbäuerliche Interessen vertraten. Es bestand daher eine enge politische Freundschaft zwischen Hans Müller, dem Führer der Jungbauern, Andreas Gadient, dem Gründer der Bündner Demokraten, Paul Schmid-Ammann, dem Sekretär der Schaffhauser Bauern, sowie Max Weber, dem überragenden Kopf des Schweizerischen Gewerk-

schaftsbundes. Immerhin offenbarte sich bei den Möschbergern früh schon eine Tendenz, die sie von den Verbündeten zur Linken schied und in die *Nähe der Frontisten* rückte. Da war einmal der beinahe fanatische Zug ins Mystische, der sich mit dem gleichen Eifer für die Erhöhung der Milch- und Fleischpreise wie für die Befolgung christlicher Grundsätze einsetzte.[10] Da war im weitern der an Byzantinismus grenzende Kult mit dem Führer, der einen Mangel an bäuerlicher Nüchternheit und republikanischer Eigenart erkennen ließ.[11] Da war schließlich das schwärmerische Bekenntnis zur nationalen Erneuerung, das sich in keiner Weise von der frontistischen Terminologie unterschied.[12] Es konnte daher nicht nur Zufall sein, wenn ein Ostschweizer Jungbauer sich an einige Jungfrontisten wandte mit den Worten: «Liebe Freunde der Nationalen Front! Wenn ich Eure Schriften und Zeitungen lese oder hie und da einmal eine Frontversammlung besuche, so gehe ich immer wieder mit dem Gefühl weg: Warum steht Ihr dort und wir hier?... Ihr stellt Forderungen auf, die haarscharf dorthin zielen, wo die Bauernheimatbewegung hin will... Geben wir uns darum die Hand! Ob's dann Nationale Front heißt oder Bauernheimatbewegung, vielleicht im einen Kanton so und im andern anders, ist nicht entscheidend.»[13]

Der Wunsch des Ostschweizer Jungbauern sollte mehr oder weniger in Erfüllung gehen. Bereits zeichnete sich eine *neue Schwenkung* der Bewegung ab. Diesmal schlug das Pendel eindeutig nach rechts in Richtung des Frontismus aus. Die Entwicklung setzte mit dem Jahre 1938 ein. Damals fanden Verhandlungen mit den Sozialisten über ein Bündnis bei den Berner Regierungsratswahlen statt. Man wollte in einem gemeinsamen jungbäuerlich-sozialistischen Ansturm die altbäuerlich-freisinnige Alleinherrschaft aus dem Sattel werfen.[14] Die Verhandlungen schlugen fehl, doch boten die bürgerlichen Parteien, die wahrscheinlich die Jungbauern isolieren wollten, der Sozialdemokratie freiwillig zwei Sitze in der Exekutive an. Robert Grimm packte zu und zog selber als erster Sozialist in die Regierung ein.[15] Seit jenem Tage war er für die Jungbauern ein Verräter, der durch sein Zusammenspannen mit den alten Parteien die bisherige Richtlinienarbeit sabotiert hatte.[16]

Mit den Altbauern verkracht, von den Freisinnigen gemieden und von den Sozialisten abgehalftert, befanden sich die Jungbauern in einer wenig beneidenswerten Lage. Wie sollte man da noch seinen Weizen zum Blühen bringen? Vorerst war guter Rat teuer. Aber ein Ereignis, von niemandem vorausgesehen, änderte die Situation mit



Aus einem Leitartikel des «Schweizer Jungbauern»: Die Jungbauern haben von Gott den Auftrag erhalten, im Volk das soziale Gewissen zu wecken und zu schärfen.

Gemach, Hansli Müller, gemach!
Es handelt sich hier nach dem äußern Gehaben,
Um die Wünsche normaler Hirtenknaben,
Zu bringen ihr Korn unters Dach.

Jungbauer, gemach! Leicht hagelt's ins Korn.
Es haben vor Dir gar viel sogenannte
Von Gott Berufene oder Gesandte
Die selbstverfertigten Flügel verlor'n.

Wurden viel ähnliche Sprüch schon verbrochen,
Und hat so mancher, der seinen Degen
Gar selbstherrlich trug und gar verwegen,
Sich damit ins eigene Fleischlein gestochen.

BB

einem Schlag. Am 22. Juni 1940 hatte Frankreich vor der deutsch-italienischen Übermacht die Waffen gestreckt. Seither war die Schweiz von einer einzigen Kriegspartei umgeben. Bald würde auch für sie die Stunde des Anschlusses gekommen sein. Dann aber hatten Freisinn, Sozialdemokratie und Bauernpartei ausgespielt. Lediglich den Frontisten und den von den Systemsparteien übel traktierten Jungbauern stand eine verheißungsvolle Zukunft bevor. Sie brauchten sich nur der neuen Lage *anzupassen* und das Land dem Einfluß der kontinentalen Mächte auszuliefern: «Wir ... dürfen ... an der ... neuen ... Ordnung nicht achtlos vorbeigehen, so tun, als ob uns dieses Weltgeschehen nichts anginge. Nichts wäre verfehlter, nichts gefährlicher als das.»[17] Wir werden uns vielmehr «beeilen müssen, in den Schnellzug der Zeit einzusteigen»[18] und «unsern Beitrag an ein neues Europa zu leisten».[19] Den Jungbauern werde einst das Verdienst zukommen, «den Anschluß an eine neue Zeit erstritten» zu haben.[20]

Mit den Schlagwörtern «neue Ordnung», «neues Europa» und «neue Zeit» konnte nur der Status quo der frühen vierziger Jahre gemeint sein, ein Zustand also, der fortwährend neue souveräne Staaten dem nationalsozialistischen Eroberungswahn ans Messer lieferte. Unter dem «alten Europa» dagegen, das man innerlich ablehnte, verstanden die Jungbauern die Verhältnisse, wie sie vor Kriegsausbruch im freien Frankreich und in andern demokratischen Staaten geherrscht hatten.[21] Bezeichnend für den Gesinnungswandel der führenden Möschberger war das Bekenntnis eines Redaktors, der von der «Nation» zum «Schweizer Jungbauer» hinübergewechselt hatte: «Dem neuen Geschehen in Deutschland gegenüber nahm ich anfänglich ... eine völlig ablehnende Haltung ein.» Dann aber «setzte sich bei mir die Auffassung durch, daß das umwälzende Geschehen vielfach völlig falsch bewertet wurde... In dem Maße, wie sich meine Überzeugung festigte, begann ich ... ihr Ausdruck zu geben... Ich warnte vor der landläufigen falschen Einschätzung der Revolution im nördlichen Nachbarland.»[22] Häufig ergriffen auch die Jungbauern *für das Reich* und *gegen die Heimat* Partei. Das Schweizervolk, behaupteten sie, nehme in seiner großen Mehrheit eine «unnatürliche, verkrampfte Haltung» ein und habe sich in eine «geistige Verbüffelung gegenüber Deutschland hineingearbeitet». Es sei dem indischen Fakir zu vergleichen, «der nur noch seinen Nabel und sonst nichts mehr» sehe.[23] Nur die Jungbauernbewegung habe sich seit Jahren um eine verständnisvollere Haltung gegenüber Deutschland bemüht. «Unsere Arbeit diente

einer aufgeschlossenen Schweiz, die den Nachbarn achtet und zu verstehen sucht, ... sie galt ... einem starken Lande, das sich einen ehrenvollen Platz in der europäischen Völkergemeinschaft erringt.»[24] Sollte das Dritte Reich aus seiner dominierenden Stellung verdrängt werden, so wäre das auch ein Schlag für die Schweiz. Niemand in unserm Land dürfe sich der Erkenntnis verschließen, «daß bei einer Niederlage Deutschlands auf dem europäischen Kontinent der Bolschewismus Herrscher würde».[25] Der Krieg gegen den Bolschewismus sei daher «ein Krieg zur Verteidigung des Abendlandes».[26]

Noch stand der braune Diktator auf dem Höhepunkt seiner Macht. Seine Erfolge gaben den Jungbauern Mut, auf ihren krummen Wegen weiterzuwandeln: «Wir dürfen uns so recht freuen, Träger dieser neuen Zeit zu sein. Ist es schon immer schöner, auf seiten eines Siegers als auf seiten eines Besiegten zu sein, so gilt dies für uns in ganz besonderem Maße, indem wir nicht erst seit gestern ... für die neue Zeit gekämpft haben... Es gibt kein Gebiet, auf dem wir nicht Recht bekommen hätten. Das gibt Freude und Zuversicht... Laßt die ewig Gestrigen am Wege stehen.»[27] «Es gibt für sie nur eines: Abtreten, bevor es zu spät ist. Abtreten und jenen Männern die Führung überlassen, deren Arbeit durch die Ereignisse so durchschlagend gerechtfertigt worden ist.»[28] Damit hatten die Jungbauern ihr Leitmotiv gefunden: «Eine rasche und gründliche *Umbildung ... der obersten Landesbehörde* wird zur zwingenden Notwendigkeit... Nur Männer sollen zur Führung berufen werden, die nicht durch die Verantwortung für die Politik der vergangenen Jahre mitbelastet sind.»[29] «Eine mutige Bejahung europäischer Zusammenarbeit – das ist der Weg, auf dem wir im Umbruch der neuen Zeit als freier und geachteter Staat eine Mission zu erfüllen haben... Und wenn uns die ‹Historischen› von der Museumsgesellschaft, denen noch der Zopf aus dem letzten Jahrhundert um die Nase baumelt, national zu verdächtigen suchen, nur darum, weil wir für unser liebes Schweizerland noch rechtzeitig das Tor in die neue Zeit aufstoßen wollen, dann ... fällt es uns schon gar nicht mehr ein, uns deswegen zu verteidigen: wir wissen, ... daß ... die Stunde kommt, da sich die mausgrauen Herrschaften, die mit ihrer Politik sturer Verbohrtheit einer Sackgasse entgegentreiben, vor Land und Volk sich zu verteidigen und zu verantworten haben werden.»[30] «Der Tag könnte kommen, wo eine ‹alte› Führung zur Rechenschaft gezogen wird. Hier gilt es einst verschiedene Rechnungen zu begleichen, und es wird gut sein, wenn sich alte Parteibonzen schon jetzt darauf einrichten.»[31]

Die Jungbauern hatten recht: der Tag der *Abrechnung* rückte heran. Schneller, als sie es gedacht hatten. Es war an einem heiteren Spätsommertag des Jahres 1942. Der Berner Große Rat hatte sich soeben eine Interpellation über die Spielregeln der politischen Auseinandersetzung angehört. Dies gab ihm Anlaß, die jungbäuerliche «Eiterbeule» aufzustechen. Der Fraktionssprecher der Freisinnigen wies auf das selbstherrliche und diktatorische Gebaren des Jungbauernführers hin und bezichtigte ihn der geheimen Absicht, seine politischen Ziele mit gewalttätigen Methoden statt mit demokratischen Mitteln durchzusetzen.[32] Der Wortführer der Altbauern erinnerte den Rat an zwei jungbäuerliche Landesverräter. Einer derselben hatte «nach eigener schriftlich erhärteter Feststellung ... als Mitglied einer sogenannten Mitarbeiterkonferenz zur obersten Führung der Jungbauernbewegung gehört». Der Redner sprach den Möschbergern das «Recht ab, sich ... als Herolde des vaterländischen Gewissens» zu gebärden.[33] Ein sozialdemokratischer Parteisekretär verlas das Stenogramm einer Rede des Jungbauernführers aus dem Jahre 1941. In seinem Vortrag hatte Dr. Müller die Berliner «Börsenzeitung» zitiert: «Man muß als Mitarbeiter anwesend sein, um später ohne Minderwertigkeitsgefühle auf dem Bauplatz des neuen Europa erscheinen zu können.» Diese Aufforderung eines Nazi-Blattes zur Kollaboration hatte Dr. Müller mit den Worten kommentiert: «Auf dem riesigen Bauplatz Europa wollen wir uns so verhalten, daß wir das Recht nicht verwirken, ein Plätzchen an der Sonne zu erhalten.»[34] Das war geistiger Landesverrat. Die Jungbauerngruppen mußten es sich daher gefallen lassen, als «Stützpunkte einer fremden Macht» apostrophiert zu werden.[35] Auch wurde ihnen der Rat erteilt, ihre Versammlungen inskünftig mit dem Liede «Horch, was kommt von draußen rein!» zu eröffnen.[36]

Die Abrechnung fand auch bei den *Neuwahlen* statt. Die Jungbauern mußten ihre Sympathien zum Nationalsozialismus mit einer Massendesertion der Wähler bezahlen. Dies trat schon bei den Nationalratswahlen von 1943 zutage. Im Kanton Bern, dem eigentlichen Stammgebiet, sank die Stimmenzahl von 14773 (10,2%) auf 10089 (6,4%), im Kanton Thurgau von 2331 (7,8%) auf 1147 (3,7%). Relativ günstig lautete das Ergebnis des Kantons St. Gallen. Der Stimmenanteil reduzierte sich von 2716 (4,4%) auf 2336 (3,8%). Hier konnte die Bewegung trotz des leichten Wählerrückgangs ein Restmandat erobern und einen Jungbauern aus Mogelsberg in die Volkskammer abordnen. Ihm schloß sich die von drei auf zwei Mann reduzierte Berner Deputation an.[37] Diesmal kam es allerdings nicht mehr

zur Bildung einer Fraktion, da sich die Demokraten schon im Juni 1941 von den Jungbauern losgesagt hatten.[38] Ähnliche Verfallserscheinungen machten sich bei den Erneuerungswahlen der kantonalen Parlamente bemerkbar. Im Kanton Bern zum Beispiel betrug der jungbäuerliche Wähleranteil: 1938: 21372 (13,8%), 22 Mandate. 1942: 16443 (11,8%), 17 Mandate. 1946: 7100 (4,4%), 4 Mandate.[39]

Nach den Berner Großratswahlen von 1946 verließen die engeren Mitarbeiter des Jungbauernführers das sinkende Schiff. Die Berner Kantonalsektion entließ ihren Präsidenten und ihren Sekretär, zwei ehemalige Nationalräte, die sich anschickten, in den Schoß der Mutterpartei zurückzukehren.[40] Ein Jahr später mußten die Berner schon wieder einen neuen Vorsitzenden suchen, weil der nachgerückte Präsident, diesmal ein amtierender Nationalrat, sein jungbäuerliches Gewand ebenfalls abgestreift hatte.[41] Gleichzeitig traten die vier Jungbauernvertreter im Großen Rat zur BGB-Fraktion über.[42] Schwere Stöße erlitt auch die Zürcher Organisation. Alle drei Kantonsräte und zahlreiche Mitglieder wandten sich von ihr ab.[43] Einzig die St. Galler Gruppe machte die Sezessionsbewegung nicht mit. Sie beteiligte sich als einzige Sektion 1947 nochmals an den Nationalratswahlen, doch ging ihr Mandat an die Konservativen über. Die beiden Berner Sitze, die die Jungbauern gar nicht mehr verteidigten, nahmen die Freisinnigen und die Sozialdemokraten in Beschlag.[44] Mit diesem teils frei-, teils unfreiwilligen Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben hatte die Bauernheimatbewegung ihre *politische Bedeutung eingebüßt.* Sie zog sich wieder auf den kulturellen Tätigkeitsbereich zurück. Vielleicht ließ sie sich dabei von der Einsicht leiten, daß sie auf diesem Felde Positiveres leisten konnte.[45]

7. Heimatwehr

Wie die Eidgenössische Front und die Jungbauernbewegung, so nahm auch die Heimatwehr eine *Zwitterstellung* zwischen Fronten mit und solchen ohne Bindung an das Ausland ein. Die 1925 zum Schutze kleinbäuerlicher Existenzen gegründete Bewegung war zunächst gegen fremdländische Einflüsse immun. Als aber im Frühling 1933 der «neue Geist» aus Deutschland und Italien auch in unser Land eindrang, geriet die Heimatwehr vorübergehend in den Bann des Faschismus. Bald erkannte sie jedoch, daß mit fremden Ideologien keine politischen Geschäfte zu machen waren, worauf sie sich wieder von den faschistischen Tendenzen distanzierte.

Die Heimatwehr war eine der ältesten Erneuerungsbewegungen. Ihr Schwergewicht lag im Berner Oberland, wo die Kleinbauern schon in den zwanziger Jahren von der Krise betroffen wurden. Sie schlossen sich am 5. Dezember 1925 zu einer Selbsthilfe-Organisation, der Heimatwehr, zusammen. Ausschlaggebend war dabei die Erkenntnis, daß die Politik der BGB-Partei «einseitig den Großbauern zugute kam, während die ... Bedürfnisse des kleinen Schuldenbauern mißachtet wurden».[1] Folgerichtig setzte sich die Heimatwehr für die *notleidenden Bergbauern* ein, denen sie das «Heimet» erhalten wollte.[2] Sie war überzeugt, damit nicht nur einer wirtschaftlichen, sondern auch einer staatspolitischen Pflicht zu genügen, mußte doch «die Befreiung des Bauern vor ungerechtfertigter Überschuldung im allgemeinen Interesse des Landes» liegen.[3] Im einzelnen verlangte die Heimatwehr eine «Zinsreduktion und ein Moratorium für gefährdete landwirtschaftliche Betriebe», einen «Ausbau des bäuerlichen Kredit- und Genossenschaftswesens unter Zuhilfenahme eidgenössischer und kantonaler Subventionen», stabile Mindestpreise für Agrarprodukte und eine Kontingentierung und teilweise Sperre der landwirtschaftlichen Importe.[4] Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, so drohte die Bewegung, «das Mittel des Steuerstreiks anzuwenden».[5] Sie war dann allerdings nicht bereit, ihre Drohung in die Tat umzusetzen, was ihr die spöttische Bemerkung Markus Feldmanns eintrug:

> «Leere Drohung, übler Brauch
> Wird des Feindes Hohn nur schärfen;
> Kannst du keine Blitze werfen,
> Freund, so laß das Donnern auch!»[6]

Als dann im Zuge des Frontenfrühlings die braune Woge über unsere Grenzen schlug, bekam auch die Heimatwehr einige Spritzer ab. Gemeinsam mit Fonjallaz, dem Führer der Schweizer Faschisten,[7] pilgerten zwei leitende Heimatwehrleute nach Rom, wo sie dem Duce «im Namen der Berner Bauern» einen holzgeschnitzten Bären überreichten.[8] Wie sollte man – meinte Rusch – diese Leute noch ernst nehmen, «wenn sie sogar dem Mussolini einen Bären aufbinden» konnten.[9] Im Februar 1934 schloß sich die Heimatwehr mit der Faschistischen Bewegung, die aus ihren eigenen Reihen hervorgegangen war,[10] zur *Helvetischen Aktion* zusammen. Diese lancierte eine Initiative zum Verbot der Freimaurerei.[11] Es bestanden aber noch weitere Kontakte zwischen den beiden Organisationen. Fonjallaz saß im Zentralvorstand der Heimatwehr. An ihren Versammlungen trat er als

offizieller Redner auf. In den Publikationsorganen beider Bewegungen, der «Heimatwehr» und dem «Schweizer Faschisten», die 1934 in derselben Druckerei hergestellt wurden, veröffentlichte er gleichlautende Artikel, in denen jeweils nur die Namen der beiden Fronten ausgewechselt waren. «Heimatwehr und Schweizer Faschisten», verkündete er im Mai 1934, «werden im Kampf um die Befreiung unseres Volkes und unserer Heimat von freimaurerischer Fremdherrschaft und Zinsknechtschaft, von Kommunismus und Marxismus, von fruchtlosem Parlamentarismus und volkszersetzender Parteiherrschaft Schulter an Schulter marschieren.»[12] Auch mit andern Erneuerungsgruppen pflegte die Heimatwehr enge Kontakte. In Zürich beging sie die 1.-August-Feier 1934 mit der Nationalen Front.[13] In Bern beteiligte sie sich gemeinsam mit der Nationalen Front und dem Bund für Volk und Heimat an den Nationalratswahlen von 1935.[14]

Als die enge Verflechtung mit dem Faschismus die Heimatwehr zu kompromittieren begann, lockerte diese wieder die Bande mit den Mussolini-Verehrern: «Wir haben ... mit aller Deutlichkeit den *Trennungsstrich* zwischen uns und einer gleichgerichteten Bewegung ziehen müssen, als die Vermutung berechtigt war, daß jene Bewegung offensichtlich Bindungen mit ausländischen Körperschaften unterhielt und allmählich einen fremden Geist in ... unsere Reihen tragen wollte.»[15] Man trennte sich auch von Fonjallaz, der Ende 1934 die Heimatwehr verlassen mußte. Nun wurde ihm plötzlich seine «Glorifizierung des italienischen Faschismus» angekreidet, während man die Heimatwehr wieder zu einer «rein schweizerischen Bewegung» machen wollte.[16]

Trotz dieser Bemühung, die schweizerische Eigenart zurückzugewinnen, blieb die Einstellung der Heimatwehr zur demokratischen Rechtsordnung zwiespältig. Zwar hatte sie sich in ihren Statuten verpflichtet, die Verfassung zu respektieren und die Demokratie zu achten,[17] doch betonte sie ihre «Gegnerschaft» zum «heutigen Parteiwesen», zum «unfruchtbaren Parlamentarismus»[18] und verstieg sich sogar in die Behauptung, sie werde «mit der *Eroberung der politischen Macht* ... diesem System ... ein Ende bereiten».[19] Dazu sollte es allerdings nicht kommen. Bei den Berner Großratswahlen vom 5. Mai 1934 eroberte sie drei der 228 Mandate.[20] Ihr Einfluß beschränkte sich im wesentlichen auf die oberländischen Amtsbezirke. Neben der wirtschaftlichen Krisennot mochte noch ein anderer Umstand zu diesem lokal begrenzten Erfolg beigetragen haben: «Dans ces vallées alpestres, où les sectes religieuses furent toujours très fortes, ces prédicants politiciens semblaient trouver un terrain propice à leur

exaltation.»[21] Ein vollkommenes Fiasko erlitt die Heimatwehr bei den Nationalratswahlen 1935, wo ihr die Konkurrenz der Jungbauern besonders zusetzte. Ihre frontistische Einheitsliste vereinigte bei 156126 Wählenden 2428 Stimmen auf sich. Das reichte nicht aus, um eines der 31 Mandate sicherzustellen.[22] Dieser Mißerfolg entlockte der Heimatwehr eine Klage über die «Gleichgültigkeit und Müdigkeit» in ihren Reihen.[23] Außerhalb des Kantons Bern blieb der Bewegung jeder Einfluß versagt, auch wenn sie auf der Zürcher Landschaft einigen Anhang hatte und vorübergehend in der Person des Thurgauer Kantonsrats Albert Spengler über einen Kopf verfügte, der als politischer Querulant eine gewisse Popularität besaß.[24] Anfangs 1936 mußte das Publikationsorgan sein Erscheinen einstellen. Noch lebte im Berner Oberland eine lokale Sektion weiter und entsandte 1938 und 1942 je einen Abgeordneten ins kantonale Parlament.[25] Allmählich aber ging der Heimatwehr das schwache Lebenslicht aus.

III. Fronten mit Bindung an das Ausland

1. Schweizerische Faschistische Bewegung

Der Anstoß zur Gründung der Schweizerischen Faschistischen Bewegung ging nicht, wie man erwarten könnte, von Italien, sondern von Deutschland aus. Zehn Jahre nach Mussolinis Marsch auf Rom bestand in der Schweiz noch keine faschistische Organisation. Erst der Umsturz in Deutschland und das Frontenfieber in der Schweiz schufen die Voraussetzung für das Aufkommen einer italophilen Front.[1] Am 17. Oktober 1933 empfing Mussolini eine schweizerische Delegation, die durch den Infanterieobersten und ETH-Dozenten für Kriegswissenschaft Arthur *Fonjallaz* angeführt wurde. Der Eindruck, den der Duce auf die Rompilger machte, hat Fonjallaz mit den Worten festgehalten: «Als Mussolini das Wort ergriff und die Ziele des Faschismus auseinandersetzte, da begriffen wir Schweizer sofort die Bedeutung dieses Mannes und empfanden die von seiner Persönlichkeit ausstrahlende Macht... Alle wurden unwillkürlich überzeugt, daß ein derartiger Führer mehr für den Weltfrieden tut und erreichen wird als Hunderte von Politikern.»[2] Von Stund an sang Fonjallaz das Hohelied des Duce: «Le fascisme a tué la liberté des fauteurs de désordre. Il a bien fait. Gloire lui soit rendue! Où en serions-nous, où serait l'Europe ... sans l'intervention mussolinienne...? Certainement que ni les démocraties, ni les libéraux, radicaux ou socialistes, ne l'auraient sauvée de l'emprise bolchévique.»[3] «Le salut de notre civilisation viendra de Rome et ... l'homme de demain est le DUCE!... Des milliers de citoyens de tous les pays se lèveront pour lutter à ses côtés.»[4] Bei der Gründung einer Tessiner Faschistensektion, die keine drei Dutzend Anhänger mobilisieren konnte, wandte sich Fonjallaz direkt an den italienischen Staatschef: «In voller Freiheit blicken wir nach Rom und rufen Mussolini zu: ‹Ihr geistiges Werk hat die Grenzen überschritten.›»[5] Am zweiten Jahrestag ihrer Wallfahrt nach Rom sandten die Schweizer Faschisten eine Ergebenheitsadresse an Mussolini: «Faschistische Föderation Schweiz, Jahrestag Gründung und Empfang in Rom, grüßt Duce des universellen Faschismus, Hüter der abendländischen Zivilisation und Geschichte, loyalen Führer großer Nation. Fonjallaz.»[6]

Die Schweizer Faschisten unterschieden sich von ihren *nationalsozialistischen Milchbrüdern*[7] nur insofern, als sie das Objekt ihrer Verehrung nicht im Norden, sondern im Süden zu erkennen glaubten.

Beiden gemeinsam war die Orientierung an ausländischem Gedankengut, die Unterordnung unter fremde Potentaten, die Abscheu vor liberalen und demokratischen Traditionen. «Beide basieren auf dem totalen Staat und dem Autoritäts-Führungs-Prinzip.»[8] Dabei ging es nicht ohne gewalttätige Geschichtsinterpretation: «Ich kann nicht anders als erklären, daß Walter Fürst, Werner Stauffacher und Arnold von Melchtal ... die drei ersten Faschisten der Schweiz waren.»[9]

Die Schweizer Faschisten konnten sich allerdings darauf berufen, daß *Mussolini* weit über ihren Anhang hinaus einiges *Ansehen* in unserm Land genoß. Die Sozial- und Volkswirtschaftliche Fakultät der Universität Lausanne[10] zum Beispiel verlieh ihm an der Vierjahrhundertfeier der Hochschule vom Januar 1937 den Ehrendoktor. Wohl bekannte sie sich in der Laudatio zu den Institutionen der Schweiz: «L'Université de Lausanne ... est profondément attachée aux institutions libérales et démocratiquement républicaines qui régissent notre patrie.» Gleichwohl pries sie das «staatliche und soziale Erneuerungswerk» des italienischen Diktators: «Vous avez, en supprimant la lutte des intérêts des partis, rendu au peuple italien le sentiment vital de sa cohésion spirituelle, économique et sociale.»[11] Ähnlicher Meinung war auch die «Gazette de Lausanne»: «Nul ne peut contester que, par l'œuvre réalisée dans son pays, ... le chef du gouvernement italien fait honneur à l'Université, qui l'a compté jadis au nombre de ses élèves.»[11] Dieser These trat der Winterthurer «Landbote» mit Bestimmtheit entgegen. Die Ehrung Mussolinis komme einem Dolchstoß in den Rücken der antifaschistischen Tessiner gleich und sei ein Beweis dafür, daß das Welschland den Faschismus nicht mit gleicher Energie bekämpfe wie den Nationalsozialismus.[12] Die letzte Feststellung wurde von der «Tribune de Genève» nicht in Abrede gestellt: «Il sera permis ... d'estimer que le nazisme offre plus de dangers pour nos institutions que le fascisme, parce que plus raciste – et par conséquent irrédentiste – et aussi parce que plus ... imprégné de culte de la violence jusqu'aux moelles.»[13]

War man auch weitherum gewillt, den italienischen Faschismus günstiger zu beurteilen als den deutschen Nationalsozialismus, so hieß das noch lange nicht, daß man den gleichen Unterschied machte bei der Bewertung ihrer schweizerischen Ableger. Gerade die «Gazette de Lausanne» *lehnte* die Mussolini-Anhänger in der Schweiz mit derselben Entschiedenheit *ab* wie die Hitleranbeter in unsern Gauen: «Pour la cohésion de la Suisse, tout mouvement cherchant à l'étranger les directives de sa politique présente un danger: que ce soient les


Doctor honoris causa
LIBERTÉ ET PATRIE
J. Nef.

fascistes du colonel Fonjallaz qui reconnaissent en Mussolini leur chef spirituel ... ou les confédérés nazistes qui se réclament d'Hitler et de la croix gammée.»[14] Ähnlich urteilte auch die «Neue Zürcher Zeitung»: «Der vaterländische Kult kann nicht über die objektive Gefahr hinwegtäuschen, die darin liegt, daß eine politische Bewegung ... die Hauptstadt eines Nachbarstaates zum symbolischen Richtpunkt ihrer Bestrebungen nimmt und sich geistig unter den Befehl des Regierungschefs dieses Nachbarstaates stellt.»[15] Kein Blatt vor den Mund nahm die «Nation»:

«Wir in der Schweiz sind Demokraten,
Wir hassen, was der Hitler bringt,
Wir spucken auf die Fonjallaten,
Auf alles, was nach Knechtschaft stinkt.»[16]

Johann Baptist Rusch hätte den Führer der faschistischen Neo-Ultramontanen am liebsten über die Berge geschickt. Mussolini solle, meinte er, eine Schweizergarde bestellen und das Kommando dem Obersten Fonjallaz übertragen.[17] Mit dieser Lösung wäre auch Ernst Uhlmann einverstanden gewesen, der sich als Offizier darüber ärgerte, daß ein welscher Truppenführer so wenig Ehre für die Armee einlegte. «Das Schweizervolk», schrieb Uhlmann, «ist sich ... einig, daß dieser Mann seine Rechte als Erzieher und Lehrer unserer Armeeangehörigen ausgespielt hat. Ein Verfechter faschistischer Ideen gehört nicht auf einen schweizerischen Lehrstuhl, vor allem nicht auf einen militärischen Dozentenposten. Ein solcher ‹Eidgenosse› muß so rasch wie möglich in sämtlichen Funktionen, die ihn als maßgebende Persönlichkeit erscheinen lassen, eingestellt werden.»[18] Der Artikelschreiber brauchte nicht lange zu warten, bis sein Wunsch in Erfüllung ging. Anfang November 1933 entließ der Bundesrat Fonjallaz «unter Verdankung der geleisteten Dienste».[19] Weniger rigoros verfuhr das Militärdepartement mit den übrigen *faschistischen Offizieren.* Es hatte sie angefragt, wie sie sich im Kriegsfalle verhalten würden. Die Antwort war offenbar befriedigend ausgefallen, konnte doch das Departement Mingers mit beinahe enthusiastischen Worten verkünden: «Die Erhebungen ... haben ergeben, daß kein Anlaß besteht, am Patriotismus und an der loyalen Gesinnung der in Frage stehenden Offiziere zu zweifeln. Sie stehen restlos auf dem Boden der Landesverteidigung und sind bereit, unter allen Umständen ... ihre Pflicht ... vorbehaltlos zu erfüllen.»[20] Weniger beglückt zeigte sich der Bundesrat über die Gründung schweizerischer «Fascios» in Mai-

land, Genua, Turin, Florenz und Rom. Er sprach seine Mißbilligung aus[21] und wandte sich an Mussolini, um ihm darzulegen, daß solche Auslandorganisationen weder im Interesse Italiens noch der Schweiz lägen.[22]

Nicht allzulange sollten indessen die Schweizer Faschisten dem Bundesrat Sorge bereiten. Die Bewegung brachte es *nie auf einen grünen Zweig*. Wohl hatte sie vorübergehend Sektionen in den Kantonen Tessin, Waadt, Neuenburg, Genf, Solothurn, Zürich und Graubünden.[23] Auch verfügte sie über drei verschiedensprachige Zeitungen, die in ihrem geistigen Gehalt allerdings von erbärmlicher Dürftigkeit waren. In Zürich erschien der «Schweizer Faschist», in Lausanne der «Fasciste Suisse» und in Lugano der «Fascista Svizzero». Letzterer stellte sein Erscheinen im Juli 1935 ein, als Fonjallaz' Stellvertreter, Ingenieur Rezzonico, der früher bei den Liberalen und dann bei den Konservativen beheimatet gewesen war, die Faschistische Vereinigung verließ.[24] Im Tessin versuchte es die Bewegung vorübergehend auch mit der *Politik der Straße*. Als das kantonale Parlament im Januar 1934 ein Dekret zum Schutze der öffentlichen Ordnung beriet, demonstrierten die Faschisten vor dem Großratsgebäude des Kantonshauptorts. Es kam zu einem Handgemenge mit den traditionell antifaschistischen Tessinern. Die Polizei und eine Unteroffiziersschule aus Bellinzona mußten die Ordnung wiederherstellen.[25] Als daraufhin die Faschistische Vereinigung eine Demonstration nach Bellinzona einberufen wollte, verbot der Staatsrat alle politischen Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Damit fiel der «Marsch auf Bellinzona» ins Wasser.[26] Ebenso erfolglos war der Versuch, auf legalem Weg zu Macht und Einfluß zu gelangen. Bei den Wahlen vom 10. Februar 1935 in den Tessiner Großen Rat brachten es die Faschisten im ganzen Kanton auf 516 von 35102 Listenstimmen.[27] Sie gingen bei der Mandatsverteilung leer aus. Unter diesen Umständen kam eine Beteiligung an den Nationalratswahlen nicht in Frage. Einzig im Kanton Wallis versuchten die mit dem Front Valaisan zur «Action Helvétique» verbundenen Faschisten ihr Glück. Ohne Erfolg, denn von 31026 Wählenden bekannten sich deren 574 zur Helvetischen Aktion.[28] Bald mangelte es auch am nötigen Kleingeld. Ein Aufruf zur Zeichnung von A-fonds-perdu-Anteilscheinen blieb wirkungslos.[29] Daraufhin kündete der «Schweizer Faschist» eine «Reorganisation» der Bewegung an.[30] Damit war nichts anderes als die Liquidation gemeint. Bewegung und Zeitung verschwanden von der Bildfläche. Die «Gazette de Lausanne» atmete auf: «L'absurde tentative du colonel Fon-

jallaz de créer un ‹fascisme suisse› a subi un échec complet.»[31] Noch einmal tauchte zwar die Gestalt des Exobersten aus dem Dunkel der Vergessenheit auf. Am 25. Januar 1940 wurde Fonjallaz im Bahnhof Schaffhausen verhaftet, als er im Begriffe stand, nach Deutschland auszureisen.[32] Ein Jahr später, am 28. Februar 1941, verurteilte ihn das Bundesstrafgericht zu drei Jahren Zuchthaus wegen verbotenen militärischen Nachrichtendienstes zum Schaden eines fremden Landes und wegen verbotenen politischen Nachrichtendienstes zum Nachteil der Schweiz. Seine subversive Tätigkeit hatte der Faschistenführer bezeichnenderweise nicht zugunsten Italiens, sondern im Solde Deutschlands ausgeübt.[33] Kurz nach Verbüßung der Strafe starb Fonjallaz im Alter von 69 Jahren.[34]

2. *Nationaldemokratischer Schweizerbund*

Der Nationaldemokratische Schweizerbund war die Front eines Außenseiters und Nonkonformisten, eines Mannes, der über Geist und Witz verfügte und eine «unbändige Freude am politischen Scheibenschießen» bekundete.[1] Er hieß *René Sonderegger* und entstammte einer alteingesessenen Appenzeller Familie. Sein Ehrgeiz und Eigensinn verunmöglichten ihm, sich in eine politische Gemeinschaft einzufügen. Nach kurzen Gastspielen bei der Sozialdemokratie und der Neuen Schweiz[2] wurde er wieder ein Einzelgänger. Da er aber von seiner Unentbehrlichkeit fürs Vaterland überzeugt war und sich überdies das Verdienst zuschrieb, den «Frontenfrühling ... eingeleitet» zu haben,[3] gründete er im Jahre 1935 eine eigene Front, den Nationaldemokratischen Schweizerbund. In seinen Schriften zeichnete er sich durch *scharfe und träfe Kritik* aus, die weder die Rechte noch die Linke, weder Prominente noch gewöhnliche Sterbliche verschonte. Auch deckte er die Mängel des demokratischen Systems auf, ohne indessen das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Schweiz, meinte er, könne keinen anderen Inhalt nachweisen als den der Demokratie.[4] «Wer Demokratie nicht kennt, kennt Schweizertum nicht.»[5] Dasselbe gelte für den ganzen Kontinent. «Der Geist der Demokratie allein wird die Menschheit zur sinnvollen kulturellen Höhe führen.»[6] Auch grenzte sich Sonderegger gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus ab: «Die Welt beobachtet seit ... dem 30. Januar 1933 mit Grauen, mit Entsetzen und Sorge ein System, das die Methoden der Inhumanität, des Rassenwahns und des Rassendünkels wie der Verfolgung seiner Gegner ... in einem Ausmaß übt, das sich jenseits aller

Begriffe von Recht, Gesittung und Moral hält.»[7] Gegen diese «Unkultur und Barbarei» gelte es sich «mit allen Mitteln ... zur Wehr zu setzen».[8]

Die Gründung des Nationaldemokratischen Schweizerbundes war nicht zufällig im Sommer 1935 erfolgt. Die *Nationalratswahlen* standen bevor, an denen sich Sonderegger beteiligen wollte. Er kandidierte im volks- und mandatreichen Kanton Zürich. Seine nationaldemokratische Liste fand aber nur bei 192 von 154015 Wählenden Anklang.[9] In Anspielung an diesen Mißerfolg hat Sonderegger einmal die resignierte Bemerkung gemacht: «Diese Republik kann Männer wie mich nicht gebrauchen.»[10]

Das Gefühl, von seinen Mitbürgern verkannt zu werden, und das Bewußtsein, seine Pläne nicht verwirklicht zu haben, mochten zwei der Ursachen dafür gewesen sein, daß sich Sonderegger mehr und mehr *der Heimat entfremdete*. Der rasante Aufstieg des Dritten Reiches und die anfänglich ununterbrochene Siegeskette der deutschen Wehrmacht trugen das Ihre dazu bei, den enttäuschten Outsider zu betören und zu entwurzeln. So schlug der Nonkonformismus Sondereggers allmählich in Feindschaft gegen Grundwerte des schweizerischen Staatsbewußtseins um. Mit dieser Absage an die eigene Herkunft verband sich eine zunehmende Sympathie zum Hitlerreich. Der *Umfall* vollzog sich im Sommer 1940, als Frankreich am Boden lag. Damals veröffentlichte Sonderegger eine vergleichende Studie über Nationalsozialismus und Demokratie, in der er seinem Gesinnungswandel deutlich Ausdruck gab. Er glaubte, «das offene Eingeständnis zum Europäertum Adolf Hitlers» werde «nicht ohne sensationelle und zügige Wirkung» sein.[11] In unserm Land, behauptete Sonderegger, würden die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative nicht mehr von einer lebendigen Volksmeinung getragen. Das demokratische System sei erstarrt. «Die Belebung wird erst zurückkehren, wenn Hitler der Schweiz ihren Platz im neuen Europa zugewiesen haben wird.»[12] Eine Ungerechtigkeit wäre es, wollte man dem deutschen Reichskanzler antidemokratische Absichten unterschieben. «Hitler bekämpft ... nicht die ideale, totale Demokratie, ... sondern er vernichtet und züchtigt die Scheindemokratie, den Formalismus ohne Seele, diesen europäischen Friedhof der Sprüche aus dem letzten Jahrhundert. Hitler ist ... der größte und einzig praktizierende Staatsphilosoph, welcher die Demokratie zu erwecken imstande ist.»[13] Darum werde auch die Schweiz nur in Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland vorankommen.[14]

Wie manche *Konvertiten,* so zeichnete sich auch Sonderegger durch Fanatismus und Intoleranz aus. Den Dozenten an den Hochschulen, «welche für Geld und Stellung die Luft mit Rechthaberei» erfüllten, empfahl er das «Konzentrationslager zusammen mit jenen Redaktoren, welche von einer reichen Tante[15] ... den Monatszapfen» bezögen für Taten, die sich darin erschöpften, auf die Patrioten hinunterzuhauen und das Volk mit pathologischer Nazifeindschaft zu verdummen.[16] «Die Primitivität ist der Tummelplatz für eine Kritik an Hitler, welche sich anmaßt, dem Genie einen Maßstab anzulegen, der für Kinderschulen paßt.»[17] Demgegenüber habe er, Sonderegger, den «Genius Hitler» entdeckt.[18] Er habe erkannt, daß ein gerader Weg von Niklaus von der Flüe, Huldrych Zwingli, Heinrich Pestalozzi und Jacob Burckhardt zu Adolf Hitler führe. «Wie Johannes der Täufer dem Christus vorangehen mußte, so ist ein Toggenburger Hirtenknabe – Huldrych Zwingli – dem deutschen Gefreiten aus dem Ersten Weltkrieg vorangegangen.»[19] Zwischen dem Bundesbrief von 1291 und der Staatslehre Adolf Hitlers bestehe ein direkter Zusammenhang. «Die Schweizergeschichte hat Adolf Hitler erwartet.» Denn dieser «ist ... die letzte Erfüllung dessen, was jene war und wollte und wofür sie aus der stillen Wiese am Vierwaldstättersee emporgestiegen ist zur lichten Höhe der europäischen Völkerverständigung.»[20] Zu solcher *Geschichtsklitterung* paßte das Bild, das der verblendete Hitlerjünger von seiner Gegenwart zeichnete. Der Zusammenbruch des alten Europa, behauptete er, bedeute «keineswegs das katastrophale Ende einer Kultur, sondern vielmehr den Beginn einer neuen Epoche sinnreicher Zivilisation und wahrer Kultur.»[21] Das Dritte Reich wolle die europäischen Kleinstaaten, die es «aus strategischen Gründen» erobert habe, «keineswegs als Untertanenländer behalten und sie einer sinnlosen und machtpolitischen Diktatur unterwerfen». Vielmehr werde es ihnen zu einer gemeinschaftlichen Freiheit verhelfen, ohne ihnen allerdings das Recht zuzugestehen, die Erkenntnisse dieses Jahrhunderts, den Nationalsozialismus, zu verleugnen.[22] Letzteres gelte auch für die Schweiz, die sich vor die Aufgabe gestellt sehe, «Nationaldemokratisches zu Nationalsozialistischem hinüberzubringen».[23]

Den nationalsozialistischen Bazillus übertrug René auf seinen Bruder *Hans Konrad Sonderegger,* der als Vertreter des Freiwirtschaftsbundes von 1934 bis 1935 appenzellischer Ständerat gewesen war und seit 1939 durch den Kanton Baselland in den Nationalrat abgeordnet wurde. Daß die beiden Brüder persönliche und politische Kontakte

miteinander pflogen, geht aus Renés Büchern wiederholt hervor, unter anderm auch aus einer Bemerkung, die letzterer 1940 in seine Schrift «Die Schweiz im Paneuropa Adolf Hitlers» einflocht. «Ich hätte», schrieb René damals zu einer Ersatzwahl in den Bundesrat, als Nachfolger Obrechts «einen ehrlichen Demokraten genommen wie Nationalrat Dr. Gadient aus Graubünden. Auch ein Gewerkschafter wie der Eisenbahnführer Robert Bratschi hätte den Weg zu neuen Ideen öffnen können. Wenn das Finanzdepartement zu besetzen wäre, hätte ich den Freigeldler Dr. Hans Konrad Sonderegger ans Steuer gesetzt.»[24] Diese Gedankengänge deckten sich mit denjenigen des Bruders. In einem Brief vom 4. Juli 1940 an Andreas Gadient in Chur meinte Hans Konrad: «Wer soll jetzt Bundesrat werden? Ich habe aus guten Gründen Dich vorgeschlagen. Aber ich komme nicht darum herum, auch mich vorzuschlagen.» Als dritten im Bunde hätte Hans Konrad gerne Robert Bratschi auf den Schild erhoben, doch hatte ihm der Gewerkschaftsführer strikte verboten, seinen Namen in die Bundesratskombinationen miteinzubeziehen. Wie begründete der Königmacher Sonderegger seine Nominationen? Frankreich, führte er aus, habe kapituliert, und Deutschland stehe im Begriff, die kontinentalen Verhältnisse neu zu regeln. Es sei «ganz undenkbar, daß die Schweiz bei dieser *Neuordnung* übergangen» werde. In dieser geschichtlichen Stunde dürfe unser Land die Initiative nicht einfach andern überlassen. Es müsse den Ereignissen zuvorkommen und sich freiwillig der neuen Lage anpassen. Dazu gehöre auch die Umbildung der Landesregierung, eine Umgruppierung des politischen Kräfteverhältnisses, die nicht mehr in den «alten Formen einer Bundesratswahl» vor sich gehen könne. Aus «außenpolitischen Gründen» müsse auch «ein Freiwirtschafter her», denn nur dieser könne eine «neue, antiplutokratische Politik» befolgen und sich «mit den Achsenmächten verständigen». «So bilden wir ein richtiges *Kriegskabinett:* ich würde gar nicht zögern, auch einen Frontisten an hervorragende Stelle zu setzen, um die deutsche Gesandtschaft formell zu befriedigen.»[25]

War es Zufall, daß ein Abgeordneter von Appenzell und Baselland – beides Kantone, die damals noch das medizinische Kurpfuschertum in ihren Marken duldeten – im Sommer 1940 zum *politischen Kurpfuscher* wurde? Hans Konrad Sonderegger hatte ganz offensichtlich «die Nerven, den Kopf und auch den Verstand verloren».[26] Diesen Eindruck erhielt auch der Briefempfänger, Nationalrat Gadient. Er glaubte, die Epistel sei «in einem Zustand reichlichen Alkoholgenus-

ses» geschrieben worden, und ließ sie daher in den Papierkorb wandern.[27] Aber Gadient täuschte sich. Sondereggers «Flucht nach vorn» war ernst gemeint[28] und legte Zeugnis ab von der «*politischen Psychose*», die in den bedrohlichen Tagen des Sommers 1940 einige Kreise unseres Landes erfaßt hatte und sich – mit Abstufungen – auch in andern Begebenheiten manifestierte: in Pilets Frontenempfang,[29] der «Eingabe der 200»[30] sowie Hans Müllers[31] und René Sondereggers politischem Stellungswechsel.

Neben Gadient war auch der Zürcher Freiwirtschafter *Werner Schmid* Empfänger des berüchtigten Briefes. «Er behielt das Schreiben fein säuberlich auf, nicht nur eine Woche, ein Jahr, nein drei Jahre, und er zog es aus der Tasche», als die deutsche Angriffsgefahr scheinbar nachgelassen hatte.[32] Im März 1943 übergab Schmid den Brief dem Vorstand des Freiwirtschaftsbundes und der Bundespolizei. Gegenüber dem Vorwurf, die Affäre während Jahren verheimlicht, gebilligt oder gar gedeckt zu haben, machte der Denunziant geltend, er habe «mündlich und schriftlich» den Versuch unternommen, Sonderegger «von der Gefährlichkeit und Unsinnigkeit» seines Unternehmens zu überzeugen und ihn «wieder zur Vernunft und auf den Boden der Demokratie und der realen Tatsachen» zurückzuführen. Erst als alle diese Bemühungen nichts fruchteten und Sonderegger sich immer mehr «in seine politischen Konzeptionen ... verbiß» und sich dabei erst noch «genial» vorkam, sah sich Schmid genötigt, seinen Bundesgenossen fallenzulassen.[33] Hans Konrad Sonderegger hat diese Lesart bestritten. Er hat Schmids zögerndes Verhalten der Tatsache zugeschrieben, daß 1940 noch eine enge Freundschaft zwischen den beiden Politikern bestand, die dann in den Jahren 1942 und 1943 zerbrochen sei. Daraufhin habe sich Schmid gegen seinen ehemaligen Freund gewandt.[34]

Von Stund an war Sonderegger eine *gestürzte politische Größe*. Er trat aus dem Freiwirtschaftsbund aus[35] und zog sich auf Ende der Legislaturperiode 1939–1943 aus dem Nationalrat zurück.[36] Mit ihm verschwand auch sein Bruder in die politische Versenkung. Jener hatte sich in seinem Ehrgeiz zu sehr auf die Äste hinausgewagt, und dieser hatte – wenn nicht im Handeln, so doch im Denken und Reden – die Heimat verraten.[37]

3. Nationalsozialistische Eidgenössische Arbeiterpartei (NSEAP) oder Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen (BNSE)

Der 1931 gegründete Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen konnte nie vom Begeisterungstaumel des Frontenfrühlings profitieren. Als sich im Frühjahr 1933 die Fronten eines Auftriebs erfreuten, stand jener Bund schon deutlich im Zeichen des Verfalls. So geschah es, daß er als kleines Häufchen geistig verwirrter Leute nur wenig Beachtung fand. Sein Gründer, Architekt *Theodor Fischer,* ein Neuschweizer deutscher Herkunft, hat diese Tatsache mit den Worten beklagt: «Ende 1931 ließen wir die erste Folge unseres Kampfblattes ‹Der Eidgenosse› in Form eines Aufrufs erscheinen, in der Hoffnung, im schweizerischen Blätterwald einen Widerhall zu finden; aber nichts rührte sich. Zu Tausenden verteilten wir unsern Aufruf, und zwar auf alle möglichen Arten: der Erfolg war gleich Null. Am 16. Juni 1932 meldete sich unsere Bewegung beim hohen Bundesrat an mit dem einen bescheidenen Erfolg, daß wir endlich einmal in der gesamten Presse erwähnt wurden. Dann aber wurde es wieder still um uns.»[1] Endlich, im Sommer 1932 hatte es den Anschein, als ob Fischer die Mauer des Totschweigens durchbrechen könnte. Kurz vor den Reichtagswahlen vom 31. Juli 1932 trat Adolf Hitler in *Radolfzell* als Redner auf. Unter den 5000 schweizerischen Zuhörern befand sich auch Theodor Fischer. « Sofort erkannte ich, daß ich diese nie wiederkehrende Gelegenheit propagandistisch ausnützen mußte, um endlich Auftrieb zu bekommen. Dabei war es mir höchst gleichgültig, wie die Presse mein Auftreten aufnehmen würde, wenn nur geschrieben wurde.» Also ergriff Fischer das Wort und legte ein Bekenntnis zur NSDAP ab. Er wußte genau, daß er sich damit in der Heimat «eine negative Popularität sichern» würde. Er tat es dennoch, «um bemerkt zu werden».[2]

Fischers Radolfzeller Rede mündete in ein Lob auf den «*Führer der hehren Freiheitsbewegung* des germanischen und deutschen Volkes» aus. Ohne Hitlers Sieg in Deutschland könne die «mit dem deutschen Nationalsozialismus rassisch und seelisch sich eins fühlende kleine Schweiz» nicht weiterbestehen. Sie müßte «ihre Fahne für immer einrollen». «In diesem Sinne fordere ich die anwesenden Reichsdeutschen und Eidgenossen auf, in unserm gemeinsamen Schicksalskampf um die Erhaltung unserer Art und Seele nicht ... mehr tatenlos beiseite zu stehen, sondern in unsere Reihen einzutreten, die einzig vermögen, dem volkszersetzenden Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus eine kraftvolle und aufbauende Idee entgegenzuwerfen.»[3]



Gr. Rabinovitch

Architekt Fischer: Hoffentlich bringe ich den Klotz herüber!
Stimme aus der Schweiz: Hoffentlich zieht ihn der Klotz hinüber!

Fischers Radolfzeller Auftritt blieb tatsächlich in der *Schweiz nicht verborgen.* Der Schaffhauser Spitaldirektor Armin Billeter, der der Veranstaltung beigewohnt hatte, war der Meinung, «nur ein gütiges Schicksal» habe Herrn Fischer davor bewahrt, «auf seinem Heimweg unter Schweizerfäuste zu geraten; um eine ‹rassige Auseinandersetzung› wäre er nicht herumgekommen».[4] Fischer schien allerdings mehr die Deutschen als die Schweizer beeindruckt zu haben, sonst hätten sich jene wohl kaum darum interessiert, mit wie vielen Mandaten denn die Nationalsozialisten im «schweizerischen Reichstag» vertreten seien.[4]

Auch Fischers Kampfblatt «Der Eidgenosse» ließ über den *geistigen Standort* der Bewegung keinen Zweifel offen. Auf der Titelseite prangte das Hakenkreuz, das «altnordische Sinnbild ... des erwachenden ... arischen Geistes wider den jüdischen Ungeist».[5] «Arier aller Länder, vereinigt Euch gegen das Weltjudentum!»[6] lautete der den Marxisten entlehnte und abgewandelte Fischersche Schlachtruf. «Es ist ein Verbrechen, ein System wie das der parlamentarischen Demokratie zu schützen.» Daher «fort mit diesem Parlamentarismus zum Zukunftsstaat, zur germanisch-nationalsozialistischen Demokratie!»[7] An einer weiteren reichsdeutschen Kundgebung in Freiburg im Breisgau – «nicht Fribourg, da müßte man französisch reden»[8] – verstieg sich Fischer in den pathetischen Ausruf: «Deutsche, seid stets dankbar, daß uns eine Mutter jenen deutschen Helden Adolf Hitler geboren hat, der uns alle aus unserer größten Seelennot befreien wird!»[9]

Das teils lächerliche, teils provokatorische Gebaren der nationalsozialistischen Eidgenossen forderte zum *Protest* heraus: «Unverschämter als durch diesen Herrn Fischer und seine Leute ist der Name ‹Eidgenosse› noch nie mißbraucht worden.»[10] «Fischer wirft sich in Deutschland vor Hitler glatt auf den Bauch ... Mit solchen Eidgenossen reden wir nicht.»[11] Rusch erkannte in Fischer den «Typus des unassimilierten Zufallsschweizers», der sich «nie bemüht hat, unsere Landesgeschichte zu studieren und den Sinn und Geist unseres Staatsrechts in sechshundertjähriger Entwicklung in sich aufzunehmen».[12] Für eine jungdemokratische Zeitschrift war Fischer «eine eidgenössische Marionettenpuppe», ein «gewissenloser Hitlerlakaie», ein «Hitlerapostel und Hitlerjünger, der ... sein Schweizertum verraten» wolle.[13] Gegen diese Anschuldigungen reichte Fischer Klage ein. Er verlangte 10000 Franken Schadenersatz. Das Zürcher Obergericht gelangte aber zu einem Freispruch. Lediglich dem Vorwurf der «Käuflichkeit» maß es ehrverletzenden Charakter zu, da finanzielle

Bindungen Fischers an die deutsche Hitlerbewegung nicht nachgewiesen werden konnten.[14]

Ein anderes Gericht sorgte dafür, daß auch der *Humor* zu seinem Rechte kam. Darüber wußte das «Luzerner Tagblatt» zu berichten: «1. August 1933. Ganz Zürich flaggt... Am Bellevue aber steht Fischer, der Diktator des Bundes Nationalsozialistischer Eidgenossen... Das Flugblatt, das er verteilt, ist eine wüste Schimpferei gegen die Demokratie, gegen die liberale Presse, eine Verherrlichung des ‹genialen Arztes› seines Volkes, ‹Adolf Hitler›. Am Schluß des Hetzblättchens prangt die Aufforderung, von den Türmen der Stadt ... das Panner der völkischen und sozialen Erneuerung, das ‹in den Farben des alten Standes Uri gehaltene schwarze Hakenkreuz auf gelbem Grund› wehen zu lassen.[15] Empörung bei allen Umstehenden. Drei des Weges kommenden jungen NZZ-Redaktoren ... steigt die Galle hoch, wie sie den ‹Führer› heilrufend die Vorderflosse erheben sehen... Sie verhandeln. Bitten ihn um seine Makulatur. Offerieren ihm Geld. Umsonst. Da ... packen sie den Volksbeglücker, entreißen ihm den Wisch... Schon springen sie zur Quaibrücke, und auf den Fluten schaukeln 300 Flugblätter... Der Polizeirichter fand eine Busse von je neun Franken für angemessen. Wegen Gewässerverschmutzung!»[16]

Ein übles Spiel leistete sich ein publizistischer Mitarbeiter Theodor Fischers. Er *griff* in der Reichspresse den *schweizerischen Journalismus an.* Die «Neue Zürcher Zeitung» sei «das deutsche Sprachrohr der französischen Regierung», einer ihrer «Auslandredaktoren ein bezahlter Propagandaagent der Entente» und der «Chefredaktor des ‹Bund› ein bestochener Journalist». Es wäre endlich an der Zeit, daß das Deutsche Reich solche schweizerische Hetzblätter verbieten würde.[17] Der Verein der Schweizer Presse stellte daraufhin fest, der Pamphletist habe sich «seiner schweizerischen Staatsbürgerschaft unwürdig erwiesen»,[18] und die «Neue Zürcher Zeitung» bemerkte: «Ein ‹Schweizer›, der in reichsdeutschen Zeitungen die deutsche Regierung scharf macht, schweizerische Zeitungen zu verbieten, ein solcher ‹Schweizer› begeht moralischen Landesverrat.»[19] Diesen Vorwurf wollte der nationalsozialistische Publizist nicht auf sich sitzen lassen. Er reichte gegen den Chefredaktor des Blattes Klage ein. Das Zürcher Bezirksgericht wies die Einsprache vollumfänglich ab. Mit seinen unverantwortlichen Schreibereien in ausländischen Blättern habe sich der Kläger zu Recht den Vorwurf landesverräterischer Gesinnung zugezogen.[20]

Unschweizerisch war ferner die Propagierung des *Pangermanismus,* wie sie Wolf Wirz, der Hauptschriftleiter des «Eidgenossen», betrieb. «Wir Nationalsozialisten», erklärte Wirz, «verstehen das Wort ‹Nation› im Sinne der deutschen Sprache als eine geistig und blutsmäßig verbundene Menschengruppe... Neben die Einheit der Sprache tritt die Gleichheit des Blutes und des Charakters, die uns den Süddeutschen besonders nahe bringt.»[21] Daß ein solcher Rassenmythos den schweizerischen Nationalbegriff – eine geistig-geschichtliche Größe jenseits aller Schranken der Sprache, Rasse und Konfession[22] – sprengen mußte, war sich Wirz sehr wohl bewußt: «Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es keine schweizerische Nation gibt, sondern daß unser Vaterland genau umgrenzte Bestandteile von drei großen und hochstehenden europäischen Nationen umfaßt.»[23] Wer dergestalt die Schweiz als Nation in Frage stellte, konnte leicht bei Landesverrat enden. Wirz ist folgerichtig diesen Weg gegangen.[24]

Das Glück schien sich den nationalsozialistischen Eidgenossen auch nach dem Frontenfrühling nicht einzustellen. Im Juni 1933 trat die Luzerner Ortsgruppe mit Wolf Wirz an der Spitze geschlossen zur Nationalen Front über. Auch Teile der Zürcher, Berner und Aargauer Sektion desertierten ins nationalfrontistische Lager.[25] Im Juni 1934 stellte das Publikationsorgan sein Erscheinen ein. Es wurde durch vervielfältigte Nachrichtenblätter ersetzt.[26] Im Februar 1935 liquidierte Fischer seine Bewegung. Die Konkursmasse schloß sich Leonhardts *Volksbund* an in der durchaus richtigen Erkenntnis, daß beide nationalsozialistischen Bewegungen die gleichen Ziele verfolgten.[27]

4. Volksbund oder Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiter-Partei (NSSAP)

Der Volksbund verdankte seine Entstehung einer *Krise der Nationalen Front.* Vor den Zürcher Gemeinderatswahlen vom 24. September 1933 hatte sich letztere mit den bürgerlichen Parteien verbündet.[1] Die Allianz stieß auf den Widerspruch des radikalen Flügels, der behauptete, eine Zusammenarbeit mit andern politischen Gruppen komme einer «Anerkennung des vom Frontenprogramm verpönten Parteihaders und Parteikuhhandels» gleich. «Mit Entsetzen sahen Tausende von Frontisten, wie die Front nach und nach selbst in den Sumpf versank, dessen Überwindung sie sich zum Ziel gesetzt hatte.»[2]

Aber nicht nur Fragen der politischen Taktik gaben Anlaß zu internen Auseinandersetzungen. Es bestanden auch persönliche Di-

vergenzen zwischen Alfred Zander, dem Basler Ortsgruppenführer, und Ernst Leonhardt, dem Gauführer von Basel-Solothurn. Die Mißhelligkeiten führten schließlich zur *Spaltung* der Nationalen Front. Am 5. Oktober 1933 verließen die Basler und Solothurner sowie einige Berner, Luzerner und Aargauer Kameraden die Bewegung und gründeten unter Führung von Major Ernst Leonhardt, Oberstdivisionär Emil Sonderegger – nicht zu verwechseln mit den Gebrüdern Hans Konrad und René Sonderegger[3] –, Hans Boßhard und andern den Volksbund. Die überwiegende Mehrheit der Zürcher sowie die kompakte Masse der Schaffhauser und Ostschweizer Frontisten dagegen hielten der Nationalen Front die Stange.[4]

Die feindlichen Brüder begannen alsbald sich scharf zu befehden und die *schmutzige Frontenwäsche* vor aller Öffentlichkeit auszubreiten: «Die Leithammelclique der Nationalen Front ... besteht bekanntlich aus politischen Konjunkturrittern»,[5] aus «Dilettanten eines Doktorklüngels, der kaum recht weiß, wie selbstverdientes Brot schmeckt. Für sich selbst haben sich die Herren bezahlte Pöstchen ... ergattert, aber noch keinem einzigen Hungrigen für Brot gesorgt!»[6] Das «Harus» der Nationalen Front sei eine Abkürzung für «Horde akademischer Rüpel und Simpel».[7]

Ein halbes Jahr später suchte eine neue Spaltung den Volksbund heim. Die «bürgerlich-reaktionäre Richtung» Sonderegger/Boßhard überwarf sich mit Leonhardt in der Frage, ob man für oder gegen das am 11. März zur Volksabstimmung gelangende Staatsschutzgesetz[8] Stellung nehmen solle. Am 25. Februar entschlossen sich Sonderegger und Boßhard zum Austritt aus dem Volksbund und zur Gründung einer neuen Gruppe, der *Volksfront,*[9] die sich ein Jahr später, am 23. Februar 1935, mit verschiedenen im Niedergang befindlichen Fronten der deutschen und welschen Schweiz zum *Eidgenössischen Bund* zusammenschloß.[10] Seit der Spaltung vom Februar 1934 beschränkte sich der Einfluß des Volksbundes auf die Umgebung Basels; von den 400 Anhängern wohnten deren 250 in der Stadt.[11] Daran änderte sich nicht viel, als im August 1934 der *Nationalsozialistische Eidgenössische Kampfbund* (NSEKB), der sich auch Nationalsozialistische Eidgenössische Volks- und Wirtschaftspartei (NSEVWP) nannte und in Zürich über eine Handvoll Anhänger verfügte, zum Volksbund übertrat[12] und als sich im Februar 1935 auch Theodor Fischer und seine nationalsozialistischen Eidgenossen Leonhardt anschlossen.[13] Einzig die Etikette erfuhr jetzt eine Erweiterung: der Volksbund legte sich noch den Namen *Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiter-Partei* (NSSAP) bei.

Die Anhänger Leonhardts waren bis auf die Knochen *germanophil:* «Der Volksbund wird der nationalsozialistischen Weltanschauung der Nächstenliebe und folgedessen als die dem Schweizervolke von Natur aus einzig entsprechende Weltanschauung auch in der Schweiz zum Siege verhelfen.»[14] «Nur der Nationalsozialismus kann unser Land vor dem Untergang bewahren und unser Volk zu neuem Glanz, zu einem wahrhaftigen Volksstaat und zu einer ehrlichen Volksgemeinschaft führen.»[15] «Darum müssen wir zu Deutschland halten.»[16] Der Schweiz dagegen versagten die Volksbundleute die Anerkennung. Für ihre Landsleute hatten sie nur Spott und Verachtung übrig: «Glücklicherweise ist mal wieder ein Teil unserer vor Lügenhaftigkeit strotzenden Presse im Deutschen Reich verboten worden. Vielleicht erwirken solche Maßnahmen doch allmählich, daß auch die schweizerische Presse trotz ihrer jüdischen Versklavung ein wenig genauer mit der Wahrheit umgeht und ihre gehässige ... Propheterei über Deutschland einstellt. Die Gegenaktion unseres Bundesrates, erstklassige, in jeder Hinsicht bildende deutsche Zeitungen zu verbieten, obwohl diese nie auch nur ein böses oder unwahres Wort über die Schweiz verlauten lassen, muß als ohnmächtiger Fehlgriff bezeichnet werden und ist wohl unter dem Druck einflußreicher Juden geschehen.»[17]

In der *Judenhetze* nahm sich der Volksbund ein Vorbild an Julius Streicher, dem Leonhardt persönlich verbunden war, seitdem ihn jener einmal an einer Kundgebung in Lörrach als «aufrechten Kerl aus der Schweiz» begrüßt hatte.[18] So schrieb das Organ des 1934 aus der Armee ausgeschlossenen[19] Exmajors: «Es fällt doch sicher keinem Liberalisten ein, sich aus lauter Menschlichkeit eine Flohzucht oder sonst eine Art von Blutsaugern zu halten und sich von ihnen aussaugen zu lassen, damit die armen Tierchen nicht umkommen! Art- und rassenfremden Elementen gegenüber, die vom Blut unseres Volkes leben, ist Humanität keine Tugend, sondern ein Laster.»[20] «Juda verrecke!»[21]

Solche Schmähartikel konnten sich nicht mehr auf die Pressefreiheit berufen. Sie gefährdeten den religiösen Frieden und nötigten die *Behörden* zum *Einschreiten.* Die Polizeidepartemente von Basel-Stadt, Zürich und St. Gallen verboten den Verkauf der Zeitung auf öffentlichem Grund.[22] Das Basler Appellationsgericht verurteilte Leonhardt zu einer Buße, weil er in seinem Parteiblatt geschrieben hatte: «Freimaurerei ist organisiertes Verbrechertum!»[23] Die Postverwaltung weigerte sich seit dem November 1935, das Hetzblatt offen zu verschicken. Es konnte nur noch in Couverts verpackt den Abonnenten

zugestellt werden.[24] Am 1. Juli 1938 verbot der Bundesrat die Verwendung und Nachahmung von Hoheits- und Parteizeichen ausländischer Herkunft durch schweizerische politische Vereinigungen.[25] Dadurch wurde Leonhardt gezwungen, das Hakenkreuz von Zeitung und Fahne zu entfernen. Ende Oktober 1938 untersagte der Bundesrat alle Veranstaltungen und Kundgebungen des Volksbundes.[26] Am 10. November folgte das Verbot der Zeitung.[27] Die Demokratieschutzverordnung vom 5. Dezember 1938,[28] die einem Postulat Feldmann vom 9. November 1938 Folge leistete,[29] gab dem Bundesrat das Recht, Parteiverbote zu erlassen. Leonhardt wollte einer solchen Maßnahme zuvorkommen und löste am 10. Dezember den Volksbund auf.[30] In einem vervielfältigten Zirkular setzte er seine Anhänger von diesem Schritt in Kenntnis: «Ich habe nicht sechs Jahre lang mein Bestes getan, um mir meine politische Tätigkeit verbieten zu lassen.»[31] Getreu dieser Devise gründete er eine neue Organisation, die *Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie*. Leonhardt hielt sich fortan etwas im Hintergrund, blieb aber weiterhin, auch nach seinem Wegzug nach Deutschland im März 1939, der führende Kopf der Bewegung.[32]

Gerichtliche Untersuchungen, die gegen Leonhardt und Konsorten eingeleitet wurden, führten im November 1939 zu einem Verfahren vor Bundesstrafgericht. Leonhardt wurde damals noch freigesprochen. Dagegen erhielten einige Volksbundleute, drei Schweizer und zwei Deutsche, wegen Wirtschaftsspionage, politischen Nachrichtendienstes und Spitzeltätigkeit Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr. Einer der verurteilten Schweizer hatte an einen Propagandaleiter der NSDAP geschrieben: «Wenn Ihr Deutschen dann einmal in die Schweiz einzieht, so denkt an mich und verschafft mir einen Posten.»[33]

5. Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie (SGAD)

Nachdem Ernst Leonhardt sein Zelt in Frankfurt am Main aufgeschlagen hatte, trat er mit dem Schweizer Franz Burri, dem Leiter einer nationalsozialistischen Presseagentur,[1] in Verbindung. Bald eröffneten die beiden eine *Flugblattkampagne* gegen die Schweiz. Ein Vertrauensmann holte die Literatur unter falschem Namen in Deutschland ab und übermittelte sie an eine ebenfalls gefälschte Adresse in der Schweiz. Dort wurde sie vervielfältigt, verpackt und

adressiert und in Sendungen zu fünfzig oder hundert Stück nach den größeren Städten verschickt, wo sie durch ehemalige Volksbundleute zur Verteilung gelangte. Empfänger waren die Bundesräte, eidgenössische und kantonale Parlamentarier, Armeeführer und Zeitungsredaktoren.[2] Das Propagandaministerium in Berlin kam für die Kosten auf.[3]

Der Inhalt dieser Pamphlete war seit dem Zusammenbruch Frankreichs im Sommer 1940 auf den Grundton gestimmt: Frankreich, England und die freie, demokratische *Schweiz* gehören zu den *Geschlagenen des Krieges*. Sieger im großen Ringen dagegen sind Deutschland, Italien sowie eine nationalsozialistische, völkische Schweiz. «Unser Land hat sich Großdeutschland gegenüber katastrophal benommen. Die verantwortlichen Staatsmänner ... haben es ... geduldet, daß das Schweizervolk ... im franko-britischen Sinne irregeführt worden ist. Sie haben ganz eindeutig und unmißverständlich die Karte der Westmächte ... gegen das Großdeutsche Reich ... gespielt und gehören damit selbst zu den Besiegten des Krieges.»[4] «Heute wollen diese Leute auf eine ebenso alberne wie entehrende Weise ihre Pöstli retten... Nein, meine Herren! So einfach geht es ... nicht... Wenn die Schweiz eine geachtete Stellung, wie sie unserem ... Volk zukommt, in dem künftigen Europa einnehmen will, so gibt es für diese Männer, die so restlos, die so hundertprozentig versagt haben, nur eins: Abtreten!... Jetzt ist die Stunde gekommen, wo sie ... den Weg frei machen müssen für ... Politiker, die in klarer Erkenntnis der kommenden Dinge ... den einzig richtigen Weg gegangen sind, um die Zukunft unseres Landes sicherzustellen.»[5] «Schweizervolk, Du hast zu entscheiden zwischen den Staatsmännern, ... die Dich betrogen und irregeführt haben, ... und ... denen, die ... allein die Garantie dafür sein können, daß unser Land eine geachtete Position im neuen Europa erhalten wird ... Du hast zu entscheiden zwischen Deinen gegenwärtigen Politikern, die mit zu den Geschlagenen dieses Krieges gehören, und ... den Führern der schweizerischen Nationalsozialisten, die mit zu den Siegern von heute zählen... Bedenke, daß das inhaltsschwere Wort ‹*Vae victis!*› auch für unser augenblickliches Regierungssystem gilt!... Es wird in Zukunft nur noch eine freie nationalsozialistische Schweiz geben, oder es wird keine Schweiz mehr geben.»[6]

Das war nun wirklich eine schiefe Betrachtungsweise. Sie konstruierte eine Niederlage der Schweiz, bevor diese überhaupt zum Waffengang angetreten war. Eine solche Argumentation ging darauf

aus, den durch die Ereignisse im Ausland ohnehin schon geschwächten *Widerstandswillen* des Schweizers noch mehr zu *untergraben*. Ihr ist Willy Bretscher mit Entschiedenheit entgegengetreten: «Die Schweiz hat keinen Krieg verloren, die Schweiz ist nicht zusammengebrochen, ihre Einrichtungen haben nicht versagt. Das Schweizervolk hat daher keinen Grund, aus dem Staat herauszuflüchten, den es sich gebaut und den es seit 1848 fortentwickelt hat, um gerade in solchen welterschütternden Krisen wie der heutigen bestehen zu können.»[7]

Die Bundespolizei kam bald der Verteilerorganisation der Burri/Leonhardtschen Propaganda auf die Spur. Sie nahm im Oktober 1940 zahlreiche Verhaftungen vor. Ihre Ermittlungen führten zu verschiedenen Prozessen in den Jahren 1942, 1943 und 1944.[8] Einzelne Mitglieder des Leonhardt-Bundes betätigten sich auch als *Landesverräter*. Zwei von ihnen gehörten mit sieben Ausländern einem in Deutschland ausgebildeten Zerstörungsdetachement an, das im Juli 1940 mit «Höllenmaschinen» in die Schweiz gekommen war, um als Vergeltungsmaßnahme für die in unserm Lande abgeschossenen deutschen Flugzeuge auf den Flugplätzen Lausanne, Payerne, Biel, Spreitenbach und Dübendorf Militärflugzeuge zu vernichten. Acht Saboteure wurden erwischt und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.[9] Das Politische Departement hatte zuvor vergeblich versucht, «dem Territorialgericht ... plausibel zu machen, daß gewisse außenpolitische Rücksichten eine mildere Beurteilung ratsam machen könnten».[10] Eine mutigere Haltung legte das Justiz- und Polizeidepartement an den Tag, das aufgrund dieses Vorkommnisses sowie weiterer Ermittlungen der Bundespolizei und der Militärgerichte beim Bundesrat das *Verbot* der SGAD durchsetzte.[11]

6. Eidgenössische Soziale Arbeiter-Partei (ESAP)

Die Eidgenössische Soziale Arbeiter-Partei war eine zahlenmäßig unbedeutende Gruppe. Sie machte aus der Not eine Tugend, wenn sie erklärte, daß «nicht numerische Stärke allein zum Siege» verhelfe.[1] Wie der Volksbund, so war auch die ESAP am 1. Juni 1936 durch Abspaltung von der Nationalen Front entstanden.[2] Um sich ein wenig Auftrieb zu verschaffen, fusionierte die Organisation im Juli 1938 mit der *Eidgenössischen Sozialen Volksbewegung*,[3] einer Frontengruppe, die seit ihrer Gründung im Dezember 1934 unbeachtet geblieben und durch einen Rechtsanwalt geleitet worden war, der ebenfalls der Nationalen Front den Rücken gekehrt hatte. In ihren Satzungen postu-

lierte die ESAP die «Neuschaffung einer starken und sozialgerechten Eidgenossenschaft», die «Neugestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens», die «Verteidigung der Lebensrechte des schaffenden Volkes» sowie die «Erhaltung und Erweiterung sozialer Errungenschaften».[4] Solche Allgemeinplätze verliehen natürlich der Bewegung wenig Profil. Dem Mangel an politischer Substanz versuchte man mit einem billigen Personenkult zu begegnen. Dieser galt dem Gründer der Bewegung, dem 24jährigen Radiomechaniker *Ernst Hofmann,* dessen Abbild einmal die ganze Titelseite des Namen und Redaktion häufig wechselnden Parteiblättchens in Beschlag nahm.[5] Trotz der angeblichen Führerqualitäten war das Charakterbild, das der «Landbote» vom ESAP-Leiter zeichnete, alles andere als vorteilhaft: «Hofmann ist arbeitsscheu, anmaßend, aufbrausend und brutal. Er beschimpfte und verprügelte nicht nur seine Mitarbeiter, sondern auch seine eigene Mutter.»[6]

Politisch war die ESAP stramm *nach Norden ausgerichtet.* Das kam schon in ihrem Propagandalied zum Ausdruck, das sie der deutschen SA entlehnt hatte:

Propagandalied der SA:	Propagandalied der ESAP:
«Durchs deutsche Land marschieren wir, Für Adolf Hitler kämpfen wir, Die rote Front – KPD – schlagt sie entzwei, SA marschiert – Achtung, die Straße frei!»	«Durchs Schweizerland marschieren wir, Für uns're Freiheit kämpfen wir, Die rote Front – KPS – schlagt sie entzwei, ESAP marschiert – Achtung, die Straße frei!»[7]

Auch bei der Beurteilung des außenpolitischen Geschehens hatten ESAP und NSDAP gleiche Wellenlänge: «Stürmisch drängt der soziale Nationalismus vorwärts. Nicht mehr in Paris und London oder sogar in Genf wird die große Politik entschieden, sondern in Berlin und Rom. Wir haben den gewaltigen Umbruch im deutschen Österreich erlebt. Wir verfolgen mit Spannung und Interesse den Freiheitskampf der Sudetendeutschen unter der Führung Konrad Henleins.»[8]

Weniger Verständnis brachte die ESAP den welschen Mitbürgern entgegen. So setzte sie eine Zürcher Firma unter Druck, weil diese einige Westschweizer beschäftigte. «Au lieu d'affirmer son droit d'employer des citoyens suisses de la langue française, cette firme s'en excusa piteusement, en déclarant qu'elle n'occuperait que six Ro-

mands sur quatre-vingt deux ouvriers. Quelle faible parade à une attaque inspirée au plus pur racisme! La défensive ne vaut guère mieux que l'offensive.»[9] Überhaupt zeichneten sich einige *Firmen* durch eine *merkwürdige Haltung* aus. Nach übereinstimmenden Aussagen des Zürcher Rechtsanwaltes Eduard Zellweger und des Schaffhauser Kantonsgerichtes hatten im Jahre 1938 mehrere Industrieunternehmen, die teils schweizerische, teils deutsche Interessen vertraten, Hofmann Zuwendungen im Betrage von über 70000 Franken gemacht.[10]

War auch die Eidgenössische Soziale Arbeiter-Partei eine kleine Bewegung, so durfte sie wegen ihres «*staatsgefährlichen Charakters*»[11] nicht unterschätzt werden. Die Tatgemeinschaft der Zürcher Jugend, eine Dachorganisation der Jungdemokraten, Jungsozialisten, Jungliberalen, Jungkatholiken und der evangelisch-reformierten Jugendgruppen, forderte in einer Eingabe vom Oktober 1938 an den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Bundespräsident Baumann, das Verbot der ESAP.[12] Ähnliche Begehren wurden auch im Nationalrat laut.[13] Der St. Galler Sozialdemokrat Johannes Huber verlangte vom Bundesrat «eine ganz bestimmte Erklärung, daß wir Schweizer unser Schweizerhaus nach unseren Methoden auch in Zukunft bewahren wollen und daß wir ... weder eine durch ausländische noch eine durch schweizerische Herrschaften besorgte Einmischung noch eine Untergrabung unseres schweizerischen Geistes und unserer schweizerischen Ordnung dulden werden.»[14] Die Bundesbehörden leisteten diesen Forderungen nur teilweise Folge. Sie verboten am 25. November 1938 das Publikationsorgan der ESAP.[15] Die Bewegung dagegen blieb weiterhin bestehen. Erst am 20. Oktober 1940 löste Hofmann seine Organisation auf Weisung deutscher Amtsstellen auf und verschmolz sie mit dem Bund treuer Eidgenossen zur Nationalen Bewegung der Schweiz.[16] Zuvor hatte ihm Bundespräsident Pilet-Golaz noch die Genugtuung verschafft, ihn und zwei weitere Frontisten in Audienz zu empfangen.[17]

7. Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung (BTE)

Auch der Bund treuer Eidgenossen war eine *Frucht vom Baume der Nationalen Front.* Als diese zu Beginn des Jahres 1938 scheinbar von ihrem nationalsozialistischen Bekenntnis abrückte,[1] «fanden sich ... in ihren Reihen Kameraden, die nicht gewillt waren, ihre national-

sozialistische Weltanschauung einer schwächlichen Taktik zu opfern».[2] Sie verließen die Nationale Front und gründeten am 22. März 1938 den Bund treuer Eidgenossen. Die führenden Personen waren Dr. Alfred Zander, ein radikaler Antisemit,[3] Dr. Hans Oehler, der Schriftleiter der «Nationalen Hefte»,[4] Dr. Wolf Wirz[5] und Benno Schaeppi, der frühere «Landespropagandaleiter» der Nationalen Front.[6] Der Bund umfaßte 175 Mitglieder und gab als Halbmonatsschrift den «Schweizerdegen» heraus, der bei einer Abonnentenzahl von 400 eine Auflage von 2000 erreichte und mit deutschen Geldern ausgehalten wurde.[7] Der Empfang, den die Schweizer Presse dem neuen politischen Gebilde bereitete, war ein ausgesprochen unfreundlicher. So schrieb die «Neue Zürcher Zeitung»: «Was soll man diesen treuen Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung in die Wiege legen? Im Augenblick für eine allseitige Begriffs- und Kopfklärung am nötigsten ist die Versicherung, daß wir uns unter dieser Flagge nur *moralische Landesverräter* vorstellen können und daß wir diese Herren bis zum Beweis des Gegenteils als solche zu behandeln gewillt sind.»[8] Noch schärfer drückte sich die «Gazette de Lausanne» aus, die, eine Äußerung des Frontenführers Tobler kommentierend, meinte: «Ce qu'il faut retenir, ... c'est l'existence dans le pays d'une poignée de gens organisés en pionniers d'Hitler pour l'annexion de la Suisse.»[9] Solche Verdächtigungen waren keineswegs deplaziert. Der Bund treuer Eidgenossen leistete ihnen vielmehr Vorschub. So etwa, wenn Zander nach der Annexion Österreichs erklärte: «Auch für uns wird Ostern kommen!»[10] Oder: «Was heute aus Deutschland flieht, ist Abfall.»[11] Oder: «Es steht heute der Volksmann Hitler gegen den Freimaurer Benesch.»[12] Und schließlich: «Der Kampf um die nationalen und rassischen Ideen ist der größten Opfer wert. Die Rettung Europas vor dem jüdischen Bolschewismus rechtfertigt den Heldentod von Tausenden.»[12]

Derselbe Nazigeist sprach aus den Taten des BTE. Anfangs 1940 verurteilte das Bundesstrafgericht einen Anhänger Zanders. Es stellte fest, der Mann betrachte die nationalsozialistischen Ideen des Deutschen Reiches als die seinigen und fühle sich nur noch dem Buchstaben nach als Schweizer. Er habe der Preisgabe der schweizerischen Unabhängigkeit das Wort geredet und zu verstehen gegeben, daß ihm der Anschluß des Vaterlandes an das Dritte Reich willkommen sei.[13] Auf dem Nürnberger Parteitag vom September 1938 wurde, wenn man dem «Willisauer Boten» glauben kann, der Führer des BTE vom Führer des Dritten Reichs zu einer viertelstündigen Audienz

empfangen.[14] Auch mit Goebbels hatte Zander einst ein Arrangement.[15] Da die Vermutung nahe lag, die «treuen» Eidgenossen betätigten sich illegal gegen die Schweiz, ordnete der Bundesanwalt im November 1938 die Verhaftung Zanders und seiner engsten Mitarbeiter an. Die Untersuchung ergab, daß der Führer des BTE seit 1934, einem Zeitpunkt also, da er noch auf Jahre hinaus Mitglied der Nationalen Front war, mit deutschen Amts- und Parteistellen in Verbindung stand und seit dem Herbst 1937 einen geheimen politischen und wirtschaftlichen *Nachrichtendienst zugunsten Deutschlands* unterhielt, der unter der Leitung eines vollamtlichen, vom Deutschen Reich besoldeten Agenten stand und mittels eines wiederum aus Deutschland gelieferten Geheimsenders intensiviert werden sollte.[16] Das Archiv dieses Nachrichtendienstes hatte Zander noch vor seiner Verhaftung nach dem Dritten Reich verfrachtet, um zu verhindern, daß es in die Hände der Bundesanwaltschaft gerate. Vor Gericht darüber befragt, was dieses Archiv denn enthalten habe, gab Zander zur Antwort: «Papier.»[17] Der Führer des BTE und weitere Mitangeklagte wurden – soweit sie nicht auf einem früher ausgekundschafteten Fluchtweg über die Grenzen entwichen waren – im Juli 1939 zu Freiheitsstrafen zwischen einem Monat Gefängnis und zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.[18]

Der Verdacht, der BTE könnte «in Wirklichkeit nichts anderes als eine deutsche Spionageorganisation» sein,[19] hatte sich als richtig erwiesen. Die «Neue Berner Zeitung» zog daraus das Fazit, daß es gar «*keinen schweizerischen Nationalsozialismus*» gebe. «Was an gewissen ‹Erneuerungsbewegungen› in der Schweiz nationalsozialistisch ist, das ist nicht schweizerisch... Nationalsozialisten sind demzufolge ... als ... Agenten des Auslandes zu betrachten.»[20] Die Leute um Zander waren dabei um so gefährlicher, als sie nicht – wie zum Beispiel die ESAP-Männer – unbedeutendes Format hatten, sondern über die Fähigkeit und auch den Willen verfügten, die Unabhängigkeit des Landes zu untergraben. Es war daher unverständlich, daß der Bundesrat den BTE weiterhin gewähren ließ. Dieser löste sich erst am 22. Oktober 1940 auf. Den Anstoß dazu hatte nicht die Schweiz, sondern Deutschland gegeben, das den Wunsch geäußert hatte, der BTE möge sich mit der ESAP zur Nationalen Bewegung der Schweiz zusammenschließen.[21]

8. Nationale Bewegung der Schweiz (NBS)

In der Morgenfrühe des 12. September 1940 verbreitete der deutsche Rundfunk noch vor der Schweizerischen Depeschenagentur folgende Meldung: «Am 10. September empfing der schweizerische Bundespräsident *Pilet-Golaz* die bevollmächtigten Vertreter der Nationalen Bewegung der Schweiz, Ernst Hofmann und Dr. Max Leo Keller, in offizieller *Audienz*. Der Unterredung wohnte auch der Dichter Jakob Schaffner bei. Die Vertreter der Nationalen Bewegung der Schweiz unterrichteten den Bundespräsidenten über ihre politische Zielgebung als Trägerin des neuen politischen und sozialen Gedankens. Die Unterredung, welche eineinhalb Stunden dauerte, stellt einen ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse der Schweiz dar.»[1] Was hatte es für eine Bewandtnis mit dieser Nationalen Bewegung? Um was für eine neue Pflanze im Irrgarten des schweizerischen Frontismus handelte es sich hier? Offenbar um ein besonderes Prachtsexemplar, da es sich gleichermaßen der Aufmerksamkeit des schweizerischen Bundespräsidenten und des deutschen Reichssenders erfreute.

Die Nationale Bewegung der Schweiz war im Einverständnis mit deutschen Amts- und Parteistellen nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 als *Sammelbecken für die zersplitterten Fronten,* Gruppen und Bünde gegründet worden.[2] Zu den führenden Persönlichkeiten zählten Max Leo Keller und Rolf Henne von der früheren Nationalen Front, Ernst Hofmann und Heinrich Wechlin von der ESAP sowie Hans Oehler und Alfred Zander vom Bund treuer Eidgenossen.[3] Mit von der Partie war auch der Schweizer Dichter Jakob Schaffner, der sich früher schon als nationalfrontistischer Wanderapostel für die nationalsozialistische Weltanschauung einen Namen gemacht hatte.[4] Die Bewegung glaubte, einen sichern Trumpf in den Händen zu haben: den Sieg Hitlerdeutschlands, der die Schweiz nötige, den *Anschluß an die neuen europäischen Verhältnisse* zu gewinnen: «Eidgenössischer Arbeitsmann, der deutsche Arbeiter mit seinem Führer hat Ungeheures aufgebracht, um sich aus der Geldversklavung zu befreien. Dein Kamerad von der Nordseite des Rheines hat es dir vorgemacht, wie man sich unter gewaltigen Opfern an Gut und Blut aus den Ketten des Geldes reißt... Wie aus den Freiheitskämpfen deiner Vorfahren die eidgenössische Macht hervorgegangen ist, so geht aus dem Freiheitskampf der Deutschen nun die deutsche Macht hervor... Ohne eine innere Wandlung und ohne offene und redliche Neugestaltung unserer Verhältnisse im Sinne des neuen europäischen Gei-

stes sollen wir niemals hoffen, von denen Zugeständnisse zu erhalten, die ... heute durch eine eigene innere Wandlung die Sieger und die Mächtigen sind... Wir haben die Wahl, in dieses Europa einzutreten mit der neuen europäischen Gemeinschaftsgesinnung, oder außerhalb zu bleiben..., bis wir entwertet und unansehnlich dann diesem neuen System doch noch als Raub zufallen... Wählt, und wählt das Rechte! Noch nie hatten wir eine so schicksalshafte Wahl zu treffen. Das ist mehr als alle Wahlen und Abstimmungen des gesamten demokratischen Zeitalters.»[5] In dieser «schicksalshaften» Stunde boten sich die Führer der Nationalen Bewegung dem Lande als Retter an: «Die Staats- und Parteipolitiker, die jahrelang das Schweizervolk irregeführt haben, sind gar nicht in der Lage, sich an ... den Geist der neuen Zeit anzupassen... Das einzige, was sie noch tun können, ist: vor das Volk hintreten und bekennen, daß sie es seit Jahren belogen und in eine Sackgasse geführt haben, aus der sie es nicht mehr herausführen können. Dann sollen sie aus diesem Konkursbekenntnis die notwendigen Konsequenzen ziehen ... und sich aus dem politischen Leben zurückziehen. Einzig die schweizerische Erneuerungsbewegung hat das Recht, vor das Volk hinzutreten und die Führung des Staates zu übernehmen.»[6] Diese «hat an den Bundesrat und die Öffentlichkeit ihre Forderungen gestellt: sie will die Macht in der Schweiz übernehmen».[7]

Wes Geistes Kind der politische Neuling war, ließ sich auch ermitteln, wenn man sein *Organisationsstatut* mit demjenigen der NSDAP verglich:

«Organisationsstatut NSDAP:
Aufnahme:

Wer Parteimitglied wird, tritt nicht irgendeiner Organisation bei, sondern wird Soldat der deutschen Freiheitsbewegung, und das bedeutet weit mehr, als seinen Beitrag zu zahlen und Mitgliederversammlungen zu besuchen.

Er übernimmt damit die Verpflichtung, das eigene ‹Ich› zurückzustellen und alles, was er hat, für das Volk einzusetzen.

«Politische Organisation NBS:
Aufnahme:

Wer Mitglied der NBS wird, tritt nicht irgendeiner Partei bei, sondern er wird dann Soldat der schweizerischen Freiheitsbewegung. Das bedeutet weit mehr, als seinen Beitrag zahlen und Mitgliederversammlungen besuchen.

Er übernimmt damit die heilige Verpflichtung, alles, was er hat, sich selbst ... für das Schweizervolk einzusetzen.

Pflichten der Parteigenossen:	Zehn Gebote für die Mitglieder der NBS:
1. Der Führer hat immer recht!	1. Der Entscheid der obersten Führung ist endgültig.
2. Verletze nie die Disziplin!	2. Verletzt nie die Disziplin...!
3. Vergeude nie deine Zeit in Schwätzereien, in selbstgefälliger Kritik, sondern fasse an und schaffe.	3. Vergeude nie deine Zeit in Schwätzereien und selbstgefälliger Kritik, sondern fasse an und schaffe.
4. Sei stolz, aber nicht dünkelhaft.	4. Sei stolz, aber nicht dünkelhaft.
5. Das Programm sei dir Dogma...	5. Das Programm sei dir Gesetz, die Idee ein unantastbares Dogma.
6. Du bist Repräsentant der Partei; darnach richte dein Betragen und Auftreten.	6. Du bist das Aushängeschild der Bewegung, darnach richte dein Betragen und Auftreten.
7. Übe treue Kameradschaft...	7. Übe treue Kameradschaft...
8. Im Kampfe sei zäh und verschwiegen! Mut ist nicht Rüpelhaftigkeit.	8. Im Kampfe sei zäh und verschwiegen! Mut ist nicht Rüpelhaftigkeit.
9. Recht ist das, was der Bewegung und damit Deutschland, das heißt deinem Volke, nützt.	9. Recht ist, was der Bewegung und deinem Volke nützt.
10. Handelst du nach diesen Geboten, dann bist du ein wahrer Kämpfer deines Führers.»	10. Erkennst du diese Pflichten an, dann bist du wahrer Soldat deiner Idee...»[8]

Die Nationale Bewegung der Schweiz war ein *janusköpfiges* Gebilde. Das eine Gesicht, der schweizerischen Öffentlichkeit zugewandt, hatte einen legalen und demokratischen Anstrich. Das andere, nach Norden ausgerichtet, war braungefärbt und bettelte um nationalsozialistische Gelder und Instruktionen.[9] Zur Aufpolierung des vordergründigen schweizerischen Image mußte der *Empfang bei Pilet-Golaz* herhalten. Hofmann und Keller hofften, der Besuch werde ihre Bewegung bei den Parteien hoffähig machen. Aber sie täuschten sich. Als die Audienz im Lande bekannt wurde, verbreitete sich alsbald ein tiefes Unbehagen. Das Schweizervolk bekam den Eindruck, der Bundesrat anerkenne eine politische Bewegung, die sich «die Zertrümmerung der Demokratie und die Preisgabe der Unabhängigkeit

des Landes zum Ziel gesetzt» hatte.[10] Derselbe Bundespräsident, der sich erst noch mit einer fadenscheinigen Begründung geweigert hatte, die Spitzen der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsbundes zu empfangen,[11] hielt es für angezeigt, sich mit den «bevollmächtigten Vertretern» einer undurchsichtigen und unbedeutenden Splittergruppe zu unterhalten. Rief man sich zudem Pilets verunglückte Radiorede vom 25. Juni in Erinnerung,[12] die «Grundwerte schweizerischen Daseins», den Willen zur Selbstbehauptung und das Bekenntnis zur freiheitlichen Staatsform vermissen ließ, als sie nach Demobilisation der Truppe, «Erneuerung» des politischen Lebens und Machtvollkommenheit der Regierung im «Führer»-Stil rief, so mußten ernsthafte Bedenken über den Kurs der Landesregierung aufsteigen. Die Folge des Frontenempfangs war daher nicht ein Prestigegewinn der Nationalen Bewegung, sondern ein *Vertrauensschwund* beim Volke gegenüber der Person des Bundespräsidenten,[13] was in der Mißbilligung der Frontenaudienz durch die bürgerlichen Fraktionen und in der verblümten sozialistischen und unverblümten landesringlichen Forderung nach Demission des Außenministers seinen Niederschlag fand.[14]

Das doppelzüngige Gebaren der Nationalen Bewegung kam auch darin zum Ausdruck, daß Max Leo Keller wenige Tage nach seiner Vorsprache beim Bundespräsidenten auch von *Rudolf Heß,* dem Stellvertreter des Führers, *empfangen* wurde. Bei dieser Unterredung setzte es Keller durch, daß ihn die NSDAP als verantwortlichen Chef der Schweizer Nationalsozialisten anerkannte. Gleichzeitig erhielt er von Heß die Zusicherung, Deutschland werde «keine die Schweiz betreffende Entscheidung treffen», ohne ihm, «Keller, Gelegenheit zu geben, seine Meinung dazu zu äußern». Damit ging für den schweizerischen Frontistenführer ein Wunsch in Erfüllung, den er schon im Juni in einem Brief an Hitler ausgesprochen hatte.[15]

Die Audienz bei Heß hatte zur Klärung der personellen Frage geführt: die Nationale Bewegung der Schweiz hatte in Max Leo Keller ihre oberste Spitze erhalten. Den Deutschen lag indessen alles daran, daß auch die *organisatorische Frage* gelöst würde: die zahlreichen Fronten und Bünde der Schweiz sollten zu einer einheitlichen Bewegung zusammengefaßt werden. Durch eine Konzentration der nationalsozialistischen Kräfte hoffte man den ewigen Rivalitäten und Führerstreitigkeiten unter den schweizerischen Nazis ein Ende zu bereiten. Man wollte den Frontismus in der Eidgenossenschaft zu einer geschlossenen und schlagkräftigen Organisation zusammenschweißen,



Was schenken wir wem?

Am höche Bundespräsident
Uf suuber gschticktem Chüsseli
Für d'Tür vo sym Departement
E bodeschtändigs Schlüsseli!

Bö

wobei man sich deutscherseits damit abfinden mußte, daß Robert Tobler, den man für nicht ganz voll nahm, mit seiner nationalfrontistischen Bewegung abseits stand.[16]

An diesen Einigungsbestrebungen war Dr. *Klaus Hügel* vom *Sicherheitsdienst in Stuttgart* maßgeblich beteiligt. Als Chef des Referats VI im Leitabschnitt Stuttgart des Sicherheitsdienstes der SS lag es ihm ob, fast die gesamte gegen die Schweiz gerichtete politische *Spionage* zu dirigieren und durch eine «lebensgebietsmäßige Erfassung» seines Abschnittes die Vorkehrungen für die Einordnung der Schweiz in das von Deutschland angestrebte Großgermanische Reich zu treffen. Zu dieser von Hügel selber als «negativ» bezeichneten Tätigkeit gehörten nicht nur das Sammeln von Informationen über alles, was unser Land betraf, und das Anlegen einer Kartothek, die man bei einem Einmarsch deutscher Truppen in die Schweiz dem Kommandanten mitgegeben hätte, sondern auch die Heranbildung einer zuverlässigen nationalsozialistischen Elite in einer einheitlichen Frontenorganisation, die den Deutschen bei der Machtübernahme in der Schweiz behilflich sein sollte.[17]

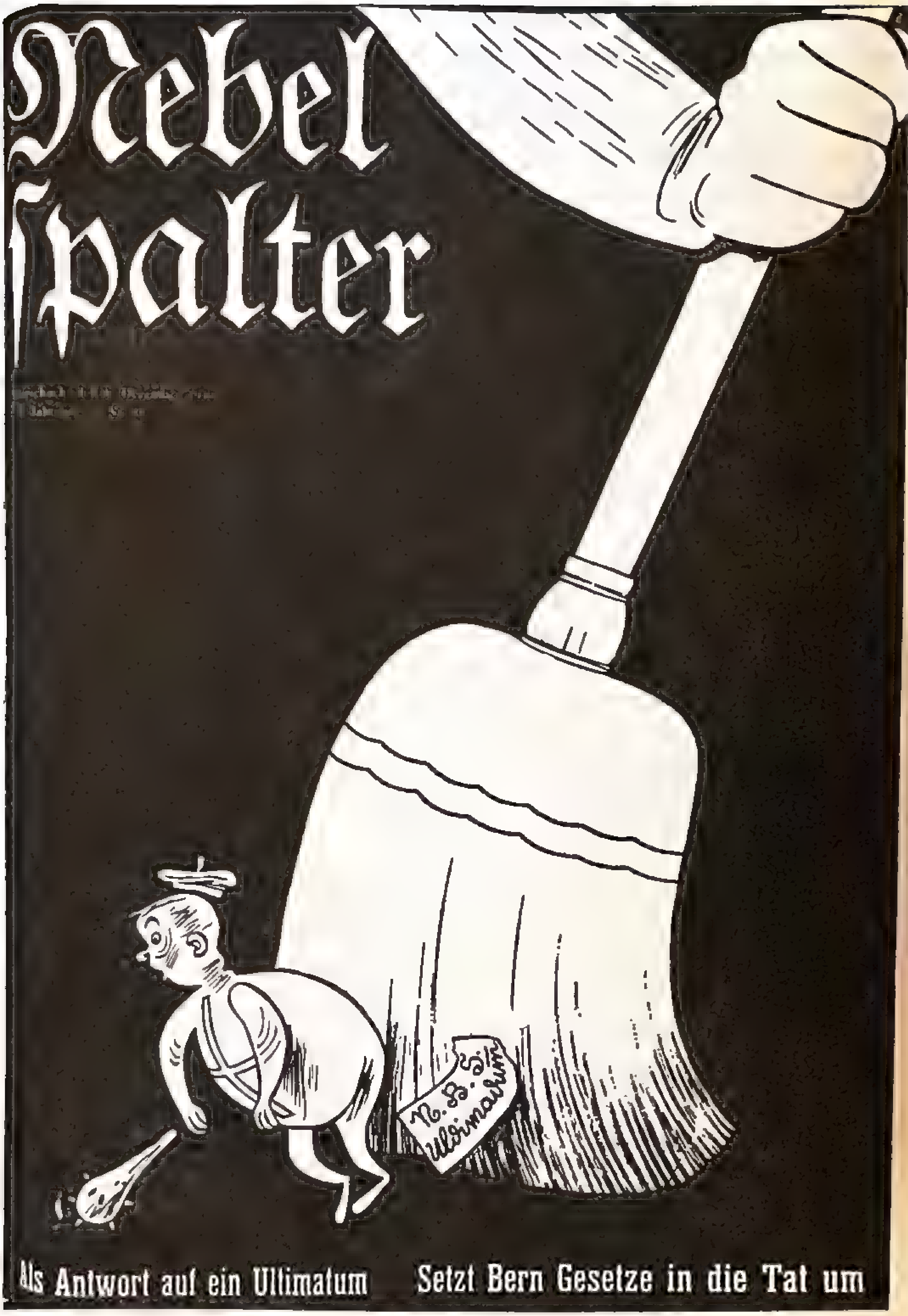
Um die deutschen Pläne ihrer Verwirklichung einen Schritt näherzubringen, bestellte Dr. Hügel die schweizerischen Frontenführer auf den 10. Oktober zu einer *Einigungskonferenz* nach München. Deutscherseits nahm an dieser Tagung auch der berüchtigte[18] Agent Dr. Ashton vom Generalkonsulat in Zürich teil. Der BTE, dessen Führer Zander noch eine Gefängnisstrafe abzusitzen hatte,[19] war durch Oehler und Schaeppi, die damals noch nicht verbotene SGAD durch Burri und Leonhardt, die neugegründete Nationale Bewegung durch Max Leo Keller vertreten, während die ESAP-Frontisten durch Abwesenheit glänzten. Dem zwischen Burri/Leonhardt und Keller vermittelnden Hügel gelang es nicht, die divergierenden Führungsansprüche der Rivalen auf einen Nenner zu bringen. Immerhin konnte man sich über die Liquidation des BTE und der ESAP verständigen. Beide Organisationen sollten in die Nationale Bewegung aufgehen.[20] Dieser Beschluß trat wenige Tage später, am 22. Oktober, in Kraft.[21] Fortan leitete das Triumvirat Zander, Hofmann und Keller die nationalsozialistische Einheitspartei, wobei der letztere als besonderer Vertrauensmann der Deutschen den Rang eines «primus inter pares» einnahm.[22]

Aus den Vereinbarungen der Münchener Konferenz ging klar hervor, daß die schweizerischen Frontisten mit den deutschen Nazis zusammenarbeiteten. Keller und seine engeren Freunde hatten sich – im Gegensatz zu Burri und Leonhardt – dem Schiedsspruch Hügels

unterstellt. Die Nationale Bewegung war von Deutschland ferngesteuert. Das «Volksrecht» hatte richtig gesehen, wenn es diese eine *Filiale der NSDAP* nannte.[23] Nicht umsonst wurden die Originalanmeldungen der 2224[24] Mitglieder der Nationalen Bewegung, die ja alle in der Schweiz lebten, in einem SS-Tresor in Berlin aufbewahrt. Auch unternahm nach den Besprechungen in München eine deutsche Delegation eine Inspektionsreise nach der Schweiz.[25] Als diese Umtriebe nach dem Kriege bekannt wurden, mußten sich die schweizerischen Teilnehmer der Münchener Konferenz, die von den Deutschen übrigens ein Sitzungsgeld erhalten hatten, wegen Gefährdung der Unabhängigkeit der Schweiz vor Bundesstrafgericht verantworten. Sie wurden zu empfindlichen Zuchthausstrafen verurteilt.[26]

1940 wußte man in der Schweiz allerdings noch nichts von diesen Umtrieben. Zwar war der «hohe Hügel» im Bundeshaus kein Unbekannter. Doch brachte man ihn nicht mit seinem «negativen», sondern nur mit seinem «positiven» Tätigkeitsbereich in Zusammenhang. Man erkannte in ihm nicht den Hecht im Karpfenteich der gegen die Schweiz gerichteten deutschen Spionage, wohl aber den eleganten und gewandten Diplomaten, der sich angeblich um eine Verbesserung der deutsch-schweizerischen Beziehungen bemühte, vor allem im Bereich des Pressewesens.[27] Auch wußte man nichts von den *untergründigen Beziehungen* der Nationalen Bewegung *mit dem SS-Quartier* in Stuttgart. Hatte doch Max Leo Keller bei seiner Vorsprache im Bundeshaus die Zusicherung gegeben, daß seine Organisation «weder Weisungen noch Geld aus dem Ausland» beziehe, und diese Behauptung auf Wunsch des Bundespräsidenten schriftlich bestätigt.[28] Das war natürlich eine glatte Lüge, was ihn allerdings nicht hinderte, zwei Monate später vom Bundesrat in ultimativer Form die Bewilligung zur Herausgabe einer Tages- und einer Wochenzeitung sowie die uneingeschränkte Versammlungs- und Agitationsfreiheit zu verlangen.[29]

Dieses Ultimatum beantwortete der Bundesrat am 19. November mit der *Auflösung der Nationalen Bewegung.*[30] Den Ausschlag dazu dürfte in erster Linie das Bekanntwerden des Organisationsstatuts gegeben haben,[31] das den Nachweis für eine zumindest geistige Abhängigkeit der Bewegung vom Dritten Reich erbracht hatte. Die Deutschen waren über das Verbot empört und begannen ein Kesseltreiben gegen den Bundesrat.[32] Ins gleiche Horn stieß auch die Toblersche Nationale Front,[33] obwohl sie nach der Auflösung der Konkurrenzorganisation einen guten Fischzug unter den NBS-Leuten machen konnte.[34] Aber nicht alle Anhänger Kellers fanden den Weg zu Tobler, denn


Nebelspalter
N.B.S. Ultimatum
Als Antwort auf ein Ultimatum
Setzt Bern Gesetze in die Tat um

der deutsche Konsul Dr. Ashton führte auf höhere Weisung die verbotene Bewegung illegal weiter.[35] Um sich besser tarnen zu können, wurden für verschiedene Ortsgruppen verschiedene Namen gewählt. Am bekanntesten war die in Kilchberg ZH und andernorts ins Leben gerufene *Schweizerische Sportschule* (SS), die den Grundstock einer illegalen Schweizer SS bildete und bei einem Einmarsch der Deutschen in die Schweiz als Stoßtrupp Verwendung finden sollte. Unter dem Vorwand, Sportveranstaltungen beizuwohnen, wurden die führenden Mitglieder dieser auch als Fechtbund getarnten Gruppe ins Reich eingeladen, wo sie Himmler vorgestellt werden sollten, doch scheint die Bundespolizei die geheimen Absichten der Bewegung durchschaut und dem Spuk ein vorzeitiges Ende bereitet zu haben.[36]

9. Bund der Schweizer in Großdeutschland (BSG)

Der Bund der Schweizer in Großdeutschland war ein *Verein von Auslandschweizern.* Seine Tätigkeit beschränkte sich ausschließlich auf die von Deutschland beherrschten Gebiete. Er wurde im Juni 1940 in Stuttgart gegründet. In seiner Fahne prangte ein schwarzes Hakenkreuz auf braunem Grund. Fäden gingen zur Nationalen Front, zum Bund treuer Eidgenossen, zur ESAP und zur Nationalen Bewegung der Schweiz, aber auch zu Dr. Hügel vom Sicherheitsdienst in Stuttgart und zu Dr. Ashton vom Generalkonsulat in Zürich. Der Bund war in Landes-, Bezirks- und Ortsbanne gegliedert. Ende Februar 1944 zählte er 1808 Mitglieder.[1]

Gründer des Bundes waren Franz Burri und ein im SS-Hauptamt angestellter früherer Luzerner Arzt. Zu den führenden Mitgliedern gehörten im weitern die vom Bundesstrafgericht im BTE-Prozeß[2] verurteilten Benno Schaeppi und Alfred Zander, die nach ihrer Haftentlassung nach Deutschland ausgewandert waren, ferner der ehemalige Landesgruppenleiter der Nationalen Front in Deutschland[3] sowie ein mit dem Literaturpreis der Stadt Zürich ausgezeichneter Enkel Herman Greulichs.[4] Die Schlüsselposition hatte Franz Burri inne, der «sich die letzten Entscheidungen ... und den ausschließlichen Verkehr mit deutschen Amts- und Parteistellen vorbehielt» und auch dafür sorgte, daß die finanziellen Transaktionen durch seine Hände gingen. Bald aber war Burri aus seiner Führerstellung verdrängt.[5]

Das hakenbekreuzte Mitgliedbuch enthielt ein *doppeltes Bekenntnis* «zur nationalsozialistischen Weltanschauung und zu Adolf Hitler».[6]

Der von Zander unterzeichnete Wahlspruch lautete: «Mit Adolf Hitler für eine ehrenvolle Zukunft unserer geliebten Heimat in einem neuen Europa.»[7] Eine bestimmt ehrlich gemeinte Sentenz Benno Schaeppis hatte den Wortlaut: «In meinen Adern fließet deutsches Blut, in meiner Brust, da pocht ein leidenschaftlich deutsches Herz, und meine Sinne fühlen, denken deutsch.»[8] Dem «von der Vorsehung ausersehenen Retter des Abendlandes, Schöpfer einer neueuropäischen Ordnung und Führer aller Germanen» legten die führenden Mitglieder des BSG einen Treueid ab. Auch traten sie zur Fahnenehrung an, die darin bestand, daß sie einer Hakenkreuzfahne den Hitlergruß erwiesen.[9] Der «Volksbund für das Deutschtum im Ausland», das SS-Hauptamt und das Propagandaministerium in Berlin und andere reichsdeutsche Instanzen lieferten dem BSG die nötigen Gelder.[10] Dafür war die Bundesleitung dem SS-Hauptamt unterstellt, dem sie in monatlichen Intervallen Rechenschaftsberichte einzureichen hatte.[11]

Verbindliche Geisteskost waren Hitlers «Mein Kampf» und Zanders «Eidgenossenschaft und Reich» sowie Oehlers «Nationale Hefte» und die vierzehntäglich erscheinenden, mit «Heil Hitler!» unterzeichneten «Rundschreiben», die der Vorzensur durch die Gestapo unterlagen. Das in der Schweiz erscheinende Oehlersche Monatsblatt galt als offiziöse Schrift des BSG. Regelmäßig gingen 2000 Exemplare «heim ins Reich» und dienten dem Bund als Instruktionsmaterial für die politischen Schulungskurse, an denen «Der Rassegedanke als Weltanschauung», «Kinderarmes vergreistes oder kinderreiches zukunftsfrohes Schweizervolk?», «Der unschweizerische Wilhelm Tell» und ähnliche Themen behandelt wurden. «Sonderlehrgänge» mit SS-Lehrkräften besorgten die Heranbildung einer auserlesenen Führerschaft. Die Tagungen endeten gewöhnlich mit einem «dreifachen Sieg-Heil auf unsern Führer Adolf Hitler».[12]

Der BSG wollte die nationalsozialistischen Schweizer im Deutschen Reich zu einer Kerntruppe vereinigen, die bei der «*Eingemeindung der Schweiz*» in Aktion zu treten hätte. Spätestens nach dem «Endsieg» würde die Lösung der Frage Schweiz fällig werden. Wie diese auszusehen hätte, war die alleinige Sache Hitlers und durfte nach einer Weisung der Bundesleitung nicht diskutiert werden.[13] «Was mit der Schweiz geschieht, das wissen wir alle miteinander nicht. Nur soviel steht fest, daß die Zeiten vorbei sind, wo schweizerische Politiker noch Gelegenheit haben werden, das Schicksal der Schweiz zu bestimmen. Die Neuordnung Europas wird vom Führer bestimmt, und deshalb wird auch er es sein, der der Schweiz ihren Platz im neuen

Europa anweisen wird. Ob die Schweiz politische Selbständigkeit behalten kann oder nicht, wird nicht in Bern, sondern in Berlin entschieden.»[14] In der Stunde des Anschlusses sollte dem Führer «eine geschulte und disziplinierte Schar von Schweizer Nationalsozialisten» zur Verfügung stehen, die vor allem im Polizeidienst Verwendung finden würden.[15] Auch zirkulierte bereits eine Ministerliste, auf der unter anderen die Namen Zander, Wechlin und Max Leo Keller figurierten und für Exoberst Gustav Däniker eine hohe militärische Charge in Aussicht genommen war.[16]

Der BSG war demnach «bereit, Hitler bei der Einordnung der Schweiz in das ‹Neue Europa› oder ‹Großgermanische Reich› zu helfen, gleichgültig, welche Stellung der Schweiz in diesem Staatengebilde zugedacht sein und welche Mittel Hitler gegenüber der Schweiz anwenden würde».[17] Er war entschlossen, «im Falle einer deutschen Einmischung das Reich rechtswidrig zu unterstützen und beim Umbau der Eidgenossenschaft in ein nationalsozialistisches Staatswesen gegen den eindeutigen Abwehrwillen der Heimat mitzuwirken». Seine «Handlungen waren auf die *Verletzung der Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft* gerichtet» und hatten *landesverräterischen* Charakter.[18] Einer der verantwortlichen BSG-Männer soll erklärt haben, «auch Bundesrat von Steiger werde sich demütigen, wenn erst die SS-Männer mit blutbefleckten Uniformen auf dem Bundesplatz in Bern stünden».[19]

Den verräterischen Absichten folgten entsprechende Taten. Zahlreiche Angehörige des BSG betrieben politischen und militärischen Nachrichtendienst gegen die Schweiz. Als ein Spionagezentrum entpuppte sich Schaeppis «*Panoramaheim*» in Stuttgart. In diesen ebenfalls der SS unterstellten Filialbetrieb des BSG lieferte die Gestapo alle Deserteure aus der Schweiz ein. Meist handelte es sich um Kriminelle, die sich der strafenden Justiz in der Heimat entziehen wollten. Im Panoramaheim wurden sie «abwehrmäßig» geprüft. Sie wurden nach einem von Hügels Sicherheitsdienst erstellten Frageschema über politische und militärische Angelegenheiten der Schweiz einvernommen. Ihre Angaben meldete dann Schaeppi an den Sicherheitsdienst und an die Abwehrstelle der Wehrmacht weiter. Dort ergänzten sie die umfangreichen Karteien über die Schweiz.[20] Durch Bestechung versuchte ferner Schaeppi, einen Angestellten des schweizerischen Generalkonsulats in München zur Auslieferung von Geheimakten und zur Anfertigung eines Nachschlüssels des dortigen Tresors zu bewegen.[21]

Hochverräterischen Charakter hatte auch der als «*Aktion S*» bezeichnete Plan eines engen Mitarbeiters des BSG. Dieser Plan ging von der Annahme eines militärischen Angriffs des Reichs auf die Schweiz aus und sah unter anderem die Schaffung eines zentralen Führungsorgans für das eroberte Land vor, ferner den Zusammenzug aller Schweizer Nationalsozialisten in Deutschland in eine einheitliche Organisation und deren Einsatz in der besetzten Heimat, auch die Vernichtung aller Reichsfeinde in der Schweiz. Die Aktion S war am 27. November 1944 Gegenstand einer Besprechung von Vertretern des Oberkommandos der Wehrmacht, des Reichssicherheitshauptamtes und des SS-Hauptamtes. Durch den Vormarsch der Alliierten wurde sie schließlich gegenstandslos.[22]

Solange das «Fernziel» – der Einsatz von BSG-Leuten in einer okkupierten Schweiz – nicht realisierbar war, konnte wenigstens das «Nahziel» – die Verwendung von Auslandschweizern als Kanonenfutter an den Fronten – verwirklicht werden. Die Deutschen begannen daher, «*Schweizer Sturmbanne*» aufzustellen, die in erster Linie der Waffen-SS Soldaten zuführen sollten.[23] Wiederum war es Schaeppis Panoramaheim, das als Werbezentrale gute Dienste leistete. Den «meist aus höchst privaten Gründen ins Abenteuer geflüchteten Burschen» wurde plausibel gemacht, daß ihnen der Heimweg abgeschnitten sei und sie das Wohlwollen des deutschen Gastlandes erst erwerben müßten. Um dieses Vertrauen zu gewinnen, bleibe ihnen keine andere Wahl, als auch noch militärisch «Desperado zu spielen». Schaeppi konnte ferner darauf verweisen, daß er selber im März 1941 als sechster Schweizer in der Heinrich-Himmler-Kaserne in Prag der Waffen-SS beigetreten sei und zeitweise als «Kriegsberichter» an der Front gedient habe.[24] Er vermied es jedoch, zu erwähnen, daß dieser neuartigen, auch «Klub der Vorbestraften» genannten Fremdenlegion der Beiname «Himmelfahrtskommando» anhaftete.[25] Hatte einer einmal den Beitritt zur Waffen-SS vollzogen, so war es ihm praktisch unmöglich, diese wieder zu verlassen. Versuchte er es dennoch zu tun, so riskierte er, den Henkersknechten der Gestapo ausgeliefert zu werden.[26] Im Verlaufe der Jahre hatte das Heim rund 1000 Schweizer für die Waffen-SS und 70 weitere Landsleute für die deutsche Wehrmacht geworben. Mancher von ihnen «wurde zum Kriegskrüppel, und viele fanden den Tod an den Fronten».[27]

Der BSG blieb bis zum Sommer 1944 bestehen, doch «*versandete*» er allmählich, nachdem ihm Burri, die radikalen Elemente nach sich ziehend, den Rücken gekehrt und einen eigenen Verein gegründet

hatte.[28] Nach dem Kriege hatten sich die führenden Mitglieder und engsten Mitarbeiter des BSG in zwei großen Prozessen vor Bundesstrafgericht zu verantworten. 54 Angeklagte wurden wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, einige auch zusätzlich wegen politischen und militärischen Nachrichtendienstes, wegen Leistung fremden Militärdienstes oder Anwerbung zu solchem zu Strafen von 6 Monaten Gefängnis bis zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt.[29]

10. Nationalsozialistischer Schweizerbund (NSSB) und Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz (NSBidS)

Der 1901 geborene *Franz Burri* wanderte mit achtzehn Jahren nach Österreich aus, trat dort der Nationalsozialistischen Partei bei und brachte es bis zum Generalsekretär des Zentralverbandes österreichischer Zeitungsverleger. 1934 wurde er wegen verbotener nationalsozialistischer Aktivität und tendenziöser Berichterstattung in ausländischen Zeitungen des Landes verwiesen. Der in sein «heimatliches Exil» zurückspedierte Auslandschweizer gründete in Luzern die *Internationale Presse-Agentur* (IPA), die, mit deutschen Geldern finanziert, nach deutschen Weisungen publizistisch tätig, zu einer Verkünderin nationalsozialistischer Ideen und Hetzerin gegen den österreichischen Staat wurde. Führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches, wie Heß, Ribbentrop, Himmler und von Papen, waren Abonnenten der IPA. Die deutschen Machthaber schätzten es, die IPA als eine «Stimme aus der neutralen Schweiz» zitieren zu können. Anders verhielt sich Österreich. Seine Demarchen beim Bundesrat hatten zur Folge, daß dieser anfangs 1938 die Burri-Agentur verbot. Nach dem Anschluß Österreichs begab sich Burri wieder nach Wien, wo er seinen IPA-Laden aufs neue eröffnete und nun vornehmlich gegen die Schweiz polemisierte. Um seiner Presseagentur einen vom Reich unabhängigen Anstrich zu geben, gestatteten das Propagandaministerium und das Auswärtige Amt in Berlin die offizielle Verlegung der IPA nach Budapest und später nach Zagreb. Burri selber blieb in Wien. Er trat 1941 in die Gauleitung Niederdonau und 1942 in die NSDAP ein. Am Silvester 1942 wurde er zum deutschen Reichsbürger deklariert. Er trug fortan die Parteiuniform und das «Verdienstkreuz erster Klasse».[1]

Seine Arbeitsgemeinschaft mit Leonhardt brachte Burri in den Jahren 1939 und 1940 mit der Gesellschaft für autoritäre Demokratie (SGAD) in Verbindung.[2] Auch gehörte er dem Gründerkreis des Bundes der Schweizer in Großdeutschland (BSG) an.[3] Wäre es nach den

Intentionen Hügels gegangen, so wäre der Bund der Schweizer in Großdeutschland das Sammelbecken aller nationalsozialistischen Ausland- und die Nationale Bewegung in der Schweiz (NBS) dasjenige aller nationalsozialistischen Inlandschweizer geworden.[4] Diese Rechnung ging indessen nicht auf, weil zu viele schweizerische Naziführer sich gegenseitig vor der Sonne standen. So machten auf Schweizerboden die NBS und die SGAD, die auch nach dem Verbot durch den Bundesrat vom November 1940[5] in der Illegalität weiterwirkten, sich gegenseitig das Leben sauer. In Deutschland bestand zwar noch eine Einheitsbewegung, diejenige des BSG, doch spielten sich auch hier interne Führerkämpfe ab. Man traf sich daher am 24. August 1941 zu einer *zweiten Einigungskonferenz* in Stuttgart, die wiederum, wie die erste vom Oktober 1940 in München,[6] von Hügel einberufen worden war. Aber auch diesmal konnten sich die nationalsozialistischen Kampfhähne, die nach außen die gleichen Ideen vertraten, untereinander dagegen bitter verfeindet waren, nicht verständigen. Die Konferenz endete mit einem Fiasko. Noch am gleichen Tage gründeten Burri und Leonhardt eine Konkurrenzorganisation des BSG, den *Nationalsozialistischen Schweizerbund* (NSSB), der, wie der BSG, ein reiner Auslandschweizerverein sein und seine Tätigkeit auf das Reichsgebiet beschränken sollte. Damit hatte der Spaltpilz auch auf deutschen Boden übergegriffen. Das Burri-Leonhardt-Duett fand Protektion beim Auswärtigen Amt in Berlin und besaß in seinen besten Tagen ungefähr 2400 Anhänger.[7]

Um auch in der Schweiz über einen gewissen Anhang zu verfügen, begann dort Burri im April 1941 mit der Sammlung eigener Anhänger. Seine zusammengetrommelte Truppe nannte er *Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz* (NSBidS). Sie war weitgehend identisch mit Leonhardts SGAD. Gleichzeitig war sie die Filiale des Nationalsozialistischen Schweizerbundes (NSSB) im Deutschen Reich und stand zu diesem in einem ähnlichen Verhältnis wie die Nationale Bewegung der Schweiz (NBS) zum Bund der Schweizer in Großdeutschland (BSG). Rivalisierten miteinander auf deutschem Boden der BSG und der NSSB, so waren es auf Schweizergebiet nunmehr die NBS und die NSBidS.[8]

Verbindungsmann zwischen NSSB im Reich und NSBidS in der Schweiz war ein in Lörrach wohnender Chauffeur, der früher der Nationalen Front angehört hatte. Es sorgte dafür, daß die von Burri und Leonhardt verfaßten Manuskripte die Grenze beim Badischen Bahnhof Basel schwarz passieren konnten. Die Vervielfältigung und

Verteilung der Flugblätter an Freund und Feind in der Schweiz besorgten die Mitglieder des NSBidS. Sie wurden für ihre Umtriebe von der deutschen Gesandtschaft in Bern entschädigt.[8] Bald entspann sich ein zähes Katz- und Mausspiel zwischen dieser illegalen Verteilerorganisation und der Bundespolizei, die ihr ständig auf den Fersen war. Zahlreiche NSBidS-Leute wurden geschnappt und in drei Prozessen abgeurteilt.[9]

Der Burri-Leonhardt-Bund war der radikalste aller nationalsozialistischen Schweizerbünde. Das kam am deutlichsten im Schrifttum zum Ausdruck, das in Nummern der «IPA», der «Eidgenössischen Korrespondenz» und der «Informationen des NSSB» im In- und Ausland zur Verteilung gelangte. All diesen Schriftstücken gemeinsam war das *Lob auf den Führer* des Dritten Reichs: «Wir haben nur ein Bekenntnis. Es ist das Bekenntnis zu Adolf Hitler... Wir fordern eine klare Linie: die nationalsozialistische Schweiz im Geiste Adolf Hitlers.»[10] «Es lebe Adolf Hitler, der Führer aller Germanen! Es lebe der Nationalsozialismus! Es lebe das Großdeutsche Reich! Es lebe das neue Europa!»[11] Dem schweizerischen Unabhängigkeitsstreben wurde die *großgermanische Einheitsidee* entgegengestellt: «Die Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz und der Nationalsozialistische Schweizerbund im Reich ... erklären: ‹Wir Schweizer gehören zur Substanz des deutschen Volkes... Als deutsche Menschen wollen wir deutsch denken und deutsch fühlen.›»[12] «Nicht der Ruf der Heimat durch die Neue Helvetische Gesellschaft ist unsere Parole. Für uns gibt es nur einen Ruf: den Ruf des Führers des gesamten deutschen Volkes, den Ruf Adolf Hitlers.»[13] Burri und Leonhardt wollten auch «den Beweis erbringen, daß es kein Schweizervolk» gebe.[14] «Wir Schweizer sind keine eigene Nation.»[15] «Wir sind ... ein Teil des deutschen Volkes.»[16] «Höher als die Heimat steht die Pflicht dem deutschen Volke gegenüber, dem wir trotz Schweizerpaß angehören.»[17] «Heute ist für uns die Zeit gekommen, wieder um den alten, ehrwürdigen Platz im großen Deutschen Reich zu kämpfen.»[18] «Wir werden nicht ruhen und rasten, bis das Hakenkreuz über der Kuppel des Bundeshauses flattern ... wird.»[19] In einer mit «Ostern 1941» datierten Denkschrift an Hitler und Himmler sprach Leonhardt den Wunsch aus, die Schweiz möge als ein vollwertiges Glied Großdeutschlands in den Reichsverband zurückkehren. Da dies ohne deutsche Hilfe nicht möglich sei, bat Leonhardt seine Adressaten um deren Unterstützung.[20]

Wer sich gegen solche Anschlußpropaganda zur Wehr setzte, zog sich den Haß der deutschen Sold- und Schreiberknechte zu. Zu den

Angefeindeten gehörte der Bundesanwalt, der von Berufs wegen den Landesverrätern das Handwerk legen mußte. Ihm widmete Burri die Worte: «Im Polizeistaat Schweiz herrscht der tollste Polizeiterror.»[21] «Die europafeindliche Justiz muß früher oder später zu einer Katastrophe werden.»[22] «Wir fordern daher den Rücktritt ... des Bundesanwaltes und ... seiner Trabanten.»[23] Zu den Angegriffenen gehörte auch der *General.* Mit Recht erkannten Burri und Leonhardt in ihm die Verkörperung des schweizerischen Wehrwillens. Als nach dem Zusammenbruch Frankreichs bei verschiedenen Schweizern, auch Nichtfrontisten, vom Anpassen, Umdenken, Umstellen oder Umfallen die Rede war, vollzog die Armeeleitung die einzig richtige Anpassung an die veränderte strategische Situation. Sie führte am 25. Juli 1940 den Rütli-Rapport durch und verkündete dort – wenn auch nicht öffentlich – die *Réduitkonzeption,* die sie dann in den folgenden Monaten und Jahren in die Tat umsetzte. Sie räumte damit dem Lande nach seiner Umzingelung durch die Achsenmächte die letzte Chance ein, sich mit einiger Aussicht auf Erfolg zu verteidigen. Gleichzeitig war sie geeignet, der im Volke um sich greifenden Resignation entgegenzuwirken. «Es bleibt ein historisches Verdienst unseres Generals, daß er in den kritischen Wochen nach dem Waffenstillstand, als sich eine Atmosphäre der Unsicherheit in unserm Volke auszubreiten drohte, mit seinem ‹Wachbefehl› auf dem Rütli das erlösende Wort gesprochen und die unbedingte schweizerische Wehrbereitschaft bekräftigt hat.»[24]

Burri und Konsorten dagegen setzten alles daran, den Réduitgedanken zu diskreditieren, den General zu diffamieren und den *Wehrwillen* zu *untergraben:* «Henri Guisan hat viele hundert Millionen Schweizerfranken zwecklos verschleudert... Seine ‹Landesverteidigung› ist weder vom neutralen noch vom militärischen Standpunkt aus richtig, weil sie ... an der ‹Bunkerkrankheit› leidet.»[25] «Hat nicht General Guisan ... an ungezählten Anlässen ... erklärt, daß der schweizerische Festungsgürtel im Norden des Landes ebenso uneinnehmbar sein werde wie der Bunkerkranz der Maginotlinie?»[26] Der Westfeldzug habe es dann an den Tag gebracht, wie viel die Maginotlinie getaugt habe. Mit dem französischen Festungsgürtel sei auch der schweizerische Bunkerwall eingestürzt. Die Guisan- oder Alpenfestung vermöge an dieser Tatsache nichts zu ändern. Im Réduit würden ja bestenfalls Steinhaufen und Berge verteidigt, während das dichtbevölkerte Mittelland von vornherein der Verwüstung preisgegeben sei.[27] Das könne dem General nicht verborgen bleiben. Aber «diesem

wahnwitzigen Verbrecher an unserm Volk sind rauchende Trümmer und trostlose Ruinen wertvoller als unsere heiligsten Lebensrechte.»[28] «Er zieht den blutigsten Krieg einer würdigen Verständigung mit dem Nachbarn vor.»[29] «Nichts ist diesem Mann mehr heilig, wenn es gilt, auf britischen Befehl das Land in eine Katastrophe zu stürzen.»[30] «Die Rolle, die er unserer Armee und unserem Volke zugedacht hat, kann keine andere sein als diejenige des Opfers auf dem Altar der jüdisch-freimaurerischen Weltdemokratie.»[31] Solange «dieser General und genußsüchtige Bankettreisende, aber unfähige Militär» am Ruder bleibe und «von Loge und Judentum bestochen» werde, schwebe das Schweizervolk in Lebensgefahr. «Guisan ist der Staatsfeind Nr. 1. Er ist der gefährlichste Landesverräter aller Zeiten.»[32] «Wir fordern daher seinen Rücktritt.»[33] «Wir fordern, ... daß die Armee bis auf ein Mindestaufgebot demobilisiert ... und der unverantwortlichen Verschleuderung unseres Nationalvermögens ... Einhalt geboten wird.»[34] «Nieder mit General Guisan! Nieder mit diesem zerstörungswütigen Säbelraßler! Wir wollen Frieden mit ... unsern Nachbarn! Wir wollen Arbeit und keinen Krieg!»[35]

Keinerlei Anzeichen von Friedensbereitschaft zeigte indessen Burri, als er für Hitlers *«Kreuzzug» gegen den Osten* warb. In einem offenen Brief an den Bundesrat stellte er die Forderung auf, es sei «die Hälfte der mobilisierten Schweizerarmee unter dem Kommando von Oberstkorpskommandant Ulrich Wille für den Kampf gegen Sowjetrußland bereitzustellen». Als der Bundesrat dieses Traktat mit Schweigen überging, holte sich Leonhardt die Zustimmung des Auswärtigen Amtes und des SS-Hauptamtes ein zur Aufstellung eines Freiwilligenkorps.[36] So sollte die Schweiz doch noch Gelegenheit erhalten, «am großen Ringen gegen den Bolschewismus, das Weltjudentum und die Freimaurerei Anteil» zu nehmen.[37] Man brauchte nur kräftig genug die Werbetrommel zu rühren: «Jeder senkrechte Schweizer, der für Adolf Hitler und den Nationalsozialismus zu kämpfen bereit ist, tritt in unsere Reihen! Unser Freikorps wird an der Seite des Reichs für ein neues und besseres Europa kämpfen.»[38] Unerwarteterweise wurde dem NSSB von seiten des BSG Schützenhilfe zuteil. In einem Flugblatt bat Zander den Bundesrat, er möge doch einer «Freiwilligen-Werbung für den europäischen Freiheitskampf gegen den Bolschewismus» keine Hindernisse in den Weg legen. Die Schweiz müsse am «Erwachen» der kontinentalen Völker teilhaben und dürfe sich nicht «halsstarrig außerhalb der europäischen Schicksalsgemeinschaft stellen».[39]

Die Umtriebe der nationalsozialistischen Schweizerbünde waren eine schwere *Belastung* für die in Deutschland lebenden *heimattreuen Auslandschweizer*. Diese mußten die Aktivität der NSSB- wie auch der BSG-Leute als eine unnötige Erschwerung ihrer ohnehin nicht leichten Existenz empfinden. Wenn sie nicht den bemühenden Eindruck erhalten sollten, von ihrer Heimat im Stiche gelassen zu werden, mußte ihnen der Bundesrat den Rücken stärken. Mit diplomatischen Schritten, wie sie Nationalrat Feldmann in einer Interpellation angeregt hatte,[40] war dem Übel nicht beizukommen, denn die ausländische Hoheitsmacht begünstigte offen die abtrünnigen Schweizer.[41] Nur der Entzug des Schweizerpasses erwies sich als ein mehr oder weniger wirksames Mittel. Zwar konnte man dadurch den Besudlern des eigenen Nestes nicht das Handwerk legen, aber man konnte sie wenigstens daran hindern, sich in ihrem Handeln auf «Schweizerart» und «Schweizersinn» zu berufen.[42] Der Bundesrat erließ daher am 18. Mai 1943 einen auf vier Jahre befristeten Beschluß über die *Ausbürgerung* von Schweizern, die sich «gegen die Sicherheit oder die politische Unabhängigkeit des Landes vergangen» hatten.[43] Burri und Leonhardt wurden als erste Schweizer ausgebürgert. Bald ereilte auch Zander und andere «Immernochschweizer» dasselbe Schicksal. Der Zufall wollte es, daß Schaeppi, der als sechster Schweizer der Waffen-SS beigetreten war, als sechster seines Schweizerbürgerrechts verlustig ging.[44]

Man würde sich indessen täuschen, wollte man annehmen, die Auslandschweizer wären in großer Zahl dem Druck des deutschen Gastlandes oder der Propaganda des NSSB und des BSG erlegen. Von den 40000 im Deutschen Reiche wohnenden Schweizern gehörten keine 4000 den beiden nationalsozialistischen Bünden an. Zu den «pompös angekündigten Versammlungen» erschienen «meist nur etwa anderthalb Dutzend Mann».[45] Den Burri- und Zander-Leuten war es «in keiner Weise» gelungen, die im Reiche lebenden Schweizer «in völkischer Hinsicht» zu erfassen.[46] Ein prächtiges Zeugnis der *Verbundenheit mit der Heimat* legte die Schweizergesellschaft in Frankfurt am Main, dem Aufenthaltsort Leonhardts, in ihrem Jahresbericht von 1942 ab: «In uns ist der schweizerische Staatsgedanke, sind die Denkweise und die Ideale der Heimat geblieben. Wir wissen, was es zu erhalten gilt. Das Vätererbe ist uns heilig. Wir hoffen und glauben, unsere Schweizer Heimat werde die Stürme der Zeit überstehen und als selbständiger Staat ihre Geschichte auch in Zukunft selbst bestimmen.»[47]



AUSBURGERUNG Schluss mit Schwindel!
Furt mit Gsindel!

Wie gut der Bundesrat beraten war, als er Franz Burri zum Exschweizer machte, bestätigt auch die in der Schweiz erst 1948 bekanntgewordene *Denkschrift Burris an Himmler,*[48] die das Datum des 22. Januars 1941 trägt. In diesem Memorandum nannte Burri sein staatspolitisches Ziel mit klaren Worten: «Die Schweiz muß wieder ein Glied des Reiches werden.» Gegen Mussolinis Ansprüche auf das von «Italienern» bewohnte Tessin habe er, Burri, nichts einzuwenden. «Maßgebend für uns kann ... die Wasserscheidegrenze sein.» Er wisse zwar wohl, daß er wegen solcher Überlegungen in seiner Heimat «des Hochverrats angeklagt» sei. Kernstück der Denkschrift war die Mitteilung an Himmler, Burri verfüge in der Schweiz über eine 1800 Mann starke einsatzbereite Kampftruppe. Hierbei mußte es sich um die Leonhardtschen SGAD-Männer handeln, da im Zeitpunkt der Abfassung der Denkschrift der NSBidS noch nicht gegründet war. Beim Hinweis auf die Bataillonsstärke seiner Anhängerschaft dürfte sich Burri um eine Null «geirrt» haben.[49] «Die Kampftruppe», beteuerte Burri, «trägt den Charakter einer Schutzstaffel (SS). Sie ... besitzt das, was man schlechthin die militärischen Tugenden nennt, und ist politisch für die Aufgaben gewandt, die eine solche Truppe zu leisten hat. Ich bitte um Anerkennung dieser Kampfgruppe durch den Reichsführer-SS.»

Diese Denkschrift schickte Burris «alter Wiener Gönner», ein hoher SS-Funktionär, am 25. Januar mit einem persönlichen Begleitschreiben an Himmler ab. Er regte, wie schon sein Schützling im Memorandum, eine Audienz Burris und Leonhardts bei Himmler an und hielt es für zweckmäßig, auch «den Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, über den ‹Lagebericht› zu unterrichten». Himmler ging auf die Anregung nicht ohne weiteres ein. Er stellte die Denkschrift dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, zur Vernehmlassung zu. Dieser erstattete am 5. April Bericht. In seinem Gutachten lehnte er Burris Wunsch um *Zuerkennung des SS-Charakters an die SGAD-Leute* ab. Die künftige Schweizer SS, meinte Heydrich, sollte sich einmal aus Männern rekrutieren, die «heute als Soldaten und Offiziere in der Schweiz im Dienste» stünden. Diese seien aber zur Zeit «wohl oder übel an ihren Fahneneid gebunden» und daher nicht in der Lage, einer SS-Formation beizutreten und auf Hitler den Eid abzulegen. Daher sollte das Reich im Augenblick darauf verzichten, die Erneuerungsbewegung in der Eidgenossenschaft direkt leiten zu wollen, indem es die Burri-Organisation in den Rang eines SS-Ablegers in der Schweiz erhebe. Zurück-

haltung sei auch wegen der Mentalität der Schweizer geboten. Das vaterländische Empfinden sei gerade bei den für die SS in Frage kommenden «charakterlich und rassisch wertvollen Elementen» der Schweiz «noch so weit lebendig, daß diese nicht ungerührt den Vorwurf des Landesverrates auf sich nehmen könnten». Damit war der Charakter Burris, der sich in seiner Denkschrift offen zum «Hochverrat» bekannt hatte, durch einen SS-Gewaltigen hinlänglich gekennzeichnet.[50]

Welches waren die *Motive,* die Burri zur Niederschrift seines «Lageberichtes» bewogen hatten? Auch diese hatte Heydrich mit scharfem Blick erkannt. Burri wolle, meinte er, seine Schweizer «Truppen» in den SS-Rang erheben, um zu bewirken, daß er «als allein berechtigter ... Führer eingesetzt» werde; «seine dauernd angemeldeten Führungsansprüche ... ließen auf ein maßloses Geltungsbedürfnis schließen». Der NSSB- und NSBidS-Führer wollte demnach seinen «ganzen Laden» Himmler unterstellen, um mit dessen Hilfe seine BSG- und NBS-Rivalen auszustechen. Dieser Interpretation hat Burri vor Bundesstrafgericht beigepflichtet: «Ich wollte verhindern, daß sich neben mir andere Götzen in den Vordergrund drängen würden.» Um «Gauführer» oder *«Landammann» der Schweiz* zu werden, war ihm jedes Mittel recht, auch dasjenige des Hochverrates und der Intrige gegen Gleichgesinnte.[51]

Burris Anbiederungsversuch beim obersten SS-Führer war gründlich mißlungen. Der NSSB-Gewaltige hatte seine Konkurrenten vom BSG nicht überspielen können. Allmählich mußte er sogar erkennen, daß er im Kampf um die Führerposition den kürzeren zog. Sein gefährlichster Gegner wurde *Max Leo Keller,* der ihm schon an der Münchener Konferenz vom Oktober 1940 den Rang streitig gemacht hatte. Keller hielt sich nach dem Verbot seiner NBS im November 1940 bald in der Schweiz, bald in Deutschland auf. Im Rahmen einer großen Aktion der Bundesanwaltschaft gegen rechtsextremistische Umtriebe wurde er am 10. Juni 1941 verhaftet. Die Strafuntersuchung wurde dann allerdings sistiert. Die Schuldbeweise, über die die Bundespolizei damals verfügte, waren noch unbedeutend. Da aber gleichzeitig ein militärgerichtliches Verfahren über ihm schwebte, wurde er nur gegen eine Kaution von 5000 Franken freigelassen. Auf Veranlassung verschiedener Reichsstellen, die erklärten, «man brauche Keller, er erweise der Sache einen besseren Dienst, wenn er in Deutschland sei, als wenn er sich in der Schweiz einsperren lasse», und wahrscheinlich auch auf persönlichen Wunsch Himmlers begab er sich am 19. No-



Ein neuer Schweizer-Exportartikel: Militärische Geheimakten

Vermittler wurden gegen Kaution freigelassen

vember 1941 mit vier Gesinnungsgenossen ins Reich. Das SS-Hauptamt bereitete den Emigranten einen großartigen Empfang und kam auch für Kellers Kaution auf. In seinem Berliner Exil übte dieser eine gewisse Zurückhaltung. Zwar wurde er leitender Direktor der Hermann-Göring-Werke in Berlin/Weimar mit einem steuerfreien Jahresgehalt von 36 000 Mark, aber in den nationalsozialistischen Schweizerbünden verhielt er sich eher passiv. Er konnte warten, bis sich die Führer der beiden Organisationen verbraucht hätten, um in entscheidender Stunde das Heft in die Hand zu nehmen.[52]

Im Sommer 1944 war es soweit. Die dauernden Reibereien zwischen dem BSG und dem NSSB, die so weit führten, daß sich die beiden Bünde in ihrer Versammlungstätigkeit behinderten und polizeilichen Schutz gegen die Störaktionen des Konkurrenten anbegehrten, hatten groteske Formen angenommen. Die Deutschen waren am Ende ihrer Geduld und erteilten Keller den Auftrag, der «seit Jahren in liberalster und demokratischster Form» durchgeführten Kampagne ein Ende zu bereiten. Keller sollte die beiden Bünde auflösen und an deren Stelle eine einheitliche Bewegung, den *Bund der Schweizer Nationalsozialisten* (BSN) gründen. Als Liquidator, Neugründer und Schiedsrichter war Keller damit zum obersten Führer der schweizerischen Nationalsozialisten im Deutschen Reiche aufgerückt. Er hatte sich «die Plattform geschaffen, von der aus er hoffen durfte, unter dem Schutz und Schirm des ‹genialen Führers› in die alte Heimat einziehen zu können».[53]

Am 17. August 1944 fand auf Veranlassung des SS-Hauptamtes die *dritte Einigungskonferenz* in Berlin statt, die wiederum resultatlos verlief. Burri leistete Obstruktion. Er wollte im September 1944 eine Gegenkonferenz durchführen. Das wurde ihm aber vom SS-Hauptamt verwehrt. Er konnte gerade noch am 16. September im Wiener «Grand-Hotel» seinen Gebietsleitern ein Gelöbnis der Treue zu Hitler abnehmen. Sonst hatte er aber nicht mehr viel zu berichten. Sein Gegenspieler Keller, der die deutschen Amtsstellen im Rücken hatte, befand sich eindeutig im Vorsprung, und es war für Burri ein schwacher Trost, daß der weitere Kriegsverlauf auch jenem den Triumph aus den Händen schlug.[54]

So war es allmählich *einsam um Burri* geworden. Leonhardt, mit dem er sich ebenfalls entzweit hatte, fiel im März 1945 einem Luftangriff zum Opfer. Einer der treuesten Beschützer Burris im Auswärtigen Amt verschwand in ein Konzentrationslager. Andere Gönner wurden zur Wehrmacht eingezogen.[55] Als sich anfangs 1945 die

Russen Wien näherten, versuchte sich Burri in Richtung der amerikanischen Demarkationslinie abzusetzen. Im Dezember 1945 wurde er von den amerikanischen Militärbehörden aufgegriffen und am 31. Mai 1946 nach der Schweiz abgeschoben.[56] In einem Bundesstrafprozeß, der vom 20. April bis zum 7. Mai 1948 dauerte, wurde er wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft zur Höchststrafe von 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine staatsfeindlichen Umtriebe hat der Bundesanwalt, dem das Gericht auf der ganzen Linie folgte,[57] in die Worte zusammengefaßt: «Franz Burri hat während sechs Kriegsjahren ununterbrochen vom Ausland aus gegen die Unabhängigkeit der Schweiz gewühlt. Im Sommer 1940, in den dunkelsten Tagen der hundertjährigen Geschichte des Bundesstaates, hat er unter schweren Drohungen und Verleumdungen gefordert, daß ihm die Macht übertragen werde... Er bemühte sich, eine tödliche Gefahr für die Schweiz heraufzubeschwören, um persönliche Vorteile zu erlangen... Während zehn Jahren hat er eine hinterhältige Pressekampagne gegen das Schweizervolk, die Armee und die Behörden geführt und die Schweizer Presse verhöhnt und den guten Schweizernamen vor aller Welt mit Schmach und Schande bedeckt... Er zeigte Deutschland, wie die Eigenstaatlichkeit der Schweiz zu vernichten sei. Er unterbreitete Himmler eine Denkschrift, in der er behauptete, über eine illegale, ihm ergebene und einsatzbereite Kampftruppe in der Schweiz zu verfügen, die er Himmler unterstellen wollte, um sich von ihm als Führer ernennen zu lassen. Er ... unterhielt jahrelang in der Schweiz eine illegale Organisation, die NSBidS, zur Verbreitung seiner Schriften, er gründete und führte mit deutscher Hilfe den NSSB und propagierte den Anschluß der Schweiz an Deutschland. Er war bereit, Schweizer auf den Schlachtfeldern im Osten in den Tod zu schicken, während er selbst als ‹Schreibtisch-Napoleon› im Sichern saß. In allen seinen Bemühungen zur Herbeiführung eines nationalsozialistischen Umsturzes in der Schweiz mit deutscher Hilfe war er der *Drängende, nicht der Gedrängte.*»[58]

11. Zusammenfassung

Das *politische Sektierertum* der Fronten äußerte sich nicht nur in extremen Ideen, es kam auch in einer heillosen *Zersplitterung* zum Ausdruck. Zu zahlreich waren jene Papabili, die ihrem politischen Handeln den Nymbus der Unfehlbarkeit zulegten, zu zahlreich jene kleinen Despoten, die glaubten, allein zur Führung berufen zu sein, und



Heil uns!

Wir haben einen neuen Vogel

jedem, der nach ihrer Krone griff, mit persönlicher Gehässigkeit und bitterer Feindschaft entgegentraten. «Ein hervorstechendes Merkmal der frontistischen Bewegungen bildeten die Eifersüchteleien der Gruppen unter sich wie der Spitzenfiguren innerhalb der einzelnen Parteiungen. Sie waren die Frucht eines Trugschlusses: Hitler hat mit sieben Mann begonnen und wurde der Führer einer großen Nation, folglich habe ich mit sieben Getreuen die Chance, ein schweizerischer Hitler zu werden.»[1]

Die *selbstmörderische Tendenz zum Partikularismus* verhinderte ein geordnetes Wachstum der Fronten. Sie begünstigte im Gegenteil ein ungezügeltes Wuchern von Gruppen und Bünden und raubte damit dem Frontismus seine Schlagkraft. Schon aus diesem Grunde konnte der «Erneuerungsbewegung» kein dauernder Erfolg beschieden sein. Die chaotische Zersplitterung der Fronten mußte letztlich nur den alten Parteien zugute kommen und damit *den demokratischen Institutionen* unseres Landes *förderlich* sein.

ZWEITER ABSCHNITT

Die Nationale Front von der Gründung bis zum Herbst 1933

I. Neue Front

Die Neue Front nahm ihren Ausgang aus Kreisen der freisinnigen Partei. Um junge Akademiker für ihre Sache zu gewinnen, führte diese seit 1928 unter dem Vorsitz von Dr. Ernst Uhlmann regelmäßig *Akademikertagungen* durch. Schon an der ersten Veranstaltung vom 30. Juni /1. Juli 1928 im Nationalratssaal zu Bern regte sich die Kritik der Jugend. Die Alten, hieß es, ließen die Jungen in der Partei nicht zu Worte kommen. Sie leisteten damit der Politik einen schlechten Dienst. Denn hohes Alter an sich sei noch keine Garantie für kluges politisches Handeln. «Man könne grau werden wie ein Esel, aber nicht gescheiter.»[1] Sofort witterte die «Neue Zürcher Zeitung» Gefahr. Sie befürchtete, der Nachwuchs, der nun einmal seinen Kopf durch den Schnee stecke, könnte sich in besonderen Organisationen außerhalb der Partei zusammenschließen.[1] Dieser Eindruck verstärkte sich am 2. Akademikertag vom 23./24. November 1929. Zürcher Universitäts- und ETH-Studenten übten an Staat und Gesellschaft, aber auch an der freisinnigen Partei, leidenschaftlich Kritik.[2] Die Antwort der älteren Semester lautete dahin, die Jugend solle in der Politik mitarbeiten und sich nicht aufs Kritisieren beschränken. Die *Zürcher Gruppe* nahm sich den Rat zu Herzen. Sie entwarf für die Luzerner Tagung vom 21./22. Juni 1930 ein Programm. Ihre Forderungen gipfelten in den Punkten: «Konzentration der Demokratie auf ihre wesentlichen Erscheinungen» – darunter verstanden die Postulanten eine «Beschränkung des Stimm- und Wahlrechts» auf Verfassungsfragen und auf «die Wahl der obersten Behörden», aber auch «auf eine qualifizierte Wählerschaft» (Einführung eines Wahlzensus!) –, «klares und unmißverständliches Bekenntnis zur Landesverteidigung», «Unterstellung aller Probleme, auch der wirtschaftlichen, unter das Gesamtinteresse», «rasche Erledigung der harrenden großen gesetzgeberischen Arbeiten» und «kraftvolle Führung der schweizerischen Außenpolitik».[3] Entgegen der Absicht der Zürcher Gruppe verzichtete die Versammlung darauf, die zum Teil noch recht vagen Programmpunkte in einer Resolution zusammenzufassen.

Die Zürcher gaben sich mit diesem Ausgang nicht zufrieden. Am 21. Juli führten sie in der «Linde» zu Oberstraß eine «Aussprache über die Luzerner Tagung» durch. Diese endete mit der Gründung einer «aktiven politischen Gruppe».[4] Damit war die *Neue Front* ins Leben gerufen.[5] Zunächst bildete sie eine interne Oppositionsgruppe in der freisinnigen Partei. Sie umfaßte Studenten der beiden Zürcher Hochschulen, wie Hans Vonwyl und Robert Tobler – beides Redaktoren des «Zürcher Studenten» –, aber auch Akademiker, wie Rolf Henne und Hans Oehler – letzterer Redaktor der «Schweizerischen Monatshefte». Bald kam auch der Zürcher Kantonsschullehrer Paul Lang hinzu, der sich 1931 der Bewegung als Referent für den Vortragszyklus «Tote oder lebendige Schweiz?» zur Verfügung stellte.[6] Am 30. Oktober 1930 gab sich die Neue Front eigene Statuten. In ihrem ersten Paragraphen postulierte sie eine «Neuordnung im politischen Kampf: *Führer- und Ideengefolgschaft* anstelle der gegenwärtigen Parteigruppierungen».[7] Nach einem halben Jahr wurden die Statuten ergänzt mit dem Ruf nach einer berufsständischen Ordnung und der Proklamierung des organisationsinternen Führerprinzips: «Der Ausschuß (3 bis 5 Mitglieder) ist das höchste geschäftsführende Organ. Er entscheidet endgültig in allen Fragen, deren Erledigung durch das Statut nicht einer andern Instanz übertragen wurde. Er besorgt insbesondere … die politische Leitung, … die Festsetzung aller für die Erreichung unseres Ziels und Verwirklichung unseres Programms notwendigen Aktionen.»[7]

Wenn auch die Neue Front über keine eigene Zeitung verfügte, so kam sie doch in der bürgerlichen Tagespresse und in einigen *Zeitschriften* ausgiebig zum Wort. Vor allem die «Schweizerischen Monatshefte» räumten ihr viel Platz ein. Redaktor Oehler verstand es, das Monatsblatt der jungen Bewegung dienstbar zu machen. Als die Herausgeber mit dem frontistischen Kurs nicht mehr einiggingen, entließen sie Oehler. Daraufhin gründete dieser im April 1934 die frontistische Monatsschrift «Nationale Hefte».[8] Auch der «Zürcher Student» eignete sich vortrefflich zur Verbreitung frontistischer Ideen, seitdem Robert Tobler im Frühling 1931 die Schriftleitung übernommen hatte. Die Februarnummer 1932, die einen frontistischen Vortrag in extenso wiedergab, ließ Tobler unter sämtlichen Mitgliedern der Neuen Front, also auch unter Nichtstudenten, gratis verteilen.[9] Eine Sondernummer zum 4. freisinnigen Akademikertag vom 27./28. Juni 1931 in Solothurn wurde ausschließlich von den politischen Anhängern des Redaktors bestritten. Auch meldete sich hier die Neue

Front offiziell mit einem «Manifest der Korporativen» zum Wort.[10] Gerade die Tatsache, daß der «Zürcher Student» Tobler als politische Tribüne diente, dürfte diesen bewogen haben, sich mit Vehemenz allen Versuchen zu widersetzen, welche ihn seit Abschluß seiner Studien im Sommersemester 1931 aus der Redaktion entfernen wollten. Erst im Sommer 1933 gelang es mit Hilfe des Kampfbundes gegen geistigen Terror, einer antifrontistischen Studentenorganisation, den «Zürcher Studenten» wieder «in neutrale Hände» zu legen.[11]

Die Neue Front unterbreitete das «Manifest der Korporativen» dem *4. freisinnigen Akademikertag.* Hier gelang es ihr dank eines geschlossenen Auftretens unter Toblers Führung, die Diskussion an sich zu reißen. Ihre Thesen faßte sie in einem Resolutionsentwurf zusammen, der sich für die korporative Wirtschaftsordnung und gegen die individualistische Staatsauffassung aussprach: «Wir sind uns der schweizerischen Verpflichtung wohl bewußt, die uns das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft auferlegt. Darum fordern wir von der freisinnigen Partei, daß sie die *Pflicht gegenüber der Gemeinschaft* gebieterisch vor das Recht des Einzelnen stelle und sich vorbehaltlos für alle Volksklassen einsetze.»[12] Mit ihrer Argumentation stieß die Neue Front allerdings auf Widerstand. Dieser wurde hauptsächlich durch den Solothurner Walter Stampfli und den Basellandschäftler Ernst Boerlin geleistet. Der Letztgenannte brachte eine Gegenresolution ein, die den Korporationenstaat verwarf und ein Bekenntnis zum freisinnigen Parteiprogramm ablegte.[13] Die Gegenresolution wurde mit 57 gegen 31 Stimmen angenommen. Dazu bemerkte die «Neue Zürcher Zeitung»: «31 Mann bekannten sich zu den Ideen der Neuen Front. Das sind zu viele, als daß man sie einfach als Eigenbrötler oder Andersdenker abtun oder bei hyperaggressiven, unklaren, entlegenen oder verstiegenen Stellen in ihren Reden behaften dürfte... Wie werden wir in ein paar Jahren dieses Solothurner Erlebnis ... werten? Haben wir an einer Quelle der Erneuerung des nationalen Lebens gestanden, oder war es bloß eine frischfröhliche politische Episode?» Die Beantwortung dieser Frage machte die «Neue Zürcher Zeitung» von dem Umstand abhängig, ob sich die «Neue Front in positiver Richtung» entwickle oder ob sie «auf die negative Seite» der Nörgelei und Besserwisserei umkippe.[13]

Noch hatten sich die Frontisten – widerwillig genug – zum Freisinn bekannt. Aber im Innern hatten sie sich von ihm gelöst; mehr noch, sie hatten sich gegen ihn gewendet: «Unsere Väter sind freisinnig und unsere Großväter waren alle echte Freisinnige; wir aber

sind nur noch Mitläufer, die sich – faute de mieux – vorläufig zum Freisinn bekennen, aber eben – nur vorläufig. Die unter der akademischen Jugend fast ausnahmslose Ablehnung der gegenwärtigen Art freisinniger Politik ... ist eine Tatsache, die nicht mehr übersehen werden darf.»[14] Der innere Gegner wurde allmählich zum äußeren Feind. An der Flüelener Tagung der Jungliberalen Bewegung vom 7./8. Mai 1932 *zerschnitt* die Neue Front das *Tischtuch* mit der freisinnigen Mutterpartei. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß sie nicht liberal sei, und zog daraus den Schluß, «daß ihre organisierte Mitarbeit als Gruppe am jungliberalen Kongreß künftig unerwünscht sei».[15] Die gewonnene Selbständigkeit nutzte sie zur Gründung weiterer Sektionen. Den Anfang machte Schaffhausen im Herbst 1932. Dort entstand eine Ortsgruppe unter der Führung von Rechtsanwalt Rolf Henne und Reallehrer Carl Meyer, beides Frontisten, die ebenfalls dem Freisinn abtrünnig geworden waren.[16] In Zürich konstituierte sich für das Wintersemester 1932/33 eine Hochschulgruppe der Neuen Front. Sie unterstand der Aufsicht durch die politische Gruppe, der nun auch nichtakademische Kreise angehörten, und durfte nichts ohne deren Einverständnis unternehmen. Universitätsrektor Fleiner lehnte es ab, die Hochschulgruppe als Studentenorganisation zu anerkennen. Er verlangte, daß sie sich auf eigene Füße stelle. Nach längerem Hin und Her verzichtete diese schließlich auf eine Anerkennung durch das Rektorat.[17]

Im Sommersemester 1932, noch vor der Gründung der Hochschulgruppe, veranstaltete die Neue Front gemeinsam mit dem Vortragsausschuß der Zürcher Studentenschaft einen öffentlichen *Vortrag* des österreichischen Ständestaatstheoretikers *Othmar Spann*. Die Ausführungen des Redners zeichneten sich durch «scharfe Ablehnung der Demokratie» aus. Auch «hielt Spann nicht immer die Linie der Wissenschaftlichkeit» ein.[18] Feuilletonredaktor Hans Barth von der «Neuen Zürcher Zeitung» stellte in seiner Rezension fest, bei Spann würden «die geschichtlichen Geschehnisse in einer durch politische Wünschbarkeiten verzerrten Weise gesehen». Der Referent hätte gut getan, sich der Ermahnung Max Webers zu erinnern, daß man das Katheder nicht mit der Tribüne verwechseln solle.[19] Auch der Kleine Studentenrat war von dieser Veranstaltung nicht erbaut. Er machte der Neuen Front den Vorwurf, sie habe «die ganze Sache zu Propagandazwecken ausgenützt». Inskünftig kämen gemeinsame Veranstaltungen des Vortragsausschusses mit Vereinigungen, die außerhalb der studentischen Organisationen stünden, nicht mehr in Frage.[20]

Eine gerechte *Beurteilung* der Neuen Front fällt nicht leicht. Noch haftete ihr zu viel des Unbestimmten und Zwielichtigen an. Unklarheit über die letzte Zielsetzung kennzeichnete ihre Situation. Immerhin mußten einige Merkmale zum Aufsehen mahnen: der autoritäre Zug, der in der hierarchischen Gliederung der Bewegung zum Ausdruck kam und auf Ablehnung des demokratischen Prinzips hindeutete,[21] die Betonung der Führergefolgschaft anstelle der Volkssouveränität,[22] des Gemeinschaftsgedankens anstelle des Freiheitsideals,[23] die Kritik am Parlamentarismus und am Parteiensystem,[24] der Radikalismus, mit dem man «überlieferte Anschauungen rücksichtslos in Frage stellte»[25] und «das ganze System von Wirtschaft und Staat von Grund auf umzugestalten» versuchte,[26] ein Radikalismus, der allerdings eher dem jugendlichen Tatendrang zuzuschreiben und demzufolge nicht allzu ernst zu nehmen war. Peinlich dagegen berührte die Absicht, den Frontismus in Parallele zu den totalitären Strömungen des Auslandes zu stellen: «Was ... als Ausdruck einer bestimmten Zeit erstanden ist, muß untergehen, sobald kommende Geschlechter für neue Ziele nach neuen Ausdrucksformen verlangen. Ich erinnere an die Auflösung des Liberalismus durch Faschismus und Nationalsozialismus.»[27] Hier zeichnete sich bereits die *verhängnisvolle Entwicklung* des Frontismus ab: sein Abgleiten in totalitäre Strömungen, ins Fahrwasser ausländischer Gewaltherrscher.

Man würde indessen das *ideelle Streben* dieser jungen Leute verkennen, wenn man es als bloße Schwärmerei oder blinde Nachäfferei ausländischer Vorbilder abtun wollte. Die «Neue Front hat ... an den Schweizer Universitäten gerade die qualifizierten Elemente der bürgerlichen Jugend erfaßt, jene Elemente, die nicht stumpfsinnig an der Zeit vorbeilaufen, ... die, aufgeschreckt aus ihrer Bürgerlichkeit und zurückschreckend vor den Konsequenzen des Marxismus, den ‹dritten Weg› jenseits von Kapitalismus und Sozialismus suchen.»[28] Ihre Kritik am Marxismus war realistisch: «Wir können im Marxismus nicht die Heilslehre erblicken, durch die die Menschheit erlöst werden soll, wir sehen in ihm vielmehr ein Produkt des rationalistischen und materialistischen 19. Jahrhunderts, das ... unfruchtbar im Aufbau ist... Der Marxismus krankt an dem großen Grundfehler, daß er glaubte, die im 19. Jahrhundert begonnene ökonomische Entwicklung werde sich geradewegs und ununterbrochen bis ins Endlose fortsetzen... Bei nüchterner Betrachtungsweise können wir uns der ... Einsicht nicht verschließen, daß die Aussicht auf die Weltrevolution mehr und mehr in die Ferne rückt, ja daß sie für unsern ausgebluteten

Erdteil gar keine Erlösung bedeutet.»[29] Die Bedenken der Neufrontisten gegen einen sozial entarteten Liberalismus gründeten auf richtigen Überlegungen: «Der Liberalismus glaubte, daß der Mensch im Grunde gut sei, und setzte sich damit in Widerspruch zu jenem Bibelwort, wonach ‹das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens böse ist von Jugend auf›. In seinem Glauben an die Güte des Menschen ließ er egoistischen und rücksichtslosen Charakteren in Politik, Wirtschaft und Kultur allzuviele Türen offen... So konnten mit der Zeit gewaltige Gewinne aus der Arbeit der Massen herausgezogen werden, die sich in den Händen einzelner zu immer größeren Kapitalien zusammenballten.»[30] Auch in unserm Lande war die Klassenspaltung nicht überwunden. Der Graben zwischen rechts und links drohte den nationalen Zusammenhalt zu zerstören. Dem Ungeist des Klassenkampfes stellte die Neue Front die Idee der Volksgemeinschaft entgegen. Sie appellierte an das Zusammengehörigkeitsgefühl aller, auch jener, die nur Genossen und nicht mehr Eidgenossen sein wollten: «Wir reichen ... denen die Hand, die sich vom Vaterland abgewendet haben, und rufen ihnen zu: Schlaget ein! ... Seid unsere Kameraden! Gebt den Kampf um Luftschlösser im Zeichen des Internationalismus auf, denn ihr könnt doch über die wunderbare Tatsache des Vaterlandes nicht hinauskommen.»[31] Auch wäre es ungerecht, wenn man den Neufrontisten jegliches Heimatgefühl absprechen wollte. Sie waren anfänglich durchaus bereit, für die Unversehrtheit des Landes einzustehen: «Ein leidenschaftlicher Unabhängigkeitsdrang geht wie ein roter Faden von Anbeginn an durch unsere Geschichte. Er ist heute noch so lebendig wie vor 600 Jahren. Wenn je ein Nachbarstaat auf den Gedanken käme, einen Teil aus der Eidgenossenschaft herauszureißen, so würde sich das Volk dagegen wehren.»[31] Der Wille, zur *Gesundung des politischen Lebens* beizutragen, bestimmte das Denken der jungen Bewegung und eröffnete ihr anfänglich günstige Perspektiven.

II. Nationale Front

Ganz anders die *Nationale Front*. Ihr Horizont war beschränkt. Ihre Gesinnung war destruktiv und totalitär. Ihr Ton war frech und anmaßend. Sie begnügte sich mit ein paar billigen Propagandahappen, die sie mit rüder Sprache ins Volk schleuderte. Sie konzentrierte sich auf eine Verunglimpfung des Gegners, eine billige Hetze gegen die Juden, eine zynische Lächerlichmachung der Demokratie. Sie war «antisemitisch, antidemokratisch, antiliberal, aber auch ‹völkisch›, ja alldeutsch. In ihrem ‹Eisernen Besen› wurden die nationalsozialistischen Ideen vorbehaltlos verfochten. Die Leute von der Nationalen Front nahmen an den Ereignissen in Deutschland seelisch so intensiven Anteil, daß sie die schweizerischen ... Interessen ... vollkommen vergaßen.»[1]

Einige *Zitate* aus dem «Eisernen Besen», dem Publikationsorgan der Nationalen Front, mögen dieses Urteil untermauern. Über die Parteien äußerte sich die Bewegung: «Wir behaupten, daß die heutige schweizerische Parteipolitik nicht nur ein unwürdiges, sondern ein idiotisches Schauspiel darstellt.»[2] «Die alten Parteien bürgerlicher und marxistischer Prägung ... müssen endgültig zerbrochen und durch eine neue, nationale Front ersetzt werden.»[3] Über die schweizerische Demokratie urteilte das Blatt: «Ein solcher Staat, ein solches System verdient tatsächlich nichts anderes mehr, als daß man es möglichst bald in Stücke zerschlage.»[4] «Wir bedauern außerordentlich, daß wir in der Schweiz weder einen Hitler noch einen Mussolini besitzen, die einen solchen politischen Saustall ... innert kürzester Zeit ausräumen würden.»[5] Wieviel glücklicher sei doch das deutsche Volk, das «nach 14 Jahren Not, Elend, marxistisch-jüdischer Zersetzung und Korruption nun endlich durch einen wahren Arbeiterführer, Adolf Hitler, wieder zur nationalen und sozialen Kraft und Gesundung geführt» werde.[6] Nicht nur Hitlerdeutschland, auch die Schweiz sollte am nationalsozialistischen Wesen genesen: «Nationalsozialismus ist mehr als eine Parteisache, er ist eine Weltanschauung, *die* Weltanschauung, welche man in der Ziel- und Planlosigkeit der letzten Jahre auch bei uns benötigt.»[7] Den Juden widmete der «Eiserne Besen» die Stilblüte: «Getragen von der größenwahnsinnigen Idee, nach dem Willen des Urhebers der Schöpfung zur Herrschaft über alle andern Völker berufen und auserwählt zu sein, dabei aber im Grunde seines Wesens das habgierigste, brutalste und gefühlloseste Volk der Weltgeschichte, war das Streben und Handeln des Judentums von seinem Eintritt in

die Geschichte bis auf den heutigen Tag eine ununterbrochene Kette von Betrügereien, Diebstählen, Grausamkeiten und sittlichen Gemeinheiten, die vergeblich ihresgleichen bei den andern Völkern der Menschheit suchen.»[8] «Arische Länder können überhaupt erst dann wirklich gesunden und gedeihen, wenn die jüdischen Schmarotzer ... für einige Zeit unschädlich gemacht werden. Glücklich und beneidenswert ist jenes Volk zu nennen, das sich der jüdischen Pestilenz entledigt hat.»[9] Schon im Jahre 1932 stand gerichtsnotorisch fest, «daß der ‹Eiserne Besen› sittlichen Anstoß erregen» müsse; er charakterisiere sich «nach seiner ganzen Tendenz und Sprache als wildes Hetzblatt».[10] Diesem Urteil fügte die «Tribune de Genève» die Bemerkung bei: «Le ‹Balai de fer› se distingue par ... un langage ... qui rappelle le style en honneur dans le ‹Voelkischer Beobachter› de M. Hitler.»[11]

Die Nationale Front wurde am 20. Oktober 1930 durch Hans Vonwyl gegründet, einem Studenten der Rechte an der Zürcher Universität, der Tobler und der Neuen Front den Rücken gekehrt hatte.[12] Bei der Aufnahme mußten die Sympathisanten den Revers unterschreiben: «Ich bin Schweizerbürger arischer Abstammung, ... überzeugter Gegner des Marxismus, Gegner des wirtschaftlichen Liberalismus ... und als solcher bereit, eine Organisation aus allen Kräften zu unterstützen, die von verantwortungsfreudigen und pflichtbewußten Führern geleitet wird... Ich bin aus diesen Gründen bereit, den Befehlen der Nationalen Front jederzeit Folge zu leisten.»[13] Bewußt suchte die Bewegung ihre Anhänger im *proletarischen Milieu*. Gegenüber der Neuen Front grenzte sie sich mit den Worten ab: «Die Neue Front ist insofern von uns verschieden, als etliche ihrer Mitglieder gegenwärtige oder zukünftige Besitzer schöner Villen auf dem Zürichberg ... sind.»[14] Am 30./31. Juli 1932 veranstaltete die Nationale Front, die bereits in den Kantonen Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau einige Mitglieder hatte, eine gesamtschweizerische Tagung auf dem Achenberg bei Zurzach. Zur Erinnerung an das Ereignis wurde am Gasthaus «Zum Achenberg» eine Marmortafel angebracht.[15] Das «Volksrecht» nannte diese erste Bundesfeier «auf dem neuen Rütli» despektierlich «Lölizüg».[16] Im Herbst 1932 verließ Vonwyl die Nationale Front. Nach seinen Angaben hatte sich Gustloff, der Landesleiter der «NSDAP Gau Schweiz», vergeblich bemüht, eine Zusammenarbeit zwischen der Ortsgruppe Zürich der NSDAP, Fischers Nationalsozialistischen Eidgenossen und der Nationalen Front zustandezubringen.[17] Da-

gegen waren Bestrebungen im Gang, die auf eine *Verschmelzung der Nationalen mit der Neuen Front* hinzielten. Jene tat öffentlich ihre Bereitschaft kund, «den um die politische Erkenntnis ringenden Kameraden von der Neuen Front die Bruderhand zu zukünftigem intensivem Zusammenwirken ... entgegenzustrecken».[18] Noch distanzierte sich diese von der Tonart ihrer Schwesterorganisation, doch unterließ sie es nicht, auf eine gewisse Übereinstimmung der Grundsätze hinzuweisen: «Der ‹Eiserne Besen› hat seine Angriffe gegen die herrschenden Parteien mit einer Heftigkeit und oft auch in einem ‹Landsknechtston› vorgetragen, der, gepaart mit dem Appell an das Ressentiment der Leser und starken antisemitischen Akzenten, in der äußern Aufmachung ... an die Taktik des deutschen Nationalsozialismus erinnert... Wir sehen jedoch hinter dieser diskutablen Fassade einen wertvollen Kern: die ernsthaften Bemühungen, dem nationalen Gedanken einen neuen sozialen Inhalt zu geben und im Bekenntnis zum Volkstum unerschütterliche Haltepunkte im chaotischen Getriebe der Zeit zu gewinnen, Aufgaben, denen die herrschenden Parteien längst nicht mehr genügen.»[19]

III. Kampfbund Neue und Nationale Front

1. Zusammenschluß der beiden Bünde

Im April 1933 war es dann soweit. Der «Eiserne Besen» kündete die *Zusammenarbeit der beiden Fronten* an: «Wir heißen die Kameraden der Neuen Front mit aufrichtigem eidgenössischem Handschlag und Gruß willkommen.»[1] Am 22. April feierte man die Verbrüderung in einer Riesenkundgebung im großen «Kaufleuten»-Saal in Zürich. Als Redner traten auf: Georges Oltramare von der Genfer Union Nationale,[2] Wilhelm Frick von der Eidgenössischen und Ernst Biedermann von der Nationalen Front. Das Hauptreferat hielt Oberstdivisionär a.D. Emil Sonderegger, der beim Generalstreik von 1918 die Ordnungstruppen in Zürich kommandiert hatte. Unter dem Motto «Ordnung im Staat» verlangte er einen ganzen Wunderknäuel von Gesetzen gegen die antimilitaristische Propaganda und für die Unterstützung des Mittelstandes, gegen die Aufreizung zur Revolution und für den Schutz der Arbeitswilligen (Streikpostenverbot), gegen den Mißbrauch der Rede- und Pressefreiheit und für die öffentlichrechtliche Anerkennung der Berufsverbände im Korporationensystem, gegen die Einbürgerung der Juden und für Wohlfahrtsabgaben an Arbeiter aus Überschüssen von Industrie und Gewerbe. Die Veranstaltung, die wegen des starken Zulaufs wiederholt werden mußte, schloß Kamerad Tobler mit dem stolzen Wort: «Heute hat eine neue Schweizergeschichte begonnen!»[3]

Der organisatorische Zusammenschluß fand am 13. Mai statt. Die beiden Fronten vereinigten sich zum *Kampfbund Neue und Nationale Front*. Dieser war als «Übergangsform für kurze Zeit» gedacht, bis «die Frage des Anschlusses weiterer Gruppen geklärt» sei.[3] Bereits hatten Fusionsverhandlungen mit der Eidgenössischen Front und der Heimatwehr stattgefunden, die aber im Sand verlaufen waren.[4] Die Schaffhauser Gruppe um Henne behielt den Namen «Neue Front» bis anfangs 1934 bei; als Publikationsorgan diente ihr seit dem 8. April 1933 der «Steiner Grenzbote», später kurz «Grenzbote» genannt. Alle übrigen Gruppen legten sich den Namen «Nationale Front» bei. Als Zeitung standen ihnen bis Ende August 1933 der «Eiserne Besen» und, als dieser «seine letzten Borsten verloren» hatte,[5] die «Front» sowie Oehlers «Nationale Hefte»[6] zur Verfügung. Die Landesleitung des Kampfbundes Neue und Nationale Front, der sich der Kürze halber bald nur noch Nationale Front nannte, setzte sich aus Rolf

Henne, Robert Tobler, Hans Oehler von der Neuen und Ernst Biedermann, Alfred Zander, Eduard Rüegsegger von der Nationalen Front zusammen. Landesführer war zunächst Ernst Biedermann.[7] Er wurde am 4. Februar 1934 von Rolf Henne abgelöst.[8] Juden und Mitgliedern von Geheimorganisationen war der Beitritt zur Bewegung versagt.[9]

2. Gesteigerte Aktivität

Der Kampfbund entfaltete sofort eine hektische Betriebsamkeit. In vielen größeren und kleineren Ortschaften der deutschen Schweiz führte er öffentliche *Kundgebungen* durch. Oft traten an einer Versammlung mehrere Redner auf. Diese wünschten sich kein kritisches Publikum, sondern eine andächtige Hörergemeinde.[1] «Schön brav hieß es sein. Mucksen, Ausdruck des Mißfallens oder gar Zurufe waren ... verboten... Wer etwa vorhatte, sich mit persönlichen Bemerkungen in den Vordergrund zu drängen ..., mußte sich mit ‹Harst›-Jüngern auseinandersetzen.»[2] Dieser *Harst* war eine aus jungen Männern gebildete Kampftruppe, der der Saalschutz und Überwachungsdienst oblag. Die strammstehenden Jünglinge, die «einem nationalsozialistischen Gauleiter Freude gemacht hätten»,[3] trugen graue Hemden, schwarze Krawatten und eine rote Armbinde mit dem Emblem der Nationalen Front: langschenkliges Schweizerkreuz mit Morgenstern in der Mitte. «Die Harstmänner paßten auf, Front gegen das Publikum, von vorn und hinten, von links und rechts, im Mittelgang, auf der Tribüne, in der Garderobe, vor dem Eingang, auf der Treppe.»[4] Beim Eintritt des Referenten in den Saal «kommandierte der Harstführer ‹Achtung steht!›, worauf die Saalschützler mit erhobener Rechten ‹Harus!› riefen». Auch «die große Schweizerfahne hinter dem Rednerpult war abwechslungsweise von zwei jungen Harstleuten flankiert... Sie standen unbeweglich, die Hand an der Hosennaht.»[5] Wo es so zackig zuging, war Diskussion unerwünscht. Man stellte sich auf den Standpunkt, die «rechten Leute» werden auch «ohne Diskussion» an den Veranstaltungen zur Bewegung stossen, auf die andern könne man ruhig verzichten. «Wir haben unsere Kampfziele und damit Punkt.»[6] Als an einer Versammlung in Schaffhausen der freisinnige Parteisekretär den Antrag auf Diskussion stellte, wurde sein Verlangen mit «Pfui- und Hinausrufen» quittiert.[7] Als in St. Gallen der Jungliberale Ludwig Rittmeyer dasselbe Begehren stellte, wäre er von den Frontisten beinahe «vermöbelt»



Ha ·uus! Haruus!

„So, so, gsiend die schwizerische Freiheitskämpfer jetz eso us ..."

worden.[8] Mitunter zeichneten sich aber die Veranstalter auch durch Geschick und psychologisches Einfühlungsvermögen aus. An einer Kundgebung in Aarau sprach Henne «völlig frei in gutem Deutsch, ohne zu langweilen, und als man anfing, müde zu werden, verstand es Biedermann, mit seinen mit Witz und Humor gewürzten Worten im echten ‹Schwizerdütsch› der Versammlung neue Impulse zu geben... Es war eine ruhige, würdige und ohne Zweifel für viele sehr eindrucksvolle Tagung.»[9] Nicht ganz programmgemäß verlief hingegen eine Kundgebung im *Luzerner «Löwengarten»-Saal,* die die Ortsgruppe Luzern einberufen und zu der sie den Harst aus Zürich aufgeboten hatte. Mitglieder der Liberalen Partei hatten vor Beginn der Veranstaltung das Lokal gestürmt und die Mehrzahl der Plätze erobert. Das mißfiel begreiflicherweise dem ersten Referenten, Oberstdivisionär Sonderegger. Er versuchte seinen «Feldherrenblick» am Publikum zu erproben und leitete seine Ausführungen mit den Worten ein: «‹Ich habe mir überlegt, ob ich vor einer so ungesitteten Gesellschaft überhaupt reden wolle.› Ein lautes Hallo war die Antwort... Der Rest war Lärm und ein sehr unrühmlicher Abgang des ersten Frontenredners... Herr Wirz aus Sarnen verstand es als 22jähriger Jüngling... mit ungleich größerem Geschick ..., sich mit der im Grunde so froh- und gutmütigen Versammlung ins Einvernehmen zu setzen, ... weil er sich in amüsanter, oft recht schlagfertiger Weise mit den zahlreichen Zwischenrufen auseinandersetzte... Schließlich erhielt Oberst Fonjallaz Gelegenheit, ... seine Ideen vorzutragen ... mit jenem Charme und ‹bon sens›, die wir an unsern welschen Miteidgenossen so sehr zu schätzen wissen. Die Versammlung hörte ihm denn auch in fast lautloser Stille zu... Hierauf kam ein Herr Giannini an die Reihe, angeblich aus dem Tessin, der der Versammlung mit der Bemerkung vorgestellt wurde, daß er hochdeutsch reden müsse, da er das Schweizerdeutsch leider nicht beherrsche. Und er fing an ... in durchaus bühnenreinem Hochdeutsch... Da meldete sich ein freundlicher Herr auf der Galerie zum Wort: ‹Signor Presidente, domando la parola!› Es war ... der Präsident der ‹Fratellanza Ticinese›. Er richtete auf Italienisch und dann auf Schweizerdeutsch ... an Herrn Giannini die Frage ..., ob er waschechter Tessiner sei. ‹Italienische Antwort obligatorisch!› Der so Angerufene geriet in sichtliche Verlegenheit und mußte zugeben, daß er in Deutschland aufgewachsen sei und kein Wort italienisch spreche. Die Rolle des Schauspiels war damit erledigt.» Der Versammlungsleitung, der sich inzwischen die Liberalen bemächtigt hatten, gelang es, eine Diskussion durchzusetzen. Zahlreiche Zuhörer

beteiligten sich daran, um ihren Standpunkt gegenüber den Frontisten abzugrenzen. «Die Uhr rückte gegen elf, ... als Nationalrat Meyer ein Schlußwort an die Versammlung richtete... Niemand – so fing er an – habe Oberstdivisionär Sonderegger» bei den Novemberunruhen von 1918 «so verehrt wie er und seine Luzerner Truppen, die ihm in Zürich unterstellt waren und dort für Ordnung sorgen mußten... Aber der Herr Sonderegger von damals ist nicht mehr der Herr Sonderegger von heute. Es tut einem in der Seele weh, wenn man ihn in dieser Gesellschaft sieht. Was braucht er einen Harst von ‹Hömli-Sigristen› mit sich zu nehmen... Er hätte zu uns kommen dürfen ohne diesen Aufzug, der unschweizerisch ist... Den Gästen aus Zürich aber können wir nur das eine sagen: Paßt auf, daß unsere Bataillone nicht wieder nach Zürich kommen müssen, um dort Ordnung zu schaffen!... Hierauf wurde eine Resolution ... zum Beschluß erhoben: ‹Die von der Nationalen Front einberufene, von 1500 Personen besuchte Versammlung bekennt sich zu unserm liberalen Bundesstaat, zur Demokratie und Freiheit und lehnt alle Diktaturgelüste und Nachäfferei ausländischer Formen mit Entschiedenheit ab›.»[10] Mit eingerolltem Panier zogen die Zürcher Harstleute auf ihrem Lastwagen von dannen. Sie hatten sich den Abend ein wenig anders vorgestellt.

3. Der Kampfbund in den verschiedenen Landesteilen

Die Aktivität des Kampfbundes Neue und Nationale Front zeigte sich auch darin, daß er in die verschiedensten Gegenden der Schweiz vorstieß. Dennoch vermochte er nur in *wenigen Landesteilen Einfluß* zu gewinnen. Die Luzerner «Löwengarten»-Versammlung hatte gezeigt, daß die Innerschweiz für ihn ein «Holzboden» war. Dies hing nicht nur mit der Tatsache zusammen, daß der Frontismus mit zunehmendem «kilometrischem Abstand von der Rheinlinie» an Zugkraft verlor.[1] Die Politik der Urkantone wird zur Hauptsache von der konservativen und der liberalen Partei gemacht, die beide den Charakter von Volks- und Weltanschauungsparteien behalten und nie einen einseitigen Klassenstandpunkt verfochten haben. Wie das konfessionelle Bekenntnis, so gehört auch das parteipolitische zur Familientradition, das sich vom Vater auf den Sohn überträgt. Der innerschweizerische Liberalismus sah sich daher nicht, wie seine Schwesterpartei in einigen reformierten Kantonen, durch den Frontismus bedroht. Und für einen Konservativen war es auch bei teilweiser Ideenverwandtschaft mit

der Nationalen Front[2] undenkbar, daß er seiner angestammten Partei untreu geworden wäre. So vermochte der Frontismus in der Innerschweiz nicht zu gedeihen, wie ja auch der Sozialismus nicht recht und die Bauernpartei überhaupt nicht hatten Fuß fassen können.[3] «Wir sind», schrieb einmal die «Front», «ehrlich genug, um einzugestehen, daß wir heute in sämtlichen Kantonen der Innerschweiz noch weit davon entfernt sind, Positionen und Organisationen zu besitzen, die etwa mit denen in den Kantonen Zürich, Schaffhausen oder Aargau zu vergleichen wären.»[4] An diesem Sachverhalt änderte sich auch nichts, als am 3. Juni 1933 das kleine Häuflein der Fischerschen Nationalsozialisten in Luzern geschlossen zur Nationalen Front übertrat.[5] Auch in den Kantonen Glarus, Appenzell, St. Gallen und Graubünden, wo große katholische Kontingente mit starken protestantischen Bevölkerungsteilen zusammenleben, konnte der Frontismus auf die Dauer keinen Eingang finden. Dies mochte mit der zum Teil bäuerlichen Struktur dieser Gebiete zusammenhängen. Die eher konservativ gesinnte Landbevölkerung verhielt sich zurückhaltend bis ablehnend gegenüber der frontistischen Modetorheit.[6] Die gleiche Erscheinung machte sich auch im Kanton Thurgau bemerkbar. Hier konnte die Nationale Front nur dem See entlang, dazu erst relativ spät, Fuß fassen. Der Gauführer war außerdem im Kanton Schaffhausen domiziliert.[7] Auch im Kanton Bern war der Nationalen Front kein Erfolg beschieden. Die Jungbauern- und Heimatwehrbewegung ließen sie gar nicht recht aufkommen. Die Ortsgruppen Bern, Biel und Thun erlangten keine große Bedeutung, und die Gruppen Burgdorf und Langenthal verschwanden bald wieder von der Bildfläche.[8] Der Gau Basel-Solothurn schließlich besaß aktive Frontgruppen in Basel und Olten und eine eher passive in Solothurn.[9] Im Herbst 1933 traten diese aber fast geschlossen zum Volksbund über,[10] so daß hier zentrifugale Kräfte der Nationalen Front den Boden entzogen. Im Aargau dagegen breitete sich die Nationale Front über mehrere Kantonsteile aus. Sie machte sich vor allem in den Bezirken Baden, Brugg, Zurzach und Aarau, aber auch im Fricktal bemerkbar und verfügte angeblich vorübergehend über rund 40 Ortsgruppen.[11]

Die beiden *Stützpunkte* des Kampfbundes waren ohne Zweifel Zürich und Schaffhausen. Im Kanton *Zürich* profitierte die Bewegung von der Tatsache, daß sich hier die meisten führenden Köpfe, fast ausnahmslos ehemalige Neufrontisten, niedergelassen hatten. Die Hauptstadt besaß bald in jedem Kreis eine Ortsgruppe. Aber auch im ganzen übrigen Kantonsgebiet entfaltete die Nationale Front unter

Gauführer Toblers Leitung eine lebhafte Tätigkeit. Eine Kundgebung jagte die andere. Am 9. Juli fand auf dem Zollikerberg eine Großveranstaltung statt, die eine Tagung des BVH auf der Forch[12] konkurrenzieren sollte.[13] Am 1. August traf man sich zu einer Parteifeier auf der Waid. Diese endigte mit einem Fackelzug in die Stadt, der dann von der Polizei aufgelöst wurde.[14] Zu Beginn des Sommersemesters war an der Universität und der ETH die *Hochschulgruppe Nationale Front* gegründet worden. Sie zählte 154 Mitglieder und war mit Abstand die stärkste studentische Organisation.[15] Zudem besaß sie Sympathisanten in andern akademischen Vereinigungen.[16] Die nationalfrontistischen Studenten trafen sich oft mehrmals in der Woche. Sie betrieben auch eine lebhafte Vortragstätigkeit und Flugblattpropaganda, wobei es manchmal zu Schlägereien mit Andersgesinnten kam.[17] Als Hochschulprofessoren und Politiker, unter ihnen der zürcherische Erziehungsdirektor Oskar Wettstein, im Juni 1933 ein Hilfswerk gründeten, das emigrierten deutschen Gelehrten bei der Eingliederung in das Berufsleben behilflich sein wollte, regte sich der antisemitische Geist der frontistischen Studenten. Sie befürchteten eine «Stärkung des Einflusses des jüdischen Geistes auf unsere Kultur»[18] und luden daher zu einer Protestkundgebung ein. Sie verbreiteten auch ein Flugblatt, das sich gegen den vom Hilfswerk erlassenen Appell an die Humanität und Kollegialität der Wissenschaftler aussprach. Dem Erziehungsdirektor warf das Traktat vor, er bevorzuge, den schweizerischen Interessen zuwider, Ausländer bei der Besetzung von Professuren. Von Universitätsrektor Fleiner zur Rede gestellt, konnten die Verfasser keinen Beweis für ihre Behauptung erbringen. Sie erhielten einen scharfen Verweis.[19] Der Hochschulgruppe erwuchs indessen eine Kampfgefährtin in der «Gazette de Lausanne», die sich nicht mit antisemitischen, aber antimarxistischen Argumenten gegen das Hilfswerk wandte.[20] Eine eigens gegen die Hochschulgruppe Nationale Front gegründete *Kampfgruppe gegen geistigen Terror*[21] setzte sich hingegen aus Gründen der akademischen Freiheit für das Hilfswerk ein: «Wir sind dagegen, daß die Tätigkeit unserer Professoren sowie anderer Gelehrter nicht vom wissenschaftlichen, sondern vom nationalen und rassemäßigen Standpunkt aus beurteilt wird. ... Überhaupt kämpfen wir aufs energischste dagegen, daß unter dem Druck der Stahlrutenpolitik[22] unser verbrieftes Recht auf Meinungs-, Lehr- und Vortragstätigkeit eingeschränkt wird.»[23] Unbehagen löste auch der Versuch der Frontisten aus, auf die *Studentenschaftswahlen* Einfluß zu gewinnen. In früheren Semestern hatte man eher Mühe

gehabt, die nötige Zahl von Kandidaten für den Großen und Kleinen Studentenrat aufzutreiben. Bei den Wahlen für das Wintersemester 1933/34, die im Juli 1933 stattfanden, zeigte sich plötzlich ein Überangebot an Bewerbern, weil die Nationale Front in den verschiedenen Fakultäten eigene Listen aufgestellt hatte mit Studenten, die sie nicht nach fachlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt hatte. An der Philosophischen Fakultät I und der Juristischen Fakultät reichte sie mit dem Corporationenverband, der Dachorganisation der Farbenverbindungen, gemeinsame Listen ein. Dies war auf den Präsidenten des Corporationenverbandes zurückzuführen, der ohne Wissen des Delegiertenkonvents seiner Vereinigung gehandelt hatte. Letzterer setzte daraufhin den Präsidenten ab mit der Begründung, dieser habe die politische Neutralität des Corporationenverbandes verletzt.[24] Das Vorgehen der Hochschulgruppe Nationale Front rief wiederum die Kampfgruppe gegen geistigen Terror auf den Plan. Sie reichte Gegenlisten ein, auf denen sie geschickterweise nur zum kleinsten Teil Kommilitonen aus den eigenen Reihen nominierte. So spitzten sich die Wahlen auf die Alternative «Pro oder contra Nationale Front?» zu. Die Kandidaten der Kampfgruppe gegen geistigen Terror siegten fast auf der ganzen Linie. Damit war der Beweis erbracht, daß in der Zürcher Studentenschaft die Nationale Front nicht jenen Einfluß besaß, wie man wegen ihrer Betriebsamkeit auf Anhieb hätte glauben können.[25] Darüber war wohl niemand glücklicher als der Rektor selbst, der in einem Brief an den Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes die Bemerkung einflocht: «Wir haben seit Beginn des Sommersemesters ... in steigendem Maße feststellen müssen, daß ... die an unserer Universität bestehende Hochschulgruppe Nationale Front Grundsätze zu betätigen beginnt, die mit unsern Institutionen nicht vereinbar sind.»[26]

Der Gau *Schaffhausen* war die *Hochburg* der Neuen Front. Er umfaßte neben dem Kantonsgebiet die Zürcher und Thurgauer Nachbarschaft sowie die Ortsgruppe Singen und zählte zeitweise an die 1000 eingeschriebene Mitglieder.[27] Diese hohe Zahl, die von keiner andern Partei im Kanton erreicht wurde, war neben dem Auftrieb, den die Stadtpräsidentenwahl von 1932 der Bewegung verschafft hatte,[28] einer «an Terror grenzenden Mitgliederwerbung» zuzuschreiben.[29] In einigen Fabriken wurden Betriebszellen gebildet und, wie behauptet wird, die krisenempfindlichen Arbeiter unter Druck gesetzt. Das galt vor allem für die Waffenfabrik der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft Neuhausen, in der viele Betriebsangehörige vom Hilfsarbeiter



Das neue Schaffhauser Wappen

bis zum Direktor der Neuen Front beigetreten waren.[30] Auch lief die Propaganda auf höchsten Touren. Vom April 1933 bis zum April 1934 veranstaltete die Bewegung im Gau Schaffhausen 91 öffentliche Kundgebungen, 88 interne Veranstaltungen, 25 politische und 7 Rednerkurse.[31] Die frontistischen Zentren waren Schaffhausen, Neuhausen, Stein am Rhein, das Klettgaudorf Siblingen und die Gemeinde Rüdlingen im untern Kantonsteil. Im Klettgau besaß die Bewegung eine Reihe kleinerer Ortsgruppen. Der Reiat war stark antifrontistisch und ließ die Erneuerer nicht recht aufkommen. Die Stärke der Henne-Partei wurde ersichtlich bei der Ständeratsersatzwahl vom 3. September 1933. Der frontistische Kandidat, der mit zwei andern Konkurrenten im Rennen lag, erzielte in Schaffhausen und den Nachbargemeinden Buchthalen, Herblingen und Neuhausen 1775 Stimmen (28,4%), in Stein am Rhein, Siblingen und Rüdlingen 333 Stimmen (50,8%), in den Klettgaudörfern (ohne Siblingen) 568 Stimmen (25,2%) und in den übrigen Landgemeinden 273 Stimmen (16,1%).[32]

Auch im *Welschland* versuchte die Nationale Front Fuß zu fassen. Am 6. Juli 1933 gründete sie eine Gruppe in Lausanne, die bald 300 bis 400 Mitglieder umfaßt haben soll.[33] Diese entfaltete «une activité extrêmement grande». Sie veranstaltete Rednerkurse, Umzüge, antifreimaurerische und antikommunistische Kundgebungen. Auch in Vevey, Morges, Payerne und Yverdon fanden öffentliche Versammlungen statt. An einem Kantonalkongreß traten Henne und Biedermann als Redner auf.[34] Zur gleichen Zeit wie in der Waadt fand die Nationale Front auch im Kanton Neuenburg Eingang. Sie gründete Sektionen in La Chaux-de-Fonds, Le Locle und im Val de Travers. Aber die Bewegung war schlecht fundiert. Sie wurde mehrmals umorganisiert und schließlich liquidiert.[35] Ein Jahr später entstand auch in Genf eine Sektion. Sie beteiligte sich 1935 an den Nationalratswahlen und erzielte 59 von 31756 eingelegten Listen.[36] Versuche, in den Kanton Freiburg einzudringen, scheiterten; im Kanton Wallis bildete sich 1935 nur für ganz kurze Zeit eine Sektion.[37] Seit dem 1. Oktober 1933 gaben die welschen Gruppen in Lausanne das Monatsblatt «La Voix Nationale» heraus. Vom April 1935 bis zum Oktober 1936 erschien die Zeitung erst halbmonatlich, dann wöchentlich unter dem Titel «Front National». Die Eisenegger-Affäre vom August 1936[38] führte dann zur Liquidation des Blattes. Die Nationale Front sah sich in ihrer Expansion vor allem dadurch eingeengt, daß die Welschschweiz bereits in jedem Kanton ihre Erneuerungsbewegung hatte.[39] Zudem hegten die Romands ein tiefes Mißtrauen gegen die Nationale Front und

ihren Schlachtruf «Harus!», der sich nicht ins Französische übersetzen ließ, gegen ihre Germanophilie, ihren Monopolanspruch auf patriotische Gesinnung und ihren Zentralismus, hinter dem sie eine Gefahr für die sprachliche und kulturelle Autonomie der welschen Schweiz witterten.[40] Vor allem aber lehnten sie die mit dem frontistischen Antisemitismus verbundene Rassentheorie ab: «Le racisme frontiste ... est en contradiction absolue avec l'idée politique à la base de la Suisse.» Der Rassismus sei pangermanistisch und irredentistisch und wolle einen Anschluß der deutschen Schweiz an das Dritte Reich herbeiführen.[41] Unsere Landsleute jenseits der Saane ließen sich indessen nicht in eine Diskussion mit den welschen Sektionen der Nationalen Front ein. Sie besprachen zwar häufig die Aktionen der deutschschweizerischen Gruppen, doch weigerten sie sich, von der Aktivität der welschen Frontisten Notiz zu nehmen. Die «Gazette de Lausanne» zum Beispiel widmete ihnen von 1933 bis 1936 kaum ein Dutzend Zeilen.[42]

Auch auf der Alpensüdseite löste der Aufbruch des deutschschweizerischen Frontismus einiges Unbehagen aus. Die *Tessiner,* die schon seit zehn Jahren dem italienischen Faschismus erfolgreich die Stirne boten, konnten es nicht begreifen, daß sich einige Deutschschweizer beim unerwarteten Triumph des redegewandten «Adolfo» als wankelmütig erwiesen hatten.[43] «Die deutschschweizerischen Fronten», prophezeite 1933 der nachmalige Bundesrat Giuseppe Lepori, «werden im Tessin schwerlich Wurzeln fassen. Ihre Doktrin ist der öffentlichen Meinung fremd: Der Zentralismus ... stellt ein schwer zu bewältigendes Hindernis für eine ethnische Minderheit dar, die sich ihrer Eigenständigkeit und ihrer Mission immer deutlicher bewußt wird, wie auch für eine religiöse Minderheit, die über alle Parteischranken hinweg fest an ihrer geistigen Überlieferung festhält. Auch der Antisemitismus ... ist nicht dazu angetan, die Sympathie der Tessiner zu gewinnen. In einem Land, in welchem die Israeliten nie großen Einfluß ausgeübt haben, muß eine Verfolgung derselben nicht anders denn als unmenschliche und unverständliche Härte erscheinen.»[44] Ein autoritäres Regime schließlich werde den Föderalismus schwächen, das Eigenleben der Sprach- und Religionsgruppen beeinträchtigen und damit der innern Geschlossenheit des Staates schweren Schaden zufügen. Die Erneuerung des politischen Lebens könne nicht von einer Zentralregierung dekretiert werden, die über diktaturähnliche Vollmachten verfüge, sondern müsse von Reformen ausgehen, die in den autonomen Kantonen erprobt worden seien.[45]

4. Der Kampfbund und die alten Parteien

Mit gemischten Gefühlen verfolgten die Parteien die frontistische Betriebsamkeit. Die Furcht vor dem Aufkommen einer *frontistischen Massenpartei* war weit herum verbreitet: «Der Frontismus bedroht die großen historischen Parteien mit Zersetzung und Abfall, in erster Linie die freisinnige Partei, doch künden sich die nämlichen Zersetzungserscheinungen auch bei der ... katholisch-konservativen Partei an.»[1] Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Entwicklung über die bestehenden bürgerlichen Parteien hinweggehe.[2] Auf alle Fälle werde der Kampfbund «auf die Geschicke des Landes einen bestimmenden Einfluß nehmen».[3] Selbst sozialistische Kreise warnten davor, «die Gefahr einer weiteren Konzentration der faschistischen Kräfte zu unterschätzen».[4] «Es kann wohl nicht mehr lange dauern, bis die Neue und Nationale Front den Harst der nationalsozialistischen Fischerschen Front an sich gerissen hat... Auch die Heimatwehr dürfte rasch reif werden zur Ein- und Unterordnung unter die Führung der Nationalen Front. Der von vielen belächelte Konkurrenzkampf der Fronten, die sich gegenseitig auffressen, wird damit rasch verschwinden und die Nationale Front zu jener zentralen Macht werden, mit der gerechnet werden muß.»[5] An einem sozialdemokratischen Parteitag vom Frühling 1934 legte Robert Grimm das bemerkenswerte Geständnis ab: «Als vor einem Jahr der Nationalsozialismus an die Macht kam, da ging eine Angstpsychose bis weit in die Kreise unserer Arbeiterschaft hinein. Jeder fragte sich bange: Wird das Schicksal des deutschen Arbeiters nicht morgen mein eigenes sein?»[6]

Um einer Massendesertion der eigenen Anhänger ins Frontenlager zuvorzukommen, mobilisierten einige Parteien ihre Scharen in Riesenkundgebungen. Die Zürcher und Berner Freisinnigen veranstalteten große Volkstage. Die Gesamtpartei folgte mit einem Meeting in Luzern. Die Jungliberalen trafen sich in Flüelen und Luzern, die St. Galler Jungkonservativen in Wil, die Zürcher christlichsozialen Jungmannschaften in Zürich. Zug war der Schauplatz einer konservativen Volkstagung sowie der «Zujuta», eines gesamtschweizerischen Treffens aller katholischen Jugend- und Studentenvereine. Der *Frontenschreck* war offensichtlich den Parteien in die Glieder gefahren.[7]

Aber auch der Kampfbund Neue und Nationale Front hatte seine Sorgen. Er sah sich vor die entscheidende Frage gestellt: Welche der beiden Fronten soll den Ton angeben, die Neue mit ihrer Verankerung

in einem festen ideologischen Programm oder die Nationale mit ihrem Juden- und Freimaurerschreck, ihrer Hitleranhänglichkeit und Nazianfälligkeit? Von der Beantwortung dieser Frage hing die Marschroute der neuen Bewegung ab. Solange der Kurs nicht bestimmt war, schien kritische Zurückhaltung der Parteien geboten zu sein: «A notre avis, il est encore trop tôt pour en juger de façon définitive. Attendons que le temps fasse son œuvre et clarifie le jus qui fermente dans toutes ces outres neuves.»[8] Diese vorsichtig abwägende Haltung konnte allerdings später Anlaß zu selbstkritischer Betrachtung geben: «Wir haben wohl oder übel mit unserer Urteilsbildung geraume Zeit zuwarten müssen, um ... ein gerechtes Urteil fällen zu können... Wir haben gewartet, bis es deutlich genug wurde, daß wir uns von solcher Neuordnung distanzieren müßten. Wir haben aus Loyalität gewartet – zu lange vom Standpunkt unserer Parteiinteressen aus.»[9] Immerhin kam man früh schon um eine Auseinandersetzung nicht herum. Das galt in erster Linie für die *freisinnige Partei,* war doch ein Teil des Frontismus aus ihrem Fleisch geschnitten. Es bestanden geistige und persönliche Bande zwischen freisinnigen Vätern und frontistischen Söhnen, freisinnigen Akademikern und frontistischen Kommilitonen.[10] Man konnte daher nicht einfach einem sturen Antifrontismus das Wort reden. So begrüßte der freisinnige Volkstag des Kantons Zürich vom 28. Mai 1933 «den patriotischen Impuls, der von den neuen Bewegungen ausgegangen» war, und bekundete die «Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die auf dem Boden der Demokratie für die Wiederherstellung des nationalen Zusammenhalts und für die Stärkung des schweizerischen Wehrwillens wirken» wollten. Als conditio sine qua non bezeichnete er allerdings das Festhalten an den liberalen Prinzipien, die die Lebensgrundlage unseres mehrsprachigen Landes bildeten.[11] Um eine Nuance wärmer war der Ton Ernst Uhlmanns, des innenpolitischen Redaktors des «Schaffhauser Intelligenzblattes» gestimmt: «Man kann ... vom vaterländischen Standpunkt aus nur jede Bewegung freudig begrüßen, die den nationalen und staatlichen Gedanken kraftvoll befürwortet und die staatsfeindlichen Elemente entschieden bekämpft. Auch wer nicht mit jedem einzelnen Programmpunkt und nicht mit allen Methoden der neuen Strömungen einiggeht, muß als vaterländisch denkender Schweizer diese wirklich ernste Begeisterung für die nationale Schicksalsgemeinschaft willkommen heißen.»[12] Eine seltsame Mischung von Zu- und Abneigung, Hoffnung und Befürchtung bekundete Bundesrat Pilet in einer Lausanner Rede: «De tout mon cœur de patriote,

je demande à Dieu d'éviter pour les fronts l'influence étrangère. Qu'ils restent suisses! Qu'ils soient démocratiques d'un côté et fédéralistes de l'autre.»[13] Diesen Stoßseufzer hätte sich der hohe Magistrat nach der Meinung des Berner «Bund» ersparen können. Denn «die Nationale Front wird, einmal an der Macht, den gleichen Totalitätsanspruch erheben wie heute der Nationalsozialismus in Deutschland und der Faschismus in Italien».[14] Scharf und kantig war auch das Nein des Zürcher Jungfreisinnigen Eduard Zellweger. Er trat «energisch für die Beibehaltung aller demokratischen Rechte und für die Erhaltung des Rechtsstaates ein».[15] Mit seiner prononcierten Ablehnung des Frontismus stand er indessen bei den freisinnigen Junioren so «ziemlich allein».[16] Auch ältere Freisinnige «sympathisierten des lebhaftesten mit der Front».[17] Sie wollten die Frontisten als *Sturmböcke gegen die Marxisten* gebrauchen. Sie waren der Meinung, «daß man den Frontisten ... nicht zu nahe treten dürfe, denn das seien doch gute, patriotisch gesinnte Leute, die den unpatriotischen Marxisten den Garaus machen wollten».[18] Sie begrüßten den Frontismus als «Prätorianer- und Prügelgarde gegen die Arbeiterklasse und gegen die Sozialisten».[19] Solchen Stimmen gegenüber gab die «National-Zeitung» zu bedenken: «Auch die Sozialdemokraten sind unsere Volksgenossen!»[20] Und Theodor Gut, der neue Präsident der Zürcher Freisinnigen, warnte: «Die Front hat gesagt, was sie will: die Zertrümmerung des Marxismus und des freiheitlichen Bürgertums, des letzteren nicht weniger als des ersteren. Die ihr jetzt den Saum der Fronten-Toga glaubt küssen zu müssen, werdet gelegentlich die genagelten Stiefel wieder zu sehen bekommen.»[21]

Noch ausgeprägter waren die Sympathien der *katholisch-konservativen Partei* zur Nationalen Front: «Mit Genugtuung darf heute in konservativen und christlichsozialen Kreisen die große geistige Wende vermerkt werden, die in der Übernahme konservativen Gedankenguts durch die Fronten zum Ausdruck kommt.»[22] Zu den wertvollen Ideen der Erneuerer zählte man die Abkehr vom Klassenkampf und das Bekenntnis zur korporativen Ordnung: «Das Gedankengut der christlichen Sozialreform und damit des politischen Katholizismus und dasjenige der Frontenbewegung weisen eine weitgehende ... gesellschafts- und wirtschaftspolitische Übereinstimmung auf.»[23] Front und Partei sollten sich daher in der Arbeit für den Korporationenstaat gemeinsam finden können.[24] Viele Konservative fühlten sich auch mit den Frontisten durch den *Antimarxismus* und *Antiliberalismus* verbunden: «Die gleichzeitige Ablehnung von Liberalismus und Sozialismus

durch die heutige Jugend entspricht einer geistigen Haltung, die sich bei allen konservativen Denkern und Politikern des 19. Jahrhunderts verfolgen läßt.»[25] «Unabhängig von uns, aber nicht unberührt von der Durchschlagskraft des katholischen Gedankens, haben Söhne liberaler Väter die Hohlheit der Schlagworte ‹Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit› durchschaut... Den ehrlichen Mitkämpfern im Lager der Fronten reichen wir freudigst die Hände zur Mitarbeit. Sie stehen uns unbedingt näher als ihre liberalen Väter und sozialistischen Vettern.»[26] Aus der ideellen Verbundenheit entsprang der Wille zur gemeinsamen Tat. So erklärte Philipp Etter am Zuger Jugendtag: «Die liberale Demokratie des 19. Jahrhunderts ist im Zusammenbruch begriffen. Aber Liberalismus und Sozialismus sind in der Schweiz noch nicht tot. Wenn wir den Liberalismus aus den Angeln heben wollen, müssen wir ... uns freuen, wenn uns von anderer Seite Hilfe geleistet wird.»[27] Etter konnte dabei nur an die Fronten gedacht haben. Der Zweck einer solchen schwarz-braunen Allianz lag auf der Hand: die Konservativen hofften, mit frontistischer Schützenhilfe einige konfessionelle Postulate, zum Beispiel die Ausmerzung des Klostergründungs- und Jesuitenverbotes aus der Bundesverfassung,[28] verwirklichen zu können. «Man stößt gelegentlich auf die Feststellung, einige Forderungen der katholischen Parteien seien nur darum nicht zum Durchbruch gelangt, weil sie im liberal-demokratischen System vertreten werden mußten... Das ist so richtig... Erst heute erscheint die praktische Verwirklichung vieler Postulate möglich... Darin liegt die große Bedeutung der Bewegungen der Fronten für die katholische Partei.»[29] Im Frontenlager war man nicht abgeneigt, die erwünschte Schützenhilfe zu leisten, wenn man auch seinerseits daraus politisches Kapital schlagen konnte. Das wurde deutlich aus Hennes Verhalten bei der Schaffhauser Ständeratsersatzwahl,[30] aber auch aus dem Ausspruch eines Frontenführers in den «Schweizerischen Monatsheften»: «Mit dem Auftreten der nationalen Erneuerungsbewegung ersteht eine politische Macht, die ... in Grundlage und Ziel eine gleiche Frontstellung gegen Liberalismus und Marxismus einnimmt (wie die konservative Partei). Damit wird ... die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Frontenbewegung und politischem Katholizismus ... zu ... einem Problem der schweizerischen Politik.»[31] Die Konservativen wollten indessen die Frontisten nicht als Hebel für die Beseitigung demokratischer Institutionen benützen: «Wir reichen den Fronten nicht die Hand zur Errichtung des totalen Staates und zur Vernichtung der föderativen Demokratie, zu einer Gleichschaltung nach

deutschem Muster.»[32] «Wir lehnen gewisse undemokratische und staatsabsolutistische Tendenzen in der Frontenbewegung mit aller Entschiedenheit ab.»[33] Über die Frage, ob ausländisches Importgut den schweizerischen Frontismus wesentlich bestimme, gingen die Meinungen auseinander. Josef Ebner, der Führer der Schaffhauser Katholiken, glaubte, «die führenden Männer der Nationalen und Neuen Front» hätten «das aufrichtige und von hohen Qualifikationen getragene Bestreben, ... der Erneuerung ein durchaus treueidgenössisches Gepräge zu geben».[34] Auch für Martin Rosenberg, den künftigen Generalsekretär der Partei, waren die Fronten «nicht im Namen des Auslandes antiliberal, sondern im Namen einer wahrhaft schweizerischen Demokratie, die 1291 auf dem Rütli und nicht 1789 in den Tuilerien entstanden» sei. Der «besonders von liberaler Seite erhobene Vorwurf, die Fronten ... seien unschweizerisch» dürfe daher von den Katholiken nicht weiterkolportiert werden.[35] Dem «Vaterland» dagegen blieb die frontistische Anbiederung an fremdländische Ideen nicht verborgen. Nichts müßte, schrieb das konservative Zentralorgan, «dem schweizerischen Nationalbewußtsein mehr zuwiderlaufen, als wenn wir das weiße Kreuz im roten Feld durch das Hakenkreuz ersetzen wollten».[36] Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch Philipp Etter: «Eine vaterländische Erneuerung auf schweizerischem Boden ist nur möglich, wenn sie der schweizerischen Eigenart, unsern geistigen Eigenwerten und unserer geschichtlichen Entwicklung vollendete Rechnung trägt ... Das deutsche Hakenkreuz kann nie das Flammenzeichen einer schweizerischen Erneuerung sein.»[37]

Auch die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* zeichnete sich durch eine uneinheitliche Stellungnahme aus, die von warmer Zuneigung bis schroffer Ablehnung reichte. Am frontenfreundlichsten gebärdete sich die baselstädtische Bürgerpartei. Ihr Präsident, Rechtsanwalt Dr. Hans Kramer, der im Zweiten Weltkrieg als hoher Artillerieoffizier dem Däniker-Kreis nahestand und zu den Unterzeichnern der «Eingabe der 200» gehörte,[38] wollte sich im Jahre 1933 seine endgültige Stellungnahme noch vorbehalten. Gleichwohl begegnete er den Fronten mit «Wohlwollen», weil es sich hierbei «um eine ausgesprochen vaterländische und antimarxistische Bewegung» handelte. «Das Ziel jeder vaterländischen Partei ... muß ... in der Vernichtung des Marxismus liegen. Daraus ergibt sich, daß wir grundsätzlich den Ideen und Zielen der neuen Bewegung zustimmen können.»[39] In einer Frontendebatte des Großen Rates erklärte ein anderer Vertreter

der Bürgerpartei: «Ich begrüße den Idealismus der Frontenjugend und bin überzeugt, daß ihr die Zukunft gehören wird.»[40] Den entgegengesetzten Standpunkt vertrat der Schaffhauser Bauernsekretär Paul Schmid-Ammann, der mit dem freisinnigen Parteisekretär, Kantonsschulprofessor Hugo Meyer,[41] zu den entschiedensten Frontengegnern im bürgerlichen Lager gehörte. Die Nationale Front, erklärte Schmid-Ammann, wolle unser Land mit den Segnungen des Dritten Reiches beglücken, und auch der Neuen Front sei es in unserer demokratischen Freiheit nicht mehr recht wohl.[42] Die «antisemitischen Schimpfereien», der «aus den nationalsozialistischen Radioreden und Zeitungen herübergenommene ... Wortschatz» und die «billige demagogische Tendenz, für alle Unzulänglichkeiten in unserm Staats- und Wirtschaftsleben Sündenböcke zu suchen», ließen erkennen, daß die Neue Front in ein falsches Fahrwasser geraten sei. Wenn das frontistische Schiffchen nicht auf einen «unzweideutigen schweizerischen Kurs» zurückkehre, werde es «an der Mauer der schweizerischen Demokratie zerschellen».[43] Da Schmid-Ammann seinen Antifrontismus mit einem Linkskurs verband, der bei den Klettgauer und einigen Stadtschaffhauser Bauern auf Widerstand stieß, büßte sein Kampfruf wider den Frontismus bei den eigenen Leuten etwas an Zugkraft ein. Ungefähr die Mitte zwischen den Baslern und Schaffhausern nahmen die Berner, Aargauer und Zürcher Bauern ein. Markus Feldmann begrüßte den frontistischen «Appell an das nationale Empfinden und das Heimatgefühl», glaubte auch an eine «Übereinstimmung» der Frontisten mit den Bauern «in allen wesentlichen Punkten» der Wirtschaftspolitik,[44] distanzierte sich jedoch vom neu- und nationalfrontistischen «Bedürfnis nach Führer- und Heldenverehrung», das dem schweizerischen Volkscharakter fremd sei, wenngleich der «Gedanke einer starken und zielbewußten ... Staatsführung» seine Berechtigung habe.[45] Auch die Aargauer Bauern begeisterten sich am «vaterländischen Geist» der Nationalen Front. «Öffnen wir diesen wertvollen jungen Kräften die Tore unseres Parteihauses so weit als möglich. Wir brauchen diese Leute, denn sie besitzen ein kostbares Gut: Bekennermut und reinen vaterländischen Enthusiasmus.»[46] Wenige Wochen später hingegen bekannte dieselbe Partei:

> «Ob Fronten oder Hitlerleute,
> Faschisten oder Sonderbund,
> Wir stehn auch weiter, wie bis heute,
> Auf gutem, festem Schweizergrund.

Wir leben nicht im Hitlerwahne,
Für Schweizer eine fremde Welt,
Wir halten treu zu unsrer Fahne,
Zum weißen Kreuz im roten Feld.»[47]

Die *Liberalkonservativen* ließen sich durch einen klugen politischen Instinkt leiten. Über die Zürcher «Kaufleuten»-Kundgebung des Kampfbundes Neue und Nationale Front[48] urteilten die «Basler Nachrichten»: «Das Übergreifen des Hitlertums auf schweizerischen Boden, wie es ... am letzten Samstag in Zürich zum Ausdruck kam, ... zeigt Erscheinungen, denen gegenüber entschieden Stellung genommen werden muß.»[49] Zuvor hatte allerdings der Zürcher Korrespondent der «Gazette de Lausanne» geschrieben: «La Nationale Front est essentiellement suisse, très favorable aux Romands et n'a rien de commun avec le mouvement national-socialiste. A notre avis, les partis politiques..., au lieu de craindre ou combattre ce mouvement, feraient mieux de se féliciter au contraire de cet afflux de forces vives qui vont accélérer le défaite socialiste dans notre pays.»[50] Er wurde indessen von Chefredaktor Rigassi desavouiert: «J'éprouve une méfiance profonde à l'endroit ... de ce Front national dont la plupart des idées sont à l'antipode de nos conceptions romandes... Nous n'avons pas de leçons à recevoir de quelques agités qui ... croient sauver la Suisse en singeant MM. Hitler et Goebbels.»[51] Auch an den demokratischen Freiheitsrechten ließen sich die Liberalkonservativen keine Abstriche gefallen: «Nous sommes décidés à nous opposer à tout mouvement qui aurait pour but la suppression des droits démocratiques.»[52] «Car qui dit ‹suisse› dit opposition de principe, opposition absolue, à tout ce qui, de près ou de loin, ressemble à une dictature.»[53]

Nach Auffassung der *Demokraten* durfte den Frontisten die Verbundenheit mit ausländischem Geistesgut nicht unbedingt zum Vorwurf gemacht werden. Daß man fremden Ideologien huldige, sei an sich noch kein Unrecht. Allerdings müßten sie, wenn sie in der Innenpolitik wirksam würden, ein «spezifisch schweizerisches Gesicht erhalten».[54] Das sei nun gerade beim Frontismus nicht der Fall. «Sehen wir uns (daher) vor, daß wir uns nicht vergewaltigen lassen durch unschweizerische Strömungen... Beziehen wir entschlossen Front gegen die Fronten.»[55] Der Antimarxismus der Nationalen Front wäre noch hinzunehmen, nicht aber ihr Antiliberalismus und Antidemokratismus.[56] Daß die Frontisten «am Marxismus keine Freude empfinden, begrüßen wir; daß sie über den Auswüchsen des Liberalismus seine

ewigen Werte verkennen, bedauern wir; die Hinneigung des einen und andern zur diktatorischen Staatsführung ... weisen wir zurück.»[57]

Der Zentralvorstand der *Evangelischen Volkspartei* der Schweiz widmete dem Frontenproblem eine zweitägige Aussprache und kam dabei zum Ergebnis: «Die Partei begrüßt das Bestreben, unser nationales Leben zu erneuern durch Überwindung der Volkszerrissenheit und des Klassenkampfes, ist aber überzeugt, daß dies weder durch neue Fronten ... noch durch den Korporationenstaat erreicht werden wird.»[58] Gleichzeitig verwarfen die Evangelischen die «Hetze gegen das jüdische Volk».[59] Den demokratiefeindlichen Absichten der Nationalen Front trat der Zentralpräsident mit den Worten entgegen: «Zieh den Hut ab, lieber Freund, der Geßler zieht wieder ein in Uri und der Landenberg in Unterwalden und der äbtische Vogt in Appenzell. Du hast nichts mehr zu sagen, jetzt wird wieder regiert... Deine Väter haben zwar für Rechte und Freiheiten gestritten, die Burgen gestürmt, die Vögte verjagt, sind am Morgarten und zu Sempach und bei Vögelinsegg und am Stoß den Heldentod gestorben. Dich aber will der Oberst Sonderegger mit seinen Neu- und Nationalfröntlern, vielleicht auch mit Hakenkreuzlern, unter die ... Diktatur zwingen. Wenn du willst. Ich freilich will nicht.»[60]

Der *Freiwirtschaftsbund* lehnte die Nationale Front ab, weil sie keine konkreten Vorschläge zur Lösung der Währungs- und Bodenfrage habe, von einem Umlaufszwang des Geldes und einer Abschaffung der Zinsknechtschaft nichts wissen wolle, die Deflationspolitik des Bundesrates unterstütze und sich durch solches Benehmen zur «Schutztruppe des Großkapitals» mache.[61] Auch verwarfen die Freiwirtschafter das frontistische Führerprinzip: «Wir brauchen keinen Führer. Wir brauchen keinen Rolf I.... Als Schweizer wollen wir uns selbst regieren. Darum verlangen wir nicht den Abbau der Demokratie, sondern ihren Ausbau.»[62] Über die frontistischen Sympathien zu Hitlerdeutschland urteilte die Freiwirtschaftliche Bewegung: «Die Nationale Front ist geistig mit dem Dritten Reich gleichgeschaltet. Darüber gibt es nichts mehr zu diskutieren.»[63] Mit Recht bemerkte die «Zürcher Post»: «Zwischen der Nationalen Front und den Freiwirtschaftern herrscht Kriegszustand.»[64]

Die *Sozialdemokratische Partei* dachte nicht daran, dem Frontismus eine Chance der politischen Bewährung einzuräumen. Sie sah in erster Linie seine Verwandtschaft zur NSDAP, einer Bewegung, die die sozialistische Schwesterpartei in Deutschland unterdrückt und zerschlagen hatte.[65] Allein schon aus dieser Einstellung heraus resul-

tierte die erbitterte sozialistische Feindschaft gegen den frontistischen Kampfbund. Zwischen der Nationalen Front und dem Sozialismus gebe es keine Versöhnung, sondern nur Kampf bis zur letzten Entscheidung.[66] Den Antiliberalismus der Erneuerer bewertete Max Weber als Ausdruck der politischen Reaktion: «Mit Gewalt wollen die Frontisten die gegnerischen Meinungen ... unterdrücken und ausrotten. Das bedeutet aber ... Beseitigung aller Errungenschaften, die die Menschheit dem geistigen Liberalismus zu verdanken hat.»[67] Den Antimarxismus der oft reichen Frontenführer deutete Robert Grimm als ein Bekenntnis zur sozialen Reaktion, die den Lohndruck vergrößere, die sozialen Errungenschaften verkümmere und die Selbständigkeit der Arbeiter aufhebe.[68] Auch sei es undenkbar, «daß ... die Idee des Ständestaates, des Führerprinzips, die Idee einer faschistischen Diktatur vor allem, die aufgebaut ist auf Rassen- und Stammesgemeinschaft, den Bestand der Schweiz sicherstellen könnte».[69]

Bei der Beurteilung der parteipolitischen Verlautbarungen muß man im Auge behalten, daß im Jahre 1933, als die meisten der zitierten Äußerungen getan wurden, «die im Frontenfrühling entfesselten Kräfte ... wie junger Most gärten und die Scheidung der Geister, wie sie später erfolgte und zur Isolierung der Fronten führte, noch keineswegs vollzogen war».[70] Der Kampfbund Neue und Nationale Front konnte sich damals noch in verschiedenen Richtungen entwickeln. Er konnte im heimatlichen Erdreich Wurzeln schlagen oder ein Ableger fremder Gewächse werden. Ihn in seiner Zeitgebundenheit richtig zu erfassen, stellte hohe Anforderungen an die Urteilskraft des menschlichen Geistes. Es brauchten keineswegs schlechte Absicht oder mangelnde politische Begabung mit im Spiele gewesen zu sein, wenn der eine oder andere in der Anfangszeit des Frontismus die neuen politischen Strömungen falsch bewertete.

5. Schaffhauser Ständeratsersatzwahl

Im Spätsommer 1933 fanden in Schaffhausen und Zürich Wahlen statt. Damit erhielt die Neue und Nationale Front Gelegenheit, sich in ihren Hauptzentren über ihre Stärke auszuweisen. Frühzeitig versuchte sie das Feld zu beackern. Sie rückte mit einer *Prinzipienerklärung* heraus, die weitverbreitete Bedenken über ihre nationale und demokratische Zuverlässigkeit zerstreuen sollte. Die Nationale Front, hieß es darin, sei eine «von ausländischen Einflüssen völlig unab-

hängige Bewegung», die noch «nie einen Rappen fremden Geldes angenommen» habe. Sie bekenne sich «zur *schweizerischen Demokratie* im Sinne eines ständisch gegliederten Volksstaates und einer starken Regierung». Auch sei sie «von der Notwendigkeit eines föderalistischen Aufbaus unseres Staatswesens überzeugt» und lehne jede Vergewaltigung der welschen und katholischen Minderheiten ab. Schließlich verurteile die Bewegung Terrorakte und Gewalttätigkeiten als Mittel des politischen Kampfes.[1] Die Erklärung stieß weitherum auf ungläubige Ohren. Die «Basler Nachrichten» meinten, man könne nicht auf eine von wahltaktischen Gesichtspunkten diktierte Beruhigungspille der Nationalen Front abstellen, sondern müsse die ganze Haltung der Partei in Erwägung ziehen, und dann erscheine diese in einem wesentlich ungünstigeren Lichte. «Die Erklärung der Nationalen Front ist nur als Bekenntnis aufzufassen, daß man die Macht nicht durch unkonstitutionelle, gewalttätige Mittel erringen will – das Bekenntnis verliert an Wert, weil man dabei mehr der Not gehorcht als dem eigenen Trieb –, daß man aber entschlossen ist, nach der Machtergreifung den Parteiwillen integral ... zur Durchführung zu bringen... Daß man damit ... den grundsätzlich freiheitlichen und toleranten Geist preisgibt, der das öffentliche wie das private Leben der Schweiz auszeichnet», sei jedem Einsichtigen klar.[2] Die «Tribune de Genève» verglich die Worte des Kampfbundes mit dessen Taten und kam dabei zum Ergebnis: «Cette déclaration, qui apparaît comme une véritable captatio benevolentiae à l'égard des électeurs, ... est bien contraire aux agissements de ce front.»[3] Derselben Ansicht war auch die «Neue Zürcher Zeitung»: «Wir hören die Botschaft... Wie soll man ihr glauben, wenn die Äußerungen und Handlungen der Anhänger der Nationalen Front täglich den flagranten Widerspruch von Wort und Tat offenbaren? ... Ein Blick in den Inhalt des ‹Eisernen Besens›, der ... in seiner Hetze mit den übelsten kommunistischen Presseerzeugnissen wetteifert, würde schon genügen, um die stärksten Zweifel hinsichtlich der Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit der obigen Erklärung zu rechtfertigen.»[4] Einzig die konservative «Ostschweiz» nahm die frontistischen Beteuerungen für bare Münze.[5]

Im September 1933 fand im Kanton Schaffhausen eine *Ersatzwahl* in den *Ständerat* statt. Verschiedene Parteien erhoben Anspruch auf das Mandat. Die Freisinnigen verteidigten ihren einzigen Schaffhauser Sitz in der Bundesversammlung. Sie portierten Gaswerkdirektor Hans Käser. Die Kommunistische Parteiopposition, die mit Stadtpräsident Bringolf im Nationalrat vertreten war, hätte auch im

Ständerat gerne Einzug gehalten. Sie bezeichnete Stadtrat Erb als ihren Kandidaten. Schließlich wollten auch die Frontisten zum Zuge kommen und erhoben Gauführer Rolf Henne aus dem Advokaturbüro des demissionierenden freisinnigen Ständerats auf ihren Schild. «Ils pensèrent qu'il était l'homme désigné par la providence pour épousseter de son souffle régénérateur la salle vénérable du Conseil des Etats. Un Mussolini nous est né au pied du Munot.»[6] Das Rennen stand offen. Vor allem die Landschaft bildete die große Unbekannte. Würde sie freisinnig oder frontistisch stimmen? In einem groß angelegten Wahlfeldzug, der kaum eine Gemeinde verschonte, bearbeitete die Nationale Front die ländlichen Bezirke. Aber auch die Hauptstadt und ihre Umgebung wurden nicht vernachlässigt.[7]

Die Freisinnigen befürchteten nicht ohne Grund, die dynamische Frontenbewegung könnte ihnen das Wasser abgraben. Sie führten daher einen *scharfen Kampf:* «Herr Henne predigt fremden Geist, drum unser Mann Hans Käser heißt.»[8] In ihrer Auseinandersetzung wurden sie von der «Neuen Zürcher Zeitung» kräftig sekundiert: «Der Anspruch der Neuen Front auf ein Ständeratsmandat entspricht ... einem ungezügelten Machtstreben, das unsere besten staatspolitischen Grundsätze verneint und über dem Schweizervolk die Diktatur der einen Partei und der wenigen Führer, denen die Angehörigen dieser Partei ‹unbedingten Gehorsam› schuldig sind, aufrichten möchte. Obwohl mit einem Ständeratssessel die Schweiz ... nicht von den Machtpolitikern der Nationalen oder Neuen Front erobert wäre, fordert das gesamtschweizerische Interesse, daß der eine Versuch eines Einbruchs in das demokratische Staatssystem mit Entschiedenheit abgewiesen werde.»[9] Wieder einmal wurden, wie oft bei Wahlen, die Interessen einer Partei mit denjenigen des Landes gleichgesetzt.

Aus eigener Kraft konnten die Freisinnigen ihren Kandidaten nicht durchbringen. Sie waren auf den Beistand der andern bürgerlichen Parteien angewiesen. Sie begrüßten daher die Wahlhilfe, die ihnen die Bauernpartei anerbot, und verschmähten auch nicht diejenige der Evangelischen Volkspartei.[10] Wie aber würde sich die *Katholische Volkspartei* verhalten? Ihr Führer, Dr. Josef Ebner, wollte aus der parteipolitischen Konstellation Kapital schlagen. Er fragte den Freisinn und die Front an, wie sie sich zur Ausmerzung des Jesuitenartikels und des Klostergründungsverbots und zu andern Forderungen der Katholiken verhielten. Je nachdem, wie die Antworten ausfielen, würde seine Partei diesen oder jenen Kandidaten unterstützen. Die Neue Front sollte noch im besondern darüber Auskunft geben,

wie sie sich zu den Problemen der Diktatur und des totalen Staates einstelle.[11] In ihrer Antwort verwies die freisinnige Partei auf ihr Programm. Dieses bejahte, wenn auch nicht expressis verbis, das Jesuitenverbot in Schule und Kirche.[11] «Das war männlich und ehrlich und sagte deutlich, daß die Partei ihren Grundsätzen treubleibe und keinen Schacher damit treibe.»[12] Aber Herrn Ebner gefiel diese Antwort nicht.[13] Mehr beglückte ihn der Brief der Frontisten, in dem Henne persönlich den Standpunkt seiner Bewegung umriß. Die Neue Front, schrieb der Gauführer, sei bereit, die konfessionellen Postulate der Katholiken zu unterstützen. Auch lehne sie selbstverständlich die Diktatur und den Totalstaat ab. Seine Vereinigung trachte nach einer «Erneuerung des Staates unter Respektierung der Demokratie». Was Henne darunter verstand, wurde an anderer Stelle des Briefes ausgeführt: «Wir anerkennen und begrüßen auch die Mitarbeit von Minderheitsparteien, die auf nationalem Boden stehen, den Liberalismus sowie den Marxismus bekämpfen und den neuen Staat auf der Grundlage der berufsständischen Ordnung aufbauen wollen.»[14] Dazu bemerkte der «Landbote»: «Mit dem besten Willen können wir die von der Nationalen Front abgegebene Erklärung nicht als Bekenntnis zur Demokratie anerkennen ... Nur nichtmarxistische und nichtliberale Minderheiten ... werden Gnade finden. Die andern sind zu bekämpfen, das heißt unbarmherzig ihrer rechtlichen Stellung zu entheben, wenn man einmal über genügend Machtmittel verfügt... Wo bleibt da das Recht, von einer Demokratie zu reden? ... Liegt darin nicht schon ein Anspruch auf den Totalstaat?»[15] Die «Zürcher Post» fand es im weitern «aufschlußreich, daß der Frontenführer, der bisher ... die Parteien beschuldigt» hatte, sie schlössen «aus Gründen des Parteiinteresses Kompromisse und Kuhhändel» ab, «bei seinem ersten Debüt selbst in seinem Interesse zu einem Kuhhandel Hand» geboten habe.[16] Dieser sollte ihn allerdings teuer zu stehen kommen. Henne schien nicht bedacht zu haben, daß er mit seiner Willfährigkeit gegenüber den Katholiken im überwiegend protestantischen Schaffhauservolk viele Sympathien verscherzen mußte und demgegenüber nur wenige Freunde im katholischen Lager gewinnen konnte. Zu letzteren zählte in erster Linie Carl Doka, der in der «Schweizer Rundschau» bemerkte: «Der Brief des frontistischen Ständeratskandidaten entspricht weitgehend eindeutiger katholischer Auffassung, und zwar derart, daß ohne Übertreibung gesagt werden darf: noch keine bedeutsame nicht katholisch bedingte Gruppe hat bisher in der Schweiz die der menschlichen Natur entsprechende

Staats- und Gesellschaftsauffassung besser exponiert ... wie die Neue Front.»[17] Es sei eine ausgemachte Sache, fügte Ebner hinzu, «daß die Neue Front nach dem ideologischen Niederschlag in ihrem Antwortschreiben» den Katholiken «weit näher» stehe «als die freisinnig-demokratische Partei». Dies hätte «an sich dazu führen müssen, die Kandidatur der Neuen Front zu unterstützen». Allein, es habe sich gezeigt, «daß speziell in der älteren Generation noch ein gewisses Mißtrauen gegen die junge Bewegung» vorhanden sei. So habe man sich vorerst für Stimmfreigabe entschlossen.[18] Erst nachdem der erste Wahlgang ergebnislos verlaufen war, «sorgte Dr. Ebner dafür, daß das ganze rasselnde Frontentum unter den Baldachin der Katholiken kam».[19] Mit wenig Gewinn für Henne und seine Genossen, denn der frontistische Kandidat schien schon das erste Mal diejenigen katholischen Stimmen, die für ihn zu holen waren, restlos erhalten zu haben. Die offizielle katholische Unterstützung brachte ihm im zweiten Wahlakt keine einzige Stimme mehr ein. Die *Ergebnisse* lauteten: 1. Wahlgang vom 3. September: Käser 4919, Erb 2982, Henne 2949 Stimmen. 2. Wahlgang vom 10. September: Käser 5024, Erb 3279, Henne 2949 Stimmen.[20] Über diesen Wahlausgang waren die Freisinnigen hocherfreut. Daß «der Mann des Dritten Reiches» erst an dritter Stelle stehen würde, hatten selbst die größten Optimisten unter ihnen nicht zu prophezeien gewagt.[21] Die Frontisten dagegen waren enttäuscht. Das Ergebnis entsprach keineswegs ihren hochgespannten Erwartungen. Die Landschaft hatte eindeutig versagt. Aber auch die Hauptstadt, in der sich die Neue Front besonders stark fühlte und die Freisinnigen nicht mit großem Zuzug aus dem bäuerlichen Lager rechnen konnten, verwies Henne hinter Erb und Käser in den letzten Rang.[22] Es klang wie schlechter Trost, wenn Tobler in einem Wahlkommentar schrieb: «Im Frühling war es noch eine ganz kleine Gruppe. Heute bekennt sich mehr als ein Viertel des Schaffhauser Volkes zur Neuen Front ... Um den Endsieg braucht es uns da nicht mehr bange zu sein.»[23] Ähnlich wie der Zürcher Gauführer dachte nur noch die konservative «Ostschweiz». In zwei Jahren, schrieb das Blatt, dürfte Bringolfs Nationalratsmandat an die Frontisten übergehen.[24] Dieser Fehlprognose lag immerhin die richtige Erkenntnis zugrunde, daß die Neue Front nicht nur den Freisinnigen, sondern auch den Sozialisten und Kommunisten Stimmen weggenommen hatte.[25] Mit den Frontisten gehörte die Katholische Volkspartei zu den Geschlagenen. Johann Baptist Rusch ging mit ihr scharf ins Gericht: «Die Hoffnung, den Freisinn mit Hilfe der Fronten ver-

nichten zu können, beruht auf schwerer Selbsttäuschung, die nur aus der Blindheit des Vorurteils und Hasses gegen den Liberalismus erwachsen kann, einem Hasse, der sich sagt: wenn es gelte, den Freisinnigen Schaden zuzufügen, sei eine Verbindung mit dem Teufel nicht zum voraus abzulehnen.»[26] Wie verkehrt diese Taktik war, wie wenig die «zu ordentlichem Ansehen in der schaffhauserischen Diaspora gelangte katholische Partei»[27] bei einer Zusammenarbeit mit den Frontisten gewinnen konnte und wie sehr sie dabei verlieren mußte, zeigte sich bei den Gesamterneuerungswahlen von 1936, als Dr. Ebner aus allen seinen politischen Ämtern hinweggeschwemmt wurde und seine Partei in den Parlamenten die Mehrzahl ihrer Mandate verlor.[28] Diese verhängnisvolle Auswirkung des Ebnerschen Kurses schienen einige Katholischkonservative schon im Jahre 1933 vorausgesehen zu haben. Sie sagten ihrem Parteipräsidenten den Kampf an. Einer von ihnen, ein Mitglied des Großen Rates und des Großen Stadtrates, wollte demonstrativ seinen Rücktritt nehmen und konnte nur mit Mühe von diesem Vorhaben abgehalten werden.[29]

6. Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen

In Schaffhausen, wo es einen Ansturm der Front gegen die eigene Festung abzuwehren galt, hatten sich der Freisinn und die «Neue Zürcher Zeitung» frontenfeindlich gebärdet. Wie würden sich Partei und Zeitung, wie würde sich das übrige Bürgertum verhalten, wenn man bei den *Stadt- und Gemeinderatswahlen in Zürich* die sozialdemokratische Mehrheit zu brechen versuchte? War man bereit, die im Falle Schaffhausens gepriesenen liberalen, demokratischen und antifrontistischen Grundsätze hochzuhalten? Oder war man gewillt, sie preiszugeben und frontistische Hilfe im Kampf gegen die Roten in Anspruch zu nehmen? Die *Meinungen* waren *geteilt*. Die freisinnige «Zürcher Volkszeitung» hielt es für «verwerflich, wenn der Freisinn Hand dazu böte, irgendeine, Wahlbindung mit der nationalsozialistischen Nationalen Front einzugehen, etwa im Sinn einer gemeinsamen Liste für die Exekutive oder Listenverbindung für das Stadtparlament». Dies erhelle «aus der ideologischen Grundsatzverschiedenheit heraus, die keine demokratisch geschminkte Erklärung der Nationalen Front zu überbrücken» vermöge. Die Nationale Front, die bekanntlich die Alleinherrschaft anstrebe, solle den Kampf in Zürich auch allein aufnehmen.[1] Ein führender freisinniger Politiker dagegen hatte schon am

Zürcher Volkstag vom 28. Mai erklärt: «Die freisinnige Partei ... ist» mit den Fronten «einverstanden, wenn sie es unternehmen, unsere Ratsäle vom russischen Ungeziefer zu säubern. Es sollte ... ein gemeinsames Handeln möglich sein, schon mit Rücksicht auf das nächste Kriegsziel, die Befreiung der Stadt Zürich von der roten Herrschaft.»[2] Auch unter den andern bürgerlichen Gruppen gab es Differenzen. Während die christlichsoziale Partei «von allem Anfang an» den Standpunkt vertrat, man sollte «auf der breitesten Plattform in diesen Großkampf ziehen» und «mit allen Parteien und Gruppen, die auf vaterländischem und christlichem Boden stehen, Schulter an Schulter eine einzige Front bilden gegen den Marxismus»,[3] warnte die demokratische «Zürcher Post» vor einem Zusammengehen mit der Nationalen Front.[4] Ähnlich wie die Demokraten verhielt sich auf der Gegenseite Robert Tobler. An einer interparteilichen Konferenz vom 29. Juni in Zürich-Außersihl erklärte er, die Nationale Front wolle sich nicht durch ein Bündnis mit den alten Parteien kompromittieren und werde daher bei den Stadtratswahlen allein marschieren.[5] Das Liebeswerben des Bürgerblocks behandelte der Gauführer schnöde: «Die Herbstwahlen sind es..., die den alten Sesselpolitikern Sorge machen. Deshalb setzen sie heute alles daran, die Fronten ... zu einem Bündnis zu gewinnen... Wir müssen solche Werbungen abweisen... Wir haben weder für eine Geld- noch eine Sesselheirat mit den alten Herren etwas übrig... Die freisinnigen Umarmungen sind heute der nationalen Bewegung gefährlicher als die freisinnigen Angriffe.»[6] Aber die «Neue Zürcher Zeitung» setzte ihre Bemühungen um den frontistischen Liebling fort,[7] was sich allerdings schlecht vertrug mit der gleichzeitig gemachten Feststellung, die Nationale Front sei wegen ihrer Bindung an das Ausland eine «nationale Gefahr».[8]

Die Allianzverhandlungen führten schließlich zum Erfolg. Anfang September kam das *Bündnis* der freisinnig-jungliberalen, christlichsozialen, BGB- und evangelischen Partei mit der Nationalen Front und einigen weiteren Erneuerungsgruppen zustande. Es sah Listenverbindung bei den Gemeinderatswahlen vor.[9] Nur die Demokraten hielten sich abseits. Mit 103 gegen 53 Stimmen hatte eine Parteiversammlung ein Zusammengehen mit den Fronten abgelehnt.[10] Ihre Haltung begründete sie mit den Worten: «Die Nationale Front ist nicht nur in ihrem Geiste, sondern auch nach ihrem ganzen äußerlichen Getue und Gebaren unschweizerisch... Unserem bürgerlichen Rechtsstaat, dem freien Volksstaat, sagen die Frontenführer unverblümt den Kampf ... an. ‹Führer-Prinzip› und ‹autoritärer Absolutismus›

sind unüberbrückbare Gegensätze zur Demokratie. ‹Abschaffung des Parlamentarismus› führt zur Diktatur, ... zur völligen Ausschaltung des freien Volkswillens, des Selbstbestimmungsrechts der Bürger.»[11] «Wir lehnen es ab, einer Bewegung, die ... unserm Volke ... einen neuen Geßlerhut in Form der politischen und kulturellen Gleichschaltung aufzwingen will, irgendwie Vorschub oder Wahlhilfe zu leisten.»[12] «Das ist politisch sauber gedacht und gehandelt», stellte Theodor Gut in der freisinnigen «Zürichsee-Zeitung» fest. Dem Kampf gegen links möge man «vieles unterordnen, den Charakter aber nicht».[13] Auch bei den Stadtratswahlen weigerten sich die Demokraten, Tobler zu unterstützen, der neben den beiden freisinnigen, den beiden demokratischen und dem christlichsozialen Kandidaten auf dem bürgerlichen Sechservorschlag figurierte. Sie stellten eine Fünferliste ohne den Namen «Tobler» auf, konnten aber nicht verhindern, daß Robert Briner, der von der demokratischen Partei gestellte Anwärter auf das Stadtpräsidium, Seite an Seite mit dem Frontenführer Tobler die Wahlkampagne bestritt.[14] Letzterer begründete seinen *Umfall* mit dem Beispiel Hitlers und Mussolinis: «Nationalsozialismus und Faschismus haben in den ersten Jahren des Aufstiegs abwechslungsweise den Kampf bald gegen links, bald gegen rechts geführt... Erst als diese Bewegungen die Macht inne hatten, wagten sie den gleichzeitigen Zweifrontenkampf... Aus diesen Lehren gilt es ... die realpolitischen Folgerungen zu ziehen.» Mit Hilfe des Bürgertums werde die Nationale Front zunächst einmal die roten Bonzen schlagen. Hernach werde man dann wieder weitersehen.[15]

Damit war die «Geld- und *Sesselheirat*» doch noch zustandegekommen. Das «Volksrecht», dankbar für dieses frontistische Sujet, veröffentlichte in einer Wahlnummer ein Bild Rabinovitschs über «Großmutters letzte Liebe».[16] Eine alte, vierschrötige, etwas verwelkte Schönheit in der Gestalt der «Neuen Zürcher Zeitung» drehte sich im muntern Reigen mit einem zarten Fronten-Jüngling, der schmachtend seinen Kopf an den wohlgebauten Busen seiner Geliebten drückte. Eine «Jazz-Band des III. Reiches», mit Hakenkreuzmännern in Hitlermähnen wohl dotiert, spielte zum Tanze dieses an Alter und Habitus so ungleichen Paares auf. Ihm widmete die «Nation» den Gottfried-Keller-Vers:

> «Wenn schlechte Leute zanken,
> riecht's übel um sie her;
> doch wenn sie sich versöhnen,
> so stinkt es noch viel mehr.»[17]

Aber nicht nur bei den Sozialisten stieß die bürgerlich-frontistische Wahlallianz auf *hämische Kommentare.* Die «National-Zeitung» glossierte die Abmachungen, die den Burgfrieden zwischen den Fronten und dem Bürgertum besiegelten, mit den Worten: «Hoch und heilig mußte der Frontengeneral versprechen, daß in den nächsten 14 Tagen sein Blatt nicht mehr verkündigen werde: ‹Freisinn oder Kommunist, alles ist der gleiche Mist.›»[18] Das Blatt wußte zu berichten, Tobler habe anfänglich eine volle Liste von 9 bürgerlichen Stadtratskandidaten gefordert, habe dann 30 Prozent Rabatt gewährt und sich mit einer Sechserliste begnügt. Er habe ursprünglich den Anspruch auf 2 frontistische Stadtratssitze gefordert, habe dann 50 Prozent Rabatt gewährt und sich damit zufrieden gegeben, als einziger Frontist kandidieren zu dürfen. Dies alles sei unter der Devise «Gegen jede Kompromißpolitik!» geschehen.[19] So habe der erste Ausflug der Frontisten in die Wahlsümpfe «den Nymbus forscher Jugendlichkeit gründlich zerstört». Tobler, der seine Kehrtwendung um 180 Grad mit der rhetorischen Frage begründet habe: «Sollen wir aus lauter Ehrlichkeit dümmer sein als die andern?», habe die «Technik des Kuhhandels» auf eine Art und Weise erneuert, wie es das von ihm gehaßte Parteibonzentum nicht besser hätte besorgen können. Das Verhalten der Frontisten habe einmal mehr gezeigt, wie viel einfacher es sei, vom grünen Tisch aus über die Parteien die Nase zu rümpfen, als sich in der Arena des politischen Kampfes zu bewähren.[20] Scharf ging das Basler Freisinnsblatt auch mit seinen Zürcher Parteifreunden ins Gericht: «Der Liberalismus verleugnet seine Ideen und paktiert mit seinem haßerfüllten Gegner.»[21] Drastisch drückte sich ein welscher Votant im Zentralvorstand der freisinnigen Partei des Kantons Bern aus: «Je n'ai jamais vu qu'on serre la main à quelqu'un qui vient de vous cracher à la figure.»[22] Das liberale «Luzerner Tagblatt» stellte seinen Zürcher Freunden über kurz oder lang eine Niederlage in Aussicht: «Es wird in der Stadt Zürich niemanden verwundern dürfen, wenn ... auf der Landschaft ... in bezug auf unsere Parteigenossen das Sprüchlein von den allergrößten Kälbern und den selbstgewählten Metzgern in allen möglichen Tonarten variiert wird.»[23] Selbst eine Minderheit des stadtzürcherischen Freisinns fand sich mit dem Vorgehen der Mehrheit nicht ab und meldete sich, da ihr die «Neue Zürcher Zeitung» die Zeilen sperrte, in einer Landzeitung zum Wort: «Darf man mit jemandem, der einen Wochen und Monate hindurch durchgeprügelt und beschimpft hat, eines schönen Tages einfach Brüderschaft trinken, wobei der eine dem andern – die Front zu der frei-

sinnig-demokratischen Allianz – ausdrücklich bemerkt: Einen Vorbehalt muß ich aber machen: wenn wir zusammen die Sozialisten geworfen haben, so kommst dann du dran. Darf die Politik der Sittlichkeit bar sein?»[24] Die Jungliberale Bewegung der Schweiz, die an ihrem Luzerner Kongreß vom 16. Juli «die unschweizerischen Fronten aller Richtung» abgelehnt hatte,[25] mißbilligte das Wahlbündnis der bürgerlichen Parteien mit der Nationalen Front «aufs schärfste» und schloß die Zürcher Jungradikalen aus ihren Reihen aus.[26] In diese von allen Seiten auf den Zürcher Freisinn niederprasselnde Kritik mischte die «Ostschweiz» ihren ätzenden Spott: «Es entbehrt nicht der Komik, daß man den Schaffhauser Katholiken das Zusammengehen mit den Frontisten in dem Moment als Verbrechen ankreiden will, da die Zürcher Freisinnigen mit den Harusmannen in aller Form zusammenspannen.»[27] Das war zu viel für das Hofblatt an der Goethestraße. Erzürnt ob all dem Unverstand, auf den die Zürcher Parteistrategen überall stießen, reagierte es mit einem bitterbösen Ausfall: «Daß es für die vaterländischen Parteien im Kampf um Zürich nur die eine Alternative gab, im Bewußtsein der gemeinsamen nationalen Überzeugung eine einheitliche Plattform des Kampfes zu schaffen, oder dann in träumerischer Apathie der Sozialdemokratie das Feld zu überlassen, ist eine Erkenntnis, ... die dem willensstarken Empfinden der großen Mehrheit der bürgerlichen Parteimitglieder entsprang... Über diese grundklare Tatsache helfen geistreich-spielerische Kommentare von Liebhaber-Politikern oder böswillige Rückenschüsse irgendwie aus dem Geleise geratener Politikaster (man sehe sich die Elogen an, die der ‹Wehntaler› dem roten Regime widmet!) nicht hinweg. Daß auch die vaterländische Jugend sich in den Dienst der gemeinsamen Sache stellt, wird durch übereilte Kundgebungen außerzürcherischer Natur, wie sie sich im Beschluß eines jungliberalen Komitees dokumentieren, das seine Zürcher Gesinsinnungsfreunde glaubte maßregeln zu müssen, nicht zu verwischen sein.»[28]

Man trank den Kelch bis zur bitteren Neige. Am Vorabend des Wahltages veranstalteten Frontisten und Bürgerliche gemeinsam einen *Fackelzug*. Er sollte sie ins rote Zürich führen. Er gelangte indes nicht weit über die Stauffacherbrücke hinaus und wurde dort von Drohungen, Schmährufen und einem Steinhagel der Sozialisten empfangen. Bald befand sich alles in wilder Auflösung. So endete der Fackelzug mit einem Debakel. Aber die eigentliche Schlappe sollte erst noch kommen.[29]

Der Bürgerblock erreichte sein Wahlziel nicht. Er vermochte die rote Mehrheit in Zürich nicht zu brechen. Bei den *Stadtratswahlen* wurden die 5 bisherigen Sozialisten gewählt. Ihre Stimmenzahl schwankte zwischen 43565 und 38704. Die 6 bürgerlichen Kandidaten überstiegen ebenfalls das absolute Mehr, doch schieden die beiden letzten als überzählig aus. Während die 5 den historischen bürgerlichen Parteien zugehörigen Kandidaten zwischen 33522 und 33080 Stimmen erzielten, brachte es der frontistische Anwärter immerhin auf 26727 Stimmen. Lag die durchschnittliche Stimmenzahl der Sozialisten bei 40324, so befand sich diejenige der Bürgerlichen mit Einschluß des Frontisten Tobler bei 32208 und ohne denselben bei 33105. Der letztgewählte sozialistische Stadtrat erzielte 5182 Stimmen mehr als sein bestgewählter bürgerlicher Kollege. Die Sozialisten hatten sich also deutlich vom Bürgerblock distanziert.[30] Das gleiche Bild ergab sich bei der Wahl des *Stadtpräsidenten.* Der bisherige Amtsinhaber, der Sozialist Dr. Emil Klöti, wurde bei einem absoluten Mehr von 36915 mit 40401 Stimmen in seinem Amt bestätigt; auf seinen bürgerlichen Gegenkandidaten, Dr. Robert Briner, entfielen 30178 Stimmen. Die Differenz betrug 10223.[31] Bei den *Gemeinderatswahlen* muß man berücksichtigen, daß gegenüber den Vorwahlen durch Eingemeindung drei neue Wahlbezirke, die Stadtkreise 9, 10 und 11, zu den 8 alten hinzugekommen waren. Außerdem traten zwei neue Parteien auf, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und die Nationale Front. Die beiden Neulinge holten sich ihren Anhang fast ausschließlich auf Kosten ihrer Verbündeten, der bürgerlichen Parteien, wobei sie in erster Linie dem Freisinn Schaden zufügten. Den Kommunisten vermochten sie nur wenige, den Sozialisten gar keine Wähler zu entziehen. In den acht alten Stadtkreisen erhielten die vier alten bürgerlichen Parteien, die Freisinnigen, Christlichsozialen, Demokraten und Evangelischen zusammen 24145 (1931: 25399) Listen oder 36,4 (46,8) Prozent. Zählte man die Stimmen der BGB-Partei und der Nationalen Front dazu, so ergaben sich 31540 Listen oder 47,6 Prozent. Die Sozialisten erzielten in diesen acht Wahlbezirken 31401 (25696) Listen oder 47,4 (47,4) Prozent, die Kommunisten 3342 (3155) Listen oder 5,0 (5,8) Prozent. Auf dem gesamten Stadtgebiet lagen die Verhältnisse nicht viel anders. Für die Rechtsparteien (inklusive Nationale Front) wurden 37430 Listen oder 47,5 (46,8) Prozent, für die Linksparteien 41412 Listen oder 52,5 (53,2) Prozent eingelegt.[32] Auch bei den Gemeinderatswahlen vermochte also die Kampfgemeinschaft der Bürgerlichen mit den Frontisten die rote

Herrschaft nicht zu stürzen. Die Sozialisten waren im neuen Parlament wie im alten mit 63 von insgesamt 125 Mandaten vertreten und verfügten damit knapp über die absolute Mehrheit. Die Nationale Front erhielt auf Anhieb 10 Mandate, die die Freisinnigen (—7) und die Demokraten (—3) zu berappen hatten. Die BGB-Partei zog mit 3 Mandaten neu in den Rat ein, und die Christlichsozialen gewannen deren 2 auf Kosten der Evangelischen (—1) und der Kommunisten (—4). Die Rechtsparteien waren nun mit insgesamt 60 (56), die Linksparteien mit 65 (69) Ratsherren vertreten. Da aber im Rat die Frontisten nicht mit den Bürgerlichen zusammenarbeiteten und die Kommunisten ohnehin die Sozialisten bekämpften, verfügte die Rechte de facto nur über 50 (56), die Linke über 63 (63) Mandate, denen 12 (6) Extremisten gegenüberstanden.[33] Das Ergebnis war eindeutig: Aus der erhofften «nationalen Gloria Victoria» war eine «*eklatante Niederlage*» geworden.[34]

Alsbald setzte bei den Bürgerlichen eine *Gewissensforschung* ein. Der Chefredaktor des Berner «Bund», Ernst Schürch, meinte: «Die Probe aufs Exempel ist gemacht, wie man den Marxismus nicht bekämpfen soll. Man mag sich's überall merken.»[35] Der Zentralsekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz erklärte: «Der Kampf gegen die Fronten hat in Schaffhausen der Partei ein wichtiges Ständeratsmandat gesichert. Der Kampf mit den Fronten hat in Zürich zu schweren Verlusten und zur Bestätigung der sozialistischen Mehrheit geführt. Die Lehre, die sich daraus ergibt, ist eindeutig. Aber sie muß nun auch konsequent und überall beherzigt werden.»[36] Der «Wehntaler», der vor dem Wahlgang der antifrontistischen Dissidenz des stadtzürcherischen Freisinns die Spalten geöffnet hatte, kam zum Ergebnis: «Das Paktieren mit der Nationalen Front hat dem Ansehen der freisinnigen Partei kolossal geschadet. Diese muß mit Blindheit geschlagen gewesen sein, daß sie sich zu einem solchen widersinnigen Wahlbündnis hergab. Viele alte, treue Parteimitglieder ... haben sich ob dieser Verirrung entsetzt und ihre warnende Stimme erhoben. Zum Dank dafür ist man in der eigenen Presse noch angegeifert worden. Jetzt ist das schwere, aber reichlich verdiente Debakel da.»[37] Aber auch für die «Neue Zürcher Zeitung» wirkte der Wahlausgang ernüchternd. Schon in ihrem ersten Kommentar bekannte sie sich zur Auffassung, die «Radikalismen der Nationalen Front» hätten «eine schwere Belastung für die Parteien» dargestellt. Das Ergebnis der Wahlen habe «die Einsicht in die realpolitische Unzulänglichkeit der Frontenbewegung» bestätigt.[38] Wenige Tage spä-

ter gab die Zeitung einer Einsendung aus Akademikerkreisen Raum, die unter die freisinnig-frontistische Zusammenarbeit einen Schlußstrich zog und in der Forderung gipfelte: «Kein ‹Zweck heiligt das Mittel›, grundsatztreu auch in der Methode! Demokratie ... schafft den Kampfruf und die Methoden selbst und übernimmt sie nicht, auch nicht von einer ‹national› sich nennenden Front, die nur die Kluft vergrößert, ohne dem Vaterland zu nützen.»[39] So fegte der Wahlausgang anfängliche bei den Freisinnigen vorhandene Sympathien zu den Fronten hinweg und veranlaßte die Partei zu einer deutlichen Abgrenzung nach rechts. Etwas mehr Zeit brauchten die Christlichsozialen, bis sie ihre Bande mit den Frontisten lockerten. Sie verteidigten auch weiterhin das Frontenbündnis.[40] Erst ein Jahr später kam das Blatt der Zürcher Katholiken zur Erkenntnis, daß eine Koalition der nichtsozialistischen Parteien mit der Nationalen Front inskünftig nicht mehr in Betracht falle. Bei den Kantonsratswahlen vom Frühjahr 1935 werde man sich daher auf eine Allianz der «alten bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Fronten» beschränken müssen.[41]

Solcher Gewissensforschung war es zu verdanken, daß das Paktieren der Bürgerlichen mit den Fronten eine *Episode* blieb. Nie mehr fand eine Verbrüderung zwischen den beiden Lagern statt. Das Bürgertum war klug genug, seinen Fehler von 1933 einzusehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Einen Milderungsgrund konnte es allerdings in jenem turbulenten Sommer für sich in Anspruch nehmen: man hatte es mit der Nationalen Front des Jahres 1933 und nicht mit derjenigen des Jahres 1940 zu tun. 1933 bestand noch die Möglichkeit, daß die besonneneren Elemente des Frontismus die chaotischen unter ihre Kontrolle bringen und ein Abgleiten der Bewegung in den Extremismus verhindern würden. Auch war es nicht ausgeschlossen, daß die Frontisten dank bürgerlicher Wahlhilfe ihren Sesselhunger befriedigen könnten und sich aus reißenden Löwen in zahme Lämmer verwandeln würden. Schließlich handelte es sich bei der Nationalen Front von 1933 nicht um eine landesverräterische Clique, sondern um eine Bewegung, die an einer Wegkreuzung stand und sich erst darüber klar werden mußte, ob sie den Pfad der Treue und des Gehorsams gegenüber dem Vaterland oder den des Verrats und der Schande einschlagen sollte. All dies haben jene Sozialisten ignoriert, die später glaubten, die bürgerlich-frontistische Wahlallianz des Jahres 1933 zu Propagandazwecken ausschlachten zu können.[42] Sie sind übrigens kaum legitimiert, den Bürgerlichen Moral zu predigen, haben sie doch bei den Gemeindewahlen von 1946 – als nicht die

nationalsozialistische, wohl aber die bolschewistische «Erneuerung» hoch im Kurse stand – ebenfalls mit national unzuverlässigen Leuten, den «Rotfrontisten» von der PdA, gemeinsame Sache gemacht. Sie hatten dabei mehr Erfolg als ihre bürgerlichen Widersacher im Jahre 1933, konnte doch ein Edgar Woog, im Gegensatz zu Robert Tobler, ein kurzes Gastspiel im Zürcher Stadtrat geben. Zieht man also die Gemeindewahlen von 1946 mit in Betracht, so steht das Spiel bei 1:1. Die beiden Teams zur Rechten und zur Linken stehen sich im gleichen Torverhältnis gegenüber. Keines braucht sich über die Fowls des andern sonderlich aufzuregen.

7. Erste Spaltung

Seit altersher haben sich die Basler und Zürcher aufs Korn genommen. Die Neckereien zwischen der Rhein- und der Limmatstadt sind Ausfluß unseres vielgepriesenen «Kantönligeistes». Daß selbst die Frontenbewegung sich von solchem Lokalpatriotismus nicht ganz freihalten konnte, bewies die *Spaltung*, die die Nationale Front Anfang Oktober 1933 heimsuchte und die Basler von den Zürchern schied.[1]

Natürlich waren die Ursachen der Sezession nicht geographischer, sondern *politischer* und persönlicher Natur. Die «Grundsatztreuen» in Basel verurteilten das Vorgehen der «Opportunisten» in Zürich bei den Gemeindewahlen. Noch im Juni hatte Tobler den Gedanken einer Annäherung an die alten Parteien weit von sich gewiesen. Zwei Monate später war dann das Bündnis perfekt. Derselbe Tobler hatte sich Punkt um Punkt den Forderungen der Systemspolitiker unterzogen. Und dies nur um einiger lumpiger Ratssessel willen. Das Frontenideal war schmählich verraten worden, der kleinliche Parteigeist hatte in die Bewegung Eingang gefunden.[2]

So wenigstens urteilten Ernst Leonhardt, der Gauführer von Basel-Solothurn, und seine Getreuen. Da zudem in der Judenfrage Differenzen bestanden[3] und persönliche Animositäten eine Rolle spielten,[4] kehrten sie der Tobler-Clique den Rücken.

Die Spaltung brauchte den Kampfbund Neue und Nationale Front nicht unbedingt zu schwächen. Die Bewegung hatte Ballast abgeworfen und konnte damit rechnen, innerlich gefestigt aus der Krise hervorzugehen. Mit der Amputation des radikalen Flügels, der zum Teil von Fischers nationalsozialistischer Arbeiterpartei und Vonwyls Nationaler Front hergekommen war, gewannen die ehemaligen *Neufrontisten* um Henne und Tobler an Einfluß. Bekanntlich verdankte

die Neue Front ihre Entstehung einem «ernsten geistigen Ringen» mit den Problemen ihrer Zeit. «Sie hätte der Sauerteig für eine nationale Erneuerung werden können... Das Unglück ... war, daß sie noch in den Anfängen ihrer geistigen Formung in die Bewegung hineingerissen wurde, welche der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland hervorgerufen hatte... Diese Bewegung riß die Neufröntler heraus aus ihrer geistigen Arbeit und stellte sie fast plötzlich mitten in das politische Gedränge, wo nur erfahrene und innerlich ausgereifte Köpfe den Kurs nicht verlieren. Der Ehrgeiz, eine Rolle zu spielen, stellte sich ein. Und mit ihm die Verwirrung. Äußerlich drückte sich das aus in der Vereinigung mit der Nationalen Front, welche zum vornherein stark im Banne der deutschen Ideen stand... Diese Ehe war eine *Mißheirat.*»[5]

Nun, da diese Mißehe wieder geschieden war, da sich wenigstens Teile der früheren Nationalen Front abgesondert hatten, eröffnete sich der Bewegung die Möglichkeit, wieder in die sicheren Bahnen der neufrontistischen Frühzeit zurückzukehren. Ganz war diese Umkehr allerdings nicht mehr möglich. Man hatte sich zu sehr politisch engagiert, als daß man sich inskünftig auf die geistig-weltanschauliche Besinnung beschränken konnte. Man war Partei geworden und hatte sich als solche zu behaupten. Aber die Umkehr konnte sich in dem Sinne vollziehen, daß man das *nationalsozialistische Importgut,* das Radikale und Extreme, *abstreifte.* «Wenn die Nationale Front sich rückhaltlos auf den Boden schweizerischer Traditionen, auf den demokratischen Boden stellt, wenn sie unschweizerische Grundsätze, wie den Totalitätsanspruch und den Kampf gegen Juden und Geheimorganisationen, über Bord wirft und sich zu einem positiven Reformprogramm bekennt, welches der Sehnsucht unseres des Klassenkampfes, der Interessenpolitik und des Mißbrauchs der liberalen Staatseinrichtungen müden Geschlechts entspricht, dann könnte es sehr wohl sein, daß die heutige schwächende *Parteispaltung* der *Ausgangspunkt* für eine wirkliche *Regenerationsbewegung* wird... Die entscheidende Frage wird also sein, ob die neue Nationale Front ... den Moment der Parteikrise benutzt, um eine grundsätzliche Umstellung im ... angegebenen Sinne vorzunehmen. Wenn ja, dann wird auch das Land einen Nutzen davon haben.»[6]

Würde die Nationale Front diese Chance nutzen? Würde sie die Gelegenheit wahrnehmen, konstruktive Ziele zu verfolgen und sich durch eine Politik des Maßhaltens eine aussichtsreiche Zukunft zu sichern?

DRITTER ABSCHNITT

Die Ideenwelt der Nationalen Front

I. Antisemitismus

Die Nationale Front hätte 1933 reale Chancen gehabt, als nationale Bewegung zu einem Faktor der schweizerischen Innenpolitik zu werden. Sie hätte sich als neue politische Gruppe zwischen die starren Fronten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie einschieben, das im Grunde längst überholte Denkschema des Klassengegensatzes durchbrechen und es durch die Idee des nationalen Zusammenhalts, durch das Ideal der Volksgemeinschaft ersetzen können. Sie hätte, ohne eine Mehrheitspartei zu werden, als Minderheitsgruppe einen bedeutenden politischen Einfluß gewinnen können. Wenn sie indessen diese Chance verpaßte, so liegt dies einmal darin begründet, daß sie, vom unerwarteten Aufschwung des Frontenfrühlings berauscht, sich der trügerischen, den schweizerischen Verhältnissen unangemessenen Hoffnung hingab, die Mehrheit des Volkes innert kürzester Zeit erobern und kraft ihrer Majorität die Struktur des freiheitlichen Rechtsstaates verändern zu können.[1] Wenn sie die Rolle einer gemäßigten und anspornenden Opposition nicht zu spielen vermochte, so ist dies weiter darin zu suchen, daß sie von einem *Geist der Negation* getragen war, der das Bestehende in Grund und Boden verdammte und keinen guten Faden an den traditionellen Anschauungen des Volkes ließ.[2]

Ihre negative Haltung kam zum Ausdruck in dem vom Dritten Reich importierten *Antisemitismus.* Obwohl nach der Volkszählung des Jahres 1930 von 4066400 Einwohnern des Landes nur 9803 Schweizer und 8170 Ausländer, total 17973 Personen oder 4 Promille der Gesamtbevölkerung, der israelitischen Konfession angehörten,[3] beschwor die Nationale Front eine *angebliche Judenfrage,* die Gefahr der «geistigen, wirtschaftlichen und politischen Überfremdung» des Landes durch die Israeliten herauf.[4] Der Verjudung der Heimat, erklärte sie, müsse Einhalt geboten werden.[5] Demzufolge sagte sie der bisherigen Einbürgerungspraxis der Behörden den Kampf an: «Wir lehnen es ab, daß mit dem Schweizerbürgerrecht ein Schacher getrieben wird, und werden dafür sorgen, daß Zustände, wie sie heute in Zürich herrschen, wo beinahe wöchentlich ein ganzer Schock galizischer und polnischer Juden zu Eidgenossen gestempelt wird, end-

gültig verschwinden.»[6] In der bürgerlichen Abteilung des Zürcher Gemeinderates bekämpften die Frontisten regelmäßig die Aufnahme von Juden ins Stadtbürgerrecht.[7] In einer Eingabe vom 18. Februar 1936 ersuchte die Lausanner Ortsgruppe der Nationalen Front den Waadtländer Großen Rat, «de ne pas accorder de nouvelles naturalisations à des éléments juifs».[8] Auf gesamtschweizerischer Ebene strebte die Bewegung den Erlaß eines absoluten Einbürgerungsverbotes für Juden an.[9] Auch schlug sie vor, bei der Zulassung der Juden zum Hochschulstudium und zu den wissenschaftlichen Berufen den Numerus clausus einzuführen.[9] Die Schweiz sei es ihrem Ansehen schuldig, «die höheren Aufgaben den eigenen Volksgenossen anzuvertrauen».[10] Die Juden könnten nicht als solche gelten, sie könnten nicht den Anspruch erheben, Schweizer zu sein, weil sie sich aus ihrem religiösen Nationalismus heraus einer Assimilation beharrlich widersetzten.[11] Deshalb erklärte Eisenegger, ein Führer der welschen Frontisten: «Nous exigeons qu'on rende leur statut d'étranger à tous les juifs naturalisés depuis la guerre... Il faut revenir aux lois d'avant 1866 qui refusaient le droit d'accéder au rang de citoyen suisse aux Israëlites.»[12] Schließlich sollte die Einwanderung von Juden unterbunden werden, weshalb sich die Zürcher Hochschulgruppe gegen das Hilfswerk für emigrierte deutsche Gelehrte zur Wehr setzte.[13] Mehr noch: bereits zugewanderte Juden sollten wieder an die Grenzen gestellt werden: «Für jeden wahrhaftigen Eidgenossen muß es eine absolute Selbstverständlichkeit sein, daß all den Juden, die seit 1914 in der Schweiz eingewandert sind, die Niederlassung, die ihnen der Bundesrat in unverantwortlicher Weise gewährt hat, wieder entzogen wird und daß sie gezwungen werden, ... so schnell wie möglich die Schweiz auf Nimmerwiedersehen zu verlassen.»[14] Was kümmerte es die Frontisten, daß solche Begehren rechtlich und politisch unhaltbar waren und deren Verwirklichung die Schweiz im Ausland in Verruf gebracht hätte. Was kümmerte es sie weiter, daß sie sich damit zu ihren eigenen Satzungen in Widerspruch stellten. Deren antisemitische Bestimmungen hatten im Herbst 1933 insofern eine Abschwächung erfahren, als die Forderung nach Ausbürgerung von Schweizerjuden gestrichen worden war. Einwanderungs- und Einbürgerungsverbote für Juden sowie die Einführung des Numerus clausus an Hochschulen blieben hingegen weiterhin Postulate des Parteiprogramms. Diese kleine Statutenrevision war eine der Ursachen gewesen zur Spaltung der Nationalen Front und zur Gründung des noch radikaleren Volksbundes.[15]

Die antisemitischen Postulate der Nationalen Front waren ständig mit einer *Hetze gegen die Juden* verbunden. Aus taktischen, nicht humanitären Gründen distanzierte sich zwar die Bewegung anfänglich vom «Radau-Antisemitismus», da dieser es den Juden ermögliche, «an das Mitgefühl der Menschheit zu appellieren», und demzufolge die jüdische Position nur stärken müsse.[16] Gleichwohl konnte sich die Front scharfmacherischer Töne nicht enthalten. Ein beliebtes Motiv war der geld- und habgierige Jude: «Die Juden brachten den kapitalistischen Geist nach Europa, der an Stelle der Lebensfürsorge das Prinzip des Erwerbsstrebens, die hemmungslose Bereicherungssucht setzte... Die schrankenlose Freiheit des Einzelnen führte rasch zur rücksichtslosen Ausbeutung des ‹Schwachen›, ... was besonders durch das überall hervortretende Judentum offensichtlich wurde... Es zog ein materialistischer Geldgeist herauf, und fortan triumphierte immer mehr der jüdische Begriff der ‹Gerissenheit›.»[17] Der Jude hocke mehr denn jemand anders auf dem Geldsack.[18] Eine Behauptung der «Front», wonach eine jüdische Firma in Zürich Monatsgehälter von lediglich 80 bis 158 Franken bezahle, entsprach nicht der Wahrheit und mußte in aller Form zurückgenommen werden.[19] Auch wurde den Juden die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit und die Krisennot überbunden.[20] Man suchte nach einem Sündenbock, den man «für die Ungunst der Verhältnisse verantwortlich machen ... konnte».[21] Frontisten riefen ferner zum Boykott jüdischer Geschäfte auf: «Arbeiter, wenn Du einkaufst, meide die Juden!»[22] «Chaque sous que tu donnes aux grands bazars juifs ... est un coup de poignard dans le dos du petit commerçant de ton pays!»[23] Die Verlagsgenossenschaft der «Front» ging mit dem «guten» Beispiel voran. Als sie sich bei einem Münchener Verlag das Recht für den Nachdruck eines Romans erwarb, war ihre größte Sorge die, der Autor, namens Frank Heller, könnte ein Jude sein. «In diesem Falle müßten wir uns nach etwas anderem umsehen.» Zum Glück lautete die Antwort beruhigend: «Sie werden sich wohl denken können, daß unser Verlag Werke von Juden längst nicht mehr verbreitet. Der sicherste Beweis, daß der Autor stubenrein ist, mag die Tatsache sein, daß der ‹Illustrierte Beobachter› in München, im Zentralverlag der NSDAP, einen neuen Roman desselben veröffentlicht hat.»[24] Weiter behauptete die Nationale Front, den Juden sitze die Kriminalität im Blute. «Immer wieder sind es Juden, in deren Händen die schmierigen Fäden zusammenlaufen... Sie halten die Spitze in der Statistik der Verbrechen.»[25] Schließlich machte man die Juden auch für den Krieg verantwortlich:

«Point n'est besoin d'être sorcier pour prédire que la juiverie internationale fera les efforts inouïs pour jeter les peuples dans une nouvelle guerre.»[26] Selbst Henne, der Landesführer, propagierte diese lächerliche These: «Pour nous, ce ne sont pas le fascisme ou le national-socialisme qui sont la guerre, mais bien les internationales marxistes, juives et maçonniques qui veulent le conflit sanguinaire.»[27] Kurz: der Jude war die Inkarnation des Bösen. «Le juif est l'ennemi de tous les hommes...; c'est de lui que viennent toutes nos misères.»[28] Juden konnte man daher nicht bessern, man konnte «sich ihrer nur entledigen».[29] «Juda verrecke!»[30] war die Parole nationalfrontistischer Sprechchöre bei den «Pfeffermühle»-Krawallen in Zürich,[31] bei denen die Nationale Front nicht mehr davor zurückschreckte, zum *Radau-Antisemitismus* überzugehen. Zur Rechtfertigung solcher Gewaltmethoden erklärte in einem andern Zusammenhang einer ihrer Führer: «Ich sehe den ‹Radau› durchaus nicht immer als verwerflich an. Er ist in Zeiten schlimmster geistiger Diktatur der herrschenden Mächte und der betrüblichsten Gedankenlosigkeit der Masse eines der wenigen wirksamen Mittel zur Aufrüttelung der Mitbürger... Die Aufmerksamkeit breitester Schichten auf die Judenfrage kann in den wenigsten Fällen durch wissenschaftliche Forschung und schlichten Wahrheitsbeweis gelenkt werden... Mit leisen Tönen und schönen ‹geistigen Erörterungen› bringt man die meisten Menschen nicht zum Aufwachen... Als ‹Erwecker› des eingeschlafenen Denkens kommt in vielen Fällen ... nur ... das in Frage, was der brave Bürger ‹Lärm› oder ‹Radau› nennt... Der ‹Radau›-Antisemitismus ist die geradezu notwendige Vorstufe des geistigen Antisemitismus... So ... hat der ‹Radau›-Antisemitismus sein Daseinsrecht.»[32]

Hier wurde bewußt der Versuch unternommen, einen Graben aufzureißen zwischen Schweizern christlicher und solchen israelitischer Konfession, zwischen Mitbürgern, welche angeblich arischer und solchen, welche angeblich semitischer Abstammung waren.[33] Daß die Diskriminierung der Juden, wie sie die Nationale Front betrieb, einen Keil zwischen die protestantisch-katholische Mehrheit und die israelitische Minderheit treiben mußte und dem Gedanken einer allumfassenden Volksgemeinschaft widersprach, lag auf der Hand. Gleichwohl läßt sich nicht bestreiten, daß die antisemitischen Phrasen der Nationalen Front einer im Volke *weitverbreiteten Abneigung gegen die Juden* entgegenkamen und da und dort auf zustimmendes Echo stießen. So etwa, wenn die katholische «Schweizer Rundschau» – allerdings unter Protest eines Teils ihrer Leserschaft – erklärte: «Numerus

clausus, Warenboykott, moralische Ausräucherung jüdischer Zersetzungszellen in Presse, Literatur und Theater sind ... nicht nur erlaubt, sondern vielmehr ein Gebot der Stunde.»[34] Oder wenn Jakob Lorenz vom Aufgebot behauptete, es gebe einen berechtigten christlichen Antisemitismus, der unter Umständen die Preisgabe der Rechtsgleichheit für Juden anstreben müsse.[35] Der sozialdemokratische Bieler Stadtpräsident Guido Müller umschrieb diese latente Judenfeindschaft mit den Worten: «In jedem von uns steckt irgendwie ein kleinerer oder größerer Antisemit. Ich fühle ihn hie und da auch in meiner Brust. Wir dürfen ihm aber nicht nachgeben, sondern müssen ihn ... aus unserer Brust herausreißen... Der Antisemitismus ist eine Schändung des christlichen und demokratischen Gedankens. Davor wollen wir uns hüten wie die Pest.»[36] Mit Müller traten andere *verantwortungsbewußte Schweizer* der gefährlichen judenfeindlichen Stimmungsmache entgegen. Die «Zürcher Post» verglich die antisemitische Sündenbockmystik der Nationalen Front mit den Hexenprozessen des Mittelalters.[37] Kein ernsthafter Mann, meinte Karl Wick, dürfe mit solchen Methoden operieren. Es stehe nirgends geschrieben, «daß der nichtjüdische Kapitalismus und Materialismus auch nur um ein Haar besser sei als der jüdische». Raffgier und ökonomisches Machtstreben seien allgemein menschliche und nicht spezifisch jüdische Erscheinungen.[38] «Nicht die Juden», schrieb Emil Brunner, «sondern die Griechen haben den Materialismus erfunden, nicht die Juden, sondern die Florentiner und Venetianer den Kapitalismus, nicht die Juden, sondern die Engländer den politischen Liberalismus.»[39] Der Sozialdemokrat Emil Jakob Walter wies darauf hin, daß die großen Industrieunternehmungen und führenden Bankinstitute unseres Landes nicht von Juden, sondern von alteingesessenen Schweizerfamilien dirigiert würden.[40] Der Freisinnige Hermann Häberlin empfand den Zuruf «Juda verrecke!» als eine «unerhörte menschliche Brutalität».[41] Sein Parteifreund Theodor Gut stellte im Nationalrat fest, daß sich in der Frage «Pro oder contra Antisemitismus?» zwei Weltanschauungen gegenüberstünden, «die des heutigen liberalen Rechtsstaates und die andere, von Herrn Tobler vertretene, die mit Lessings Nathan nichts mehr zu tun haben will, sondern... – Beweise hin, Beweise her – erklärt: ‹Tut nichts, der Jude wird verbrannt!›»[42] Auch für Konrad Falke stand bei der Judenhetze «der Name Mensch in Gefahr». Es würden Instinkte entfesselt, die «weder arisch noch nicht-arisch, sondern ganz einfach barb-arisch» seien.[43] Falkes Einstehen für «Freiheit und Menschenwürde» wurde auf jüdi-

scher Seite mit Dankbarkeit vermerkt.[44] Nicht so in der Umgebung der «Neuen Zürcher Nachrichten»: «Als Katholik ist man erstaunt, ein wie rührend besorgter und beredter Anwalt und Beschützer den ... Juden in dem Artikelschreiber entstanden ist... Fast möchte man versucht sein, das auserwählte Volk darum zu beneiden.»[45] Daß diese deplazierte Bemerkung nicht die Gefühle aller Katholiken wiedergab, bewies ein Ausspruch Philipp Etters: «Unschweizerisch und fremdkörperlich erscheint mir ... die ganz offensichtlich aus dem Ausland her importierte Judenhetze... Eine Judenverfolgung, wie sie das neue Deutschland anbahnte, lehnen wir aus grundsätzlichen Erwägungen ab.»[46] Protestantisch-kirchliche Kreise setzten sich warm für die Juden ein. Der Kirchenrat des Kantons Zürich wandte sich, einer Anregung Ludwig Köhlers Folge leistend,[47] zum Jahreswechsel 1933/34 mit einem Aufruf an das reformierte Zürchervolk: «Der Kirchenrat fühlt sich ... im Gewissen gedrungen, gegen alle ... Bestrebungen, ... den giftigen Samen der Zwietracht gegen eine kleine Minderheit in unserem Volke auszusäen..., im Namen des Evangeliums Verwahrung einzulegen... Um der Gerechtigkeit und Wahrheit willen ... müssen wir Protest erheben gegen die ungerechten und lieblosen Verallgemeinerungen und Übertreibungen, mit denen man kurzerhand ‹die Juden› für alle Krankheitserscheinungen an unserm Volkskörper verantwortlich machen will. Weder die Zahl noch die wirtschaftliche Stellung, noch auch der geistige Einfluß der Juden in der Schweiz ist derart, daß man von einer drohenden Verjudung unseres Volkes sprechen und daraus den Vorwand für einen Feldzug des Hasses und der Verleumdung ableiten dürfte... Um der Liebe Christi willen, die alle Rassenunterschiede überwindet und uns lehrt, uns als Kinder des einen Vaters zu betrachten, bitten wir unser reformiertes Zürchervolk, es möge sein Herz allen Gefühlen des Rassen- und Religionshasses verschließen und Gerechtigkeit üben auch dem Volke gegenüber, das ... der Welt *den Erlöser geschenkt hat.*»[48]

Die Nationale Front dagegen setzte ihre antisemitische Kampagne fort. Um ihr einen Schein der Wahrhaftigkeit zu geben, bezog sie aus dem nationalsozialistischen Deutschland die «*Protokolle der Weisen von Zion*» und verquantete diese in den verschiedensten Gauen der Schweiz. Das Schriftstück war eine grobe Fälschung. Es stellte die etwas veränderte Fassung der 1864 von Maurice Joly veröffentlichten «Dialogues aux Enfers entre Macchiavel et Montesquieu» dar. Jolys Buch war eine Streitschrift gegen Napoleon III. Durch Fälschung wurde sie in ein Pamphlet gegen die Juden umgemünzt.[49] Die Natio-

nale Front war sich dieses Sachverhalts bewußt und suchte sich mit der zynischen Feststellung zu rechtfertigen: «Se non è vero, è ben trovato.»[50] Gleichwohl versuchte sie zusammen mit andern Frontisten in einem Prozeß vor dem Berner Polizeigericht die Echtheit der «Protokolle» nachzuweisen. Zur Bekräftigung ihrer These zog sie als Experten den reichsdeutschen Oberstleutnant a.D. Fleischhauer bei, der Leiter der antisemitischen und antifreimaurerischen Propagandazentrale «Weltdienst» in Erfurt war.[51] Kaum je zuvor war «in der schweizerischen Rechtsgeschichte ... mit Hilfe einer ausländischen Macht so viel Unwürdiges inszeniert» worden, um einem «Unrecht zum Siege zu verhelfen».[52] Dennoch führten die Verwedelungsversuche zu keinem Erfolg. Das Gericht bezeichnete in seinem Urteil die «Protokolle» als «Unsinn», «Fälschung» und «Plagiat», die geeignet wären, «gegen unsere Mitbürger jüdischen Glaubens Haß und Feindschaft zu erregen», und nach den Bestimmungen des bernischen Gesetzes vom 10. September 1916 zur Schundliteratur gerechnet werden müßten.[53] Dieser «unmögliche Spruch des roten Polizeirichters» hinderte indessen die Nationale Front in keiner Weise an der Fortsetzung ihres rabiaten Kampfes: «Pour nous, Frontistes, l'arrêt de Berne est une provocation qui ne restera pas sans réponse... Premier devoir: lire les Protocoles et les répandre autour de soi! ... Antisémitisme et antimaçonnisme intégraux et permanents! Pas de merci!»[54] Neben den «Protokollen» vertrieb die Nationale Front nun auch die durch Gerichtsurteil entwertete Expertise[55] des «Weisen von Erfurt», die sie druckfertig aus dem Dritten Reich bezog. Die Front nahm offensichtlich keinen Anstoß daran, «Waffen, die jenseits der Grenze ... geschmiedet» worden waren, im eigenen Land gegen die eigenen Landsleute einzusetzen. Durch dieses Verhalten erweckte sie nicht den Eindruck nationaler Zuverlässigkeit.[56]

Die Fleischhauer-Affäre war nicht der einzige Fall, in dem die Nationale Front die *Munition aus dem Hitlerreich* bezog. Einer Meldung der «Zürcher Post» zufolge importierte sie einen großen Teil ihrer antisemitischen Hetzpropaganda aus dem Dritten Reich.[57] Bei der Abfassung ihrer judenfeindlichen Kommentare ließen sich die frontistischen Journalisten durch deutsche Vorlagen inspirieren. So konnte man einmal im «Eisernen Besen» lesen: «Schweizerbürger ... kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann ... nur sein, wer arischen Blutes ist... unbeschadet seines christlichen Glaubensbekenntnisses. Ein Jude kann daher ... kein Schweizerbürger sein.»[58] Diese Sätze waren aus dem NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920 ab-

geschrieben. Sie gaben den «Arierparagraphen» in verschweizerter Aufmachung wieder. Im Urtext lautete dieser: «Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.»[59] Gerade in der Judenhetze gab es «sprechende Beispiele dafür, wie die Nationale Front sich ... bemühte, es dem nationalsozialistischen Vorbild gleichzutun».[60] Mit Recht bemerkte Guido Müller in einer Nationalratsdebatte: «Die Juden sind nicht das Unangenehmste, was Deutschland gegenwärtig exportiert. Es kommen von dort noch viel unangenehmere Dinge zu uns herein, ... etwa die anmaßliche Nazi-Einsatzbereitschaft» mit ihren antisemitischen Schlagworten.[61] Tobler, der im Zürcher Gemeinderat immer wieder die Überfremdungsfrage aufrollte,[62] hätte diese mit weniger Mühe bei seiner eigenen Bewegung statt bei den Juden studieren können.[63]

Der Antisemitismus der Nationalen Front bediente sich aber nicht nur in seiner propagandistischen Aufmachung deutscher Quellen. Er war schon in seinem Ansatz deutscher Import. Seine Grundlage war die *nationalsozialistische Rassentheorie*. Zwar versuchte dies Tobler zu leugnen. Das Judenproblem, behauptete er, habe mit Rassenmythos nichts zu tun.[64] Dies mochte für ihn und einige Kameraden zutreffen, die wahrscheinlich intelligent genug waren, um einzusehen, daß die nazistische Rassentheorie wissenschaftlicher Unsinn war. Daneben gab es aber auch Frontisten, die an Hitlers Rassenidee glaubten und diese auch verfochten. Sie meldeten sich in der «Front» zum Wort, wenn sie – allerdings undeutlich genug – orakelten, Voraussetzung dafür, daß man die Judenfrage in ihrer Tiefe erfasse, sei die Bereitschaft, ein «Volk als innere Wesenheit» zu verstehen. Das jüdische Volk, wo immer es auftrete, sei von anderer Wesensart als sein «Wirtsvolk». Es genüge daher nicht, daß man den Juden, wie dies die schweizerische Statistik tue, nur nach Religionszugehörigkeit von seiner Umwelt unterscheide.[65] Deutlicher drückte sich die Nationale Front in einer staatsrechtlichen Beschwerde aus: «Wir meinen denn doch, ... daß die Juden nicht ihres Glaubens wegen Juden heißen, sondern daß man eben den Angehörigen der semitischen *Rasse* Juden sagt, wie diejenigen der unsrigen Arier genannt werden.»[66] Es sei auf den ersten Blick ersichtlich, daß man es bei einem Juden mit dem Vertreter «einer fremden Rasse» zu tun habe.[67] Lächerlich sei es, wenn die «Neue Zürcher Zeitung» behaupte, es könne in der Schweiz keine Rassenfrage geben. Wohl seien die Deutschschweizer, Welschschweizer und

Tessiner Angehörige derselben «arischen Rasse», aber die Juden gehörten «nun eben einmal nicht» dazu. «Seien wir uns ... klar: Der Jude ist ein artfremdes Element und in seinem Wesen verschieden vom Arier. Das ist eine Tatsache, die die Advokatenkünste der ‹Neuen Zürcher Zeitung› nicht umstürzen können.»[68] Aus solchen Theorien leitete die Nationale Front die Folgerung ab, die «Ablehnung des Judentums» sei gleichbedeutend mit «Ablehnung fremdrassiger Einflüsse» und «Reinerhaltung des (eigenen) Blutes».[69] Vollends deutlich trat der Rassenmystizismus in den Satzungen und Richtlinien der Nationalen Front zutage. In den Statuten, die sich die Bewegung im Mai 1933 beim Zusammenschluß der beiden Fronten gegeben hatte, fehlte der Arierparagraph nicht. Er lautete: «Mitglieder der Nationalen Front können Schweizerbürger ... arischer Abstammung werden.»[70] In den Satzungen vom 4. Februar 1934 wurde dann der Arier- durch einen Judenparagraphen ersetzt. Dieser war unverkennbar von der Rassenidee inspiriert. «Juden und Abkömmlinge anderer schwer assimilierbarer Rassen,» hieß es nun, «können nicht Mitglieder der Nationalen Front werden.»[71] Etwas zurückhaltender drückte sich das «Programm der 26 Punkte» vom 11. Oktober 1936 aus.[72] Eindeutig «rassistisch» waren dann wieder die «Grundsätze und Richtlinien» vom 19. April 1942, in denen sich die Nationale Front die «Reinerhaltung des Blutes» zur Pflicht machte. «Rassegedanken und Antisemitismus», erklärte sie in einem erläuternden Kommentar, «sind im Programm der 26 Punkte nur gestreift worden. Nun treten sie klar und eindeutig in Erscheinung.»[73]

Die Nationale Front, die kühn die Behauptung aufstellte, der Jude unterscheide sich biologisch vom «Arier», ging von einer *falschen Prämisse* aus. Sie faßte – wie der Nationalsozialismus, aber auch manche Nichtfaschisten, die sich über den Fragenkomplex wenig Gedanken machten – Rasse und Sprache als identische Begriffe auf. Indem die Frontenblätter von einer «*arischen Rasse*» redeten, übertrugen sie einen Terminus, der der Sprachwissenschaft zugehört, auf die Anthropologie. Das war ein Ding der Unmöglichkeit. «Il y a bien eu une langue aryenne d'où sont dérivées les langues indoeuropéennes, mais on ne connaît *pas de race aryenne,* si on prend le mot dans son sens anatomique.»[74] Es war «ebenso lächerlich, von arischer Rasse, arischem Blut, arischen Augen und Haaren zu reden wie von einem kurzköpfigen Sprachschatz, einer langschädeligen Grammatik», einer weißen oder farbigen Sprache.[75] Rasse und Sprache sind keine synonymen Begriffe; die Menschheit gruppiert sich entsprechend ihrer verschie-

denartigen körperlichen Eigenschaften anders als entsprechend ihrer verschiedenartigen linguistischen Merkmale. Der «Arier» als heldischer Mensch des Nordens war eine Fiktion. An diese aber glaubten viele Nazis und Frontisten mit Inbrunst.

Noch in einer andern Hinsicht ging die nazistisch-frontistische Rassenlehre, die dem Antisemitismus zugrunde lag, von einer falschen Prämisse aus. Sie setzte für Europa das Vorhandensein einer *reinen Rasse* voraus, die es vor Vermischung, vor allem mit den Juden, zu bewahren gelte. So konnte zum Beispiel ein Zander schreiben: «Gesunde Völker sind immer antisemitisch gesinnt und verteidigen mit aller Kraft ihr eigenes Volkstum gegen jede Form der Zersetzung und Verbastardierung.»[76] Das war natürlich Unsinn. Von reinen Rassen konnte keine Rede sein. «Alle europäischen Völker stellen einen wahren *Rassenbrei* dar.»[77] Auch die Schweizer sind keine reinrassigen Edelgeschöpfe. «Das Blut, das in den Schweizern fließt, ist Mischblut, und es dürfte einige Schwierigkeiten bieten, die Rassenreinheit im Sinne des arisch-völkischen festzustellen.»[78] «Wir ... sind ... keine Arier, sondern gangbarer Durchschnitt aus Helvetiern und Alemannen und haben eine gesunde keltische Grundlage aus der Zeit des heiligen Gallus... Von den Hunnen, welche im Kloster St. Gallen etwas ungesittet auftraten, bis zu den Römern, Rätoromanen und Spaniern aus der Zeit der spanischen Erbfolgekriege haben wir allerlei mitbekommen, was mit der arischen Ausschließlichkeit ... nicht in Einklang zu bringen ist.»[79] Daß ein solches Rassengemisch gar nicht – wie die deutschen und schweizerischen Antisemiten glaubten – etwas Minderwertiges zu sein brauchte, sondern vielmehr zur folkloristischen und kulturellen Vielfalt eines Volkes beitrug, hat kein Geringerer als Gottfried Keller festgestellt: «Ei! was wimmelt da für verschiedenes Volk im engen Raume, mannigfaltig in seiner Hantierung, in Sitten und Gebräuchen, in Tracht und Aussprache! Welche Schlauköpfe und welche Mondkälber laufen da nicht herum, welches Edelgewächs und welch Unkraut blüht da lustig durcheinander, und alles ist gut und herrlich und ans Herz gewachsen; denn es ist im Vaterlande.»[80]

Der antisemitische Rassenwahn, «cette idée simpliste, sans aucun fondement historique ou scientifique»,[81] wuchs sich für die nationalstaatliche Existenz der Schweiz zu einer Bedrohung aus, weil er aus der Gleichsprachigkeit der Völker und ihrer angeblichen Gleichrassigkeit die Forderung nach deren Gleichstaatlichkeit ableitete. Die Rassenlehre des Dritten Reiches war *pangermanistisch* und *irredentistisch*.[82] «Le racisme ne vise rien moins ... que de rassembler sous la domina-

tion de la Grande-Allemagne tout ce qui, de près ou de loin, peut se réclamer de la ‹race› germanique... A cet égard, le pangermanisme hitlérien ... constitue un péril redoutable pour l'intégrité de la Suisse, dont il risque ... d'anéantir la cohésion nationale.»[83] Diese Gefahr erhellte aus einer Reichstagsrede Hitlers zum ersten Jahrestag seiner Machtergreifung, in welcher der Reichskanzler von den «mehreren Millionen Schweizern deutscher Nationalität» sprach und damit zum Ausdruck brachte, daß nach seinem Verständnis eine *Nation auf der Einheit der Sprache aufgebaut* sei.[84] Daraus konnte man folgern, die schweizerische Nation stelle mit ihrem Sprachengemisch ein Unding dar, sie solle sich in ihre sprachlichen Bestandteile auflösen und diesen die Erlaubnis geben, zu ihrer germanischen, französischen und italienischen «Mutternation» heimzukehren.[85] Zwar bestritt Hitler, daß Deutschland solche Absichten verfolge, und gab alt Bundesrat Schultheß am 23. Februar 1937 die Zusicherung, das Reich werde die Neutralität der Schweiz respektieren.[86] Der Zürcher Historiker Karl Meyer wies indessen darauf hin, Verträge und Garantien hätten in der Geschichte immer nur «rebus sic stantibus» gegolten und seien, wenn sich die Verhältnisse geändert hätten, annulliert worden.[87] Die reichsdeutsche Publizistik wurde denn auch nie müde, in krassem Widerspruch zu Hitlers Neutralitätsgarantie die «2800000 heimatlosen Deutschschweizer» für das Großdeutsche Reich zurückzuverlangen.[88] Sie folgte hierin den Leitsätzen des NSDAP-Programms, das in seinem ersten Paragraphen angeblich «aufgrund des Selbstbestimmungsrechts» den «Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland» verlangte.[89] In einem Kommentar dazu versuchte Alfred Rosenberg den Nachweis zu erbringen, daß sich die Gründung eines großdeutschen Volksstaates von der Rassenidee her aufdränge.[90] So wuchs sich der rassische Imperialismus zu einer Gefahr für unsere nationale Souveränität aus. Er trieb einen Keil zwischen die drei Sprachgruppen des Landes und bereitete die Rückkehr derselben zu den gleichsprachigen Nachbarstaaten vor.[91] Gleichzeitig sprach er den Schweizern «das Recht ab, ein eigen Volk und eine selbständige Nation zu sein».[92] «Le racisme allemand», bemerkte Georges Rigassi mit Recht, «menace la liberté et l'existence même de la Suisse. La Suisse est perdue, si elle se laisse infecter de cette peste mentale.»[93]

Das war nun aber gerade bei der Nationalen Front der Fall. Indem sie die unschweizerische Rassenlehre des deutschen Nationalsozialismus zur Grundlage ihres Antisemitismus machte, nahm sie Anteil an

der *Bedrohung unserer kleinstaatlichen Existenz*.[94] «Ces Suisses fanatisés ... font exactement ce qu'il faut pour inciter le Reich à venir libérer en Suisse 2800000 Allemands sans patrie, tenus sous le joug de gens influents et tarés qui travaillent à les rendre infidèles à leurs destinées racistes.»[95] Daß solche Feststellungen nicht einfach aus der Luft gegriffen waren, bewies die Berliner Monatsschrift «Der Widerstand», die im schweizerischen Frontismus ein Mittel zur Realisierung irredentistischer Pläne zu erkennen glaubte. «Die Schweiz», schrieb das Blatt, «hat ihre Fronten... Durch den Frontismus ist sie unmittelbarer in den Einflußbereich der radikalen Mystik des deutschen Faschismus geraten... Wird die Schweiz faschistisch, so wird sie reif für den Anschluß an das Reich.»[96] Wie richtig das Berliner Blatt urteilte, als es im Frontismus eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Schweiz erblickte, ging aus den Versen des Basler Frontisten Dominik Müller hervor. In einem Gedicht, das Jahre vor dem Aufkommen des Dritten Reichs geschrieben, bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg aber nicht veröffentlicht worden war, ließ Müller seinen *pangermanistischen* Gefühlen freien Lauf:

> «Deutsch ist meine Muttersprache,
> deutsch sind all die Geister, die
> einst der Knabenseele Brache
> tief gepflügt, daß Frucht gedieh –
> Wie sollt' welsch mir näher sein?
> Welsche Nähe ist nur Schein.
>
> Ich halt's mit dem deutschen Volke,
> mag's regieren, wer da will,
> keine noch so dunkle Wolke,
> keine Blitze, noch so schrill,
> schrecken mich, zu ihm zu stehn,
> und im Geist mit ihm zu gehn.»[97]

In einem weiteren, 1937 verfaßten Gedicht verfolgte dann der Frontist Dominik Müller offen *irredentistische* Ziele. Er bekannte sich zum Anschluß der deutschen Schweiz an das Deutsche Reich:

> «...Wenn noch nicht zu deiner Mutter,
> steh zu deiner Mutter *Sprache,*
> Sprache eines großen Reichs,
> das vom Belt reicht bis zum Gotthard,
> von der Schelde bis zur Donau...



Dominik Müller erhielt vom Kanton Baselstadt eine jährliche Ehrenrente von Fr. 4000.

Eines seiner jüngsten Gedichte lautet:

Bei uns sie schwatzen von Demokratie
beim Nachbarn drüben haben sie sie.
Aus Wut darüber beschimpfen wir ihn.
Zu Ende geht's dort mit der Geldknechtschaft.
bei uns sie besteht noch in voller Kraft
laßt mich zum Nachbarn hinüberziehn!
Dominik Müller

So sattle Deinen Pegasus,
Nimm Deiner Muse letzten Kuß
Und spare weitere Tinten
Und zeige Dich von hinten
Und kündige, Du Rentner Do-
minik, das hiesige Bank-Konto.
Gang, aber gschwind, und mach Dei Gligg,
Du wildgewordener Dominigg. Bö

Eine Zeit gab's, da der Schweizer
deutschen Reichs Genosse war,
Wenn die Zeit erfüllet ist,
wird vielleicht er's wieder sein.»[98]

Mit solchen Zeugnissen arbeitete der Frontismus den Annexionsabsichten des expansionsfreudigen Hitlerstaates in die Hände und gefährdete den Fortbestand der mehrsprachigen schweizerischen Nation.[99]

Allein schon der Selbsterhaltungstrieb zwang unser Land zur *Abwehr* solcher alldeutscher Ambitionen. Die Sprachverwandtschaft des Deutschschweizers mit seinem nördlichen Nachbarn konnte jenen nicht bewegen, eine politische Ehe mit diesem einzugehen. Der sprachfremde Staatsgenosse stand dem alemannischen Schweizer näher als der staatsfremde Sprachgenosse.[100] «Sollte jemals irgendeiner Macht auf Erden der Anspruch zugebilligt werden, uns Deutschschweizer nur deshalb zum Deutschen Reich zu schlagen, weil wir auch deutsch sprechen, so würden wir lieber diese Sprache ... aufgeben.»[101] «Denn was nützte uns die Muttersprache, wenn wir in ihr nicht mehr das zum Ausdruck bringen dürften, was unsere Väter in ihr dachten und fühlten, als sie uns die Freiheit erstritten und erhielten.»[102] Aber auch die Blut- und Bodenmystik, wie sie Nazisten und Frontisten propagierten,[103] konnte niemals der Staatsgedanke der Eidgenossenschaft sein. Das «konstitutive Element» des Schweizervolkes war nicht «die Rasse, ... die Gleichheit der Abstammung und des Blutes».[104] Schon der Rassenforscher Auguste Forel hatte auf die «Unhaltbarkeit jeglicher Verbindung zwischen Patriotismus und Blutsgemeinschaft» hingewiesen. Die *Nation* sei nicht etwas Biologisch-Natürliches, sie sei etwas *Historisch-Geistiges*.[105] Das gilt im besondern für die Schweiz. Die Staatsgemeinschaft der Eidgenossen gründet sich auf einen schöpferischen Akt freier Menschen, die sich durch eigene Willenskundgebung zu einem *Bund,* einer Nation, zusammengeschlossen haben.[106] Zwischen der nationalsozialistischen Reichsidee eines «germanischen Staates deutscher Nation» und der schweizerischen Staatsidee eines mehrsprachigen und überkonfessionellen «Völkerbundes» klaffte ein unüberbrückbarer Gegensatz.[107] Die Geister schieden sich nicht nur in der Frage der Staatsform, sie schieden sich auch in der Frage des Staatsbegriffs, im Willen zum Staat überhaupt.[108] «Was dem nüchternen Schweizer ans Herz geht, das ist ... die gemeinsam erlebte vaterländische Geschichte, niemals ein Mythos von Rasse

und Blut oder Sprache, gleichgültig, von welcher Front und in welcher Sprache ein solcher Sirenengesang zu uns herüberschallen möchte.»[109] Das hatte jener Pfadfinder am Bodensee intuitiv erfaßt, der von einem Hitlerjungen zu einem Treffen nach Lindau eingeladen worden war mit der Bemerkung, die bluts- und rassenverwandten Deutschschweizer seien dort drüben herzlich willkommen. «Alors notre éclaireur se raidit dans un salut militaire et réplique: ‹Merci de l'invitation. Impossible d'accepter. Je manquerais à ma parole. En Suisse, nous avons trois langues et deux confessions religieuses, mais un seul drapeau!›»[110]

Unser Wille zur Nation beruft sich «auf den Primat des Geistigen und damit auf die Verbundenheit des Menschen mit dem Menschen in einer höheren Einheit».[111] Er ist verankert in einem ethischen Prinzip und stellt sich in Gegensatz zum ungeistigen Rassenmythos.[112] Das «schweizerische Pfingstwunder vielsprachiger Einverständlichkeit»[113] erfüllte denn auch die schweizerische Volksseele in den Jahren der nationalsozialistischen und frontistischen Gefahren und machte sie immun gegen alle pangermanistischen und irredentistischen Bestrebungen. Es ist imponierend festzustellen, wie über Sprach-, Konfessions- und Parteischranken hinweg das Volk in dem Bewußtsein, eine einheitliche, unteilbare Nation zu sein, geschlossen war, so daß die Rassenapostel aus dem Fronten- und Nazilager keinen Schaden stiften konnten. Dies war für den Fortbestand unseres Landes von schicksalshafter Bedeutung. Denn der Antisemitismus der Nationalen Front hatte nicht «nur» das Lebensrecht der Juden in Frage gestellt. Er hatte, wegen seiner Verknüpfung mit der nationalsozialistischen Rassenideologie, das *Lebensrecht der schweizerischen Nation* in Frage gestellt.

II. Antiliberalismus

Der Antisemitismus der Nationalen Front fand seine Ergänzung im Antiliberalismus. Die Front übte scharfe Kritik an den liberalen Ideen. Vor allem der *Wirtschaftsliberalismus* stieß auf entschiedene Ablehnung. Er habe die Selbstsucht des Einzelnen zum Götzen gemacht, dem «wahnwitzigen Kapitalismus» die Tore geöffnet und damit auf die menschliche Gemeinschaft zersetzend gewirkt. «Die natürliche ... Verbindung von Eidgenosse zu Eidgenosse erstarb und machte einem blinden Egoismus Platz, der allein im Materiellen seine Befriedigung ... suchte.»[1] Die Nationale Front wolle den Kapitalismus überwinden und der skrupellosen Geld- und Profitwirtschaft ein Ende bereiten.[2] Daß die Handels- und Gewerbefreiheit bei den Frontisten nicht hoch im Kurse stand, war an sich nichts Außergewöhnliches. In Zeiten wirtschaftlicher Depression erfreut sich die freie Marktwirtschaft selten eines hohen Ansehens. Sie war denn auch in den dreißiger Jahren nicht nur in frontistischen und marxistischen Zirkeln in Mißkredit geraten. Auch der Bauernstand, der gegen seine zunehmende Verschuldung anzukämpfen hatte, und das Klein- und Mittelgewerbe, das um seine Existenz hart ringen mußte, riefen gebieterisch nach Einschränkung der Wettbewerbsfreiheit und Eindämmung des Wirtschaftsliberalismus.[3]

Allein, es hieß das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn mit der Abkehr von liberalen Wirtschaftsprinzipien der *Liberalismus als Ganzes,* sein Menschheits- und Gerechtigkeitsideal, sein Bekenntnis zur Toleranz und Verträglichkeit, *über Bord geworfen* wurde. Dies geschah durch die Nationale Front, die immer wieder betonte, daß die im 18. und 19. Jahrhundert groß gewordenen Ideen des Liberalismus im 20. Jahrhundert «endgültig und unwiderruflich zu Ende» seien.[4] Der Liberalismus, hieß es, winde sich in Todeskrämpfen.[5] Seine Devise «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» sei die «Grundlage» und «Grundlüge eines sterbenden Systems».[6] Sie könne die Menschheit nicht mehr zur Begeisterung entflammen.[7] Ein «neues Denken und Fühlen in Staat und Wirtschaft» sei im Entstehen begriffen, als deren Träger nicht die alten abgewirtschafteten Systemsparteien, sondern nur die junge Bewegung der Nationalen Front in Frage komme.[8] «Wir predigen die Intoleranz! Denn man muß heute den Mut zur Einseitigkeit haben!»[9] «Menschenwürde, Menschenrechte, Freiheit – ... unter den Bannern dieser Ideen, die schon so viel Unsegen über die Menschen gebracht haben, streiten wir nicht.»[10]

Ihren Antiliberalismus verbanden die Frontisten mit einer fragwürdigen geschichtsphilosophischen Betrachtungsweise, mit einem *hohlen Historismus,* der ihnen suggerierte, das Zeitalter des Liberalismus stehe am Ende seiner Entwicklung. In der Menschheitsgeschichte sei eine *Pendelbewegung*[11] zwischen Individualitätsprinzip und Gemeinschaftsidee festzustellen. Wenn die liberale Epoche den Ausschlag des historischen Pendels nach der Seite des ersteren bedeutet habe, so erlebe das 20. Jahrhundert den Beginn des großen Rückschlages in Richtung des letzteren.[12] «Wir stehen an einer Zeitenwende, wo ein Altes stirbt und ein Neues sich dem Lichte entgegendrängt.»[13] «Hinter dem Zeitalter des ... selbstsüchtigen Individualismus schließt sich der Vorhang, und siegreich erscheint auf der Bühne der Weltgeschichte die große Idee göttlicher und menschlicher Verbundenheit.»[14] Die Nationale Front sei die Verkündigerin der neuen Zeit, die Trägerin jener Kräfte, die zur Neugestaltung des geistigen und politischen Lebens drängten. Sie werde einmal dazu berufen sein, das liberale System aus den Angeln zu heben und das Schweizerhaus von Grund auf neu zu erstellen.[15]

Diesem Pseudohistorismus schienen die *Siege des Faschismus* in Italien und des *Nationalsozialismus* in Deutschland recht zu geben. Die Nationale Front deutete den politischen Umschwung in den beiden Nachbarstaaten nicht als ein Aufkommen totalitärer Anschauungen und Methoden. Sie erblickte in ihm vielmehr einen siegreichen Durchbruch derjenigen Ideen, die die Freiheit und Ungezügeltheit des Individuums durch Bindung und Einordnung ins Kollektiv ersetzen wollten.[16] Sie war der Überzeugung, daß kein Volk, auch nicht das unsrige, sich dem Zuge der Zeit, der Notwendigkeit des Absterbens der alten liberalen und des Aufbrechens einer neuen, autoritären Epoche entziehen könne. «Wir leben nicht auf dem Mond. Wir sind das Reich der Mitte... Unsere ... Aufgabe ist ... die..., uns zu erneuern» im Einklang mit den werdenden und wechselnden Strömungen des Kontinents.[17] Dem Liberalismus wurde zum Vorwurf gemacht, er habe die nationale Revolution in Italien und Deutschland bekämpft und sich in blinder Voreingenommenheit der Erneuerung entgegengestellt. Er versuche auch in der Schweiz das bestehende System gegen den Ansturm der jungen Generation zu verteidigen. Solches Unterfangen sei aber von vornherein zum Scheitern verurteilt.[18]

Die Kampfansage der Nationalen Front an den Liberalismus stieß im *katholischen Lager* auf starke Resonanz. Die traditionelle Abneigung

vieler Katholiken gegen den Sieger des Sonderbundskrieges und Schöpfer des Bundesstaates rückte manchen Konservativen in die Nähe der Frontisten. Viele glaubten auch, der Aufbruch der Fronten künde einen Umbruch der Ideen an. «Warum», meinte Carl Doka, «soll nicht offen bekannt werden, daß das französisch-amerikanisch-liberalistisch-schweizerische System des Jahres 1848 heute ein Luxus ist, den sich die übergroße Mehrheit des Schweizervolkes nicht mehr leisten kann?... Die Fundamente sind morsch, das geistige Gut des Liberalismus ist ... arteriosklerotisch beengt... Darum kann seine geistig-politisch-wirtschaftliche Ausdrucksform in der Schweiz niemals der neuen Zeit standhalten... Neue Ideen ... sehen heute ihre Zeit vor sich... Es wäre wahrhaftig ein Luxus, der nicht vor dem kommenden Geschlecht und nicht vor der Vorsehung verantwortet werden könnte, so die Schweiz den (modernen) Strömungen (des Antiliberalismus) mit dem ramponierten System von 1848 Einhalt gebieten wollte.»[19] «Der Liberalismus hatte seine Zeit, und sie ist vorüber, mögen seine eingefleischten Anhänger noch so krampfhaft und künstlich den einstigen Glanz zu erhalten suchen.»[20] Die Radikaldemokratie werde untergehen wie die Sozialdemokratie, prophezeite Karl Hackhofer im Basler Großen Rat, was ihm den erheiternden Zuruf eines Freisinnigen eintrug: «Und zurück bleibt die Katholische Volkspartei!»[21] Josef Ebner sah im Antiliberalismus des Nationalsozialismus, Faschismus und Frontismus eine einheitliche Linie, auf die er auch den politischen Katholizismus ausrichten wollte: «Was wir heute erleben, diese gewaltige Bewegung der christlichen und nationalen Erhebung, ist entstanden aus einem allgemeinen Geisteszustand, der nicht aus bloß schweizerischer Schau richtig beurteilt werden kann. Dieser allgemeine Geisteszustand hat bereits in Italien den Umschwung verursacht. Er hat sich in Deutschland durchgerungen. Er ist im Aufbruch in Österreich und in unserer Schweiz. Es ist der Geisteszustand, der sich befreit von den Grundsätzen des 19. Jahrhunderts, es ist die Gegenrevolution zur großen französischen Revolution.»[22] «Wir haben die feste Überzeugung, daß die Menschheit ... wieder zurückkehren muß von den Irrtümern des Liberalismus ... zum christlichen Staat. Wir begrüßen deshalb freudig die Zeit und den Geist, welche diesen Weg zu beschreiten bereit sind.»[23] Für Gonzague de Reynold, den bekannten katholischen Publizisten der welschen Schweiz, stand von vornherein fest, daß sich unser Land den antiliberalen Strömungen nicht entziehen könne, sondern sich ihnen anpassen müsse: «La Suisse n'est point un satellite, une seconde

lune qui gravite autour de la terre sans la toucher. La Suisse est au centre de l'Europe, au carrefour des routes... Prétendre que la Suisse est en état d'échapper au monde nouveau, est une dangereuse ignorance.»[24] Vorsichtiger und differenzierter drückte sich Karl Wick, der Chefredaktor des «Vaterland», aus. Zwar sagte auch er der liberalen Weltanschauung den Kampf an. Nur «Lügenbrücken» könnten vom Liberalismus zum Katholizismus hinüberführen. Gleichwohl versuchte Wick, sich gegenüber dem «Mode-Antiliberalismus» der Fronten abzuschirmen. Er rechnete das Freiheitsideal zu den «größten menschlichen Gütern», zu den «unveräußerlichen Werten jeder echten Kultur», zu den «Grundpfeilern der katholischen Gesellschafts- und Lebensauffassung». Gegenüber dem antiliberalen Totalstaat müsse der Katholik die «Freiheitsrechte der Persönlichkeit, der Familie und der Kirche» verteidigen. Hier gebe es «ein Stück gemeinsamen Weges mit dem Liberalismus». Auch die 48er Verfassung sei in ihren Grundzügen ein guteidgenössisches Werk, zu dem ein Konservativer ruhig stehen könne. Dem «Vorwurf», ein verkappter Liberaler zu sein, versuchte Karl Wick mit dem nicht näher begründeten Hinweis zu begegnen, es sei ein grundlegender Irrtum, den Gedanken der Freiheit mit dem Gedanken des Liberalismus gleichzusetzen.[25] Einen Schritt weiter ging Franz von Ernst, der Bundesstadtkorrespondent des «Vaterland», als er erklärte, die Katholiken müßten vielleicht noch einmal froh um den Liberalismus sein.[26] Auch Bundesrat Motta bezeichnete den «Grundsatz der Freiheit» als «höchstes Gut», das unserm demokratischen Staatswesen innewohne. «Ich könnte mir die Schweiz ohne Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit des Wortes und der Presse überhaupt nicht denken.»[27] In etwas anderen Bahnen bewegten sich die Gedanken Philipp Etters. Er begrüßte die «Abkehr» der Frontisten «von den geistigen Grundlagen des Liberalismus», den «Abfall der Jugend des 20. Jahrhunderts vom Geist des 19. Jahrhunderts».[28] Doch stellte er der frontistischen «Überspannung des Begriffs von der autoritären Staatsgewalt» die Forderung nach «richtig verstandener Freiheit und einer staatsfreien Rechtssphäre» entgegen.[29] Eine ruhige und leidenschaftslose Kritik des Liberalismus übte Richard Gutzwiller in seiner Schrift «Die Katholiken und die Schweiz». Er unterzog die Parole «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» einer eingehenden Prüfung und kam dabei zum Ergebnis: «Der Katholizismus verkennt die positiven Werte, die im Liberalismus liegen, ... nicht. Dahin gehört vor allem die Wertung der Persönlichkeit. In einer Zeit der Vermassung und

Vermachtung anerkennen wir diese Betonung der Persönlichkeitswürde und der Persönlichkeitsrechte mit neuem Ernst.» – «Die Menschen sind insofern gleich, als bei Gott kein Ansehen der Person gilt und als jeder das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit genießt. Aber die Gleichheit besagt nicht völlige soziale und politische Nivellierung.» – «Die Brüderlichkeit, die der Liberalismus ... proklamiert hat, ist nur im Christentum voll verwirklicht. Denn Brüder sind die Menschen nur dann, wenn sie einen gemeinsamen Vater haben. Ohne den Glauben an Gott, den Vater, ... ist Brüderlichkeit ... bloß ein überschwengliches Gefühl.»[30] Aufs Ganze gesehen, blieb der Katholizismus unsicher und schwankend in seiner Einstellung zum Liberalismus. Er vermochte nicht über das Dilemma hinwegzukommen, einerseits aus historischer Überlieferung und parteipolitischem Prestige heraus antiliberal, anderseits aus vitalsten Lebensinteressen der Kirche, Familie und Partei heraus liberal zu sein.[31]

Die *Sozialdemokraten,* soweit es sich nicht um den kryptokommunistischen Linksflügel handelte, verwarfen den Liberalismus im wirtschaftlichen Sektor, nicht aber im staatlich-politischen Bereich. Nach der Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Hitlerfaschismus war es ihnen klar, daß sie die Rechte und Freiheiten des Schweizers gegen den «Frontfaschismus» verteidigen müßten. «Ohne freie Presse, ohne freies Wort, ohne die Versammlungsfreiheit keine Arbeiterbewegung, die den Faschismus an der Machtergreifung und Machtausübung hindert.»[32] «Mit aller Leidenschaft des Herzens sind wir für die Freiheit des Gewissens und des Gedankens, für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, für die Freiheit in Rede und Schrift, der Vereine und Versammlungen, für die Freiheit der Künste und der Erfindungen sowie für die Freiheit der Initiative auf allen Gebieten des menschlichen Strebens.»[33] Auch jenes «Naturrecht», das es dem Schweizer ermögliche, «frei von der Leber weg zu reden» und «aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen», müsse mit allen Mitteln verteidigt werden.[34] Die Sozialisten seien daher bereit, «zur Aufrechterhaltung des geistigen Liberalismus ein großes Stück Weges mit den Liberalen zusammenzugehen».[35] «Der Gegensatz, auf den es heute ankommt, ist ... die Alternative: Freiheit oder Unfreiheit, Rechtsbewußtsein oder Rechtlosigkeit, Versklavung oder freies Selbstbestimmungsrecht des Menschen.»[36]

Obwohl der *Freisinn* den Liberalismus am sichtbarsten auf seine Fahnen geheftet hat, vermochte die Nationale Front mit ihrem Antiliberalismus einige Breschen in seine Phalanx zu schlagen. Vor allem

die Jungen, aktive Mitglieder der Jungliberalen Bewegung, ließen sich vom Zeitgeist anstecken. Sie lehnten es ab, eine Korrektur des Liberalismus nur im Bereich des Wirtschaftlichen anstreben zu wollen. «Wer sich je die Mühe genommen hat, die geistigen Erneuerungstendenzen der Jungliberalen Bewegung ernsthaft zu verfolgen, konnte sich von dem umfassenden, vor nichts zurückschreckenden Feldzug gegen den landläufigen ‹Biedermeier›-Liberalismus überzeugen.»[37] Selbst ein so freiheitlich gesinnter Mann wie Erich Lohner glaubte zeitweise, der Liberalismus sei als System überholt.[38] Pointiert drückte sich Hans Huber aus: «Wir haben ... die Gewißheit, daß ... das 19. Jahrhundert mit seiner Auffassung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vorbei, unwiederbringlich vorbei ist.»[39] Demgegenüber stellte Eduard Zellweger fest: «Wer, wie die Fronten, den Liberalismus zusammenschlagen will, zerstört zwei Drittel unserer Fundamente.»[40] Er wurde durch den Luzerner Liberalen Kurt Bucher sekundiert: «Ist es einem vernünftig handelnden Schweizer möglich, auch nur im Traum daran zu denken, daß wir je die Grundrechte der freien Persönlichkeit preisgeben könnten?... Ein Sieg der Fronten bedeutet den Todeskeim für unsern Staatsgedanken, den demokratischen, freiheitlichen und kulturell autonomen Schweizerbund der vier Nationalitäten.»[41] «Jamais», rief ein aus dem Berner Jura stammender freisinniger Regierungsrat aus, «jamais la Suisse latine ne pourrait se rallier à un Etat où l'esprit de tolérance, le respect des minorités et les principes d'égalité et de liberté seraient proscrits.»[42] In einer Auseinandersetzung mit den Zürcher Frontisten umschrieb Hermann Häberlin den Inhalt seines liberalen Glaubensbekenntnisses: «Kampf für die Demokratie und gegen die Herrschaft der Straße, für die Rechte der Persönlichkeit und gegen die Terrorisierung Andersgesinnter, Kampf für die literarische und künstlerische Freiheit, gegen geistige Bevormundung, Kampf für religiöse Toleranz – das sind die Eckpfeiler liberaler Weltauffassung.»[43] Die «Neue Schweizer Rundschau» führte geschichtliche Dokumente an, um den Nachweis zu erbringen, daß richtig verstandener Liberalismus nicht mit schrankenlosem Individualismus gleichzusetzen sei: «Dem Liberalismus wird heute ... vorgehalten, den schrankenlosen und selbstherrlichen Individualismus entfesselt zu haben... Greifen wir aber zurück auf die Magna Charta des Liberalismus, auf die Verkündigung der Menschenrechte in der französischen Revolutionsverfassung von 1793, so lautet schon der erste lapidare Satz: ‹Le but de la société est le bonheur commun!›... Die sechste These ... spricht jene berühmte und großartige Definition

des liberalen Freiheitsbegriffs aus, der nicht auf die Ungebundenheit des Individuums, sondern auf die Freiheit in der Gemeinschaft abzielt: ‹La liberté est le pouvoir qui appartient à l'homme de faire tout ce qui ne nuit pas aux droits d'autrui..., sa limite morale est dans cette maxime: Ne fais pas à un autre ce que tu ne veux pas qu'il te soit fait.›»[44] Den falschen Aposteln aus dem Fronten- und KK-Lager, die glaubten, dem Liberalismus die Totenglocke läuten zu müssen, trat die freisinnige «Politische Rundschau» mit dem Hinweis entgegen, daß das dem Liberalismus inhärente Freiheitsideal Bestandteil des menschlichen Naturrechts sei und daher nicht so leicht ausgerottet werden könne: «Ce n'est pas parce que quelques chefs proclament la suppression de la liberté qu'elle est morte et enterrée. Elle se cache simplement derrière un nuage, gros et noir, qui passera comme les autres. Vous aurez beau chasser la nature par une fourche, toujours elle reviendra s'installer chez vous... La liberté fait partie intégrante de la nature humaine... Car elle sait que tout homme a sa valeur pour l'ensemble ainsi que tout peuple et toute race... La liberté est éternelle. Opprimée, bafouée, anéantie, elle renaîtra de ses cendres et reprendra ses droits aussi longtemps qu'il y aura une humanité sur la terre.»[45] Dieselbe Überzeugung bekundete Ernst Uhlmann in einer Auseinandersetzung mit Rolf Henne: «Wir glauben an den Wiederaufstieg des liberalen Staates, und wir werden diesen Staat mit der gleichen inneren Überzeugung und Begeisterung zu vervollkommnen suchen, die die Nationale Front zur Verfechtung ihres Staatsideals veranlassen... Wir bekennen uns auch für die Zukunft zu der halsbrecherischen Lösung der liberalen Demokratie und sind überzeugt, daß sich ... für dieses Ziel eine selbstlose, mutige und begeisterte Jugend einsetzt.»[46] Schließlich war es Konrad Falke, der in einem «An die Nationale Front» betitelten Aufsatz dem frontistischen Appell an die Instinkte der Gewalt und der Unduldsamkeit entgegentrat: «Ihr seid wohl die ersten auf helvetischem Boden, die sich herausnahmen, die Begriffe Menschenwürde, Menschenrechte, Freiheit ‹Zauberspiegelworte› zu nennen und feierlich zu erklären: ‹Unter dem Banner dieser Ideen streiten wir nicht›; und ihr habt offenbar keine Ahnung, daß es, nachdem diese Worte einmal gefallen sind, nur noch zwei Möglichkeiten geben kann: Entweder ihr erledigt die Schweizerische Eidgenossenschaft, oder aber *die Schweizerische Eidgenossenschaft erledigt euch.*»[47]



Versteht wir nun, was diese Worte bedeuten?

III. Antidemokratismus

1. Paul Langs staatspolitische Theorien

Der Antiliberalismus der Nationalen Front mündete konsequenterweise in eine *antidemokratische Gesinnung* aus. Zur Geringschätzung der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Freiheitsrechte kam die Mißachtung des demokratisch-parlamentarischen Mehrparteienstaates. Bereits im Mai 1931 hatte es der spätere Zürcher Kantonsschullehrer *Paul Lang* an einem von der Neuen Front veranstalteten Vortragszyklus unternommen, das Nein zur direkten Demokratie theoretisch zu begründen. Seine Überlegungen hat er in der Schrift «Tote oder lebendige Schweiz?»[1] zusammengefaßt. Lang versucht hier, die *Demokratie* und die *Aristokratie* gegeneinander abzuwägen. Das demokratische Ideal spreche allen Bürgern gleiche Werte und gleiche Fähigkeiten zu. Daher verleihe es ihnen auch die gleichen Machtbefugnisse und die gleichen Souveränitätsrechte. Das aristokratische Ideal hingegen anerkenne Bürger verschiedener Fähigkeiten und verschiedener Werte. Es teile ihnen nicht gleich-, sondern verschiedenartige Funktionen zu.[2] Lang konfrontiert nun diese beiden Staatssysteme mit der politischen Wirklichkeit der Schweiz und gelangt zur Einsicht, der schweizerische Staatsgedanke strebe einen gesunden Ausgleich zwischen Demokratismus und Aristokratismus an. Dieses *Gleichgewicht* wurde erst im 17. und 18. Jahrhundert zugunsten des Aristokratismus *gestört*. Der Kreis der Regimentsfähigen gab es damals auf, sich immer wieder aus der Substanz des Volkes heraus zu erneuern; die Regierungsgewalt wurde erblich und beschränkte sich nur noch auf wenige Familien. Die Aristokratie entartete zur Oligarchie. Aber das so ungeheuer verdrängte Prinzip des Demokratismus war nicht tot. Es mußte einmal mit Macht hervorbrechen. Dieser Umbruch gelang im Gefolge einer großen europäischen Bewegung, der Französischen Revolution. Damals brach sich die demokratische Idee Bahn und fegte alles Aristokratische hinweg.[3]

Lang deutet den Durchbruch des demokratischen Freiheitsideals im 19. Jahrhundert ausschließlich als Gegenbewegung zu einem unfruchtbar gewordenen Aristokratismus der vorangegangenen Epoche. Das *geschichtliche Geschehen* ist bei ihm *mechanistisch* bestimmt. Nach seiner Auffassung verläuft die geschichtliche Entwicklung in Gegensätzen. Der historische Prozeß gleicht einem *Pendel,* das bald nach links, bald wieder nach rechts ausschlägt. Ist eine geschichtliche Form

bis zum Verfall gediehen, so schlägt sie in das ihr entgegengesetzte Prinzip um. Auf das Staatspolitische bezogen, bedeutet dies für Lang: Demokratie und Aristokratie lösen sich in ununterbrochenem Rhythmus ab. Jede der beiden Staatsformen zeichnet sich in ihrer Anfangsphase durch *Organik,* «durch Schöpfung..., Opfermut, Wirken im Geist, kurz: durch strömendes Leben aus», in ihrem Endstadium durch *Mechanik,* «durch Routine, Mechanismus, Automatismus..., kurz: durch ersterbendes Leben, Arteriosklerose, zuallerletzt durch den grinsenden Tod».[4]

In unserm Jahrhundert – meint Lang – hat sich das *demokratische Prinzip erschöpft.* Die seit 1848 die Schweiz beherrschende Politik hat die Demokratie überfordert. Sie hat zur Unterdrückung des Einzelnen durch die Masse geführt und die Elite auf Kosten des großen Haufens vernachlässigt. Die Demokratie ist in ihre Endphase getreten. Die «normale Alterskrise eines erschöpften und zu Tode gehaspelten politischen Systems» ist offenbar geworden. Sie zeigt sich schon darin, daß der schweizerische Staat in seiner gegenwärtigen demokratischen Gestalt moralisch und technisch unfähig wäre, eine ähnliche Probe wie die des Ersten Weltkrieges ein zweites Mal zu bestehen.[5]

Gegen das ganze verfluchte «Geflecht von Entartung und Verfall» müsse sich «naturnotwendig» eine Gegenbewegung durchsetzen. Diese werde im Zeichen des Aristokratismus stehen. Neue Bestrebungen, die dem Bereich des Aristokratischen zugeordnet seien, begännen wieder das politische Leben zu durchpulsen. Lang glaubt, die *aristokratische Gegenbewegung* in den vom «Schmiedesohn *Mussolini*» und vom «Malergesellen *Hitler*» getragenen politischen Ideen und staatlichen Ordnungen zu erkennen. Faschismus, Action Française und Nationalsozialismus seien Einzelaspekte einer Totalbewegung, die dem demokratischen Prinzip der Gleichheit das aristokratische der gestuften Ordnung gegenüberstelle. «Wir wollen ... jetzt schon bemerken, daß diese Bewegung in aller Wahrscheinlichkeit eine solche Dimension gewinnen wird, daß spätere Historiker sie mit der Französischen Revolution und ihren Auswirkungen oder gar mit der Reformation vergleichen werden.» Es handelt sich «um einen welthistorischen Prozeß von jahrhundertwirkender Bedeutung, an dessen Ende die Überwindung der Irrtümer der Französischen Revolution ... steht.»[6]

Diesem Prozeß kann sich die *Schweiz nicht entziehen.* Als Land der europäischen Mitte wird sie die politischen Wandlungen des Kontinents mitmachen und sich der antidemokratischen Bewegung, die über

Europa hinweggeht, anpassen. Sie wird die Ideen und Institutionen des letzten Jahrhunderts zerschlagen, dem Demokratismus das Rückgrat brechen und einer Staatsordnung Platz machen, die sich mit den aristokratischen Strömungen der Umwelt im Einklang befindet. Denn «Europa kann in seinem Zentrum keine erstarrte und entartete Substanz ertragen».[7]

Die Geschichte hat Lang nicht recht gegeben. Die Demokratie und das übrige Ideengut der Französischen Revolution waren 1930 nicht überlebt. Weder in der Schweiz, die zehn Jahre später, als die nationalsozialistische Herrschaft auf dem Höhepunkt ihrer Macht stand, einen einzigartigen Hort der Freiheit bildete und zahlreichen unterdrückten Völkern das Symbol einer erstrebenswerten bessern Zukunft war, noch im übrigen Europa, das nach Kriegsende überall dort, wo den Völkern das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wurde, zur demokratischen Staatsform zurückgekehrt ist. Auch haben Faschismus und Nationalsozialismus nicht jene Tiefenwirkung erzielt, die Lang von ihnen erwartet hatte. Der Prophet hat sich in seinen Prognosen getäuscht. Man kann sich seinen Irrtum auf zweierlei Weise erklären:

Erstens: Lang hat die Situation seiner Zeit falsch eingeschätzt. Das Pendel befand sich gar nicht an der extremsten Ausschlagstelle. Die *Demokratie* war noch *nicht der Agonie verfallen.* Der Demokratismus hatte sich nicht überlebt.

Zweitens: Langs Geschichtsdenken beruht auf einem falschen Axiom. Es gründet sich auf denselben *hohlen Historismus,* der uns schon im Antiliberalismus der Nationalen Front begegnet ist.[8] Die geschichtliche Entwicklung verläuft nicht in Gegensätzen. Der historische Prozeß gleicht nicht der an das Gesetz der Mechanik gebundenen Bewegung des Pendels. Langs Axiom eines antithetischen Geschichtsverlaufs ist – ähnlich wie Hegels synthetisches Entwicklungsdenken, aber ungleich primitiver als dasselbe – *deterministisch* bestimmt. Es will die Entwicklung voraussehen, berechnen und gewährt der Freiheit in der Geschichte keinen Raum.[9]

So ist es bezeichnend, daß Lang dem Element der Freiheit, dem *Geist,* keine oder doch nur eine geringe Bedeutung beimißt. Schon bei der Beurteilung der Französischen Revolution hat er die Rolle ihrer Wegbereiterin, der Aufklärung, unterschätzt. Die Französische Revolution ist nicht bloß eine Gegenbewegung gegen einen entarteten Aristokratismus, sie ist – wie auch die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung – nur denkbar in der Gefolgschaft der Aufklärung, die in einem langen geistigen Prozeß das demokratische Zeitalter vorberei-

tet hat. Aber nicht bloß in seinem Rückblick auf die Französische Revolution, auch bei der Beurteilung seiner eigenen Zeit *unterschätzt* Lang die *Wirkung des Geistes*. Er verfällt dem Glauben, daß der Umbruch, die Rückkehr zum Aristokratismus, ohne geistige Vorbereitung, gewissermaßen aus dem Nichts herausgestampft werden könne. Er unterschätzt die geistigen Kräfte, die bei jeder Umformung der geschichtlichen Verhältnisse lange im voraus die alte Ordnung zersetzen und die neue vorwegnehmen müssen. Er glaubt, einige Jahre frontistischer Propaganda würden genügen, um dem historisch gewachsenen demokratischen System das Grab zu schaufeln.

Schließlich ist Lang noch einem weitern Irrtum zum Opfer gefallen. Er glaubte, im Aufkommen des Faschismus und des Nationalsozialismus die Restauration seines *aristokratischen* Ideals zu erkennen. Er übersah, daß diese Bewegungen mit gesunder staatlicher Autorität nichts, mit nackter, brutaler Gewalt dagegen sehr vieles gemein hatten. Er drapierte eine politische Ideologie als aristokratisch, die doch nichts anderes als *totalitär* war. Infolgedessen konnte er einem System seine Bewunderung zollen, das ihn, den kultivierten und sensiblen Gelehrten, mit einem abgrundtiefen Grauen hätte erfüllen müssen.

So war es ihm entgangen, daß er sich mit seinem Nein zur Demokratie des 20. Jahrhunderts und mit seinem zwar noch verklausulierten Ja zum Faschismus nicht für das aristokratische, sondern für das totalitäre Prinzip entschieden hatte. Dieser Mißgriff war verhängnisvoll, ja geradezu katastrophal. Denn er öffnete in Langs Umgebung, der Neuen und Nationalen Front, der *braunen Infiltration* Tür und Tor, was zur Folge hatte, daß sich dort der nationale Gedanke, die Treue zur angestammten Heimat, mehr und mehr verflüchtigte. Hat Lang später seinen Irrtum erkannt? Hat er geahnt, daß sein Geschichtsbild und sein Urteil über den Nationalsozialismus unhaltbar waren und hat er nur nicht den Mut aufgebracht, auf dem nunmals eingeschlagenen Weg anzuhalten, umzukehren und seinem Pseudohistorismus, seiner Verniedlichung der faschistisch-nazistischen Gewaltherrschaft abzusagen? Wir wissen es nicht.[10]

Aber eines wissen wir: Langs staatspolitische Theorien haben das *Denken der Frontenführer* weitgehend *bestimmt*. Mit Lang glaubten diese an das «Gesetz des historischen Kontrapunktes», an die Bewegung des Pendels, das im Ablauf der Geschichte bald nach dieser, bald nach jener Seite ausschlage.[11] Mit ihm wähnten sie, an einem Umbruch der Zeiten, einem Wendepunkt der Geschichte angelangt zu sein.[12] Mit ihm meinten sie, der Demokratismus sei in seine Endphase ge-

treten, er weise alle Zeichen der mechanischen Erstarrung und der Vergreisung auf.[13] Mit ihm glaubten sie schließlich, im Faschismus eine Gegenströmung zum entarteten demokratischen System entdeckt zu haben, eine Geistesbewegung, die im Zuge der Zeit liege, eine geschichtliche Notwendigkeit sei und daher auch nicht vor der Schweizergrenze haltmachen werde.[14] Der Sieg der Hitlerbewegung schien diese Auffassung zu bestätigen. Er erzeugte bei den Frontenführern eine euphoristische Stimmung: «Die nationale Revolution in Deutschland ist ... von größter Bedeutung für Europa. In ihr verkörpert sich die offene, nach keiner Richtung verklausulierte Absage eines großen, geistig ebenso wie wirtschaftlich hochstehenden Volkes an die Prinzipien der Demokratie, des Liberalismus und des Marxismus. Dies ist ... um so aktueller, als sie nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern gleichzeitig Ausdruck einer umfassenden europäischen Geistesbewegung ist... Sie kann ... die Schweiz ebensowenig (wie andere Länder) gleichgültig lassen, da unser Geschick in dasjenige Gesamteuropas verwoben, dieses jedoch untrennbar mit dem Schicksal Deutschlands verknüpft ist.»[15] «Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Vorgänge in ... Deutschland ... Ausdruck einer ganz Europa durchdringenden geistigen Strömung sind, die mit historischer Notwendigkeit zum Durchbruch gelangen muß.»[16] Der «hellhörigen» Frontenjugend sei es gegeben, «mit feinem Instinkt diesen historisch notwendigen Weg» einzuschlagen und als «Geistesverwandte» des Faschismus und des Nationalsozialismus die nationale und soziale Erneuerung der Schweiz an die Hand zu nehmen.[17] Ihr sei es auferlegt, das Urteil der Geschichte über die bankrott gewordenen und in Auflösung begriffenen Parteien zu vollstrecken und die aus dem Zusammenbruch des Marxismus und des Bürgertums freiwerdenden Kräfte in einer großen Volksbewegung zu sammeln.[18] Ihr sei es ferner aufgetragen, den demokratischen Leichnam zu begraben und an dessen Stelle einen autoritären Staat zu schaffen, in dem wenige zur Führung und viele zur Gefolgschaft berufen seien.[19] Es wäre ein eitles und nutzloses Unterfangen, wenn die Eidgenossenschaft sich dem «mächtigen Strom des geschichtlichen Geschehens» entgegenstemmen und an den überlieferten Formen ihres staatlichen Daseins festhalten wollte.[20]

2. Kritik an der frontistischen Staatsauffassung

Die Thesen der Nationalen Front lösten ein vielfältiges Echo aus. Gonzague de Reynold glaubte mit den Frontisten, die Demokratie in der Schweiz sei das Überbleibsel einer vergangenen Epoche: «Nous sommes en retard sur l'ensemble de l'Europe. Notre montre s'est arrêtée à la fin du 19e siècle. Mais le 19e siècle, c'est l'ancien régime... L'Europe en mouvement ... rejette comme une guenille la démocratie dont la Suisse se croit le berceau et le modèle.»[1] Unser Land werde sich den veränderten Bedingungen anpassen müssen: «La Suisse ... ne conservera jamais la démocratie dans une vitrine, si les autres nations qui l'entourent abandonnent ce régime. Et il y a déjà trois sur quatre qui l'ont fait, et rien ne nous assure que la France, la quatrième, ne s'engagera pas dans la même voie un jour.»[2] Der Reynold-Schüler Oskar Bauhofer, der im Dritten Reich Vortragsreisen unternehmen konnte, sprach sich recht unverblümt zugunsten des Antidemokratismus aus: «Die Demokratie stirbt an ihrer eigenen Folgerichtigkeit, wie der Liberalismus. Warum klammern wir uns in naiver Gläubigkeit an ein System, dessen geschichtliche Stunde auch in unserem Lande vorüber ist? ... Der Katholizismus gehört mit seiner ganzen Kraftausstrahlung in die ‹nationale Front›. Es kann ihm (daher) nicht schwerfallen, im Zeichen der nationalen Erneuerung sich von der ‹bürgerlichen Front› ... zu lösen – der *Genius des Katholizismus* ist im Gesellschaftlichen *antiliberal* und im Politischen *antidemokratisch*... Möge er sich auch bei uns aus der zeitbedingten, aber unnatürlichen Verquickung mit den beiden Formen und Mächten (des Liberalismus und der Demokratie) zurückfinden zu sich selber und damit den Weg bereiten für die kommende Schweiz.»[3] Solche Aussagen wurden auf frontistischer Seite genau registriert. Bauhofers Gedankengänge, hieß es, seien «weit davon entfernt, einen Tadel zu verdienen».[4] Anders tönte es aus den katholischen Reihen selbst, die darauf hinwiesen, daß bedeutende Schüler Thomas von Aquins die Möglichkeit des Verbleibens der Staatsgewalt beim Volksganzen bejaht und folgerichtig in der *Demokratie keinen Widerspruch mit dem Genius des Katholizismus* erblickt hatten. Wenn auch die schweizerische Demokratie erneuerungsbedürftig geworden sei, so dürfe doch nicht an ihrer Grundverfassung gerüttelt werden. Der Katholik werde mit aller Bestimmtheit am demokratischen Ideal festhalten.[5] Johann Baptist Rusch bezeichnete die *Demokratie* als «die *Brautführerin der Kirche*. Wo der Staat zu stark geworden ist, wurde die Kirche noch immer seine Mätresse,

und damit hört sie auf, ehrbare Mutter des Volkes zu sein.»[6] Mehr aus praktisch-politischen als aus dogmatisch-theologischen Erwägungen heraus war auch Bundesrat Motta ein warmer Befürworter des demokratischen Staatsgedankens: «Jedermann weiß, daß der Hauch der Demokratie auch der Hauch des Schweizers ist... Die demokratische Staatsform ist die einzige, die für die Schweiz paßt. Die Form ist wohl Menschenwerk, aber eines der edelsten Menschenwerke.»[7]

Auf protestantischer Seite warnte *Max Huber* vor einer unkritischen Übernahme frontistischer Gedankengänge. Man könne zwar nicht bestreiten, daß die schweizerische Demokratie, die bisher mit der allgemeinen politischen Entwicklung zu korrespondieren schien, zur Zeit den Eindruck erwecke, einer vergangenen Epoche anzugehören. Es sei daher begreiflich, daß Zweifel an der Zweckmäßigkeit unserer staatlichen Einrichtungen aufsteigen würden und die Meinung sich breitmache, wir hätten uns in eine Bewegung einzureihen, die eine zeitgemäßere politische Ordnung anstrebe. Aber gerade bei einer Anpassung an die autoritäre Umwelt laufe man Gefahr, sich von der Strömung um sich herum mitreißen zu lassen und seinem eigenen Wesen untreu zu werden. «Gerade dann, wenn die Welt sich um uns wandelt, wenn die Notwendigkeit starker Wandlungen auch für uns möglich erscheint, müssen wir uns auf unser besonderes Wesen ... besinnen, damit, wenn wir uns wandeln müssen, wir nicht uns selbst aufgeben... *Erneuerung erfordert Selbstbesinnung.* Aber Selbstbesinnung ist, wie für den Einzelnen so auch für ein Volk, nur möglich durch Rückschau: Rückschau ohne falsche Begeisterung und ohne Ressentiments, Rückschau in strenger Wahrhaftigkeit.» Zwar werde in einer Zeit, die nach Umgestaltung und Erneuerung drängt, solches Rückschauen manchmal als unzeitgemäß empfunden. «Aber gerade darum ist es zeitgemäß.» Seinem eigenen Rate Folge leistend, hielt Max Huber Rückschau. Er zog sich die Schweizergeschichte zu Rate und kam dabei zur Erkenntnis, daß die bestehende Staatsverfassung ein Stück unseres eigenen Wesens sei. Sie sei *föderalistisch,* weil sie aus dem früheren Staatenbund gewachsen sei. Sie sei *demokratisch,* weil sie aus der Selbstverwaltung der Landsgemeindekantone, der städtischen Bürgergemeinden, ja sogar vieler Untertanengebiete, und aus der wirtschaftlichen Selbsthilfe unserer Vorfahren in den Genossenschaften gewachsen sei. Mit Fritz Fleiner, Karl Meyer und Leonhard von Muralt wußte sich Max Huber darin einig, daß das Dogma von der Volkssouveränität, dem die amerikanische Unabhängigkeits- und die französische Menschenrechtserklärung bleibenden Wert verliehen

hatten, für ein republikanisches Volk wie das unsrige im Grunde nichts Fremdes war, sondern lediglich das zum Ausdruck brachte, was schon seit langem in den tiefsten Schichten der Nation verankert gewesen war. Die Verbreiterung und schließlich Verallgemeinerung der politischen Individualrechte durch die demokratischen Verfassungen von 1803, 1830/31 und 1848 bedeuten nicht eine Beseitigung, sondern eine Erweiterung und Bereicherung der alten korporativen Freiheitsordnung. Sie kann als Nachholung dessen bezeichnet werden, was «in der folgerichtigen Politik der eidgenössischen Orte eigentlich schon von Anfang an gelegen hat». Das mit dem *Demokratismus* verwandte Prinzip der Selbstverwaltung hat sich *von alters her,* nicht erst seit der Französischen Revolution, *in der Schweiz bewährt* und kann daher nicht so leichthin über Bord geworfen werden. Eine erprobte Staatsform wechselt man nicht wie ein Hemd. Unsere demokratische Tradition gebietet uns Vorsicht bei staatspolitischen Neuerungen.[8]

Auch Albert Oeri, der Chefredaktor der «Basler Nachrichten», ließ sich in seiner anscheinend veralteten demokratischen Überzeugung nicht anfechten. Der «in die Politik verirrte Historiker» reihte sich mit vollem Bewußtsein in die «*alte Front*» ein: «Es ist zuzugeben, daß wir mit unserm demokratischen Konservatismus eine schöne Gelegenheit versäumen, auf der Höhe der Zeit zu marschieren. Das ist der Schweiz aber schon verschiedene Male passiert. Sie hat im sechzehnten Jahrhundert die Entwicklung zur Großmacht verpaßt, im 17. Jahrhundert den Anschluß an die interessanten Erlebnisse des Dreißigjährigen Krieges versäumt und hat nach 1848 die große Mode der Reaktion nicht mitgemacht. Bei alledem ist sie auf der Schattenseite der Weltgeschichte aber auch am Leben geblieben. Wenn sie jetzt demokratisch bleibt und sich dem Zuge der Zeit zur Diktatur widersetzt, so sieht das langweilig aus», hilft ihr aber, sich in ein freundlicheres Zeitalter hinüberzuretten.[9]

Was an der Nationalen Front besonders verletzen mußte, war die Naivität oder auch Frechheit, mit der sie in *Deutschland übliche Fragestellungen auf schweizerische Verhältnisse übertrug.*[10] Nichts war «törichter, als aus dem Zusammenbruch der Demokratie in Deutschland ... den Schluß zu ziehen, daß die eigenartige, urwüchsige Selbstregierung des Volkes auch in der Schweiz zum Untergang verurteilt sei».[11] Die deutsche Umwälzung war eine innerstaatliche Angelegenheit. Sie konnte nicht, wie Lang und Henne behaupteten, als Exportartikel nach der Schweiz Verwendung finden. Dazu waren die Verhältnisse in den beiden Ländern zu sehr verschieden. Wer das nicht bedachte,

konnte «unter der Suggestion des Augenblicks aus falscher Vaterlandsliebe unversehens zum Vaterlandsverräter werden wie jene vermeintlichen Patrioten in der Franzosenzeit».[12] Ein in Berlin lebender Auslandschweizer erinnerte seine Landsleute in der Heimat an das Wort, das Luther an der Marburger Disputation Zwingli entgegengeschleudert hatte: «Ihr habt einen *andern Geist* als wir.»[13] Dieses Wort, meinte der Landsmann, sei heute aktueller denn je. Das deutsche Volk unterscheide sich vom schweizerischen in mancherlei Hinsicht. Für den Deutschen sei typisch der «Respekt vor der fürstlichen Person, vor Beamten und Polizei», für den Schweizer dagegen «der angeborene Unabhängigkeits- und Freiheitssinn, der Mangel an Ehrfurcht vor menschlichen ‹Herrschaften›, der stolze Sinn des Mannes, der seinen Nacken vor keinem ‹Führer› beugt».[14] Aber nicht nur in ihrer psychologischen Struktur, auch in ihrer geschichtlichen Überlieferung seien die beiden Völker voneinander verschieden. Der deutsche Staat habe sich 1933 leicht in die Diktatur flüchten können, weil für ihn die Demokratie «etwas Äußerliches, mit dem Wesen der Nation nicht notwendig Verbundenes» gewesen sei. Er habe einfach das demokratische Überkleid abgestreift. Darunter sei «der alte preußisch-deutsche Autoritätsstaat in ... veränderter Gestalt» zum Vorschein gekommen.[15] Die Schweiz dagegen könne nicht auf die demokratische Staatsform verzichten. Sie stünde entblößt da, denn einzig die Demokratie sei auf ihren Leib zugeschnitten.[16] In dem Maße, als in den Nachbarstaaten das demokratische Bewußtsein geringer werde, nehme für unser Land die Verpflichtung zu, an seiner überlieferten Staatsform festzuhalten.[17]

Es wäre indessen eine einseitige Betrachtungsweise, wenn man nur zwischen dem diktatorischen Hitlerdeutschland und der demokratischen Schweiz einen Gegensatz sehen wollte. Es bestand auch ein Unterschied zwischen dem totalitären Führerstaat Hitlers und dem eher aristokratischen Autoritätsstaat Bismarcks. Dieser war ein Rechts-, jener ein Unrechtsstaat. Paul Lang, dem diese Tatsache entgangen war, als er den Totalitarismus des Reichskanzlers mit Aristokratismus verwechselte, hätte sich durch Albert Oeri belehren lassen können: Keine der früheren «Aristokratien und Despotien war ein totalitärer Staat, der die Freiheit seinen Untertanen restlos abgewöhnt hatte... Als der Kurfürst von Brandenburg seine Lande konfessionell unierte – man sagte damals noch nicht ‹gleichschaltete› – und den widerborstigen lutherischen Berliner Pfarrer Paul Gerhardt dadurch um Amt und Brot brachte, schnürte der eben sein Bündel, verzog sich

ins Kursächsische und dichtete seine herrlichen Lieder weiter. Wo er heute hingehen sollte, weiß ich nicht.»[18] Die klare *Unterscheidung des aristokratischen Prinzips vom totalitären,* wie sie Oeri machte, brauchte indessen nicht zur Annahme zu verleiten, daß Demokratismus und Aristokratismus nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil: das *demokratische Element* kann mit dem *aristokratischen* eine *Synthese* eingehen. Überall dort, wo in einer Demokratie begabte und integre Politiker am Werke sind, kommt das Aristokratische, das Qualitative, zum Durchbruch. Für Thomas Mann zum Beispiel waren die westlichen Demokraten Benesch, Roosevelt und Léon Blum – heute müßte man beifügen: Churchill und Kennedy – als persönlich-menschliche wie als staatsmännisch-politische Typen aristokratischer als die Machtmenschen Hitler und Mussolini.[19]

Schließlich stieß auch Langs *deterministischer Geschichtsmythos,* der Glaube an einen schicksalshaft vorausbestimmten Ablauf der Menschheitsgeschichte, den auch «Herr Propagandaminister Goebbels ... mit ... Schärfe darzutun» verstand,[20] auf Ablehnung. «Es ist eines Schweizers unwürdig», schrieb der St. Galler Jungliberale Ludwig Rittmeyer, «an ein uns bestimmtes Fatum, ein geheimnisvolles Schicksal zu glauben... Sind es nicht Menschen, die Diktaturen schaffen, sollten es nicht auch Menschen sein, die sich ihrer erwehren? Darum *fort mit der Schicksalsergebenheit* und auf zur befreienden Tat!»[21]

3. Autoritäre «Demokratie»

Was wollte die Nationale Front an die Stelle der liberalen Demokratie setzen? Weder die Diktatur noch den Totalstaat, beteuerte sie, sondern die «*konzentrierte*» oder «*autoritäre Demokratie*». Die demokratischen Volksrechte sollten auf grundsätzliche Entscheide, auf die Wahl des obersten Staatsorgans und auf Abstimmungen über Verfassungsfragen konzentriert werden. Die «ständige Anrufung des Volkes zur Bestätigung von unzähligen Verwaltungs- und Regierungshandlungen», zur Sanktionierung von Gesetzesvorlagen, Kreditgesuchen, Steuerfußänderungen und zur Wahl von mittleren und kleineren Funktionären sollte unterbleiben.[1]

> «Wo die Stimmen statt gewogen
> blöde werden nur gezählt,
> wird man um Vernunft betrogen,
> was kein Kluger sich verhehlt.»[2]

Der Schwerpunkt des politischen Planens, Entscheidens und Handelns sollte bei der Regierung liegen, die über große Kompetenzen verfügen müßte. Vor allem aber sollte der Staat eine sichtbare Spitze erhalten. Ein auf mehrere Jahre[3] gewählter *Landammann* sollte die Politik bestimmen, unter Ablehnung des Grundsatzes der Gewaltentrennung die wichtigsten Entscheide treffen, die Landesregierung präsidieren und die Fachminister, die Bundesräte, ernennen. Das «Prinzip des Persönlichen» wäre dem «Prinzip des Kollegiums» überzuordnen. Paul Lang betrachtete diese Lösung als die «glücklichste Verwirklichung des aristokratischen Ideals... Mit dem Landammann wäre der eigentliche *Gegenpol persönlich aristokratischer Art* zum Pol des demokratischen Volkes geschaffen.»[4] Letzteres sei eben wankelmütig und wandelbar und daher dem Weibe ähnlich, das der Führung bedürfe. Einer überragenden Person, die «sichtbarer Ausdruck der eidgenössischen Souveränität» wäre, würde es ohne weiteres sein Vertrauen schenken und ihr keine taktischen oder referendumspolitischen Hindernisse in den Weg legen, selbst wenn es einzelne der Regierungshandlungen nicht verstehen könnte. «Was die Jugend erhofft, ... ist, daß eine feste, ... das ganze Volk umfassende Volksgemeinschaft, ... von *einer* festen Hand geleitet, sich bilden läßt. Ihr sich unterzuordnen wäre der jungen Generation große Freude. In ihr würde sie verantwortungsbewußt mitarbeiten, Pflichten haben vor allem, nicht bloß Rechte, gehorchen müssen, nicht bloß abstimmen, wählen, wieder abstimmen ... und so fort, wie dies jetzt an der Tagesordnung ist.»[5] «Nous obéirons jusqu'à la mort même, s'il le faut, à des chefs non élus qui s'imposeront eux-mêmes à notre respect par les sacrifices qu'ils seront capables de faire au bien.»[6] Dem Stimmberechtigten könnte man ein an ein hohes Quorum gebundenes Abberufungsrecht des Landammanns zugestehen, mit dem jener im Notfall die Abdankung eines dem Lande schädlichen Führers erzwingen könnte. Dergestalt sollte der Herrschaft des Durchschnitts, der Begehrlichkeit der Massen ein Ende bereitet und dem Gedanken der Ungleichheit, der hierarchischen Stufung, der Führung und Gefolgschaft, reale Gestalt gegeben werden. Das brauche keineswegs Verzicht auf die Freiheit zu bedeuten, denn «opferfreudiges Dienen ... für den Führer» stehe «viel näher bei der wirklichen Freiheit als das dünkelhafte Souverän-Tun vieler Kleinbürger». «*Autorität statt Majorität!*» war die Maxime der Nationalen Front.[7]

Zur Durchführung der ins Auge gefaßten Staatsreformen bot die bestehende Ordnung der Nationalen Front eine legale Waffe an: die

Totalrevision der Bundesverfassung. Die Bewegung machte von dieser Waffe Gebrauch. Sie reichte im Sommer 1934 ein Revisionsbegehren ein. Sie hoffte, auf diesem demokratischen Wege zum Ziele zu kommen und die alten Institutionen durch neue ersetzen zu können.[8]

Die Nationale Front bezeichnete es indessen als ein nutzloses Unterfangen, wenn man bloß bestehende Einrichtungen und rechtsgültige Verfassungsbestimmungen ändern, im übrigen aber «die Vertreter des alten Systems aus Pietät ins neue hinübernehmen wolle». «Denn diese Leute würden den Geist des neuen Systems verfälschen und es in kurzer Zeit ruinieren... Ein neues ... System verlangt *neue Menschen.*»[9] Diese mußten sich aus der Nationalen Front rekrutieren. Die alten Parteifüchse dagegen hatten das Feld zu räumen. Nur auf diese Weise konnte das politische Leben von Grund auf neugestaltet werden.[10]

Voraussetzung für das lebendige Funktionieren des neuen Regierungssystems war ferner, daß es von einer die Mehrheit des Volkes umfassenden Bewegung getragen wurde. Erste Aufgabe der Nationalen Front mußte daher sein, ihren Ideen und Zielen im Volke zum Durchbruch zu verhelfen.[11] «Wir gehen darauf aus, ... eine ... Volksmehrheit zu schaffen.»[12] Die Nationale Front habe den «Willen zur Totalität». Das sei gleichbedeutend mit der Forderung nach *Alleinherrschaft.* «So wird der politische Kampf zu einem Kampf um die Macht. Erst wenn der Träger einer Idee den Sieg errungen hat und folglich die Macht in den Händen hält, kann er an die Durchführung dessen gehen, was er seit langer Zeit als geistigen Besitz in sich getragen hat.»[13] Um dieses Ziel zu erreichen, um die Parteien auf ihrem eigenen Felde zu schlagen, mußte die Front Partei werden. «Die jüngste Entwicklung in Deutschland zeugt eindeutig dafür. Keiner der vielen Bünde ... vermochte sich durchzusetzen, sondern nur die organisierte Macht der NSDAP... Die Nationale Front hat die Folgerungen daraus gezogen und sich als Partei organisiert.» Aber sie bleibe «Kampforganisation einer viel umfassenderen Bewegung», die nicht bloß Teile der Nation, nicht bloß einzelne Konfessions- oder Interessengruppen, sondern den ganzen Volkskörper umfassen wolle. Daher habe sie bei ihrer Namengebung auf die Bezeichnung «Partei» verzichtet.[14]

Bei der Machtergreifung der Frontenbewegung hatten die *alten Parteien* zu *verschwinden:* «Die Nationale Front sagt allen Bewegungen, die sich nicht zum schweizerischen Volke bekennen, den Kampf bis zur Vernichtung an.»[15] Wer unter diesen volksfremden Elementen

gemeint war, ging bei anderer Gelegenheit deutlich hervor: «Liberalismus und Marxismus bieten keine Grundlage für die neu zu schaffende Volksgemeinschaft, denn sie haben das Volk verraten.»[16] Damit war den Freisinnigen, Demokraten, Liberalkonservativen und Sozialdemokraten die Existenzberechtigung abgesprochen. Da auch die Wirtschaftsparteien zum Dienste am Volke ungeeignet seien und deshalb verschwinden müßten, war auch der BGB-Partei das Todesurteil ausgestellt.[17] Schließlich ließ sich – das Vorbild Deutschland bewies es ja – sicher ein Vorwand finden, um den konfessionellen Parteien den Garaus zu machen. Dann waren die Parteien generell beseitigt. Die Nationale Front konnte also ganz ungeniert in den Schlachtruf «*Fort mit den Parteien!*» einstimmen.[18] Sie nahm damit jene Wegstrecke unter die Füße, die die NSDAP bei der «politischen Auswertung» des Reichstagsbrandes bereits hinter sich gebracht hatte. Die Front ging zum Sturmangriff gegen die Parteien über und stellte ihnen – leider erst in hypothetischer Form – ein nahes Ende in Aussicht: «Die Vernichtung der Parteien ist notwendig, damit das Volk leben kann.»[18] «Sie sind das Krebsübel, das am Mark unseres Volkes zehrt.»[19] «Le régime des partis, ... c'est le tripot.»[20] «Die nationale Erneuerung verwirklicht sich ... nur durch eine absolute Zertrümmerung des heutigen Parteienstaates.»[21] Zuallerletzt sollte nur noch eine Partei geduldet sein: die Nationale Front, die sich mit Volk und Staat identifizierte.[22] Opposition gegen sie war gleichbedeutend mit Feindschaft gegen das Volkstum und Schädigung der Nation und mußte mit allen Mitteln unterdrückt werden. *Der gleichgeschaltete Einparteienstaat* hätte der von der Nationalen Front propagierten autoritären «Demokratie» die Krone aufgesetzt.[23]

Zur parteifeindlichen Einstellung gesellte sich eine schroff *antiparlamentarische* Haltung: «Die Nationale Front kämpft gegen Parlamentarismus und Parteienstaat. Wir sind der Meinung, daß unsere Volksvertretungen zu erbärmlichen Schwatzbuden herabgesunken sind, die besser geschlossen würden.»[24] Die Parlamente mit ihrer «verantwortungslosen Partei- und Cliquenherrschaft» waren der Nationalen Front ein Greuel.[25] «Les parlements ... sont comparables à des vulgaires ménageries ... où l'on oublie le pays pour ne penser qu'à des intérêts de clans.»[26] An die Stelle der parlamentarischen Demokratie sollte der «autoritäre Staat» treten, «qui peut décider de lui-même des intérêts généraux du pays, sans qu'il soit nécessaire d'avoir recours à l'assentiment d'un parlement inorganique et irresponsable.»[27] Die Arbeit der Gesetzgebung könnte ebensogut Fach-



Erneuerers Wunschbild,
das vereinfachte Parlament

kommissionen übertragen werden, die der Landammann zu ernennen hätte. Wirtschaftliche Aufgaben wären an die Korporationen zu delegieren.[28] Die Parlamente würden lediglich noch konsultativen Zwecken dienen.[29] Sie wären damit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Zu solchen Theorien in *Widerspruch* stand das praktische Verhalten der Nationalen Front. Diese nahm überall dort, wo irgendeine Aussicht auf Erfolg bestand, am Kampf um die Eroberung von Ratssesseln teil. Gauführer Tobler zum Beispiel war gleichzeitig Mitglied des Zürcher Gemeinderates, des Zürcher Kantonsrates und des Nationalrates. Diese Inkonsequenz veranlaßte die «Gazette de Lausanne» zur Feststellung: «En faisant M. Robert Tobler conseiller national, les frontistes donnaient une preuve nouvelle de l'incohérence de leur esprit. Ils se proclamaient anti-parlementaires à la mode hitlérienne, mais étaient incapables de résister au préstige attaché à un titre qui fait encore son effet sur les foules.»[30]

Schließlich lehnte es die Nationale Front ab, allen erwachsenen Bürgern das *Aktivbürgerrecht* zuzugestehen. Dieses sollten nur diejenigen erhalten, die «den Willen zur aktiven Mitarbeit an der Volksgemeinschaft durch die Tat», sei es durch Leistung von Militärdienst oder durch Mitarbeit in einem Arbeitsdienst, bekundet hatten. Unpolitische, unsachverständige und unfähige Leute sollten in ihre Privatsphäre verwiesen werden. Auch wer sich aus der Volksgemeinschaft ausschloß, wer die den neuen Volksstaat repräsentierende Einheitspartei beschimpfte und beleidigte, konnte keinen Anspruch auf «demokratische» Rechte geltend machen. Unnötig zu betonen, daß auch den Juden jede aktive politische Betätigung verwehrt war.[31]

Das antidemokratische Konzept der Nationalen Front, das unter der Flagge «autoritäre Demokratie» segelte, hat das Bundesgericht einmal in die Worte zusammengefaßt: «Daß die Nationale Front der demokratischen Staatsform ... abhold ist, steht fest. Sie hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Parlament ablehnt, ferner die Freiheitsrechte in ihrer jetzigen Gestalt, und daß sie ... einen autoritären, einen *nationalsozialistischen Staat* schweizerischer Prägung errichten möchte... Sie verwirft den Parteienstaat, worunter offenbar der Mehrparteienstaat im Gegensatz zum Einparteienstaat gemeint ist.»[32]

4. *Freiheitliche Demokratie verpflichtet!*

Nur wenige der Programmpunkte der Nationalen Front fanden bei den Nichtfrontisten Anklang. Am ehesten billigte man die Forderung nach Stärkung der Zentralgewalt. Man stimmte mit den Erneuerern darin überein, daß auch der demokratische Staat handlungsfähig sein müsse. Dieser benötige eine starke Regierung, die die Verwaltung in Zügeln halte, das Parlament vor klare Entscheidungen stelle und dem Druck der Verbände widerstehe. Auch solle sie einen Ausgleich zwischen den Interessen zustandebringen und verhindern, daß einzelne staatliche oder private Sondergruppen sich auf Kosten anderer allzusehr ausbreiten können. Die Demokratie, meinte Karl Wick, dürfe nicht zu einem «Kultus der Inkompetenzen» führen. Man würde einen grundsätzlichen Fehler begehen, wollte man das Führerprinzip in Gegensatz zum demokratischen Ideal stellen.[1] Auch Philipp Etter lehnte es ab, die Freiheitsidee gegen den Autoritätsgedanken auszuspielen. Die beiden Begriffe müßten miteinander in Einklang gebracht werden.[2] Der bernische Kirchendirektor Hugo Dürrenmatt gab zu verstehen, daß *echte Autorität* nicht in einer weltlich-immanenten Führeridee begründet liege. Die Autorität des Staates leite sich von der *Autorität Gottes* ab, von der nach dem Worte des Apostels Paulus alle Obrigkeit herkomme, und müsse daher von einem ausgeprägten Verantwortungsgefühl gegenüber Gott und den Menschen getragen sein.[3] In diesem Sinne konnte auch Max Huber sagen, ein Zwingli oder Niklaus von der Flüe seien «charakteristisch und eigentlich symbolisch für schweizerisches Führertum».[4] Dieser Auffassung mußte das aus Deutschland entlehnte frontistische Führerprinzip, das auf einer säkular-totalitären Weltanschauung fußte, diametral entgegenstehen. Der blinde Glaube an die Sendung des Führers, die kritiklose Unterordnung unter den Willen des Herrschers waren vom Geist des Christentums weit entfernt. Sie hatten auch mit der Idee der Eidgenossenschaft nichts gemein.[5] Um die Exekutive zu stärken, war es nicht unbedingt nötig, einen Landammann auf den Schild zu erheben, der die übrigen Regierungsmitglieder majorisierte und sie zu Chefbeamten degradierte. Auch das *Kollegialsystem* konnte handlungs- und leistungsfähig sein. Bundesrat Motta verteidigte diese Regierungsform. Es sei ausgeschlossen, meinte er, daß man «einem einzigen Manne, und wäre er auch der ernsthafteste und aufgeschlossenste, die Summe aller Gewalten» überlasse. Eine Staatsform, die am Gefüge der Kollegialregierung rüttelt, komme für schweizerische Verhält-

nisse nicht in Frage.[6] Wick hob, an diese Worte anknüpfend, die Vorteile des Kollegialsystems hervor. Mit seiner geschichtlichen Mischung der Stände und Sprache bringe es den politischen Trieb des mehrsprachigen Schweizervolkes viel klarer zum Ausdruck als das System der Einzelführung. Auch laufe es weniger Gefahr einseitiger politischer Festlegung wie bei der Führung durch einen Einzelnen. Die Frage der Staatslenkung könne eben nicht aus abstrakten Prinzipien, sondern nur aus den wirklichen Bedürfnissen eines Landes und Volkes heraus beantwortet werden.[7] Zu diesen Bedürfnissen zählte die «Thurgauer Zeitung» auch die Tatsache, daß der schweizerische Staat von unten her aufgebaut werde, «und zwar nicht auf einmal, sondern durch immer neue Bausteine, die durch Volksentscheide hinzugelegt werden». Folgerichtig verteidigte das Blatt die *direkte Demokratie:* «Der demokratische Staat ist mit Täuschungen verbunden, denen das Volk zu gewissen Zeiten unterliegen mag, aber er ist nie hoffnungslos verloren... Der Staat der reinen Demokratie kann jederzeit umkehren von einer falschen Richtung seiner Entwicklung.»[8] Schließlich war auch die Behauptung der Frontisten, daß in der Demokratie der direkten Volksbefragung nur die Stimmen gezählt würden, ungenau. «Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz», erklärte Eduard Zellweger, «hebt die natürliche Ungleichheit der Menschen nicht auf samt der verschiedenen Fähigkeit, sich des gleichen Rechts zu bedienen: jeder hat nicht allein seine Stimme, die gezählt, sondern auch sein *Wort,* das *gewogen* wird.»[9]

Die direkte Demokratie verunmöglicht den reinen *Parlamentarismus,* wie ihn etwa Frankreich in der Dritten Republik ausgebildet hatte. Auf zwei Attribute müssen unsere Parlamente verzichten: auf die letzte Verantwortlichkeit in der Verfassungs- und Gesetzgebung, da diese dem Volke zusteht, und auf die Fähigkeit, die Regierung zu stürzen, was dem Bundesrat und den Kantonsregierungen eine ungewöhnliche Stabilität verleiht. Wenn die Frontisten «unsere parlamentarischen Einrichtungen ... mit den Volksvertretungen anderer Staaten» auf die gleiche Stufe stellten, gingen sie von falschen Voraussetzungen aus und verrieten «eine unbegreifliche politische Unkenntnis» oder aber die Herkunft ihrer antiparlamentarischen Schlagworte, die sie gedankenlos aus dem Deutschen Reich übernommen hatten.[10] Immerhin mußte man ihnen zugutehalten, daß auch die schweizerischen Parlamente nicht über alle Mängel erhaben waren. Die eidgenössischen Räte zum Beispiel zeichneten sich oft durch Disziplinlosigkeit aus. Ihre Verhandlungen erweckten manchmal

einen bemühenden Eindruck. So etwa, wenn die «Thurgauer Zeitung» über eine Nationalratssitzung rapportierte: «Der Beginn der Nachmittagssitzung war auf 4 Uhr angesetzt, aber es waren erst etwa 30 Ratsherren anwesend. Bundesrat Schultheß hätte» über die Wirtschaftsartikel «reden sollen. Er weigerte sich jedoch, was verständlich ist, in einer so bedeutsamen Frage das Wort zu ergreifen, wenn das Interesse im Saal nicht größer sei. Nationalrat Uhlmann aus Mammern fand dann den Ausweg, indem er beantragte, die Sitzung für eine halbe Stunde aufzuheben. Dieser Ordnungsantrag wurde zur Abstimmung gebracht; aber auch sämtliche Stimmenzähler fehlten noch, so daß unter erheblichem Tumult alles auseinanderlief, ohne daß der Vizepräsident Huber etwas anderes hätte vorkehren können... Präsident Dollfuß, der ebenfalls noch fehlte, hätte wohl auch keinen besseren Ausweg gewußt.»[11]

Auch der Gedanke des *Einparteienstaates* vertrug sich nicht mit unserer demokratischen Tradition. Der innenpolitische Redaktor der «Basler Nachrichten» bezeichnete «die Idee der Zerstörung der Parteien» als «etwas durchaus Unreifes, wenn nicht die Diktatur als Lösung vor Augen» schwebe. Es könne im demokratischen Staat wohl überlebte Parteien geben, aber ohne Parteien überhaupt gehe es nicht.[12] Karl Wick räumte ein, daß vieles im schweizerischen Parteileben krank und reformbedürftig sei. «Aber man heilt den Patienten nicht dadurch, daß man ihn totschlägt. An dieser Roßkur, wie sie gewisse Erneuerer ... verschreiben wollen, wird unser Staat nicht genesen, sondern verwesen.»[13] Markus Feldmann verriet den politischen Praktiker, wenn er an die Nationale Front die Frage richtete: «Wer soll die geeigneten Persönlichkeiten herausfinden, wer soll Kandidaturen aufstellen, wer soll überhaupt das ganze Wahlgeschäft besorgen, wenn die natürlich gewachsenen politischen Gruppen grundsätzlich auszuschalten sind?»[14] Johann Baptist Rusch wies grundsätzlich darauf hin, daß die Frontisten die Idee des Einparteienstaates aus denjenigen Ländern bezogen hätten, in denen eine einzige Partei sich aller öffentlichen Gewalt bemächtigt und jede andere Gesinnung ausgerottet habe. Das sei aber keine Überwindung des Parteiwesens, sondern eine *Verabsolutierung* desselben.[15] Auch für Bundesrat Motta war es eine ausgemachte Sache, daß der Einparteienstaat für die Schweiz außer Betracht falle: «Supposons ... que tous les partis eussent été supprimés pour en laisser subsister un seul, le parti du gouvernement. Reconnaîtrions-nous encore dans cette image de l'Etat notre Suisse? Ce pays serait-il encore notre pays? Je ne sais s'il garderait encore son nom.

Mais je sens – et vous sentez tous avec moi – qu'il aurait cessé d'être une démocratie, qu'il aurait altéré sa substance, changé sa figure et perdu ses raisons de vivre.»[16] Immerhin gab es gerade im konservativen Lager einige Leute, die mit dem Gedanken spielten, einzelne Parteien aus dem politischen Leben der Schweiz auszuschalten. Zu ihnen zählte Carl Doka, der in einem Referat vor der Katholischen Volkspartei Schaffhausen erklärte: «Das Christentum hat als staatspolitisches Prinzip an Stelle der Freiheits- und Gleichheitsideologie ... zu treten... Zur Führung (im Staate) können nur jene berufen sein, die das Christentum als alleiniges und staatspolitisches Prinzip anerkennen... Jede Idee, die der führenden Idee des Christentums widerspricht, ist von der Staatsführung auszuschließen... Das passive Wahlrecht in eine kommunale, kantonale und eidgenössische Behörde politischen, kirchlichen oder wirtschaftlichen Charakters besitzt nur, wer sich den voranstehenden ... Grundsätzen verpflichtet hat.»[17] Wenn man berücksichtigte, daß eine von der Schweizerischen Konservativen Volkspartei herausgegebene Schrift den Liberalismus und den Sozialismus als «religionsfeindlich» deklarierte und behauptete: «Der Liberalismus führt direkt zum vollendeten Unglauben... Er ist ... der Aufruhr gegen das Gesetz Gottes!»[18], so konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß Doka die beiden Hauptkonkurrenten des politischen Katholizismus, die Freisinnigen und Sozialisten, am liebsten aus der schweizerischen Innenpolitik verbannt hätte. Ein solcher Eingriff in das parteipolitische Gefüge hätte unser Land in die Nähe einer «ultramontanen Diktatur» geführt. Dem Ausspruch Dokas ist zu entnehmen, wie *fließend* einst der *Übergang zwischen extremem Konservativismus und Frontismus* war – ebenso fließend wie derjenige zwischen radikalem Linkssozialismus und Kommunismus. Der konservative Gewährsmann scheint allerdings seine Hefte bald revidiert zu haben. In einer sechs Monate nach seinem Schaffhauser Vortrag herausgegebenen Sammlung von Vorschlägen für die Totalrevision der Bundesverfassung bekannte er sich wieder zu den individuellen Freiheitsrechten und sprach sich auch positiv über den Mehrparteienstaat aus: «Die staatsrechtliche Neuordnung ist aufs engste mit dem Schicksal der politischen Parteien verknüpft. Wer sie ausschalten ... und durch eine Einheitspartei etwa im Sinne der faschistischen, der nationalsozialistischen, der russisch-kommunistischen Partei oder auch der österreichischen Vaterländischen Front ersetzen will, vertritt ... nicht mehr den bisherigen Begriff von ‹Partei›. Denn der setzt ... die Existenz mehrerer, jedenfalls mindestens einer noch anderen ‹Partei›

voraus.»[19] Mit diesem Abrücken von seinem früheren Standpunkt hatte sich Doka dem offiziellen Kurs[20] der Konservativen Partei ein- und untergeordnet.

Die Demokratie braucht nicht in jedem Falle die beste Staatsform zu sein. Sie gewährleistet an sich keine größeren Freiheiten und keinen vermehrten Wohlstand. Sie bietet lediglich die besseren Startbedingungen zu einem wohlgeordneten Gemeinwesen an, indem sie jedermann die Chance der politischen Betätigung und des aktiven Einsatzes zugunsten der Allgemeinheit einräumt. Alles hängt letztlich vom Menschen ab, der sich der demokratischen Institutionen zu bedienen weiß. Verfügt er über Selbstdisziplin und Verantwortungsbewußtsein, so wird er den Aufgaben, mit denen er als Staatsbürger konfrontiert wird, gewachsen sein. Verharrt er dagegen im Eigennutz, in der Gebundenheit eines selbstsüchtigen Herzens, so wird er zur Mitarbeit an der Volksgemeinschaft wenig tauglich sein. *Demokratie verpflichtet!* Sie ist in hervorragendem Maße eine Sache der *Erziehung*.[21] Der demokratische Staat hat alles Interesse daran, daß «‹seine Herren› erzogen» sind.[22] Die Frontisten zeichneten sich nun dadurch aus, daß sie den Glauben an die erzieherischen Möglichkeiten des demokratischen Staates verloren hatten. Solidaritätsgefühl und Verantwortungsbewußtsein setzten sie wohl bei den Führern, nicht aber beim einzelnen Bürger voraus. Ein Volk indessen, das Pestalozzi verehrt, darf in seinem Bemühen um Selbstläuterung nicht erlahmen. Es darf an der Überzeugung nicht irre werden, daß es zur Bildung und damit zur Befreiung aus der Vormundschaft eines allwissenden, allmächtigen und allgegenwärtigen Führers fähig sei. Denn «daß der Mensch berufen sei, nicht seinen aus ‹Blut und Boden› stammenden Trieben zu gehorchen, sondern sich aus dem Zentrum der Vernunft zu verwalten, ... daß er – jeder – nach Kräften ... mitwirken soll, den Staat, dessen Bürger er ist, zu leiten und lenken, daß er, über diesen Staat hinaus, Verpflichtung und Würde als Glied der Menschheit besitzt, dies sind großartige, edle Gedanken, die niemals mehr verlorengehen dürfen... Wo darauf verzichtet wird, vielleicht unter bestimmten Umständen verzichtet werden will, da liegt immer ... eine schmerzliche Senkung der Menschenwürde vor.»[23] So ist der demokratische Staat Geschenk und Verpflichtung zugleich. Er ist das ererbte Gut unserer Väter, das, um es richtig verwalten zu können, durch persönliche Hingabe immer aufs neue erworben werden muß.[24]

5. Der Frontengeist, der stets verneint

Zu einer aufbauenden Arbeit war die Nationale Front je länger desto weniger fähig. Ihre politische Zielsetzung ging immer deutlicher in Richtung eines diktatorischen Zwangssystems. Diese Absicht verband sie mit *scharfen Ausfällen* gegen die Demokratie: «Gibt es etwas Lumpigeres, etwas Verlogeneres als die schweizerische ‹Demokratie› von 1937? Man sollte jene Burschen, die heute oben und unten, in den Regierungen und den Redaktionsstuben und den Verbänden und den Hörsälen von schweizerischer Demokratie triefen, in einem Pechkessel einsieden können. Es gäbe da einen Demokratengestank, daß einem daneben ein Saustall noch parfümiert vorkäme.»[1] «Um die jetzige Demokratie der Lüge und der Korruption zu brandmarken und zu vernichten, kann man gar nicht deutlich, nicht einmal unanständig genug sein.»[2]

Diese wilde und sinnlose Schaumschlägerei der Nationalen Front erklärte sich aus der Tatsache, daß die Bewegung sehr bald nach ihrem Aufschwung den Höhepunkt überschritten hatte. Das Strohfeuer des Frontenfrühlings machte schon im Herbst 1933 einer lähmenden Stagnation Platz.[3] Rasch dämmerte die Einsicht, daß auf *legal-demokratischem Wege keine frontistische Machtposition* aufzubauen war. Eine solche war nur zu verwirklichen, wenn man nach dem Beispiel Hitlers den politischen Gegner radikal vernichtete. Zu diesem Zwecke mußte aber die Demokratie zerschlagen werden. Immer heftiger stürmte daher die Nationale Front gegen die herrschende Ordnung an, immer wütender wurde ihr antidemokratisches Geschrei: «Das System kommt Tag für Tag mehr auf den Hund. Alle rechtdenkenden, ehrlichen und sauberen Menschen kehren sich von ihm ab und werden zu seinem Gegner. Zurück bleiben neben den Verblendeten und Verlogenen vor allem die eitlen Streber, die Feigen, die Nutznießer, die Schwindler, die Betrüger, die Lumpen... Es gibt schon bald kein Verbrechen mehr, welches das System nicht deckt, wenn es von einem seiner Anhänger verübt worden ist. Zu Dutzenden laufen die Leute frei herum, die eigentlich längst ins Zuchthaus gehören, ja sie bringen es sogar zu Amt und Würden... Landesverräter, Spekulanten, Betrüger und Lumpen haben ein herrliches Leben.»[4] «In den Parlamenten und Regierungen sitzt ein geistiges Proletariat, verdrängen Geschäftemacher, Ehrgeizlinge, Simpel und Schwätzer die wertvollen Elemente... Politische Bankrotteure funktionieren als Drahtzieher hinter einer völlig unfähigen Regierung. Das ist die schweize-

rische Demokratie, für welche gewisse Leute um gefällige Schonung zu bitten sich erdreisten. Nichts, aber auch gar nichts kann radikal und stark genug sein, um diesen Wechselbalg zu erledigen.»[5]

So geriet die Nationale Front ins Fahrwasser einer alles heruntermachenden, alles *negierenden Kritiksucht.* Ihre Aktivität erschöpfte sich bald in einem hemmungslosen Niederreißen der bestehenden Werte und Ordnungen. Eine dominierende Stellung nahmen dabei ihre drei negativen Programmpunkte ein: Antisemitismus, Antiliberalismus, Antidemokratismus. Mit solchen destruktiven Elementen allein ließ sich keine aufbauende und zukunftsweisende Politik betreiben. Die Bewegung entfernte sich immer mehr von ihrem neufrontistischen Ausgangspunkt. Sie gab das Erneuerungsethos preis, das sie ursprünglich einmal beseelt haben mochte.

IV. Nationalsozialismus

Mit der Ablehnung des Liberalismus und der Demokratie hatte die Nationale Front einer Kulturepoche abgeschworen, die im Zeitalter des Humanismus und der Reformation ihren Ausgang genommen und sich über die Aufklärung, die Französische Revolution und die Ereignisse der 1830er und 40er Jahre weiterentwickelt hatte. Die Front hatte sich einer festen Grundlage beraubt und sich in einen luftleeren Raum, in ein *geistiges Vakuum* begeben.[1] Der propagandistisch aufgebauschte Gedanke der Volksgemeinschaft vermochte diesen Verlust nicht wettzumachen. Gewiß ist es im Rahmen des abendländischen Denkens möglich, daß dem Individualismus, dem Bekenntnis zur selbständigen und autonomen Person nur relative Bedeutung beigemessen wird, daß dieser Gedanke beispielsweise dem christlichen Gemeinschaftsideal, der Idee der Nächstenliebe, untergeordnet wird. Ein solches im Glauben an eine höhere Instanz verankertes und an einer göttlichen Schöpfungsordnung sich orientierendes Gemeinschaftsideal stellt sich aber nicht in Gegensatz zum liberalen Persönlichkeitsethos. Liberale Individualität und christliche Sozietät schließen sich nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr. Anders die frontistische Lehre vom autoritären Staat. Indem sie den Liberalismus und die Demokratie verwarf, hat sie auch den Anspruch des Menschen auf Individualität, sein Recht auf persönlichen Eigenwert über Bord geworfen. Der Verlust war enorm, über dessen Ausmaß sich die Nationale Front gar keine Rechenschaft zu geben vermochte.

Mit seinem *Verzicht auf traditionelle Werte* stand der Frontismus nicht allein. Paul Lang hatte insofern richtig gesehen, als er in diesem Verzicht eine Parallelerscheinung zur geistigen Entwicklung des italienischen *Faschismus* und des deutschen *Nationalsozialismus* erkannte. Schon das zeitliche Zusammentreffen des Frontenfrühlings mit Hitlers Machtergreifung deutete auf einen innern Zusammenhang zwischen den Strömungen des In- und des Auslandes hin. Nie wurde diese Tatsache ernsthaft in Abrede gestellt. Man bekannte sich offen zu den «Grundsätzen, welche den Völkern der Achsenmächte neues Leben und neue Kraft» eingehaucht hätten.[2] Man vertrat die Überzeugung, der Umschwung in Deutschland werde auch in der Schweiz die Erscheinung zeitigen, daß Marxismus und Liberalismus nicht unüberwindbare Mächte seien. Die Flut der Begeisterung, die das deutsche Volk beim nationalsozialistischen Umschwung erfaßt habe, werde an der Schweizergrenze nicht haltmachen können.[3] Unser Land könne

sich nicht von seiner Umwelt abkapseln. Sein Los sei in dasjenige Gesamteuropas hineinverwoben.[4] Dieses wiederum werde in entscheidendem Maße von Deutschland bestimmt: «Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Herausarbeitung einer nationalsozialistischen ... antiliberalen Staatslehre in Deutschland und ihre Umsetzung in die Wirklichkeit ... von größter Bedeutung für das staatspolitische Denken in Europa ist. Deutschland ist eines der großen geistigen Kraftzentren unseres Erdteils. Wenn von ihm nicht nur in der Praxis des politischen Alltages, sondern auch mit dem schweren Geschütz staatstheoretischer und weltanschaulicher Fundierung der Angriff gegen Liberalismus und Marxismus ... vorgetragen wird, so kann die Rückwirkung im übrigen Europa nicht ausbleiben. Diese ist schon deshalb mit Sicherheit vorauszusehen, weil bereits in einer Reihe europäischer Staaten *gleichartige Bewegungen* am Werke sind.»[5]

Für unser Land sei es von besonderer Bedeutung, daß es den Anschluß an die neuen Strömungen des Kontinents gewinne. Dies aber sei gleichbedeutend mit einem «*Anschluß an das deutsche Geistesleben*».[6] Gerade wir Deutschschweizer dürften «im Reich nicht einen Feind, sondern» müßten in ihm «den Nährboden unserer eigenen Kultur» erblicken.[7] Denn allein schon die Sprache rücke uns in die Nähe des deutschen Volkes.[8] Allerdings zählten die Frontisten das hohe Geisteserbe, auf das sich Thomas Mann in seinem Kampf gegen das nationalsozialistische Barbarentum berief,[9] nicht zu den Kulturwerten des deutschen Volkes. Sie verstanden darunter vielmehr die pseudowissenschaftlichen Werke eines Carl Schmitt oder Alfred Rosenberg oder die fragwürdige Belletristik eines Joseph Goebbels.[10] Hervorragende deutsche Künstler und Gelehrte dagegen, die den Nationalsozialismus ablehnten, wurden von der Frontenpresse in unflätigster Weise besudelt. Der «Relativitätsjude» Einstein hatte, wenn es nach dem «Grenzboten» ging, jeden «Anspruch auf Achtung verscherzt».[11] Thomas Mann war ein «hergelaufener Literat», der im Schweizer Radio seine «faulen Sprüche» reißen durfte.[12] Das «kulturelle» Interesse der Frontisten erschöpfte sich im Niederreißen geistiger und ästhetischer Werte und im Aufbau einer *Scheinkultur*. Solches Benehmen nannte man dann Anschluß an das Geistesleben der deutschen Welt.

Angesichts des geistigen Vakuums, in das der Frontismus durch seine Absage an die liberale und demokratische Idee geraten war, und angesichts der Sympathien, die ihn mit der Politik des Dritten Reichs verbanden, war es nur eine Frage der Zeit, bis er die *nationalsozia-*

listische Doktrin übernehmen und mit ihr seine innere Leere ausfüllen sollte. Wenn er gleichwohl diesen Weg nur tastend und zögernd beschritt und sich vorerst lediglich zum «Eidgenössischen Sozialismus»[13] bekannte, so lag dies vor allem in taktischen Überlegungen, in einer gewissen Rücksichtnahme auf die nationalen Gefühle des Schweizers begründet. Man hielt es für opportun, dem deutschen Abkömmling eine schweizerische Etikette zu geben. Bald waren aber diese Hemmungen überwunden. Die Front begann, das Kind beim richtigen Namen zu nennen.

Der Anstoß ging von *Rolf Henne* aus. Im Sommer 1936 gab er die Parole aus, «daß gerade jene sittlichen Kräfte, die dem Faschismus und dem Nationalsozialismus den großen Erfolg gebracht» hätten, «eidgenössisch im wahrsten Sinne des Wortes» seien.[14] «Je bessere Eidgenossen wir zu sein bestreben, desto bessere Nationalsozialisten sind wir» auch.[15] Schon in wenigen Jahren «werden die Völker von ihren Regierungen gebieterisch verlangen, an den neuen Erkenntnissen» des Nationalsozialismus «teilhaben zu können».[16] Über Inhalt und Bedeutung dieser nationalsozialistischen «Erkenntnisse» schwieg sich allerdings der Landesführer beharrlich aus.

Sekundantendienste leistete der in Deutschland wohnende Schweizerdichter *Jakob Schaffner*. Dieser hatte im gleichen Sommer 1936 das Buch «Volk zu Schiff» herausgegeben, in das er das Geständnis einflocht, er gebe seine bisher geübte Zurückhaltung gegen den Nationalsozialismus auf und erkläre offen und verantwortlich, daß er «die Grundzüge des Nationalsozialismus als maßgebend betrachte für den Neuaufbau Europas».[17] In einer Besprechung, die Henne dem Buche widmete, war von den «Segnungen der neuen Weltanschauung» die Rede, die Schaffner «in überzeugender Weise zum Ausdruck» bringe. Kein Leser werde sich dem Banne des Buches entziehen können. Dieses gehöre in jedes Schweizerhaus.[18] Schaffner brauchte nicht lange auf den Dank des Vaterlandes zu warten. Der «begeisterte Mitkämpfer für das große Werk der nationalen Erneuerung» fand unverzüglich Aufnahme in den frontistischen Reihen.[19] Bald durfte er sich auch als Propagandaredner der Nationalen Front auf eine vierteljährige Tournee durch die Schweiz begeben und das «neue Brudergefühl», den «unbezwinglichen Glauben», die «königliche Ordnung», «sittliche Freiheit» und «ungemessene Liebe» des Nationalsozialismus besingen.[20] Die Reise verlief indessen nicht ganz hindernis- und störungsfrei, da sich die Basler und die Solothurner Regierung in ihrer unglaublichen Verstocktheit nicht am reinen Born der nationalsozia-



Wird's der Schaffner schaffen?

listischen Weisheit erlaben wollten und ein öffentliches Auftreten Schaffners kurzerhand verboten.[21]

Schaffners Erscheinen rief in vielen Gazetten ein lebhaftes Echo hervor. In der «Neuen Zürcher Zeitung» befaßte sich *Isidor Brosi* mit dessen Weltanschauung. Ohne über ihn als Dichter ein Urteil fällen zu wollen, sprach er vom Politiker Schaffner als von einem Menschen, dessen größte Liebe dem Deutschen Reiche gelte, der den Führer in den Himmel hebe und sich blindlings der Doktrin des Nationalsozialismus verschrieben habe. «Was wir aber bei Schaffner vermissen, das ist das eindeutige Bekenntnis zur Eidgenossenschaft. Umsonst suchen wir in seinen politischen Schriften Bekundungen, welche die geistige, moralische und gesellschaftliche Berechtigung der schweizerischen Nation ... ohne Vorbehalt bejahen, welche den Willen zur Freiheit, zur Unabhängigkeit unseres Landes, die Freude an unserer einen und vielfältigen Schweiz zum Ausdruck bringen.» Ein solcher Politiker, meinte Brosi, sei kein Soldat der Eidgenossenschaft und müsse als Landsmann abgelehnt werden.[22] Aufschlußreich war die Art und Weise, wie die «Front» diesen Angriff zu parieren versuchte. Statt Schaffner zu verteidigen, beschränkte sie sich im wesentlichen darauf, Brosi mit Schmähworten zu verunglimpfen, die den primitivsten Anstandsregeln ins Gesicht schlugen.[23]

Die Verteidigung Schaffners übernahm dann der alles andere als frontenfreundliche *Carl Albert Loosli.* Es bestand dazu etwelche Ursache, denn Schaffner bekannte sich nicht nur aus Geltungsdrang, aus Bedürfnis nach Größe,[24] zu Deutschland, der Heimat seiner Mutter und seiner Gattin, sondern auch aus einer namenlosen Enttäuschung darüber, daß ihn sein eigenes Vaterland seinerzeit verkannt hatte. Als Halbwaise und armer Leute Kind war der Dichter in seiner Jugend nicht Lehrer, sondern «bloß» Schuhmacher, nicht Offizier, sondern «bloß» Soldat geworden. Ähnlich erging es ihm bei seinem literarischen Schaffen. Seine Werke vermochten sich lange Zeit in der Schweiz nicht durchzusetzen. Loosli, dem dies bekannt war, kam daher zum Schluß: «Ich mag ihn heute nicht verdammen, weil er sich nunmehr rückhaltlos zum Nationalsozialismus ... bekennt. Denn das ist nicht seine Schuld... Wenn hier von Schuld die Rede sein sollte, dann belastet sie ... uns, seine Miteidgenossen... Daß er bei uns keinen Widerhall fand, daß er, in Deutschland mitverwurzelt, seinen Weg im Reiche leichter zu bahnen vermochte als im Lande der angeblichen Freiheit – wer wagt es ihm zu verdenken?... Er ist unser Vortrefflicher einer, den wir in der Heimat unverstanden, unerkannt und zu-

rückgesetzt schließlich über die Landesgrenze hinausgedrängt haben, wo er uns verlorenging... Es bleibt nur übrig, zu bereuen. Ferner, dafür zu sorgen, ... daß gerade solche Leute, wirkliche Schweizer eigener Prägung und festen Charakters, ... endlich bei uns Luft zum Atmen finden.»[25]

Die «Neue Generation», das Organ der Jungliberalen Bewegung der Schweiz, interessierte nicht nur die Person Jakob Schaffners, der seiner Sehnsucht nach Größe «bis zur Vernichtung seiner moralischen und geistigen Person nachgegeben» hatte,[26] «sondern auch die ‹schweizerische› Partei, der er beigetreten und die ihn aufgenommen und als einen ihrer Besten» pries. Die Nationale Front, urteilte das Blatt, erledige sich selbst durch die Begeisterung, mit der sie den politischen Ideen des Dichters huldige. Sie sei als eine Clique von Verrätern zu taxieren.[27] Auch auf andere politische Zirkel wirkte das Einschwenken der Frontisten ins nationalsozialistische Fahrwasser wie ein *rotes Tuch*. Das «Volksrecht» schrieb: «Wer den Nationalsozialismus in unserm Lande propagiert, der arbeitet – und wenn er auch hundertfach das Gegenteil behauptet – auf die Zertrümmerung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hin.»[28] Markus Feldmann führte in einer Nationalratsdebatte aus: «Auf die Schweiz übertragen, bedeutet der Nationalsozialismus ... die Vernichtung unserer Freiheit und die Zerstörung unseres Staates. Wer deshalb heute mit dem Bekenntnis als Nationalsozialist vor das Schweizervolk tritt, der soll sich nicht darüber beklagen, daß man ihn als einen Feind schweizerischer Freiheit und Unabhängigkeit betrachtet und entsprechend behandelt.»[29] Dieser Auffassung schloß sich das Bundesgericht vorbehaltlos an.[30]

Dessenungeachtet hielt die Nationale Front an der von ihr niemals genau umschriebenen nationalsozialistischen Idee fest. Mehr noch, sie versuchte, den Nationalsozialismus als *einzig taugliche Waffe* im Kampf *gegen den Kommunismus* darzustellen. Sie gab vor, die freie Schweiz lasse sich gegen die totalitären Ideen des Leninismus nur mit dem in Theorie und Praxis nicht minder totalitären Nationalsozialismus verteidigen, weil dieser das «stärkste Bollwerk gegen den Bolschewismus» sei.[31] «Es gibt keine Möglichkeit, den Marxismus zu überwinden, als durch den Faschismus.»[32] «Die neue Welt wird entweder vom Bolschewismus oder vom Nationalsozialismus beherrscht sein.»[33] Auf die schweizerische Innenpolitik übertragen, heiße die Alternative: Sozialismus oder Nationale Front. «Die Gegner Marxismus und Nationale Front haben sich ineinander verbissen, und

der Kampf wird nicht mehr ruhen, bis der eine oder andere Gegner unterlegen sein wird... Am Ende dieses Kampfes wird entweder die Fahne der Sowjets auf unsern höchsten Bergen flattern oder das Banner der Nationalen Front. Eine andere Entscheidung ist undenkbar.»[34]

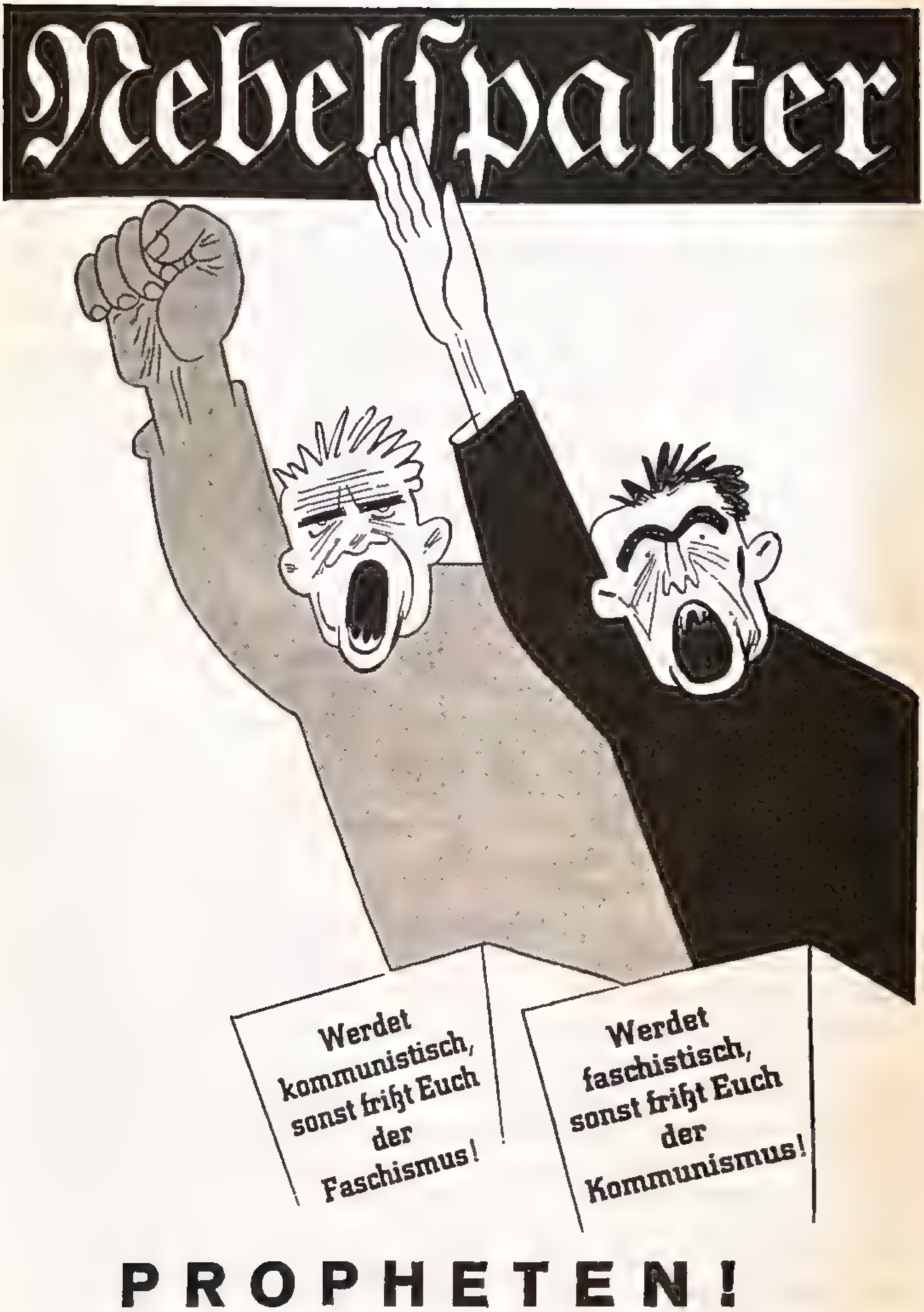
Der Nationalsozialismus mußte sich indessen im Kampf gegen den Bolschewismus als eine *stumpfe Waffe* erweisen. Beide Systeme besitzen in der Mißachtung des allen Menschen innewohnenden Freiheitsdranges eine ähnliche ideologische Wurzel. Die Scheidungslinie verläuft nicht zwischen Faschismus und Kommunismus, sondern zwischen Freiheit und Unfreiheit, Rechtsstaat und Totalstaat, freier Selbstbestimmung des Menschen und staatlicher Bevormundung desselben. Die «Gazette de Lausanne» hat dieser Auffassung deutlich Ausdruck gegeben: «Il faudrait être singulièrement myope pour ne pas voir les analogies qui existent, en particulier, entre le communisme russe et le racisme allemand. A Moscou comme à Berlin, les dirigeants d'un parti unique exigent du peuple ... le sacrifice de la liberté et de la dignité de la personne humaine. En Allemagne comme en Russie, c'est le pouvoir temporel qui détermine la foi des sujets, c'est le chef qui incarne la vérité – et cela équivaut à la négation de la plus haute des libertés, celle de la conscience.»[35]

Die Nationale Front hielt aber an ihrer *Scheinalternative* fest. «Die Fronten», behauptete sie, «beginnen sich zu scheiden. Auf der einen Seite der Bolschewismus..., auf der andern Seite die weltanschaulichen und politischen Systeme des Faschismus und des Nationalsozialismus.» Liberale Zwischenlösungen seien nicht mehr möglich.[36] Denn Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus lägen auf derselben Linie. «Sie unterscheiden sich nicht qualitativ, nicht dem Wesen nach, sondern dem Grade nach. Auf der gleichen schiefen Ebene liegend, nimmt der Liberalismus die höchste, der Bolschewismus die tiefste Stelle ein.»[37] Es gehe nicht um die Entscheidung Bürgertum oder Marxismus, sondern um das elementare Ringen zwischen Bolschewismus und christlicher Kultur. Zum Bolschewismus gehörten: «Liberalismus, Freimaurerei, emanzipiertes Judentum, Marxismus-Bolschewismus.» Auf der Gegenseite stünden die «Vertreter der arisch-christlichen Kultur in verschiedenen europäischen Staaten» – in Deutschland die NSDAP, in Italien die Faschistische Partei und in der Schweiz die Nationale Front. «Bolschewismus oder nationaler Sozialismus, das ist die Frage... Man sollte es doch endlich einsehen, daß es keine mittlere Lösung mehr gibt.»[38] Mit dieser in zahllosen Varia-

tionen immer wieder neu eingehämmerten Alternative zwischen zwei totalitären Systemen versuchte die Nationale Front das Denken des Schweizers auf ein schematisches *Entweder-Oder* auszurichten: «Man sollte doch endlich einsehen, daß es nur ein Entweder-Oder gibt.»[39] «Entweder gehört man zu denen, die mit der erhobenen Faust grüßen, oder zu jenen, die zum Gruße den rechten Arm emporheben.»[40]

Diesem schematischen Denken, das den liberalen Demokratien die Existenzberechtigung absprechen wollte, hat die «Neue Zürcher Zeitung» eine deutliche Absage erteilt. Mit leidenschaftlich-bewegten Worten setzte sie sich gegen die – wie sie sich ausdrückte – erpresserische Alternative der frontistischen Propagandisten zur Wehr: «Es kann ... nicht oft und nicht deutlich genug gesagt werden, daß der freiheitlich und demokratisch denkende Schweizer die nationalsozialistische wie die Volksfront-Alternative ablehnen muß. Es ist eine falsch gestellte, eine unhaltbare Alternative... Es besteht nicht der geringste Unterschied, ob man auf Grund von Urteilen von Sondergerichtshöfen, die in Rußland so gut bestehen wie in Deutschland, ... Menschen als faschistische Saboteure des kommunistischen Aufbaues oder als kommunistische Schädlinge der nationalen Revolution beseitigt. Es kommt nicht darauf an, ob man die ‹Religion als Opium für das Volk› ausrotten will oder die religiösen Bekenntnisse zu ersetzen bestrebt ist durch einen künstlich aufgezogenen arteigenen Glauben... Am wenigsten Grund, uns einer solchen Alternative auszuliefern, haben wir Schweizer, die wir unsere in Jahrhunderten gewachsene Demokratie als die uns allein gemäße politische Existenzform auch dann und erst recht dann empfinden, wenn die Umwelt andern politischen Sternen folgt. Wir haben es nicht nötig und wehren uns deshalb dagegen, daß man bei uns den bolschewistischen Teufel mit dem faschistischen Beelzebub – oder umgekehrt – auszutreiben versucht... Wer den Staat als Rechtsstaat, wer die Freiheit als die Bestimmung des Menschen und den Humanismus als Ziel will, kann nicht für eines der beiden totalen Staatssysteme optieren, ja, kann schon den Zwang einer solchen Option nicht anerkennen... Aus dieser innersten Überzeugung setzen wir dem Entweder-Oder der Anbeter der Diktaturen getrost ein festes eidgenössisches *Weder-Noch* entgegen.»[41]

Mit der unverhüllten Übernahme der nationalsozialistischen Doktrin *schloß* die Nationale Front ihren *geistigen Prozeß ab.* Dieser hatte sie immer mehr der schweizerischen Tradition entfremdet und sie


Nebelspalter
Werdet kommunistisch, sonst frißt Euch der Faschismus!
Werdet faschistisch, sonst frißt Euch der Kommunismus!
PROPHETEN!

immer stärker in ideologische Abhängigkeit vom Dritten Reich gebracht. Die Nationale Front, die in ihrem neufrontistischen Ansatz ursprünglich eine schweizerische Erneuerungsbewegung hatte sein wollen, war innert kürzester Frist eine «deutschfreundliche Gesinnungspartei» geworden.[42]

VIERTER ABSCHNITT

Die Nationale Front vom Herbst 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

I. Radikalisierung

1. *Maßlose Sprache*

Die Anhänger der Nationalen Front schien anfänglich ein echtes *Sendungsbewußtsein* zu beseelen. Sie glaubten, «nach einer langen und endlosen Zeit des Irrgangs» wieder einen Halt gefunden zu haben. Sie gaben vor, auf «überirdische Werte» gestoßen zu sein, die dem politischen Handeln einen höheren Sinn zu geben vermöchten. Verkündete doch die Bewegung den Glauben an eine letzte, verbindliche Instanz und an eine neue politische Ordnung, in der sich der Einzelne freudig den Anordnungen eines Höchsten unterziehe.[1] Die Führer suggerierten der Gefolgschaft, die Partei sei der «Ausdruck einer viel allgemeineren geistigen Bewegung», in «ihrer Durchschlagskraft etwa vergleichbar mit der Wucht der Reformation oder mit der Durchdringungsgewalt der Französischen Revolution».[2] «Dans un avenir prochain, ce sera une des plus grandes hontes du monde moribond d'aujourd'hui de n'avoir pas voulu reconnaître les signes des temps... Nous parviendrons. Les hommes de demain ont la foi invincible ... qu'ils sont les meilleurs joueurs.»[3] Die «Ideen der jungen Generation» würden allen Anfeindungen zum Trotz «siegreich zum Durchbruch gelangen».[4]

Dieses Sendungsbewußtsein wurde oft in überschwenglichem *Pathos* und mit sektiererischer Rigorosität vorgetragen: «Le Front National seul est capable d'enthousiasmer la jeunesse et de lui donner un grand but de vie.»[5] «Nous représentons la seule unité et la seule force qui pourra créer la Suisse nouvelle, nation où l'honneur, la justice et le travail auront à nouvelle place de premier plan qui leur est due.»[6] Nach einer Fronten-Landsgemeinde verkündete der «Grenzbote» siegesbewußt: «Heute ist die nationale Zukunft durch die Straßen der Stadt Schaffhausen marschiert.»[7] Der Schaffhauser Gauführer pries seine Kameraden als «ceux qui ont décidé de sauver leur canton et le pays au prix de leur vie, s'il le faut».[8] Die Verzückung steigerte sich zur Ekstase, wenn ein Frontenblatt ausrief: «Vaterland, dir allein

gilt unser Schaffen, dir allein gehört unsere Liebe! Diese heiße Liebe... wird uns von Triumph zu Triumph führen! Wir wissen, was wir dir schuldig sind. Wir wissen, daß es gilt, deine Ehre zu retten... Wir glauben an unser heiliges Vaterland. Wir glauben an unser Volk. Wir glauben an unsere Bestimmung. Wir glauben an unsere Führung. Wir glauben!»[9] Solche Töne, angeschlagen nach der im Kampf um die Totalrevision der Bundesverfassung[10] erlittenen Niederlage, verrieten letztlich Unsicherheit und Zweifel am erfolgreichen Ausgang des politischen Abenteuers, in das man sich eingelassen hatte. Mit einem Schwall überschwenglicher Worte versuchte man die Zweifel zu ersticken.

Auch vor einer leichtfertigen und billigen *Schwarz-Weiß-Malerei* schreckte die Nationale Front nicht zurück: «Wir ... Jungen haben ein Erbe angetreten, das restlos zerrüttet ist...: Materialismus, Rationalismus, Areligiosität ... Inmitten des geistigen Chaos ... haben wir ... uns zu einem neuen Gesetz bekannt, das uns erlösen kann, zu einer neuen Bindung, welche lautet: Volksgemeinschaft, Verantwortlichkeit, Autorität.»[11] Alles, was die alten Parteien bisher geleistet hatten, war unnütz, schädlich und würdelos. Es gab nur eine Partei, die ein gutes Ziel verfolgte, keinen Egoismus kannte, fähige und selbstlose Führer hatte, die nicht heuchelte und es ehrlich meinte mit dem Volk.[12] «Was ihr fertig brachtet, ist das Ergebnis einer schamlosen Lügenhetze, bezahlt von moskowitischen Agenten, von den Dunkelmännern der französischen Freimaurerei. Was wir schufen, ist das Werk eines nimmermüden Mutes, einer grenzenlosen Einsatzfreudigkeit und einer beispiellosen Treue!»[13] Wahrlich, an «Selbstvertrauen» gebrach es der Nationalen Front nicht.

Eine solche Propaganda mußte auf die Dauer ermüdend wirken und sich bald in einer harten und *lieblosen Kritiksucht* erschöpfen. Über den Bundesrat urteilte das Frontenblatt: «In Bern hocken sieben und machen nichts.»[14] «Die Toren gehen mit Blindheit geschlagen durch die Welt, an ihrer Spitze die sieben Weisen von Bern.»[15] Das Parlament war eine «Judenschule», die «Hunderte von Millionen» unnütz vertat.[16] Die «Bundesbürokratie», dieser «Wasserkopf», zeichnete sich durch «Vetterliwirtschaft» aus.[17] «Die Herren vom Freisinn und die feiß gewordenen Bonzen des Juden Marx» huldigten einer «Geldsackmentalität» und verteidigten eine «politische und soziale ... Ordnung, die Geist und Seele des Menschen ans Kreuz» schlug.[18] «Politisches Unvermögen, Kurzsichtigkeit und Charakterlosigkeit» waren die Stützen des «durch und durch verfaulten» demokratischen Systems.[19]

«Nichts anderes hat man in den Jahren seit dem Ende des Krieges geleistet, als um Sessel gefeilscht, die blödsinnigsten Kuhhändel abgeschlossen ..., dieweil das Volk Schritt für Schritt an Körper und Seele verendete, unsere Industrien verschachert wurden und die Bauernhöfe unter den Hammer kamen.»[20] «Le gouvernement est l'esclave des partis, le serviteur de la franc-maçonnerie, l'instrument des trusts et de la haute finance internationale. Il ne connaît pas le peuple, il est indigne de notre confiance.»[21] Die Frontisten, die vorgaben, Avantgardisten einer neuen Zeit zu sein, waren lediglich Querulanten und Negativisten: «Wir beteiligen uns nicht an ... Aufbauarbeit, ... sondern haben für uns ... die Arbeit des Abbruch-Honeggers gewählt.»[22] «Wir wollen ... das System ... zu Fall bringen, denn nur über seine Trümmer werden wir zum Bau des neuen Volksstaates gelangen.»[23] Nationalrat Hoppeler, der ebenfalls häufig in Opposition zu den regierenden Mächten stand, gab den Frontisten zu bedenken: «Wir sind nicht für Zimperlichkeit in der Politik. Wir sind der Meinung, daß Kritik durchaus am Platze ist. Indessen sind ihr gewisse Grenzen gezogen, wenn sie ernst genommen sein und nicht den gerechten Vorwurf der Demagogie sich zuziehen will.»[24] Die «Ostschweiz» appellierte an den konstruktiven Bürgersinn, wenn sie betonte: «Die Hervorhebung der ethischen und religiösen Werte, die Unterstreichung der gegenseitigen Verbundenheit aller Schichten und Stände sind viel stärkere Mittel zur Pflege der Vertiefung nationaler Gesinnung als der Aufruf zu Haß und zu negativer Kritik.»[25] Auch Theodor Gut lehnte das Phrasengeklingel der frontistischen Weltverbesserer ab. Die Zustände in der Schweiz seien nicht verlottert, und es sei eine Illusion, wenn man glaube, «mit viel Bewegung und starken Gesten» könne man «das Paradies auf die Erde zwingen».[26]

Auch vor *persönlicher Anrempelung* des Gegners machte die Nationale Front nicht halt. Bundesrat Schultheß war ein «durch und durch grundsatzloser Opportunist»,[27] Ständerat Käser aus Schaffhausen ein Mann mit «beschränktem politischem Horizont», der mit der Annahme seiner Wahl in die kleine Kammer die «größte politische Dummheit» begangen hatte.[28] Stadtpräsident Bringolf und Stadtrat Erb galten als «Lakaien, die vor Moskau winselnd auf dem Bauche» lagen «und von schlitzäugigen Asiaten ihre Instruktionen» entgegennahmen.[29] Der Zweck solcher Polemiken wurde offenbar, als Henne wieder einmal gegen den Bundesrat focht: «Le régime au pouvoir et ses équipes ont prouvé qu'ils sont incapables. Qu'ils fassent donc place à d'autres.»[30] Unnötig, sich lange zu überlegen, wen Henne, der seine

politische Karriere bestimmt nicht mit der Würde eines Landesführers der Nationalen Front abzuschließen gedachte, am liebsten als neuen «père national» auf den Schild erhoben hätte. Er konnte zwar damals noch nicht ermessen, wie schwierig es für einen Schaffhauser sein kann, in den Kreis der sieben Landesväter aufzusteigen.

Flegelhaft war auch die *Berichterstattung* aus dem *Schaffhauser Kantonsrat,* die «Landespropagandaleiter» Benno Schaeppi[31] im «Grenzboten» erscheinen ließ. Der Schaffhauser Regierungspräsident, schrieb Schaeppi, habe bei der Eröffnung einer neuen Amtsperiode eine «faule Begrüßung» gehalten. Humoristisch habe auch die Vereidigung der Kantonsräte gewirkt. Man «konnte sich ... eines Lachens nicht erwehren.»[32] Ein anderes Mal habe der Rat das Budget «beschwatzt». Der Polizeidirektor habe dabei ein «nicht endenwollendes Gelafer» gehalten.[33] Das Votum eines sozialistischen Stadtrates bezeichnete Schaeppi als «Heuchelei, Lug und Betrug».[34] Der Große Rat sprach daraufhin eine Verwarnung an den frontistischen Berichterstatter aus. Das Parlament werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen und den Schreiberling an die frische Luft setzen, wenn er sich nicht einer anständigen Sprache befleißige.[35] Als die Ermahnung nichts fruchtete[36] und Schaeppi sogar «Aussprüche von Ratsmitgliedern, die nicht getan worden waren, in direkter Rede veröffentlichte»,[37] verweigerte ihm der Große Rat die Benützung des Pressetisches und der Tribüne.[38] Einen ähnlichen Beschluß faßte auch der Große Stadtrat,[39] nachdem Schaeppi ihn ein «Schmierentheater» genannt hatte.[40] Das Bundesgericht, das einen staatsrechtlichen Rekurs in dieser Sache zu beurteilen hatte, taxierte die Berichterstattung im «Grenzboten» als «unsachlich und in der Form unkorrekt». Es billigte die Wegweisung des Frontenmannes vom Pressetisch. Dagegen sei Schaeppis Entfernung von der Tribüne «mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Ratsverhandlungen nicht vereinbar», weshalb der Großratsbeschluß in diesem Punkte annulliert werden mußte.[41]

Tag für Tag rückten die von Akademikern redigierten Frontenblätter mit ihrer *maßlosen Sprache* auf. Eine vierseitige Ausgabe des «Grenzboten» teilte einst die Titulationen «Krisenpaul», «Kulturbolschewist», «Sesselakrobat», «verlogener Giftspritzer», «roter Asphaltliterat» aus. Dazu gesellten sich Ausdrücke wie «gemeine Anwürfe», «niederträchtige Verleumdung», «unüberbietbare Heuchelei», «lausbübische Behauptungen».[42] Auch der Landesführer schreckte nicht vor ähnlichen Wendungen zurück. Als einst das «Volksrecht» die vor Gericht gemachte Aussage Bringolfs wiedergab, Henne habe,

als er noch Mitglied der freisinnigen Partei gewesen sei, mit der Kommunistischen Parteiopposition Kontakte aufgenommen,[43] dementierte der Frontenführer diese Meldung zwar nicht, versuchte aber, den ungünstigen Eindruck, den sie bei seinen Leuten erwecken mußte, zu verwischen, indem er mit gröbstem Geschütz auffuhr. Seine 140 Zeilen umfassende Replik enthielt einen ganzen Katalog der ordinärsten Anrempelungen.[44] Auf solche Weise wurde der *Haß* systematisch geschürt. Noch nie, schrieb das «Schaffhauser Intelligenzblatt», sei das politische Leben derart vergiftet gewesen. Selbst nahe persönliche Bindungen seien durch die Gehässigkeit des politischen Kampfes zerrissen worden.[45] Seit seiner Gründung habe der Frontismus «Gräben aufgerissen, wie sie vor 1933 nicht bestanden» hätten.[46] «Wie soll», frug das Blatt, «eine Volksgemeinschaft zustandekommen, wenn diejenigen Schweizerbürger, die weder zum Kommunismus noch zum Frontismus abschwenken wollen ..., von den Frontisten einfach als ‹Versumpfte, Verweste, Nutznießer, Schwindler, Betrüger, Lumpen› hingestellt ... werden?»[47]

Das saftige Vokabular der Frontisten mußte unweigerlich zu einer Reihe von *Ehrbeleidigungsprozessen* führen. An einer Wählerversammlung nannte Tobler den Zürcher Stadtpräsidenten einen «Mistfinken». Klöti erhob Klage, und das Bezirksgericht verurteilte Tobler zu einer Buße von 200 Franken.[48] Der Prozeß wurde ans Obergericht weitergezogen, endete dann aber mit einem Vergleich. Der Gauführer mußte dem angegriffenen Magistraten Satisfaktion erteilen, die Prozeßkosten übernehmen und 200 Franken in die Arbeitslosenkasse von Zürich bezahlen.[49] Von dieser Niederlage schien Tobler nicht sehr betroffen zu sein: «Wenn ich auch im ‹Mistfinken›-Prozeß unterlegen bin, den Kampfesmut wird uns dies niemals nehmen.»[50] Ein anderes Mal bezichtigte ein «Front»-Redaktor den Zürcher Stadtrat in globo der Lüge.[51] Er wurde wegen Beschimpfung ebenfalls zu 200 Franken Buße verurteilt. Das Obergericht räumte dabei ausdrücklich «der Nationalen Front das Recht der Kritik» ein. Letztere müsse sich aber «im Rahmen der Gesetze» bewegen. Diese Bedingung habe der Verurteilte nicht erfüllt, da es ihm nicht gelungen sei, den Wahrheitsbeweis für seine ehrverletzende Behauptung zu erbringen.[52] Im Anschluß an einen Zusammenstoß der Genfer Frontisten mit der Polizei Nicoles nannte der «Grenzbote» das sozialistische Regime eine «ausländische Verbrecherkolonie»,[53] was ihm die Qualifikation «Verleumder» und eine Buße von 100 Franken eintrug.[54] Einen Polizeikommissär der Stadt Zürich bezeichnete die «Front» als «Despoten» und

«Soldatenschinder». Er habe, als er noch Instruktionsoffizier der Infanterie gewesen sei, die Soldaten «gefoltert» und «zusammengeschlaucht».[55] Der Angeschuldigte reichte Strafklage wegen Ehrverletzung ein, worauf das Blatt krebste und seinen Lesern «die völlige Unbegründetheit der erhobenen schweren Vorwürfe» bekanntgab.[56] Ein Frontist insinuierte in einer Flugschrift der Ortsgruppe Zürich-Außersihl, Bundesrat Schultheß habe sein Amt in mißbräuchlicher Weise zur persönlichen Bereicherung benützt.[57] Das Bundesstrafgericht stellte auch in diesem Falle «die völlige Haltlosigkeit des ... Vorwurfs» fest. Immerhin verurteilte es den Artikelschreiber nur wegen Beschimpfung, nicht wegen Verleumdung, da dieser seine Behauptung auf Gerüchte stützte, von denen man wußte, «daß sie herumgeboten» worden waren. Die Strafe lautete auf eine Woche Gefängnis und 500 Franken Buße.[58] Die Nationale Front veranstaltete hierauf zugunsten des «verfolgten Eidgenossen und Kameraden» eine Protestkundgebung, in der sie das Bundesgericht lächerlich machte, ihre Angriffe gegen den Magistraten erneuerte und unter der Devise «Fort mit Schultheß!» den Gerichtsfall politisch auszuschlachten versuchte.[59] Ähnlichen Zwecken diente eine Justizhetze des «Grenzboten». Nachdem das Blatt einen Ehrbeleidigungsprozeß vor Kantonsgericht verloren hatte, zog es in einem guten Dutzend Artikel gegen das «Schand-», «Partei-» und «Knebelungsurteil» vom Leder. Der Entscheid der «systemsgebundenen Herren Richter» habe «mit Recht und Gerechtigkeit nicht das mindeste zu tun».[60] Der für das Kesseltreiben verantwortliche Redaktor erhielt daraufhin sechs Tage Gefängnis diktiert, die dann das Obergericht in 300 Franken Buße umwandelte.[61]

Auch in *unpolitischen Fragen* zeigte sich die Nationale Front von der *aggressiven* Seite. Im Juni 1937 beschloß die Fürsorgekommission der Stadt Schaffhausen die dauernde zwangsweise Versorgung zweier ehemals kommunistischer, nunmehr frontistischer Brüder, die einen liederlichen Lebenswandel geführt hatten. Ein frontistischer Rechtsanwalt reichte beim Regierungsrat Beschwerde ein und bewirkte, daß der Beschluß der Fürsorgekommission aufgehoben und die beiden Brüder nur bedingt und lediglich auf befristete Zeit mit Zwangsversorgung gemaßregelt wurden.[62] Der Regierungsrat übte dabei deutlich Kritik am Vorgehen der ersten Instanz. Die Fürsorgekommission, führte er in Beantwortung einer Interpellation im Großen Rat aus, habe ihren «Beschluß ohne genaue Kenntnis der Akten gefaßt». Man wolle jungen Leuten, die gestrauchelt seien, eine Chance

Am 27. September fand in Zürich eine Frontlerversammlung statt unter der Devise «Fort mit Schulthess.»

Gr. Rabinovitch



Ein Paravent mit Kreuz und Hakenkreuz,
Ein Feind auf Karton. Eine kleine Bühne,
Ein Frontensohn. Ein grosses Quantum Speuz.

Ein Regisseur. Ein Lechzen nach der Sühn
Ein Publikum — na ja — und Eintritt fre
Ein Stück, betitelt «Neue Schweizerei!»

geben und sie nicht sogleich unbedingt und auf unbestimmte Zeit verwahren. Dauernde Versorgung komme erst bei Rückfälligkeit in Frage.[63] Letzteres war bei den frontistischen Brüdern prompt der Fall. Der Regierungsrat sah aber auch jetzt noch von einer Einweisung auf unbestimmte Zeit in eine Arbeitserziehungsanstalt ab. Er begnügte sich damit, seinen früheren Beschluß – vorübergehende Zwangsversorgung – in Kraft treten zu lassen.[64] Gegen dieses besonnene und rechtlich unanfechtbare Vorgehen des Regierungsrates konnte der Anwalt der beiden Frontenbrüder nichts unternehmen. Sein staatsrechtlicher Rekurs wurde vom Bundesgericht abgewiesen.[65] Die Nationale Front hielt es indessen auch in diesem Falle für angezeigt, den Kampf von der rechtlichen auf die politische Ebene zu verschieben. Sie veröffentlichte eine Broschüre, in der sie gegen den Regierungsrat und besonders gegen die nicht über alle Kritik erhabene Fürsorgekommission der Stadt Schaffhausen mit gröbstem Geschütz auffuhr. Sie behauptete, der städtische Fürsorgereferent sowie Stadtpräsident Bringolf hätten «aus politischem Haß ... die selbstverständlichsten Menschenrechte mit Füßen getreten» und «gewissenlos ... zwei junge Menschen lebendig begraben und vernichten» wollen.[66] Erstunterzeichner der Broschüre war der Schaffhauser Ortsgruppenführer der Nationalen Front, der als städtischer Amtsvormund direkt dem Fürsorgereferenten unterstellt war. Der Stadtrat als Kollegialbehörde stellte sich einhellig auf den Standpunkt, daß die in der Broschüre geübte Kritik das Maß dessen überschreite, was sich ein Chefbeamter gegenüber seinem Vorgesetzten erlauben dürfe, und stellte den Amtsvormund zur Rede. Dieser zog daraufhin seine Unterschrift zurück und erteilte der Fürsorgekommission Satisfaktion.[67] Über diesen Rückzug half sich der «Grenzbote» mit der Bemerkung hinweg: «Der Amtsvormund ... ist eine Sache, und die ‹Wahrheit über den Fall W.› ist eine andere Sache. Und an dieser zweiten Sache gibt es nichts zu rütteln, nichts zu deuteln.»[68] Der Amtsvormund wurde von seinen Frontkameraden ins Gebet genommen, was dazu führte, daß er seinen Widerruf widerrief.[69] Das hatte seine fristlose Entlassung durch den Stadtrat zur Folge.[70] Damit war nach frontistischem Urteil der Kette von «Willkürakten ... ein neues Glied angefügt» worden.[71]

Die frontistischen Haßkampagnen, die Ehrbeleidigungsprozesse und Amtseinstellungen[72] zur Folge hatten, waren nicht einfach Übermarchungen, die einem temperamentvollen Politiker in der Hitze des Gefechts unterlaufen konnten. Sie waren bewußte Provokation des

Gegners. Die Nationale Front führte ihre Auseinandersetzung im *Geiste der Unversöhnlichkeit.* Nachdem die leitenden Frontisten mit ihrer politischen Vergangenheit, der Zugehörigkeit zum Bürgertum, gebrochen hatten, wurde die Trennung auch im Bereich des Menschlichen radikal vollzogen. Persönliche Bindungen, die von gemeinsam erlebter Jugend- und Studienzeit herrührten, wurden gelöst. Politische Freundschaften, die auf gemeinsame Parteizugehörigkeit vor dem Frontenfrühling 1933 zurückreichten, schlugen in Feindschaften um. Man brach die Brücken hinter sich ab.[73] «Das Tischtuch zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ist und bleibt zerschnitten.»[74] «Es gibt ... kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts!»[75] «Eine neue, harte Weltanschauung ... ist im Anzug, und diese Weltanschauung ... will siegen oder sterben, aber unter gar keinen Umständen im Sumpf eines elenden Kompromisses und einer rührseligen Verständigung auf halbem Wege versinken... Wir ... wissen mit innerster Gewißheit, daß es ... nur eines gibt, was not tut: *schärfsten Radikalismus* und äußerste Kompromißlosigkeit! ... Kompromißlosigkeit in unserer Haltung und politischen Taktik dadurch, daß wir mit zusammengebissenen Zähnen, mit ehernem Schritt, fest und aufrecht unsern Weg allein gehen bis ans Ziel!»[76] Man wollte also keine Verständigung, keine Zusammenarbeit mit den alten Parteien. Man suchte den Kampf, den harten, unversöhnlichen, wilden Streit.

2. Gewalttätigkeiten

Die Nationale Front ließ es nicht bei Worten bewenden. Sie versuchte den Gegner auch mit Taten einzuschüchtern. Vorerst wandte sie das Mittel der *Drohung* an. Konrad Falke, der mit seiner pointierten Kritik am Frontismus immer wieder ins Schwarze traf und dem mit sachlichen Argumenten nicht beizukommen war, wurde «brieflich und telefonisch das KZ und der Galgen in Aussicht gestellt», wenn die Nationale Front «einmal so weit» sei.[1] In ähnlicher Richtung zielte ein Ausspruch des Landesführers: «Es wird der Tag kommen, wo diejenigen, die heute auf ihren Stühlen sitzen bleiben und den neuen Kräften den Platz versperren, ... zur Verantwortung gezogen werden. Das Regime, das nach dem heutigen kommt, wird keine billigen Rücksichten walten lassen!... Es wird ... diejenigen zur Verantwortung ziehen, die in sträflicher Leichtfertigkeit sich über den Grundsatz ... der persönlichen Verantwortlichkeit ... hinwegsetzen zu können glaubten.»[2] Als einige nichtfrontistische Zeitungen wahrheitsgemäß

meldeten, ein welscher Frontistenführer habe in Mailand wegen eines unpolitischen Vergehens eine mehrmonatige Gefängnisstrafe verbüßen müssen, äußerte sich der Betroffene: «J'aurais grande satisfaction à connaître les auteurs ... qui ... soutiennent cette infâmie, afin de leur donner la leçon qu'ils méritent. Ils peuvent être certain que le jour viendra où je les rembourserai de leurs frais.»[3] An die Adresse der Sozialisten waren die beiden frontistischen Aussprüche gerichtet: «Wir kennen keine Gnade gegenüber den sozialdemokratischen Führern; wir diskutieren nicht mit ihnen, sie kommen hinter Schloß und Riegel.»[4] «Heute ist es in unserm Vaterland nötig, gegen das Untermenschentum einer verlogenen, niederträchtigen Gesellschaft bis zu ihrer völligen Vernichtung zu kämpfen.»[5] Benno Werner, alias Schaeppi, schrieb in einem «Offenen Brief» an einen Juden: «Fürchte dich nicht, Jud Simon. Arbeite weiter. Unsere Zeit ist ja noch nicht ganz angerückt. Dann aber nimm dich in acht! Wir haben beide Augen offen – und du mußt es schlau anstellen, wenn du uns entwischen willst. Daß dir bei Tag und Nacht ein Ruf in den Ohren dröhne: ‹Harus, das Volk erwacht!›»[6] Hier war ganz offensichtlich der «Geist des blinden Fanatismus» am Werk, der «den Gegner nicht mehr tolerieren, sondern ihn vernichten» wollte.[7]

Die Drohungen waren nicht nur leere Floskeln. Die Frontisten waren gewillt, sie in die Tat umzusetzen. Das bewiesen die *Gewalttätigkeiten,* die sie an ihren Widersachern verübten. Zunächst hatte man es auf die *Juden* abgesehen. Am Vorabend des 1. Mai 1937 verschmierten in Bern Gefolgsleute der Nationalen Front auf Geheiß der Ortsgruppenleitung die jüdische Synagoge und öffentliche Gebäude mit Sprüchen wie «Juda verrecke!», «Heil Moskau!», «Heil Stalin!», «Nieder mit Motta!». Das Frontenblatt verkündete daraufhin mit geschwellter Brust: «Die Ortsgruppe Bern der Nationalen Front ... wurde durch dieses ... Erlebnis fester zusammengeschweißt und steht heute ... stärker da als zuvor.»[8] Ins gleiche Kapitel gehörten die Störung jüdischer Gottesdienste, der Diebstahl jüdischer Kultgegenstände, der Einbruch in die Klubhütte eines Freimaurers, Petardenwürfe gegen die Synagogen von Zürich und Luzern und die Installation von Schützenscheiben auf dem Grundstück eines Reichsdeutschen in Zürich, die nach frontistischer Manier Juden und Marxisten darstellen sollten.[9] Einem Juden an Weihnachten die Barthaare abzuschneiden oder einer Jüdin an einem Vortragsabend ein Ei nachzuschleudern, verdienten nach frontistischer Auffassung als «gut-eidgenössische» Taten gewürdigt zu werden.[10] Keineswegs harmlos ver-

lief ein Überfall in der Nähe eines Zürcher Bahnhofs. Ein frontistischer Coiffeur wollte mit zwei Kameraden aus der Nationalen Front und einem aus dem Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen einem Juden «eis uf d'Schnörre gäh». Die Helden packten den Juden von hinten, versetzten ihm Faustschläge ins Gesicht und in den Nacken, bis der Überwältigte mit erheblichen Verletzungen zu Boden stürzte.[11] Ein anderes Mal waren die Frontisten allerdings an den «Lätzen» geraten. Spazierte da ein Mann mittleren Alters durch die Zürcher Bahnhofstraße. Sein Spitzbärtchen wippte beim Gehen auf und ab, «und zu allem Überfluß war seine Nase ein wenig krumm gewachsen. Also Freiwild für die Erneuerer... In auffälliger Art bedrängelten sie den vermeintlichen Sohn Israels mit den Ellbogen.» Als sich einer der Burschen noch etwas näher heranpirschte und ihm frech auf die Füße trat, war das «Mäß» voll. Unversehens flog der eine gegen eine Hausmauer, während der andere unter einem Lindenbaum landete. Die Frontisten waren, statt an einen Juden, an einen – Appenzeller geraten.[12]

Neben den Juden hatte man es auf die «*Sozi*» abgesehen. Im Berner Volkshaus verteilten einmal Frontisten Flugblätter. Als sie aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen, zog einer von ihnen eine Stahlrute hervor und hieb damit einem «Genossen über den Kopf, daß ... das Blut aufspritzte». Sofort traten kräftige Metallarbeiterfäuste in Aktion. «Blutig geschlagen, die Kleider z'Hudle und z' Fätze», flog der frontistische Provokateur, ein Arzt, zum Volkshaus hinaus.[13]

Am 31. Mai 1933 hatte sich Robert Tobler in einer Kundgebung gegenüber den Gewerkschaftsführern und den «Volksrecht»-Redaktoren geäußert: «Diese Leute haben eine Schuld auf sich geladen, die ... größer ist als jede andere Schuld... Das sind einfach Verbrecher... Es soll ihnen etwas geschehen. Es soll sie die gerechte Strafe treffen.»[14] Und es geschah etwas. In der Nacht vom 18. auf den 19. August 1933 wurde ein kleinerer *Sprengstoffanschlag* gegen das «Volksrecht»-Gebäude verübt. Die Täter konnten unbemerkt entweichen.[15] Am späten Abend des 28. Januars 1934 platzte in der Wohnung eines «Volksrecht»-Redaktors eine Bombe und verursachte Schäden in der Höhe von 950 Franken.[16] Das sozialistische Parteiorgan sprach die Vermutung aus, Frontisten könnten die Hände im Spiele haben.[17] Gegen die «unerhört freche» Verdächtigung des «jüdischen Volksrechts» setzte sich die Nationale Front entrüstet zur Wehr: «Wir weisen diese infame Verleumdung mit aller Entschiedenheit zurück!... Es fehlt

den Marxisten ... die geringste Unterlage für ihre Behauptungen.»[18] Aber auch der nach Tätern fahndende Bezirksanwalt suchte die Schuldigen bei der Nationalen Front. Er setzte einige verdächtige Subjekte in Untersuchungshaft. Diese verhielten sich indessen einsilbig und mußten bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Ihnen zu Ehren veranstaltete die Nationale Front eine Kundgebung. Während des ganzen Abends saßen die aus der Haft Entlassenen «mit dem Ausdruck des bis zum Letzten entschlossenen Dulders auf der Bühne» und warteten, bis ihnen der Gauführer für die «ausgestandene körperliche und seelische Pein» salamiförmige Pakete unter die Arme schob.[19] «Unsere Kameraden», urteilte das Frontenorgan, «konnten alle ihr Alibi nachweisen, ihre Unschuld ist restlos erwiesen».[20] Wenige Tage später wurde der freimaurerische Kaufmann D. überfallen. Diesmal half alles Leugnen nicht: den Schuldigen, fünf Frontisten, konnte die Tat nachgewiesen werden.[21] Gauführer Tobler mußte den Überfall verurteilen und sich von seinen Kameraden distanzieren.[22] Er konnte aber nicht verhindern, daß der Verdacht, Frontisten könnten auch die beiden Sprengstoffanschläge verübt haben, neue Nahrung erhielt. Ende April 1934 wurde die Vermutung zur Gewißheit.[23] Beim Anschlag gegen den «Volksrecht»-Redaktor hatten Frontisten den Sprengkörper in einer Spenglerwerkstatt hergestellt und ihn im Auto des Bülacher Ortsgruppenführers, eines Juristen, an den Tatort gebracht. Ein zweites Auto hatte weitere Front-Mitglieder herangeführt, die Schmiere stehen und ihren Komplizen zur Flucht verhelfen mußten. Über den Vorfall urteilte Johann Baptist Rusch: «Es hat schließlich jeder ein Recht darauf, einige Jahre seines Lebens ein Lümmel zu sein... Aber wenn man sich zu jener Ursprünglichkeit zurückerneuert hat, in welcher der physische Appell die geistige Schlagkraft ersetzte, so fordert man wenigstens den Gegner offen heraus, stellt sich ihm und tut die Gewalt ihm offen an. Dieser meuchlerische, kinderhafte Überfall dagegen, dieses Nichtstehen zum Getanen, dieses Fliehen – das ist wenig imponierend. Dafür bringt auch der kein Verständnis auf, der sonst nicht gerade über einen jungen Rammli den Stab brechen möchte.»[24]

Die Nationale Front, die sich dagegen verwahrt hatte, «Urheber verbrecherischer Anschläge» in ihren Reihen zu suchen,[25] mußte es peinlich berühren, daß man die Täter bei ihr «nicht nur gesucht, *sondern auch gefunden*» hatte.[26] Gauführer Tobler machte kurzen Prozeß. Hatte er soeben noch seine «braven Jungens» in Schutz genommen,[27] so verwarf er sie nun, nachdem sie sich von der Polizei hatten er-

wischen lassen, als böse Buben: «Nach unserer Information fällt das Bombenattentat auf den ‹Volksrecht›-Redaktor zum Teil den gleichen Leuten zur Last, die den Überfall auf den Kaufmann D. begingen. Diese wurden schon im Februar aus der Nationalen Front ausgeschlossen. Die Nationale Front verurteilt solche Terrorakte aufs schärfste und entfernt jeden Fehlbaren aus ihren Reihen durch den sofortigen Ausschluß.»[28] Wie ernst solche Exkommunikationserklärungen zu nehmen waren, hatte einer der Täter vor dem Untersuchungsrichter ausgeplaudert: «Tobler sagte mir..., ich solle den Austritt geben, ... es sei wegen der D.-Geschichte... Man müsse mich sonst ausschließen; wenn ich austrete, könne ich in 14 Tagen wieder eintreten, andernfalls müsse ich ein Jahr warten.»[29] Die «Neue Zürcher Zeitung» stellte nicht nur eine materielle Urheberschaft der Täter, sondern auch eine geistige Mitschuld der Bewegung fest, die in der Verhetzung frontistischer Gefolgsleute durch ihre Führer bestehe: «Die Leitung der Nationalen Front trägt eine intellektuelle und *moralische Mitverantwortung* für die verbrecherischen Taten von Anhängern, die aus dem von den Führern dauernd gepredigten und gepriesenen Geiste der Gewalttätigkeit heraus gehandelt haben. Eine Bewegung, die ... jeden Gegner als vogelfrei betrachtet und ihm mit Vorliebe heute schon das Schicksal der spätern nicht bloß politischen, sondern physischen Vernichtung androht – eine solche Bewegung muß naturgemäß die politische Gewalttätigkeit züchten, und sie kann sich vor der Verantwortung für diese Wirkung der von ihr ausgehenden ‹Erziehung› nicht lossagen, indem sie die Täter (scheinbar) ausschließt, wenn auch die Polizei sie kennt.»[30] Diesen maßvollen Worten vermochte der Landesführer der Nationalen Front nur ein trotziges «Wir pfeifen!» entgegenzustellen.[31]

Aber nicht immer waren es Frontisten, die Terrorakte begingen. Schon in den ersten Wochen des Frontenfrühlings kam es in Brugg, Glattbrugg und Basel zu *sozialistischen Überfällen* auf die Erneuerer.[32] Als die Ortsgruppe Winterthur der Nationalen Front auf den 25. Januar 1934 eine öffentliche Kundgebung im «Freihof» zu Töß angekündigt hatte, besetzten Sozialisten die Zugänge zum Versammlungslokal und mißhandelten einen Teil der anrückenden Frontisten.[33] An diesem Gewaltakt war allerdings die Nationale Front nicht ganz unschuldig. Die Bevölkerung der Industriegemeinde Töß war «durch Lohnabbau und Arbeitslosigkeit ... stark hergenommen und überreizt». In diese rote Hochburg drang die Nationale Front ein, indem sie auf Lastwagen Sturmtruppen aus Zürich heranschaffte. «Auch fehl-

ten die Stahlruten nicht, die im Kanton Zürich ... verboten waren ... Das fiel nach demokratischem Empfinden schon ... mehr unter den Begriff des politischen Bandenwesens als unter den einer geordneten und gesitteten Versammlung.»[34] *Provokatorisch* war auch die Absicht der Nationalen Front, mitten in einem Arbeiterquartier der Stadt Zürich den 1. Mai 1935 zu feiern. Da eine solche Veranstaltung «mit größter Wahrscheinlichkeit schwere Ruhestörungen zur Folge gehabt hätte», untersagten der Stadtrat und der Regierungsrat die geplante Kundgebung. Das Verbot wurde nachträglich vom Bundesgericht sanktioniert.[35]

Überhaupt legten die Frontisten ihre Demonstrationen gerne «so an, daß daraus, wenn immer möglich, ein Krawall entstand». Die radaulustige Linke reagierte dann «mit Herzenslust auf die frontistische Aufforderung zum Tanz».[36] Ein aus Kommunisten und Linkssozialisten zusammengesetzter *Kampfbund gegen den Faschismus* in Zürich tat sich bei solchen Auseinandersetzungen besonders hervor. Am 24. Mai 1934 sprengte er eine Versammlung der Nationalen Front in Dietikon.[37] Fünf Tage später demonstrierte er gegen eine Frontenkundgebung, die mitten im roten Zürich unter dem Motto «Der jüdische Marxismus muß ausgerottet werden» stattfand. Um die Provokation auf die Spitze zu treiben, hatten die Außersihler Frontisten Flugblätter verteilen lassen, die die Bevölkerung aufforderten, gegen die «Lügen- und Phrasendrescher der ‹Sowjetschweizer› und SP-Scheindemokraten» zu demonstrieren und «diesen Heuchlern und Terroristen» die Maske herunterzureißen. Obwohl die Polizei den antifaschistischen Kampfbund und die mit ihm agierenden Volksmassen vom frontistischen Versammlungsort fernzuhalten versuchte, gerieten den Demonstranten ein paar Frontisten in die Finger. Sie wurden blutig geschlagen, und einer wurde mit Messerstichen ernstlich verletzt. Bald befand sich alles in wilder Auflösung. Revolutionslieder erklangen, Steine flogen, Schüsse krachten; aus Gartenzäunen, Leitern, Quadersteinen und leeren Benzinkanistern baute sich die randalierende Menge eine Barrikade und zündete diese an. Ein kommunistischer Gemeinderat hielt die Brandrede, mußte sie aber, polizeilichem Drucke weichend, vorzeitig abbrechen. Sozialdemokratische Parteifunktionäre bemühten sich vergeblich, die Leute in ihre Gewalt zu bekommen und sie zu einer geschlossenen Versammlung ins Volkshaus zu führen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.[38] Nach diesen Zusammenstößen verteilte die Hochschulgruppe Nationale Front ein Flugblatt, in dem sie die studentische Kampfgruppe gegen

geistigen Terror, «diese von reichen jüdischen Studenten aufgeblähte Blase», für die Ausschreitungen des antifaschistischen Kampfbundes mitverantwortlich machte.[39] Die angegriffene Kampfgruppe setzte sich in einem eigenen Flugblatt gegen diese Behauptung zur Wehr. Bei der Verteilung desselben wurden drei ihrer Anhänger von frontistischen Kommilitonen überfallen und verprügelt.[40] Da die Gefahr weiterer Unruhen bestand, die die öffentliche Sicherheit gefährden konnten, erließ der Stadtrat am 4. Juli für die Dauer von zehn Tagen ein allgemeines Versammlungsverbot.[41] Dieses wurde in der «Front» mit dem Ausspruch kommentiert: «Verbrechen siegt, Recht wird gebrochen.»[42] Die «Zürcher Nachrichten», das Organ des städtischen Polizeivorstandes, wiesen demgegenüber mit Recht darauf hin, daß die Verantwortung für die vorübergehende Freiheitsbeschränkung bei den frontistischen und kommunistischen sowie einigen sozialistischen Radaubrüdern liege.[43]

3. Organisierter Terror

Mit ihren Wildwestmethoden hatten die Kampftruppen zur Rechten und Linken das Faustrecht in die politische Auseinandersetzung hineingetragen. Sie fochten nicht mit geistigen Waffen, sondern mit Mitteln des Terrors und der Gewalt.[1] Dies hing mit der Tatsache zusammen, daß beide Lager das Bekenntnis zur Demokratie preisgegeben hatten und sich nicht für Land und Volk verantwortlich fühlten. Frontisten und Kommunisten sahen im politischen Gegner nicht den Mitbürger und Miteidgenossen, sondern den politischen und persönlichen Feind, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu vernichten galt. Diese Auffassung machte sich vor allem die Nationale Front zu eigen. Schon in ihren Anfangszeiten war sie sich «der *Freund-Feind-Stellung*, auf der das Politische beruhe, bewußt» geworden.[2] Sie redete daher einer scharfen Auseinandersetzung das Wort: «Jetzt beginnt der Kampf um die Schweiz. Hier gibt es ... nur noch Freunde und Feinde.»[3] «Aufs neue wird in uns der unerschütterliche Wille wach, nicht eher zu ruhen, als bis der Gegner am Boden liegt und sich nicht mehr rühren kann.»[4] Dem *Zug ins Militante* entsprach der Name «Front». Man wollte nicht Partei sein, nicht zusammen mit andern Gruppen an der politischen Macht partizipieren, man wollte die Macht für sich allein in Anspruch nehmen und den Andersgesinnten und Andersorganisierten in die Knie zwingen.[5] Dieser Frontbegriff stand indes im Gegensatz zur Idee der Volksgemeinschaft. Er hatte

auch nichts mit Patriotismus zu tun, denn die Heimatliebe des Schweizers verträgt sich nicht mit der Vorstellung, daß Eidgenossen in Eidgenossen Feinde erblicken.[6] Dem Zug ins Militante entsprach auch die kriegerische Sprache: «Wir sind Soldaten der Politik!» verkündete Ernst Brandenberger, der spätere Gauführer von Zürich, an einer Tagung der Nationalen Front.[7] «Die sommerliche Gefechtspause ist beendet», erklärte Rolf Henne, als die politischen Hundstage des Sommers 1934 vorüber waren. «Es gilt von neuem zum Angriff überzugehen... Der Kampf ist hart, aber der Einsatz des hohen Zieles wert... Jeder Mann auf seinen Posten! Harus!»[8] Ein halbes Jahr später hieß es dann: «Die Schlacht um den (Zürcher) Kantonsrat ist geschlagen, der Sieg ist unser... Schon ziehen wir neuen Kämpfen entgegen. Wir werden auch sie siegreich bestehen, wenn der wunderbare Angriffsgeist der letzten Wochen mit uns ist.»[9] Den kriegslüsternen Kameraden der deutschen Schweiz wollten die Waadtländer Frontisten in keiner Weise nachstehen: «Offensive sur toute la ligne. Sans relâche bataillent les sections vaudoises du Front National, elles gagnent du terrain chaque jour.»[10] Dem Zug ins Militante entsprachen ferner die militärähnlichen Riesenaufmärsche mit oder ohne Parteiuniform, dem grauen Hemd mit schwarzer Krawatte. Als der Conseil Communal der Stadt Lausanne in Nachachtung des bundesrätlichen Uniformenverbotes[11] die frontistischen Grauhemden an einem öffentlichen Auftreten verhinderte, versuchten zwar die welschen Frontistenführer die Uniformierung ihrer Gefolgsleute zu bagatellisieren: «Les membres de notre mouvement ... ont la malheur d'arborer une chemise qui ne soit pas strictement propre.»[12] Um so größere Bedeutung maß das deutschschweizerische Organ einer «Heeresschau» von Frontisten in grauen und andersfarbigen Hemden bei: «Schaffhausen ist erobert worden. Erobert für die kommende frontistische Schweiz... Ein Front-Regiment zog gestern durch Schaffhausen. In eng geschlossenen Viererkolonnen wurde marschiert... Als disziplinierte, vom festen Willen zum Sieg durchdrungene Truppe.»[13] Dem Zug ins Militante entsprach im weitern der *Hallauer Appell* des Schaffhauser Gauführers: «Aufgebot zum Appell des Auszuges, ... Sonntag, den 14. März 1937, 15 Uhr im Gemeindehaussaal Hallau... Dienstbüchlein mitbringen! Der Gauführer, Carl Meyer.»[14] Die Militärdirektion des Kantons Schaffhausen machte die Gauleitung auf eine Bestimmung des Militärstrafgesetzbuches aufmerksam, die privaten Vereinigungen alle Publikationen im Militärjargon verbot. Da diese Rechtsbelehrung auf den Führer der Nationalen Front keinen Eindruck machte und dieser seinen Ap-

pell erneuerte, verbot der Regierungsrat das Hallauer Treffen.[15] Gegen diese Maßnahme reichte die Frontenbewegung einen staatsrechtlichen Rekurs ein. Das Bundesgericht wies ihn aber mit der Begründung ab: «Wenn die militärische Ausdrucksweise überhaupt einen Sinn haben soll, so kann sie nur bedeuten, daß die Nationale Front ... entweder ihre Mitglieder in paramilitärischen Organisationen zu schlagbereiten Einheiten zusammenfassen will oder schon zusammengefaßt hat ... oder aber ... die Bildung nationalfrontistischer Zellen in der Armee geplant oder schon durchgeführt hat.» Sollte dagegen die Verwendung militärischer Ausdrücke nur eine «*sinnlose Spielerei*» gewesen sein, so konnte sie gleichwohl nicht geduldet werden: «Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß die Einbürgerung der Militäramtssprache in Privatkundgebungen, wie gerade die Einkleidung der Einladung zu Parteianlässen in den militärischen Aufgebotsstil, die Möglichkeit der Störung von Kriegsmobilmaßnahmen durch irreführende Aufrufe schafft.»[16]

Dem Zug ins Militante entsprach schließlich die Gründung des *Harstes*,[17] einer eigentlichen Parteitruppe, die die «Veranstaltungen der Nationalen Front gegen willkürliche Beeinflussung, Gewalttaten, Parteiterror und Sabotage von Gegnern schützen» mußte. Auch wurde der Harst zu Propagandaaktionen, Ausmärschen und Demonstrationszügen beordert. Der Harstmann, der im militärischen Auszugsalter von 22 bis 35 Jahren stehen mußte, konnte jährlich an mindestens 25 Abenden zur Dienstleistung kommandiert werden. Hier bekam er seine paramilitärische Ausbildung. Er wurde im Zweikampf, im Gruppenkampf, in der Handhabung verschiedener Schlag- und Wurfkörper geschult. Auch wurde er in seiner körperlichen Leistungsfähigkeit, in seiner Marschtüchtigkeit, der Schnelligkeit, Leichtigkeit und Gewandtheit seiner Bewegungen trainiert. Seine Ausrüstung bestand aus einem Dienstbuch, einem Harstabzeichen, einer Ausweiskarte als Aktivdienstpflichtiger, vier Armbinden in den Farben weiß, rot, blau und gelb und dem Notverbandspäcklein. Über eine eventuelle Uniformierung des Harstes entschied der Landesharstführer im Einverständnis mit der Parteileitung. An Hausdurchsuchungen bei Harstleuten kamen Schlagringe, Gummiknüppel, Stahlruten, Stinkbomben und Sprengkörper zum Vorschein.[18] Diese «Kerntruppe der Nationalen Front» stellte eine allerdings primitive Kopie im Taschenformat der SA Röhms oder der SS Himmlers dar.[19] Sie wollte öffentliche Ordnungsfunktionen ausüben, eine Aufgabe, die nur der Polizei oder allenfalls der Armee zustand. Die Organisation des Selbstschutzes, die

der Harst sein wollte, drohte zu einer solchen der Selbst- und Lynchjustiz zu werden.[20] Sie war nicht ein Faktor der Ordnung und der innern Sicherheit, sondern ein Herd der Unruhe und des öffentlichen Aufruhrs und wurde vom Bundesgericht als staatsgefährlich taxiert.[21] Die Polizeidirektion des Kantons Zürich war gut beraten, als sie in Ausführung eines Regierungsratsbeschlusses betreffend Verbot von Selbstschutz- und Angriffsorganisationen politischer Parteien[22] am 6. Juli 1934 den Harst zusammen mit dem antifaschistischen Kampfbund auflöste[23] und diese Maßnahme mit den Worten begründete: «Der Staat, der auf Ordnung hält, darf es nicht dulden, daß sich seine politischen Parteien militärisch organisieren... Ein solcher Zustand führt, wie es sich in andern Ländern gezeigt hat, zur Auflösung der Staatsgewalt und zum Bürgerkrieg.»[24] Das Harstverbot erregte allerdings den Zorn des Frontenführers Tobler. Seine Bewegung, rief er aus, werde sich des zürcherischen Polizeidirektors erinnern, wenn sie dereinst die modernen Landvögte verjagt haben werde.[25]

Die Polizeidirektion des Kantons Zürich dürfte beim Erlaß des Harstverbotes auch durch das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchungen über den frontistischen Sprengstoffanschlag gegen einen «Volksrecht»-Redaktor[26] beeinflußt worden sein. Die Verhöre hatten ergeben, daß es sich bei dem nächtlichen «Bombenchlapf» nicht um einen unüberlegten Individualakt einzelner Frontisten, sondern um die «Ausführung eines in allen Details ausgearbeiteten Plans» durch eine geheime *Terrororganisation* der Nationalen Front gehandelt hatte.[27] Diese Terrorabteilung, Gruppe «Säntis» oder auch nur Gruppe «S» genannt, stellte eine Unterabteilung des Harstes dar und setzte sich aus besonders zuverlässigen Frontisten zusammen, die jederzeit bereit sein mußten, auf Befehl des Gruppenharst-, Oberharst-, Gau- oder Landesführers wohldurchdachte Gewalttaten auszuführen. Die Verantwortung für solche Handlungen trugen somit nicht in erster Linie die Angehörigen der Gruppe Säntis, sondern die Frontenführer, die jene mit den nötigen Instruktionen ausstatteten.

Das Harstverbot vermochte indessen *weitere Unruhen* nicht zu verhindern. Eine Wahlkundgebung der Nationalen Front vom 4. April 1935 in Wetzikon artete in eine Saalschlacht aus.[28] Bei der Aufführung der Dreigroschenoper von Bert Brecht im Zürcher Schauspielhaus vom 22. Juni 1935 brachten Frontisten in den Toilettenräumen Petarden zur Explosion, die Schäden anrichteten, und entfernten sich nach vollbrachter Tat in Richtung des Gebäudes der «Neuen Zürcher Zeitung», wo sie in Rufe wie «Die NZZ lügt!» ausbrachen.[29] In der

Sitzung des Zürcher Kantonsrates vom 8. Juli 1935 kam es zu einem Handgemenge zwischen einem Frontisten und einem Kommunisten. Beide wurden des Saales verwiesen.[30] Eine sozialistische Veranstaltung zu den Nationalratswahlen 1935 im «Ochsen» zu Zürich endete mit einer Schlägerei zwischen den Organisatoren und den frontistischen Besuchern. 15 Personen wurden verletzt, 5 davon mußten im Spital ambulant behandelt werden. Unter ihnen befand sich auch Tobler, der eine Kopfwunde davontrug, sich verbinden und hernach in seinem weißen Turban offiziell fotografieren ließ.[31] Am 25. Juni 1935 sollte im «Adler» zu Feuerthalen die Verbrüderungsfeier zwischen der Kommunistischen Parteiopposition Schaffhausen, die zur Sozialdemokratie zurückgekehrt war, und den sozialistischen Genossen stattfinden. Die Frontisten, denen es in ihrer Sommerruhe nicht recht behagte, kamen überein, «das Ihre zum Feste» beizutragen. Sie belagerten den Saal und hinderten Bringolf sowie den eigens aus Bern herbeigeeilten Parteipräsidenten Reinhard am Sprechen. Dieselbe Szene wiederholte sich auf dem «Platz» zu Schaffhausen, wohin sich die Sozialisten, gefolgt von den johlenden Frontisten, zurückgezogen hatten. In «weiser» Voraussicht der bevorstehenden Unruhen soll sogar die Front einen Arzt an Ort und Stelle kommandiert haben. Es kam dann auch zu einer wilden Rauferei, die den vorzeitigen Abbruch der Veranstaltung nötig machte. Bringolf konnte dann an einem späteren Abend unter starkem Polizeiaufgebot seine Feier doch noch abhalten, aber ohne Mitwirken Reinhards, der sich inzwischen wieder nach dem ruhigeren Bern verzogen hatte.[32]

Zu den organisierten Terrorakten gehörten auch die Zürcher «November-Unruhen» des Jahres 1934. Am 3. November hatte Erika Mann, die Tochter Thomas Manns, im Kursaal mit den Darbietungen ihres «*Pfeffermühle*»-Kabaretts begonnen. Am 8. November fand im Schauspielhaus die Erstaufführung des «*Professor Mannheim*» von Friedrich Wolf statt. Bald blies der «Reichsdeutsche», das Organ der in der Schweiz lebenden Nationalsozialisten, Alarm: «Erika Mann, die Tochter jenes Mannes, der mehr in Synagogen als irgendwo anders zu Hause ist, darf ... mit ihrer giftspeienden ‹Pfeffermühle› in gewissenloser Weise über alles, was deutsch ist, ihre Unreinlichkeiten ausschütten.» Über den Verfasser von «Professor Mannheim» urteilte das nationalsozialistische Parteiblatt: «Schätzen wir Deutsche uns glücklich, daß wir diese Pest nicht mehr in unserm Lande haben.»[33] Zur gleichen Zeit meldete sich neben kritischen bürgerlichen Stimmen auch die «Front» zum Wort. Ihre anfängliche Zurückhaltung[34]

wich bald einer aggressiven Tonart. Die Pfeffermühle sei ein «im übelsten Ruf stehendes Emigrantenkabarett», das alles, was irgendwie mit nationalem Bewußtsein zu tun habe, herunterreiße, besudle und begeifere. Es «wäre daher ... an der Zeit, daß gegen das landesschädigende Unternehmen vorgegangen und das Nest ausgehoben würde».[35] Auch «Professor Mannheim» sollte vom Spielplan abgesetzt werden, da er jüdisches Gift verspritze und die Völker verhetze.[36] Tag für Tag ereiferte sich das Frontenblatt gegen die «Tendenzstücke» mit ihren «Niederträchtigkeiten», gegen das «ganze Geschmeiß ausländischer Emigranten», die «in infamster Weise» gegen das Dritte Reich hetzten.[37] Die Agitation wurde in einer «Stadthalle»-Versammlung auf die Spitze getrieben: «Was da ... an Aufwühlung niedrigster Triebe und Leidenschaften ... geboten wurde, grenzte an teuflische Meisterschaft... Die Redner, namentlich Henne, sprachen mit aller nötigen Deutlichkeit: ‹Merkt euch den Mann, merkt euch den Namen!› – ‹Handbreit sind wir noch von der Grenze weg, wo wir losgehen werden.› – ‹Nur immer näher ran, wir sind bereit!›... Von Viertelstunde zu Viertelstunde stieg die Erregung im Saal. Immer zahlreicher, immer lauter, immer leidenschaftlicher ertönten die Zwischenrufe... Öffentliche Aufreizung zum Aufruhr und zu Gewalttaten nennt man das.»[38] Was Wunder, wenn sich die gespannte Atmosphäre in einem Krawall entlud. Die aufgestachelten Versammlungsteilnehmer begaben sich nach Schluß der Vorstellung zum Kursaal und veranstalteten dort eine «spontane» Kundgebung. «‹Lumpenpack, Halunken- und Gaunerpolitik›, tönte es aus den erregten Front-Reihen.»[39] An diesem und an fünf weiteren Abenden kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Menge warf Steine auf die Ordnungskräfte – die «Front» sprach sinnigerweise von Kieselsteinchen –, die Polizei zog die Säbel blank, irgendwo krachte ein Schuß und traf einen Frontisten in den Kopf. Im Innern der Theater explodierten Tränengas- und Stinkbomben, die Zuschauer drangen mit Stühlen aufeinander ein.[40] Bei all diesen Tumulten war eine sorgfältige Regie am Werk. Auf den 26. November zum Beispiel hatte Landesführer Henne seine Getreuen schriftlich nach dem Kampfplatz beordert und ihnen eingeschärft, das Aufgebot geheimzuhalten und zu vernichten.[41] An diesem Abend nahm dann auch die Polizei zahlreiche Verhaftungen vor. Auch Henne, der seine randalierenden Schützlinge persönlich überwachte, verschwand für 48 Stunden hinter Schloß und Riegel. Das entlockte dem Frontenblatt neue Haßgesänge: «Wenn eine gewisse wehleidige Linksbürgerpresse uns nicht genug Greuelgeschichten aus deutschen Kon-

zentrationslagern und von den italienischen Verbannungsinseln vorleiern konnte, ... dann dachten wir oft: ‹Ja, warum ist man auch gegen solche Leute so streng?› Heute aber, nach all der Niedertracht, die uns von dieser Seite angetan worden ist, verstehen wir, daß man für solche Freunde nicht allzuviel mehr übrig hat. Wir werden bestimmt, wenn einmal die Zeit für uns gekommen ist, diese Leute auch nicht besonders zärtlich streicheln.»[42] Dazu bemerkte die «Neue Zürcher Zeitung»: «Das ist nichts anderes als die Ankündigung der Nachahmung gewisser nationalsozialistischer Methoden durch einen siegreichen Frontismus... Eine Bewegung, die den Terror in allen seinen Formen gegen den politisch Andersdenkenden anwendet, eine Bewegung, die selbst vaterländisch denkenden Bürgern *das Konzentrationslager* ... für den Zeitpunkt ihrer ‹Machtergreifung› *in Aussicht stellt,* maßt sich an, die ‹nationale Erneuerung› in der Schweiz zu verwirklichen... Dem Rache-Artikel der ‹Front› ist unter allen Umständen die weiteste Verbreitung zu wünschen, damit das erhebende Bild der ‹nationalen Erneuerung›, wie sie sich in den Köpfen der frontistischen Führer malt, allen deutlich werde.»[43]

Gegen solche Gewaltmethoden erhob die Kampfgruppe gegen geistigen Terror öffentlichen Protest. Sie veranstaltete eine Kundgebung, der sie das Zwingli-Wort zugrundelegte: «Den Geist kann man nicht mit dem Knebel vertrucken.»[44] Mit dem Knebel war der Morgenstern gemeint, der das Abzeichen der Frontisten zierte.[45]

Bei den «Pfeffermühle»-Krawallen hatte die Nationale Front nicht nur die «Waffen des Geistes» mit den «Waffen der Faust» vertauscht.[46] Sie hatte sich auch, indem sie die Propaganda des «Reichsdeutschen» zu ihrer eigenen machte, als *Anhängerin des deutschen Nationalsozialismus* ausgewiesen. Zwischen den Worten des «Reichsdeutschen» und den Taten der Henne-Leute bestand ein innerer Zusammenhang. Mochte der Landesführer noch so sehr mit patriotischen Phrasen um sich schlagen,[47] in Tat und Wahrheit hatte er nicht als Schweizer, sondern als Sympathisant einer fremden Macht gehandelt.

4. *Rebellion gegen den Rechtsstaat*

Die Radikalisierung der Nationalen Front endete schließlich bei *offener Auflehnung* gegen die staatlichen Behörden. Im Juli 1936 versuchte Henne die Aufhebung eines Umzugs- und Demonstrationsverbotes, das der Polizeivorstand der Stadt Zürich auf den 1. August hin erlassen hatte, dadurch zu erzwingen, daß er an ein über dem positiven

Recht stehendes Widerstandsrecht appellierte: «Die Nationale Front hat bis jetzt gegenüber allen Provokationen ... äußerste Disziplin an den Tag gelegt. Es gibt aber eine Grenze aufreizender, durch keinerlei Tatsachen gerechtfertigter behördlicher Willkür, deren Überschreitung den Herausgeforderten das heilige Recht verleiht, sich dagegen zur Wehr zu setzen.»[1] Ob Henne entschlossen war, seine Worte in die Tat umzusetzen, läßt sich nicht ermitteln, da der Zürcher Regierungsrat das stadträtliche Verbot aufhob.[2] Zwei Jahre später stand man wieder vor der gleichen Frage. Der Polizeivorstand der Stadt und die Polizeidirektion des Kantons Zürich hatten für den 1. August einen frontistischen Fackelumzug verboten. Aber Tobler, der neue Landesführer,[3] erklärte: «Wir werden gegen das System marschieren, wir werden gegen jeden Widerstand marschieren, wir kämpfen nicht gegen eine rechtmäßige Behörde, sondern gegen eine verbrecherische Behörde. Der Fackelzug wird trotz Verbot durchgeführt.»[4] Und so marschierten die Frontisten. Vom Bürkliplatz gegen den Paradeplatz. Bald erschien die Polizei und hinderte den Demonstrationszug am Weiterschreiten. Als sie einige Stunden später den Frontenhäuptling einvernehmen wollte, war dieser zu einem mehrwöchigen Ferienaufenthalt ins Tirol verduftet. Nachträglich versuchte dann die Nationale Front, sich mit dem Hinweis auf den Bund vom Rütli zu rechtfertigen. «Wenn die Männer vom Rütli sich ihren Vögten gebeugt hätten, dann wäre die Schweizerische Eidgenossenschaft nie begründet worden. Wenn das Schweizervolk heute sich seine Rechte durch Parteiwillkür nehmen läßt, dann ist es zu Ende mit unserer Freiheit. Darum gebot uns unser Gewissen, trotz rechtswidrigen Verbotes zu marschieren.»[5] Gegen diese willkürliche Auslegung der Schweizergeschichte zur Rechtfertigung anarchistischer Umtriebe erhob das «Volksrecht» Einspruch, indem es auf den im Bundesbrief nachweisbaren Willen der alten Eidgenossen zu einer rechtsstaatlichen Ordnung hinwies: «Das hohle Geschwätz, durch das sich die Fröntler auf die Männer vom Rütli berufen, ist ... gar zu kindisch. Schon die ersten Eidgenossen haben sich in ihrem Bundesbrief von 1291 eine staatliche Rechtsordnung gegeben, die ohne Strafe keiner übertreten durfte.»[6] Diese Argumentation dürfte auf die Frontisten wenig Eindruck gemacht haben, denn es ging ihnen gar nicht um das Recht, sondern um die Wahrung des Prestiges vor der schrumpfenden Gefolgschaft. Die Frontenführer ließen es indes bei dieser einzigen Insurrektion bewenden. Sie wagten es nicht, in wichtigeren Fragen zur Rebellion überzugehen, weil sie sich offensichtlich zu schwach fühlten. Und auch in diesem einzigen

Falle waren sie schließlich dem Druck der Polizei gewichen. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich in ohnmächtigen Rachegesängen zu ergehen: «Herr Higi[7] soll verbieten, aber er wie seine ganze Marxisten- und Judenclique werden eines Tages herausgemistet werden. Es sind schon andere Figuren als diejenigen des Herrn Higi aus Bierling von der Bühne abgetreten. Kommt Zeit, kommt Rat. Das Rad der Zeit werdet ihr kleinen Geister nicht aufhalten, es wird euch zermalmen!»[8]

Die *Radikalisierung* der Nationalen Front wurde sichtbar an der Verwilderung der Sprache, die vom überschäumenden Pathos über eine primitive Schwarz-Weiß-Malerei und eine gehässige Verketzerung des politischen Gegners bis zur offenen Drohung und zu wilden Haß- und Racheausbrüchen reichte. Sie wurde erkennbar an der Verrohung der politischen Kampfsitten, an den Gewalttaten, die sich von einzelnen Individualakten bis zum organisierten Terror erstreckten. Die rücksichtslosen Elemente in der Nationalen Front, die ungestüm, jedoch erfolglos, zur Macht drängten, hatten bald die gemäßigteren Kräfte an die Wand gedrückt. Das «Schwergewicht der Auseinandersetzung» verschob sich immer mehr «auf die Seite des ungeistigen Radikalismus».[9] Das nötigte ein frontistisches Mitglied des zürcherischen Gemeinderates, welches der Bewegung frühzeitig den Rücken kehrte, zur Feststellung, die Nationale Front habe sich zu einer «*Kleinkinderschule für politische Anfänger*» entwickelt und sei ein «Tummelplatz für politisches Abenteuertum und Gesindel» geworden.[10]

II. Stagnation

Dem Frontenfrühling 1933, der die Nationale Front zur Blüte brachte, folgte «weder ein fruchtbarer Sommer noch die Erntezeit eines gastlichen Herbstes».[1] Zu leicht waren die ersten Erfolge errungen, als daß sie sich auf die Dauer halten ließen. Dem stürmischen, emotional gefärbten Aufbruch schloß sich eine Periode der *Ernüchterung* an. Die geistig widerstandsfähigen Elemente in den Parteien, die nach der Entfesselung der frontistischen Offensive scheinbar am Boden lagen, ermannten sich wieder und traten zum Kampfe an. Es erging der Nationalen Front «ähnlich wie den Deutschen» im Ersten Weltkrieg an der Westfront, als diese anfänglich «mit unglaublicher Stoßkraft ... vorstürmten, dann aber auf verzweifelten ... Widerstand stießen und gezwungen wurden, zum zermürbenden Stellungskrieg überzugehen».[2] Auch half die Nationale Front selber mit, das Tempo ihres Vormarschs zu verringern. Ihre Unduldsamkeit gegen den Gegner, ihre unerhörte Kritik an allen staatlichen Einrichtungen, ihre mangelnde Bereitschaft zu sachlicher Arbeit und positiven Leistungen, ihr Verzicht auf ein fest umschriebenes Programm und vor allem ihre Anlehnung an das Ausland trugen dazu bei, daß die frontistischen Bäume nicht in den Himmel wuchsen.[3] Die Wahlen vom September 1933 in Schaffhausen und Zürich brachten genaueren Aufschluß über die Stärke der Frontenbewegung in den beiden Hauptzentren. Das Ergebnis war eindeutig: der Frontismus hatte seinen ersten Höhepunkt überschritten, und der Widerstand im Volke versteifte sich zusehends.[4] «Die Arbeit ist heute schwerer als im Frühling», bekannte freimütig die Nationale Front. «Stellung um Stellung muß in langwierigem Kampfe erobert werden.»[5] Ein ruhiger Beobachter konnte schon Ende 1933 zur Einsicht gelangen, daß sich die Nationale Front nicht mitten im «Strom der geschichtlichen Ereignisse» bewegte, sondern «nebenaus in Ufertümpeln» herumplätscherte.[6]

Die Spaltung im Oktober 1933, der Abfall der Basler und einiger Berner und Aargauer Frontisten sowie die Gründung des Volksbunds durch Major Leonhardt brachten der Bewegung einen empfindlichen Rückschlag. Zwar wäre es noch Zeit gewesen, sich umzustellen. Die Frontisten hätten ihre hochfliegenden Pläne, die Macht im Staate zu erobern, begraben und sich als demokratischer Partner neben den bestehenden Parteien einordnen können. Sie hätten als neue Minderheitsgruppe die solide und unspektakuläre Kleinarbeit in den Kantonen und Gemeinden in Angriff nehmen können. Einer solchen

Sachpolitik standen indessen etwelche Hindernisse entgegen: die Gesinnung der frontistischen Erneuerer, die sich schon stark in faschistisch-nazistischen Bahnen bewegte, der Ehrgeiz der Frontenführer, der nach politischer Herrschaft, nach Bekleidung der höchsten Ämter im Staate drängte, und der Bewegungstrieb einer ungestümen Jugend, der immer noch glaubte, die Schweiz im Sturm erobern zu können: «Le jour viendra qui sera celui de la marche sur Berne où notre bannière ... sera hissée sur le Palais fédéral... Ensuite sonneront dans tout le pays les cloches de la victoire et de la paix, annonçant que le pays est sauvé.»[7] Der Fraktionschef der Frontisten im Zürcher Gemeinderat hatte es allen klargemacht, daß *sachliche Arbeit nicht in Frage* komme. Die Nationale Front lehne es ab, sich in den parlamentarischen Kommissionen vertreten zu lassen. Sie überlasse es den andern, die Eier des bürgerlich-sozialistischen Stadtrates zu «bebrüten», und erblicke ihre Aufgabe darin, den Nichtfrontisten jeweilen die Deckel von den Sauhäfen zu heben.[8] Bei Volksabstimmungen verzichtete die Front mit Vorliebe auf die Herausgabe einer Parteiparole. Sie rechtfertigte diese Haltung mit dem Hinweis darauf, daß die «frontistische Auffassung von Demokratie» der bei uns üblichen Praxis widerspreche, wonach der Bürger über Sachfragen zu entscheiden habe.[9] Die Nationale Front könne nicht bei einer äußerlichen Fassadenrenovation des Schweizerhauses mitwirken, da sie doch genau wisse, daß der ganze Bau, das ganze demokratische System morsch und innerlich verfault sei.[10] Manchmal allerdings konnte die Katze das Mausen nicht lassen. So etwa, wenn die Frontenführer statt der Empfehlung auf Stimmenthaltung die Nein-Parole proklamierten. In einer zürcherischen Gemeindeabstimmung behalf sich Robert Tobler bei der Begründung des frontistischen Neins mit der Argumentation, die Stadt besitze eine sozialistische Mehrheit und könne folglich keinen Anspruch auf loyale Mitarbeit der Opposition erheben.[11] Manchmal beteiligte sich die Front auch nicht an Wahlen, weil sie die Erfolgsaussichten als zu gering einschätzte. Dann suchte sie mit fadenscheinigen Argumenten ihre Wahlabstinenz zu begründen: «Fort mit dem Parteienrummel! Vor der Fasnacht hat der geborene Basler Gescheiteres zu tun als ... Großratslisten zu studieren.»[12] «Le Front National ... se désintéresse de cette parodie de la souveraineté populaire.»[13] Eine solche Politik konnte auf die Dauer nicht von Erfolg begleitet sein.[14]

Zur Nein-Parole bekannte sich die Nationale Front auch in der Abstimmung vom 11. März 1934 über das eidgenössische *Staatsschutz-*

gesetz, obwohl sie ein Jahr zuvor in Massenkundgebungen das Fehlen einer solchen Sicherheitsgarantie bemängelt hatte.[15] Sie stieß sich an dem in Artikel 6 vorgesehenen Verbot von Selbstschutzorganisationen, das den Behörden auf dem gesamten Gebiet der Eidgenossenschaft eine Handhabe zum Eingreifen gegen die frontistischen «Ordner»-Harste verschafft hätte. Vielleicht sahen die Frontenführer richtig voraus, daß auch andere Artikel, vor allem die Strafbestimmungen gegen revolutionäre Umtriebe und politischen Landesverrat, einzelnen ihrer Leute gefährlich werden mußten.[16] Um so größer war ihr Triumph, als das Gesetz mit 419399 Ja gegen 488672 Nein verworfen wurde.[17] Dieser steigerte sich noch beim Bekanntwerden des Rücktritts von Bundesrat Häberlin, der aus dem Volksverdikt die Konsequenzen zog, und desjenigen von Bundesrat Musy, der sein Amt aus andern Gründen verlassen mußte. Der mit den Demissionären und ihren Nachfolgern verbundene Streit um die Landesregierung stürzte die Schweiz in eine politische Krise, die der Nationalen Front vorübergehend neuen Auftrieb gab.[18] Diese versuchte, den Wind, der ihr die Segel blähte, auszunützen und lancierte an der Tagsatzung vom 18. März in Olten eine Initiative zur *Totalrevision der Bundesverfassung*. Sie hoffte, die «Systemsgegner», die noch immer in zahlreichen Fronten, Bünden und Wehren aufgesplittert waren, hinter diesen Vorstoß sammeln und so das Nebeneinander verschiedener frontistischer Minderheiten in das Miteinander «einer neuen Mehrheit» umformen zu können.[19] Mit der Totalrevision verband sie im weitern die Absicht, «das an allen Ecken und Enden ... reparaturbedürftige Schweizerhaus ... abzutragen und auf einem ... von den Trümmern und dem Unrat eines alten und korrumpierten Systems gereinigten Boden ein neues aufzurichten».[20] Wegleitend war dabei weniger der Wille zum Beschreiten des legalen, verfassungsmäßigen Weges als vielmehr die Absicht, «durch dieses einzig mögliche Mittel eine vorzeitige Auflösung» und Neuwahl des Nationalrates «zu erzwingen», ein Vorgehen, von dem sich die «Erneuerungsbewegung ... starken Auftrieb» versprach.[20] Auf diese Weise sollte das institutionelle Ziel – Wechsel des politischen Systems – mit dem personellen – Wechsel der Personen in den höchsten Staatsstellen – verbunden werden.[21]

Der Auftrieb war indessen nur von kurzer Dauer. Schuld daran waren nicht zuletzt die ständigen *Führerkrisen*, die die Nationale Front in ihrem Kern erschütterten. Nach dem Abfall der Volksbundleute war die Organisation keineswegs zur Ruhe gekommen. Ein Schreiben, das Anfang Februar 1934 unter den Gau- und Ortsgruppenfüh-

rern zirkulierte, gab über die internen Differenzen Aufschluß: «Eine schwere Vertrauenskrise hat die Nationale Front in den letzten Wochen erschüttert... Nach einiger Zeit scheinbarer Ruhe genügten kleine persönliche Ungeschicklichkeiten, für die keineswegs eine Stelle allein verantwortlich gemacht werden darf, zu neuen Reibungen. Sie drohten uns gefährlich zu werden. Sie griffen an die Substanz der Bewegung, an die persönlichen und aufrichtigen Beziehungen von Kameraden zu Kameraden. Einer mißtraute dem andern... Eine Spaltung drohte.»[22] Den Zwistigkeiten lag ein persönlicher Machtkampf zwischen Ernst Biedermann, dem damaligen Landesführer, und Rolf Henne, der noch Gauführer von Schaffhausen war, zugrunde. Biedermann hat ein halbes Jahr später den Schleier des Geheimnisses gelüftet: «Leider haben mich zu jener Zeit ... Henne und der ganze Gau Schaffhausen in jeder Beziehung sabotiert: Nichtbezahlung der Beiträge, Nichtbeteiligung am Arbeiterhilfswerk, selbstherrliches politisches Vorgehen und Nichterscheinen an Sitzungen. Zweck dieser Sabotage war, mich in Schwierigkeiten zu bringen, meine Arbeitspläne zu durchkreuzen, um mich schließlich zur Aufgabe meines Amtes als Landesführer zu nötigen.»[23] Henne erreichte sein Ziel, am 4. Februar 1934 wurde er der Nachfolger Biedermanns. Der Demissionär verblieb vorläufig noch in der Landesleitung.[24] Vier Monate später ereilte ihn dann doch das Schicksal. Zusammen mit Alfred Zander wurde er aus der Bewegung ausgestoßen, weil er entgegen einer Weisung Hennes mit andern Fronten Fusionsverhandlungen aufgenommen hatte.[25] Die Gemaßregelten setzten sich in einer öffentlichen Erklärung zur Wehr: «Der heutige Führer der Nationalen Front, Rechtsanwalt Dr. Rolf Henne, ... hat die ... Unterzeichneten und früheren Landesführer, Gründer und Pioniere der Nationalen Front, aus der Organisation ausgeschlossen, ohne daß man ihnen Gelegenheit bot, ihren Standpunkt ausführlich und vor der Mitgliedschaft zu vertreten... Mit großem Bedauern stellen wir fest, daß unser ehrliches Bestreben von der heutigen Landesleitung ... aus ... persönlichen Prestigegründen ... mit unserm Ausschluß erwidert wurde.»[26] Biedermann verfiel dauernd der Ungnade. Er wandte sich endgültig von der Politik ab und zog damit die einzig richtige Konsequenz aus den wenig erfreulichen Erfahrungen, die er in den kurzen Jahren seiner Zugehörigkeit zur Nationalen Front gemacht hatte. Zander dagegen wurde von Henne bald wieder rehabilitiert[27] und kehrte am 16. April 1935 in die Front zurück,[28] wo er als antisemitischer Publizist eine maßgebende Rolle zu spielen begann.[29]

Biedermann war nicht der einzige *Prominente,* der im Verlauf des Jahres 1934 der Nationalen Front den *Rücken kehrte.* Am 28. August mußte die «Front» den Austritt des früheren Landeskassiers bekanntgeben,[30] am 3. September denjenigen eines zürcherischen Gemeinderates,[31] und am 15. November wandte sich auch ein Rechtsanwalt von der Bewegung ab,[32] der eben noch im Ehrverletzungsprozeß Bundesrat Schultheß contra Nationale Front einen Kameraden vor Bundesstrafgericht erfolglos verteidigt hatte,[33] als Hauptsprecher an einer frontistischen Kundgebung aufgetreten war[33] und mit seinem Plädoyer tagelang die Spalten des Frontenblatts gefüllt hatte.[34]

Zu solchen Rückschlägen trugen auch die *Ereignisse in Deutschland* bei. Die Strömung, die, von Norden kommend, den Frontenleuten im Frontenfrühling mächtigen Aufwind gegeben hatte, flaute allmählich ab. Es bestand sogar die Gefahr, daß sie, wie Nationalrat Hoppeler richtig vorausgesehen hatte,[35] ins Gegenteil umschlug. Dies traf tatsächlich am 30. Juni und 25. Juli 1934 ein, als SA-Führer Röhm in Deutschland auf Hitlers Geheiß ermordet wurde und die österreichischen Nationalsozialisten einen Staatsstreich anzettelten, dem Bundeskanzler Dollfuß zum Opfer fiel.[36] Die brutale Durchsetzung des Führerprinzips durch die nationalsozialistischen Partei- und Regierungschefs im Falle Röhms mußte das nämliche von der Front propagierte und praktizierte Prinzip in Mißkredit bringen.[37] Die offen zutage getretene Unterminierung Österreichs durch die Nationalsozialisten mußte zu einer Welle der Empörung gegen die ebenfalls die Unterminierung der Schweiz betreibenden Frontisten führen.[38] «Was hundert Artikel, Versammlungen, Reden, Auseinandersetzungen ... nicht zustande gebracht hätten, das hat Exzellenz Hitler bewirkt: die Schweizer sind erwacht gegenüber den unheimlichen Gefahren, die das moderne Führerprinzip, die Diktaturgelüste, der Gewaltgeist für ein freies und gesundes Volk in sich bergen.» Die Ereignisse des 30. Juni und 25. Juli «haben den Fronten und frontenähnlichen Gebilden unseres Landes an Boden mehr entzogen, als die stärkste vereinigte Offensive wider sie hätte zustande bringen können».[39] Was die Frontenbewegung anfänglich gefördert hatte – das Zusammenspiel zwischen den Vorgängen in Deutschland und den Erscheinungen des Frontismus in der Schweiz[40] –, wirkte sich mit zunehmender Abneigung des Schweizers gegenüber den Nazis für die Frontisten als ein Hemmschuh aus.[41]

So *serbelte* die Nationale Front dahin. Sie vermochte sich «wohl noch zu erhalten, aber das öffentliche Interesse hatte sich von ihr ab-

gewandt. Und das war schlimm genug.»[42] Es half ihr auch nichts, daß sie sich mit großen Gesten bemerkbar zu machen versuchte. Gautagungen, am 27. Mai 1934 auf dem «Lahnbuck» ob Schaffhausen, am 4. November 1934 auf der Schützenwiese in Winterthur, am 31. März 1935 auf dem Münsterplatz zu Zürich und am 24. Mai 1936 auf der Mörsburg bei Winterthur, waren jeweilen von Frontisten aus den verschiedensten Landesteilen beschickt und sollten nach außen den Eindruck zunehmender Stärke erwecken.[43] Nach innen aber sollten sie den allmählich erlahmenden Kräften neue Impulse verleihen: «Ce congrès montre au camarade romand qu'il n'est pas seul dans le combat... Nous avons besoin de prendre une réserve de foi et de courage.»[44] Die welschen Frontisten vor allem hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zahlreiche Anhänger, die von der Bewegung nichts mehr wissen wollten, weigerten sich, Nachnahmen für unbezahlte Mitgliederbeiträge und Zeitungsabonnemente einzulösen.[45] Man suchte daher in einem verzweifelten Appell neue Gefolgsleute: «Il faut venir à nous, nous soutenir, nous aider... Nous vous adressons un appel qui ne sera pas vain. Soutenez-nous!»[46] Auch in der deutschen Schweiz stellten sich den Frontisten Hindernisse entgegen. Zwar gab man sich alle Mühe, den Eindruck der *Stagnation* zu verwischen: «Harus...! Wir sind da, wir bleiben da und rücken vor, immer näher dem Ziel mit ... heiliger Begeisterung!»[47] «Unaufhaltsam ist der Siegeszug der Nationalen Front, unerschütterlich ihr Siegeswille, unumstößlich ihre Siegeszuversicht.»[48] Gleichwohl mußte an einigen Orten, zum Beispiel in Bern und Luzern, zu einem kleinen internen Terror gegriffen werden, um die Leute bei der Stange zu halten: «Die Mitglieder der Ortsgruppe ... werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Besuch der Front-Rapporte ... für alle Aktivmitglieder obligatorisch ... ist. Nichtbefolgung zieht Buße, eventuell Versetzung in den Passiv-Stand nach sich.»[49] Ein «vorgestriger» Liberaler, frohlockte das «Luzerner Tagblatt», werde sich freuen, daß er es nie nötig hatte, die Bürger mit solchen Zwangsmitteln für seine Ziele zu interessieren.[50]

Seit dem Herbst 1934 versuchte die Nationale Front das Interesse der Landbevölkerung vermehrt auf sich zu lenken. Zu diesem Zwecke veranstaltete sie eine Reihe von *Ausmärschen*. Frontkolonnen zogen von Dorf zu Dorf mit «wehender Fahne und klingendem Spiel». In den Ortszentren hielten sie an, und einer der Prominenteren wandte sich in einer Rede an das Publikum. Über Mittag biwakierte die Schar an aussichtsreicher Stelle im Freien, und manchmal bezog sie für eine

Nacht ein Kantonnement in einem öffentlichen Lokal.[51] Im Herbst 1934 fanden fünf solcher Ausmärsche statt, drei im Kanton Zürich und zwei im Kanton Aargau.[52] Die Aktion wurde im Frühling 1935 vor den *Zürcher Kantonsratswahlen* fortgesetzt. In 67 Kundgebungen, 50 auf der Landschaft, 13 in Zürich und 4 in Winterthur, versuchte die Nationale Front, die Stimmbürger zum Einlegen frontistischer Listen zu ermuntern.[53] Welches war das Ergebnis des immensen Einsatzes? Im ganzen Kanton wurden 9213 frontistische Listen eingelegt. Das entsprach 6,2% aller Stimmen. Diese verteilten sich indessen ungleich über die verschiedenen Kantonsgebiete. In der Stadt Zürich vermochte die Nationale Front ihre Stimmenzahl gegenüber den Gemeinderatswahlen 1933 von 6085 auf 6194 oder von 7,7% auf 8,9% leicht zu erhöhen. Sie nahm nach den Sozialdemokraten und den Freisinnigen den dritten Platz ein, dicht gefolgt von den Christlichsozialen und den Demokraten. In den Landgemeinden und in Winterthur dagegen erhielt die Front nur 3019 oder 3,8% aller Stimmen. Selbst in den an den Kanton Schaffhausen angrenzenden Bezirken Andelfingen und Bülach vermochte sie nicht mehr als 7,3% respektive 5,4% der aktiven Wähler zu mobilisieren. Von 180 Kantonsratsmandaten entfielen deren 6 auf die Nationale Front. Sie wurden alle in der Hauptstadt geholt.[54] Das Resultat konnte nicht befriedigen. In der Stadt Zürich war die Nationale Front nur einen ganz kleinen Schritt vorwärtsgekommen. Von einem hundertprozentigen Stimmengewinn, wie sie ihn noch vor wenigen Monaten vorausgesagt hatte,[55] konnte keine Rede sein. Auf der Landschaft hatte sie gar nicht recht Fuß fassen können. Bis zur «Eroberung der Volksmehrheit» mußte noch viel Wasser die Limmat hinunterfließen. Auch der frontistische Hinweis auf den «starken Vormarsch in den Arbeiterbezirken»[56] – die Nationale Front hatte in den stadtzürcherischen Kreisen 4 und 5 ihre Stimmenzahl von 676 auf 767 und von 153 auf 174 oder von 6,0% auf 8,2% und von 3,3% auf 4,3% erhöht[57] – vermochte niemanden recht zu überzeugen. Die «Zürcher Post» meinte: «Wenn die Front in diesem rasanten Tempo vorwärtsschreitet, muß Hitler ja sein tausendjähriges Reich prolongieren, will er in Helvetien noch die Machtergreifung Geistesverwandter erleben.»[58] Henne schien sich über die frontistischen Zukunftsperspektiven keine Illusionen zu machen, «denn wenn er auch seinen intimern Freunden am Abend (nach den Wahlen) in den vornehmsten Räumen, welche das Zürcher Bahnhofbuffet besitzt, ein Mahl bewilligte, ... so schaute er doch recht griesgrämig über seinen Zahnstocher hinweg».[59]

Auch mit der *Totalrevision* der Bundesverfassung wollte es nicht recht vorwärtsgehen. Zwar hatte der Versuch, die Revisionsfreunde zu einem einheitlichen Block zusammenzuschmieden, einige Erfolge gezeitigt. Am 23. und 25. Juni 1934 waren in Bern und Olten Vertreter der Nationalen Front, der Heimatwehr, der Schweizer Faschisten, der Eidgenössischen Front, des Bundes für Volk und Heimat, des Aufgebots und der Jungkonservativen zusammengekommen und hatten beschlossen, in gemeinsamer Aktion die sozialistisch-linksbürgerliche Kriseninitiative[60] zu bekämpfen und die Totalrevision der Bundesverfassung an die Hand zu nehmen.[61] Aus diesen und weitern Besprechungen ging auch die «*Tatgemeinschaft*» der Nationalen Front, der Neuen Schweiz, des Aufgebots und der Jungkonservativen hervor. Sie einigte sich auf einen gemeinsamen Initiativtext für die Totalrevision und beschloß, die Unterschriftensammlung zwar getrennt durchzuführen, jedoch gemeinsam bei der Bundeskanzlei einzureichen.[62] Für Henne standen politische Überlegungen im Vordergrund. Er gab der Hoffnung Ausdruck, es sei nun endlich «ein erster Schritt nach der Richtung einer gewissen Sammlung der schweizerischen Erneuerungsbewegung getan» worden.[63] Die Tatgemeinschaft stieß indessen im katholischen Lager auf einigen Widerstand. Dem Bundesstadtkorrespondenten des «Vaterland», Franz von Ernst, war es unbegreiflich, daß die *Jungkonservativen,* die «integrierender Bestandteil der Konservativen Volkspartei» waren, «unter völliger Ignorierung und Mißachtung der furchtbaren Lehren, die sich aus der italienischen und deutschen Entwicklung für den politischen und religiösen Katholizismus» ergaben, «sich den totalitären Fronten anbiedern» konnten. Seinem Parteigenossen, Hermann Cavelti, der als Sekretär der Konservativen Partei und der Jungkonservativen Bewegung der Hauptverantwortliche für das Zustandekommen der Zusammenarbeit zwischen Jungkatholiken und Frontisten war, warf von Ernst vor, die Interessen der Partei verletzt zu haben.[64] Der Angegriffene setzte sich zur Wehr. Wenn schon gewisse Konservative bei umstrittenen Abstimmungsvorlagen mit den Sozialisten und Freisinnigen zusammenspannen könnten, so sehe er, Cavelti, nicht ein, warum ein solches Vorgehen nicht auch in Richtung des Frontismus möglich sein sollte. Es bestehe «keine Veranlassung, Gräben aufzureißen, wo keine Gegensätze vorhanden» seien.[65] «Doch, mein Lieber», entgegnete von Ernst, «es sind Gegensätze vorhanden.» Es bestehe ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Freisinnigen oder Sozialisten einerseits, mit denen man immerhin bald auf eidgenössischer, bald auf kan-

tonaler oder kommunaler Ebene zusammenarbeite, und einem «Duce Fonjallaz», einem «Exportredner Meyer»[66] oder einem die Zionistischen «Protokolle» vertreibenden Tobler anderseits, alles Leute, deren Gesellschaft ein Jungkonservativer unter allen Umständen zu meiden habe. «Das katholische Volk, das alte wie das junge, hat ... aus der nationalsozialistischen Metzgerei vom 30. Juni herausgefühlt, empört und entsetzt, wohin gewisse Wege führen; denn gleiche Ursachen, gleiche Ziele und gleiche Methoden äußern die gleichen Wirkungen.» Die Jungkonservativen täten gut daran, dem Rat Giuseppe Mottas zu folgen und sich statt mit den Frontisten mit den Jungliberalen an den gleichen Tisch zu setzen.[67]

Die *Jungliberalen* befanden sich in einer Zwickmühle. Lange schon vor dem Frontenfrühling hatten sie die Totalrevision der Bundesverfassung propagiert. Sie hatten aber ein anderes Vorgehen ins Auge gefaßt. Statt eine Volksinitiative zu lancieren, hatten sie den eidgenössischen Behörden die Einsetzung eines Verfassungsrates vorgeschlagen. Bei dieser unverbindlichen Anregung hatten sie es bewenden lassen. Nun, da die Nationale Front das Heft in die Hände genommen und mit der Unterschriftensammlung begonnen hatte, sahen sich die Jungliberalen von den Erneuerern überspielt. Dem sachlichen Anliegen der Frontisten mußten sie Wohlwollen entgegenbringen, mit der Bewegung als solcher dagegen wollten sie nichts zu tun haben. Sie weigerten sich denn auch, der Tatgemeinschaft beizutreten. Ferner verzichteten sie darauf, die Unterschriften, die sie auf eigene Faust gesammelt hatten, der Bundeskanzlei einzureichen.[68] Die Tatgemeinschaft ihrerseits brachte es gesamthaft auf 77578 Unterschriften.[69] «Das ist, sagen wir es rund heraus, herzlich wenig... Der Schwung ist ausgeblieben... Keine der vielen Gruppen hat sich als populär erwiesen in dem Sinne, daß sie vermocht hätte, eine allgemeine ... Begeisterung für ihre Ziele ... anzufachen.»[70]

Die *Unterschriftensammlung der Nationalen Front* gab einigen Aufschluß über den Einfluß der Bewegung in den verschiedenen Landesteilen. Die Front allein brachte die verfassungsmäßig vorgeschriebene Unterschriftenzahl von 50000 nicht zustande. Sie mußte sich mit 33377 Unterschriften begnügen. Diese entfielen zu zwei Dritteln auf die Kantone Schaffhausen und Zürich. Im Kanton Schaffhausen hatten 3145 Stimmbürger (22,4% der Stimmberechtigten), im Kanton Zürich 17090 (8,9%) die frontistische Initiative unterzeichnet. Weitere Unterschriften kamen aus den Kantonen Glarus (717=7,3%), St. Gallen (3612=4,5%), Aargau (3252=4,5%) und Thurgau (1049=

2,8%). Nur geringe Kontingente lieferten die Kantone Basel-Stadt (623=1,3%), Solothurn (476=1,1%), Waadt (889=0,9%), Bern (1264=0,6%) und Luzern (315=0,6%). Ebenso unbedeutend waren die Anteile der Kantone Graubünden, Ob- und Nidwalden, Schwyz, Zug, Tessin und Wallis (total 945=0,6%). Keine Unterschriften für das frontistische Initiativbegehren gingen aus den beiden Appenzell, aus Uri, Baselland, Freiburg, Neuenburg und Genf ein.[71]

Den Jungen in den Parteien gelang es nur zum Teil, die älteren Semester für ihre Revisionspläne zu gewinnen. Der *freisinnige Parteitag* vom 3. Februar 1935 entschied sich gegen den Antrag der Jungliberalen zur Ablehnung der Verfassungsinitiative. Theodor Gut, der Tagesreferent, hatte zuvor erklärt, ein Revisionsbegehren, dem die Frontisten zu Gevatter stünden, sei für die Partei nicht akzeptabel. «Zwischen Freisinn und frontistischem Programm kann es keine Gemeinschaft geben.»[72] Der *konservative Parteitag*, der am 27. Januar 1935 tagte, ließ sich zwar von den Jungkonservativen ins Schlepptau nehmen. Er bekannte sich zur «Auffassung, daß schwerwiegende Gründe für die Durchführung der Totalrevision» sprächen.[73] Doch bestand in der Partei eine starke Opposition, die von Karl Wick angeführt wurde. Dieser hatte zu verschiedenen Malen erklärt, der Zeitpunkt für eine Revision sei äußerst schlecht gewählt. Eine Staatsverfassung sei immer der Ausdruck einer ausgereiften politischen Lage. Diese Voraussetzung sei nicht erfüllt. «Überall ist ... politisches Leben in voller Gärung begriffen, so daß es gefährlich wäre, dasselbe schon heute in starre Verfassungsbestimmungen zwingen zu wollen. Ohne einigermaßen zu wissen, ... wie das neue Schweizerhaus aussehen soll, erscheint es als ein sehr großes Wagnis, das alte abbrechen zu wollen.»[74] Von ähnlichen Überlegungen ließ sich Albert Oeri leiten: «Die Jungliberalen glauben, eine schöne Fahrt ins Blaue anzutreten, die Katholiken eine Fahrt ins Schwarze, die Fröntler eine Fahrt ins Braune. Nach meiner Auffassung wird aber die Revisionsfahrt ins nebelhafte Graue gehen.»[75]

Die Warnung Karl Wicks war nur allzu berechtigt. Seine Feststellung, die Revisionisten möchten das Schweizerhaus abbrechen, *ohne* über ein *konstruktives Wiederaufbauprogramm* zu verfügen, traf in erster Linie auf die Frontisten zu. Bis zum Abstimmungstag «ist die Front nicht mit einem Verfassungsentwurf an die Öffentlichkeit getreten. Auch wer kein Paragraphenreiter ist, wird dieser Tatsache eine gewisse Bedeutung zuerkennen. Denn die Ausarbeitung eines solchen Entwurfs zwingt zu einer letzten Besinnung auf das Ethos, aus wel-

chem die Erneuerung entspringen soll... Vor allem erfordert sie ... den entscheidenden Schritt vom bloßen Sehnen, Hoffen, Wünschen und Versprechen zu der Überlegung, auf welche Weise diese Welt von Wünschen ... verwirklicht werden soll. Die mystische Schau muß der klaren Erkenntnis weichen. Aus dem Selbstgespräch tritt der Erneuerer in die Ebene des Zwiegesprächs. Vor diesem Schritt sind die Frontisten bis zuletzt zurückgeschreckt. So gut wie sie bei ihren Kundgebungen dem Gegner zumeist das Wort verwehrten.»[76] Unbequeme Fragesteller nach den Programmpunkten der frontistischen Verfassungsrevision spiesen sie mit der Bemerkung ab: «Wir haben kein Programm, *wir sind das Programm!*»[77] Diese Ziel- und Richtungslosigkeit, die vielleicht gewollt war, weil man die Geheimnisse der frontistischen Führer-«Demokratie» nicht vorzeitig preisgeben wollte, hat Paul Schmid-Ammann einmal mit den Worten gegeißelt: «Kommt ein Architekt ... und erklärt: ‹Ich habe zwar weder Pläne noch Kostenvoranschläge, aber fangen wir einfach einmal an, das Haus abzubrechen, ich habe den Glauben, daß sich dann im Laufe des Wiederaufbaues schon eine Idee über die künftige Gestalt des Hauses einstellen werde!›, dann wird der Hausherr diesen phantastischen Architekten ... auf dem verkehrten Weg zur Türe hinausbugsieren. In der Rolle eines solchen kopflosen Architekten befindet sich die Nationale Front, die das Schweizerhaus auch umbauen will, ohne eine Ahnung davon zu haben, wie dieses Haus in seinen Grundzügen ... aussehen soll... Wen wundert's, daß die Phrase so üppig ins Kraut schießt, wo der Geist so dünn ist?»[78]

Die Rechnung der Nationalen Front ging insofern nicht auf, als der Bundesrat den Abstimmungstermin für die frontistische Initiative auf den 8. September 1935 anberaumte. Sieben Wochen später fanden dann turnusgemäß die Nationalratswahlen statt. So erübrigte sich eine vorzeitige Auflösung des Parlaments für den Fall, daß die Revisionisten siegen würden. Aber auch im Abwägen der politischen Chancen hatte sich die Front getäuscht. In seinem Schlußappell vor dem Urnengang erklärte der Landesführer: «Die Nationale Front wird mit einem gewaltigen Plus aus dieser Kampagne herausgehen.»[79] Das genaue Gegenteil traf demgegenüber ein. Mit 196135 Ja gegen 511578 Nein wurden die Revisionsfreunde heimgeschickt.[80] Ausgerechnet Zürich und Schaffhausen, die beiden Stützpunkte der Nationalen Front, lehnten die Initiative wuchtig ab. Die Ja-Stimmen, die Schaffhausen zum Gesamtergebnis beisteuerte, vermochten nicht einmal an die Unterschriftenzahl heranzukommen, die der Kanton

TOTAL-REVISION



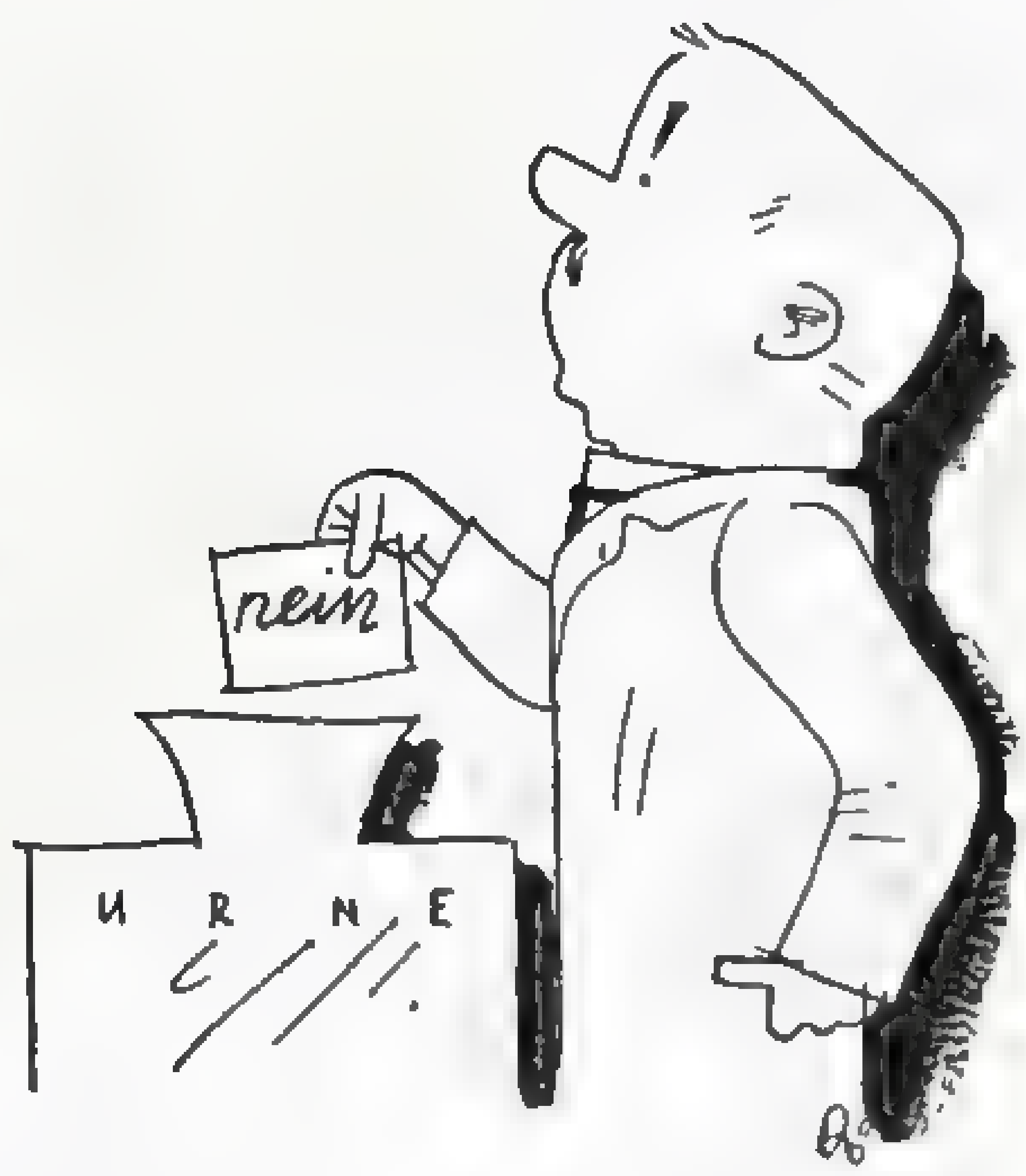
Selbstverständlich wird die Initiative unterschrieben!



Ei der tausend, jetzt ist sie in der Tat zustandegekommen!



Worauf die Sache allerdings genau zu überlegen ist — —



seinerzeit für die Initiative aufgebracht hatte.[81] Die «Neuen Zürcher Nachrichten», die die Ja-Parole verfochten hatten, schrieben das Ergebnis dem *Frontenschreck* zu, dem demokratischen Mißtrauen des Schweizers gegen alle Erneuerungsbestrebungen, die vom Ausland inspiriert seien. Dieses Mißtrauen erfülle auch jene mit Freude, die sonst den Mehrheitsentscheid bedauern müßten.[82]

Mit der Ablehnung der Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung war der Versuch, mit legalen Mitteln den liberal-demokratischen Bundesstaat in einen frontistischen Führerstaat umzubauen, gescheitert. «Jetzt wird das Schicksal seinen Lauf nehmen», verkündete Henne in seinem Blatt. Es gelte nun, «den Kampf auf neuen Wegen weiterzuführen».[83] Was bezweckte der Landesführer mit diesen dumpfen Worten? Wollte er andeuten, daß die Nationale Front in eine neue Kampfphase getreten sei, in der sie weder Mehrheiten noch Minderheiten, weder freie Wahlen noch demokratische Abstimmungen anerkenne? Wollte er ankündigen, daß seine Bewegung fortan nicht mehr den legalen Weg beschreite, sondern auf gewaltsame, *revolutionäre Weise* nach der Macht strebe? Fast mochte man es glauben, wenn man den Kommentar der «Front» zur Abstimmung las: «Unser Eintreten für die Totalrevision war ein offenes Bekenntnis zur Demokratie. Aber man wisse, daß auch die Demokratie ihre Grenzen hat an den ehernen politischen Notwendigkeiten und daß man uns nie bereit finden wird, um der Form willen die Sache preiszugeben.»[83]

Indessen drückten die bevorstehenden *Nationalratswahlen* den Frontisten nochmals eine demokratische Waffe in die Hand. Die Nationale Front war gewillt, davon Gebrauch zu machen. In den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Thurgau reichte sie eigene Listen ein. Im Kanton Bern verband sie sich mit der Heimatwehr und dem Bund für Volk und Heimat zu einer «Liste der Nationalen Erneuerung». Ein Erfolg war am ehesten im Kanton *Zürich* zu erwarten. Seit den Kantonsratswahlen vom vergangenen Frühjahr konnte die Front mit zwei Nationalratsmandaten rechnen. Damit wollte sie sich indessen nicht zufriedengeben. «Es genügt nicht, daß wir uns zwei zürcherische Nationalräte holen. Der politische Stellungskrieg ist vorbei, jetzt kommt der Sturmangriff.»[84] Wiederum, wie ein halbes Jahr zuvor, trugen die Frontisten ihre Propaganda in den hintersten Winkel des Kantons. Von Ende August bis Ende Oktober veranstalteten sie 59 Kundgebungen.[85] Aber es gelang ihnen nicht, die Festung im Sturm zu erobern. Vielmehr erlitten sie einen empfindlichen Rück-

schlag. Ihr Stimmenanteil ging im ganzen Kanton von 9211 Listen oder 6,2 Prozent bei den Kantonsratswahlen auf 5678 Listen oder 3,7 Prozent bei den Nationalratswahlen zurück. In der Stadt Zürich lauteten die entsprechenden Zahlen: Kantonsratswahlen: 6194 (8,9%); Nationalratswahlen: 3815 (5,1%). Hatte sich noch im Frühling die Nationale Front als drittstärkste Partei der Hauptstadt ausgewiesen, so fiel sie jetzt auf den 6. Platz zurück. Im ganzen Kanton nahm sie den 7. Rang ein. Es reichte ihr gerade noch zu einem Mandat. Herr Tobler nahm davon Besitz und sah sich unter der Bundeskuppel in eine «splendid isolation» versetzt.[86]

Der massive Stimmenverlust der Nationalen Front war in erster Linie dem Auftreten einer neuen Partei, des *Landesrings der Unabhängigen,* zuzuschreiben, der auf Anhieb 5 Mandate eroberte und sich als zweitstärkste Partei gleich hinter der Sozialdemokratie einordnete. Duttweilers Erfolg kam einem politischen Erdrutsch gleich. Seine Sammlung nahm allen Parteien Stimmen weg. Der Nationalen Front aber brach sie das Rückgrat. Selber als Bewegung aufgezogen, gelang es dem Landesring, die parteipolitisch ungebundenen Wähler von der schon deutlich Spuren der Erstarrung und «Mechanik» aufweisenden Frontenbewegung zu sich hinüberzuziehen. Dem Landesring kam das Verdienst zu, neben andern Wählern auch den politischen Flugsand gesammelt und damit verhindert zu haben, daß sich dieser im national unzuverlässigen Frontismus niederließ.[87] Das mußte die Nationale Front schmerzlich berühren. Der große Aufwand, mit dem sie versucht hatte, sich im Volke Geltung zu verschaffen, war nutzlos vertan. Die Unabhängigen dagegen, die auf Propagandamärsche, Fackelzüge, Fahnenweihen, Saalschlachten und den ganzen übrigen Frontenzauber verzichtet hatten und nicht einmal über eine eigene Zeitung verfügten, vermochten die seit dem Frontenfrühling in Bewegung geratenen Massen mit Leichtigkeit auf ihre Seite zu bringen. Nicht der «Harus»-Ruf, sondern die «Hopla»-Losung[88] hatte den Weg ins eidgenössische Parlament geebnet.[89]

Auch der Kanton *Schaffhausen* gab zu verstehen, daß «ein politischer Rausch ein Ende» nehme und das Volk «nicht fortwährend durch Schaustellung verblüfft werden» könne.[90] Hatte Henne in der Ständeratsersatzwahl von 1933 mit und ohne katholischkonservativer Unterstützung 2949 Stimmen erhalten, so mußte sich 1935 der weniger profilierte Ständeratskandidat der Nationalen Front mit 1369 Stimmen begnügen. Bei den Nationalratswahlen kam die Bewegung

mit einem ziemlich populären Kandidaten auf 1544 Listen oder 12,2 Prozent. Gegenüber 1933 hatte die Nationale Front die Hälfte ihrer Anhänger verloren, obwohl ihr hier nicht die Unabhängigen Stimmen wegnahmen. Sie befand sich ganz einfach auf dem absteigenden Ast, auch wenn sie noch jeden achten Schaffhauser hinter das langschenklige Schweizerkreuz zu scharen vermochte.[91]

Völliges Fiasko erlitten die Frontisten bei den Nationalratswahlen in den Kantonen *Thurgau* und *Bern*. Ihre Wählerzahlen betrugen dort 812 (2,7%) und 2428 (1,6%). Die letzte Ziffer setzte sich zudem zum größten Teil aus Anhängern der Heimatwehr zusammen. Die Ständeratswahlen im Thurgau brachten dem frontistischen Anwärter 768 Stimmen ein gegenüber 16385 und 15532 Stimmen, die die beiden bürgerlichen Kandidaten erhielten.[92]

Die Nationalratswahlen hatten den Eindruck bestätigt, den man bei der Abstimmung über die Totalrevision der Bundesverfassung erhalten hatte: Die «nationalen Erneuerungsbewegungen» waren deutlich im Rückgang begriffen. «Bewegen tun sich eigentlich nur noch die Anhänger, und zwar meist von den Fronten weg.»[93] Auch die Nationale Front konnte sich dieser Einsicht nicht verschließen: «*Die Bilanz* ... *ist* unerfreulich, ja *beängstigend*.»[94] Die Schar der Getreuen, die dahinschmolz wie der Schnee an der Sonne, bedurfte einer Aufmunterung: «Wenn wir den Erfolg diesmal nur in bescheidenem Maße an unsere Fahnen zu heften vermochten, so soll uns das nicht ein Anlaß zur Mutlosigkeit ... sein.»[95] Gleichwohl bemächtigte sich tiefe *Niedergeschlagenheit* der Führer und der Gefolgschaft. Die erhabenen Phrasen verschwanden. Die wilden Anklagen verstummten. Die rastlose Tätigkeit wich einer lähmenden Passivität. Der Landesführer schlug auf einmal elegische Töne an: «Wir wollen die Bitterkeit aus unserem Herzen verbannen.»[96] Wunschbilder stiegen vor seiner Seele auf und fanden Eingang in die frontistische Presse: «Der schönste Tag in unserem Leben, Freunde und Kameraden, wird der sein, an dem unsere Feinde in die dargebotene Hand einschlagen und zu uns sagen werden: ‹Ihr habt es gut gemeint. Wir wollen von nun an nicht mehr gegen euch, sondern mit euch kämpfen.›»[96] Das war natürlich ein Phantom. Nachdem man mutwillig mit der Vergangenheit gebrochen und jedem, der die Front bekämpfte, das Messer auf die Brust gesetzt hatte, war an solche Verbrüderung nicht mehr zu denken. Man konnte den Gegner nicht bis zum Exzeß verketzern und nachher wieder Freundschaft mit ihm trinken. Die Zeiten für eine Verständigung waren vorbei.

Die Bilanz des Jahres 1935 war nicht nur «beängstigend», sie war recht eigentlich zum Verzweifeln. Der demokratische Weg hatte sich für die Frontisten als ungangbar erwiesen. Die Nationale Front würde nicht, wie die NSDAP, zu einer großen Volksbewegung anschwellen, die dann die Zügel des Staates in die Hand nehmen könnte. Sie würde, nüchtern betrachtet, auch nicht auf revolutionärem Wege zum Ziel gelangen. Dazu fehlten ihr die nötigen Truppen. Weit mehr als der 1918 zusammengebrochene Generalstreik der Sozialisten wäre ein von den Frontisten inszenierter Umsturz von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Legalität und Illegalität erwiesen sich als Scheinlösungen. Die Rettung konnte nur von außen kommen. Die Nationale Front bedurfte fremder Hilfe, bedurfte einer Intervention des Auslandes, um aus der Isolierung, dem selbstverschuldeten Ghetto, herauszukommen. War es verwunderlich, daß sie auf diesen Ausweg verfiel und sich mehr und mehr *an das Ausland band?*

III. Anlehnung an das Deutsche Reich

1. Ideologische Verbundenheit

Zahlreiche *Fäden* verbanden die *Nationale Front* mit dem *Dritten Reich.*[1] Schon der Frontenfrühling 1933 hatte seine Wurzeln im außerschweizerischen Geschehen. Er stand in einem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland.[2] Der Sieg des Nationalsozialismus verlieh den Frontisten «Auftrieb ..., Mut und Resonanz».[3] Sie sahen in ihm den Anbruch einer neuen Zeit. Sie glaubten, die Geschehnisse in Deutschland beeinflußten auch das Denken in andern europäischen Ländern. Die nationalsozialistische Revolution, behaupteten sie, reiche in ihrem Ideengehalt weit über die deutschen Grenzen hinaus.[4] Denn das Geistige kenne keine künstlich errichteten Zollschranken, es lehne staatliches Inseldasein ab und strebe nach großräumiger Kulturgemeinschaft.[5] «Völlig falsch wäre es, die Schweiz zu einem Naturschutzpark für Ideen von gestern stempeln zu wollen.»[6] «Wenn wir Schweizer nicht dieselbe Kraft, dieselbe Opfer- und Einsatzbereitschaft, denselben unbedingten Willen zur körperlichen und seelischen Gesundheit aufbringen, dann ist ... unser Land in aller Zukunft verloren. Dann wäre es die Schweiz wert, vom mächtigen Nachbarn wie ein Stück Tuch aufgeteilt zu werden.»[7]

Die geistige Abhängigkeit der Nationalen Front vom Dritten Reich kam vor allem in der *Übernahme der nationalsozialistischen Doktrin*[8] zum Ausdruck: «Wir sind keine halben Nationalsozialisten, sondern wir stehen weltanschaulich ganz auf dem Boden des Nationalsozialismus.»[9] «In der großen Frontziehung Bolschewismus-Judentum oder Faschismus-Nationalsozialismus ... gehören wir in die letztere Front.»[10] Dieser stehe eine große Zukunft bevor. Europa werde immer stärker von den Ideen Hitlers und Mussolinis erfaßt. Je drohender das Gespenst des Bolschewismus und je aussichtsloser die Situation der demokratisch regierten Völker werde, desto mehr gewinne das nationalsozialistische Ideal an Ausstrahlungskraft.[11] Letzteres werde in Deutschland durch die NSDAP und in der Schweiz durch die Nationale Front vertreten. Die beiden Bewegungen seien miteinander verwandt.[12]

Aber nicht nur mit der Partei Hitlers, auch mit den *nationalsozialistischen Organisationen anderer europäischer Länder* fühlte sich die Nationale Front verbunden.[13] Ihnen galt ihre Aufmerksamkeit und ihre

Sympathie. In Frankreich waren es die Action Française und die Croix de Feu, welche «den korrumpierenden Parteienstaat, den Staat der unverantwortlichen Klüngel, ... durch eine wahre, auf sozialer Gerechtigkeit fußende Volksgemeinschaft ersetzen» wollten.[14] In England erbrachten Mosleys Schwarzhemden den «Beweis dafür, daß überall in Europa die Geister sich ... nach der gleichen Richtung in Bewegung setzten.»[15] In Rumänien stellte Codreanus Eiserne Garde die Quelle der nationalen Wiedergeburt dar.[16] Besonderes Interesse verdiene die Sudetendeutsche Partei in der Tschechoslowakei. Die Bewegung zeichne sich durch die «kluge Politik ihres Führers» Henlein aus und könne als «Musterbeispiel» gelten «für das Werden des Volksgemeinschaftsgedankens des 20. Jahrhunderts».[17] In den Niederlanden werde Musserts Nationaal-Socialistische Beweging mit ihrem Programm «der sozialen Gerechtigkeit, der Kameradschaft der Arbeiter und der nationalen Ehre» die Geschicke des holländischen Staates entscheidend umgestalten.[18] In Norwegen sei es Quislings Nasjonal Samling, «die den versagenden Parlamentarismus mit seinen verkalkten liberalistischen Grundsätzen durch eine im Zuge der Zeit liegende autoritäre und nationale Regierungsform ersetzen» werde. «Für den Frontisten bedarf es keiner näheren Erläuterung: ... das Programm Quislings ist das unsrige.»[19] Wo immer man hinschaue, überall seien die Völker im Aufbruch begriffen. «Von den heißen Gestaden Siziliens bis zu den öden Klippen im höchsten Norden» sei die junge Generation von demselben «neuen Fühlen und Wollen beseelt».[20] In diese Phalanx reihe sich der schweizerische Frontismus mit Freuden ein. «Die Nationale Front», stellte Robert Tobler noch im Jahre 1948 fest, «war die ... schweizerische Formulierung einer Idee, um die (einst) in allen Ländern gerungen wurde und die in verschiedenen Ländern recht verschiedenartige Gestaltung fand, angefangen von der Lappo-Bewegung in Finnland über den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus bis zu Croix de Feu in Frankreich, zur spanischen Falange und zu Salazar in Portugal.»[21]

Im Jahre 1936 kam in einem Berliner Verlag ein Buch heraus, das die *europäischen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild* beschrieb. Unter den schweizerischen Fronten, die die Ehre hatten, vorgestellt zu werden, nahm die Nationale Front den größten Raum ein. Sie besorgte die Illustrationen und wirkte wahrscheinlich auch bei der Textgestaltung mit. Landesführer Henne erschien im Bild, zusammen mit Fotografien von Hitler, Mussolini, Quisling und andern Führern des europäischen Faschismus.[22]

Die Freundschaft der Nationalen Front mit andern rechtsextremistischen Organisationen erweckte in ihr den Wunsch nach Gründung einer *nationalsozialistischen Internationalen:* «Die Zusammenarbeit der jungen Bewegungen, gleichgültig, ob sie, wie in Italien und Deutschland, im Staat schon die Macht errungen oder sich noch in Minderheits- und Oppositionsstellung befinden, ist notwendig.»[23] Der Wunsch ging in Erfüllung, als der deutsche Nationalist Hans Karl Ernst Ludwig Keller eine «Internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten» gründete. Diese sollte ein Gegengewicht bilden zur «utopischen Weltfriedensordnung der Demokratie», wie sie in der Paneuropa-Bewegung und im Völkerbund angestrebt werde, aber auch zu den panslawistischen Tendenzen, wie sie in der kommunistischen Internationalen zum Ausdruck kämen.[24] Vom 5. bis 7. Dezember 1934 fand in Berlin der erste internationale Kongreß dieser nationalistischen Arbeitsgemeinschaft statt. Die Landesleitung der Nationalen Front war durch Hans Oehler vertreten, der, wie er in einem Diskussionsvotum ausführte, bei Gleichgesinnten «Anregung und Stärkung» holen wollte für seinen «eigenen Kampf», den er «in seinem Heimatlande zu bestehen» hatte.[25] Ein halbes Jahr später wurde in London eine zweite Konferenz abgehalten. Diesmal nahmen Henne und drei weitere Angehörige der Nationalen Front teil. Daneben war auch der Schweizerische Vaterländische Verband durch seinen Zentralsekretär vertreten.[26] An einer dritten Veranstaltung, die vom 24. bis 29. Oktober in Oslo stattfand, hielt Rolf Henne ein Referat über «Die Rolle der Schweiz im kommenden Europa».[27] In seinen Ausführungen plädierte der Frontenführer für den Anschluß der Schweiz an ein deutsch-italienisches Achsensystem.[28] Alle drei Zusammenkünfte waren von nationalsozialistischen Organisationen aus rund dreißig europäischen Staaten beschickt.[29]

Die engen Kontakte, die die Nationale Front mit verwandten Organisationen des Auslandes unterhielt, ließen ihren *übernationalen Charakter* in Erscheinung treten. Man dachte in der Front weniger national als international; man fühlte sich nicht so sehr mit den Landsleuten im Inland als vielmehr mit den «Gesinnungsfreunden» im Ausland verbunden. Die lauten Proteste der Frontisten gegen den unschweizerischen Charakter des marxistischen Internationalismus verloren an Gewicht angesichts des eigenen Internationalismus, dem man frönte und der, wie der Sozialist Friedrich Schneider mit Recht betonte, für unser Land «eine unmittelbare Bedrohung» bildete.[30]

So mußte fast zwangsläufig die Frage auftauchen, ob die Nationale

Front nicht die schweizerische Eigenart preisgeben und sich unter fremden Machtwillen beugen wolle. Die Frontisten glaubten, die Frage verneinen zu können. Es sei eine Lüge und dumme Entstellung, wenn man die Weltanschauung des Nationalsozialismus mit der Politik des deutschen Staates identifiziere. «Eine nationalsozialistische Schweiz oder ein ebensolches Holland würden an sich nicht genau so unabhängig sein, wie sie es jetzt sind, sondern sie würden es in einem viel höheren und wirksameren Grade sein.»[31] Anderer Meinung war Konrad Falke, der schon vor Bekanntwerden der nationalfrontistischen Kontakte mit nationalsozialistischen Organisationen des Auslandes Rolf Henne «in aller Form des *geistigen Landesverrates*» bezichtigte und ihn einlud, gegen diese Feststellung Klage zu führen, damit von einem schweizerischen Gericht entschieden werde, ob die Haltung der Nationalen Front zu dem von Falke erhobenen Vorwurf begründeten Anlaß gebe oder nicht.[32] Diese Worte waren in den Wind gesprochen. Henne nahm den Fehdehandschuh seines wortgewaltigen Widerparts nicht auf: «Ich kann Herrn Falke nicht die Gefälligkeit erweisen, ihn vor den Richter zu zitieren ... Solange ich in meiner politischen Linie durch Tausende von ernsthaften Frontisten bestätigt werde, sehe ich mich nicht veranlaßt, mich mit einem entwurzelten Literaten vor den Gerichten herumzuschlagen.»[33] Damit war der Landesführer «einer großen Gelegenheit, sein Frontenprogramm einer gerichtlichen Prüfung auf seinen patriotischen Gehalt unterziehen zu lassen, ausgewichen». Das war «Rückzug, Kapitulation».[34]

2. Übernahme äußerer Formen

Neben der Ideologie übernahm die Nationale Front von ihren faschistischen Verbündeten auch die *äußeren Formen:* «Der Gruß in Rom, Berlin und Schaffhausen ist derselbe» durch Erheben des rechten Arms. In Italien «wird er unterstrichen durch den Ruf ‹A noi!›, in Deutschland ... durch ... ‹Heil Hitler!›, in Schaffhausen durch ‹Harus!› ... In Italien sehen wir Schwarzhemden, in Deutschland Braunhemden, in der Schweiz Grauhemden... Die militärische Organisation dokumentiert sich in Italien im Auftreten der Fasci, in Deutschland ... der SA, in der Schweiz der Harste... Neben der Landesfahne treffen wir Spezialwimpel: in Italien die Liktoren-Standarte, in Deutschland das Hakenkreuz», in der Schweiz das langschenklige Kreuz.[1] Und welcher Kult wurde mit diesem Fahnentuch getrieben: «Als Kamerad E. den Einmarsch der Fahnen ankündete,

ertönte Trommelwirbel, und im strammen Schritt betraten acht Fähnriche mit ihren Bannern den Saal. Die Versammlung erhob sich und grüßte die Symbole unseres Kampfes mit erhobener Rechter.»[2] Bei der Beerdigung eines Frontisten trat «Kamerad G. vor den Sarg», nahm «Stellung an» und rief, «mit der Rechten grüßend seinem Kameraden ein letztes ‹Harus!› ins Jenseits nach».[3] An einem Vortragsabend, den Jakob Schaffner den Berner Frontisten zum besten gab, «schoß ein Mädchen aus der Kulisse ..., grüßte stramm ‹Harus› und überreichte dem Dichter einen Blumenstrauß. Auch im Saal flogen die Hände ... in die Höhe, so daß man sich wirklich fragen konnte, ob wir noch in der Schweiz oder schon in der ‹Blutheimat› seien.»[4] Zum Abschluß eines schweizerischen Frontentreffens im Grauholz bei Bern postierten sich Henne und Oltramare auf einem Podium, um den Faschistengruß der vorbeidefilierenden Scharen entgegenzunehmen.[5] Blechmusik, Trommelklang, Fahnengruß und Gleichschritt mußten her, um das dürftige Gedankengut der Front zu ersetzen.

Gegen solche *Nachäffung fremder Sitten* rebellierte der Sinn des Schweizers: «Niemals wird sich unser Volk eine Gleichschaltung nach fremdem Muster gefallen lassen. Nach Schweizerart wollen wir unser Schweizerhaus bestellen. Dazu brauchen wir weder Extrahemden noch Extraflaggen, uns genügt das weiße Kreuz im roten Feld.»[6] «Wo Harste aufrücken, da muß ein harter Kampf beginnen. ‹Harus› ist kein freundlicher Gruß, der zur Gefolgschaft ermuntert. Das ist ein Sturmruf, ... Herausforderung des Gegners zum Rippenbrechen, Knochenbrechen und Schädelspalten ... Harst und Harus können daher nicht Symbole politischer Arbeit im Schweizerlande sein. Und schon gar nicht eignet sich unserer Schweizerjugend die gereckten Arms erhobene Hand; denn so haben ... die Söldnertruppen in fremden Diensten ... ihren fremden Kriegsherrn gegrüßt, für den sie sich werben ließen.»[7] «Wer jetzt bei uns dem rassenreinen nordischen Menschen ‹von allen Seiten her abguckt, wie er sich räuspert und spuckt›, der wird für seine Lakaienbeflissenheit nicht etwa Anerkennung, sondern zur rechten Zeit den Lakaienfußtritt erhalten und ein Hohngelächter darüber, daß er glaubte, nach fremder Schablone ‹nationale Erneuerung› spielen zu dürfen.»[8] Das Bundesgericht stellte in einem Urteil fest, die Nationale Front habe «durch die Übernahme der Fahne mit einem anderen als dem gesetzlich umschriebenen Schweizerkreuz eine Flaggenfrage zu konstruieren versucht, ähnlich wie sie in Deutschland bestanden» habe. Auch hätten Mitglieder der Nationalen Front «wiederholt das Uniformenverbot übertreten und ...



„Vati, was bedeutet eigentlich dieser Gruss?"
„Ganz einfach: Aufgehobene Rechte!"

militärische Ausdrücke verwendet», was an Verbände erinnere, «die in gewissen ausländischen Staaten eine Rolle» spielten. Solche Gepflogenheiten seien «schweizerischem Wesen und schweizerischer Überlieferung fremd» und dazu geeignet, die Gefühle der «Bevölkerung zu verletzen».[9]

Mit dem äußeren Formenkram übernahm die Nationale Front vom Ausland auch das *Führersystem*. Die Demokratie war für den Frontisten nicht nur als politische Staatsform, sondern auch als Organisationsprinzip der eigenen Bewegung überholt. Beim Eintritt in die Partei mußte er sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber den Führern verpflichten. Der Landesführer besaß diktatorische Entscheidungsgewalt. Die Tagsatzung, die ihn nach dem Wortlaut der Statuten zu wählen und abzuberufen hatte,[10] war nur scheinbar das oberste Organ der Nationalen Front. Denn eine andere Bestimmung der Statuten ermöglichte es dem Landesführer, die Mitglieder der Tagsatzung mehrheitlich selber zu ernennen.[11] Der Parteichef war also jederzeit in der Lage, das «oberste Organ» der Bewegung aus ihm ergebenen Leuten zusammenzusetzen. «Praktisch kann ... er tun und lassen, was er will. Mithin finden wir schon in der Organisation der Nationalen Front mit ihrem folgerichtig ausgearbeiteten Führerprinzip das Gegenteil einer demokratischen Bewegung.»[12] Zu den Kompetenzen des Landesführers gehörten ferner die politische Leitung und die Organisation der Partei, die gesamte Geschäftsführung wie das Kassawesen, der Abschluß von Verträgen, die Einstellung und Entlassung der Angestellten, die Aufnahme und der Ausschluß von Mitgliedern, die Bestätigung und die Absetzung der Gauleitungen.[13] An den Tagsatzungen hatten die Gau- und Ortsgruppenführer «in einem straff durchgeführten Appell» die Parolen des Landesführers zu Wahlen, Abstimmungen und dem politischen Kurs der Bewegung entgegenzunehmen.[14] «Da war nichts Parlamentarisches, keine endlosen Debatten wurden vom Zaume gerissen: die Führung gab die Parole aus.»[15] Im Herbst 1933 änderte Landesführer Biedermann eigenmächtig einen Artikel der Front-Satzungen. Als einer der Kameraden eine offene Aussprache über dieses Vorgehen verlangte, lehnte sie Biedermann unter Berufung auf seine Führerqualitäten ab. Er verhängte ein Redeverbot über das diskutierfreudige Mitglied und schloß es, da es sich nicht fügen wollte, aus der Bewegung aus.[16] Nach einer Aussage Bringolfs hatte Nationalrat Tobler vor Landesführer Henne in Achtungstellung zu stehen und sich mit den Worten «Mein Führer!» anzumelden.[17] Dasselbe rigorose Führungsprinzip herrschte in den untern Organen. Den Anordnungen

des Chefs der Propaganda-Abteilung hatten «sich sämtliche Dienststellen der Nationalen Front strikte zu unterziehen».[18] Im Gau Zürich durfte kein interner Anlaß, nicht einmal der «Kameradschaftsabend» einer Ortsgruppe, ohne Bewilligung des Gauleiters abgehalten werden. Sogar die frontistischen Parlamentarier waren in ihrer Mandatausübung einer strengen Kontrolle unterworfen. In einem vom 14. Januar 1936 datierten Schreiben erklärte der neue Gauführer Brandenberger: «Zur Vereinheitlichung der politischen Tätigkeit im Gau Zürich verfüge ich: 1. Die Tätigkeit auf politischem Gebiet wird in ihrer Gesamtheit dem politischen Leiter des Gaus Zürich unterstellt... 2. Der politische Leiter ist verantwortlich ... für die Tätigkeit der Front-Fraktionen im Kantonsrat, in den Gemeinderäten Zürich und Winterthur und in den Schulpflegen. Der Geschäftsgang ist in Zukunft folgender: Der politische Leiter berät mit den Fraktionen die fälligen Geschäfte und bearbeitet dieselben. Er legt sie mir zum Entscheid vor und bestimmt aufgrund meines Entscheides das Vorgehen der Fraktionen im einzelnen. Die Fraktionsmitglieder sind verpflichtet, strikte allen Weisungen des politischen Leiters Folge zu leisten. Irgendwelche Sonderaktionen einzelner Fraktionen haben unter allen Umständen zu unterbleiben.»[19] So mußte man vorgehen, wenn man jede Initiative im Keim ersticken wollte.

Die politische Bevormundung des einzelnen Frontisten durch einige wenige tonangebende Führer hat Walther Bringolf einst mit den Worten verspottet: «In der Nationalen Front darf der einfache ‹Kamerad› auf Kommando Hurra brüllen und marschieren. Er darf sogar dann und wann ein Bier in der Nachbarschaft der ‹Herrenkameraden 1. Klasse› trinken. Manchmal wird ihm dieses Bier wohlwollend bezahlt. Etwas zu sagen haben aber weder ‹Kameraden› noch ganze Ortsgruppen. Auch der Gausaf und die Redaktoren sind nur nach unten mit ‹Befehlsgewalt› ausgerüstet; nach oben haben sie zu gehorchen.»[20] Ernst Schürch meinte, die Frontisten wären zufrieden, wenn «sie einen über sich» hätten, «dem sie die Stiefel lecken, und einen unter sich, dem sie den Absatz geben» könnten. Solche Leute «haben sich auf fremde Leitern verstiegen» und «möchten uns von dort aus ‹autoritär› erneuern».[21] Daß sich der frontistische Führerkult *an ausländischen Vorbildern inspirierte,* war auch die Überzeugung der Kampfgruppe gegen geistigen Terror: «Die Fronten ... zeigen den gleichen Charakter wie die faschistischen Bewegungen in Deutschland und Italien... Dieselben Stahlruten, dieselbe Unduldsamkeit, das gleiche völlig unschweizerische Herdengefühl. Dieselbe Lust an

Unterordnung, welche man bis vor kurzem an den Deutschen so sehr verspottet hat... Im Lande, das sich als erstes das Selbstbestimmungsrecht des Volkes erkämpft hat, sollen ‹Führer› über Untertanen und Verführte zu bestimmen haben.»[22] Man brauchte sich nicht lange zu fragen, was unserm Lande geblüht hätte, wenn die Nationale Front an die Macht gekommen wäre. Sie hätte die in ihrer Organisation gebräuchlichen Diktaturmethoden auf den Staat übertragen.

Das Führerprinzip kam auch darin zum Ausdruck, daß die Nationale Front an ihren Anlässen nur *selten* eine *Diskussion* gestattete.[23] Die Frontenführer «haben ihr Schema im Grindli, wer das nicht akzeptiert, wortlos schluckt unter beistimmendem Gegurgel, der ist nicht ihr Mann.»[24] Statt zu diskutieren sang man die Nationalhymne. Damit versuchte man «die Argumente denkender Leute zu erschlagen».[25] Dieses Vorgehen widersprach dem «Grundprinzip der Demokratie, daß sich der Wille des Volkes ... in freier Aussprache bilden» müsse. Er widersprach auch der Tradition des Landes, das in seiner Geschichte «die leidenschaftlichsten Parteikämpfe kennt, die ... stets in offener Auseinandersetzung ... ausgefochten wurden».[26] Wo hingegen die Gefolgschaft nur «gläubiges Nachlaufvieh» sein konnte, war ganz deutlich ein fremder Geist am Werk.

Zum Führersystem gehörte schließlich auch die *Heldenverehrung*. Solange ein Parteichef persona grata war, wurde er mit überschwenglichen Worten verehrt: «Landesführer Biedermann, Gauführer Tobler, wir halten euch die Treue bis in den Tod!»[27] «Den Höhepunkt der Tagsatzung bildete das Schlußreferat von Landesführer Rolf Henne. Wie keinem zweiten ist ihm die seltene Gabe eigen, zu begeistern, mitzureißen und den innersten Kern unseres frontistischen Wesens in einer Klarheit herauszuschälen, daß es ein jeder spürt: hier spricht ein Mann, der durch das persönliche Beispiel immer wieder beweist, daß er zum wahren Führer berufen ist.»[28]

Solche Lobhudeleien konnten indessen nicht verhindern, daß unter den Führern immer wieder *Katzbalgereien* vorkamen. Interne Differenzen waren der Anlaß zum Austritt der Gruppe Leonhardt-Sonderegger-Boßhard im Oktober 1933[29] und zum Ausschluß Biedermanns im Juni 1934.[30] Auch in den folgenden Jahren gab es immer wieder Auseinandersetzungen persönlicher Natur.[31] Die deutsche Zeitschrift «Der Alemanne» veröffentlichte einmal eine Zuschrift des Exfrontisten Vonwyl, der, obwohl ein eher unzuverlässiger Zeuge, die nachteiligen Folgen des totalitären Führerprinzips in der Nationalen Front mit einleuchtenden Worten zu schildern verstand: «Der

Durchbruch des Führergedankens brachte es ... mit sich, daß ehrgeizige Elemente von bescheidenem Können und desto größerem Geltungsbedürfnis, von der nationalsozialistischen Idee berauscht, sich rudelweise als geborene Führer vorkamen und deshalb dem erwählten Führer der Nationalen Front in entscheidender Stunde die materielle Unterstützung versagten mit dem Erfolg, daß dieser klar erkannte, daß er mit einer Schar selbstsüchtiger Neidhammel niemals das gesteckte Ziel erreichen werde.»[32] Solche internen Auseinandersetzungen erinnerten an ähnliche Erscheinungen in der Hitler-Partei. Wenn sie nicht so blutig verliefen wie zum Beispiel die Ermordung Röhms und anderer Parteigenossen am 30. Juni 1934 in Deutschland, so deswegen, weil die Nationale Front nie Gelegenheit hatte, ihre Triumviratskämpfe auf höchster staatlicher Ebene und mit dem Einsatz einer Geheimen Staatspolizei auszufechten. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß die Bewegung in Aufbau, innerer Gliederung und äußerer Aufmachung eine kleinformatige Kopie des großen Bruders in Deutschland war.

3. Hitlers Politik im Urteil der Nationalen Front

Die Anhänglichkeit der Nationalen Front an das nationalsozialistische Deutschland kam auch in den frontistischen Kommentaren zum außenpolitischen Geschehen zum Ausdruck. Die Erneuerer stellten sich zur Politik des deutschen Reichskanzlers positiv ein.[1]

Die *Machtergreifung Hitlers* löste in der Schweiz keine einheitliche Reaktion aus.[2] Weitherum empfand man ein Unbehagen, daß das Schicksal der deutschen Nation in die Hände dieser unberechenbaren Person gelegt worden war. Viele Bürgerliche wollten aber dem nationalsozialistischen Regime nicht von vorneherein jeden Kredit absprechen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, Hitler könne mit der Übernahme der Regierungsverantwortung sein Temperament etwas mäßigen.[3] Da und dort begrüßte man sogar die neuen Machthaber als Garanten der Ordnung und der Stabilität sowie als Bundesgenossen im Kampf gegen die bolschewistische Gefahr.[4] Für die Sozialisten dagegen waren die neuen Herren Deutschlands von allem Anfang an «eine Bande von Verbrechern», die mit «Gewalt, Willkür und Lüge» regierten und sich «den Teufel um Legalität und Demokratie» kümmerten.[5] Als dann Hitler mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes das Parlament und die Länderregierungen ausgeschaltet, die kommunistische und die sozialistische Partei und schließlich auch das Zentrum

und die andern bürgerlichen Gruppen sowie den deutschen Gewerkschaftsbund zerschlagen hatte, war auch auf bürgerlicher Seite das Urteil gemacht: «Man hat gemeint, daß die Zeiten geistiger Bevormundung der Menschen endgültig vorbei seien. Der Satz von Don Carlos ‹Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!› hatte beinahe mythologischen Klang. Und heute ist er plötzlich wieder aktuell. Denn was gegenwärtig im Lande der ‹Dichter und Denker› vorgeht, ist wieder geistiger Terror.»[6] «Die Zustände und Vorgänge in den Konzentrationslagern, in welchen man nicht nur die Leiber, sondern auch die Seelen brechen möchte, sind ein schwarzer Fleck im Bilde der menschlichen Zivilisation.»[7] Über solches Geschehen durfte nicht einfach der Mantel des Schweigens gehüllt werden: «Ein Volk, das gegen ein Verbrechen an der Menschenwürde nicht mehr seine Stimme erhebt und sich durch Schweigen zum moralischen Mitschuldigen macht, wird an dem Tage, an dem es für sich selbst einzustehen hat, mit dem Fluche der Feigheit geschlagen sein: der Schwäche.»[7] Schließlich erkannte man auch – die einen früher, die andern später –, «daß die nationalsozialistische Berufung auf die Errettung von Staat und Gesellschaft vor dem bolschewistischen Chaos einer ernsthaften Prüfung nicht» standhielt «und sich als ein durchsichtiger Vorwand für die Legitimierung der eigenen ... Gewaltherrschaft» enthüllte.[8]

Anders lautete das *Urteil der Nationalen Front.* Schon vor der Machtergreifung Hitlers hatte der «Eiserne Besen» verkündet: «Deutschlands bester und gesündester Volksteil, die Jugend, die junge Männerwelt und die Frontkämpferschaft, bilden den Kern des Nationalsozialismus. Sie stehen als entschlossene, opferbereite und disziplinierte Auslese in den SA- und SS-Mannschaften und in den Jugendorganisationen.»[9] Hitlers Amtsantritt, seine Gewaltherrschaft und sein brutaler Kampf gegen die Gegner vermochten das günstige Bild in keiner Weise zu trüben: «Da stand ein Mann auf, der mit grimmigem Haß die Volksverhetzer erfaßte und an den Ort brachte, wo sie hingehörten, ein Mann, der eine unendlich große Liebe für ein solches Volk in sich trug und den der Stempel der Gemeinnützigkeit so deutlich und scharf umschrieben prägte, daß ein ganzes Volk wie zu einer Gottheit aufsah und sich um ihn scharte. So um ihn sich scharte, wie es keine der Religionen je mit einem Volke fertig gebracht hatte.»[10] Die Bewunderung, die die Front dem Führer zollte, übertrug sie auch auf dessen Werk: «Es gibt heute keinen Staat in Europa, der so geschlossen dasteht wie Deutschland... Kommt dazu noch eine Staatsführung, die nicht von irgendwelchen parlamentarischen Mehrheiten und

Kommissionsbeschlüssen abhängig ist, sondern kraft ihrer vom Volke direkt erhaltenen Generalvollmacht von einer Stunde auf die andere die schwerwiegendsten Entschlüsse fassen kann, so wird die Überlegenheit eines solchen Staates ... ohne weiteres klar.»[11] Auch die Gleichschaltung der Presse und der Hochschule und die Vernichtung der Parteien, vor allem der Sozialdemokratie, fanden den Beifall der Nationalen Front.[12] Daß man dabei «gegen Glaubens- und Gewissensfreiheit, gegen Toleranz und alle damit zusammenhängenden Ideale» verstieß, konnte kein Grund zur Ablehnung sein. Denn «die Intoleranz bei solchen Revolutionen und die sie begleitenden menschlichen Härten sind eben ... Selbstverständlichkeiten und völlig nebensächlich für die Beurteilung geschichtlicher Ereignisse».[13] Wer nicht «bedingungslos auf die Karte der Vergangenheit» setzte, sondern sich für die Zukunft entschied, konnte keinen Moment daran zweifeln, daß er für die «aufstrebende Macht im Norden» und gegen den verspießerten Kleinstaat in der Heimat Partei ergreifen mußte.[14] Denn ein «jedes System kennzeichnet sich durch seine Taten. Italien durch seine Kolonisation, Deutschland durch seine sozialen Werke, England durch seine Bügelfalten des Herrn Eden, Rußland durch den Terror von Stalin und die Schweiz durch die Unfähigkeit ihres Systems.»[15]

Solche *Voreingenommenheit für das Dritte Reich* trug den Frontenführern Spott und Verachtung ein. Das «Volksrecht» schrieb: «Herr Dr. Rolf Henne ist verliebt in Adolf Hitler. Deshalb wird er völlig blind für das, was andere, die nicht blind sind, klar sehen: Hitler ist der europäische Staatsmann des Krieges.»[16] Die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz verlief nicht, wie die Frontisten behaupteten, zwischen Aufstieg und Niedergang, Dynamik und Mechanik, sondern zwischen «Barbarei» und «Zivilisation». Für Konrad Falke konnte es daher keine Qual der Wahl geben: «Ich denke, wir bleiben, wo wir sind; und wenn Deutschland heute ... auf der andern Seite steht, so ist es doch nicht nötig, daß wir ihm Gesellschaft leisten ... Daß wir heute in der kulturellen Front gegen Deutschland stehen, ist nicht unsere Schuld, denn nicht wir haben uns verändert.»[17]

Bezeichnend für die Hitleranfälligkeit der Nationalen Front war ein Kommentar des «Grenzboten» zur «*nationalsozialistischen Bartholomäusnacht*» vom 30. Juni 1934, als Ernst Röhm, der Stabschef der SA, seine engsten Komplizen sowie zahlreiche Gegner des Naziregimes dem Wüten des Reichskanzlers zum Opfer fielen. Das Frontenblatt schrieb: «Innerhalb weniger Stunden erreichte die Verräter an Volk und Bewegung das verdiente Schicksal. Es bestand kein

Zweifel, daß man die Richtigen erwischt hatte, so brauchte es auch keine lange Gerichtsverhandlung, bevor man an den Übeltätern die Exekution vollzog. Bei uns in der Schweiz wäre selbstverständlich zuerst eine Kommission eingesetzt worden, welche in langen Untersuchungen und Beratungen dafür gesorgt hätte, daß die Fehlbaren rechtzeitig hätten über die Grenzen verduften können... Betrachten wir die Angelegenheit vom rein menschlichen Standpunkt aus, so muß uns die Größe des deutschen Reichskanzlers erst recht zum Bewußtsein kommen.»[18] Das deutsche Volk sehe mit gestärktem Vertrauen zu Hitler auf, der sich einmal mehr als der wahre Führer erwiesen habe.[19] Das war selbst für Henne zuviel. Der Landesführer besaß eine «zu feine Witterung ... für die Wirkung des 30. Juni auf unser Volk»,[20] als daß er eine solche Meinungsäußerung unbesehen hingenommen hätte. Er pfiff seinen Redaktor energisch zurück: «Eine andere Frage ist es ..., ob die Art, wie die Sühne vollzogen wurde, zu rechtfertigen ist. Hier haben wir eine ganz klare und eindeutige Meinung. Wir sagen: Nein! Kein Mensch wird uns mangelndes Verständnis für die deutschen Verhältnisse oder seichte Humanitätsduselei vorwerfen. Mit um so größerem Rechte dürfen wir erklären, daß das, was am 30. Juni in Deutschland geschehen ist, unserm Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt... Unserm angestammten Gerechtigkeitsgefühl widerspricht es, wenn Dutzende von Männern, die doch immerhin Köpfe waren und etwas geleistet haben, um eines angeblichen Verbrechens willen, dessen Charakter auch heute noch nicht eindeutig bekanntgegeben worden ist, erschossen werden, ohne daß ihnen auch nur die Möglichkeit einer Verteidigung gegeben wird. Unser gesundes schweizerisches Rechtsempfinden bäumt sich gegen diese Art der Exekution auf.»[21]

Allein, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wer glauben mochte, die Nationale Front hätte angesichts solcher Gewaltakte ihr kleines Schiff noch rechtzeitig in den sichern Schweizerhafen führen können, der überschätzte die frontistischen Lotsen und ihre Einsicht in die politischen Strömungsverhältnisse jener Zeit. Zu sehr hatten sich die Frontisten durch die nazistischen Sirenengesänge betören lassen, als daß sie noch auf rechten Kurs hätten gehen können. In ihrer Verblendung waren sie bereit, fast alle Forderungen des nationalsozialistischen Deutschland zu den eigenen zu machen. Weil Hitler sich mit dem *Versailler Abkommen* nicht abfinden konnte, mußte die Revision dieser Verträge auch «für die Schweiz ... oberster Grundsatz ihrer außenpolitischen Einstellung sein».[22] Weil Deutschland aus

dem *Völkerbund* ausgetreten war, durfte sich «die Schweiz» ebenfalls «nicht mehr in Genf beteiligen, wenn sie sich selbst nicht untreu werden» wollte.[23] Die Rückgliederung des *Saarlandes* an das Deutsche Reich nach dem Volksentscheid vom 13. Januar 1935 erfüllte die «Front» mit «stolzem Siegesjubel» und mit «Genugtuung darüber, daß sich die Systemspresse» mit ihrer falschen Abstimmungsprognose «vor der breiten Öffentlichkeit blamiert und lächerlich» gemacht hatte.[24] Dieses Freudengeheul veranlaßte die «Neuen Zürcher Nachrichten» zur Feststellung, das Frontenblatt betätige sich als «Flügel-Adjutant des ‹Völkischen Beobachters›».[25] Die Wiedereinführung der *allgemeinen Wehrpflicht* in Deutschland am 16. März 1935 und die Besetzung der entmilitarisierten *Rheinzone* am 7. März 1936 fanden ebenfalls die Billigung der Nationalen Front.[26] Überlegungen, die vom Grundsatz ausgingen, daß Treu und Glauben auch im zwischenstaatlichen Bereich Geltung hätten und daß durch Hitlers «Taktik der vollendeten Tatsachen» und des groben «Vertragsbruches» die «internationale Atmosphäre vergiftet und alles Vertrauen zerstört» worden sei,[27] tat die Front als Ausfluß des «hysterischen Hasses» ab, der die «Groß-Presse der deutschen Schweiz» gegen das Hitlerreich erfülle.[28] Auch konnte sie in den nach sowjetischem Muster aufgezogenen *Reichtagswahlen* keine Verletzung demokratischer Rechtsnormen erblicken. Ihr imponierte «ja so fabelhaft die neue Form der deutschen Volksbefragung, bei welcher ... die geheime Stimmabgabe darin bestand, daß man den Ja-Sagern eine Rosette ins Knopfloch drückte, damit in der wachsenden Begeisterung des Tages nicht etwa die ‹Lätzen› verhauen würden».[29] Auch wenn die Front die Bedenken nicht ganz unterdrücken konnte, daß sich im neuen Wahlstil, den das Dritte Reich praktizierte, «einerseits der gewaltige Propagandaapparat der NSDAP voll und ungehemmt auswirken konnte, während anderseits irgendeine Oppositionspropaganda unmöglich war»,[30] so ließ sie sich doch beeindrucken von den überwältigenden Mehrheiten, die Hitler auf diese Weise aus seinen Plebisziten herausholte. Das deutsche Volk, orakelte die «Front», stehe «wie ein Mann hinter seinem Führer», dem es «in grenzenloser Liebe und Verehrung» anhange. Das Wort «Hitler ist Deutschland» sei Wirklichkeit geworden.[31] Rolf Henne war sogar geneigt, aus den gelenkten Volksbefragungen den Schluß zu ziehen, «daß das nationalsozialistische Deutschland vielleicht ... die vollkommenste Demokratie» darstelle, die sich denken lasse, «da rund 95 Prozent des Volkes hinter seiner Führung» stünden.[32]

Die Frontisten wandten in Zeiten, da Mussolini keine antideutsche

Außenpolitik betrieb, ihre Sympathien auch dem *faschistischen Italien* zu. Mussolinis Marsch auf Rom sei ein Ereignis «von historischer Bedeutung», das «im Buch der Weltgeschichte an wichtigster Stelle» stehe. In ihm verkörpere sich der «erste Sieg einer nationalen Idee, die erste vernichtende Niederlage des Marxismus, des Liberalismus und der Freimaurerei».[33] Die Vorgänge in Italien seien daher auch für unser Land von beispielhafter Bedeutung: «Wir Schweizerstudenten, wir Frontisten, die wir uns gelobt haben, alle unsere Kräfte im Dienste unserer nationalen Bewegung zur Verwirklichung der Volksgemeinschaft und des autoritären Staates ... zu stellen ..., wir haben am faschistischen Studenten eine moralische Stütze und ein Beispiel dafür, was man mit revolutionärem Geist, gepaart mit Opfersinn, Mut und unbeugsamem Willen, erreichen kann.»[34] «Ja, liebe Landsleute, die (Faschisten) sind uns voraus, ... weit voraus, und es wird einen tüchtigen Anlauf brauchen, um sie einzuholen. Sie haben die Ordnung, wir die Unordnung... Wer von der Lektüre unserer Schweizerzeitungen plötzlich zu derjenigen der italienischen übergeht, hat ein Gefühl, wie wenn er aus einer Kneipe, wo die Gäste sich anpöbeln und gelegentlich verhauen, in ein anständiges, ruhiges, gesittetes Wirtshaus käme.»[35] Als Mussolini den Konflikt mit Abessinien vom Zaune riß, war das Organ der welschen Frontisten nicht gewillt, die Aggression zu verurteilen. Vielmehr brach es in Jubel aus, als die italienischen Operationen erfolgreich verliefen: «Malgré l'Angleterre et ses criminelles sanctions ... les braves chemises noires sont entrées à Addis-Abeba ... Addis-Abeba est italienne et le restera. Honneur à tous les lutteurs de peuple italien! ... Le vrai peuple suisse ... adresse un fraternel ‹Harus!› au peuple italien.»[36] Die Sanktionen dagegen, die der Völkerbund gegen Italien ergriffen habe, seien geeignet, die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen. Davon würden in erster Linie die Juden profitieren. Für unser Land dränge sich daher die Frage auf, ob es sich weiterhin an den Sanktionen beteiligen und damit zu einem Hampelmann der jüdischen Geldmächte herabsinken wolle.[37]

In ihrer achsenfreundlichen Einstellung war die Nationale Front unfähig, ein selbständiges außenpolitisches Urteil zu wahren. Das zeigte sich besonders deutlich bei der *Annexion von Österreich*. Früh schon hatten die Frontisten dem österreichischen Staat die Existenzberechtigung abgesprochen und behauptet, der Nachbar im Osten sei «geographisch eine Unmöglichkeit», ein «lebens- und wehrunfähiger Zankapfel der Großmächte», eine «Eintagsfliege», die «morgen schon ihr Dasein beschließen» könne.[38] Als dann Hitler am 12./13.

März 1938 das kleine Land besetzen ließ, wußte die «Front» zu berichten: «Immer wieder wurden die reichsdeutschen Truppen von der Bevölkerung als Befreier gepriesen. Als solche werden sie wohl in die Geschichte eingehen.»[39] Das Organ der Erneuerer begrüßte die Tatsache, «daß nun im Norden und Osten unseres Landes ein großes Volk zu mächtigster Einheit zusammengefaßt» worden sei. Das neuerstandene Großdeutschland werde «nicht durch die Phrasen bankrotter Parteipolitiker» geführt, «sondern durch Leistungen und Taten von Männern, die zielbewußt und instinktsicher ihren geraden Weg» gingen. Daß Hitler mit dem Einmarsch seiner Truppen einer freien Volksbefragung über den zukünftigen Status der österreichischen Nation zuvorkommen wollte, die für ihn – wie mit Bestimmtheit vorauszusehen war – negativ ausgefallen wäre, wurde von den Frontisten in Abrede gestellt. Dagegen waren sie ohne weiteres bereit, das Plebiszit, das nach der Annexion unter dem Drucke der reichsdeutschen Besatzungsarmee stattfand und dem Diktator in Berlin eine erdrückende Mehrheit einbrachte, als echten Willensentscheid des österreichischen Volkes zu taxieren: «Der Anschluß Österreichs ist ... mit überwältigender Zustimmung besiegelt worden... Damit dürften jene Phrasen von der ‹Vergewaltigung› und dem ‹tragischen Schicksal› des österreichischen Volkes, wie sie von einer gewissen Presse verbreitet wurden, endgültig verstummen.»[40] Die Mentalität, die aus solchen Worten sprach, erregte den Unwillen der «Schaffhauser Zeitung». Das einst den Frontisten wohl gewogene Blatt der Schaffhauser Katholiken meinte: «Wie traurig ist es, bei der Lektüre des ‹Grenzboten› ... feststellen zu müssen, daß seine Spalten – gleich einer rassenreinen deutsch-nationalsozialistischen Zeitung – restlos erfüllt sind vom Jubel über den nationalsozialistischen Sieg in Österreich und vom Hohn und Spott über den Kampf eines kleinen Landes für seine Unabhängigkeit.»[41]

Die Annexion von Österreich war unter dem Schlagwort erfolgt, deutsches Blut und deutsche Rasse müßten zu einer einheitlichen Nation zusammengefügt werden. Konnte man nicht gegebenenfalls mit dem gleichen pangermanistischen Argument die *Einverleibung der deutschen Schweiz in das Dritte Reich* propagieren? Wachsamkeit war das Gebot der Stunde, um so mehr, als der einstige Ortsgruppenführer der Solothurner Nationalen Front nach dem Untergang Österreichs die Meinung vertrat, man werde vielleicht auch in der Schweiz bald mit Mark bezahlen,[42] und ein anderer Frontist, Dominik Müller, das Land seiner Väter öffentlich schmähte:

«Dies Land, das übers Meer läßt ziehn
herzlos die besten Eidgenossen,
das voller Judensympathien
und voll Rotfrontmeineidgenossen,

Dies Land der Mittelmäßigkeit,
dem keine Hymne ist zu eigen,
dies Land voll Aufgeblasenheit –
dem soll ich mich in Ehrfurcht neigen?

Diesem gemischten Volkssalat
soll ich als Teilchen mich verbinden?
In diesem abgelebten Staat
Soll Herz und Kopf Genügen finden?

Wär ich verkalkt, verbiert, versumpft,
hockt ich beim Jaß mit Spießerwichten,
wär ich ein Geldmensch, abgestumpft –
dann ging's vielleicht. Doch so? Mitnichten!»[43]

Auch bei der *Zertrümmerung der Tschechoslowakei* standen die Frontisten auf der Seite des Reichs. Hatten sie schon immer Konrad Henlein und seiner irredentistischen Bewegung Sympathien entgegengebracht,[44] so priesen sie nach dem Münchner Abkommen die «Befreiung der Sudetendeutschen von der ihnen verhaßten Herrschaft» der Tschechen als eine große Tat.[45] Mit schlecht verhehlter Schadenfreude registrierte das Frontenorgan, daß die «Freimaurerregierung in Prag» endlich nachgegeben und durch Verzicht auf die tschechoslowakischen Randgebiete die «Rechtsansprüche der sudetendeutschen Volksgruppe» befriedigt habe.[46] Noch deutlicher drückten sich die «Nationalen Hefte» aus, die seit dem Absprung des Schriftleiters Oehler im April 1938 sich zwar von der Nationalen Front unabhängig gemacht hatten, der Bewegung aber weiterhin als Diskussionsforum zur Verfügung standen: «Dadurch, daß die Schweizerpresse eindeutig für die Tschechoslowakei und gegen die Sudetendeutschen Stellung nahm, hat sie auch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker Partei ergriffen ... Mit dieser Stellungnahme haben unsere famosen Demokraten ihre eigene Demokratie verleugnet und außerdem all jene Grundsätze verraten, welche in ihrer Gesamtheit das tragende Fundament der Eidgenossenschaft bilden. Denn ist es nicht gerade das Selbstbestimmungsrecht, das sich wie ein roter Faden durch die gesamte Schweizergeschichte hindurchzieht und recht

eigentlich die treibende Kraft unserer Staatsgründung war?»[47] Willkürlicher konnte man wohl kaum mit den Begriffen «Demokratie» und «Selbstbestimmungsrecht» umspringen. Daß Henlein nicht für die Autonomie der deutschen Bevölkerung im tschechoslowakischen Staate eintrat, wie es der Beneschplan vorgesehen hatte, daß er vielmehr Hitler als Werkzeug für seine ehrgeizigen Machtpläne diente, hatte das Blatt der Erneuerer wohlweislich verschwiegen. Nicht ohne Grund, denn die staatsgefährliche Rolle, die die Sudetendeutschen in der tschechoslowakischen Krise spielten, warf schlagartig ein Licht auf die Frontisten in der Schweiz, die vom Dritten Reich dazu auserkoren waren, unter ähnlichen Verhältnissen eine ähnliche Rolle zu spielen. Ein Glück nur, daß die Frontenbewegung weder die Stärke noch den Einfluß der Sudetendeutschen Partei erreichte.

Die Sudetenkrise hätte Europa beinahe in einen zweiten Weltkrieg gestürzt. Groß war daher die Erleichterung, als Neville Chamberlain in *München* den «*Frieden*» noch einmal retten konnte: «Chamberlain ... gebührt der heiße Dank von Millionen und Abermillionen europäischer Männer, Frauen und Kinder. Er hat sich mit heroischem Mut auf unbegangene Wege des politischen Verhandelns gewagt und ist zum Ziel gelangt.»[48] Allein, die Freude war nicht ungetrübt: «Offen bleibt ... die für Gesamteuropa ... wichtige Frage, ob das Münchner Opfer eine dauerhafte Friedenssicherung oder nur eine kurze Kriegsverschiebung gebracht hat... Scheitert Chamberlain schließlich ... und kommt die Kriegskatastrophe dennoch, so wird sein Volk wissen, daß er nicht daran schuld ist. Das ist seine Politik, die man ... als ... überlegt bezeichnen darf. Ob sie auch überlegen ist, wird die Zukunft zeigen.»[49] Solche kritische Urteile über den Münchner Frieden behagten der «Front» nicht. Mit verdächtigem Eifer lobte sie, wer sich Hitler gegenüber willfährig erwies, und tadelte sie, wer ihm Widerstand entgegensetzte: «Die Welt kann Gott danken, daß Neville Chamberlain und nicht Anthony Eden heute die Richtung der englischen Außenpolitik bestimmt. Hätte Eden, der ... Hasser der faschistischen Revolutionen, ... noch das Steuer in der Hand, es könnte kein Zweifel darüber bestehen, daß bereits auf allen Seiten die Kanonen donnern würden.»[50] Mit solchen Simplifikationen war für die «Front» die Kriegsschuldfrage gelöst. Die Verantwortung für den Ausbruch eines allfälligen Krieges überband sie jenen, die es wagten, der erpresserischen Politik des deutschen Reichskanzlers, ein «Bis hieher und nicht weiter!» entgegenzustellen.

War mit dem Münchner Abkommen der Friede gerettet? Fast

mochte man es meinen, hatte doch Hitler in seiner Sportpalastrede vom 26. September die Zusicherung gegeben, daß mit der Regelung der sudetendeutschen Frage die territorialen Ansprüche Deutschlands befriedigt seien.[51] Die Nationale Front nahm diesen Ausspruch für bare Münze: «Mit der Befreiung der Sudetendeutschen ... haben die feindseligen Absichten Berlins ihr Ende gefunden.»[52] Weniger vertrauensselig gab sich die «Neue Zürcher Zeitung». Niemand sei geneigt, erklärte sie, «die ‹letzte territoriale Forderung in Europa› als letztes Wort Hitlers gelten zu lassen».[53] Das Blatt sollte bald recht bekommen. Am 14. März 1939 befahl der deutsche Reichskanzler den tschechischen Staatspräsidenten Hacha nach Berlin, um ihm mitzuteilen, daß die Rumpftschechei aufgehört habe, als selbständiger Staat zu existieren. Einmal mehr plädierte die *Front für den Angreifer*. Es sei müßig, darüber zu räsonieren, ob diese Machtentwicklung gerecht oder ungerecht sei. Moralische Entrüstung sei fehl am Platz. Niemand könne verhindern, daß die großen Fische nun einmal die kleinen verschlängen.[54] Dieser Fatalismus, der sich zum Vorteil des Stärkeren und zum Nachteil des Schwächeren auswirken mußte, trug den Frontisten einige Wochen später, als sich die polnische Krise am Horizont abzeichnete, eine gepfefferte Zurechtweisung durch die Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung» ein: «Die Stellungnahme des ‹Grenzboten› entspricht in allen Teilen der bisherigen Politik der ‹deutschdenkenden Männer von jenseits der Grenze›.[55] Als Österreich von den Nazis annektiert wurde, stimmte man an der Safrangasse[56] einen Freudenjubel an. Dann kam die Vergewaltigung der Tschechei, für die man im ‹Grenzboten› das größte Verständnis aufbrachte. Einige Monate später, als Böhmen und Mähren dem Raub der braunen Gewalthaber zum Opfer fielen, versuchte man jenes politische Verbrechen damit zu rechtfertigen, daß man Prag als eine Brutstätte des Bolschewismus ... und des Judentums bezeichnete. Dieser Tage lasen wir im Hakenkreuzblättchen auch von einer grausamen Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen, womit man wiederum den Versuch unternahm, einen eventuellen deutschen Gewaltstreich gegen Polen als Folge dieser ‹Verfolgungen› hinzustellen.»[57]

Und so war es in der Tat. Als Hitler wegen der Danziger Frage den *Zweiten Weltkrieg* heraufbeschwor, bestand über die Frage der Kriegsschuld völlige Klarheit. Albert Oeri, der Chefredaktor der «Basler Nachrichten», hatte schon beim Zustandekommen des Hitler-Stalin-Paktes den deutschen Reichskanzler als Hauptverantwortlichen für die «Entfesselung» einer allfälligen Kriegskatastrophe bezeichnet.[58]

Zehn Tage später schloß sich die «Neue Zürcher Zeitung» dem Standpunkt Oeris an.[59] «Man kann», schrieb das Blatt zum selben Thema, «die Augen nicht verschließen vor der Tatsache, daß die Verantwortung für diese europäische Katastrophe auf einem Mann liegt, der – viel eindeutiger als in früheren historischen Kontroversen über die Frage der Kriegsschuld – mit Name und Vorname bezeichnet werden kann.»[60] Solche Kommentare gingen der Nationalen Front wider den Strich. Sie stellte sich schützend vor den braunen Mann: «Die Nazi sind an allem schuld. Selbst die ‹Neue Zürcher Zeitung› hat es eilig, ... den Verantwortlichen festzustellen... Mit solcher Stimmungsmache ist dem Lande schlecht gedient. Sie entspricht weder der von der Schweizerpresse geforderten Objektivität noch den Interessen der Neutralität.»[61] Dem «allgemeinen Geschimpfe» auf Hitler und der «Welle des Hasses» gegen das Deutsche Reich müßten Einhalt geboten werden.[62] Einen Schritt weiter gingen die «Nationalen Hefte», die glaubten, England wegen seines «gegen Deutschland vom Zaun gerissenen Krieges» tadeln zu müssen.[63]

Die zunehmende *Judenverfolgung in Deutschland* hatte es mit sich gebracht, daß im Sommer 1938 der Flüchtlingsstrom in die Schweiz rapid zunahm. «Man sollte annehmen, daß das traurige Schicksal der aus dem Dritten Reich verjagten jüdischen Flüchtlinge bei jedem anständigen Christenmenschen Gefühle tiefsten Mitleides auslösen ... würde. Die Front jedoch war anderer Ansicht. Sie benützte ... diese Tragödie heimatloser, aller Existenzmittel beraubter Mitmenschen zu einer wüsten Judenhetze.»[64] Die Flüchtlinge, behauptete sie, hätten es ihrem eigenen Verhalten zuzuschreiben, wenn eine antisemitische Welle durch die faschistischen Staaten ginge. «Diese Gesellschaft mit dem abstoßend fremdrassigen Aussehen und Benehmen, die sich jetzt an unseren Nord- und Ostgrenzen herumtreibt, hat im früheren Gastlande die großen Betrüger, Schieber, Korruptionäre, Ausbeuter, Unzucht- und Abtreibungsindustriellen sowie bolschewistischen Wühler gestellt.»[65] Wenn in Deutschland die Juden verfolgt würden, so seien das nicht Auswirkungen eines unmenschlichen Systems. Es sei dies die Antwort auf jüdische Anmaßung, der elementare Aufbruch eines gesunden Volkes gegen seine Zerstörer.[66] Für unser Land könne es nur eines geben: entschlossene und harte Abwehr der jüdischen Invasion. «Das Schweizervolk ... ist uns zu gut, um auch nur zeitweilig als Parasitenträger zu dienen.»[67] Diejenigen Zeitungen, die die «Humanitätstrommel für die jüdischen Emigranten» rührten, wollten nur die faschistischen Staaten diskreditieren.[68]

Sturer Haß und blinder Eifer trübten auch das Urteil der Frontisten über den Judenpogrom in der *Kristallnacht.* Am 7. November 1938 verübte der polnische Jude Grynzspan in Paris ein Attentat gegen den deutschen Botschaftssekretär von Rath, um dagegen zu protestieren, daß seine Eltern aus Hannover ins Niemandsland an der deutsch-polnischen Grenze abgeschoben worden waren. Der Anschlag löste antisemitische Ausschreitungen in Deutschland aus. Synagogen wurden niedergebrannt, jüdische Geschäfte zerstört, zahlreiche Juden von Wohnstätten und Arbeitsplätzen vertrieben. «Dies alles ist einfach empörend.»[69] Nicht weniger empörend war die «pedantische Rechtskomödie», die diesen Terrorakten folgte: die Verhängung einer Solidarbuße von einer Milliarde Reichsmark über die gesamte Judenschaft, die Beschlagnahmung der Versicherungsansprüche der Geschädigten zugunsten des Reichs und die Deportation von Juden in die Konzentrationslager. Die Verfolgungen erstreckten sich bis nach Gailingen, dem Judendorf an der Schweizergrenze. Eine Dießenhofer Zeitung rapportierte über die Vorgänge im Nachbardorf: «Die antisemitische Welle, die durch das Pariser Attentat eines jungen Polen ausgelöst wurde, hat gestern auch ... Gailingen erreicht und die dortige jüdische Gemeinde schwer in Mitleidenschaft gezogen. Vormittags gegen neun Uhr erschienen ... plötzlich einige hundert Mann SS-Truppen mit Gewehr und Stahlhelm ausgerüstet. Sie umstellten und besetzten das Dorf, so daß niemand dasselbe verlassen konnte. Alsdann wurde die gesamte männliche jüdische Bevölkerung zusammengerufen und auf den Platz bei der Synagoge geführt, wo sie mitansehen mußte, wie die Synagoge unter Zuhilfenahme von Zünd- und Sprengstoffen demoliert wurde... Gerüchteweise verlautet, daß eine große Zahl jüdischer Einwohner verhaftet und gestern abend mit unbekanntem Ziel aus der Gemeinde weggeführt worden sei. Die Einwohnerschaft ... soll sich an der Zerstörungsaktion nicht beteiligt haben.»[70] Über dasselbe Geschehnis berichtete der «Grenzbote»: «Gailingen: Auch hier ist, wie an unzähligen andern Orten Deutschlands, am gestrigen Tage die Synagoge der allgemeinen Empörung in der Bevölkerung über den Meuchelmord des Juden Grynzspan an Botschaftsrat von Rath zum Opfer gefallen. Sie wurde in die Luft gesprengt.»[71] Mehr hatte das Frontenblatt nicht zu sagen. Kein Wort des Bedauerns darüber, daß im Reiche Hitlers «tausend Augen um ein Auge, tausend Zähne um einen Zahn» eingeschlagen wurden.[72] Mit kaltem Zynismus setzte man sich über das schreckliche Los der Juden hinweg: «Ein großes Wehgeschrei geht durch die ‹Weltpresse› ... Die armen, ver-

folgten Juden! Man kann kaum ein Blatt ... aufschlagen, das jetzt nicht kräftig an die Tränendrüsen appellieren würde. Damit das folgende ... nicht mißverstanden werde, sei hier in aller Ruhe und Gelassenheit festgestellt, daß wir den Methoden des Antisemitismus, wie sie ... nach dem Tode des Diplomaten von Rath im Reich praktiziert werden, keinen Geschmack abgewinnen können. Es ist Geschmackssache, wie man die Judenfrage löst. Wir Frontisten sind überzeugt, ... mit einer Lösung in streng gesetzlichen Formen auszukommen. Trotzdem sehen wir ... keine Veranlassung zum Mitleid. Noch sind die Vorgänge vom September dieses Jahres[73] in frischer Erinnerung. Sah man nicht auf Schritt und Tritt den internationalen Juden an der ‹Arbeit›, (wie er sich bemühte), einen neuen Weltkrieg zu entfachen? Wo immer ... zum Krieg getrieben wurde, erblickte man den ... internationalen Juden... Muß sich das Weltjudentum da noch wundern, wenn ihm ... Haß und Ablehnung entgegenschlägt?»[74] – Ein Kommentar erübrigt sich.

Was immer auch das nationalsozialistische Deutschland unternehmen mochte, es fand die Billigung der Nationalen Front. Bald äußerte sich die Zustimmung in lautem Beifall, bald in gewundenen Erklärungen und manchmal auch in betretenem Schweigen. Diese Haltung konnte den nicht verwundern, der die Politik der Erneuerer kannte. Die Linientreue der Frontisten gegenüber den faschistischen Mächten in außenpolitischen Fragen entsprach der Gleichschaltung mit den faschistischen Parteien auf geistig-ideologischem Gebiet.

4. *Die Schweizer Presse und das Deutsche Reich*

Die frontistische Presse war eifrig bestrebt, Mittlerin zwischen Deutschland und der Schweiz zu sein. Zu diesem Zwecke importierte sie *nationalsozialistische Literatur aus Deutschland.* 1933 druckte die «Front» einen Ausschnitt aus Hitlers «Mein Kampf» ab.[1] 1934 gab sie einen Artikel Mussolinis heraus. Zuvor hatte sie sich das Alleinveröffentlichungsrecht für Zürich erworben.[2] 1936 erschien in einer vierseitigen Sonderausgabe Hitlers Reichstagsrede zur Besetzung der Rheinlande.[3] Auch einige Feuilletons wurden aus dem Dritten Reich bezogen. Sie propagierten dessen Ideengut.[4] Einer Mitteilung der «Zürcher Post» zufolge stellte eine 1936 von den welschen Frontisten herausgegebene Broschüre die «‹aufgeschweizerte› Schrift» eines für die deutschen Nazis bestimmten «Katechismus» dar. Sie enthielt

nebst anderem die «10 Gebote für jeden Nationalsozialisten», die als «Les 10 commandements du frontiste» wiedergegeben waren.[5] Einer 1939 in den «Neuen Zürcher Nachrichten» publizierten Zusammenstellung konnte man entnehmen, daß die «Front» innert Monatsfrist zwölf Artikel wortgetreu aus einer deutschen antisemitischen Zeitschrift nachgedruckt hatte. Dazu bemerkte das Zürcher Blatt: «Die ‹Front› übernimmt die nationalsozialistische Korrespondenz wörtlich. Sie kopiert die Titel und Untertitel. Sie läßt kein Pünktchen aus und schreibt sklavisch selbst die Druckfehler ab, von handgreiflichen Unwahrheiten ganz zu schweigen... Selbst ihre ‹Blitzlichter›[6] erweisen sich zum guten Teil als Nordlicht. In einem Punkt allerdings wahrt die ‹Front› ihre Unabhängigkeit: sie verschweigt die Quellen und die Namen der Verfasser.»[7] Auch der «Grenzbote», der von der Reichsbahndirektion in Karlsruhe die Erlaubnis zur Anfertigung von Zeitungshaltern an den DRB-Bahnhöfen Schaffhausen und Neunkirch erhalten hatte,[8] veröffentlichte Artikel aus deutschen Zeitungen. Als Quelle diente ihm die «Bodensee-Rundschau». Das veranlaßte die «Thurgauer Zeitung» zur Feststellung: «Der ‹Grenzbote› schmuggelt. Er schmuggelt Ware aus dem nationalsozialistischen Lager und achtet nicht darauf, daß es stinkender Käse ist.»[9] Um sich den deutschen Lieferanten gegenüber erkenntlich zu zeigen, stellten ihnen die Frontisten ihr Parteiblatt gratis zu.[10] Daneben spielte das «Deutschlandgeschäft» eine bedeutende Rolle. Da die Nazis die meisten Schweizer Zeitungen verboten hatten, rechnete die «Front» mit einem guten Absatz im Deutschen Reich. Sie unterhielt in München eine Generalvertretung mit einem Bankkonto, die Abonnenten und Inserenten werben sollte.[11] Umgekehrt vertrieben die Erneuerer deutsche Zeitungen in der Schweiz. Ein Zürcher Frontist bot seinen Kameraden den «Völkischen Beobachter», der seit 1940 in der Schweiz wieder zugelassen war, zu ermäßigten Preisen an. Das Inserat, in dem er sein Angebot bekanntgab, hatte ursprünglich den Wortlaut: «Jeder Kamerad abonniere den ‹Völkischen Beobachter›, ca. 50 Prozent billiger im Jahresbezug!» Die Administration der «Front» gab dann dem Text eine zurückhaltendere Fassung: «‹Völkischer Beobachter›, ca. 50 Prozent billiger im Jahresbezug.»[12] Neben den Zeitungen wurden auch Bücher von Nazis vertrieben. Die Buchabteilung der Nationalen Front empfahl 1933 Hitlers «Mein Kampf», Goebbels Tagebuchblätter «Michael» sowie Schriften von Alfred Rosenberg, Gottfried Feder und andern Koryphäen des Dritten Reichs.[13] Schließlich konnte auch der Film der nationalsozialistischen Propaganda dienstbar ge-

macht werden. Die Nationale Front Schaffhausen mietete sich auf den 5. Mai 1934 das Kino «Orient», um sich in einer geschlossenen Veranstaltung den Horst-Wessel-Film anzusehen.[14] Den gleichen Streifen ließen sich die Zürcher Frontisten mit Landesführer Henne an der Spitze im Kino «Walche» vorführen.[15]

Pflegte die Nationale Front freundschaftliche Beziehungen mit nationalsozialistischen Journalisten in Deutschland, so verfolgte sie mit Argwohn die nichtfrontistische Presse in der Schweiz. Letztere berichtete, ihrer Tradition entsprechend, frei über die Vorgänge im nördlichen Nachbarland. Ihre Kommentare zeichneten sich durch Offenheit und oft durch herbe Kritik aus. Damit zog sie sich das *Mißfallen der Nationalen Front* zu. Diese vertrat einseitig den deutschen Standpunkt und behauptete, die bürgerlichen und sozialistischen Blätter seien einer «antideutschen Haßpsychose» verfallen, sie betrieben eine «beispiellose Hetze gegen Deutschland» und suggerierten dem Leser «Zerrbilder» über das Deutsche Reich.[16] «Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß ein großer Teil der schweizerischen Öffentlichkeit in geradezu krankhafter Weise auf die nationalsozialistische Revolution reagiert hat... Steht es schon so bös mit uns, daß wir das körperliche und seelische Wiedererstarken eines Nachbarvolkes, mit dem wir durch Sprache und Kultur aufs engste verbunden sind, nur noch unter Anwendung planmäßiger Herabwürdigung und Beschimpfung ertragen können? Müssen wir deshalb alles, was heute in Deutschland geschieht, in den Schmutz ziehen, weil wir vielleicht selbst nicht mehr zu einem so starken Erlebnis fähig sind, weil wir dafür zu müde, zu klein und zu alt geworden sind?»[17] Die «im Namen der ‹Freiheit›, ‹Menschlichkeit› und ‹Demokratie›» betriebene «militärische und moralische Einkreisungs-Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland» überschreite die Grenzen der politischen Klugheit und mache die Pressefreiheit zu einer «Lügenfreiheit», welche geeignet sei, «die Beziehungen der Schweiz mit ihren faschistischen Nachbarstaaten zu vergiften».[18] Um Sanktionen der angegriffenen Länder gegen die Schweiz zu verhindern, sei es notwendig, die antinazistischen Stimmen zum Schweigen zu bringen. Die Nationale Front verlange daher die «Unterbindung der gegen Deutschland gerichteten Hetze».[19] Dieser Argumentation trat die «Neue Zürcher Zeitung» mit dem Hinweis entgegen, «daß heute im Dritten Reich so ziemlich alles als ‹Hetze›» gelte, «was nicht hundertprozentige Zustimmung zum Nationalsozialismus» bedeute. Die Schweiz müßte sich «einer vollständigen ‹Gleichschaltung› unterwerfen», wenn sie «die

Klagen über die ‹schweizerische Pressehetze› zum Verstummen bringen» wollte.[20]

Die Front ging in ihrer Parteinahme «für das Ausland und gegen die eigenen Volksgenossen»[21] so weit, daß sie die Schuld für das *Verbot von Schweizer Zeitungen* in Deutschland nicht den dort herrschenden totalitären Methoden, sondern den gemaßregelten Blättern in die Schuhe schob. Die «tendenziöse, jeder Objektivität hohnsprechende Berichterstattung» einer «Journaille», welche «in ihrer Borniertheit» glaube, «die ganze Welt ansoden und belehren zu müssen», habe die Nationalsozialisten zu ihrem harten Vorgehen gegen die Schweiz genötigt.[22] Die Retorsionsmaßnahmen dagegen, die der Bundesrat auf das reichsdeutsche Zeitungsverbot hin ergriffen habe, könnten in keiner Weise gebilligt werden. Sie stünden im «Widerspruch zum Rechtswillen des Volkes» und stellten für die Schweiz eine Blamage dar.[23] Mit solchen Verlautbarungen, die sich restlos an einem ausländischen Standpunkt orientierten, gab die Nationale Front zu verstehen, daß sie den «Gedanken der nationalen Solidarität» verdrängt hatte «durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu einer internationalen Gesinnungs- und Interessenfront».[24]

Auch bei anderer Gelegenheit nahm die Front für das Reich und gegen die Schweiz Partei. Am 9. März 1935 wurde der im Elsaß wohnhafte deutsche Emigrant *Berthold Jacob* während eines Aufenthalts in Basel nach dem Deutschen Reich verschleppt. Bei dieser Entführung hatte die Gestapo die Hände im Spiel. Das Frontenorgan erhob zwar Protest gegen die Verletzung unserer Gebietshoheit,[25] schwächte ihn aber sogleich wieder ab mit der Bemerkung: «Wenn wir uns fragen, wieso deutsche Stellen dazu kommen, sich auf Schweizerboden eine solche Tätigkeit anzumaßen, so gibt es dafür ... Gründe... Man hat es immer wieder geduldet, daß die Emigranten von unserm Boden aus das Regierungssystem in Deutschland beschimpfen und heruntermachen... Daß ein Regime wie das nationalsozialistische einem solchen Treiben längs seiner Grenzen nicht auf die Dauer zusehen würde, war zu erwarten angesichts der Untätigkeit unserer Behörden gegenüber einem Gelichter, das in dieser Weise unser Asylrecht mißbraucht. Provokationen einerseits rufen Übergriffe anderseits.»[26] Robert Tobler bemängelte zudem in einer Kundgebung die Bemühungen des Bundesrates um Rückgabe des Entführten. Er behauptete, es sei nur deshalb «ein so großes Geschrei» gemacht worden, weil es sich beim Verschleppten um einen Juden handle.[27] Mit dieser Sophistik forderte er die «Neue Zürcher Zeitung» zum Widerspruch heraus: «Die ent-

schiedene und mutige Stellungnahme des Bundesrates im Fall Jacob ist überall ... begrüßt worden. Wer indessen glaubt, das ganze Schweizervolk stehe geschlossen und ungeachtet der parteipolitischen Einstellung des einzelnen Bürgers hinter dem Bundesrat, befindet sich leider im Irrtum. Es gibt ... eine Partei, die auch in diesem so klar gelagerten Falle ihre Parteiinteressen über das Wohl des Vaterlandes stellt. Das ist die Nationale Front.» Das Blatt bezeichnete es als «eine bodenlose Perfidie, unserer obersten Landesbehörde in der Wahrung schweizerischer Interessen gegenüber dem Ausland in den Rücken zu schießen. Solange die Nationale Front die Meinung über den Fall Jacob nicht gründlich» revidiere, werde «ihr der berechtigte Vorwurf nicht erspart bleiben, ... Verräterin an der nationalen Sache zu sein!»[28]

Schließlich mußte die Schweizer Presse auch im *Fall Gustloff* als Sündenbock herhalten. Der in Davos wohnende Führer der NSDAP «Gau Schweiz» war am 4. Februar 1936 durch einen jugoslawischen Studenten ermordet worden. Der «Grenzbote» widmete diesem Ereignis den Kommentar: «Die eigentlichen Verantwortlichen ..., die man weder verhören noch sonstwie belästigen wird, sitzen in den Redaktionsstuben der verluderten Marxistenpresse und jener sogenannt bürgerlichen Blätter, die ihre ekelerregende Kriecherei vor dem roten Untermenschentum so lange betreiben und dessen schamlose Hetze gegen Deutschland so lange wohlwollend unterstützen, bis das schweizerische Bürgertum von der roten Mordkommune eines Tages an die Straßenlaternen aufgeknüpft und nach russischem Vorbild viehisch abgeschlachtet wird.»[29] Diese Version deckte sich mit der Auffassung des deutschen Propagandaministers Goebbels, der dem schweizerischen Gesandten in Berlin den Vorwurf machte, die Zeitungen in der Schweiz hätten mit ihrer «Hetze» den Boden für diesen Mord vorbereitet.[30] Bundesrat und Schweizerpresse wiesen die Versuche, «die schweizerische Pressefreiheit auf die Anklagebank zu setzen»,[31] mit Entschiedenheit zurück: «La liberté d'opinion ... et de la presse existe heureusement encore en Suisse... Comme tous ceux qui exercent une activité politique ..., M. Gustloff était exposé au risque d'être critiqué et attaqué dans la presse ...; la propagande qu'il y faisait pour des idées contraires à nos traditions et même dangereuses pour notre intégrité nationale, devait forcément attirer l'attention sur lui et susciter l'inquiétude de ... la presse de toutes nuances politiques – à l'exception des frontistes.»[32] Die frontistischen «Vaterlandshelden», die für eine solche Beunruhigung der Presse über die die schweizeri-

sche Unabhängigkeit gefährdende Tätigkeit Gustloffs kein Verständnis aufbrachten, wohl aber Zeter und Mordio schrien, als der Bundesrat vorübergehend die Landesleitung und die Kreisleitungen der NSDAP verbot,[33] hatten sich einmal mehr in einer deutsch-schweizerischen Differenz auf die Seite des Auslandes geschlagen.

Ganz in den Rahmen dieser herausforderrnden Politik fiel die Tatsache, daß die Buchhandlung der Nationalen Front für *Wolfgang Diewerges* Schrift «*Der Fall Gustloff*» Propaganda machte.[34] Diewerge hatte seine Broschüre im Auftrage des deutschen Propagandaministeriums geschrieben und sparte nicht mit Angriffen gegen unser Land. Die Schweizer «Pressemeute», behauptete er, betreibe seit Jahren eine «gehässige deutschfeindliche Propaganda», eine «maßlose, unverschämte und gemeine Hetze», eine systematische «Aufpeitschung des Hasses gegen Deutschland und den Nationalsozialismus».[35] Die Beziehungen zwischen zwei anständigen und fleißigen Völkern würden «mit Methoden vergiftet», die, wie der Fall Gustloff beweise, «zum Meuchelmord führen» könnten.[36] Mit solchen Argumenten konstruierte Diewerge «eine Mitschuld der Schweizer Hetzpresse» am Tode Gustloffs.[37] Einzig die Publikationsorgane der Nationalen Front und einiger anderer Rechtsextremisten, deren prodeutsche und antischweizerische Einstellung gebührend vermerkt wurden,[38] sprach der Verfasser von seinem Vorwurf frei. Über das Machwerk Diewerges und den Vertrieb desselben durch die Nationale Front urteilte die «Zürcher Post»: «Das Buch bedeutet ... eine Beleidigung für die Schweiz. Es gibt ... eine völlig unwahre Darstellung über die Hintergründe der Tat von Davos. Nur die Hetze in der Schweiz sei daran schuld... Von ... den Drangsalen in den deutschen Konzentrationslagern, der systematischen politischen, wirtschaftlichen und seelischen Niedertrampelung des Judentums in Deutschland liest man kein Wort. ... Das alles macht unsern Frontisten nichts aus, die längst im blinden Glauben an alles, was aus Deutschland kommt, jegliche Objektivität ... dem eigenen Vaterland gegenüber verloren haben. Sie geben sich ... dafür her, ... eine Tendenzschrift, die sich ... gegen unser eigenes Land wendet, durch ihre ... Parteibuchhandlung zu vertreiben... Eine schweizerisch sein wollende Partei unterstützt also eine Propaganda, die vom Ausland ausgeht und das Ansehen unseres Landes unterhöhlt... Immer deutlicher fällt der Schleier vom aufgezogenen Expatriotismus der Frontisten.»[39]

Die Nationale Front unternahm ferner den Versuch, die Schweizer Presse auf eine *neutralistische Linie* zu verpflichten: «Sind wir überhaupt

noch neutral? Es genügt, einen Blick in unsere marxistische und linksbürgerliche Presse zu werfen, um diese Frage ... zu beantworten. Was sich dieselbe leistet, ist nichts anderes als ein Schlag nach dem andern ins Gesicht der Neutralität.»[40] Wenn die Schweiz wünsche, mit ihrer außenpolitischen Maxime ernst genommen zu werden, müsse sie nicht nur in der Außen- und Militärpolitik, sondern auch «im Geistigen» Neutralität bewahren.[41] Eine solche Interpretation, die den Neutralitätsbegriff aus dem staatlichen Bereich in die Individualsphäre des Bürgers übertrug,[42] konnte unter keinen Umständen akzeptiert werden: «Die Schweiz lehnt ... die These ab, daß ihre selbstgewählte Neutralität, dieser völkerrechtliche Begriff, der die Beziehungen zwischen Staaten regelt, eine Verpflichtung zur moralischen Neutralität des einzelnen Bürgers in sich schließe. Der geistige Standort des Schweizervolkes ergibt sich für die Welt mit aller Klarheit aus den freiheitlichen und demokratischen Grundlagen unserer politischen Ordnung und aus den Prinzipien des Rechts, der Humanität und der Toleranz.» Für die Presse bedeutete dies: Festhalten an der Devise, «daß es ihr Recht und gleichzeitig ihre Pflicht ist, auch die Ereignisse im Ausland zu kommentieren. Irgendeine Gleichschaltung ... kann für sie nicht in Frage kommen, weil solche Verzichte gleichbedeutend mit der Opferung der geistigen Unabhängigkeit des Landes wären.»[43] «Die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz beruht nicht zuletzt darauf, daß sie sich nie dem Ausland angeglichen hat.»[44]

Die Nationale Front ging indessen noch einen Schritt weiter. Sie verband ihre Forderung nach Gesinnungsneutralität mit der *Blutschuldthese*.[45] Diese bestand darin, daß man erklärte: Wenn die Schweiz in einen Krieg verwickelt wird, so sind daran unsere Zeitungen schuld. Die Nationale Front wollte also der Presse nicht nur die Verantwortung für das Verbot von Schweizer Zeitungen in Deutschland, die Entführung Jacobs und die Ermordung Gustloffs überbinden, sondern auch die Schuld für eine «allfällige kriegerische Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich».[46] So etwa, wenn sie schrieb: «Mit schwerster Besorgnis müssen wir feststellen, daß unser Land – zum mindesten stimmungsgemäß – bereits heute seine Neutralität aufgegeben und sich in die internationale antideutsche Front eingereiht hat. Werden wir wie 1914 uns auf unsere Neutralität berufen können? Es gibt keine Berufung auf die Neutralität mehr, wenn man diese innerlich bereits längst verraten hat.»[47] Was sich die Presse in ihrem «Antinazikomplex» leiste, sei «vollendeter Wahnsinn, der geradezu planmäßig die Gefahr» heraufbeschwöre, «daß die Schweiz eines schönen Tages von Deutsch-



Sie soll gewährleistet **bleiben!**

land angegriffen» werde «mit der Begründung, sie habe ihre Neutralität ja bereits längst verraten».[48] Solche Sätze waren für den «Nationalsozialismus ... Munition zur geistigen Kriegführung gegen unser ... Land».[49] Sie wurde denn auch in reichlichem Maße benützt. Zum Beispiel, wenn von Bibra, der erste deutsche Gesandtschaftsrat in Bern, der Schweiz im Sommer 1940 drohte, das Deutsche Reich werde die Eidgenossenschaft «einsacken», wenn sie ihre «letzte Frist ..., sich positiv auf Deutschland einzustellen», nicht wahrnehmen sollte.[50]

Von Bibra hatte klargemacht, worum es letztlich auch der Nationalen Front ging: Die Schweiz sollte in die faschistische «*Nord-Süd-Achse*» einbezogen werden. Der Hinweis auf die Gesinnungsneutralität der Presse war nur ein Vorwand, um gegen die antinazistische und prowestliche Einstellung des Durchschnittsschweizers Sturm zu laufen. Die frontistische Kampagne, die unter Berufung auf die Neutralität des Staates angeblich auch die Presse gesinnungsmäßig neutralisieren wollte, ging in Wirklichkeit darauf aus, «die Schweiz in das ‹Kraftfeld› Deutschlands einzuordnen».[51] Unser Land sollte sich geistig und wohl bald auch politisch an den faschistischen Mächteblock anschließen. Dort sollte sie «Mittlerin zwischen Deutschland und Italien werden». Sie sollte eine Brücke zwischen «Germanentum und Romanentum» sein.[52] «Eine weitblickende, die Zeichen der Zeit verstehende ... Politik wird dafür sorgen, daß die Schweiz zu einem lebendigen Verbindungsglied der beiden Achsenmächte im Norden und Süden unseres Landes wird... Die geographische Lage stempelt unser Land zum natürlichen Bindeglied zwischen Nord und Süd. Wäre es ein Zeichen von politischem Weitblick, die Chancen unserer Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, nicht mit beiden Händen zu greifen?»[53] Einem solchen *Einbau der Schweiz in ein Allianzsystem der totalitären Mächte*[54] stand die schweizerische Presse als Hüterin der nationalen Integrität und Wahrerin der schweizerischen Neutralität im Wege. Dies war der tiefere Grund, weshalb ihr die «Nationale» Front mit Vehemenz den Kampf angesagt hatte.

5. *Frontisten im Deutschen Reich*

«Wir stellen ... fest, daß die Nationale Front weder mit in- noch ausländischen nationalsozialistischen oder ähnlichen politischen Vereinigungen das geringste zu tun hat, noch mit solchen Vereinigungen in direktem oder indirektem Verkehr steht. Jede andere Behauptung ist bewußte oder unbewußte Lüge.»[1] Diese Erklärung, die die Nationale

Front im August 1933 als Auftakt zu den Wahlen in Zürich und Schaffhausen abgab, mochte damals vielleicht noch der Wahrheit entsprochen haben. Bereits ein Jahr später, als Alfred Zander Verbindung mit deutschen Amts- und Parteistellen aufgenommen hatte [2] und andere führende Frontisten an Tagungen der nationalistischen Internationalen teilnahmen, wo sie Bekanntschaft mit Gleichgesinnten aus aller Herren Ländern machten,[3] hätte die Front diese Erklärung nicht mehr mit gutem Gewissen herausgeben können. Dies war auch die Meinung Stadtpräsident Bringolfs, der im Herbst 1934 dem Nationalrat mitteilte: «Ich ... habe Kenntnis von den engen und freundschaftlichen *Beziehungen der Nationalen Front mit den deutschen Nazis.*» [4] Auf diese Bemerkung replizierte der Schaffhauser Gauführer äußerst scharf.[5] Bringolf zog ihn deswegen vor Gericht, konnte aber den Beweis für seine im Nationalrat gemachte Aussage nicht erbringen.[6] Der Gauführer frohlockte über die «Niederlage» Bringolfs.

Dennoch hatte der Schaffhauser Stadtpräsident seine Behauptung nicht völlig aus den Fingern gesogen. Immer wieder machten sich *Frontisten im Dritten Reich* bemerkbar. Im August 1933 veranstalteten Mitglieder der NSDAP in Konstanz und Säckingen Grenzlandtreffen zwischen Schweizern und Deutschen, an denen sie auf plumpe Art für eine deutsch-schweizerische Freundschaft warben. Daraufhin beschuldigten sich die Nationale Front und Fischers Nationalsozialistische Eidgenossen gegenseitig der Teilnahme an diesen Parteikundgebungen.[7] «Que diable», rief der Berner Korrespondent der «Gazette de Lausanne» aus, «ces braves gens allaient-ils faire dans cette galère? N'auraient-ils pas mieux fait de laisser leurs voisins célébrer entre eux leur frairie alémanne?»[8] Im November 1933 wurde eine «Landesgruppe Schweizer in Deutschland der Nationalen Front» gegründet. Sie besaß bald Sektionen in München, Stuttgart, Hamburg, Berlin und vier weitern deutschen Städten.[9] Die Ortsgruppe Singen war dem Gau Schaffhausen angegliedert.[10] Auch in Mailand entstand eine Frontensektion.[11] Beim Bekanntwerden dieses Tatbestandes schrieb Konrad Falke in der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Zur rechten Zeit kommt die Nachricht, daß die Nationale Front das Bedürfnis empfindet, im Ausland Ortsgruppen zu gründen – natürlich zuallererst in Deutschland, wo selbst der kleinste Kegelklub undenkbar ist, wenn er nicht bei jeder Gelegenheit ‹Heil Hitler!› ruft.»[12] Die «Gazette de Lausanne» wies darauf hin, daß solche Neugründungen den innern Zusammenhalt der Auslandschweizer gefährden könnten. Unsere Landsleute könnten genötigt werden, sich für oder gegen die

vom Gastland wenn nicht geförderte, so doch wohlwollend geduldete Parteisektion und damit indirekt für oder gegen das Gastland selber auszusprechen, was ihren Aufenthalt daselbst erschweren müßte.[13] Die «Basler Nachrichten» warnten vor jedem Versuch, einen Regierungsumsturz in der Schweiz von außen her in die Wege zu leiten.[14] Johann Baptist Rusch machte in der «National-Zeitung» den Vorschlag, es seien diejenigen Schweizer auszubürgern, die in der Fremde die vitalsten Interessen ihres Heimatlandes mißachteten. Man könne nicht «im Traben und Gehaben Nationalsozialist, Faschist, Bolschewist, nebenbei aber doch Nutznießer eines demokratischen Landrechts» sein.[15] Zu einer ähnlichen Auffassung bekannte sich die «Neue Zürcher Zeitung»: «Wer seit dem Verlassen seiner schweizerischen Heimat auch dem Geiste der Schweiz emigriert ist und nicht nur im fremden Lande, sondern auch im fremden Geiste seine neue Heimat gefunden hat ..., der hat einen moralischen Verzicht auf sein Bürgerrecht ausgesprochen.»[16] Der Bundesrat, der sich mit der Auslandschweizer-Kommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegen die Gründung von parteipolitischen Auslandsektionen ausgesprochen hatte,[17] erhob – allerdings ohne Erfolg – Einsprache bei den fremden Regierungen und intervenierte auch in den schweizerischen Kolonien.[18] Daß die Nationale Front gegen den ausdrücklichen Willen des Bundesrates in Deutschland und Italien politische Gruppen unterhalten konnte, zeigte, wie weit ihr Einvernehmen mit den maßgebenden Instanzen der faschistischen Staaten ging.[19]

Die Betreuung der Auslandsektionen brachte es mit sich, daß verschiedene Frontenführer über die Grenzen pilgerten, um sich auf *fremdem Boden* über ihre im Lande der Kuhhirten erworbenen *rhetorischen Fähigkeiten* auszuweisen. Am 27. Oktober 1934 sprach Henne vor der Mailänder Ortsgruppe, nachdem ein halbes Jahr zuvor Tobler am gleichen Ort ein Gastspiel gegeben hatte.[20] Drei Jahre später, am 14. Oktober 1937, hielt der inzwischen zum Nationalrat avancierte Zürcher Gauführer in München einen Vortrag über die «sozial-demokratische Mißwirtschaft in der Schweiz».[21] Das wurde ihm weitherum übel vermerkt. Die «Front» suchte zu beschwichtigen und versicherte, Tobler habe ja nur vor der Ortsgruppe München der Nationalen Front gesprochen.[22] Somit war «alles in bester Ordnung. Eine Rede von Kamerad Tobler in der Ortsgruppe München der Nationalen Front ist doch eine Selbstverständlichkeit. Genau so selbstverständlich, wie wenn ein freisinniger oder sozialistischer Politiker in der Ortsgruppe München der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz be-

ziehungsweise der SPS reden wollte und täte! Daß es das in Deutschland nicht gibt und nicht geben kann, während Ortsgruppen der Nationalen Front sich offenbar der Duldung, ja des Wohlwollens der herrschenden Nationalsozialistischen Partei erfreuen – daran kann sich nur ein Nichtfrontist stoßen. Von der Nationalen Front zu erwarten, daß sie auf das wundervolle Privilegium verzichtet, als einzige[23] politische Partei der Schweiz Sektionen im nationalsozialistischen Deutschland unterhalten zu dürfen, wäre natürlich geradezu absurd.»[24] Am meisten Staub warf aber Carl Meyer mit seiner Singener Rede vom 12. Juni 1934 auf. Der Schaffhauser Gauführer hatte sich mit einigen Kameraden in die badische Nachbarstadt begeben und erzählte dort seinem Auditorium, das Volk der Eidgenossen sei ein «Volk von Krämerseelen ... und Bettlern» geworden. Die Schweizerfahne könne bald nur noch als Hotelfahne Verwendung finden.[25] Wotan, wie sich Carl Meyer auch nannte, brauchte nicht lange auf das Echo seiner Rede zu warten. Die «Gazette de Lausanne» mokierte sich über den frontistischen Auslandredner, der sich als Volksschullehrer in Schaffhausen an der Krippe des von ihm geschmähten Staates wohlfühle.[26] Konrad Falke nannte ihn kurz und bündig einen Landesverräter.[27] Johann Baptist Rusch wies mit Fingern auf die Schaffhauser, die jene Vögel zu pädagogischen Vorpfeifern bestellten, welche ihr eigenes Nest beschmutzten.[28] Der stellvertretende Erziehungsdirektor des Kantons Schaffhausen vertrat im Gegensatz zum eigentlichen Ressortchef den Standpunkt, Carl Meyer würde nicht mehr im Schuldienst stehen, wenn es nach dem Willen der Mehrheit des Schaffhauser Volkes ginge.[29] Sogar der Bundesrat nahm sich der Sache an. Er nannte die Rede ein «bedauerliches Vorkommnis» und drückte seine «öffentliche Mißbilligung» aus.[30] Nur einer, Wotan selbst, war nicht bereit, den Fehler, den er gemacht hatte, zuzugeben. An einer öffentlichen Versammlung in Zürich polemisierte er in einer selbst für Frontisten ungewohnt massiven Sprache gegen die Redaktoren der «Neuen Zürcher Zeitung»,[31] was ihm einen weitern der immer wieder gegen ihn angestrengten Ehrbeleidigungsprozesse eintrug, den er verlor.[32]

Es ereigneten sich noch *Deutschlandbesuche* anderer Art: «Der hochverehrte Herr Redaktor des zentralen Kampfblattes der Nationalen Front ... und Gauführer des Kantons Aargau, Eduard Rüegsegger, wußte während seiner Sommerfrische scheinbar nichts Gescheiteres zu tun, als mit noch zwei seiner Gesinnungsgenossen aus Schaffhausen ... einen politischen Kurs zu besuchen, welcher ... vom 15. bis 31. Juli 1936 in der Humboldt-Akademie (Hochschule für Politik) in

Berlin geleitet wurde... Zur Tagesordnung stand: Wie kann ich am besten für die nationalsozialistische Idee Propaganda machen?»[33] Fast zur gleichen Zeit besuchte Benno Schaeppi ein Konzentrationslager in Deutschland. Seine Eindrücke faßte er in die Worte zusammen: «Ein Konzentrationslager ist natürlich kein Kurort. Aber eine Hölle ist es auch nicht. Die Häftlinge haben sich alle mehr oder weniger schwerwiegende Vergehen gegen ihr Vaterland zuschulden kommen lassen und büßen nun eben dafür.»[34] Der gleiche Schaeppi nahm 1936 in Begleitung des Schaffhauser Gauführers und weiterer Frontisten am nationalsozialistischen Parteitag in Nürnberg teil. In der Frontenpresse rapportierte er ausführlich über «das große Geschehen», das ihn so sehr begeistert hatte.[35] Ein Jahr später war dann der Landesführer mit von der Partie. Henne legte allerdings Wert auf die Feststellung, er habe den NSDAP-Kongreß nur «als Privatmann» besucht.[36] Das hinderte indessen die «Neue Berner Zeitung» nicht, festzustellen: «Ob der schweizerische Kommunist Bodenmann am kommunistischen Parteitag in Moskau vor Stalin katzbuckelt, oder ob Rolf Henne als Führer der Nationalen Front am deutschen nationalsozialistischen Parteitag in Nürnberg einem fremden Staatschef seine Reverenz erweist – vom schweizerischen Standpunkt ist beides eine unwürdige geistige Reisläuferei.»[37] Die Wallfahrt des Landesführers in das gelobte Dritte Reich stand übrigens in Widerspruch zu einer Erklärung, die Tobler im Zürcher Kantonsrat abgegeben hatte: «Schweizer, die an deutsche Parteitage gehen, ... sind mit Recht zu verdammen. Solche Leute finden sich aber keine in den Reihen der Nationalen Front.»[38] Was Jupiter recht war, war auch dem Ochsen billig. Schaffhauser Frontisten unternahmen im Sommer 1938 mit der Deutschen Kolonie eine Fahrt nach Überlingen, wo sie, wenn man der «Bodensee-Zeitung» Glauben schenken kann, «ihre Liebe und Treue zum deutschen Heimatland mit einem Sieg-Heil auf den Führer» bekräftigten.[39] Aus Siblingen, der einzigen Schaffhauser Gemeinde, die einen Frontisten zum Gemeindepräsidenten erkor, fuhren 1938 dreißig Männer an die 1.-Mai-Feier in Stuttgart, um «einmal persönlich zu sehen, wie es mit der Volksgemeinschaft im neuen Deutschland bestellt» sei.[40] Sie wurden von ihren Gastgebern als «deutschdenkende Männer von jenseits der Grenze» gefeiert.[41] «Wer mochte das den bodenständigen Männern verargen!» meinte besänftigend das Frontenorgan.[42] Anders urteilte das «Schaffhauser Intelligenzblatt»: «Wir pfeifen auf Eidgenossen, die es nötig haben, sich jenseits der Grenze die politische Begeisterung zu holen.»[43] Noch schärfer tönte es aus



Die Ortsgruppe der Nationalen Front von Siblingen (Kt. Schaffhausen) hat unter Führung eines Sekundarlehrers den 1. Mai in Stuttgart gefeiert.

Am Altar Ihres Vaterlandes!

den Spalten der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Politisch hat sich der Frontismus auf die Anklagebank gesetzt durch seine Methoden, moralisch aber durch seine Reisläuferei nach Norden.»[44]

Schließlich *emigrierten* vier Nationalfrontisten, die sich am Sprengstoffanschlag gegen einen «Volksrecht»-Redaktor beteiligt hatten,[45] nach Deutschland, weil sie nicht «eine nichtswürdige Strafe für die roten Halunken verbüßen» wollten. Sie wurden von der Gauleitung München der NSDAP verhört. Da sie ihrer «Verbundenheit mit der Weltanschauung des Führers» Ausdruck gaben, stand ihrem «Aufenthalt in Deutschland nichts im Wege». Zwei der Geflohenen traten in die SA ein und machten dort als Unteroffiziere Karriere. In einem Brief an einen schweizerischen Gesinnungsfreund wußte der eine zu berichten: «Ich habe Schulungskurse über die nationalsozialistische Weltanschauung besucht für die Zeit meiner Rückkehr in unsere geliebte, schöne Heimat nach (deren) Befreiung aus dem Joch des Alljuda.» Auch rühmte er sich seiner guten Beziehungen zu Kamerad Zander, einem führenden Mitglied der Nationalen Front, der den abtrünnigen Schweizer auf seinen Deutschlandreisen immer wieder besuchte.[46]

Wahrscheinlich haben noch mehr Bande die Nationale Front mit Anhängern und Mitgliedern der NSDAP verknüpft. So bestanden Querverbindungen zwischen der Basler Frontensektion und dem dortigen Deutschen Turn- und Sportverein, der NS-Frauenschaft und der Deutschen Arbeitsfront.[47] Ein Komponist, den der deutsche Konsul in Zürich im Jahre 1942 zu einem Hauskonzert eingeladen hatte, war erstaunt, «dort den Herren Henne und Tobler vorgestellt zu werden».[48] Solche Kontakte spielten sich in der Regel im stillen ab. Man wollte sich nicht allzusehr kompromittieren. Den deutschen Nazis genügte es, zu wissen, daß die Erneuerer in der Schweiz «*germanophile Tendenzen*» verfolgten[49] und daß man den Nationalfrontisten Tobler ganz unverfroren zu den Nationalsozialisten zählen konnte.[50] An einem Radrennen in Singen vom Frühling 1934 «wandte sich der nationalsozialistische Festredner ... an die vielen Schweizergäste und erklärte ihnen, wenn sie als Freunde des neuen Deutschland gelten wollten, dann könne er ihnen nur empfehlen, in der Schweiz der Nationalen Front beizutreten».[51] Der Ratschlag war durchaus begründet, denn selbst ein Mitglied der Landesleitung der Nationalen Front, Eduard Rüegsegger, hatte während kurzer Zeit der NSDAP angehört.[52] Als diese Tatsache 1933 bekannt wurde, stellte sie zwar Rüegsegger kategorisch in Abrede: «Ich erkläre ... ausdrücklich, daß ich nie Mit-

glied der NSDAP noch je im Besitze einer Mitgliedkarte war. Ich habe auch nie irgendwelche Beiträge bezahlt.»[53] 1939 gestand dann die «Front» kleinlaut: «Der Beitritt Kamerad Rüegseggers in die NSDAP war ein Irrtum»,[54] nachdem schon im Herbst 1933 eine Indiskretion Leonhardts den Frontenführer genötigt hatte, sein Dementi zurückzuziehen und seinen Eintritt in die NSDAP als unbedachten Studentenstreich abzutun.[55]

6. Geld und politische Weisungen aus dem Deutschen Reich

Woher das Geld? Das war die Frage, die immer wieder auftauchte, wenn die Nationale Front mit einer großangelegten und kostspieligen Propaganda aufrückte. Angesichts der Kontakte, die sie zu den deutschen Nationalsozialisten unterhielt, mußte fast zwangsläufig der Verdacht aufsteigen, sie beziehe nicht nur die Ideen und die äußere Aufmachung, sondern auch das Geld aus dem Dritten Reich. Daß dieser Verdacht nicht nur im In-, sondern auch im Ausland genährt wurde, bewies eine 1934 in New York herausgegebene Schrift, die behauptete, die «alpinen Nazis» eines Dr. Henne nähmen für ihre politischen Aktionen deutsches Geld in Anspruch.[1] Gegen diese etwas leichtfertige Behauptung setzte sich der «Bund» zur Wehr: «Die Nationale Front verdient diesen ... Anstrich nicht.»[2] Und in der Tat, es wäre naiv, wollte man glauben, die NSDAP habe mit großen Geldsummen der Nationalen Front unter die Arme gegriffen. Trotz aller Verbundenheit dürften die deutschen Parteihäupter einige Vorbehalte gegenüber ihren schweizerischen Gesinnungsgenossen gemacht haben. Die Nationale Front war bei weitem nicht die einzige Bewegung, die die Schweiz im Geiste Hitlers «erneuern» wollte. Solange sich die verschiedenen Fronten nicht zu einigen vermochten, sondern in teils bitterer persönlicher Feindschaft miteinander rivalisierten, hatte die nationalsozialistische Partei in Deutschland keinen Anlaß, diese undisziplinierte, über den schweizerischen Partikularismus einfach nicht hinwegkommende Gesellschaft finanziell zu unterstützen. Sodann war die Nationale Front ein lächerlich schwaches und unbedeutendes Gebilde, das nicht, wie einst die NSDAP, aus eigener Kraft die Macht im Staate erobern konnte, das aber wegen seiner Kleinheit auch nicht, wie etwa die österreichischen Nationalsozialisten oder die tschechischen Sudetendeutschen, einen namhaften Beitrag an die Verwirklichung der imperialistischen Pläne Hitlers leisten konnte. Wo solche Stümper am Werke waren, schien angemessene Zurückhaltung am Platze zu sein.

Wenn die Zeit gekommen wäre, würde auch ohne Dazutun der Fronten die Schweiz als reife Frucht Deutschland in den Schoß fallen.[3]

So sah sich die Nationale Front genötigt, mit *eigenen Mitteln* auszukommen. Sie konnte anfänglich mit gutem Gewissen beteuern, «nie einen Rappen fremden Geldes angenommen» zu haben.[4] Ihre Einnahmen resultierten zum Teil aus Mitgliederbeiträgen. In den Jahren 1935 bis 1937 hatte ein Frontist im Gau Schaffhausen einen ordentlichen Monatsbeitrag von einem Franken zu bezahlen. Davon blieben 75 Rappen im Gau, der Rest wurde an die Landesleitung abgeliefert. 1935 zahlte der Gau für seine 1000 Mitglieder 3000 Franken an die Zentralkasse, die restlichen 9000 Franken behielt er für sich. 1936 bezifferten sich die betreffenden Summen für 900 Mitglieder auf 2700 Franken und 8100 Franken, 1937 für 800 Mitglieder auf 2400 Franken und 7200 Franken.[5] Dazu kamen außerordentliche und freiwillige Beiträge sowie Einnahmen aus Sonderaktionen, die entweder an die Gau- oder an die Landeskasse abgeliefert wurden. Weitere Einkünfte ergaben sich möglicherweise aus den Zweigunternehmungen, aus dem Literaturvertrieb des Nationalen Front-Verlages in Zürich und den Geschäftsergebnissen der Buchdruckerei und des Restaurationsbetriebs «Freudenfels» in Schaffhausen. Ob und wie weit die beiden Tageszeitungen «Front» und «Grenzbote» einen Reingewinn für die Bewegung abwarfen, ist schwer zu ermitteln. Bei der Gründung der Nebenbetriebe hatten zu deren Finanzierung die Frontisten einige Genossenschaften ins Leben gerufen. Eine derselben, die dem Nationalen Front-Verlag zugrundelag, gab 269 Anteilscheine à 100 Franken aus. Das Genossenschaftskapital belief sich demnach auf 26900 Franken. An dieser Summe beteiligte sich der Sohn eines zürcherischen Bankdirektors allein mit dem Betrag von 15000 Franken. Die restlichen Gelder dürften Mitglieder der Nationalen Front, meist Akademiker und Industrielle, zusammengesteuert haben.[6] In ähnlicher Weise wurde eine Genossenschaft der Liegenschaft «Freudenfels» gegründet, an der sich wahrscheinlich nur Schaffhauser Frontisten beteiligten. Beim Erwerb des Grundstücks übernahm die Genossenschaft eine bestehende Hypothek in der Höhe von 60000 Franken und stellte drei neue Schuldscheine im Totalbetrag von 55000 Franken aus.[7] Eine Genossenschaft der Druckerei «Freudenfels» wies Ende 1940 ein Gesamtkapital von 50000 Franken auf. Dazu kamen einige verzinsliche und unverzinsliche Darlehen, die teils frontistische Schaffhauser Industrielle, teils die begüterte Familie Henne, teils weitere Gesinnungsfreunde aus Schaffhausen und Umgebung gestiftet hatten.[8]

Für die Frontisten sprangen «die größten Geldschränke auf, ... Geldschränke von Leuten, die sonst nicht so ringmelkig» waren.[9]

Solche Maßnahmen zur Selbstfinanzierung hinderten die Front indessen nicht, den Versuch zu unternehmen, aus den guten Beziehungen zum Dritten Reich im wahrsten Sinne des Wortes Kapital zu schlagen. Am 1. August 1936 veröffentlichten das «Volksrecht» und die Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung» unter dem wirkungsvollen Titel «‹Heil-Hitler-Eidgenossen› betteln bei Goebbels»[10] einen *Brief Friedrich Eiseneggers,* des Lausanner Ortsgruppenführers und Herausgebers des welschen Parteiorgans «Front National», an das Propagandaministerium in Berlin. In diesem Schreiben berichtete Eisenegger, der «gleichsam Statthalter des Landesführers ... in der Welschschweiz» war,[11] er habe in seinem «jahrelangen Kampf im Dienste der Nationalen Front» sein ganzes liquides Vermögen aufgebraucht, weshalb er an die deutsche Amtsstelle das Gesuch richte, sie möge doch sein in Deutschland angelegtes Vermögen von 280000 Mark – in Tat und Wahrheit handelte es sich um dasjenige frontistischer Kameraden[12] – von der Devisensperre befreien und es ihm innert nützlicher Frist aushändigen. Eisenegger unterstrich diese Bitte mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Kampfziele, die die Nationale Front mit der NSDAP verbänden: «Ich hege den festen Glauben, daß Sie mir und dadurch unserm Verlag und unserer schweizerischen Bewegung diesen Gefallen für die gemeinsame Sache nicht versagen werden, handelt es sich dabei nicht zuletzt um ein gemeinsames Lebensinteresse sowohl für die Schweiz wie für Deutschland. Das Gebot der Stunde ist: Aufrechterhaltung und Festigung unseres gesunden und bodenständigen Germanentums in der Schweiz im ständigen Kampf mit den eingeführten fremdländischen Sitten und Gebräuchen ... Heil Hitler!»[13]

Die Veröffentlichung des Briefs war eine *Indiskretion* des *Schaffhauser* kantonalen *Polizeidirektors* Ernst Bührer. Die Schaffhauser Kantonspolizei war auf das Dokument gestoßen, als sie im Auftrag der Bundesanwaltschaft den verdächtigen Eisenegger bei einer Einreise aus Deutschland untersuchte. Der sozialdemokratische Regierungsrat Bührer ließ sich davon Fotokopien anfertigen, die er nach Rücksprache mit Stadtpräsident Bringolf, jedoch ohne Orientierung seiner Regierungskollegen oder der Bundesanwaltschaft, seinen Parteiorganen in Zürich und Schaffhausen zur Publikation zustellte.[14] Mit diesem Vorgehen hatte Bührer den Gang der Untersuchung gegen Eisenegger erschwert, was den Schaffhauser Staatsanwalt zur Feststellung veranlaßte: «Vielleicht hat Herr Bührer sich auch schon ge-



Der Reisläufer

Point d'argent — point de Suisse!

legentlich an den Kopf gegriffen und ein pater peccavi gesungen, als er einsehen mußte, wie er durch sein voreiliges Verhalten die ganze Strafuntersuchung der Bundesanwaltschaft durchkreuzt hat und in gewisser Hinsicht wider Willen zum Retter Eiseneggers und seiner Auftraggeber geworden ist.»[15]

Welches mochten die Motive zu dieser sinnwidrigen Handlung gewesen sein? War es die Freude an einer handfesten Sensation, die Bührer seiner Parteipresse nicht vorenthalten wollte? Oder hatten er und der hinter seinem Rücken agierende Genosse Bringolf jenes Urteil des Schaffhauser Obergerichts noch nicht ganz verschmerzt, das Bringolfs Behauptung über die freundschaftlichen Beziehungen der Frontisten mit den deutschen Nazis nicht in allen Teilen als hieb- und stichfest erachtet hatte,[16] und glaubten nun die beiden Männer, durch das Aufrollen der Affäre Eisenegger nachträglich doch noch Satisfaktion zu erhalten? Sei dem, wie ihm wolle, das Vorgehen Bührers wurde in der bürgerlichen Presse und durch den Schaffhauser Regierungsrat verurteilt.[17]

Die *Nationale Front* hingegen sah sich durch die Bekanntgabe des nicht zur Veröffentlichung bestimmten Briefes in *peinliche Verlegenheit* versetzt. Anfänglich versuchte sie das Geschoß von sich abzuwenden, indem sie die Sozialdemokraten heftig angriff: «Solange eine Partei Leute wie Nicole und Konsorten duldet, die mit ausländischen Marxisten Verbrüderungsfeste am laufenden Band feiern und die Hilfe des Auslandes gegen den schweizerischen Bundesrat anrufen, besteht keine Veranlassung, auch nur mit einem Worte einer derart traurigen Gesellschaft Rede und Antwort zu stehen. Es wird Sache der amtlichen Untersuchung sein, festzustellen, auf welche unrechtmäßige Weise die fragliche Briefkopie in den Besitz der Marxisten kam und ob insbesondere die rote Polizeidirektion des Kantons Schaffhausen den schweren Amtsmißbrauch beging. Im übrigen wird die Angelegenheit parteiintern erledigt.»[18] Neben dem unsachlichen Ton, der Nervosität verriet, war es bezeichnend, wie die Erklärung die *frontistisch-nazistische Interessengemeinschaft* mit Schweigen überging, mit der Eisenegger sein Gesuch an das Propagandaministerium begründet hatte. So leicht konnte die Front sich nicht aus der Affäre ziehen. Wenn auch nicht direkt von einem Subventionsgesuch der Nationalen Front an Joseph Goebbels die Rede sein konnte, da ja Eisenegger um die Freigabe von Geldern, die Frontisten gehörten, gebeten hatte, so wurde hier doch der Versuch unternommen, aufgrund der frontistischen Verdienste um Deutschland zu einer Aus-

nahmestellung, zu einer willkürlichen und einseitigen Aufhebung der scharfen deutschen Devisenzwangswirtschaft zu gelangen.[19] Damit wurde zumindest ein *ideelles Hörigkeitsverhältnis* gegenüber dem Berliner Propagandaministerium geschaffen.[20] «Bekanntermaßen verpflichtet jeder Gefallen.» Auch die finanziellen Sondervorteile, um die sich Eisenegger bei Goebbels bewarb. Sie hätten, wären sie gewährt worden, die Nationale Front leicht in «Abhängigkeit vom Ausland» gebracht. Dies hätte sich aber auch «für die Unabhängigkeit unseres Landes nachteilig» auswirken können.[21]

Die Nationale Front sah sich bald genötigt, eine zweite Erklärung herauszugeben: «Die Landesleitung stellt fest, daß Eisenegger seine Aktion rein persönlich ohne Wissen der verantwortlichen Führer unternommen hat. Die Nationale Front hat den Grundsatz der Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland stets peinlich gewahrt. Die Landesleitung verurteilt daher das Vorgehen Eiseneggers aufs schärfste. Er wird bis zur Erledigung der Untersuchung in seiner Mitgliedschaft suspendiert.»[22] Wie beim frontistischen Sprengstoffanschlag gegen einen «Volksrecht»-Redaktor,[23] so wurde auch hier, nachdem die Affäre bekanntgeworden war, der Versuch unternommen, sich durch nachträgliche Distanzierung vom Täter der Verantwortung zu entziehen. Zu Unrecht übrigens, denn die Behauptung der Landesleitung, sie habe vom Vorgehen Eiseneggers keine Kenntnis gehabt, entsprach nicht der Wahrheit. «Die Untersuchung hat ... festgestellt, daß der Landesführer schon kurz nach der zollamtlichen Einvernahme Eiseneggers» in Schaffhausen, also mehrere Wochen vor der Publikation des Briefes in den sozialistischen Blättern,[24] vom welschen Frontistenführer «den ominösen Brief ... zugestellt erhielt. Dr. Henne hat den Brief nach einigen Tagen retourniert mit dem Vermerk, daß er darauf zurückkommen werde. Der frontistische *Landesführer* war also *genau orientiert über das Treiben Eiseneggers,* lange vor Abgabe der Erklärung, daß der Landesführer von den Machenschaften Eiseneggers in Deutschland nichts gewußt habe. Der Landesführer der Nationalen Front hat ... eine Erklärung abgegeben, die keineswegs stimmt.»[25] Dazu bemerkten die «Glarner Nachrichten»: «Der Landesführer ... wußte, daß man mit dem Rufe ‹Heil Hitler!› die Gelder aus den deutschen Gauen auf das Mühlrad der Nationalen Front leiten wollte. Statt diesen kommerziellen und politischen Spekulanten ... hinauszuwerfen, beteiligte er sich an dem ‹Geschäft› als stiller Teilhaber.»[26] Diesen düsteren Machenschaften vermochte die «Gazette de Lausanne» wenigstens eine positive Seite abzugewinnen:

«La seule chose réjouissante de cette triste affaire est qu'elle confirme avec éclat la déconfiture matérielle et morale du frontisme.»[27]

Wie sehr die Veröffentlichung des Eisenegger-Briefes *die Nationale Front getroffen* hatte, ging auch aus dem Verhalten der Schaffhauser Frontisten gegenüber Regierungsrat Bührer hervor. «Wir werden ... auf diesen Herrn zurückkommen,»[28] hatte der «Grenzbote» geschrieben. Die Drohung war ernst gemeint. Anfangs Oktober stellte das Frontistenblatt an Bührer das Ultimatum, binnen weniger Tage als Polizeidirektor zurückzutreten, ansonst er mit unliebsamen Enthüllungen zu rechnen habe.[29] Als Bührer nicht reagierte, publizierte der «Grenzbote» in großer Aufmachung einen dummen Bubenstreich Bührers, der über Jahre zurücklag, im Strafregister gelöscht und durch eine kleine Buße getilgt war. Dergestalt sollte der Magistrat auf die bevorstehenden Regierungsratswahlen hin moralisch und politisch erledigt werden. Mit sachlicher Auseinandersetzung hatten solche Methoden nicht das geringste zu tun. Es war primitivste, instinktgeladene Rache an einem Manne, der einem unbequem geworden war. Die frontistische Schmieraktion zeitigte allerdings nicht den gewünschten Erfolg. Schon deshalb nicht, weil die Nationale Front keine Sprengkandidatur aufzustellen wagte und weil die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Katholischen Volkspartei, sich nicht zu einem solchen die Geschäfte des Frontismus besorgenden Manöver hergeben wollten. Viele Bürgerliche, die Bührer eben noch wegen seiner Amtspflichtverletzung getadelt hatten, stellten sich nun auf die Seite des maßlos Angegriffenen.[30] Die Bauernpartei unterstützte offen seine Kandidatur. So wurde Ernst Bührer wiedergewählt. Gegenüber seiner ersten Wahl vom Vorjahr hatte er seine Stimmenzahl um 1805 oder um 33,3 Prozent erhöht.[31] Das war unzweifelhaft ein Protest gegen die «überaus unpopulären Wahlmethoden» der Nationalen Front, die «in allen Teilen der Bevölkerung ... Empörung ausgelöst» hatten.[32]

Wie *finanzielle Bindungen an das Ausland* zu beurteilen waren, darüber äußerte sich die «Front» Anfang September 1937: «Was ... unzulässig ist und mit allen Mitteln unterdrückt werden muß, das sind die organisatorischen Bindungen zwischen Parteien und politischen Organisationen des Auslandes, Annahme von Weisungen und Geldmitteln aus dem Ausland, Zugehörigkeit zu internationalen Parteiorganisationen. Hier handelt es sich nicht mehr um geistige Zusammenhänge, sondern um materielle Bindungen, die dem Grundsatz der Unabhängigkeit zuwiderlaufen.»[33] Man durfte sicher die Frontisten

mit dieser Elle messen, als noch im gleichen Monat aus der Beschlagnahme von Dokumenten durch die Bundespolizei bekannt wurde, daß die Nationale Front für die Finanzierung des Berner *Zionistenprozesses* vom Oktober 1934 und Mai 1935[34] von der nationalsozialistischen Organisation «Weltdienst» in Erfurt Gelder entgegengenommen hatte. Unter den beschlagnahmten Schriftstücken[35] figurierte ein Brief Fleischhauers, des Leiters des «Weltdienstes», an den bernischen Gauführer der Nationalen Front, in dem von verschiedenen Geldüberweisungen an den frontistischen Funktionär die Rede war.[36] Weitere Briefe stammten vom betreffenden Gauführer selbst sowie von weiteren Berner Frontisten. Hierin drehte es sich «fast ausschließlich um Geld, das die Frontisten zur Finanzierung des Prozesses ... benötigten, und zwar so dringend benötigten, daß sie bettelnd, fordernd und murrend immer wieder an Fleischhauer und seine Mitarbeiter gelangten, die Zuschüsse reichlicher fließen zu lassen». Die angeforderten Geldsummen setzten sich aus verschiedenen Raten zusammen, die sich jedesmal «zwischen einigen hundert und einigen tausend Franken» bewegten.[37] Das Berner Obergericht, das in die Originaldokumente Einsicht erhalten hatte, stellte in einem Urteil fest: «Die Akten vermitteln ein im höchsten Grade bemühendes Bild von der Politik einer sich national nennenden Front, die ihr Heil darin sucht, in untertänigster, erniedrigendster und beschämendster Form im Ausland um Unterstützung – zuerst um Beweismaterial, später aber immer mehr auch um Geld – zu betteln.»[38] Die Frontisten unterließen es dabei nicht, ihren Geldgebern gegenüber zu betonen, daß sie «in erster Linie für Deutschland» kämpften «und deshalb auch einen Gegendienst beanspruchen» dürften.[39] Daß sie sich dergestalt in Abhängigkeit vom Dritten Reich begaben, bezeugten sie selber in ihren Briefen: «Sie können sich doch nun wohl vorstellen, was es für uns und die Nationale Front bedeutet, dermaßen von Deutschland abzuhängen.»[40] Um sich zu tarnen, verwendeten die Frontisten Decknamen und ließen sich die deutschen Gelder auf das Postcheckkonto des Leonhardtschen Volksbundes überweisen, der dann seiner «Schwester-Front auf verdeckten Umwegen zu ihrem ausländischen Almosen verhalf».[41] Über die Unrechtmäßigkeit ihrer Handlungsweise waren sich die frontistischen Bettelsäcke im klaren: «In diesem Augenblick ist zu befürchten, daß die Polizei erfährt, ich, respektive die Prozeßleitung, habe ... Geld erhalten, das aus Deutschland stammt. Dazu wird die Tatsache unseres deutschen – und natürlich nationalsozialistischen, wenn möglich noch von Rosenberg in-

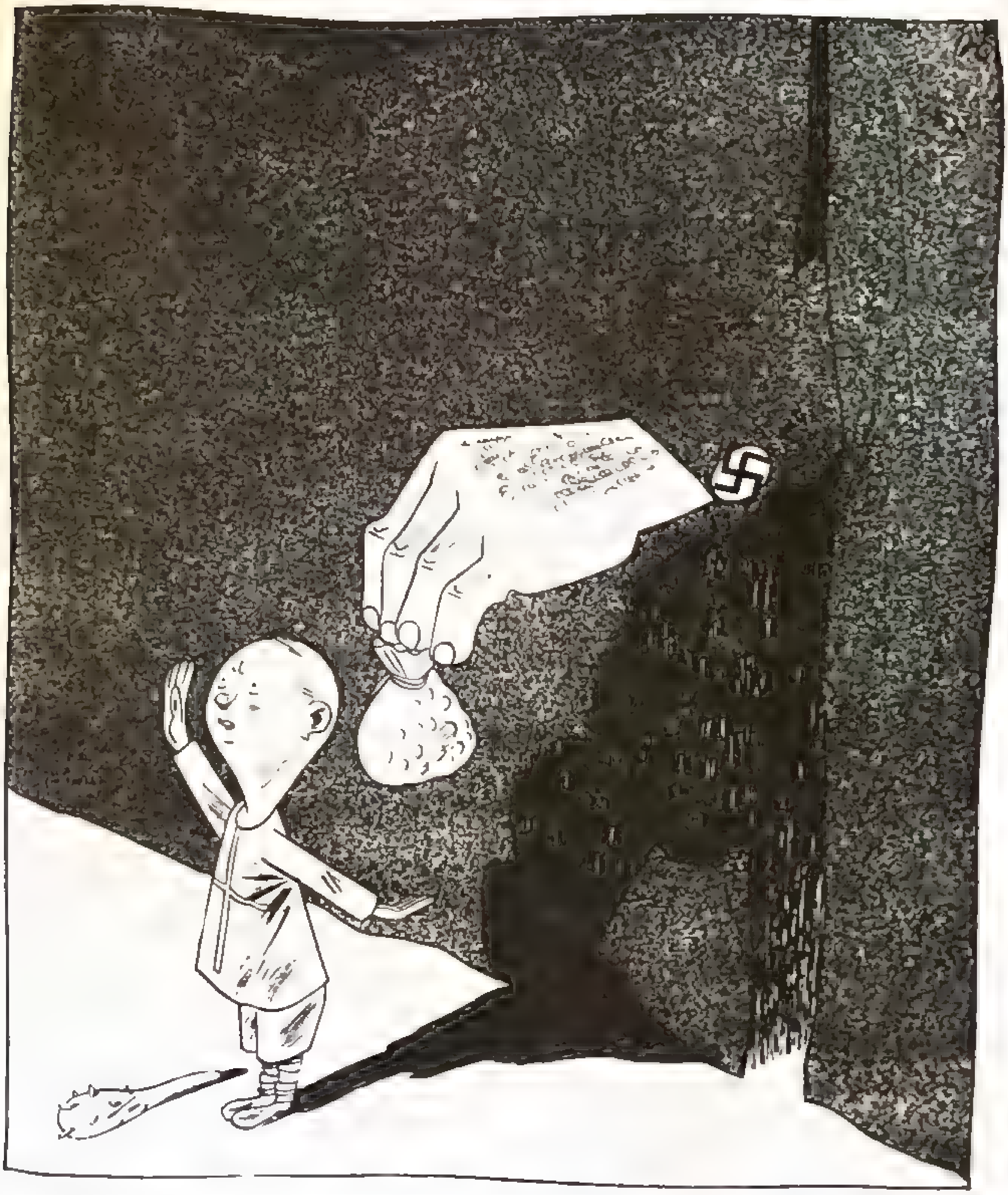
spirierten Experten (Fleischhauer) kommen – mehr als genug Gründe jedenfalls, um uns aufs schwerste zu kompromittieren.»[42] Als dann diese Briefe ans Tageslicht kamen und die «Kompromittierung» der Nationalen Front perfekt wurde, war es interessant, zu vernehmen, wie sich diese aus der Affäre ziehen würde: «Die veröffentlichte Korrespondenz bezieht sich auf die Finanzierung des Berner Prozesses um die ‹Zionistischen Protokolle›. Da dieser Prozeß auf internationaler Basis unter großem finanziellem Aufwand vom Judentum einigen wenig bemittelten Schweizern verschiedener Organisationen aufgezwungen wurde, sahen sich dieselben veranlaßt, mit einem öffentlichen Appell an die antisemitischen Gesinnungsfreunde in aller Welt zu gelangen, unter anderm auch an die private, von Staat und Partei unabhängige Organisation ‹Der Weltdienst› in Erfurt.»[43] Die letzte Behauptung über die parteipolitische Unabhängigkeit der Fleischhauerschen Organisation entsprach nicht den Tatsachen. Der leitende Redaktor des «Völkischen Beobachters» hatte einem Berner Frontisten auf dessen Anfrage hin die Zusicherung gegeben, Fleischhauer und sein Stellvertreter besäßen das «Vertrauen» und das «Lob» der NSDAP.[44] Der «Weltdienst» war eine dem Propagandaministerium in Berlin unterstellte Organisation, von der aus direkte Fäden zu Himmler und der NSDAP liefen.[45] Die Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung» hatte die Situation richtig erfaßt, wenn sie bemerkte: «Im Dritten Reich gibt es keine private unabhängige Organisation. Das widerspräche dem Totalitätsanspruch Hitlers.»[46] Aber «selbst wenn der ‹Weltdienst›», fügte die «Neue Zürcher Zeitung» hinzu, «wirklich eine unabhängige Organisation wäre, müßte man sich ... fragen, wie es mit der frontistischen Moral bestellt ist, die ... die Annahme von Geldgaben aus der Hand von ‹antisemitischen Gesinnungsfreunden› ohne weiteres erlaubt, und ob dann für diese frontistische Moral überhaupt noch eine feste Grenze bestehen kann, bei der die Bereitwilligkeit der Entgegennahme von Unterstützungen ausländischer ‹Gesinnungsfreunde› plötzlich aufhört.»[47]

War es nach dem Bekanntwerden des Eisenegger-Briefes und der Fronten-Dokumente aus dem Zionistenprozeß verwunderlich, wenn man sich im November 1937 bei der Abstimmung über die *Freimaurerinitiative*[48] fragte, ob dieser frontistischen Aktion ebenfalls deutsche Hilfe zugrundeliege? Die Initiative zum Verbot der Freimaurerei war seinerzeit von den Schweizer Faschisten unter Mitwirkung anderer Erneuerungsgruppen lanciert worden.[49] Da die Faschistische Bewegung inzwischen eingegangen war, hatte die Nationale Front die

Patenschaft übernommen und leistete im Abstimmungskampf die Hauptarbeit der befürwortenden Kreise. Sofort tauchte die Vermutung auf, auch diesmal könnten deutsche Geldgeber die Hände mit im Spiele haben.[50] Die Nationale Front setzte sich gegen solche Gerüchte energisch zur Wehr,[51] und tatsächlich konnte ihr in dieser Angelegenheit keine finanzielle Abhängigkeit vom Ausland nachgewiesen werden. Dagegen war es der Bundesanwaltschaft bekannt, daß der nämliche Fleischhauersche «Weltdienst» in Erfurt die Frontisten vor der Abstimmungskampagne mit schriftlichen und mündlichen Anweisungen zur Durchführung derselben und mit Propagandamaterial beliefert hatte.[52] Die Frontisten empfanden es nicht als anstößig, daß sich eine ausländische, mit der NSDAP verflochtene Zentrale in eine innenpolitische Angelegenheit unseres Landes einmischte; im Gegenteil, sie boten zu solchen Machenschaften willig die Hand. «Eine große Mehrheit des Schweizervolkes», urteilte die «Neue Zürcher Zeitung», «betrachtet die Unterhaltung solcher Beziehungen als moralischen Landesverrat, der nur noch abstoßender wirkt, wenn er sich mit dem Mißbrauch unserer demokratischen Einrichtungen für die Durchführung vom Ausland dirigierter oder beeinflußter Aktionen paart. Wenn die Nationale Front für dieses gesunde Volksempfinden kein Verständnis hat und deshalb auch kein Wort der Mißbilligung ... findet, spricht sie sich selbst das Urteil.»[53]

Das Bild rundet sich ab, wenn man erfährt, daß sich Robert Tobler im Januar 1941 nach Stuttgart zu Dr. Hügel und nach Berlin zum Propagandaministerium und Auswärtigen Amt begab, um *deutsche Unterstützungsgelder* für die «Front» und den «Grenzboten» zu erbetteln. Da er die deutschen Subventionen vor den eidgenössischen Instanzen vertuschen wollte, schlug er vor, «die Hilfe könnte in der Weise geleistet werden, daß Deutsche in der Schweiz zu freiwilligen Geldleistungen an die Zeitung veranlaßt und mit irgendwelchen Kompensationen in Deutschland, wie Ausfuhrbewilligung, entschädigt würden». In der Folge bezog dann die Nationale Front aus dem Dritten Reich 10600 Franken. Das Geld wurde durch Grenzgänger in die Schweiz geschmuggelt.[54] Nach dem Kriege hat Tobler diesen Sachverhalt bestätigt. Er hat lediglich die Höhe des Betrags bestritten, indem er nur 6000 Franken empfangen haben wollte.[55] Es wäre indessen müßig, darüber zu streiten, ob Tobler oder der Bundesrat die Summe richtig angegeben habe. Wesentlich ist, *daß* die Nationale Front bei den deutschen Nazis betteln ging und von ihnen Geld entgegennahm. Sie tat dies im vollen Bewußtsein, daß das national-

Nebelspalter



Die Unabhängigkeitsbewegung der eidgenazischen Front

sozialistische Deutschland keine Mark ausgab, ohne eine Gegenleistung zu verlangen.[56] Wieder einmal hatte es sich gezeigt, daß «alle im politischen Ringen abgegebenen ... Versicherungen der Frontenführer», die Autonomie der Bewegung gegenüber dem Ausland zu wahren, «nicht aufzukommen» vermochten «gegen die Wucht der Tendenz», sich *ideologisch, organisatorisch* und *finanziell an das Reich zu binden.*[57]

7. *Frontistische Offiziere*

Die Enthüllungen über finanzielle und organisatorische Bindungen der Nationalen Front an Amtsstellen des Dritten Reichs warfen die Frage auf, ob *frontistische Offiziere,* die vor allem in den Kantonen Zürich und Schaffhausen zahlreich waren, in ihrer militärischen Charge noch tragbar seien. Die «Neue Generation», das Organ der Jungliberalen Bewegung, kam zum Schluß: «In den militärischen Kommandostellen können wir nur Männer brauchen, deren absolute nationale Zuverlässigkeit über alle Zweifel erhaben ist. Wir verlangen daher, daß man alle der Front angehörigen Offiziere zur Disposition stelle und daß man aktive Frontisten nicht mehr avancieren lasse... Wenn man Kommunisten wegen ihrer Beziehungen zu ausländischen Staaten ... aus der Armee ausschließt, so scheint es uns selbstverständlich, daß man auf die nicht weniger gefährlichen Frontisten trotz ihrer größeren Salonfähigkeit in gewissen Kreisen nicht einen ... weitherzigeren Maßstab anwendet.»[1]

Tatsächlich hatte das Eidgenössische Militärdepartement während Jahren die Kommunisten und die Frontisten mit *ungleicher Elle* gemessen, was sich allerdings dadurch teilweise entschuldigen ließ, daß die Kommunisten seit jeher eine «nationale Gefahr» gewesen waren, während die Frontisten erst allmählich zu einer solchen wurden. Als anfangs 1934 ein Neuenburger Leutnant, der kein Kommunist, wohl aber ein guter Patriot war, sich bei einer Ersatzwahl in den Regierungsrat für den sozialistischen Kandidaten, den Antimilitaristen Graber, einsetzte, wurde er zur Disposition gestellt,[2] obwohl der Nationalrat im Dezember 1929 keine Hemmungen empfunden hatte, Graber zu seinem Präsidenten zu machen und ihm damit das höchste Amt, das die Eidgenossenschaft zu vergeben hatte, anzuvertrauen. Im gleichen Jahr wurde ein kommunistischer Kantonsrat aus St. Gallen «wegen unwürdiger Lebensführung» aus der Armee ausgeschlossen. «Die ‹unwürdige Lebensführung› erblickte das Militärgericht darin, daß der Gemaßregelte zur kommunistischen Partei gehöre und trotz tadel-

losem Lebenswandel und guter militärischer Qualifikation eine Gefahr für das Militär bilde.»[3] Anders verfuhr man gegenüber den Frontisten. Im Frühling 1934 lud Oberst Bircher in seiner Eigenschaft als Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft Mitglieder der Frontenbewegungen zu einer Besprechung nach Zürich ein, «um die Frage abzuklären, ob es wirklich frontistisch organisierte Offiziere gebe, die imstande wären, ihre militärischen Pflichten ... zu verletzen ... Die Vertreter der Fronten sollen einmütig und unzweideutig erklärt haben, daß die strikteste militärische Pflichterfüllung unter allen Umständen ... absolute Selbstverständlichkeit sei.»[4] Herr Bircher gab sich mit der Antwort zufrieden. Die von ihm redigierte «Allgemeine Schweizerische Militärzeitung» sprach jedem Menschen, ob Offizier oder nicht, das Recht ab, an der Sauberkeit und militärischen Gesinnung der frontistischen Offiziere zu zweifeln.[5] Das Militärdepartement schloß sich dieser Auffassung an und lehnte es ab, bei den Offizieren «Gesinnungsschnüffelei» zu betreiben. In einer derb-bäurischen Antwort auf eine Interpellation Bringolf – einer Antwort, die wahrscheinlich deswegen so massiv ausfiel, weil der Fragesteller die Armee während Jahren in ungerechtfertigter Weise diffamiert hatte – erklärte Bundesrat Minger, jeder Offizier wisse, daß bei der Truppe kein Platz für Parteipolitik sei und er den Parteimann zu Hause lassen müsse, wenn er die Uniform anziehe. Das Schweizervolk dürfe es sich ruhig ersparen, wegen der frontistischen Einstellung einzelner Offiziere Ängste auszustehen.[6]

Als die Jungliberale Bewegung nach dem Publikwerden der Eisenegger- und Fleischhauer-Affären die Frage der frontistischen Offiziere erneut aufrollte, war das *Frontenblatt* äußerst *ungehalten:* «Wir könnten ... dieses Wickelpapier ruhig unerwähnt lassen, wenn nicht neben dem Geplätscher abgestandener und verwaschener Phrasen ... von gewissen Sudelbrüdern regelmäßig auch ein Dreckschwall über die Nationale Front gespritzt würde... Aber ... selbst der geduldigste Mann wird es satt bekommen, wenn ihn ein kleiner Kläffer immer wieder ... anbellt und mit Kot bespritzt. Schließlich wird er dem Hund eben einen Tritt versetzen müssen.»[7] In dieser Tonart ging es weiter, was dem frontistischen Artikelschreiber die Bemerkung eintrug: «Le style c'est l'homme.»[8]

Die Jungliberalen ließen keineswegs locker. In einer *Eingabe* an den Vorsteher des Militärdepartementes warfen sie die Fragen auf: «Sind Sie nicht mit uns der Auffassung, daß nach den vorgekommenen Enthüllungen die weitere aktive Diensttätigkeit von Offizieren, die

den kompromittierten Fronten angehören, eine unerträgliche Belastung für unsere Armee darstellt? Halten Sie es nicht mit uns als eine kaum tragbare Zumutung für unsere vaterländisch eingestellten Offiziere und Soldaten, mit Offizieren zusammenzuarbeiten oder unter ihrem Kommando zu stehen, welche Mitglieder politischer Organisationen sind, die als nichtschweizerisch bezeichnet werden müssen?»[9] Bundesrat Minger wollte aber noch immer nicht Hand bieten zu einer Säuberung der Armee von frontistischen Elementen. Die Frontenoffiziere, meinte er in einer parlamentarischen Kommissionssitzung, würden im Ernstfall «rasch weggefegt» sein.[10] Als sich der Basler Regierungsrat weigerte, den nationalfrontistischen Kommandanten eines Basler Bataillons zum Oberstleutnant zu ernennen, nahm der Bundesrat selber die Beförderung vor und betraute den Offizier mit dem Kommando über ein Zürcher Bataillon.[11] Damit hatte das Militärdepartement ein weiteres Beispiel seiner inkonsequenten Haltung gegeben. Solange es sich um frontistische und nicht um kommunistische Armeeangehörige handelte, fiel bei der Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit die politische Einstellung des Betreffenden nicht ins Gewicht.[12]

Gleichwohl ging die *Diskussion* über die Zweckmäßigkeit der Verwendung frontistischer Offiziere in der Armee weiter. Sie erhielt neuen Auftrieb, als in einem Ehrbeleidigungsprozeß bekannt wurde, daß ein Winterthurer Leutnant, Mitglied der Nationalen Front, zum Nürnberger Parteitag reiste, zu Hause das Horst-Wessel-Lied sang und seine Wohnung mit Hitler-Emblemen schmückte.[13] Nachdem sich am 1. August 1938 der zürcherische Gauführer Ernst Brandenberger über das regierungsrätliche Demonstrationsverbot der Nationalen Front hinweggesetzt hatte,[14] beantragte Polizei- und Militärdirektor Briner beim Eidgenössischen Militärdepartement die Entfernung des Frontenführers von seiner zürcherischen Kompagnie, «nicht wegen seiner Mitgliedschaft zur Nationalen Front, sondern wegen seiner offenkundigen Widersetzlichkeit gegen behördliche Maßnahmen». Das Militärdepartement sicherte die Erfüllung des Begehrens zu[15] und hat ihn wahrscheinlich in eine andere Einheit versetzt. Der Truppenführer hat sich in späteren Jahren von der Frontenbewegung distanziert.[16] Er konnte seine militärische Karriere fortsetzen und hat es schließlich bis zum Oberstbrigadier gebracht.

Der Landesverrat des norwegischen Majors *Quisling*, der einer der Nationalen Front nahestehenden Bewegung angehörte,[17] mußte schließlich dem hintersten Bürger die Augen öffnen. Professor Karl


Nebelspalter
Hinaus mit den schweizerischen Quislingen aus Armee und Staatsverwaltung
Mit Kerlen die nicht stubenrein
Geziemt es sich sackgrob zu sein!

Meyer zog unverzüglich die Konsequenzen und verlangte die Entfernung aller politischer Extremisten aus dem Offizierskorps. «Auch bei uns könnte es Quislinge geben... Der Bundesrat soll die Kraft finden, präventiv zu handeln, und frontistische Offiziere aus der Armee ausschließen.»[18] Von sozialdemokratischer Seite wurde im Basler Großen Rat ein Anzug (Motion) eingebracht, der den Regierungsrat einlud, er solle im Sinne Karl Meyers beim Bundesrat vorstellig werden.[19] Ein ähnlich lautendes bäuerliches Begehren hatte anderthalb Jahre früher den Schaffhauser Großen Rat beschäftigt.[20] Diese Vorstöße waren nicht ganz wirkungslos. In einem Geheimbefehl vom Mai 1940 ordnete der General eine *Untersuchung gegen 124 frontistische* faschistische und nationalsozialistische *Offiziere* an. Die Einvernahmen hatten durch den direkten Vorgesetzten zu erfolgen. Sie führten zu keinen einschneidenden Maßnahmen: 3 Offiziere wurden der Militärgerichtsbarkeit überwiesen und 4 weitere zur Disposition gestellt. Den restlichen 117 Offizieren sprach der General in einem persönlichen Brief sein Vertrauen aus.[21]

Die *Abhängigkeit der Nationalen Front vom Dritten Reich* war evident. Ihre ideologische Verbundenheit mit der NSDAP, ihr positives Urteil über Hitlers Politik, ihre Parteinahme für die deutsche und gegen die schweizerische Presse, ihre Wallfahrten ins nördliche Nachbarland, ihre Geldbezüge aus dem Dritten Reich, die fragwürdige Rolle nationalfrontistischer Offiziere, deren einige als Landesverräter verurteilt wurden,[22] – dies alles ließ deutlich genug erkennen, daß die Nationale Front den *Einflüssen des Auslandes erlegen* war.

IV. Die Wandlung der Sozialdemokratie und deren Beurteilung durch die Nationale Front

Die innenpolitischen Verhältnisse der Schweiz haben in den dreißiger Jahren eine tiefgreifende *Wandlung* erfahren. Hatten sich 1933 die bürgerlichen Parteien der Stadt Zürich mit der Nationalen Front verbündet, um im gemeinsamen Sturmangriff die rote Mehrheit im Stadthaus zu brechen,[1] so war es 1938 der alte Generalstreikführer Grimm, der in einer gemeinsamen Erklärung der sozialistischen und bürgerlichen Fraktionen der Bundesversammlung unter Ausschluß des einzigen Frontenvertreters den Willen proklamierte zur Verteidigung des Landes gegen jeden äußeren und inneren Feind.[2] Die Wandlung, wie sie bei der Konfrontation dieser beiden Begebenheiten zum Ausdruck kommt, hatte sich in zwei verschiedenen Lagern in entgegengesetzter Richtung vollzogen: die Nationale Front hatte sich – wie wir gesehen haben – radikalisiert und zu einer auslandhörigen, teils landesverräterischen Organisation entwickelt; die Sozialdemokratie hatte sich – wie noch zu zeigen sein wird – gemäßigt und sich zu einer positiven Einstellung zur Demokratie und Landesverteidigung durchgerungen.[3]

1. Radikalisierte Sozialdemokratie

Ursprünglich war die Sozialdemokratische Partei der Schweiz keine orthodox-marxistische Bewegung. Während des ersten Weltkrieges machte sie indessen unter dem Eindruck der mißlichen sozialen Verhältnisse und unter dem Einfluß der bolschewistischen Emigranten eine *Radikalisierung* durch. Diese gipfelte im November 1918 im Generalstreik, der aber am Widerstand des Bundesrates und der von ihm aufgebotenen Truppen scheiterte. Damit war ein revolutionärer Umsturz, die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und die Errichtung der proletarischen Diktatur, gescheitert. Trotz dieses Mißerfolgs wurden die Hoffnungen auf einen gewaltsamen Umsturz nicht begraben. Auch der Verzicht der Sozialdemokratie auf den Beitritt zur III. kommunistischen Internationalen und der Absprung des extremen Linksflügels, der zur Gründung der Kommunistischen Partei führte, vermochte die sozialistische Partei nicht zu ihrer früheren sozialreformerischen Tätigkeit und zur Bejahung der Demokratie und der Landesverteidigung zurückzuführen. Vorerst hielt sie am Prinzip der

sozialen Revolution – der Kollektivierung der Wirtschaft – und in ihrer Mehrheit auch am Prinzip der politischen Revolution – der gewaltsamen Machtergreifung durch das Proletariat – fest. Das Parteiprogramm vom 12. Dezember 1920 proklamierte die Einführung des Staatssozialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.[4] Die Partei stand auch im schärfsten Gegensatz zur «bürgerlichen» Landesverteidigung. Hier wirkten die Erfahrungen des Generalstreiks nach. Der Einsatz des Volksheeres gegen einen Teil der Volksgenossen hatte die ohnehin militärmüde Sozialdemokratie in eine militärfeindliche Haltung getrieben. Weitere Militäraufgebote gegen demonstrierende und streikende Arbeiter sowie das dilettantenhafte Eingreifen eines Rekrutendetachementes bei den Genfer Unruhen vom 9. November 1932 – es eröffnete ohne genügende Warnung das Feuer auf die Demonstranten und richtete unter ihnen ein Blutbad mit 13 Toten an – konnten unmöglich die Sozialisten zu einer positiveren Einstellung zur Armee bewegen.[5]

So zersetzte der *Klassenhaß* das Zusammengehörigkeitsgefühl der Schweizer. Er spaltete das Volk in zwei feindliche Lager, in Sozialisten und Bürgerliche. Er gefährdete die Idee der Nation, das Bekenntnis zum gemeinsamen Vaterland. Die äußerste Linke verband ihre klassenkämpferischen Thesen mit antipatriotischen Parolen. Ein ehemaliger Parteisekretär der Zürcher Sozialdemokraten bezeichnete einmal, nachdem er zu den dissidenten Linkssozialisten abgeschwenkt war, den 1. August als «Fasnacht der Füdlibürger».[6] Das Organ des Schaffhauser Stadtpräsidenten gewährte noch 1933 widerspruchslos der Einsendung Raum: «Die Herren mögen ihren Patriotismus und ihre ‹Vaterlandsliebe› für sich behalten, wir Arbeiter wollen damit nichts zu tun haben. Wir sind die Klasse der Ausgebeuteten, unser Vaterland ist die Sowjetunion.»[7] «Hie Vaterland – hie Marxismus!»[8] war im gleichen Jahre die Parole des Bürgertums im Kampf um die Neubestellung der Zürcher Gemeindebehörden. Viele Bürgerliche rechneten die mit ihnen verbundenen Fronten bereitwillig dem vaterländisch gesinnten Lager zu.

2. *Rückkehr zur Demokratie*

Allerdings zeichnete sich schon 1933 bei den Sozialisten eine Wandlung ab. Der Bieler Parteitag vom 8./9. April lehnte eine Einheitsfront mit den Kommunisten ab, sprach sich für Anwendung demokratischer Mittel aus und verwarf den Gebrauch illegaler Kampfmethoden.[1]

Diese Wende kam nicht von ungefähr. Die Stimmen mehrten sich, die trotz des Diktaturparagraphen im Parteiprogramm die *Demokratie* befürworteten. Sie begründeten diese Einstellung mit der langjährigen pragmatischen Erfahrung der Partei. Seit dem Generalstreik hatte sich diese damit begnügt, die ihr zu Gebote stehenden demokratischen Mittel auszunützen. Sie entfaltete eine lebhafte politische Agitation, beteiligte sich an Wahlen und Abstimmungen und bediente sich des Referendums und des Initiativrechts. Sie machte dabei *keine schlechten politischen Geschäfte*. Die Einführung des Proporzes bei den Nationalratswahlen von 1919 brachte ihr einen Mandatzuwachs von 19 auf 41. In den folgenden Wahlgängen konnte sie ihre Vertreterzahl auf 43, 49 und 50 erhöhen. In zahlreichen Gemeinden und in einigen Kantonen wurden Sozialisten in die Exekutive gewählt. Zürich, Genf und Basel erhielten rote Mehrheiten. Man teilte sich allmählich mit den bürgerlichen Parteien in die Würde und Bürde der Regierungsgeschäfte. Mit dem erfolgreichen Gebrauch demokratischer Institutionen gewannen diese an Wertschätzung. Das Verlangen nach revolutionärer Machtergreifung flaute ab. Wie konnte man noch von Umsturz und Revolution reden, wenn man nicht die eigenen Positionen gefährden wollte? Wie konnte man noch auf die Barrikaden steigen, wenn man nicht die eigenen Leute in den Regierungen vor den Kopf stoßen wollte? «Nein, unsere Sozialdemokratie rangiert nicht (mehr) unter den Feinden der Demokratie, denn das wäre ihr eigener Untergang... In unserem Parteinamen Sozial-Demokratie ist es ausgesprochen, daß Sozialismus und Demokratie die beiden großen Elemente der Arbeiterbewegung sind, die der menschlichen Gesellschaft eine neue Form und einen neuen Gehalt geben wollen: der Sozialismus als wirtschaftliches und kulturelles Ziel, die Demokratie als der Weg dazu.»[2]

Neben den politischen Erfolgen der Partei waren die *sozialen Errungenschaften* der Gewerkschaften eine weitere Ursache dafür, daß sich der Sozialismus zur Demokratie zurückfand. Der Arbeiterstand hatte es nicht mehr nötig, seine materiellen Forderungen durch den Druck der Straße zu erzwingen. Er kam auch ohne Putschversuche auf dem Verhandlungsweg zum Ziel. Er vermochte sich als Sozialpartner durchzusetzen und hatte dies in erster Linie den Gewerkschaften zu verdanken. Diese konnten selbst in Krisenzeiten mit mehr oder weniger Erfolg die Interessen der Arbeitnehmer wahren. Das bewies das stolze Wort Max Webers an einem Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes: «Wir haben Stück um Stück verwirklicht von unsern Forderungen, Stück um Stück haben wir errungen.»[3] Poli-

tische Unruhen dagegen mußten das Erreichte wieder in Frage stellen. Der soziale Friede und geordnete demokratische Verhältnisse erwiesen sich als das beste Klima für den sozialen Fortschritt. Wirtschaftliche Reformen waren dem Arbeiter zugänglicher als politische Revolutionen. Gewerkschaftliche Verhandlungen versprachen ihm größere Erfolge als staatsgefährdende Umtriebe. So hatte die tägliche Kleinarbeit der Gewerkschaften die Arbeiterschaft von der revolutionären Marschroute abgedrängt.[4]

Nicht nur die praktischen Erfolge der Partei und der Gewerkschaften, auch das *abschreckende Beispiel des Nationalsozialismus und des Frontismus* erzeugten bei den Sozialisten eine positivere Einstellung zur Demokratie. Unter mißbräuchlicher Verwendung des sozialistischen Namens hatten die Nazis in Deutschland eine Zwangsherrschaft aufgerichtet und die Arbeiterorganisationen – die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften – mit brutaler Gewalt zerschlagen. Das Problem der Diktatur zeigte sich plötzlich in einem neuen Licht: die Sozialisten im Dritten Reich wurden nicht zu Nutznießern, sondern zu Opfern, nicht zu den Vergewaltigern, sondern zu den Vergewaltigten eines diktatorischen Zwangssystems. Wollte man in der Schweiz nicht das Schicksal der deutschen Genossen teilen, wollte man der physischen und psychischen Vernichtung in einem frontistischen Totalstaat entgehen, so mußte man sich nolens volens in die bürgerliche Demokratie flüchten. «Was jahrelang bürgerliche Bemühungen nicht zustandegebracht hatten», das vollbrachte jetzt das Gespenst des Faschismus im Ausland und des Frontismus in der Schweiz: die Abkehr der Sozialdemokratie «von Klassenkampf und Diktaturdogma sowie vom Internationalismus und die Rückkehr auf den Boden der Demokratie und zum nationalen Denken».[5]

Zahlreich waren die sozialistischen Zeugnisse, die diese Auffassung bestätigten: «Der Sieg der faschistischen Diktatur in Deutschland hat es allen Angehörigen des parlamentarisch-demokratischen Systems, insbesondere auch den Sozialisten, zum Bewußtsein gebracht, daß die wichtigste Gegenwartsaufgabe in der Verteidigung der schwer bedrohten Demokratie besteht.»[6] «Nur dadurch, daß die Arbeiterbewegung den Rechtsboden der Demokratie nicht verläßt, alle verfassungswidrigen und ungerechten Übergriffe entschlossen mit den Mitteln des Rechtsstaates abwehrt ..., nur dadurch, daß der Arbeiter erkennt, daß die Demokratie, die politische Freiheit, ein wertvolles Gut ist, dessen Bedeutung man erst richtig einschätzt, wenn man es verloren hat, werden wir faschistische Strömungen in der schweizerischen

Politik ... mit Erfolg bekämpfen können.»[7] Robert Grimm glaubte anfänglich, sich über solche Äußerungen lustig machen zu können: «Es hat dieses Frühjahr, als die Fronten infolge der internationalen Rückwirkungen einen gewissen Aufschwung genommen haben, Parteigenossen gegeben, die etwas schlotterig geworden sind und wie alte Betschwestern jeden Morgen den Rosenkranz der Demokratie durch die Finger laufen ließen. Man wollte plötzlich neu entdeckt haben, daß wir ja auch Demokraten seien und demzufolge das demokratische Bekenntnis abzulegen hätten.»[8] Wenige Monate später hatte dann auch der ehemalige Generalstreikführer zu den demokratischen «Betschwestern» konvertiert: «Wenn es uns mit dem Kampf gegen den Faschismus ernst ist, dann hat die Partei und die Arbeiterbewegung zu erklären, daß sie auf dem Boden der demokratischen Volksrechte steht. Wenn sie auf diesem Boden steht, muß sie auf dem Boden der Verfassung stehen, in der diese demokratischen Rechte niedergelegt sind.»[9] Max Weber ging noch einen Schritt weiter. Er suchte die *Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien:* «Das Bürgertum muß wissen, daß es ohne die demokratisch gesinnte Arbeiterschaft den Faschismus in der Schweiz nicht mit Erfolg abwehren kann... Und die Arbeiterbewegung, namentlich auch die Sozialdemokratische Partei, muß sich bewußt sein, daß sie allein ebensowenig in der Lage ist, die Demokratie zu erhalten. Es gibt keinen andern Weg als zusammenzugehen. Dazu braucht es keine Verschmelzung der Parteien und keine Gleichschaltung der Parteiprogramme, aber eine loyale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Faschismus, in der Verteidigung der Demokratie und in der Lösung aller brennenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben.»[10]

Schließlich öffnete auch der *kommunistische Totalitarismus* den Sozialisten die Augen für den Wert der Demokratie. Gewiß fiel es ihnen nicht leicht, im Sowjetbolschewismus, den sie sich manche Jahre zum Vorbild genommen hatten, die gleiche gewalttätige Macht zu erkennen wie im Nationalsozialismus. Noch im Jahre 1935, als sich die Bringolf-Partei bereits der Sozialdemokratie zugewandt hatte, sah sie in der Sowjetunion das Land ihrer Sehnsucht und Träume: «Die Früchte der Oktoberrevolution reifen... Das Volk schreitet vorwärts zu den Höhen wahrer Menschheitskultur, in der es zu Herren der gesellschaftlichen Verhältnisse wird und seine Geschichte mit vollem Bewußtsein selber gestaltet. Die gesellschaftliche Entwicklung erreicht jene Reife, die Engels bezeichnete als den Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.»[11]

Aber Stalins Gewaltherrschaft, seine «Säuberungen», seine «serienweise Erschießungen alter Bolschewiki, ... machten auf die noch immer die russische Revolution als ein großes ... Ereignis verehrenden Arbeiter einen ... katastrophalen Eindruck.»[12] Besonders der Sinowjew-Prozeß von 1936, bei dem alle 16 Angeschuldigten ohne ordentliches Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt und erschossen wurden, lösten bei den Sozialisten eine tiefe Erschütterung aus. Man verglich Sinowjew mit van der Lubbe im Reichstagsbrand-Prozeß oder mit Röhm, dem Hauptopfer des 30. Juni 1934: «Daß die Anklage gegen die seit anderthalb Jahren eingekerkerten oppositionellen Kommunisten, die zu 16 Todesurteilen und inzwischen auch zu ebensovielen grausamen Hinrichtungen geführt hat, eine Aneinanderreihung von Erfindungen und Verleumdungen ist ..., braucht kaum bewiesen zu werden. Es ist wohl die gemeinsame Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der europäischen Arbeiterschaft, daß die ‹Geständnisse› der Angeklagten nicht *mehr* unter Beweis stellen als eine haarsträubende Prozeßführung, die der Göring-Goebbelschen aus dem Reichstagsbrand-Prozeß vielleicht noch überlegen ist.»[13] «Der 30. Juni 1934, als Hitler seine Freunde ermorden ließ, hat klärend gewirkt in jenen Kreisen des Bürgertums, die vorher dem Nationalsozialismus etwelche Sympathie entgegenbrachten ... Die Erschießung der Mitarbeiter und Freunde Lenins wird hoffentlich die so dringend notwendige Klärung gegen links erleichtern. Jetzt gilt es klar zu entscheiden... Es gibt keinen erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus ohne ebenso scharfe Stellungnahme gegen die bolschewistische Diktatur und umgekehrt... Wer jetzt noch nicht den klaren Trennungsstrich ziehen kann gegenüber den Gewaltanbetern rechts und links, hat das Recht verwirkt, sich auf die Demokratie zu berufen, und scheidet endgültig aus als Mitarbeiter im Kampf gegen Gewaltpolitik.»[14] Nicht alle Sozialisten zeichneten sich indes durch solche Klarheit des Urteils aus. Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich zum Beispiel protestierte zwar gegen die «diabolische Komödie» Moskaus, fühlte sich aber «durch den Trotzkistenprozeß und seine Begleiterscheinungen» in ihrer «befürwortenden Einstellung zu Sowjetrußland ... nicht erschüttert».[15]

So hatten verschiedene Faktoren dazu beigetragen, daß unter den Sozialisten die *Demokratie* eine *Aufwertung* erfuhr. Anfänglich legte man sich noch eine gewisse Reserve auf. Am Bieler Parteitag von 1933 sprach sich die Mehrheit der Partei in einer Weise zugunsten der Demokratie aus, die noch deutlich die Klassenkampfsituation er-

kennen ließ: «Die Sozialdemokratie lehnt illegale Kampfmethoden ab, solange die Bourgeoisie den Rahmen der Demokratie nicht sprengt und die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes unangetastet läßt. Stellt sich die Bourgeoisie selbst außerhalb der Legalität, indem sie die allgemeinen demokratischen Volksrechte zu Klassenvorrechten der Herrschenden verfälscht, so hat die Arbeiterklasse das moralische Recht und die sittliche Pflicht der Notwehr, ihren Kampf mit andern Mitteln zu führen.»[16] Der Luzerner Parteitag vom 26./27. Januar 1935 nahm dann die Revision des Parteiprogramms aus dem Jahre 1920 vor. Die Neufassung beruhte auf einem Kompromiß zwischen dem rechten und linken Flügel der Partei und blieb daher in manchen Punkten hinter den Äußerungen prominenter Politiker zurück. Dennoch hatte das Programm den *Diktaturparagraphen* von 1920 *gestrichen*. Auch bekannte es sich in klaren Worten zur Demokratie: «Die Grundlage der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist die Demokratie... Die Sozialdemokratie ... kämpft mit den Mitteln der Demokratie: Freiheit des Wortes und der Schrift, parlamentarische Tätigkeit, Wahlen und Abstimmungen, Demonstrationen, Streiks und Massenaktionen.»[17] Viele Sozialisten gaben sich damals noch der Hoffnung hin, durch Mäßigung der Agitation und des Programms so weit in die Mittelschichten des Volkes eindringen zu können, daß es ihnen gelingen werde, die absolute Mehrheit zu erobern und hernach eine sozialistische Landesregierung zu bilden.[18] Bald mußten sie aber einsehen, daß dieses Wunschdenken nicht der politischen Realität entsprach. Gleichwohl bewies die Partei in einigen Resolutionen[19] und mehr noch in ihrem praktischen Verhalten, daß es ihr mit der Rückkehr zur Demokratie ernst war: «Wir sind Demokraten. Wir sprechen das Wort deutlich aus, weil in ihm ein Bekenntnis enthalten ist, das keinerlei Konjunkturschwankungen mehr ausgesetzt werden darf. In ihm ist der klare Gegensatz zur Diktatur enthalten.»[20] Der neue Parteipräsident, der eher links stehende Dr. Hans Oprecht, berief sich in seiner demokratischen Einstellung auf die Tradition des Landes: «Die geschichtliche Würde und Größe unserer Nation», führte er an einer Delegiertenversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft aus, «und ihr berechtigtes Selbstbewußtsein beruhen auf der Verwirklichung des demokratischen Prinzips der Volkssouveränität. Wer die Demokratie antastet, nimmt unserm Volk das Selbstbewußtsein und bricht ihm damit das Rückgrat.»[21] Sein Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaate verband Oprecht mit der *Anerkennung des geistigen Liberalismus:* «Der demokra-

tische Sozialismus ist sich ... der Verwandtschaft, ja der weitgehenden ideellen Gemeinschaft mit den weltanschaulichen Grundsätzen des demokratischen Liberalismus klar und bewußt. Die Idee der Toleranz, der Lehr- und Gewissensfreiheit, der Freiheit der öffentlichen Meinung und der parlamentarischen Demokratie sind gemeinsames Gut von Liberalismus und Sozialismus. Wir sind als Sozialisten fest entschlossen, das liberale Gut der kulturellen und politischen Freiheit ... vor der Vernichtung zu bewahren.»[22]

Diese durchaus positiv einzuschätzende Wende der Sozialdemokratie fand im *Bürgertum* eine verschiedenartige Bewertung. Während sich die politische Mitte über den Gesinnungswandel der Arbeiterschaft aufrichtig freute, blieb das Rechtsbürgertum lange Zeit mißtrauisch und betrachtete die Schwenkung als konjunkturbedingt. Gar kein Verständnis für die geistige Umwälzung innerhalb der Sozialdemokratie brachte die *Nationale Front* auf. Trotz ihrer angeblichen Jugendlichkeit verfügte sie nicht über die geistige Beweglichkeit, sich dem veränderten politischen Klima anzupassen. In ihrem sturen Antidemokratismus konnte sie auch gar nicht ermessen, was es für unser Land bedeutete, daß sich der Graben, der das Volk in zwei Blöcke gespalten hatte, allmählich zu schließen und eine echte Volksgemeinschaft aufzukeimen begann. Ausgerechnet die Front, die ständig die Parole der Volksgemeinschaft im Munde führte, stand der sich anbahnenden Annäherung der Parteien verständnislos gegenüber. Je mehr sie einem autoritären Führerstaat von Hitlers Gnaden zuneigte, je mehr sie mit ihren verwilderten Kampfmethoden den nationalen Zusammenhalt untergrub, desto hemmungsloser schüttete sie ihren Kot über die sich erneuernde Linke aus: «Der Mythos der Diktatur des Proletariats wurde zerschlagen. Damit war der Boden für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie in der Richtung der Verspießerung und der sterilen Reaktion vorbereitet... Was heißt Bekenntnis zur Demokratie und zum Staat? Es heißt nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie ... in die Front des herrschenden Systems einschwenkt und zu einer Trägerin des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates wird.»[23] «Die Sozialdemokratie ist es, die den ungeheuerlichsten *Verrat an der revolutionären Idee* und am sozialen Gedanken begangen hat. Durch die Beschlüsse am Luzerner Parteitag[24] hat sich die Sozialdemokratie endgültig zur Schutztruppe des bestehenden Systems, das heißt des bürgerlichen Klassenstaates, gemacht. Die revolutionären Energien der Arbeiterschaft sind auf ein totes Geleise abgeschoben, das Banner der Revolution ist eingerollt. Aus

Angst um ihre Sessel und Pfründe haben die sozialistischen Führer die Arbeiterschaft verraten und suchen sich das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien zu ergattern.»[25] «Das Bekenntnis zur ‹Demokratie› – die roten Scharlatane werden Mühe haben, dieses verlogene und abgegriffene Wort auszusprechen, ohne ein zynisches Lachen verbeißen zu müssen – ist nichts anderes als ein Bekenntnis zum herrschenden System, zur Erhaltung der bestehenden Zustände, Verrat an allen jenen Forderungen nach Gerechtigkeit und Ehre, für die Generationen von gutgläubigen, ehrlichen Arbeitern gekämpft, gelitten und geblutet haben.»[26] Als das zürcherische Gewerkschaftskartell im Jahre 1938 beschloß, am 1.-Mai-Umzug auch Schweizerfahnen mitzuführen, schrieb die «Front»: «Wie sie alle ihre angeblichen ‹Ideale› verraten haben, verraten sie jetzt auch die rote Fahne. Sie flüchten ... unter die lange beschmutzte Fahne mit dem weißen Kreuz im roten Feld. Nicht, weil sie jetzt sich wirklich gewandelt hätten, sondern weil sie sich für den Moment hier sicherer fühlen. Bis zur nächsten Fahnenflucht.»[27]

Die Nationale Front hoffte auch, vom Gesinnungswandel der sozialistischen Parteiführer profitieren zu können. Sie glaubte, der Großteil der Arbeiterschaft werde die Schwenkung der führenden Genossen nicht mitmachen und sich enttäuscht von ihnen abwenden. Gemeinsam mit den Kommunisten spekulierte sie darauf, das *Erbe des Sozialismus* antreten zu können. Nichts mußte dem an Schwindsucht leidenden Frontismus willkommener sein als eine Renaissance des Frontenfrühlings. Konnte der unzuverlässig gewordene Mittelstand, der wieder ins Bürgertum zurücksank oder sich um Duttweiler scharte, auf die Dauer nicht bei der Stange gehalten werden, so erschloß sich vielleicht in den radikalisierten Arbeitermassen ein neues Reservoir, das die abgehenden Bestände der Front ersetzen konnte. Um die «Fahnenflucht» der sozialdemokratischen Arbeiterschaft attraktiver zu gestalten, begann die Nationale Front, mit den Begriffen «sozial» und «sozialistisch» zu kokettieren: «In diesem Augenblick, da eine tiefe Mutlosigkeit die Arbeiterschaft erfaßt ..., tritt die von einem gewaltigen inneren Impuls getragene soziale Volksbewegung der Nationalen Front auf den Plan und bringt das eingerollte Banner der Revolution zu neuer Entfaltung.»[28] «Es ist die Aufgabe der Nationalen Front, die enttäuschten und verzweifelten Massen, die für eine hoffnungslose Sache fochten und teilweise noch fechten, zu sammeln und ihnen einen neuen Glauben zu geben. Den Glauben an das eigene Volk, an die Kraft der Gemeinschaft, die über alle Klassengegensätze hinweg die Arbeiter der Stirn und Faust miteinander verbindet. Der

Marxismus ist tot – es lebe der Eidgenössische Sozialismus!»[29] «Die Nationale Front braucht nur recht kräftig am marxistischen Stamme zu schütteln, dann werden die überreifen Früchte schon fallen. Hier erwächst ihr aber eine noch größere Aufgabe: die fallenden Früchte zu sammeln, ehe die schwärmenden kommunistischen Wespen an ihnen nagen. Jetzt gilt es, sich der irrenden Arbeiterschaft anzunehmen, um sie aus dem marxistischen Chaos wieder der Volksgemeinschaft zuzuführen.»[30]

Allein, *mit dem Erben war es nichts.* Die Arbeiter hielten treu zu ihren Führern. Der Frontenfrühling stellte sich nicht ein zweites Mal ein. Er war und blieb eine Episode. Nicht einmal zu einem Altweibersommer reichte es. Die Front siechte dahin, und nur ein fremder, vom Ausland her wehender Wind hätte ihr allenfalls neues Leben einzuhauchen vermocht.[31]

3. Bejahung der Landesverteidigung

Größere Schwierigkeiten als die Rückkehr zur Demokratie bereitete der Sozialdemokratie die Frage der militärischen Landesverteidigung. Jahrelang hatte man einen scharfen *Antimilitarismus* gepredigt, der in der sozialistischen Gefolgschaft tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Ein Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1924 hatte die sozialdemokratischen Parlamentarier auf den «grundsätzlichen Kampf gegen Militarismus», die «Ablehnung aller Forderungen, Kredite und Gesetze» verpflichtet, die der «Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus» dienten.[1] Noch im Jahre 1933 wurde an einer sozialistischen Gegenkundgebung gegen den gleichzeitig in Zürich redenden Bundesrat Minger erklärt: «Militarismus ... ist Mord an eigenen Gesinnungsgenossen, am eigenen Bruder, Militarismus heißt töten, und töten ist volks- und menschenfeindlich. Militarismus ist Ausbildung zur möglichst wirkungsvollen Ermordung seines Nächsten. Militarismus ist der Auswuchs kapitalistisch-reaktionären Geistes.»[2]

Es wäre jedoch verfehlt, wollte man aus solchen Äußerungen grundsätzlichen Pazifismus heraushören. Abgesehen von der kleinen Gruppe der Religiössozialen gründete sich der sozialistische Antimilitarismus nicht auf den Geist der Gewaltlosigkeit, sondern auf den konsequenten *Gegensatz zum herrschenden «Klassenstaat»*. Weil die Sozialisten Gegner der bestehenden Staatsordnung waren, wollten sie nicht dem System und damit dem «Klassenfeind» diejenigen Mittel bewilligen, die es ihm ermöglichten, das aufstrebende Proletariat mit

Gewalt zu unterdrücken. Noch immer erblickte die Sozialdemokratie in der Armee das Instrument, das weniger eine außenpolitische Aufgabe – die Verteidigung des Landes – als vielmehr eine innenpolitische – die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung – zu erfüllen hatte. Die Sicherstellung der innern Ordnung mußte sich aber, wie es der Generalstreik von 1918 und die Genfer Unruhen von 1932 bewiesen hatten, zugunsten der herrschenden Schicht und gegen das politische und soziale Änderungen anstrebende Proletariat auswirken. Also war man streng antimilitaristisch.

Mit der veränderten Einstellung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Demokratie konnte auch der integrale Antimilitarismus nicht mehr länger aufrechterhalten werden. Sobald man begann, in der bestehenden Staatsordnung nicht mehr das verfluchte Instrument des kapitalistischen Klassengegners zu sehen, sondern eine politische Existenzform, die es auch der Arbeiterbewegung ermöglichte, groß und stark zu werden, sobald man erkannte, daß das freiheitliche System die beste Garantie für erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit war, gewann man Verständnis dafür, daß die *demokratische Rechtsordnung verteidigt* werden mußte – wenn nötig sogar mit Waffengewalt. Und diese Notwendigkeit schien in der Tat geboten zu sein. Im Innern regte sich der Frontismus, der in seinem Radikalismus die demokratischen Formen mißachtete, mit revolutionären Mitteln zur Macht drängte und nicht allein die politische Herrschaft des Kapitals, sondern auch die des sozialen Eigentums zerschlagen wollte. Von außen her wuchs – viel bedrohlicher als die im Grunde impotenten Fronten – der imperialistische Nationalsozialismus zu einer ernsthaften Gefahr heran, indem er mit seiner ständig zunehmenden Militärmacht eine Nation nach der andern zu verschlingen trachtete. Durfte man in dieser Lage den Dingen freien Lauf lassen? Durfte man vor der braunen Gefahr den Kopf in den Sand stecken, wenn man nicht sich selbst, seine materielle, geistige und politische Existenz preisgeben wollte? Erforderte nicht der Ernst der Stunde, sich mannhaft zu wappnen, nicht nur geistig, indem man sich mit dem neuerstandenen Totalitarismus ideologisch auseinandersetzte, nicht nur wirtschaftlich, indem man für die sieben mageren Jahre einer allfälligen Kriegs- und Nachkriegszeit Vorräte anlegte, sondern auch militärisch, indem man die Armee auf denjenigen Stand der Rüstung brachte, der es ihr ermöglichte, einem künftigen Gegner den gebührenden Respekt einzuflößen? War der Kampf gegen den Faschismus, dem man sich verschrieben hatte, überhaupt ernst gemeint, wenn er nicht von den notwendigen militärischen Maß-

nahmen begleitet war? Gab man sich nicht falschen Illusionen hin, wenn man noch immer auf den Antimilitarismus der sozialistischen Gefolgschaft spekulierte? Eine Arbeiterjugend, die in Zürich-Außersihl, Winterthur-Töß, Brugg, Schaffhausen und andernorts mit den Fäusten auf die Frontisten losgegangen war, würde sich gegenüber einem Hitler-Angriff kaum passiv verhalten. Gerade die Arbeiterschaft konnte von einer Kriegsbegeisterung «gegen Faschismus und Reaktion» erfaßt werden. Auf all diese Überlegungen gab es für die Sozialdemokratie letztlich nur eine Antwort: ein Nein zum veralteten und verstaubten Antimilitarismus und ein Ja zur bewaffneten Abwehr, zur militärischen Aufrüstung der schweizerischen Nation.

Die *Wende* begann 1933. Dem Berner Parteitag vom 22. Oktober 1933 gab Robert Grimm zu bedenken: «Mit einigem Recht kann man erklären, seit 1917 habe sich etwas geändert. Die Meinung läßt sich vertreten, daß man sich auch mit militärischen Mitteln gegen den Faschismus wehren müsse. Das alles kann man überprüfen.»[3] Der Sozialistenführer unterzog sich dann selbst dieser Aufgabe. In einer Artikelserie der «Berner Tagwacht» konfrontierte er den alten Antimilitarismus seiner Partei mit der neuen Gefahr des Nationalsozialismus und kam dabei zum Schluß: «Der deutsche Faschismus ist anmaßend. Seine Rassentheorie träumt von einem Reich aller ‹Deutsch-Stämmigen›... Hier liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr ... für die Schweiz... Die Verwirklichung des faschistischen Groß-Deutschland würde die Zerstörung des bisherigen staatlichen Bestandes der Schweiz, ... den Untergang der schweizerischen Volksrechte, die Verwandlung der Demokratie in eine faschistische Diktatur bedeuten. Daraus ergäben sich für das arbeitende Volk ... Entrechtung, Versklavung, Verelendung ... Ablehnung der Landesverteidigung im Sinne des Parteitagsbeschlusses 1917 würde bedeuten, auf die gewaltsame Abwehr zu verzichten, wenn faschistische Horden Einfälle und Streifzüge auf schweizerisches Gebiet unternehmen, würde bedeuten, daß den faschistischen Horden und militärisch organisierten Banden des Hitler-Faschismus die Landesgrenzen wehrlos überantwortet würden... Wer ernsthaft entschlossen ist, den Kampf gegen den Faschismus im Innern mit allen Mitteln zu führen, muß sich auch mit allen Mitteln gegen die faschistische Gefahr von außen wehren. Das bedeutet aber praktisch nichts anderes, als daß im Notfall faschistische Überfälle und Einbrüche von außen selbst mit den Mitteln der *militärisch organisierten Gewalt* abzuwehren wären, unbekümmert um den schließlichen Ausgang dieser gewaltsamen Auseinandersetzung.»[4]

Diese Erkenntnis setzte sich nicht so ohne weiteres bei Grimms Parteifreunden durch. Am 20. Dezember 1933 lehnte noch die sozialdemokratische Nationalratsfraktion einen 82-Millionen-Kredit für die Bewaffnung und Ausrüstung der Armee ab. Gleichzeitig räumte sie aber ein, daß das Aufkommen des Faschismus die Lage verändert habe, weshalb ein Parteitag die Militärfrage überprüfen werde.[5] Dieser Parteitag war auf den 24./25. Februar 1934 anberaumt. Das Traktandum «Landesverteidigung» wurde dann allerdings fallengelassen, als es sich herausstellte, daß die Wehrfrage die Gemüter zu sehr erhitzte und ihre offene Erörterung die Geschlossenheit der Partei in Frage gestellt hätte.[6] Einige einflußreiche Genossen begannen dafür das Parteivolk intensiv zu bearbeiten. Arthur Schmid zum Beispiel schrieb anfangs 1935: «Die Menschen überlegen sich, was für sie vorteilhafter und besser ist, in einem faschistischen Staate oder in einem bürgerlichen Staate mit all seinen Mängeln und Unvollkommenheiten zu leben. Sie entscheiden sich für den bürgerlichen Staat. Sie anerkennen deshalb auch die Notwendigkeit der Verteidigung dem faschistischen Staat gegenüber.»[7] Von dieser Erklärung war die Nationale Front, die vorgab, die Landesverteidigung fördern zu wollen, nicht erbaut: «Arthur Schmid war – es ist noch gar nicht so lange her – einer der größten Hetzer gegen die Armee. Heute aber hat er Angst um seine politische und wirtschaftliche Stellung, und diese Angst bewegt ihn dazu, alle seine früheren Parolen wie ein gerissener Taschenspieler verschwinden zu lassen... Um seine charakterlose und lediglich aus parteipolitischen Gründen erfolgte ‹Wandlung› zu verschleiern, kann er nicht umhin, ... den Faschistenschreck an die Wand zu malen.»[8]

Am 26./27. Januar 1935 trat der sozialistische Parteitag zur *Programmrevision* in Luzern zusammen.[9] Der Abschnitt über den «Schutz der Demokratie», der sich zur Landesverteidigung äußerte, war stark umstritten. Mit 382 gegen 294 Stimmen wurde er in einer mit vielen Windungen und Wendungen versehenen Fassung genehmigt: «Wer die Demokratie als Mittel für die Verwirklichung des Sozialismus und für die Verhinderung faschistischer Barbarei will, muß den Schutz vor den der Demokratie drohenden Gefahren wollen... Zur Abwehr drohender Gefahren faschistischer Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für die staatliche Selbständigkeit bildet, anerkennt die Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes... Für eine solche Wehr ist die Sozialdemokratische Partei zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel bereit.»[10] Gleichzeitig mit der Programmrevision

bot sich dem Parteitag Gelegenheit, die neuen Grundsätze, die nur ein bedingtes, mit Vorbehalten behaftetes Ja zur Landesverteidigung enthielten, praktisch zu erproben, indem er zur Abstimmungsvorlage über die *Verlängerung der Rekrutenschule* Stellung zu nehmen hatte. Er bestand diese Bewährungsprobe nicht und verwarf die Vorlage gegen die befürwortende Einstellung der Genossen Emil Klöti, Arthur Schmid und Guido Müller.[11] Über diesen Entscheid urteilte die «Neue Zürcher Zeitung»: «Wenn die Beschwörung der Gefahr des ‹Faschismus› von dieser Partei und den von ihr verwendeten Mitteln abhinge, wäre es ... um die schweizerische Demokratie geschehen.»[12] Äußerst scharf ging die «Neue Berner Zeitung», das Blatt Feldmanns und Mingers, mit den Sozialisten ins Gericht.[13] Aber auch der Gewerkschaftsbund kritisierte die Parole der Partei: «Unter Betonung der Selbständigkeit der beiden Organisationen und ohne die Sozialdemokratische Partei in der Freiheit ihrer Beschlüsse beeinträchtigen zu wollen, hält der Ausschuß die Kampfparole gegen die Wehrvorlage für unbefriedigend... Der Ausschuß ist ... der Ansicht, daß die Stimmfreigabe für die bevorstehende Volksabstimmung den bestehenden Auffassungen im arbeitenden Volke besser entsprochen hätte.»[14] Die Vorlage wurde in der Volksabstimmung mit 507434 gegen 429520 Stimmen angenommen. Dabei stellte es sich heraus, daß nicht die sozialistischen Zentren, sondern die katholisch-konservativen Stammlande verwerfende Mehrheiten aufwiesen.[15]

Weitaus die schwersten Erschütterungen brachte der Sozialdemokratischen Partei die *Wehrvorlage* des Jahres 1936. Diese sah einen Kredit von 235 Millionen Franken für die Aufrüstung vor. Parteivorstand und Fraktion traten mehrheitlich für das Kreditbegehren ein, verlangten aber einen gleich hohen Kredit für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Daß es den beiden Gremien mit ihrer militärbejahenden Haltung ernst war, bewies Ernst Nobs in einem Kommentar: «Gewiß, wir haben eine Reihe von Forderungen gestellt, aber wir haben diese nicht zu Bedingungen gemacht. Jene Genossen, die beantragen, wir müßten zu den Wehrkrediten Bedingungen stellen, wissen zum vornherein, daß diese nicht angenommen werden... Es geht ihnen nur darum, die Weichen so zu stellen, daß Fraktion und Partei die Kredite verwerfen müßten.» Mit den orthodoxen Marxisten vom Schlage eines Léon Nicole oder Friedrich Schneider setzte sich Nobs deutlich auseinander: «Freilich, wir haben in der Sozialdemokratischen Partei eine Minderheit, welche die Zustimmung zum Wehrkredit für einen Fehler hält... Im Grunde wünscht wohl auch



Für und wider die Landesverteidigung

„Gseech jetzt — —, wenn mer en Stahlhelm hätte gha!"

diese Minderheit, soweit es sich nicht um Antimilitaristen aus religiösen Gründen handelt, gar nicht, daß die Viertelmilliarde Rüstung verworfen werde. Die Minderheit meint vielmehr, diese Kredite würden auch ohne unsere Zustimmung beschlossen, und es läge daher besser in der Linie oppositioneller Politik, sie abzulehnen.[16] ... Eine solche Auffassung oppositioneller Politik begibt sich der Grundlage der Sachlichkeit ... und würde sich wahrlich bald um jeden Einfluß und Anhang im Volk bringen.»[17] Allein, der Parteitag vom 6./7. Juni, dem die Wehrkredite unterbreitet wurden, wollte anders. Er desavouierte die Anträge des Parteivorstandes, verwarf die Wehrvorlage mit einem Zufallsmehr von 263:255 Stimmen, verpflichtete die Parlamentarier auf Stimmenthaltung und beschwor damit eine Führerkrise herauf. Grimm, der als Nachfolger Reinhards das Parteipräsidium hätte übernehmen sollen, weigerte sich, unter diesen Umständen an die Spitze der Partei zu treten.[18] Seine Berner Kantonalsektion trat tags darauf zusammen und erklärte den Beschluß des Parteitages für null und nichtig mit der Begründung, der Entscheid sei auf unrechtmäßige Weise zustandegekommen. Die Genfer Kameraden, die mit ihrem geschlossenen Nein in der Abstimmung den Ausschlag gegeben hätten, seien zur Stimmabgabe gar nicht berechtigt gewesen, da sie sich mit der Bezahlung ihrer Mitgliederbeiträge um drei Jahre im Rückstand befänden.[19] Das Beispiel der Berner Partei machte Schule: die Mehrheit der sozialistischen Parlamentarier setzte sich über den Parteitagsbeschluß hinweg. 21 Sozialdemokraten stimmten im Nationalrat der Wehrvorlage zu, 8 verwarfen sie und 12 enthielten sich der Stimme.[20] Die Zerrissenheit der größten Landespartei in einem Entscheid von großer Tragweite war kein erhebendes Schauspiel.

Die nationalrätliche Debatte über die Wehrkredite hatte zu einem *Zwischenfall* geführt, als der Frontist Tobler die befürwortende Haltung Bringolfs mit den Worten attackierte: «Welche Ironie! Ausgerechnet Herr Bringolf, der zum Sozialdemokraten zurückverwandelte Exkommunist, kommt und verlangt vom Bundesrat einen Aufruf an das freiheitlich und demokratisch gesinnte Schweizervolk zur Unterstützung der bundesrätlichen Maßnahmen, während noch vor kurzem in der ihm nahestehenden Schaffhauser ‹Arbeiter-Zeitung› bei der Wehrvorlage die Nein-Parole verfochten wurde. Ich weiß wirklich nicht, ob man die politische Gesinnungslumperei noch weitertreiben kann.»[21] Bringolf war, wie üblich, nicht aufs Maul gefallen. Er replizierte scharf: «Dieser Herr Tobler, der in einem Artikel (der frontistischen Zeitschrift «Der Jung-Thurgauer») fotografiert ist als

ein Freund der Nazi, als ein Agent des Dritten Reiches in der Schweiz, wirft andern Gesinnungslumperei vor. Schauen Sie sich den Herrn an, und dann urteilen Sie über ein solches Kaliber in diesem Parlament.»[22] Wäre es Tobler ernst gewesen mit der Wehrhaftigkeit der Schweiz, dann hätte er die Schwenkung Bringolfs begrüßen müssen. Aber es ging ihm gar nicht um die Verteidigung des Landes. Der Schaffhauser Stadtpräsident hat bei anderer Gelegenheit klargemacht, was die Frontisten mit ihren Attacken gegen die Sozialdemokratie beabsichtigten: «Die moralische und politische Diskreditierung der Sozialisten und der gewerkschaftlichen Funktionäre blieb ... während ... Jahren eines der hauptsächlichsten Kampfmittel derjenigen, die unser Land an Hitler verschachern wollten.»[23]

Nach der sozialistischen Parteikrise vom Sommer 1936 war das *Eis gebrochen*. Die Sozialdemokratie bekannte sich inskünftig zur Wehrbereitschaft der Schweiz. Sie nahm damit ihre Verantwortung in militärpolitischen Dingen wahr. 1939 stimmte sie mit den meisten Bürgerlichen einem kombinierten Kredit für Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung zu.[24] Wie sehr diese Wende auch die persönlichen Beziehungen zwischen rechts und links zu verbessern vermochte, hat Parteipräsident Oprecht in seiner Rede vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft bezeugt: «Es ist ein sozusagen symbolhaftes Zeichen der Wandlungen, die in den letzten Jahren eingetreten sind, daß derzeit das Referat über das Militärbudget im Nationalrat für die Finanzkommission ein Gewerkschafter und Sozialdemokrat erstattet. Das war vor wenigen Jahren noch unmöglich. Weder für die bürgerlichen Parteien noch für die Sozialdemokraten wäre damals solches tragbar gewesen... Wenn heute jedoch die Akten des Eidgenössischen Militärdepartementes einem Sozialdemokraten ... offen stehen, so kommt darin zum Ausdruck, daß heute die großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der schweizerischen Arbeiterbewegung uneingeschränkt auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, und daß die maßgebenden politischen Behörden und Parteien diese Stellungnahme der schweizerischen Arbeiterbewegung vorbehaltlos anerkennen.»[25] Den neuen Kurs der Sozialisten in der Militärpolitik hat Rudolf Minger aufrichtig begrüßt. Der Wehrminister, der schon zu Beginn der dreißiger Jahre in Arbeiterversammlungen für eine starke und verteidigungsfähige Armee geworben hatte, erklärte an einem Volkstag vom 25. September 1938 in Burgdorf: «Niemand ist darüber glücklicher als der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, daß die ... Sozialdemokratische Partei sich zur Einsicht in die

Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung durchgerungen hat. Über diesen geistigen Umschwung ... wollen wir uns aufrichtig freuen, und wir wollen einen Strich ziehen unter den Irrtum, den sie früher begangen hat.»[26] Daß die Nationale Front zu einer solchen Flurbereinigung nicht Hand bieten wollte und die Schwenkung der Sozialisten in der Wehrfrage weiterhin beargwöhnte,[27] war für das politische Geschehen des Landes irrelevant.

4. Nationaler Zusammenschluß

Aus den Ausführungen Oprechts und Mingers ging hervor, daß der Umschwung bei der Sozialdemokratie eine *Zusammenarbeit* zwischen rechts und links einleitete. Dieser Verständigung auf politischer Ebene ging eine Kooperation im Bereich der Wirtschaft voraus. Die Gewerkschaften versuchten ihre Ziele durch Tarifverhandlungen und nur noch in Ausnahmefällen durch Streiks zu erreichen. Das Ergebnis solcher Verhandlungen war der Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen, die durch den Bundesrat allgemeinverbindlich erklärt werden konnten und damit öffentlichrechtlichen Charakter erhielten. Dergestalt war ein Postulat der Anhänger des Korporationenstaates – Ausschaltung des Klassenkampfes durch direkte Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern und Überführung der Verhandlungsergebnisse ins öffentliche Recht[1] – verwirklicht worden, ohne daß ein tiefgreifender organisatorischer Umbruch die Struktur der Wirtschaft verändert hätte. Ein markanter Markstein auf dem Wege der sozialen Verständigung durch Verhandlungen und Vertragsabschlüsse war das *Friedensabkommen* vom 19. Juli 1937 in der Maschinen- und Metallindustrie. Unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit bei der Verfechtung eigener Interessen kamen Arbeitnehmer und Arbeitgeber überein, «wichtige Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten nach Treu und Glauben gegenseitig abzuklären» und für die Dauer des Vertrags «den Frieden zu wahren». Aus diesem Grunde sollten «Kampfmaßnahmen wie Sperre, Streik oder Aussperrung ausgeschlossen» sein.[2] Mit der Unterzeichnung des Vertrags hatte die Verständigungsbereitschaft den Sieg davongetragen.

Beim Bekanntwerden des Friedensabkommens versuchte die *Nationale Front* die Wässerlein auf ihre Mühlen abzuleiten: «Niemand wird über die Entwicklung der Dinge größere Genugtuung empfinden als gerade die, die nun seit sieben Jahren unentwegt für die Herstellung des sozialen Friedens auf dem Wege des korporativen Auf-

baus gekämpft haben... Was damals Anlaß zu Spott und Feindschaft war, das ist heute schon zum Teil Wirklichkeit geworden, und sagen wir es offen: unter dem moralischen Drucke der Erneuerungsbewegung Wirklichkeit geworden... Was heißt das anders, als daß die nationale Idee bereits derart ins Volk eingedrungen ist, daß die einstigen Verfechter des Klassenkampfes sich der neuen Erkenntnis beugen müssen.»[3] Wie ernst es den Frontisten mit ihrer Freude über das gelungene Vertragswerk war, bewies ein Artikel, der neun Monate später in derselben Zeitung über dasselbe Thema erschien: «Herr Dr. Weber ... vergißt wohlweislich, beizufügen, daß auf Bestreben der Gewerkschaften und damit seiner selbst am 19. Juli 1937 die Arbeiterschaft dem Kapitalismus ausgeliefert worden ist. In dem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Konjunktur ... schlossen die Gewerkschaftsbonzen mit dem Großkapital einen Burgfrieden und beraubten so den Arbeiter jeglicher Möglichkeit, für seine Lebensinteressen den notwendigen Kampf zu führen. ‹Abkommen zur Sicherung des Arbeitsfriedens› taufte man die Kapitulationserklärung. ‹Abkommen zur Sicherung der Bonzenherrlichkeit› wäre zutreffender gewesen. Es war nackter Verrat am Sozialismus, als sich die Gewerkschaften damals mit dem Großkapital an denselben Tisch setzten. Sie verrieten das Ideal, für das sich die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten unter schwersten Opfern eingesetzt hatte, um eines Linsengerichts willen.»[4] Diese Kehrtwendung um 180 Grad, die es verdient, als Zeugnis für die Glaubwürdigkeit der frontistischen Propaganda festgehalten zu werden, wurde durch das «Schaffhauser Intelligenzblatt» als «wetterwendische Konjunkturpolitik» charakterisiert, «die in politischer Maulwurfsarbeit das Verständigungswerk zum Einsturz bringen» wolle.[5] Die zweite frontistische Version entsprach übrigens ganz den Intentionen der Kommunisten. Letztere hatten das Friedensabkommen als «Schandfleck für die sozialistische Arbeiterschaft», als «widerwärtiges Überrumpelungsmanöver der Ilg und Konsorten», als «Auslieferung der Metallarbeiter an die Kapitalisten» gebrandmarkt.[6]

Was sich im sozialen Bereich als tragbar erwies, sollte auch auf politischem Boden möglich sein. Ernst Uhlmann war es, der im Anschluß an die Paraphierung des Friedensabkommens den Gedanken eines näheren *Zusammenrückens der Parteien* in die Diskussion warf: «Das Bewußtsein des Aufeinander-Angewiesen-Seins und der Schicksalsverbundenheit soll ... über das wirtschaftspolitische Gebiet hinauswachsen und sich staatspolitisch verankern. Für dieses Ziel zu arbeiten, ist jeder Mühe und des höchsten Einsatzes wert. Denn wir

sind nicht nur als wirtschaftende Menschen, sondern auch als Staatsbürger schicksalshaft verbunden und zur gegenseitigen Solidarität verpflichtet, solange wir den Willen besitzen, eine selbständige Nation zu bleiben.»[7] Schon im Herbst 1933 hatten Konzentrationsbestrebungen auf eine politische Mitte hin zur Gründung der Wochenzeitung «Die Nation» geführt. Wenn auch diese Zeitschrift nicht repräsentativ war für einen engeren Zusammenschluß der beiden politischen Lager, da sich bedeutende Persönlichkeiten von ihr fernhielten oder gar distanzierten, so kündigte doch die Tatsache, daß sich Rechtssozialisten und Linksbürgerliche an den gleichen Tisch setzten, eine politische «Tauwetterperiode» an. Der Abstimmungskampf um die von den Arbeitnehmerverbänden lancierte Kriseninitiative vom Mai/Juni 1935 schied dann allerdings das Bürgertum und die Sozialdemokratie wieder in zwei scharf voneinander getrennte Fronten, wenn auch die Schweizerischen Angestelltenverbände, die Bündner und Zürcher Demokraten, die Jungbauern und die Freiwirtschafter auf seiten der Sozialisten und des Gewerkschaftsbundes fochten.

Den ersten Versuch einer auf breiter Basis beruhenden Zusammenarbeit bürgerlicher und sozialistischer Kräfte stellte die *Richtlinienbewegung* der Jahre 1936/37 dar. Der Gewerkschaftsbund, die Angestelltenverbände, der Verband Evangelischer Arbeiter und Angestellter und die Jungbauernbewegung hatten im Oktober 1936 die «Richtlinien für eine Front der Arbeit» ausgearbeitet. Diese sollten die «Grundlage bilden für eine Neuorientierung der Politik». Sie basierten auf vier Grundsätzen: «vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie», «positive Einstellung zur ... Landesverteidigung», «Achtung der religiösen Überzeugung der Volksgenossen», «Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme».[8] Die Parteien wurden zur Mitarbeit eingeladen. Am 13. Dezember 1936 beschloß der Parteivorstand und am 31. Januar 1937 der Parteitag den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei zur Richtlinienbewegung.[9] Bei diesem Entscheid mochte der Gedanke mitgespielt haben, die neue Sammlung könnte die Plattform für eine sozialistisch-linksbürgerliche Koalition abgeben, die das bisherige Regierungsteam von Freisinnigen, Katholisch-Konservativen und Altbauern aus dem Sattel heben und der Sozialdemokratie den Weg in den Bundesrat ebnen würde.[10] Spätestens nach den Nationalratswahlen 1935 hatte die Linke erkannt, daß sie aus eigener Kraft nie eine Volksmehrheit erringen könne. Sie sah sich daher genötigt, die interparteiliche Zusammen-

arbeit zu suchen, wenn sie ihre politischen Aspirationen, den Einzug in die Landesregierung, verwirklichen wollte. Auch die Freisinnig-demokratische Partei stellte sich anfänglich positiv zur Richtlinienbewegung ein und nahm mit ihr Verhandlungen auf.[11] Sogleich schlugen die Konservativen Alarm. Mit der freisinnigen Verhandlungsbereitschaft, erklärten sie, sei die «Regierungskoalition zur Diskussion gestellt».[12] Die Befürchtungen waren indes fehl am Platz. Der Rechtsfreisinn nahm im Zentralvorstand das Heft in seine Hand und erwirkte am 13. Februar 1937 gegen beträchtliche interne Widerstände die Ablehnung des Beitritts zur Richtlinienbewegung. Ein Antrag von jungliberaler Seite, zur endgültigen Beschlußfassung, einen Parteitag einzuberufen, unterlag mit Stichentscheid des Präsidenten.[13] Im Gegensatz zu den Freisinnigen brauchten sich die Katholisch-Konservativen nicht lange den Kopf zu zerbrechen. Sie sahen in der Richtlinienbewegung eine Linkskoalition «mit dem Ziel, die konservativ-christlichsoziale Partei aus dem öffentlichen Leben auszuschalten».[14] Das Zentralkomitee hatte daher schon am 24. Oktober 1936 seinen ablehnenden Beschluß bekanntgegeben.[15] Auch die Liberalkonservativen bekämpften eine Konzentration zur Mitte. Diese führe, behaupteten sie, nicht ins Paradies, sondern nach Moskau.[16] Die Sozialisten würden, einmal an die Macht gelangt, dafür sorgen, daß die Reichen zum Handkuß kämen.[17] Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei schreckte weniger vor einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten als vor einer solchen mit den dissidenten Jungbauern zurück. Die Richtlinienbewegung bediene sich der «politischen Trabantendienste eines ausgesprochenen Bauernspalters» und sei daher «ein vollständig untauglicher Versuch zur Bildung einer tragbaren Volksmehrheit».[18] Der schweizerische Parteivorstand lehnte daher am 30. April 1937 einen Beitritt ab.[19] So scheiterte die Richtlinienbewegung an der Tatsache, daß sie als reiner Arbeitnehmer- und Konsumentenblock nicht über sozialistische und linksbürgerliche Zirkel hinaus in weitere Volksschichten vorzustoßen vermochte. Immerhin hatte dieser erste großangelegte Versuch zur Sammlung der demokratischen Kräfte genügt, um die Nationale Front in Harnisch zu bringen: «Bei uns zimmern alte Parteifüchse eine Hasenfalle, ... triefen von Demokratie und folgen den Parolen der internationalen Drahtzieher.»[20] «Richtlinienbewegung nennt sich der Klub bankrotter Politiker, der als neueste Schöpfung im Schweizerland aufgetaucht ist.»[21]

Aber die Bemühungen um die Zusammenfassung der nationalen Kräfte gingen weiter. Vor allem der Berner Freisinnige, Minister

Walter Stucki, legte sich tüchtig ins Zeug. Er ging von der Voraussetzung aus, daß es den Regierungsparteien nicht wohl anstehe, ständig das Wort «Demokratie» im Munde zu führen und gleichzeitig die Spielregeln der Demokratie zu verletzen durch die Praxis der dringlichen Bundesbeschlüsse, wie sie sie seit Jahren angewandt hatten.[22] Diese Regierungsmethode sei eine Folge davon, daß die Koalition der im Bundesrat vertretenen Parteien zu eng geworden sei und namentlich in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen über keine sichere Mehrheit im Volke verfüge. Wenn man aber, wie die freisinnige Partei, von der Politik der dringlichen Bundesbeschlüsse abkommen wolle, müsse man sich, ob es einem passe oder nicht, um die Bildung einer neuen Mehrheit bemühen. Eine solche sei nur erreichbar durch *Erweiterung der Regierungsbasis nach links.*[23] Hier sei es nun von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Lohnarbeiterschaft wieder auf nationalem und demokratischem Boden stehe und bereit sei, die Demokratie als hohes Gut zu verteidigen. Diese Wandlung sei weder Taktik noch Bluff, sondern ehrlich gemeint.[24] Nationalrat Stucki untermauerte diese Feststellung mit dem Hinweis auf das praktische Verhalten der sozialistischen Parlamentsfraktion in den vergangenen Jahren.[25] Die freisinnige Partei lud er ein, «unter voller Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit» sich bereitzufinden zu einer «sachlichen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie».[26] Nur auf diese Weise könne die Innenpolitik auf einen vernünftigen mittleren Kurs verpflichtet werden.

Stuckis Initiative hatte den Vorzug, daß sie nicht, wie vielleicht die Richtlinienbewegung, auf eine Sprengung der bürgerlichen Zusammenarbeit ausging. Weder sollte die Katholisch-konservative Partei «abgehalftert» noch die Freisinnig-demokratische Partei in eine Linksallianz hineinmanövriert werden: «Es kann *nie meine Absicht* sein, zwar einen Graben zu überbrücken, dafür aber einen andern auftun... Nichts liegt mir ferner, als dem *Volksfrontexperiment* den Weg zu bereiten. Mein Ziel ist nicht, bisherige zuverlässige Freunde abstoßen und durch andere ersetzen zu wollen, sondern die bisherige Zusammenarbeit zu erweitern.»[27] «Auf eine Zusammenarbeit mit reaktionär-faschistischen Kreisen, die an Schmähungen der Landesregierung gegenüber niemandem zurückgeblieben sind, werden wir allerdings verzichten müssen.»[28] Auch außenpolitische Gründe sprachen dafür, daß man die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzog, die Fronten dagegen von einer solchen ausschloß. Stucki erkannte deutlich die Gefahren, die der schweizerischen Demokratie von außen

drohten. Er sah die Gewitterwolken des Zweiten Weltkriegs heraufziehen und wollte die Schweiz auf diese Bewährungsprobe zurüsten, indem er die Geschlossenheit der Nation anstrebte durch die Einigkeit all jener, die gewillt waren, für die Unversehrtheit des Landes einzustehen: «Vielleicht hat die Schicksalsstunde Europas noch nicht geschlagen. Möge sie aber, wenn sie einmal schlägt, ein einiges Schweizervolk finden! Darauf müssen wir unsere ganze Kraft konzentrieren.»[29]

Die politische Vermittlungsaktion des Diplomaten Stucki löste in der Schweiz ein vielfältiges Echo aus. Bis weit in die deutschschweizerischen Rechtskreise hinein wurde sie mit Enthusiasmus begrüßt. Johann Baptist Rusch verglich sie mit der berühmten Spitteler-Rede beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs.[30] Bald aber setzte der *Gegenstoß* ein, «getragen von den Kräften der romanischen Schweiz, wo die bewußt und herausfordernd antinationale Politik Nicoles immer noch den Weg zu irgendwelcher Verständigung» der Rechten mit der Linken verbarrikadierte.[31] Die welschen Radikalen erklärten kategorisch, «die Haltung der meisten Parteichefs der westschweizerischen Sozialisten» lasse eine «Zusammenarbeit mit ihnen ... als unmöglich» erscheinen.[32] Minister Stucki verschloß sich dieser Argumentation nicht.[33] Um so perfider waren die persönlichen Angriffe einiger bürgerlichen Zeitungen der welschen Schweiz. Die «Tribune de Genève» konnte es nicht ertragen, daß unsere Demokratie auch Politiker überdurchschnittlichen Formats hervorbrachte: «M. Stucki, enfant chéri du Conseil fédéral, ... se retourne contre ces hommes ... et médite de les chasser du Palais fédéral, pour prendre leur place avec une équipe radicale-socialiste dont il serait le chef... Ce personnage est si enflé du sentiment de son importance qu'il se voit déjà maître de nos destinées.»[34] Stucki fiel es leicht, solche Verdächtigungen von sich zu weisen: «Il y a plusieurs mois, j'ai déclaré d'une façon catégorique ... que je n'accepterai jamais une candidature au Conseil fédéral... Cette déclaration ... est le seul moyen me permettant de prouver que toutes les insinuations malveillantes au sujet du but que je poursuis sont sans fondement.»[35]

Für den Freisinn allerdings war die Sache fatal. Die Partei befand sich in einer ähnlichen Lage wie die Sozialdemokratie vor Jahresfrist, als man sich um die Wehrkredite stritt. Das freisinnige Parteivolk entzündete sich für und wider Stuckis Vorstoß. Die Gefahr einer «*Spaltung* in einen linken und rechten Flügel» lag in der Luft. Auch mußte mit einer «Abkehr der Welschen» gerechnet werden.[36] Männiglich

atmete auf, als es dem Zentralvorstand gelang, am Parteitag vom 11. Juli 1937 einer Vermittlungsresolution zum Durchbruch zu verhelfen: «Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz ist bereit zur Zusammenarbeit der Parteien, die sich zu unserer demokratischen Staatsauffassung und vorbehaltlos zur Landesverteidigung bekennen, auf dem Boden des Privateigentums und seiner sozialen Verpflichtung stehen, den Klassenkampf ablehnen und die grundsätzliche Selbstverantwortlichkeit der Einzelnen anerkennen. Die Partei ... gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß nun auch große Teile der schweizerischen Arbeiterschaft sich heute zu den Grundprinzipien der Staatspolitik bekennen... Damit ist in Sachfragen der eidgenössischen Politik die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit geschaffen... Angesichts der besonderen politischen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen ist den kantonalen Organisationen ... die notwendige Bewegungsfreiheit einzuräumen.»[37] Trotz ihrer verbindlichen Formulierung stellte die Resolution eine *Absage an die Sozialdemokratie* dar. Daß sie als Voraussetzung der Zusammenarbeit auch das Bekenntnis zum Privateigentum verlangte, konnte nichts anderes bedeuten, als daß die Sozialisten erst bürgerlich werden mußten, bevor man gewillt war, sich mit ihnen an den gleichen Tisch zu setzen.[38] Als die Konservativen jene Bedingung noch verschärften[39] und die Sozialdemokratische Partei erklärte, sie werde «bei jeder ... überparteilichen Zusammenarbeit auf dem Boden ihres Programms» stehen und nach wie vor die «Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen und jeder sozialen Ungerechtigkeit durch Überwindung der Herrschaft des Kapitals und der dadurch bevorrechteten Klasse» anstreben,[40] wurde jedermann klar, daß die wirtschaftspolitischen Auffassungen zwischen rechts und links noch zu weit auseinanderklafften, um die Bildung einer Allparteienregierung zu ermöglichen. *Stuckis Vorstoß war gescheitert.*[41] Der Initiant zog sich aus der Innenpolitik zurück und begab sich als schweizerischer Gesandter nach Paris.

Auch die *Nationale Front* hatte diesen Vorgängen ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Sie erkannte richtig, daß eine Konzentration der nationalen Kräfte den Rechtsextremismus wie auch den linken Antipoden noch mehr isolieren mußte. Sie verfolgte argwöhnisch jeden Schritt auf eine engere Zusammenarbeit hin und begrüßte freudig jeden Mißerfolg in dieser Richtung.[42] Stuckis Vorstoß kommentierte sie mit den Worten: «Mehr denn je zeigt es sich heute, daß der Freisinn im Kampf gegen den Marxismus völlig versagt hat. Dennoch glauben viele aufrichtige Patrioten in guten Treuen, daß sie mit ihrer

Zugehörigkeit zum Freisinn auch die Abwehrfront gegen den marxistischen Volksfeind stärkten und schützten. Diese Patrioten werden nun vor die ganz eindeutige Entscheidung gestellt, entweder weiterhin beim Freisinn zu bleiben und damit direkt und indirekt die Ziele Moskaus zu unterstützen oder aber sich von dieser Partei der Grundsatz- und Charakterlosigkeit abzuwenden und sich dort einzureihen, wo der Kampf gegen eine weitere Unterhöhlung des Volkes konsequent und auf der Grundlage eines geschlossenen und weltanschaulich fundierten Programms des nationalen Sozialismus geführt wird.»[43] Die Melodie war bekannt, doch paßte sie schlecht zu den früheren Gesängen. Hatte man eben noch versucht, die Arbeiterschaft gegen ihre Führer aufzustacheln, indem man deren Mäßigung als Verrat am *internationalen* Gedankengut brandmarkte, so wollte man jetzt die freisinnigen «Patrioten» gegen die «grundsatz- und charakterlosen» Parteibüffel aufhetzen mit dem Argument, man müsse die *nationale* Ehre bewahren. Eine solche «Konsequenz» konnte sich nur eine Partei leisten, die ohnehin nichts mehr zu vergeben hatte.

Hatte der «Stuckismus» auch zu keinem konkreten Ergebnis geführt, so wäre es dennoch verfehlt, seine Bedeutung zu unterschätzen. Stuckis Wunsch nach einer Verständigung hatte im Volke großen Widerhall gefunden. Die Atmosphäre zwischen rechts und links war entgiftet und die politische Feindschaft auf eine in normalen Schranken sich bewegende politische Gegnerschaft reduziert. Das veränderte Klima gab Anlaß zu guten Hoffnungen. Im entscheidenden Moment würden sich die Parteien sicher finden. Das war denn auch im März 1938 der Fall, als Hitler Österreich überfiel und Robert Grimm im Nationalrat eine *Proklamation* der verschiedenen Fraktionen verlas, die auch durch das Radio übertragen wurde: «Alle Gruppen der Bundesversammlung ... erklären feierlich, daß das gesamte Schweizervolk, ohne Unterschied der Sprache, der Konfession oder der Partei, entschlossen ist, die Unverletzlichkeit seines Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen gegenüber jedem Angreifer, wer er auch sei, zu verteidigen. Je stärker der Wille des Schweizervolkes zur Wahrung seiner Rechte auf dem Boden der verantwortungsbewußten Zusammenarbeit im Staat zum Ausdruck kommt, desto wirksamer wird dieser Widerstand sein. Das Schweizervolk ist bereit, die Opfer für seine nationale Verteidigung zu bringen, aber die militärische Rüstung wäre nutzlos, wenn sie sich nicht auf die geistigen und moralischen Kräfte des ganzen Volkes stützen könnte: die Einigkeit unter allen Eidgenossen muß den Sieg über politische und wirtschaftliche Gegensätze

davontragen, und unsere internen Auseinandersetzungen müssen sich in Würde, in der gegenseitigen Achtung vor der Auffassung des andern vollziehen.»[44] Gleichzeitig wurde ein aus allen größeren Parteien zusammengesetzter Ausschuß gebildet, der in fünf Untersuchungskommissionen volkswirtschaftliche, finanzielle, staatspolitische, militärische und geistige Fragen zu studieren und zu klären hatte. Die Frucht solcher Bemühungen war unter anderem die in der Volksabstimmung vom 4. Juni 1939 angenommene Vorlage über Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung.[45] Auch die Übereinkunft vom 2. April 1938 zwischen der Bauern- und der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Bern, die den Sozialisten freiwillig zwei Sitze in der Regierung überließ, ging auf ähnliche Bestrebungen zurück.[46]

Wiederum war es die *Nationale Front,* die sich im Zeichen solcher Verständigung unbehaglich fühlte: «Die Wölfe haben mit den Lämmern einen Burgfrieden abgeschlossen. Marxismus und Bürgertum liegen sich in den Armen, Theologieprofessoren und Freidenker unterschreiben gemeinsame Aufrufe ‹zur Verteidigung der schweizerischen Unabhängigkeit›, Generalstreikagenten von 1918 und Armeekorpskommandanten führen zusammen Kundgebungen durch, Verwaltungsräte schwerreicher Aktiengesellschaften fraternisieren mit roten Soldschreibern... Es ist einzig und allein die bleiche Furcht vor Hitler und dem deutschen Nationalsozialismus, die die Wölfe und die Lämmer zusammengetrieben hat.»[47]

Es gab allerdings auch ernstzunehmende Stimmen, die den Schulterschluß der nationalen Parteien nach dem Untergang Österreichs pessimistisch beurteilten: «Ein alter Parlamentarier hat uns wenige Minuten, nachdem der Beifall des Rates und der Tribünen verrauscht war, mit stiller Resignation erklärt, daß er wenig Hoffnung habe, daß dem gutgemeinten Wort auch die Tat folgen werde. ‹Sie werden sehen›, so hat er uns versichert, ‹in wenigen Tagen wird sich das wachgerüttelte eidgenössische Gewissen wieder schlafen legen und der alte Markt wieder weitergehen, als ob sich auf der Welt nichts geändert hätte›.»[48] Der Skeptiker sollte recht bekommen. Drei Monate nach der feierlichen Solidaritätserklärung der Parteien verwarf der Nationalrat die auf einem Kompromiß beruhende *Bundesfinanzordnung* mit 61 Ja gegen 62 Nein.[49] «Bei einer Probe um einen landeswichtigen Entscheid hatte das Parlament versagt, vollständig versagt.»[50] Die Nationale Front rieb sich die Hände, war es doch ihrem einzigen Vertreter «vergönnt» gewesen, «diesem aufgelegten Schwindel das

Lebenslichtlein auszublasen».[51] Sie schwelgte vor Freude, als sie «die ‹Gesellschaft zur nationalen Einigkeit› um den Scherbenhaufen versammelt» sah.[52] Aber das Parlament ermannte sich. Es schuf eine Übergangsordnung, die, von den Sozialisten und bürgerlichen Parteien unterstützt, von den Kommunisten und Frontisten sowie einigen kleineren Gruppen der deutschen und welschen Schweiz bekämpft, in der Volksabstimmung vom 27. November 1938 mit großer Mehrheit gutgeheißen wurde.[53]

Bei der Parlamentsproklamation zum Anschluß Österreichs hatte der «Bund» Stuckis Gedankengänge wieder aufgenommen: «Es darf nicht bei hochherzigen Aufwallungen und Entschlüssen bleiben... Nicht der Vorsatz, sondern der Fortsatz wird's schaffen müssen. Und das verlangt, daß man in der Schweiz aus gewissen eingefahrenen Geleisen des Parteibetriebes herausrückt... Eine Erweiterung der Regierungsbasis drängt sich auf von dem Zeitpunkt an, da wir wissen, daß auch der sozialdemokratische Regierungsmann sich dem Schweizervolk ... verantwortlich fühlt.»[54] Demgegenüber wehrte sich die «Gazette de Lausanne» mit Vehemenz gegen eine sozialistische Regierungsbeteiligung: «Dans les circonstances présentes, l'entrée des socialistes au Conseil fédéral ouvrirait une crise politique qui ruinerait cette paix intérieure dont la nécessité est pour nous une importance vitale.»[55] Zwischen diesen beiden Auffassungen hatte die Bundesversammlung bei einer *Bundesratsersatzwahl* vom Dezember 1938 zu optieren. Die sozialdemokratische Fraktion erhob Anspruch auf den verwaisten Sitz und begründete dies mit der «Stärke und Größe der Partei» und deren «Einstellung zu Staat und Demokratie».[56] Im Zürcher Stadtpräsidenten Klöti schlug die Fraktion einen ihrer besten Köpfe vor. Aber die radikale Fraktion wollte das Mandat nicht an die Sozialdemokratie abtreten. Ohne Rücksprache mit den freisinnigen Parteiinstanzen, geschweige denn den übrigen Parteien, nominierte der Fraktionsvorstand Ernst Wetter und verhängte über die freisinnigen Parlamentarier den Fraktionszwang.[57] Dieses Vorgehen stieß weitherum auf Opposition. Die Berner, Appenzeller, St. Galler, Bündner und Schaffhauser Freisinnigen, die Basler Radikalen, die Zürcher Demokraten und die Jungliberalen sprachen sich für den sozialistischen Kandidaten aus. Denselben Standpunkt nahmen einige freisinnige Blätter, der «Bund», die «National-Zeitung», die «Thurgauer Zeitung», das «St. Galler Tagblatt», die «Appenzeller Zeitung» und der «Freie Rätier» ein. Auch die konservativen Organe «Vaterland» und «Die Ostschweiz» sowie die bäuerliche «Neue Berner

Zeitung» unterstützten den sozialistischen Regierungsanspruch. Sie bezeichneten die Kandidatur Klöti als eine «Lebensnotwendigkeit». Eine Abweisung derselben käme einer «Verfehlung gegen den nationalen Schulterschluß» gleich.[58] Wiederum war es die Westschweiz, die sich mit allen Mitteln, selbst dem der Erpressung, gegen eine Mitarbeit der Sozialisten sperrte. Aus einer allfälligen Wahl Klötis, argumentierte sie, könne eine Staatskrise erwachsen, «dont on ne mesurera toute la gravité que lorsqu'il sera trop tard... Nous le disons en toute franchise à ceux de nos Confédérés qui appuient cette candidature: ils n'agiraient pas autrement s'ils voulaient manifester leur complet mépris pour les droits de la Suisse romande.»[59] Im Dilemma, entweder die Sozialisten oder die Welschen vor den Kopf zu stoßen, entschied sich das «Schaffhauser Intelligenzblatt» «für die sprachliche Minderheit und gegen die politische Partei». Es ließ sich dabei von der Überlegung leiten, «daß unser Land zwar Parteidifferenzen ..., nicht aber unzufriedene Minderheiten ertragen könne».[60] Demgegenüber vertrat das «Vaterland» die Auffassung, der Widerstand einiger rechtsbürgerlicher Lausanner und Genfer Blätter gegen den Einzug eines Sozialdemokraten in den Bundesrat sei nicht repräsentativ für das Gros der welschen Miteidgenossen. Der Kandidatur Klöti könne daher ohne Bedenken zum Durchbruch verholfen werden.[61] Dennoch entschied sich die Bundesversammlung am 15. Dezember 1938 mit 117 gegen 98 Stimmen für den freisinnigen Kandidaten.[62] Die Enttäuschung bei den Sozialisten war groß: «Für den Mann der Straße schien es ganz unmöglich, daß man der größten politischen Partei des Landes gegenüber in dieser kritischen Zeit den Affront der Zurückweisung ihres ... bescheidenen Anspruchs begehen konnte. Der Freisinn brachte das zustande. Er hat damit eine Gipfelleistung der staatspolitischen Borniertheit erreicht, die unter den obwaltenden Umständen einem eigentlichen Verrat an Treu und Glauben nahe kommt.»[63] Bedeuteten diese Worte das Ende einer mühsam aufgebauten Verständigungspolitik, die Absage an eine weitere interparteiliche Zusammenarbeit? Die Nationale Front glaubte es und verkündete schadenfroh: «Die Verständigungspolitik am Ende des Lateins!»[64] Mit dieser Prophezeiung war sie allerdings auf dem Holzweg. Parteipräsident Oprecht gab deutlich zu verstehen: «Die Politik der schweizerischen Arbeiterschaft wird ... auch in Zukunft in derselben Richtung der Verständigung über Parteien und Klassen hinweg sich bewegen. Die schweizerische Arbeiterschaft weiß sich dabei getragen vom Willen des gesamten Volkes.»[65] Die Gründe, die die Sozialdemokratie zu dieser

Haltung bewogen, waren mit Händen zu greifen: es gab gar keine andere Möglichkeit, wenn man nicht politischen Selbstmord begehen wollte. Robert Grimm hat dies mit den Worten festgehalten: «Die *Politik der Mitte drängt sich* bei der gegebenen politischen Lage *förmlich auf.* Für die Sozialdemokratische Partei wie für die bürgerlichen Regierungsparteien. Scheitert die Zusammenarbeit, dann scheitern nicht nur die politischen Parteien. Dann scheitert die Demokratie, dann scheitert das Land. Dann öffnen sich die Tore für eine nationalsozialistische Durchdringungs- und Aushöhlungspolitik, wie sie sich in Österreich und im Sudetenland aufgetan haben. Und zwar mit allen ihren unerbittlichen Konsequenzen.»[66]

Bei dieser Erkenntnis blieb es die nächsten Jahre hindurch. Die Sozialdemokratie hatte sich wieder in die nationale Gemeinschaft eingegliedert, auch wenn ihr das Bürgertum, aufs Ganze gesehen, diesen Integrationsprozeß in keiner Weise erleichtert hatte. Das *Nationale* und das *Soziale* wohnten wieder *unter einem Dach.*[67] Sozialisten und Bürgerliche waren sich näher gekommen. Der Graben zwischen rechts und links hatte sich verkleinert, ohne Dazutun der Nationalen Front, die diesem Vorgang verständnislos, ja feindselig gegenüberstand.

Die Isolierung der Nationalen Front und die Rückgliederung der Sozialdemokratie in die vaterländische Gemeinschaft war eine Voraussetzung dafür, daß die Schweiz die Prüfung des Zweiten Weltkriegs einigermaßen bestand. Es war ein Glück für unser Land, daß es nicht in der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise[68] des Jahres 1933 vom Krieg überrascht wurde, sondern Zeit hatte, sich gegen das herannahende Unheil zu wappnen: außenpolitisch – durch Rückgewinnung der integralen Neutralität; wirtschaftspolitisch – durch Vorbereitung der Kriegswirtschaft; militärisch – durch Ausrüstung der Armee; geistig-moralisch – durch Eingliederung des Arbeiterstandes in die Volksgemeinschaft. So fand das «Landi»-Jahr 1939, das zugleich das Jahr des Kriegsausbruchs wurde, eine innerlich *geeinte Nation* vor, die mit einigem Selbstvertrauen den Stürmen der Zukunft entgegengehen konnte.

V. Niedergang

Das Jahr 1935 leitete den *Niedergang der Nationalen Front* ein. Von den Kantonsratswahlen im Frühling bis zu den Nationalratswahlen im Herbst büßte die Front im Kanton Zürich 38,4 Prozent ihrer Anhänger ein. Diesen Verlust hatte sie in erster Linie dem Aufkommen der Unabhängigen zuzuschreiben. Aber auch im Kanton Schaffhausen, wo sich die Konkurrenz Duttweilers nicht bemerkbar machte, befand sich der Frontismus auf einem absteigenden Ast. Von der Ständeratsersatzwahl des Jahres 1933 bis zu den Nationalratswahlen von 1935 kehrten 47,9 Prozent der Front-Wähler der Bewegung den Rücken. 1935 erzielte die Nationale Front im ganzen Kanton gerade noch so viele Stimmen, wie sie 1933 in der Stadt Schaffhausen erhalten hatte.[1] «Selten hat eine mit so viel Schwung aufgebrochene Bewegung sich innerhalb so kurzer Zeit vor der Katastrophe der Versandung gesehen. Es kann ... mit ruhiger Sicherheit gesagt werden, daß für sie der Augenblick ... verpaßt ist, jemals eine größere Rolle spielen zu können... Ihre Zeit ist ... vorbei.»[2]

Auf die Dauer konnte die Bewegung ihre *Schwierigkeiten* nicht verheimlichen. Ein Berner Frontenführer sprach von einem «steinigen Weg», weil die Berner einfach «nicht ... auf die frontistischen Parolen hören» wollten.[3] Die Basler Kameraden ernteten den Dank des Landesführers «für ihr Durchhalten in schwerer Zeit auf einem besonders feindlichen Boden».[4] Der Winterthurer Ortsgruppenführer wies auf den «schweren Kampf» hin, den seine Gefolgsleute auf ebenfalls «steinigem Boden zu führen» hätten.[5] Er hatte nur gezwungenermaßen die Leitung der Gruppe übernommen und nur für so lange, «bis ein anderer Qualifizierter sich zeigen würde... Ein solcher aber meldete sich nicht.»[6] Anfangs 1938 wußten die «Nationalen Hefte» zu berichten: «Die nationale Erneuerungsbewegung liegt ... in einer schweren Krise.»[7]

Am schlechtesten erging es den Frontisten im *Welschland*. Ihre Führer klagten an der Mörsburger Gautagung[8] über die «mannigfaltigen Schwierigkeiten», die ihnen «im Kampf um die Erneuerung von Volk und Land» entgegenstünden. «La lutte est dure chez nous», fügte der Genfer Ortsgruppenführer bei.[9] Die Zeitung «Front National» fiel im Sommer 1936 mehrmals aus und erschien schließlich nur noch als vervielfältigtes Blatt. Die Eisenegger-Affäre[10] versetzte ihr den Todesstoß; Ende September stellte sie ihr Erscheinen ein. Dem Untergang des Publikationsorgans folgte bald das Ende der



Frontenkrise

Gestern noch auf stolzen Eseln
Heut schon ziemlich am Verweseln —

politischen Organisation. Am 19. Februar 1937 schloß *Henne* mit Géo *Oltramare* ein *Abkommen,* das die Nationale Front auf das Gebiet der deutschen, die Union Nationale auf das der französischen Schweiz verwies. Demzufolge stellte die Nationale Front ihre Tätigkeit in der Westschweiz ein. Ihre wenigen Anhänger lieferte sie an den Chef der Union Nationale aus, desgleichen die Banner mit dem langschenkligen Schweizerkreuz.[11] In Genf und in Zürich veranstalteten Henne und Oltramare gemeinsame Kundgebungen[12] und ergingen sich in melancholischen Betrachtungen darüber, wie sehr der Wind seit dem Frontenfrühling 1933, als der Genfer Nationalistenführer ebenfalls an Veranstaltungen der Nationalen Front aufgetreten war,[13] gekehrt hatte. Das Volksrecht traf den Nagel auf den Kopf, als es das Henne-Oltramare-Arrangement mit den Worten kommentierte: «Was gibt's, wenn zwei Schwindsüchtige eine Ehe miteinander eingehen? ... Für den Nachwuchs galoppierende Schwindsucht.»[14]

Zwei *Gründe* waren im wesentlichen verantwortlich für den *Krebsgang* der Nationalen Front: Einmal der Radikalismus, der bei vernünftig Denkenden nicht verfing: «Jahr für Jahr laufen» den Frontisten «Anhänger ... davon, weil sie einsehen, daß sich hinter den schönen Worten lediglich eine Politik der Gehässigkeit, der Unverträglichkeit und der Überheblichkeit verbirgt.»[15] Sodann die germanophile Haltung: In Geist und Gehaben lehnte sich die Nationale Front an den deutschen Nationalsozialismus an und mißachtete damit – wie sie selbst einmal in einem lichten Moment feststellte – «bedeutsame politische Grundinstinkte des Schweizervolkes».[16] Symptomatisch für die Enttäuschung, die zahlreiche Erneuerer ergriffen hatte, war der Beweggrund, der einen Frontenanhänger zum Abbestellen des Frontenblattes veranlaßte: «Während längerer Zeit», schrieb der ernüchterte Frontenfreund, «habe ich Ihre Bewegung mit Sympathie verfolgt, bis ich mich vor kurzem des bestimmten Eindrucks nicht zu erwehren vermochte, daß die Leitung Ihrer Bewegung in solchem Maße unter ausländischen Einfluß geraten ist, wie ich es mit unserer schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit nicht mehr vereinbar halte... Ich bedaure aufrichtig, daß ich in Ihrer Bewegung die erhoffte unabhängige Erneuerungskraft, die uns Eidgenossen von heute so not tut, nicht finden konnte.»[17] Wie dieser enttäuschte Exfrontist, so haben noch viele gutgläubige Frontkameraden der Bewegung rechtzeitig den Rücken gekehrt.[18]

Einzig der *Gau Schaffhausen* hatte am allgemeinen Zersetzungsprozeß der Nationalen Front keinen Anteil. Nachdem die Bewegung

bis Ende 1935 rückläufige Tendenz angenommen hatte, gelang es ihr im folgenden Jahre, die Stimmkraft wieder zu erhöhen. Offenbar verfügte sie über einen festen Kern von fanatischen Anhängern, der sich durch nichts von seiner politischen Überzeugung abbringen ließ. Das bewiesen die *Wahlen im Herbst 1936*. Bei der Erneuerung des Kantonsrates, die – wie alle anderen Urnengänge – nach dem Majorzsystem erfolgte, erhielten die Kandidaten der Nationalen Front im Durchschnitt folgende Stimmenzahlen: Schaffhausen: 911 (16,0%), Neuhausen: 241 (14,6%), Stein/Hemishofen: 166 (28,6%), total: 1318. Das bedeutete einen Zuwachs von 473 Stimmen oder von 56,0 Prozent gegenüber den 845 Stimmen bei den Nationalratswahlen von 1935. Die Nationale Front hatte also seit dem Vorjahr beträchtliches Terrain zurückgewonnen, wenn sie auch nicht mehr an die Rekordzahlen von 1933 herankam. Wegen des Majorzsystems gelang es ihr jedoch nicht, diesen Erfolg in Mandate umzusetzen. Nach dem Proporzverfahren hätte sie, den gleichen Stimmenanteil vorausgesetzt, 5 Mandate in der Stadt und je eines in Neuhausen und in Stein/Hemishofen erhalten.[19] Die Wahlen in die Gemeindeparlamente von Schaffhausen und Neuhausen ergaben ein leicht verändertes Bild. In Schaffhausen erzielte die Front durchschnittlich 784 Kandidatenstimmen (14,4%), in Neuhausen 267 (15,3%). Wiederum ging die Partei bei der Mandatsverteilung leer aus. Nach dem Proporzverfahren wären ihr im Schaffhauser Großen Stadtrat 7 von 50, im Neuhauser Einwohnerrat 2 von 17 Mandaten zugefallen.[20] In Stein am Rhein gelang es ihr, je einen Vertreter in den Stadtrat (Exekutive) und in die Schulbehörde zu entsenden.[21] Um den Tücken des Majorzes zu entgehen, hatte sich die Nationale Front frühzeitig um eine Allianz mit den bürgerlichen Parteien bemüht, war aber mit ihrem Ansinnen nicht auf Gegenliebe gestoßen.[22] So lagen sich Frontismus und Bürgertum in den Haaren, während die ehemals getrennt marschierende Linke seit der Fusion der Kommunistischen Parteiopposition mit den Sozialisten[23] sich in einer Einheitsfront zusammengefunden hatte. Die Folge war ein überwältigender Sieg der Partei Bringolfs in Schaffhausen und Neuhausen. Um einen weiteren Wahlsieg der Sozialisten bei der Erneuerung des Schaffhauser Stadtschulrates zu verhindern, fanden sich Vertreter der freisinnigen, katholischen, evangelischen und der Bauernpartei doch noch zu einem Wahlbündnis mit der Nationalen Front zusammen. Allerdings ohne letzterer einen Sitz in der städtischen Schulexekutive einzuräumen. Man wollte lediglich die frontistische Stimmkraft den bürgerlichen Kandidaten zuführen. Die Na-

tionale Front war naiv genug, in diesen das Bürgertum einseitig begünstigenden Handel einzuwilligen. Sie zog sich damit den Zorn der Sozialisten zu: «Die Frontisten, ‹Todfeinde des Systems›, unterstützen stramm die vier Vertreter des Systems. Wie kleine Ferkel strecken sie ihre Pfoten und Schnauzen in die Futtertröge des väterlichen Bürgerblocks und fühlen sich sauwohl dabei.»[24] Die unheilige Allianz war von Erfolg gekrönt, die Kandidaten des Bürgerblocks wurden mit guten Stimmenzahlen gewählt.[25]

Mit bedeutend geringeren Wählerzahlen mußte sich die Nationale Front bei den *Aargauer Kantonsratswahlen* vom 14. März 1937 begnügen. Die Partei trat in drei von elf Bezirken zum Kampf an und erzielte dabei folgende Resultate: Bezirk Baden: 493 Listen (4,6%), 1 Mandat; Bezirk Brugg: 194 Listen (3,5%), kein Mandat; Bezirk Aarau: 138 Listen (1,6%), kein Mandat.[26]

Eine katastrophale Niederlage erlitt die Nationale Front bei den *stadtzürcherischen Kommunalwahlen* vom 20. März 1938. Hatte sie bei den Gemeinderatswahlen von 1933 auf dem ganzen Stadtgebiet 6085 Stimmen (7,7%) erhalten, bei den Kantonsratswahlen 1935 6194 (8,9 Prozent) und bei den Nationalratswahlen 1935 3815 (5,1%), so sank ihre Wählerzahl im Jahre 1938 auf 1913 oder 2,4 Prozent. In keinem Stadtteil erreichte sie einen Stimmenanteil von 5 Prozent. Die zehn Mandate, die die Front 1933 mit einem Schlag erobert hatte, gingen ihr 1938 ebenso schlagartig wieder verloren.[27] «Das Verschwinden der Front», schrieb die «Zürichsee-Zeitung» in einem Wahlkommentar, «hat nationale Bedeutung; es ist der Abschluß einer Epoche und eines Erneuerungsversuchs mit untauglichen Mitteln.»[28]

Noch vernichtender war die moralische Niederlage, die sich die Nationale Front bei der *Freimaurer-Abstimmung* vom 28. November 1937 holte. Anfänglich hoffte die Front, mit ihrer Initiative auf Verbot der Freimaurerei die Abneigung des Schweizervolkes gegen das lichtscheue Gebaren der «Ringlibrüder» sich zunutze machen zu können. Das sollte ihr aber schlecht bekommen. Als in der Abstimmungskampagne bekannt wurde, daß «das Initiativfeuerchen von drüben aus mit Rat und Tat geschürt» worden war,[29] daß organisatorische und womöglich auch finanzielle Zusammenhänge zwischen den frontistisch-faschistischen Initianten in der Schweiz und ihren antifreimaurerischen «Gesinnungsfreunden» im Dritten Reich bestanden,[30] verwandelte sich der frontistische Ankläger wider «Geheimnistuerei und Protektionswirtschaft» plötzlich in einen Angeklagten: «Henne, Fonjallaz und Konsorten bilden ein Komitee unter ausländischem Vor-

sitz,[31] um mit Hilfe eines unserer wertvollsten Volksrechte, der Initiative, eine Volksbewegung gegen die verfassungsmäßige Vereinsfreiheit auszulösen. Pfui Teufel!... Das schlägt ... dem Faß den Boden aus. Können wir einer solchen ... Einmischung des Auslandes in unsere inneren Verhältnisse weiterhin in aller Ruhe zusehen?... Erweist sich der ganze Frontismus in der Schweiz, der derart frivol mit der Unabhängigkeit unseres Landes spielt, nicht im Sinne unserer Bundesverfassung als staatsgefährlich und rechtswidrig?... Ist nicht derjenige staatsgefährlich, der vom Ausland her politische Direktiven für Aktionen und Volksbewegungen entgegennimmt?... Ist das nicht Landesverrat?»[32] So wurde die Freimaurer-Abstimmung zu einem *Bumerang* für den Frontismus. Das Ergebnis des Urnengangs ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Den 234980 Ja standen 515327 Nein gegenüber.[33] «Keine Kantone haben die Initiative so grimmig wuchtig abgelehnt wie gerade diejenigen, in denen es überhaupt Frontenorganisationen gibt..., wo die Oberkellner und Köche dieser geistigen Suppenanstalt mehr oder weniger jedem Bürger bekannte Personen sind.»[34] «Le vaincu de la journée, c'est le frontisme... Les Suisses entendent rester maîtres chez eux, ils désavouent la propagande ... des serviles imitateurs de l'hitlérisme et du fascisme, en un mot, ils veulent résoudre à la manière suisse les problèmes suisses.»[35]

Die Freimaurer-Abstimmung führte die Nationale Front in eine neue Krise hinein. Schon seit einiger Zeit «lähmten Zweifel ... die besten Kräfte der Bewegung, ... Zweifel darüber, ob nicht die Formulierung des weltanschaulichen Bekenntnisses, so wie es zwei Jahre zuvor formuliert worden war, ein verhängnisvoller politischer Irrtum gewesen sei».[36] Führende Kameraden hielten das offene *Bekenntnis zur nationalsozialistischen Ideologie*[37] als schweren *taktischen Fehler*, der «das Schweizervolk ... davor zurückschreckte, in hellen Haufen ins Lager der ... nationalen Opposition ... überzulaufen».[38] Das Bekanntwerden der Eisenegger-Affäre und der freundschaftlichen Beziehungen zum Erfurter Fleischhauerkreis war ebenfalls nicht dazu angetan, den Argwohn des Schweizers zu besänftigen. Die neue Bloßstellung der Nationalen Front im Abstimmungskampf um die Freimaurerinitiative brachte dann das Faß zum Überlaufen. Henne wurde von seinen Genossen vor die Alternative gestellt, entweder dem nationalsozialistischen Credo abzuschwören oder als Landesführer abzudanken. Er entschied sich für das letztere. An der Tagsatzung vom 23. Januar 1938 trat er, der noch drei Wochen zuvor das Versprechen

abgegeben hatte, mit unveränderter Disziplin, unverminderter Zähigkeit und unverrückbarem Glauben der frontistischen Sache ergeben zu sein,[39] als Landesführer zurück, weil er – wie er erklärte – für die Fortsetzung des von ihm als richtig und notwendig erachteten Kampfes nicht mehr die notwendige Unterstützung derjenigen finde, ohne deren aktive Mitarbeit er die Verantwortung nicht tragen könne.[40] Ihm folgten zwei Monate später die Kameraden Zander, Schaeppi, Oehler und 150 weitere Mitläufer, die sich, allerdings ohne Henne, zum Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung (BTE) zusammenschlossen.[41] Zu dieser Neugründung veröffentlichte die Landesleitung der Nationalen Front eine Erklärung, in der sie erstmals ihre taktische Schwenkung öffentlich bekanntgab: «Die Kreise um den Bund treuer Eidgenossen vertreten im Gegensatz zur Nationalen Front die Auffassung, daß eine Erneuerung der Schweiz im Sinne des deutschen Nationalsozialismus angestrebt werden solle. Die Nationale Front lehnt diese Bestrebungen unzweideutig ab.»[42] «Sie vertritt den Standpunkt, daß jeder falsche Schein vermeintlicher Abhängigkeit vom Ausland vermieden werden muß.»[43] Den neuen Kurs bekräftigte der Zürcher Gauführer Ernst Brandenberger: «Den Nationalsozialismus als die Weltanschauung der Deutschschweizer zu proklamieren, ist für uns mit der Treue zur Eidgenossenschaft unvereinbar... In der Nationalen Front gibt es keine Nationalsozialisten germanischen Blutes, sondern nur ... Eidgenössische Sozialisten.»[44] Dem neuen Landesführer, Robert Tobler, schwebte das Ziel vor, die Nationale Front wieder zu ihren neufrontistischen Anfängen zurückzuführen. Sie sollte sich nicht mehr aus national suspekten, wohl aber aus geistig regen Elementen zusammensetzen. Tobler wollte im Jahre 1938 seiner Bewegung jene Wende zur Sachlichkeit, aufbauenden Arbeit und vaterländischen Gesinnung geben, die sie im Herbst 1933, nach dem Ausscheiden der Leonhardt-Gruppe, hätte vollziehen sollen.[45] Das wurde deutlich, wenn er in einem Kommentar zu den verlorenen Zürcher Gemeinderatswahlen erklärte: «Die Nationale Front hat heute nichts anderes zu tun, als sich auf ihre Anfänge zu besinnen. Am Anfang stand der Wille, eine absolute Qualitätsbewegung auf rein schweizerischer Grundlage zu schaffen. Dieser Ausgangspunkt wurde zu gewissen Zeiten durch andere Bestrebungen überschattet. Als der Schreibende vor zwei Monaten die Landesführung übernahm, war ihm klar, daß die Nationale Front nichts anderes zu tun habe, als die ursprüngliche Haltung wieder in den Mittelpunkt ihres Tuns zu stellen. Die Wahlniederlage hat mich in dieser Überzeugung nur bekräf-

tigt.»[46] Dazu bemerkte die «Gazette de Lausanne»: «Il a fallu cinq années pour que les régénérateurs politiques en Suisse arrivent à cette constatation élémentaire! La sagesse est lente à pénétrer dans les cerveaux de certains réformateurs.»[47] Im Zuge der «Entnationalsozialisierung» wurde auch Jakob Schaffner aus der Mitgliedschaft der Nationalen Front entlassen. Er konnte sich «wieder ganz seiner dichterischen und kulturellen Tätigkeit widmen» und wollte fortan, von schlechten Erfahrungen gewitzigt, «überhaupt keiner politischen Organisation mehr angehören».[48] «Wieder einer», schrieb das «Schaffhauser Intelligenzblatt», «und man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn es sich eben nicht um Jakob Schaffner handelte, der seinerzeit mit großem Tamtam in die Nationale Front aufgenommen wurde und eine Zeitlang als Paradestück dazu dienen sollte, dem vielfach kompromittierten Frontismus wieder neuen Glanz zu verleihen. Es war die Zeit, da sich die Frontenführer endlich dazu bequemten, ihre vorher verleugnete nationalsozialistische Gesinnung offen zuzugeben. Inzwischen sind die Frontisten mehrheitlich zur Einsicht gekommen, daß sie als deklassierte Nationalsozialisten ewig zu unbedeutenden Außenseitern der schweizerischen Politik verdammt sein würden; sie schworen ihren alten Glauben ab.»[49]

War diese *Abkehr vom Nationalsozialismus* ehrlich gemeint? Entsprach sie einer grundsätzlichen inneren Wandlung, oder war sie nur ein taktisch motivierter Schachzug? Manches deutete darauf hin, daß letzteres zutraf. Tobler zum Beispiel begründete den Bruch mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit mit der Tatsache, daß «der Nationalsozialismus längst nicht mehr nur eine Weltanschauung, sondern die gewalttätigste organisierte Staatsmacht in Europa» sei.[50] Von der «Staatsmacht» wollte man sich distanzieren, mit der «Weltanschauung» fühlte man sich nach wie vor verbunden. So versicherte der Schaffhauser Gauführer Carl Meyer seinen Kameraden auf dem Berner Gaubüro, «daß die Nationale Front ... sich begeistert einreihe in die große Front aller nationalen und antimarxistischen Erneuerungsbewegungen der ganzen Welt, wie sie das immer getan habe».[51] Dasselbe bezeugte Robert Tobler am Gautag vom 3. Juli 1938 in St. Gallen: «Wir verkennen ... die gemeinsame geistige Grundlage..., die gemeinsame Weltanschauung, nicht, welche alle nationalen Erneuerungsbewegungen verbindet, seien es nun italienische Faschisten, deutsche Nationalsozialisten ... oder andere» Gruppen.[52] «Der Frontismus stellt sich für die Schweiz die Aufgabe, welche der Faschismus für Italien, der Nationalsozialismus für Deutschland zum Ziele

haben ...; er steht mit allen Erneuerungsbewegungen in einer Linie.»[53] Aber auch der nationalsozialistischen «Staatsmacht» brachte man, wie eh und je, große Sympathien entgegen. Die Außenpolitik des deutschen Reichskanzlers fand weiterhin den ungeteilten Beifall der Nationalen Front.[54] Hitlers Gewaltherrschaft wurde ebenfalls gebilligt: «Der Nationalsozialismus hat sich nun einmal die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk zu einigen und zu einer neuen Lebensgestaltung zu führen. Daß er dabei die rein persönliche Freiheit hintanstellen muß, das ist jedem verständlich, der weiß, was es heißt, eine große Zahl von Einzelwesen zu einer einheitlichen Zielstrebung zu bringen.»[55] Der Zweck – die Ausrichtung der Nation auf eine «einheitliche Zielstrebung» oder anders gesagt: die geistige und politische Gleichschaltung eines Volkes – heiligte nach frontistischer Auffassung noch immer die Mittel, die den Verlust der persönlichen Freiheitsrechte in sich schlossen. Was in den Augen der Nationalen Front für Deutschland richtig war, konnte für die Schweiz unmöglich falsch sein. Von einem prinzipiellen Abrücken der Nationalen Front von den Praktiken der NSDAP konnte demgemäß auch nach dem Ausscheiden Hennes und der «treuen» Eidgenossen keine Rede sein. Schließlich teilte Robert Tobler die Beweggründe mit, die die Nationale Front zum Verzicht auf ihre frühere nationalsozialistische Terminologie veranlaßt hatten. Diese seien, erklärte er, darin zu suchen, daß «das Bekenntnis zur Weltanschauung des Nationalsozialismus» von den politischen Gegnern «falsch ausgelegt werden und zu Mißverständnissen führen» könne.[56] Demnach waren nicht ideologische Differenzen mit der nationalsozialistischen Doktrin, nicht die bewußte Abkehr von den Methoden des nationalsozialistischen Terrors, sondern die in *taktischen Überlegungen* begründete Sorge um das Ansehen der Nationalen Front die Ursache zur Umetikettierung des frontistischen Gedankenguts. Diese Annahme fand ihre Bestätigung in Aussagen von Männern, die mit den internen Verhältnissen der Nationalen Front bestens vertraut waren. Wolf Wirz stellte fest, die Nationale Front betreibe seit ihrer Kursänderung eine «vorsichtig-angstvolle Übertünchung weltanschaulicher Grundsätzlichkeit», was einzig der frontistischen Enttäuschung über den Ausgang der Freimaurer-Abstimmung sowie einer taktisch bedingten Rücksichtnahme der Frontenführer auf den antinazistischen Schlotter des Durchschnittsschweizers zuzuschreiben sei.[57] «Es geht ... nicht an», erklärte Alfred Zander an die Adresse der Nationalen Front, «daß man im engen Kreise erklärt, man sei ‹im Grunde genommen› natürlich nationalsozialistisch, aber man dürfe

dies heute noch nicht in der Öffentlichkeit sagen.»[58] Solche kritische Feststellungen konnten indessen die Nationale Front nicht daran hindern, mit den Kameraden Zander und Oehler, die unbeschadet aller taktischen Überlegungen dem nationalsozialistischen Bekenntnis weiterhin verpflichtet waren, enge Beziehungen zu unterhalten. Nach außen hin wahrte sie zwar einige Distanz und behauptete sie frech: «Wir haben nie einen Verbindungsmann zum Bund treuer Eidgenossen gehabt, haben das auch nicht nötig, die Nationale Front hat sich von der Gruppe des BTE ... getrennt.»[59] Im engen vertrauten Kreise dagegen – zum Beispiel an einem Schulungskurs der Eidgenössischen Sammlung, der Nachfolgerin der Nationalen Front[60] – wurde ganz offen zugegeben: «Die Einigung in der Nationalen Front ist immer noch da, indem der Kontakt mit den Kameraden Zander und Oehler noch besteht. Diese treten der Eidgenössischen Sammlung nicht bei, um dem System keine Veranlassung (zum Eingreifen) zu geben.»[61] So war es denn nicht verwunderlich, daß sich die «Front» mitbetroffen fühlte, als der Bundesrat deren Halbbruder, den «Schweizerdegen» vom BTE, verbot, und daß das Blatt den Gemaßregelten mit der Behauptung in Schutz nahm, Bern wolle «in Ermangelung strafrechtlicher Tatbestände ... eine bestimmte Gesinnung oder Weltanschauung verurteilen und unterdrücken».[62]

Wenn man sich weiter vor Augen hält, daß der Landesführerwechsel der Nationalen Front Gegenstand von Besprechungen mit dem Leiter des SS-Sicherheitsdienstes in Stuttgart war[63] und daß die Nationale Front in späteren Jahren, als sie glaubte, die deutschen Erfolge auf den europäischen Schlachtfeldern hätten ihr eine neue Hochkonjunktur beschert, zum alten angestammten nationalsozialistischen Bekenntnis zurückkehrte,[64] wenn man all das bedenkt, so kommt man zum Schluß, daß die scheinbare Abkehr von den nationalsozialistischen Prinzipien wohl als Tarnkappe für den innerschweizerischen Hausgebrauch vorübergehend Verwendung finden sollte, nicht aber Geltung haben konnte beim Verkehr mit in- und ausländischen Vollblutnazis, bei dem man aus seinem Herzen keine Mördergrube machte. Der *Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit* konnte *kaum ehrlich* gemeint sein. Er vermochte auch in den frontistischen Reihen wenig Begeisterung auszulösen. Die Verhetzung der eigenen Gefolgsleute war zu weit gediehen, als daß man im Handkehrum «deutschdenkende Männer» wieder in stramme Eidgenossen zurückverwandelt hätte. Die Besuche der Siblinger und Schaffhauser Frontisten in Stuttgart und Überlingen am Bodensee,[65] die zu einem Zeitpunkt erfolg-

ten, als die Nationale Front offiziell vom Nationalsozialismus abgerückt war, redeten eine deutliche Sprache.[66]

Der ideologische «Frontwechsel» der Nationalen Front erschien denn auch der Öffentlichkeit wenig vertrauenerweckend. Er vermochte nicht das angeschlagene «Image» der Front zu erneuern und den «Glauben an die nationale Zuverlässigkeit und Integrität»[67] der Bewegung zu fördern. Das zeigte sich deutlich bei den *Zürcher Kantonsratswahlen* vom 19. März 1939. Schon bei der Kandidatensuche stieß die Nationale Front auf größte Schwierigkeiten. Für die 82 Mandate, die in den sechs Wahlkreisen der Stadt Zürich zu vergeben waren, vermochte die Bewegung ganze 18 Mann auf die Beine zu stellen. Zwei Frontisten kandidierten in allen sechs Wahlkreisen, einer in fünf, fünf in drei, drei in zwei, und nur sieben Anwärter beschränkten ihre Kandidatur auf einen einzigen Wahlkreis. Die Prominenteren mußten ihre Namen auch noch für die ländlichen Bezirke hergeben. Landesführer Tobler figurierte auf 13, ein «Front»-Redaktor auf 10 und der Zürcher Gauführer Brandenberger auf 7 frontistischen Listen. Von den acht kumuliert aufgeführten frontistischen Kandidaten des Wahlkreises Winterthur-Stadt stammten deren zwei aus Feuerthalen und je einer aus Rüschlikon, Zürich, Wallisellen, Nürensdorf, Bülach und Veltheim. Aus Winterthur selbst war offenbar niemand aufzutreiben. Auch in den Bezirken Hinwil und Pfäffikon sowie im Wahlkreis Limmattal ließ sich kein Einheimischer zu einer frontistischen Kandidatur herbei.[68] So war es nicht verwunderlich, daß die Front im ganzen Kanton geschlagen wurde. Zwar vermochte sie in der Stadt Zürich ihren Tiefpunkt von 1938 zu überwinden. Doch reichte ihr Zuwachs von 1913 Listen (2,4%) bei den Gemeinderatswahlen von 1938 auf 2561 Listen (3,7%) bei den Kantonsratswahlen von 1939 nicht aus, um eines der sechs bisherigen frontistischen Kantonsratsmandate erfolgreich zu verteidigen. Im Vergleich zu den Kantonsratswahlen 1935 hatte die Bewegung in der Stadt Zürich 3633 Stimmen eingebüßt, im Vergleich zu den Nationalratswahlen 1935 1254 Stimmen.[69] Auch in den Landbezirken waren die frontistischen Wählerkontingente auf kleine Restbestände zusammengeschrumpft. Immerhin schöpfte der Landesführer aus dem Wahlausgang einige Hoffnung für den bevorstehenden eidgenössischen Urnengang: «Die Nationalratswahlen ... bilden die nächste Etappe. Bis dahin wollen wir wenigstens so weit sein, daß wir die im Herbst 1935 gewonnene Position erfolgreich verteidigen können.»[70] Der Mitgliederschwund im Sommer 1939 zerstörte aber auch diesen Lichtblick. Das Fronten-

organ führte darüber bewegte Klage: «Sechs Jahre dauert nun unser Kampf um die nationale Erneuerung der Schweiz. Er ist härter denn je. Wirtschaftlicher Druck, Existenzverlust, moralische Ächtung haben manchen Kämpfer zu Fall gebracht und viele resignieren lassen. Der ‹Nazi-Schlotter› liegt lähmend über dem Land, und es ist ein Wagnis, heute die Fahne der nationalen Erneuerung zu halten.»[71] Die Landesleitung schätzte die Situation realistisch ein, als sie Anfang Oktober den *Verzicht auf Beteiligung an den Nationalratswahlen* bekanntgab: «Die Bestrebungen zur nationalen Erneuerung unseres Volkes sind festgefahren und die besten Vertreter der Ideen erschöpfen sich im unfruchtbaren Kleinkrieg... Angesichts dieser Lage hat es für uns wenig Sinn, eine einzelne Position (erfolglos) zu verteidigen.» Die enttäuschten Kameraden vertröstete Tobler auf spätere Zeiten: «Wir wissen, daß alles, was jetzt kommt, für uns nicht ein Ende, sondern ein Anfang ist. Wir sind noch jung, jünger als alle andern und können warten. Denn die Zeit arbeitet für uns, rascher denn je.»[72] Es wäre falsch, wollte man diese Sätze einfach als Phrasen abtun. Die Siege, die Hitler in jenen Tagen an seine Fahnen heftete, gaben den Frontisten innern Auftrieb. Vielleicht würde eines Tages doch noch die Morgenröte der Nationalen Front anbrechen. Vorerst allerdings verschmähte man «die Trauben nicht darum..., weil sie etwa zu sauer wären, sondern weil sie eben zu hoch» hingen.[73]

Die Dezimierung der Nationalen Front äußerte sich auch im *Rückgang der Abonnentenzahl* des frontistischen Parteiorgans. Die Auflageziffer der «Front» erfuhr zwischen 1934 und 1937 eine Reduktion von 9000 auf 4900.[74] Die selbständige Druckerei in Zürich wurde am 10. April 1937 aufgehoben; die «Front» erschien von nun an als Kopfblatt des «Grenzboten» aus der Druckerei in Schaffhausen.[75] Auf den 1. Januar 1940 wurden die beiden Blätter in Wochenzeitungen umgewandelt, nachdem sie schon seit dem September 1939 nur noch viermal wöchentlich erschienen waren. Die Nationale Front begründete diese Maßnahme mit dem Kriegsausbruch, der «eine starke Schrumpfung der Inseratengeschäfte und den Abgang von Abonnenten» zur Folge gehabt und die «finanzielle Anspannung» noch weiter verschärft habe. Sie half sich mit dem Argument hinweg, daß eine Wochenzeitung «bei geringerem Aufwand eine intensivere Werbewirkung» erziele, «da in ihr die politische Haltung in konzentrierter Form zum Ausdruck» gelange.[76] Das entlockte der Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung» den hämischen Kommentar: «Im siebenten Jahre ihres Bestehens entdeckt die ‹Front›, daß es ein Unsinn war, eine

Tageszeitung herauszugeben. Sieben Jahre haben die Erneuerer gebraucht, um diese Entdeckung zu machen.»[77] In Wirklichkeit war, wie das «Intelligenzblatt» feststellte, die Umstellung «auf den *Niedergang* der Bewegung zurückzuführen».[78]

Als Anfang März 1940 der Landesführer und der Landessekretär vorübergehend in Haft genommen wurden, nahm die Rumpforganisation die Gelegenheit wahr, durch Selbstauflösung die politische Bühne zu räumen: «Im Interesse der von der Nationalen Front vertretenen Ideen hat ... die Landesleitung beschlossen, die ... *Nationale Front aufzulösen.* Demzufolge sind alle Mitglieder der Nationalen Front aus der Mitgliedschaft entlassen... Als unabhängige Wochenzeitung erscheint inskünftig nur noch der ‹Grenzbote›.»[79] Die «Neue Zürcher Zeitung» widmete der Verstorbenen einen Nachruf: «Der Hingang der Nationalen Front erinnert in seiner Form an die täglichen Kriegstragödien auf hoher See. Man hat es erlebt, daß Schiffe, wenn ein übermächtiger Gegner sich ihnen genähert hat und die Lage hoffnungslos geworden ist, sich selber versenkten. Der Vergleich ist insofern nicht zutreffend, als jene Opfer auf den Meeren bei an sich vollständig intakter Seetüchtigkeit das Rennen aufgeben, während die schweizerische Fregatte, die das langschenklige Kreuz gehißt hatte, mit schwerer Schlagseite, ausgeschossenen Rohren und ungenügender Bemannung sich dem Unvermeidlichen schickt.» Aber möglicherweise hatte sich die Nationale Front nur zum Schein aufgelöst, um im verborgenen um so ungestörter ihre Geschäfte weiter betreiben zu können. Die «Neue Zürcher Zeitung» faßte auch diese Eventualität ins Auge: «Wir haben von Selbstversenkung gesprochen... Möglich ist freilich noch ein zweites, die bloße Streichung aus dem Schiffsregister. Vielleicht rechnet die Besatzung mit einer späteren ‹Besserung der Wetterlage›. Totgesagt, so denken sich die Leute, können wir unsern Kahn in aller Stille wieder flott machen zur großen Ausfahrt. Diese Möglichkeit erheischt die volle Aufmerksamkeit der Behörden.»[80]

Für den Moment allerdings war die Auflösung der Nationalen Front eine *Kapitulation vor dem Freiheitswillen des Schweizers,* der es verstanden hatte, ohne Polizeimaßnahmen, «lediglich durch das Mittel der Aufklärung und demokratischen Schulung»,[81] den Frontisten das Handwerk zu legen. In einer Zeit äußerer Spannung und innerer Bedrohung hatte das Schweizervolk die Fackel der Freiheit hochgehalten. Würde ihm dasselbe auch in den kommenden Jahren des Krieges gelingen?


Nebelspalter
Verfinstert sich die Welt
Uns bleibt ein gutes Licht,
Solang die Treue hält
Erstirbt es nicht!

FÜNFTER ABSCHNITT

Die Nationale Front während des Zweiten Weltkrieges

I. Ein neuer Frontenfrühling?

«Das Schweizervolk hat seit mehr als hundert Jahren keinen *seelischen Schock* mehr erlebt, wie ihn der Zusammenbruch Frankreichs ... auslöste.»[1] Diese Feststellung des Chefredaktors der «Neuen Zürcher Zeitung» spiegelte genau den Geisteszustand des Schweizers in den dunkelsten Tagen des «Unheiljahres 1940» wider. Mit wachsender Besorgnis hatte unser Volk die in rasantem Tempo sich vollziehende Umwälzung auf dem europäischen Kontinent verfolgt: die Okkupation Dänemarks, Norwegens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs – alles Kleinstaaten, mit denen sich die Schweiz kulturell, staatspolitisch und geschichtlich verbunden fühlte. Als erst der große Nachbar im Westen unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht zusammenbrach und sich im Wald vom Compiègne dem nationalsozialistischen Gegner unterwarf, fühlte sich unser Land aufs stärkste mitbetroffen. Das europäische Gleichgewicht war zerstört, eine wesentliche Grundlage unserer kleinstaatlichen Existenz vernichtet. Unser Land bildete fortan eine Insel im braunen Meer. Wie lange würde sie den stürmischen Wogen trotzen können? Würde es ihr überhaupt gelingen, die staatliche Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes zu behaupten? Angst und Beklemmung vermischten sich mit einer tiefen Niedergeschlagenheit – eine Seelenlage, der der Chefredaktor der «Gazette de Lausanne» mit den Worten Ausdruck verlieh: «La douleur ... nous serre le cœur en face de tant de misère.»[2]

Nur eine kleine Gruppe empfand kein Unbehagen über die Wendung, die der Krieg genommen hatte. Das waren die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Front. *Freude,* nicht Trauer erfüllte ihre Brust; Äußerungen des *Triumphes,* nicht der Melancholie entstiegen ihrem Herzen: «Unser Volk soll heute nicht in Sack und Asche einhergehen, sondern freudig und hoffnungsfroh.»[3] Ein «neues Europa» sei im Entstehen begriffen, was man «bejahend und zustimmend» zur Kenntnis nehmen solle.[4] Freilich gebe es Leute, die alle Ursache hätten, mit trauriger Miene einherzugehen. Es seien dies jene, die «die Sache der Westmächte zu der ihren gemacht» hätten.[5] Sie mögen nun

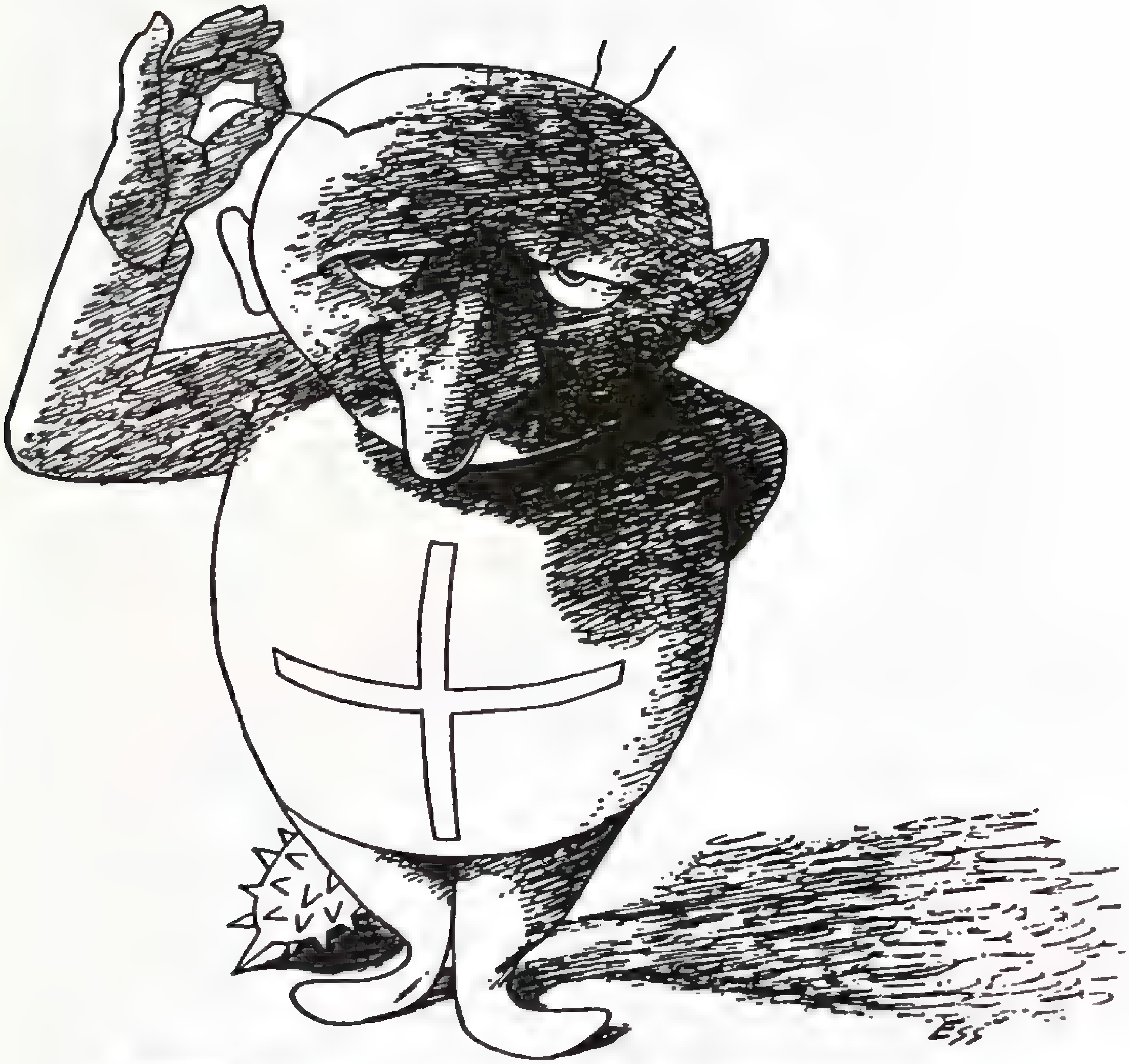
als «trauernde Brüder ... der verblichenen Dritten Republik ... die letzten Grüße» nachsenden.[6] Es seien dies im weitern jene, die die Stützen des «internationalen Marxismus» oder die Fundamente der «liberal-parlamentarischen Demokratie» gebildet hätten.[7] Sie mögen nun, da sich vor ihren Augen «die Austreibung der liberalen Welt» vollziehe und «die großen Demokratien buchstäblich ins Wasser des Ozeans geworfen» würden,[8] mit dem sterbenden Attinghausen in den Ruf ausbrechen: «Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit.»[9] Der Frontismus dagegen, der «seit Jahren seine Hauptaufgabe in der geistigen Vorbereitung erblickt» habe «auf das, was sich heute vor aller Welt» abspiele,[10] sehe «keine Veranlassung, es ihnen gleich zu tun».[11] «Wenn es je einmal in der Schweizergeschichte eine Bewegung gab, deren Einsicht und Wollen derart eindeutig vom Ablauf der Ereignisse gerechtfertigt wurde, so ist es die ehemalige Nationale Front... Wir haben endgültig recht bekommen in allen wesentlichen Punkten.» Darum ist «der Augenblick des Jubelns angebrochen nach sieben Jahren des harten Kampfes gegen Dummheit, Einfalt und politische Einsichtslosigkeit, noch mehr aber gegen Falschheit und Niedertracht.»[12]

Die Frontisten hatten allen Grund zum Jubilieren. Als ihnen im Frontenfrühling 1933 die *politischen Erfolge Hitlers* zu einem unerwarteten Aufschwung verholfen hatten, glaubten sie, die Stunde der «Erneuerung» habe auch in der Schweiz geschlagen. Bald aber sahen sie sich in ihren Erwartungen getäuscht. Der «Großangriff des Frontismus» wurde von der Mehrheit des Schweizervolkes «abgeschlagen», und die anfänglich «begeisterte Gefolgschaft ... zerstreute sich» rasch, «angewidert von dem nationalsozialistischen Götzendienst» der maßgeblichen Führer. Zurück blieb der «harte Kern» einer unbedeutenden politischen «Sekte».[13] Die *militärischen Erfolge Hitlers* im Jahre 1940 lösten eine zweite Konjunkturwelle aus. Nun konnten die Frontisten hoffen, daß ihnen «die Macht in der Schweiz doch noch als Abfallprodukt der durch den Dynamismus Hitlers in Gang gebrachten Umwälzungen zufallen» werde.[13] Ein *neuer Frontenfrühling*[14] kündete sich an, der das zu vollenden versprach, was seinem Vorgänger versagt geblieben war. Und alsbald begannen die Frontenvögel zu zwitschern: «Was sich jetzt vollzieht, das ist nicht ein Winter, ... sondern ein Frühling, dem ein Sommer folgen wird. Darauf gilt es sich einzurichten.»[15] «Die Erneuerungsbewegung des Jahres 1940 kennzeichnet ... die Gewißheit eines sicheren Aufschwungs und Sieges, ... wie wir es vor Jahresfrist kaum vorauszusagen wagten.»[16] Die militä-

rischen Siege Hitlers in Norwegen und Flandern waren es, die den Frontisten einen politischen Sieg in der Schweiz versprachen.

Diese Gelegenheit galt es auszunützen. Zwar hatte man eben noch die Nationale Front zu Grabe getragen. Man weinte ihr keine Träne nach. Zu sehr war sie von einer «Mauer des Mißtrauens» umgeben gewesen. Diese galt es zu überwinden. Man wollte auf breitester Grundlage «eine umfassende eidgenössische Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte herbeiführen, die weit über den Kreis der einstigen Nationalen Front wie der übrigen Gruppen der Erneuerungsbewegung» hinausreichte.[17] Zu diesem Zwecke gab man dem Kind einen neuen Namen. In Zürich, Winterthur, Glarus, Baden, Aarau, Zofingen, Olten, Solothurn, Basel, Bern und Luzern nannte man es *Eidgenössische Sammlung,* in Schaffhausen *Nationale Gemeinschaft* und in St. Gallen *Nationale Opposition.*[18] Das weitgesteckte Ziel einer umfassenden Volksbewegung schien anfänglich nicht unerreichbar zu sein: «Ein frischer Wind hat... zu wehen begonnen. Die Erneuerungsbewegung ist allenthalben wieder in Fluß gekommen. Es geht wieder vorwärts.»[19] «Das gesund gebliebene Volk strömt zu unsern Versammlungen, weil es spürt, daß wir die Künder und Garanten einer neuen Zeit sind und daß das Schweizervolk nur weiterbestehen wird, wenn es nicht gegen, sondern entschlossen und freudig mit dieser neuen Zeit marschiert.»[20] Der Ansichtswandel, der den außenpolitischen Umbruch begleitete, trug auch dazu bei, den Leserkreis der frontistischen Zeitungen zu mehren.[21] Die Abonnentenzahlen des «Grenzboten» und der wieder neu ins Leben gerufenen «Front» waren im Steigen begriffen.[22]

Die günstigen Zeitumstände ließen die frontistischen Konjunktureidgenossen aus ihrer Zurückhaltung heraustreten, die diese seit Beginn des Krieges geübt hatten. Ähnlich wie die von Deutschland gesteuerten Burri- und Max-Leo-Keller-Bewegungen[23] verlangte die Eidgenössische Sammlung eine *Umbesetzung der öffentlichen Stellen,* eine Ausschaltung all jener Politiker, die von einem Sieg Hitler-Deutschlands das Schlimmste für die Schweiz befürchteten. «Die Zeit der Entscheidung ist da. Sie kommt ... als unerbittliche Notwendigkeit, ein neues Verhältnis zu einer veränderten Umwelt zu schaffen. Diese Aufgabe wird von jenen Leuten nie gelöst, die seit Jahren die großen Geschehnisse nicht vorausgesehen, unentwegt auf die falsche Karte gesetzt und die notwendige Erneuerung unseres politischen Lebens mit allen Kräften unterbunden haben.»[24] «Männer an öffentlichen Stellen, die durch ihr unqualifizierbares politisches Vorleben weit-



Die [illegible] „Nationale Front" ist unter dem Namen „Eidgenössische Sammlung" wieder auferstanden.

„Me macht halt Haarus, solang me cha!"

gehend verantwortlich sind für die bitterböse Stimmung in den politischen Kreisen der kontinentalen Siegermächte gegenüber der Schweiz und für die Schwierigkeiten im Verkehr mit beleidigten Nachbarn, sollen die Konsequenzen aus ihrer für das Land verhängnisvollen Tätigkeit ziehen und von der öffentlichen Bildfläche verschwinden... Das gleiche gilt von einer gewissen Sorte von Zeitungsschreibern, die es in wenigen Jahren fertig gebracht haben, die Hochachtung, ... die die Schweiz seit dem (Ersten) Weltkrieg im Norden, Süden und Osten genoß, in offenen Haß und offene Verachtung zu verwandeln.»[25] «Es wäre ... nicht zu viel verlangt, wenn Presseorgane wie die ‹Nation›, die Basler ‹National-Zeitung›, die ‹Weltwoche› und der ‹Beobachter› – um nur diese zu nennen – freiwillig auf ein weiteres Erscheinen verzichten würden.»[26] Die Forderung nach *Säuberung* der Schweiz von antifrontistischen Elementen begründete die Eidgenössische Sammlung mit der Notwendigkeit einer Anpassung des Landes an die neuen politischen Herren des Kontinents: «Die Schweiz kann sich der gesamteuropäischen Entwicklung nicht entziehen. Wer nicht mitkommt, wird ausgemerzt.»[27] «Die Uhr der Ewig-Gestrigen ist endgültig abgelaufen.»[28] Demgegenüber sei es an der Zeit, daß die Frontisten ihren *Machtanspruch* geltend machten. Dieser gründe sich nicht auf einen im Volk verankerten demokratischen Mehrheitswillen, sondern in der Rechtfertigung, die die frontistischen Ziele und Programme durch das Kriegsgeschehen des Auslandes gefunden hätten. «Die Erneuerungsbewegung meldet heute entschlossen ihren Führungsanspruch in der schweizerischen Politik an. Und sie wird ihn in den kommenden Monaten ... immer lauter und unbedingter anmelden... Gewiß, wir Erneuerer sind in den letzten Jahren in den fälschlicherweise zu Urteil erhobenen Wahlgängen schlecht weggekommen. Aber unsere Richter – ... die Wählermassen – waren betrogene und geblendete Richter ... ihr Urteil ist ... bereits ... durch die höchste Instanz, ... durch die Geschichte, aufgehoben worden... Der Anspruch auf die Führung in der schweizerischen Politik wird jetzt nicht mehr durch die Zahl der Parlamentssitze begründet ... und auch nicht durch überholte Wählerziffern. Anspruch darauf, die Führung zu übernehmen, besitzt allein, wer sich in den vergangenen Jahren über einen scharfen Blick für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realitäten, über sichern Instinkt und klares Urteil ausgewiesen ... hat... Eine Prüfung nach diesen Gesichtspunkten ist ohne Schwierigkeit durchzuführen... Wir Erneuerer gehen erhobenen Hauptes und stolz in diese Prüfung.»[29] Anders die «Parteipäpste und ihre servilen Eunuchen». Diese seien

«in den schwersten Anklagezustand» zu versetzen und hätten die politische Bühne zu räumen.[30] «Die Zukunft unserer Eidgenossenschaft kann nur dann als gesichert gelten, wenn das Volk ... sich nicht mehr aus freisinnigen und marxistischen Schweizern, sondern aus eidgenössischen Sozialisten zusammensetzen wird.»[31] Bei dieser Kampfansage an den politischen Gegner spielte der Gedanke an *Rache* eine Rolle: «Man möge nicht glauben, daß wir Beschimpfungen und Verleumdungen vergessen würden... Unser Gedächtnis ist ein gutes und unsere Mappen sind prall gefüllt. Und es wird der Tag kommen, da Recht gesprochen wird... Und dieses Recht wird unsere Rache sein!»[32] «Es wird uns ... keiner durch die Latte gehen ..., der die Verfassung uns gegenüber gebrochen hat. Es wäre eine Sünde!»[33] Solche Haßgesänge waren ernst zu nehmen. Die Frontisten hätten, einmal an die Macht gekommen, blutige Rache an ihren Widersachern genommen. Gottlieb Duttweiler war sich dessen bewußt, als er in einem Offenen Brief an Robert Tobler schrieb: «Sollte es sich ... später erweisen, daß Sie auf die falsche Karte gesetzt haben, so wissen Sie, daß Sie ... ungestraft ins stille unpolitische Leben untertauchen können, unbehelligt, wie wenn nichts geschehen wäre. Denken Sie aber daran ..., daß Ihnen Männer gegenüberstehen, die sich vollkommen bewußt sind, daß sie durch ihr unentwegtes Einstehen für unsere eidgenössische Demokratie bereit sein müssen, gegebenenfalls ein ganz anderes Schicksal auf sich zu nehmen.»[34]

II. Bekenntnis zum «neuen Europa»

Die Frontisten, die im Frühling 1940 den Eindruck der Niedergeschlagenheit gemacht und kleinlaut geschrieben hatten: «Noch sind die Zeitumstände wider uns!»[1], waren nach dem Zusammenbruch Frankreichs in hochgemuter Stimmung, weil sie mit einem eindeutigen *Sieg Deutschlands* rechneten. Sie glaubten, der Krieg sei endgültig entschieden. Nichts werde «die Tatsache des französischen Zusammenbruchs aus der Welt schaffen können, zumindest für die nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht».[2] Sicher sei es auch, «daß kein britischer Soldat mehr auf dem Festland erscheinen» werde.[3] «Die Westmächte ... befinden sich in hoffnungsloser Defensive... Mit dem Ende des ersten Kriegsjahres ist nicht nur eine erste Phase des Krieges für die Westmächte verloren, sondern der Krieg als Ganzes.»[4] An einem Sieg der Achse sei nicht mehr zu zweifeln.[5] Da aber «der mächtige Garant des Endsieges (auch) hinter der Eidgenössischen Sammlung» stehe,[6] sei der Vormarsch der Bewegung durch nichts mehr aufzuhalten. Mit solchen Argumenten wollten die Frontisten «einen momentanen Status als verpflichtend fixieren ohne jede Rücksicht darauf, welche Richtung die weitere Entwicklung nehmen» würde. Ein Land wie die Schweiz konnte indes «nicht mitten im Krieg aufgrund einer augenblicklichen Lage auf den Sieg der einen Partei spekulieren».[7] Es konnte «nicht den lebendigen Fuß nach einem Stiefel zurecht drücken, der noch gar nicht fertig geschustert» war.[8] Bevor man wußte, wie sich die Dinge weiter entwickelten, war es ein Gebot der Klugheit, jeder Art von «Anpassung» aus dem Wege zu gehen.

Das war nun gerade nicht die Meinung der frontistischen Erneuerer. Die Schweiz, argumentierten sie, könne sich, inmitten Europas gelegen, «dem Gesamtschicksal dieses Erdteils nicht entziehen».[9] Sie könne sich der Einigung des Kontinents nicht entgegenstemmen.[10] «Ein schwerer Irrtum wäre es, wenn wir Schweizer dieser ... Umwälzung ... lediglich als Zuschauer beiwohnen würden.»[11] «Wir können nur mit Europa leben und nicht im Gegensatz zu ihm.»[12] Daher «müssen wir den Weg zu Europa finden».[13] «Die Stunde ist da, in der sich unser Volk vor eine seiner schönsten Aufgaben gestellt sieht: sich-zurückfinden in die europäische Gemeinschaft.»[14] Wir können nur dann darauf rechnen, von Europa verstanden und bejaht zu werden, wenn wir uns bemühen, zuvor die neue europäische Wirklichkeit zu verstehen und zu bejahen. Wir finden aber dieses Verstehen und Bejahen nur dann, wenn wir uns mit Europa selbst er-

neuern, wenn wir die ... *schweizerische Entwicklung der europäischen ... angleichen.*»[15] Mit ähnlichen Worten, wie sie einst Paul Lang und Rolf Henne gebraucht hatten,[16] forderte die Eidgenössische Sammlung vom Schweizervolk die Übernahme von «Ideen», die «vor unseren Grenzen nicht halt» machten,[17] das «rückhaltlose Bekenntnis zu Europa und seiner Neuwerdung», «die entschlossene Mitarbeit am Neuaufbau eines geeinigten Europa».[18] Die Frontisten müßten hierbei Pionierarbeit leisten. Sie hätten «in möglichst breiten Schichten unseres Volkes Verständnis für diese Neuordnung zu wecken»,[19] hätten zu werben für den Gedanken der Solidarität der Schweiz mit dem *neuen Europa.*[20] Sie könnten sich dabei auf Bundespräsident Pilet-Golaz berufen,[21] der in einer Rede vom 12. September 1940 am Comptoir Suisse in Lausanne erklärt habe: «Der Kontinent ist solidarisch, und zwar in einem ... fortschreitend zunehmenden Maße. Es wäre töricht, dies bestreiten zu wollen; es zu verkennen wäre aber gefährlich.»[22]

Was verstanden die Frontisten unter einem «neuen Europa»? Was meinten sie, wenn sie die These vertraten, das Schweizerland habe «in die neueuropäische Front einzuschwenken»,[23] es habe sich «in die werdende europäische Neuordnung einzureihen»?[24] Die Antwort war leicht zu finden. Wenn die Eidgenössische Sammlung vom «neuen Europa» sprach, dachte sie an ein «faschistisch-nationalsozialistisches Europa».[25] Sie setzte Europa mit den Achsenmächten gleich. So etwa, wenn die «Front» behauptete: «Die Niederlage der Achsenmächte wäre eine Niederlage Europas.»[26] Oder, wenn ein Schaffhauser Frontist schrieb: «Als guter Europäer muß ich eine Neuordnung, wie sie von der Achse angestrebt wird, voll und ganz unterstützen.»[27] Da indes Italien das schwächere Glied der Achse war, konnte als europäische Vormacht letztlich nur das Deutsche Reich in Frage kommen. Die Eidgenössische Sammlung plädierte denn auch für eine «aufrichtige und neidlose Anerkennung der Führungsaufgabe des Deutschen Reichs».[28] «Europa», erklärte sie, «ist zu einer machtpolitischen Einheit geworden, die von Deutschland in einem kontinentalen Raum zusammengefaßt wird.»[29] So reduzierte sich der Begriff «Europa» auf die Hegemonie Deutschlands über den Kontinent. Die Frontisten *identifizierten* das «*neue Europa*» mit dem *Herrschaftsbereich des Dritten Reichs,* was in den ersten Kriegsjahren auch weitgehend den Machtverhältnissen auf dem Kontinent entsprach. Diese Identifikation wurde deutlich, wenn das Frontenorgan einen Aufruf Pétains zugunsten einer «Zusammenarbeit mit Deutschland» als ein «Bekenntnis zu Europa» auslegte.[30] Sie wurde ferner deutlich, wenn

die Zeitung schrieb: «Als am 30. Januar 1933 der greise Feldmarschall von Hindenburg den Führer mit der Bildung einer neuen Regierung betraute, nahm eine deutsche Entwicklung ihr Ende und eine europäische ihren Anfang.»[31] Sie wurde vollends deutlich, wenn das Blatt argumentierte: «Deutschland zerstören, heißt Europa zerstören.»[32] Nach frontistischer Auffassung war «unter Europa der Kontinent unter deutscher Führung im Kampf gegen die angelsächsische Welt zu verstehen».[33] «Die Eidgenössische Sammlung», stellte das Bundesgericht in einem Urteil fest, «tritt mit dem Wortschatz und der Begriffswelt der deutschen Propaganda für ein neues Europa ein, in dem für die vom Schweizervolk hochgehaltene Unabhängigkeit eines Staatswesens ... kein Raum mehr» vorhanden wäre.[34]

Die Frontisten drückten sich gleichsam in «*Chiffern*» aus. Sie redeten vom «neuen Europa» und dachten dabei an das neue deutsche Imperium. Wenn Robert Tobler für ein «herzliches Verhältnis der Schweiz zum neuen Europa» einstand,[35] so meinte er damit die Aufrichtung freundschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich.[36] Wenn die «Front» für «Treue zu Europa» plädierte, «dem wir durch Herkommen und Rasse unlösbar verbunden» seien,[37] so trat sie für die Anhänglichkeit des Schweizers an einen Kontinent ein, der dem unbedenklichen Machtanspruch eines einzigen Landes ausgeliefert war und unter militärischer Besetzung, polizeilicher Willkür und wirtschaftlicher Ausbeutung zu leiden hatte.[38] Wenn das Organ der Erneuerer die These vertrat, daß «im Zuge der europäischen Neugestaltung auch die Schweiz sich der letzten marxistischen (und liberalen) Überreste entledigen und ... einem Staat der nationalen Ehre und sozialen Gerechtigkeit» den Weg ebnen müsse,[39] so kam dies einem Appell an den Schweizer gleich zur Übernahme der Ideologie des «Nationalsozialismus, jener natürlichen Synthese zwischen der nationalen Ehre und der sozialen Gerechtigkeit».[40] Wenn schließlich eine Eingabe der Eidgenössischen Sammlung den Bundesbehörden eine «bejahende Einstellung» zur europäischen Umwelt empfahl und gleichzeitig dem Schweizervolk den Rat erteilte, dafür besorgt zu sein, daß es «zu einem positiven Verhältnis zu den neuen geistigen und politischen Kräften» gelange, «welche jetzt das Schicksal Europas» gestalteten,[41] so lief eine solche Empfehlung auf eine Aufforderung zur Gleichschaltung unseres Landes mit dem deutschen Staatsabsolutismus hinaus. Und wenn an einer Landsgemeinde der Eidgenössischen Sammlung ein Spruchband in großen Lettern verkündete: «Unser Ziel: Im neuen Europa eine freie, soziale Schweiz!»,[42]

so stimmte dieses Begehren mit den Intentionen Quislings überein, der – wie er ausführte – Norwegen «den Platz im neuen Europa» sicherstellen wollte.[43] Die Analogie zwischen den Worten des norwegischen Verräters und denjenigen der schweizerischen Erneuerer war frappant. Noch immer hatte der Satz der Nationalfrontisten aus dem Jahre 1936 seine Gültigkeit: «*Das Programm Quislings ist das unsrige.*»[44] Denn obgleich der Name des Norwegers zum Inbegriff des Landesverrates geworden war, fühlten sich die Frontisten zu dem Kollaborationisten hingezogen. So erklärte ein Wortführer der Eidgenössischen Sammlung: «Man wollte Quisling zum unmöglichen Mann für Norweger und Deutsche stempeln – und nun ist er doch ein möglicher geworden.»[45] Ein anderer Frontenredner führte vor der Ortsgruppe Basel aus: «Man wirft den Patrioten» Mussert und Quisling «vor, Verräterei begangen und die Besetzung ihrer Länder verschuldet zu haben. Aber man verkennt diese Führer, und es wird sich erst später erweisen, welch große Taten sie vollbracht haben.»[46] Ein rechter Frontist betrachte daher «das Wort ‹Quisling› nicht als Schimpfwort».[47] Schimpflich und schändlich dagegen sei der «Verrat an» dem «Europa», das unter Deutschlands Führung im Entstehen begriffen sei.[48]

Interessant war es auch, festzustellen, daß sich die Frontisten erst von jenem Tage an als Europäer ausgaben, da Frankreich die Waffen gestreckt und Deutschland weite Teile des Festlandes besetzt hatte. Als sich früher einmal im Rahmen der Paneuropa-Bewegung Gelegenheit geboten hatte, den Bundesgedanken, wie er in der Staatsgesinnung der Eidgenossenschaft zum Ausdruck kommt, auf europäische Verhältnisse zu übertragen, hatten sich die frontistischen Erneuerer desinteressiert abseits gehalten. Auch zeigten sie sich erst seit jenem Moment um die Erhaltung einer europäischen Friedensordnung besorgt, als sich dieselbe, mit deutschen Bajonetten aufgerichtet und durch SS- und Gestapo-Terror sichergestellt, in Gestalt einer unheimlichen Friedhofruhe auf die Völker des Kontinents niedergesenkt hatte. Der *unzeitgemäße Friedenswille* der Frontenkreise wurde schlagartig erleuchtet, als Carl Meyer am 25. Oktober 1940 in der «Börse» zu Zürich ausrief: «Wer die Absicht hat, in Europa ... zu zertrümmern, aufzureißen, auseinanderzuwerfen, kleinlich-egoistische Angelegenheiten und Ziele in den Vordergrund zu schieben, wer das unternimmt, ist ein Feind Europas! Wer das tut, der muß von Europa bis aufs Messer bekämpft werden... Jede Nation, die es sich zum Ziele setzt, die innereuropäischen Verhältnisse im Sinne der Zertrümme-

rung und Auseinanderreißung zu beeinflussen, ist aufs allerschärfste abzulehnen.»[49] Warum, so fragt man sich, hat Carl Meyer nicht ein Jahr früher zu solchen Worten gegriffen, als das Dritte Reich wegen «kleinlich-egoistischer Angelegenheiten» den Feldzug gegen Polen eröffnete und damit einen großen Weltenbrand entfachte? Warum hat er seine warnende Stimme nicht im Herbst 1938 erhoben, als Hitler «im Sinne der Zertrümmerung und der Auseinanderreißung» gegen die Tschechoslowakei agierte? Die Antwort liegt auf der Hand. Weil Carl Meyer im Grunde seines Herzens gar nicht europäisch dachte. Weil er bis auf die Knochen reichsdeutsch eingestellt war. In den Jahren 1938 und 1939 hätten sich seine Kassandrarufe wider die Kriegstreiber den Absichten des deutschen Reichskanzlers entgegengestellt. Damals war Schweigen Gold. Im Herbst 1940, als Hitler Churchill den Frieden anbot, weil er sich selber nicht die Kraft zutraute, Großbritannien im Sturm zu nehmen, mußten die Argumente Carl Meyers den Intentionen des kontinentalen Machthabers entgegenkommen. Nunmehr war Reden Silber. Was brauchte es mehr, um darzulegen, daß der Schaffhauser Gauführer, der sich bei seinem Auftritt in Zürich so sehr in der Pose des Europäers gefiel, nichts als ein fanatischer *Interessenverwalter des nationalsozialistischen Deutschland* war?[50]

Die neueuropäische Denkart der Frontisten widersprach radikal dem *Europa-Bewußtsein des Schweizers.* Denn «das neue Europa anerkennen» hätte geheißen «die Eroberung zahlreicher Kleinstaaten anerkennen»[51] und deren «zwangsweise Eingliederung in ein nach dem Führerprinzip organisiertes» Herrschaftssystem.[52] Das wäre der Sanktionierung einer «Zwangsverwahrungsanstalt mit den diesen Institutionen eigentümlichen Ausbruchsversuchen» gleichgekommen.[53] In einem solchen System wäre für eine freie, unabhängige und «wirklich schweizerische..., nicht eine der Umwelt angepaßte schablonisierte und gleichgeschaltete Schweiz» kein Platz gewesen.[54] Was das Dritte Reich aufgerichtet hatte und durch seine frontistischen Paladine als «europäisch» anpreisen ließ, konnte aber auch deshalb nicht Anspruch auf echtes Europäertum erheben, weil es zur Tradition Europas in schroffstem Gegensatz stand. Denn wer «Europa» sagt, meint «abendländische Kultur». Der meint, «der Mensch sei Gottes Geschöpf und trage in jedem Gewande und jeglicher Rasse einen ewigen und unverletzlichen und unveräußerlichen Wert». Der meint, «die Kultur (habe) das Recht über alles gestellt und diesem jede Macht, auch die des Staates, unterworfen».[55] Dies alles war aber durch das «Neueuropa façon Berlin» aufs schwerste bedroht. Schließlich

konnte auch die Schweiz unmöglich einem «kriegspropagandistisch … ausgemünzten Neueuropa» angehören, das sich mit seiner gesamten Umwelt, vor allem mit England und den Vereinigten Staaten, verfeindet hatte. Ein echter und dauerhafter Friede durfte sich nicht auf die «Verbundenheit eines Erdteils» beschränken, er mußte die «Verständigung der Gesamtwelt» suchen.[55] Deshalb erblickte die Schweiz ihren «europäischen Weg» in der «Gesinnungstreue über das hinaus, was augenblicklich Kurs» hatte, sie fühlte sich, ohne stolz oder überheblich zu werden, über die Mächte hinweg, die sich derzeit bekämpften, «dem Dauernden, dem allgemein Menschlichen verpflichtet».[56]

Manchmal nahmen die Frontisten kein Blatt vor den Mund. Dann brachten sie deutlich zum Ausdruck, daß sie unter dem «neuen Europa» das «*neue Deutschland*» verstanden: «Die Reaktion setzte auf den Negus, ... auf Benesch, Polen, Frankreich, England. Die Erneuerung glaubt an Italien, ... Hitler, Deutschland, die Achse.»[1] Dieser Glaube an die Achsenmächte spornte die Erneuerer an, sich mit den Ideen der Naziführer näher vertraut zu machen: «Ich möchte Hitlers interessantes Buch ‹Mein Kampf› lesen... Nachdem ein Sieg Deutschlands, was Europa betrifft, nicht mehr zu erschüttern ist, so ist es höchste Zeit, sich etwas näher mit dem Mann zu befassen, dem Deutschland dieses große Wunder verdankt.»[2] Seit der Niederlage Frankreichs sei unser Land ausschließlich von Staaten umgeben, die Anschauungen huldigten, welche den unsrigen diametral entgegengesetzt seien. Da die Nachbarn die Stärkeren, wir hingegen nur Zwerge seien, bleibe uns nichts anderes übrig, als unser gesamtes politisches Leben umzugestalten.[3] «Aus einer Reihe gewichtiger Äußerungen müssen wir schließen, daß Deutschland es offenbar nicht dulden wird, daß mitten im Herzen eines nationalsozialistisch-faschistisch geführten Europa ein Kleinstaat bestehen bleibt, wo ausgerechnet die Angehörigen jener Schicht herrschen, gegen die es anderswo einen Krieg auf Tod und Leben zu führen hat: der bürgerlich-kapitalistische Liberalismus, der sozialdemokratische Marxismus, gewisse internationale konfessionelle Politiker, Judentum und Freimaurerei. Nach deutscher ... Auffassung ... sind die bei uns noch führenden Schichten ganz einfach ein Teil des Gegners und bilden als solche ... einen vorgeschobenen Posten und Stützpunkt desselben. Hier aber liegen Konfliktgründe allerschwerster Art.»[4] Diese könnten nur dadurch beseitigt werden, daß die Schweiz unverzüglich mit einer *Säuberung* beginne. Vordringlich sei eine «radikale Lösung der Emigranten- und Judenfrage». «Wir können uns den Luxus nicht mehr leisten, eine Gesellschaft ... zu beherbergen, die zu den unversöhnlichen Gegnern unserer Nachbarn gehören. Wir sind auf den zweifelhaften Ruf nicht erpicht, als europäischer Ablagerungsplatz für verkrachte politische Existenzen zu gelten.»[5] «Die Schweiz ist keine Arche Noah, auch nicht dazu da, das israelitische Volk vor dem Ersaufen zu bewahren.»[6]

Der Bruch der Frontisten mit der nationalen Gemeinschaft des Vaterlandes trat auch darin zutage, daß die Eidgenössische Sammlung das früher einmal aktuell gewesene, dann scheinbar preisgegebene

Bekenntnis zum Nationalsozialismus wieder *erneuerte:* «Der Nationalsozialismus schuf die Grundlage zur Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Krise.» In seinem «Programm vollzog sich eine Synthese sozialistischen Gestaltungswillens und nationalen Bewußtseins».[7] Die nationalsozialistische Weltanschauung rücke «die Gemeinschaft und den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt ihres Denkens».[8] «Frägt man sich, was ... den Deutschen ihren schier unfaßbaren Angriffs- und Durchschlagsgeist gegeben hat, so ... ist es die Verwurzelung in der lebendigen Volksgemeinschaft... Unsere (Fronten-)Bewegung aber ist nichts anderes als die schweizerische Verkörperung des neuen Gemeinschaftsideals.»[9] «Die letzte weltanschaulich-philosophische Grundlage ist überall die gleiche, und wir scheuen uns nicht, uns auch dazu zu bekennen.»[10] Daß dieses Bekenntnis die Anerkennung des nationalsozialistischen Totalitarismus in sich schloß, verstand sich von selbst: «Die demokratische Umwelt entrüstet sich ... über die Totalität, mit welcher der Nationalsozialismus die Massen zu erfassen trachtet. Sie spricht von Gleichschaltung und unerträglicher Einengung der persönlichen Freiheit. Wer so redet, der beweist nur, daß er von der ganzen Größe des Problems nichts versteht. Mit Halbheiten, wie sie der liberal-demokratische Staat so sehr liebt, hätte man es nie lösen können... Wer sich zum Ziele setzt, ein neues, höheres Menschentum zu schaffen, kann sich auf keine Kompromisse einlassen.»[11]

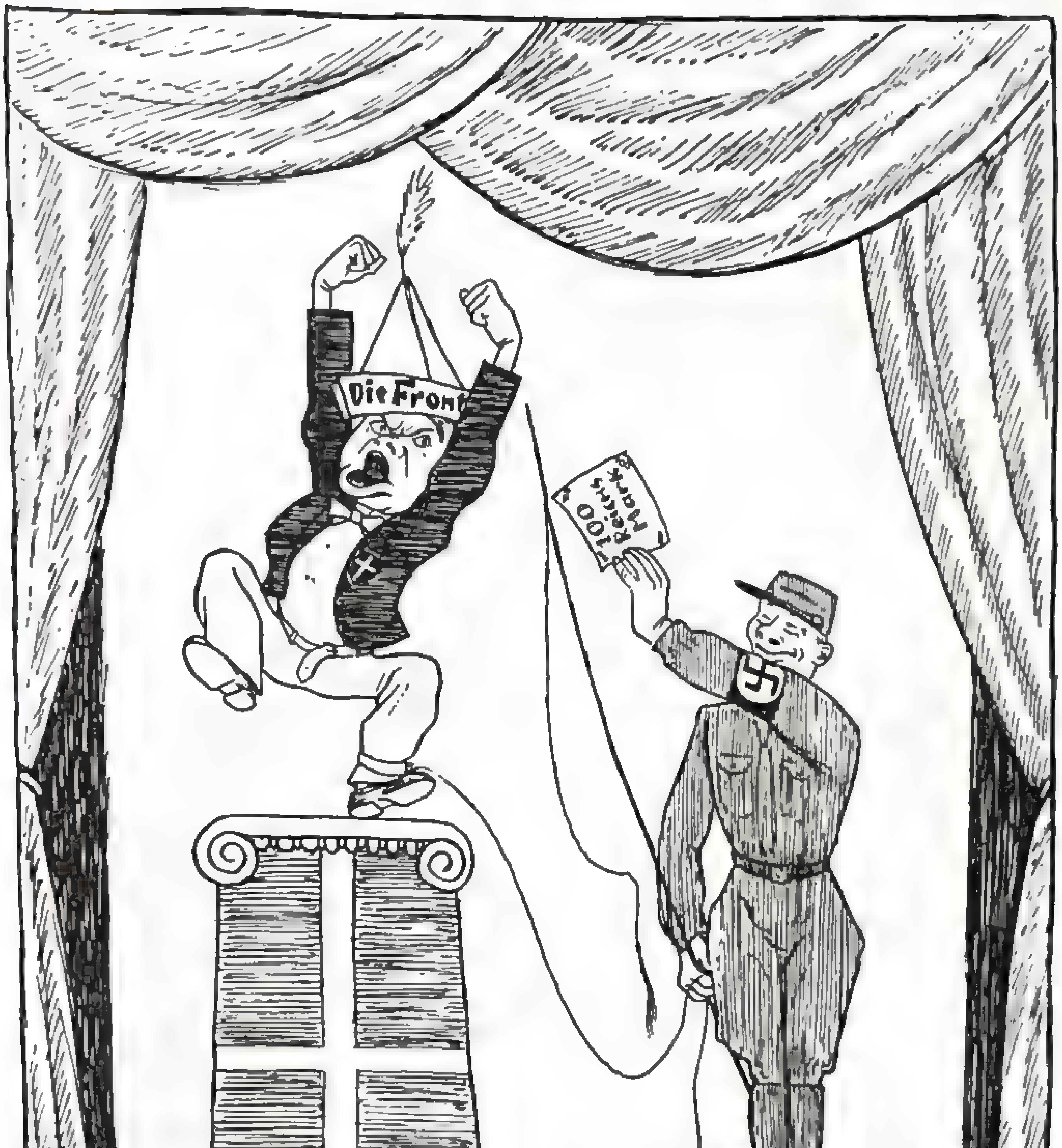
Mit der Wiederaufnahme des Bekenntnisses zum Nationalsozialismus hing es zusammen, daß *Rolf Henne* den Weg zur Eidgenössischen Sammlung zurückfand. Der «Bund» wußte darüber zu berichten: «Unter der Zuhörerschaft der frontistischen Propaganda-Abende von Zürich und Schaffhausen kann neuerdings auch wieder Dr. Rolf Henne bemerkt werden. Am letzten Vortragsabend der Schaffhauser Frontisten ist von der Anwesenheit des ehemaligen Landesführers der Nationalen Front sogar offiziell Notiz genommen worden. Man wird sich bei dieser Gelegenheit daran erinnern müssen, daß Dr. Rolf Henne im Januar 1938 sein Amt als Landesführer abtreten mußte, weil sein nationalsozialistischer Kurs allmählich auf ... Opposition gestoßen war... Daß der Nationalsozialist Dr. Rolf Henne inzwischen wieder den Weg zur Eidgenössischen Sammlung und damit zum Kreise seiner einstigen Frontkameraden finden konnte, ist angesichts der gegenwärtigen Geisteshaltung dieser Leute nicht verwunderlich.»[12] Seine Rückkehr zur frontistischen Erneuerungsbewegung unterstrich Henne mit finanziellen Zuwendungen. Im September 1940 erinnerte ihn der

Präsident der Genossenschaft «Druckerei Freudenfels» schriftlich an dessen Versprechen, dem Unternehmen 10000 Franken zu schenken, und bat ihn um Einsendung des noch nicht bezahlten Restbetrags von 6000 Franken.[13]

Bei der *Beurteilung des Kriegsgeschehens* malten die Frontisten in kräftigen Strichen «Teufel und Himmelreich an die Wand»,[14] indem sie die «kritiklose Übernahme der Propagandamethoden der einen Partei» mit «schärfsten Angriffen auf deren Gegner» verbanden.[15] Anfangs 1940 behauptete Tobler, die Abweichung des frontistischen Standpunktes von demjenigen der meisten Schweizerblätter liege im Interesse der schweizerischen Neutralität. «Gerade heute, wo eine Mehrheit in außenpolitischen ... Fragen nach einer andern Richtung zielt als wir, ist ein gesundes Gegengewicht unerläßlich, ja eine staatspolitische Notwendigkeit.»[16] Diese Aussage lief auf die Feststellung hinaus: «Kinder, seid doch froh, daß wenigstens eine Zeitung aus Gründen der Neutralität die Sache der Nazis zu ihrer eigenen macht.»[17] Die Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung», der wir diesen Kommentar verdanken, konnte allerdings nicht wissen, daß Toblers Argument kurz zuvor auch in einer Note des deutschen Presseattachés an das Politische Departement in Bern verwendet worden war.[18] War es Zufall, daß Herr Tobler und Herr Trump zur gleichen Zeit den gleichen Gedanken verlauten ließen? Oder liefen geheime Fäden von der deutschen Gesandtschaft zur schweizerischen Frontenbewegung? Sei dem, wie ihm wolle, die Zeitungsorgane der Erneuerer gaben sich jedenfalls große Mühe, in ihren außenpolitischen Kommentaren ein «Gegengewicht» zur übrigen Schweizerpresse zu bilden. Der «Grenzbote» bejubelte die Kapitulation Norwegens als einen «unbestreitbaren deutschen Erfolg».[19] Beim Angriff Italiens auf Griechenland sprach das Frontenblatt die Hoffnung aus, der Krieg möge «zu einer fruchtbaren Einordnung Griechenlands in die europäische Gemeinschaft führen».[20] Würde die «Front» wohl den gleichen Wunsch geäußert haben, wenn nicht Griechenland, sondern die Schweiz von den Achsenmächten überfallen worden wäre? Den Zorn der Frontisten erregten der «englandhörige Reynaud» und der «im britischen Solde stehende Landesverräter de Gaulle».[21] Beifall dagegen erhielten «die drei großen Soldaten und Patrioten Hitler, Mussolini und Pétain».[22] Die «von Herrn Churchill so oft verkündete Parole, Englands Kampf sei auch ein Kampf für die kleinen Staaten», müsse als «nichts anderes denn als Propagandaschlager bewertet» werden.[23] Als deutsche Flieger während des Westfeldzuges vom Mai bis Juni 1940

in rund 150 Fällen in unser Hoheitsgebiet eindrangen,[24] blieb die Frontenpresse stumm. Als aber Großbritannien im Herbst des gleichen Jahres mit seinen Überfliegungen die Neutralität des Landes schwer verletzte, führte sie eine provozierende Sprache: «Die zynische Offenheit, mit welcher die britische Luftwaffe unser Land für ihre Zwecke mißbraucht, ... muß als feindselige Handlung betrachtet ... werden.»[25] «Die Stunde scheint ... nahegerückt, da das von Bundesrat und Armeeleitung mehrmals gegebene Wort, daß Unabhängigkeit, Ehre und Neutralität der Schweiz unter allen Umständen und gegen jedermann mit allen Mitteln verteidigt werden, einzulösen ist.»[26] Auch auf den amerikanischen Präsidenten waren die Frontisten nicht gut zu sprechen. Sie wollten «nicht zu jenen gehören, denen in Verwirrung des Geistes und der Sinne Wall Street näher als Europa zu liegen» schien[27], und mußten es daher in Kauf nehmen, von Andersdenkenden als «Hitlerbrüder» apostrophiert zu werden. Das machte ihnen aber nicht viel aus. «Ich betrachte», erklärte einmal ein Winterthurer Kamerad, «diese Bezeichnung ... nicht als Beleidigung.»[28] Die einseitige Parteinahme des Frontismus zugunsten der Achsenmächte äußerte sich auch in seinem unbedingten Einstehen für das Kriegsglück Hitler-Deutschlands: «Ein deutscher Sieg ... würde zu einer politischen Einigung aller kontinentalen Völker ... unter deutscher ... Führung hinleiten... Umgekehrt würde ein englischer Sieg ... den Kontinent unvermeidlicherweise in ein revolutionäres Chaos hineinstürzen... Für die Schweiz ergibt sich daraus: Wir haben ein vitales Interesse an einer europäischen Ordnung und der Verhinderung eines allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Chaos auf dem Kontinent.»[29] Gerne «erkennen und bekennen wir, daß kein fluchwürdigeres Unglück unseren Erdteil treffen könnte als ein Sieg des modernen Karthago und die damit verbundene semitische Reokkupation Europas, und daß wir es als die Pflicht eines jeden guten Europäers betrachten, sein Teil ... zur Verhinderung dieses Unglücks beizutragen.»[30]

Eindeutiger hätte man die *Sache Deutschlands* nicht *zu seiner eigenen machen* können. Aber schließlich mußte man sich dem Berliner Propagandaministerium erkenntlich zeigen für die 10000 Franken, mit denen es seiner Schweizer Filiale unter die Arme gegriffen hatte.[31]



Rabinovitch

Wes Brot ich ess',
Des Lied ich sing'!

IV. «Hakenkreuzzug»?

Die Präzeptoren des frontistischen Propagandafeldzuges wußten sehr wohl, daß sie mit ihrem Kriegsgeschrei wider die «geschäftstüchtigen Yankees» der Londoner City und New Yorker Wall Street keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken konnten. Sie atmeten daher erleichtert auf, als ihnen der weitere Verlauf des Krieges ein zugkräftigeres Argument in die Hände spielte. Am 22. Juni 1941 eröffnete Hitler den *Feldzug gegen Rußland*. Damit war der «Schicksalskampf um den Fortbestand der abendländischen Kultur» in seine entscheidende Phase getreten. «In dieser Entscheidung wird entweder das neue Europa unter deutscher Führung und wird der nationale Sozialismus als die europäische Weltanschauung des 20. Jahrhunderts den Sieg erringen, oder aber Europa und damit die ganze Kulturwelt werden im bolschewistischen Mongolensturm untergehen.»[1] «Ein russischer Sieg über Deutschland ... wäre der Untergang des Abendlandes. Die europäische Kultur würde in eben dem Ausmaße ausgetilgt, als durch den Türkensturm die mittelalterlichen Kulturbereiche des ... europäischen Südostens ausgetilgt worden sind.»[2] Der Weltkrieg reduziere sich daher «auf einen Todeskampf zwischen den traditionellen Zivilisationen und dem Bolschewismus».[3]

In diesem entscheidenden Ringen stehe Deutschland nicht allein. Viele europäische Nationen hätten mit dem deutschen Volke den Ernst der Stunde erfaßt: «Zu den ruhmreichen deutschen Divisionen ... fanden sich bald Schulter an Schulter die Männer des italienischen Expeditionskorps, der jungen slowakischen Armee, der ungarischen Honved, der spanischen Blauen Division und die Freiwilligen aus Dänemark, Norwegen, Belgien, Kroatien und selbst aus Frankreich.»[4] Sie alle nähmen an einem «gewaltigen *Kreuzzug*» *wider den Bolschewismus* teil.[5] Den besten Söhnen Europas, die «in endlosen Steppen Sowjetrußlands ... in selbstlosem Einsatz und höchster Todesverachtung» ihr Leben opferten,[6] gehe es nur um eines: «das gemeinsame europäische Interesse»,[7] «die Rettung der abendländischen Welt».[8]

«Auch die *Schweiz* darf in diesen entscheidenden Tagen nicht abwesend sein... Das höchste Interesse des Landes erfordert es. Seine Zukunft und seine Ehre.»[9] «In einem Augenblick, da die Völker Europas sich anschicken, unter dem Einsatz ihrer Existenz den bolschewistischen Brandherd auszutreten, dürfen wir nicht kalten Herzens beiseite stehen.»[10] «Der vom asiatischen Bolschewismus bedrohten abendländischen Kultur gegenüber sind wir zu jedem Opfer ver-

pflichtet.»[11] Seit dem 22. Juni 1941 gebe es «auch nicht einen Schein der Berechtigung mehr, zu sagen, daß dieser Krieg uns nicht unmittelbar berühre». Es könne für ein waches und lebendiges Volk «kein bittereres Gefühl mehr geben als abwesend sein zu müssen, wo Schicksal im Großen, einschließlich des eigenen, geformt» werde.[12] «Möge der diesjährige 1. August das Schweizervolk ... zu einer mutigen und entschlossenen Tat anfeuern. Europa, die gemeinsame Mutter, wartet darauf.»[13]

Damit war, deutlich genug, die Parole der *Beteiligung der Schweiz am antikommunistischen Kreuzzug* ausgegeben. Die Eidgenössische Sammlung unternahm den Versuch, den Bundesrat auf diese Parole festzulegen. In einer Eingabe vom 5. Juli 1941 machte sie die Anregung, der Bundesrat «möge vor der Öffentlichkeit der Schweiz und der ganzen Welt die Proklamation abgeben: ‹Die Schweizerische Eidgenossenschaft ... erklärt ihre volle Solidarität mit den europäischen Völkern, welche zum Kampfe gegen den internationalen Bolschewismus angetreten sind. Sie wird diese Völker mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen... In die Front der totalen Abwehrbereitschaft der europäischen Völker stellt die Schweiz ihre ebenso totale Hilfsbereitschaft.›»[14]

Diese Anregung stieß beim Bundesrat auf taube Ohren. Dagegen leisteten einige Frontisten der Kreuzzugspropaganda ihrer Führer *Gefolgschaft*. Im Frühling 1942 stellte die «Front» fest, «daß sich der Luzerner Ortsgruppenführer der Eidgenössischen Sammlung zur Zeit an der Ostfront» befinde.[15] Ungefähr zur selben Zeit veröffentlichte das «Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen» das Gesuch eines Schweizers um Entlassung aus dem Bürgerrecht. Es handelte sich um ein Mitglied der Nationalen Gemeinschaft, das schwarz über die Grenze entkommen war, sich in deutsche Kriegsdienste hatte anwerben lassen und bereits im Einsatz in Rußland stand.[16] Schließlich verurteilte das Divisionsgericht 3a einen Korporal in contumaciam zu vier Jahren Zuchthaus, weil er am Tage vor dem Wiedereinrücken seiner Truppe nach Deutschland geflohen und dort zwecks Teilnahme am Rußlandfeldzug in die Waffen-SS eingetreten war.[17] Bei dem fahnenflüchtigen Unteroffizier handelte es sich um einen der zwölf Nationalfrontisten, die am Vorabend des 1. Mai 1937 die Bundesstadt mit einer Malaktion «verschönert» hatten.[18]

Die Kreuzzugspropaganda der Frontisten stellte einige Anforderungen an die *ideologische Festigkeit* vereinzelter konservativer Blätter der welschen Schweiz.[19] Denn es war nicht ausgeschlossen, daß die

neue Waffe der psychologischen Kriegsführung auf die traditionell antikommunistischen Gazetten einigen Eindruck machen und dem Nationalsozialismus etwas Auftrieb geben könnte. Namhafte Publizisten sahen denn auch in einem Sieg Deutschlands das kleinere Übel als in einem solchen der Sowjetunion. So schrieb der Chefredaktor der «Gazette de Lausanne»: «Si les opérations militaires qui se déroulent en Russie aboutissent à l'anéantissement du bolchévisme, nous devons en éprouver une grande satisfaction... La duplicité et la perfidie de la politique ... des dirigeants de l'Etat soviétique ..., leur effort continu pour détruire la civilisation chrétienne et fonder sur ses ruines le communisme universel, les agressions qu'ils ont commises envers plusieurs petits peuples innocents, qu'ils ont asservis et traités avec une atroce barbarie, les actes innombrables de cruauté qu'ils ont perpétrés en Russie même, ont fait naître une horreur générale du bolchévisme, qui ne laisse place à aucune pitié pour les hommes qui ont tout fait pour répandre cette peste dans le monde... La disparition du bolchévisme est entièrement conforme à nos aspirations suisses et à notre intérêt national. S'il y a une doctrine et un régime qui sont inconciliables avec notre idéal et nos traditions, c'est bien le communisme moscovite.»[20] Trotz seines Horrors vor dem Sowjetsystem erlag indes Rigassi nicht der Versuchung, die traditionelle Neutralität der Schweiz zugunsten einer Partizipation am Ostfeldzug preiszugeben. Wenn sich der deutsche Reichskanzler, argumentierte er, in seiner Rede vom 22. Juni 1941 auf die Staatsraison berufen habe, um seinen Angriff gegen Rußland zu rechtfertigen, so stehe es auch der Schweiz zu, sich vom selben Grundsatz leiten zu lassen. Dieser verlange aber, daß sich die Schweiz vom osteuropäischen wie von jedem andern Konflikt fernhalte. «Nous ne devons penser qu'à nos *intérêts propres,* ainsi ... que le font tous les Etats qui, dans la grande tourmente, veulent sauver leur existence.»[20] Mit diesen Worten hatte der welsche Publizist den *staatspolitischen Zweck unserer Neutralitätsmaxime* genau umschrieben.

Rigassis deutschschweizerischer Kollege, Albert Oeri, unterzog die Kreuzzugsmentalität des deutschen Aggressors einer näheren Untersuchung und kam dabei zum Schluß, der Krieg im Osten stelle eine rein militärische Maßnahme dar, die sich nicht mit einer Gesinnungsoffensive vergleichen lasse. Es handle sich, schrieb Oeri, «nicht um einen Kreuzzug, sondern höchstens um einen ‹*Hakenkreuzzug*›».[21] Auch Markus Feldmann ließ sich nicht von der Notwendigkeit der Teilnahme des Schweizervolkes an einem Feldzug gegen die bolsche-

wistische «Revolutionierung» Europas überzeugen, solange dieselbe «nicht nur in Moskau, sondern auch anderswo, wenn auch in anderer Couleur, proklamiert» werde.[22]

Mit kernigen Worten setzte sich Johann Baptist Rusch gegen die «*Freischarenromantik*» der Frontisten zur Wehr: «Das weiße Kreuz im roten Feld ... kann als Kriegsfahne nur in der Verteidigung der Unabhängigkeit des eigenen Vaterlandes zur Geltung kommen... Erst wer uns gewaltsam angreift, ist unser Landfeind. Nicht nur das Land, der Bundesstaat als solcher, ist und bleibt neutral, auch jeder Einzeleidgenosse ist auf die *Waffen*-Neutralität verpflichtet. Gegen ein Volk die Waffen zu erheben, das sie nicht zuvor gegen uns erhoben hat, gilt in der Schweiz als Verbrechen... Der Schweizer darf sein Gewehr nur gegen den erheben, welcher sein Land und dessen Rechte angreift.» Kreuzzugsbereit werde er erst, wenn es gegen sein eigenes Kreuz gehe. Auch habe der Schweizer aus seiner eigenen Geschichte gelernt, daß man Weltanschauungen und Ideologien «nicht mit Knallbüchse und Bajonett, sondern mit den bessern Gründen und vernünftigeren Gedanken» bekämpfen solle. Im übrigen «attackiert man mit kriegerischen Mitteln nicht nur Ideen und Staaten, sondern auch Völker und Menschen. Gegen Menschen und Völker, die uns nie etwas zuleide getan haben, für welche Leiden, Elend und Tod so grausam sind wie für uns, erhebt kein Schweizer die Waffe... Wir werken niemandem z'Leid, der uns nichts z'Leid tut. Das ist der innere Kern unserer Neutralität. Diese Neutralität ist darum kein Erzeugnis politischer Schwäche, sondern der *menschlichen Stärke*».[23] Mit diesen Worten hatte Rusch den *humanitären Aspekt unserer Neutralitätsmaxime* genau umschrieben.

V. Preisgabe der Neutralität?

Nicht erst die Kreuzzugspropaganda gegen die Sowjetunion, sondern schon das Einstehen für das neue Europa hatte die Eidgenössische Sammlung in *Gegensatz zur Neutralitätspolitik* des Landes gebracht. Bereits im September 1940 hatte sie unter der Devise «Solidarisch mit Europa!» die These vertreten: «Bis zum Zusammenbruch Frankreichs ... konnte man sich auf die Neutralität berufen und sich einer Stellungnahme enthalten.» Seither habe sich indessen vieles geändert. «Der Kampf der Achsenmächte gegen England» sei «ein Kampf Europas gegen den Feind unseres Kontinents geworden». Europa selber stehe auf dem Spiel, seine Existenz werde von außerkontinentalen Mächten in Frage gestellt.[1] Das gehe uns Schweizer etwas an. «Wir sind mitten in diese Auseinandersetzung hineingestellt, und es kann uns davon auch die Neutralität ... nicht bewahren.»[2] Letztere sei nur so lange gerechtfertigt gewesen, als Europa das Schauspiel eines gespaltenen und innerlich zerrissenen Kontinents geboten habe und Konflikte zwischen europäischen Mächten an der Tagesordnung gewesen seien. Seitdem nun aber Europa unter Deutschlands Führung pazifiziert worden sei und seine Einigung reale Gestalt angenommen habe, sei der Augenblick gekommen, da «die Neutralität ... dem Bewußtsein europäischer Mitverantwortung zu weichen» habe. Es wäre Unsinn, Neutralitätsverpflichtungen gegenüber Mächten auf sich zu nehmen, die nicht unsere Nachbarn wären oder gar außerhalb Europas lägen.[3] Es wäre absurd, England gegenüber Neutralität zu üben, das heute nicht nur als außereuropäische, sondern als antieuropäische Macht schlechthin zu betrachten sei, ganz abgesehen von den Vereinigten Staaten von Amerika, die mehr und mehr die Führung übernähmen und lediglich darauf erpicht seien, auch die alten Kulturvölker Europas unter ihre «Yankee-Herrschaft» zu zwingen und dem internationalen Judentum seine verlorenen Machtpositionen auf dem Kontinent zurückzugeben.[4] Angesichts dieser vom Westen drohenden Gefahren müsse auch unser Land «aufrichtige und uneingeschränkte ... Solidarität» üben mit dem Europa, das «kämpfend im Werden» sei.[5] Das Festland solle unser Volk bereit sehen zur Mitarbeit an seinem Neuaufbau, zur Mithilfe bei der Errichtung einer dauerhaften politischen Ordnung und Verwirklichung eines beständigen kontinentalen Friedens.[6]

Auch setzte sich die Frontenbewegung gegen die in der Schweiz weit verbreitete Auffassung zur Wehr, daß *unser Land* einer *belagerten*

Festung gleiche, die im Falle eines Sturmangriffs von außen erfolgreich verteidigt werden müsse. Dieses Bild, behauptete die «Front», treffe den Kern der Sache nicht. Es werde «von unklaren ... Köpfen gebraucht» und müsse letztlich «Verwirrung stiften und Unheil anrichten». Wer sich belagert fühle und sich als «gemeinschaftsfeindlicher Igel» gebärde, sei nur von schlimmen «Wahnvorstellungen» befangen.[6] Die Schweiz sei keineswegs von feindlichen Armeen umstellt. Die Bunkerlinien, die unser Land vom neuen Europa trennten, könnten «niemals Schutzwall» sein, sie hätten lediglich als «Museumsmauern für überlebte politische Formen und abgelebte und abgebrühte Politikanten» zu dienen.[7] Sodann sei es eine «Unverfrorenheit», zu verlangen, daß auch Frontisten zur Verteidigung einer angeblichen Schweizer Freiheit anzutreten hätten, einer «Freiheit», die sie dauernd in ihren Lebensrechten benachteilige.[8] Schließlich wäre es verhängnisvoll und unzeitgemäß, wenn man den Kriegsruhm der alten Eidgenossen für die durchsichtigen Zwecke der «geistigen Landesverteidigung» und des «politischen Krähwinklertums» einspannen wollte.[9] «Nur wir Hirtenknaben träumen noch vom Heldenkampf, vom neuen St. Jakob. Dieser Heldenkampf ist eine Illusion, genährt von völlig falschen Vorstellungen über die tatsächlichen Verhältnisse. Der Heldenkampf findet nicht statt.»[10] «Wenn es also einerseits falsch ist, von einer belagerten Festung Schweiz zu reden, so entspricht es anderseits in allen Zügen dem Bilde, wenn wir von einer *belagerten Festung Europa* sprechen. Vor ihren Toren, auf den Ausfallstraßen der Weltmeere, liegt der Belagerer, der Europa niederzwingen möchte, um die angelsächsische Weltherrschaft» aufzurichten. Neben den Belagerern seien aber auch die Belagerten unschwer zu erkennen. Dazu gehörten alle kontinentaleuropäischen Länder, unter ihnen auch die Schweiz. In diesem belagerten Europa «gelten ... eiserne Gesetze: ... Schicksalsverbundenheit bis zum letzten und gemeinsames Erkämpfen und Erobern der Zukunft... In dieser belagerten Festung gibt es einen kategorischen Imperativ: uneingeschränkte Solidarität ... und umfassende Zusammenarbeit.» In dieser belagerten Festung «gibt es schließlich auch schlimme Feinde ...: diejenigen, die mit dem Gegner paktieren, sei es, daß sie ihm offen Vorschub leisten, sei es auch nur, daß sie ihre Zukunftspläne auf den Erfolg des Gegners bauen und dessen Sieg daher wünschen.»[11] Zu den Feinden würden auch jene gehören, die die Parole des «*Durchhaltens*» ausgegeben hätten, die das neue Europa als etwas Widriges betrachteten, das – wie alles Unangenehme – vorübergehen werde, und die lediglich auf jenen Zeitpunkt

warteten, da sie zu den alten Gewohnheiten des liberal-kapitalistischen Zeitalters zurückkehren könnten.[12] «Ihnen schwören die Belagerten Feindschaft und Strafe und Verachtung an jenem Tage, da sie die Hände frei bekommen, um Rechenschaft zu halten.»[13]

Durch drei Dinge zeichneten sich diese Gedankengänge aus: blinder, voreingenommener Haß gegen die Westmächte, denen gegenüber man die schweizerische Neutralitätsverpflichtung ausklammern wollte; destruktive, ja verräterische Gesinnung, die die Wehrbereitschaft und den Widerstandswillen des Schweizers zu untergraben trachtete; hemmungs- und grenzenlose Rachsucht, die den andersdenkenden Eidgenossen im Inland zum Feind, den nationalsozialistischen Gesinnungsgenossen im Ausland dagegen zum Freund stempelte und nicht davor zurückschreckte, den ersteren ans Messer des letzteren zu liefern. Ernst Schürch hatte nicht zu hoch gegriffen, wenn er vor den Frontisten mit den Worten warnte: «Man achte in dieser gefährlichen Zeit auf Mietlinge und Käuflinge, auf Leute, die das Zutrauen des Volkes in die von ihm selber geschaffene Staatsordnung unterwühlen und durch Flüsterpropaganda den Wehrwillen lähmen wollen; Leute, die aus dem eigenen Lande nicht die ersehnte Bedeutung ziehen können und darum ihren *politischen Boden außerhalb der Grenze* suchen; Schweizer, die sich an fremdem Erfolg aufblähen und sich nicht schämen, dem eigenen Land mit fremder Gewalt zu drohen; Liebediener, deren Lohn einmal ein Fußtritt sein wird, wie ihn Peter Ochs erhalten hat.»[14]

Die Frontisten gingen in ihrer Anhänglichkeit an das «neue Europa» so weit, daß sie – ihre Äußerungen konsequent zu Ende gedacht – die *Eigenstaatlichkeit der Schweiz in Frage stellten*. So etwa, wenn ihre Führer verkündeten: «Gerade im heutigen Zeitpunkt erkennen wir, wie unheilvoll es sein müßte, wenn jede europäische Nation erklären wollte, sie kümmere sich nur um ihr eigen Wohl und Wehe... Der Staat hat heute einer Treuepflicht zu genügen. Es ist dies die Treue gegenüber der höheren staatlichen Gemeinschaft, gegenüber Europa.»[15] Die Zeit, da man nur in nationalen Bereichen zu denken pflegte, sei vorbei.[16] Wenn es «um Europa» gehe, hätten «unsere nationalen Sonderwünsche in den Hintergrund zu treten».[17] Im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges, eines Krieges der großen Räume, würden «die Einzelschicksale der kleinen Völker mehr und mehr versinken».[18] Solche Worte hätten in normalen Zeiten vielleicht nicht allzuviel Aufsehen erregt. Zu einem Zeitpunkt aber, da der deutsche Nationalsozialismus sein ursprüngliches außenpolitisches Programm – die Revi-

sion des Versailler Friedens – erfüllt hatte und ein neues Ziel – die Revision des Westfälischen Friedens und darüber hinaus noch viel mehr – anstrebte,[19] mußte ihnen ein staatsgefährlicher Charakter innewohnen.

Die Erneuerer wußten denn auch genau, wo sie mit ihrer neutralitätsfeindlichen, die Unabhängigkeit des Landes untergrabenden Propagandistik Lorbeeren ernten konnten. Sie gebärdeten sich wie ein ehrgeiziger Klassenprimus, der auf geraden und krummen Wegen die *Gunst seines nazistischen Lehrmeisters* zu erschleichen versuchte: «Diejenigen, die jetzt um die Zukunft und den Rang des europäischen Kontinents kämpfen, sehen sich die Haltung der Völker an, die in und von Europa leben und doch wohl auch künftig leben wollen.»[20] «Es wird gewissermaßen Heerschau gehalten über die Bereitschaft zum gemeinsamen Schicksal, es wird vorgemerkt, wer dabei war und wer gefehlt hat. Dementsprechend wird sich das Schicksal in einem neuen Europa gestalten.»[21] «Platz und Rang der europäischen Völker werden einmal nach der Haltung bemessen werden, die sie im Verlauf dieses entscheidenden Ringens eingenommen haben... Es wird im kommenden Europa drei Gruppen von Völkern geben. Solche, die ernten, was sie selbst im Schweiße ihres Angesichts gesät haben. Sie werden die ersten Nationen sein. Solche, die an der Ernte teilhaben, weil sie mitarbeiteten oder wenigstens wohlwollenden Anteil nahmen am schweren Werke des Aufbaus. Solche, die sich an den Früchten des Kampfes sattessen wollen, obwohl sie die Arbeit des Sämanns verflucht und ihm fortwährend Steine in den Acker geworfen haben. Jedes Volk hat heute noch die Wahl, zu welcher Gruppe es gehören will.»[22] Die Schweiz möge sich beizeiten vorsehen, daß ihr nicht dereinst ihre negative Einstellung vorgehalten und bescheinigt werde, sie sei «in der großen Prüfungszeit durchgefallen».[23]

Um die Preisgabe der schweizerischen Neutralität, die Eingliederung des Landes in das System der Achsenmächte und die damit verbundene Änderung des außenpolitischen Kurses der Schweiz vorbereiten zu können, wandte sich die Eidgenössische Sammlung Ende August 1941 mit einer *Eingabe* und am 3. Juli 1942 mit einer *Petition* an den Bundesrat.[24] In beiden Schriftstücken verlangte sie Freiheit in der «Auseinandersetzung über die Wünschbarkeit, die Richtigkeit und Notwendigkeit der Neutralität». Es müsse «jedermann das Recht zuerkannt werden, über die Neutralität öffentlich zu reden und zu schreiben, sie zu bejahen oder abzulehnen». In ihrer ersten Eingabe forderte die Bewegung zudem den Bundesrat zu einem Verzicht auf das Neutralitätsprinzip auf.

Auf diese Begehren konnte der Bundesrat *nicht eintreten*. Beim Ausbruch des Krieges hatte er in einer Erklärung seinen «unerschütterlichen Willen» kundgetan, «von den Grundsätzen der Neutralität», die der schweizerischen Außenpolitik «seit Jahrhunderten ... als Richtschnur» gedient hatten, «in keiner Weise abzuweichen» und von den kriegführenden Mächten, einschließlich Deutschland, die Zusicherung erhalten, daß diese die Neutralität unseres Landes und die Unverletzlichkeit seines Territoriums respektieren würden.[25] Von dieser Grundsatzerklärung, die für die Schweiz verbindlichen Charakter hatte, konnte die oberste Landesbehörde nicht abweichen. Sie konnte nicht einmal, wenn sie im Ausland nicht Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Neutralitäts- und Unabhängigkeitswillens der Schweiz wecken wollte, freie Diskussion über die außenpolitische Maxime des Landes gestatten. Für die Dauer des Notstandes, des Krieges, der vom Schweizervolk innere Geschlossenheit und nationale Disziplin verlangte, war jede Erörterung des Neutralitätsprinzips ausgeschlossen. Die Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabs hatte daher im «Grunderlaß» vom 8. September 1939 Äußerungen verboten, «welche ... die Aufrechterhaltung der Neutralität beeinträchtigen oder gefährden» könnten.[26] Den Eingaben der Eidgenössischen Sammlung aus den Jahren 1941 und 1942 erteilte der Bundesrat einen abschlägigen Bescheid. Es sei selbstverständlich, führte er in seiner Antwort aus, daß die Neutralitätserklärung vom 31. August 1939 eingehalten werde.[27]

Die Eidgenössische Sammlung war indessen nicht gewillt, sich an die Weisungen des Bundesrates zu halten. Sie fuhr fort, die Neutralität des Landes anzugreifen, und forderte mit ihrem Verhalten die Pressezensur zum Handeln heraus. Am 30. Oktober 1940 wurden die «Front» und der «Grenzbote» öffentlich *verwarnt*. Dieselben zögen, hieß es in der Begründung, ununterbrochen «die schweizerische Neutralität in Diskussion» und kämen in ihren Schlußfolgerungen «eindeutig dazu, die Aufrechterhaltung der Neutralität für die Zukunft abzulehnen». Damit verstießen sie gegen die einschlägigen Verordnungen des Bundesrates, welche bestimmten, «daß der festverwurzelte und auch heute unerschütterliche Grundsatz der schweizerischen Neutralität nicht in Zweifel gezogen werden» dürfe.[28] Die gemaßregelten Blätter ließen sich nicht belehren. Sie hielten an ihrem neutralitätswidrigen Kurs fest, was zur Folge hatte, daß die Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabs sie am 15. Februar 1941 für die Dauer von drei Monaten *verbot*.[29] Nach Ablauf dieser Frist wurde die

alte Agitation wieder aufgenommen. Das setzte neue Verwarnungen ab. Auch wurde eine Nummer beschlagnahmt.[30] Als alle diese Maßnahmen nichts fruchteten, erließ die Abteilung Presse und Funkspruch am 20. Mai 1942 ein neues, diesmal auf vier Monate befristetes Erscheinungsverbot.[31] Dieser Beschluß löste in der reichsdeutschen Presse Angriffe gegen die Schweiz aus. Der «Stuttgarter N. S.-Kurier» polemisierte: «Es entspricht ... der in Bern üblichen Auslegung der Grundsätze demokratischer Freiheit, daß der schweizerische Armeestab auf das Geschrei der Basler ‹National-Zeitung› und ähnlicher ‹berufener› Hüter der schweizerischen Neutralität die beiden bescheidenen Blätter der Eidgenössischen Sammlung ... auf vier Monate verbot, ... weil diese gelegentlich dafür eingetreten waren, die deutsche Herkunft der Schweiz nicht ganz zu vergessen und die Leistung Deutschlands für den Bestand der europäischen Zivilisation zu würdigen, die durch den Kampf gegen den Bolschewismus ja unter anderm auch den Bestand der hochwohllöblichen Eidgenossenschaft rettet.»[32] Neben seiner gelenkten Presse setzte das Hitlerreich auch seinen diplomatischen Apparat in Bewegung, als ob es sich beim Verbot der «Front» und des «Grenzboten» um eine deutsche Sache gehandelt hätte. Botschaftsrat von Bibra gab beim Politischen Departement seinem Befremden Ausdruck über den Entscheid der Zensurbehörden.[33] Aber der Bundesrat ließ sich nicht beeindrucken. Um der fortgesetzten Neutralitätsverletzung durch die Frontisten ein Ende zu machen, stellte er am 4. August 1942 die neutralitätsfeindliche Propaganda unter Gefängnis- und Zuchthausstrafe.[34]

VI. Frontisten als Landesverräter

Der Frontismus hatte in wenigen Jahren vollständig abgewirtschaftet. Er war kein politisches Problem mehr.[1] Daran vermochte auch der momentane Aufschwung im Sommer 1940 nichts zu ändern. Aber auf einer andern Ebene mußte mit ihm gerechnet werden. Die ehrgeizigen Frontenführer hatten die Hoffnung nicht begraben, einmal die Zügel der Staatsgewalt in ihre Hände zu nehmen. Sie wußten genau, daß sie auf legalem Weg nicht zu diesem Ziel gelangen würden. Das Volk hatte in den demokratischen Wahlgängen sein unmißverständliches Urteil gesprochen. Ein *parteipolitischer Sieg* des Frontismus wäre höchstens in Verbindung mit einer *nationalen Niederlage* möglich geworden. Nur wenn das Dritte Reich die Schweiz erobert und deren «Augiasstall» ausgemistet hätte, wären die Frontenführer als Statthalter einer ausländischen Macht, als Vollstrecker eines fremden Willens zum Zuge gekommen – ähnlich wie Quisling, der im Jahre 1942 zum norwegischen Ministerpräsidenten von Deutschlands Gnaden aufgerückt war. Da die frontistischen Führer auf Erlösung durch das nationalsozialistische Deutschland warteten – ihr Verhalten seit dem Zusammenbruch Frankreichs ließ keinen Zweifel darüber offen –, kam ihnen als *potentielle Landesverräter* einige Bedeutung zu. Als dann die Rechnung nicht aufging und die führenden Frontenpolitiker keine Gelegenheit zur Kollaboration mit dem Landesfeind erhielten, da dieser unaufhaltsam dem Untergang entgegentrieb, ließen sie es bei der Rolle der *verhinderten Landesverräter* bewenden.

Immerhin standen auch so noch ihre Sympathien deutlich auf seiten derjenigen, die nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten die Sicherheit der Heimat untergruben. Als sich im Jahre 1942 die Spionagefälle in einem erschreckenden Maße häuften, rief die Öffentlichkeit nach Einführung der *Todesstrafe,* wozu die rechtlichen Grundlagen vorhanden waren.[2] Sie ließ sich dabei von der Überlegung leiten, daß der Schweizer Soldat, der an der Grenze Wache stand und bereit war, für die Unabhängigkeit des Landes sein Leben in die Schanze zu schlagen, nicht untätig zusehen könne, wie hinter seinem Rücken Leute, die wegen verräterischer Delikte zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren und nun auf Staatskosten gefüttert werden mußten, lediglich den Zeitpunkt abwarteten, da ein günstiges Ereignis sie aus den Kerkermauern hervorholen und in die höchsten Stellungen befördern würde.[3] Dieses Argument verfehlte seine Wirkung nicht. Im Herbst 1942 wurden die ersten Todesurteile gefällt. Bevor

diese vollstreckt wurden, konnten die Verurteilten an die Bundesversammlung appellieren, die sich dann über Begnadigung oder Nichtbegnadigung auszusprechen hatte. Diese Tatsache benützte die «Front», um sich zum Anwalt der Hochverräter zu machen: «Der Vollzug eines Todesurteils in einer Sache, die inmitten politischer Leidenschaften steht, ist eine sehr ernste Angelegenheit. Der erste Schuß kann da von allergrößter Tragweite sein.»[4] Die Stellungnahme des Frontenblattes löste einiges Mißbehagen aus. Die «Schaffhauser Nachrichten» schrieben: «Es ist, um sich milde auszudrücken, erstaunlich, wenn Leute, die bis heute vor politischer Leidenschaftlichkeit nicht zurückgeschreckt sind und unsern Behörden Mangel an Entschlossenheit vorwerfen, für eine nachsichtige Behandlung von Delinquenten eintreten, die sich in schwerster Weise gegen die Sicherheit des Landes vergangen haben... Wir alle müssen hoffen, daß die Vollstreckung der ersten Todesurteile unserer Militärjustiz in der Tat von allergrößter Tragweite sei, nämlich als Warnung und Abschrekkung haltloser und schwacher Mitbürger.»[5] Die «Neue Zürcher Zeitung» meinte: «Man weiß zu gut, wo hinaus die Theorie vom ‹ersten Schuß› in Zeiten des erschütterten Friedens will, um die in dem Satz enthaltene Drohung nicht zu erkennen.»[6] Die «Neue Berner Zeitung» erbrachte den Nachweis, daß sich die Auffassung der «Front» bis in alle Einzelheiten mit der Haltung der «Frankfurter Zeitung» deckte.[7] Einige Monate zuvor hatte sich Johann Baptist Rusch zur gleichen Frage geäußert. Ihm widerstrebte es, Blut fließen zu lassen. Doch verschloß auch er sich nicht der Einsicht, daß die Verworfenen «eines Tages vom Zuchthaus weg im Triumph ins Bundeshaus einziehen» könnten. Um solchen Spekulationen ein Ende zu bereiten, machte er den Vorschlag, die Täter sollten grundsätzlich mit dem Todesurteil bestraft werden, das jedoch «gnadenhalber in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt würde mit der Bedingung, daß die Todesstrafe an ihnen sofort zu vollziehen wäre, wenn das Land von derjenigen Seite angegriffen werden sollte, nach welcher hin sie es verraten haben. Dann haben wir uns nicht ... in jene blutige Strenge verstiegen, die immerhin in jedem andern Staate solchen land- und volksgefährlichen Kerlen gegenüber angewendet würde.»[8] Mit dieser menschlich noblen und politisch klugen Haltung zog sich der Leitartikler der «National-Zeitung» den Zorn des Frontenblattes zu. Rusch, rief es aus, läute «zum Massaker gegen den innern ‹Landesfeind›» und versuche «mit seinen blutrünstigen Sprüchen ... eine Mordpsychose zu schaffen».[9] Diese Anrempelung war

ein «unverhülltes Bekenntnis zu den Landesverrätern».[10] Sie mündete in die Aufforderung aus: «Wenn es ... den lockeren Zeilenschreiber von Ragaz gelüsten sollte, sich gelegentlich einige seiner präsumtiven Opfer auszusuchen, so laden wir ihn zur Besichtigung freundlich auf unsere Redaktion ... ein.»[11] Die «Nation» gab daraufhin die Antwort: «Rusch hat die Todesstrafe nur für Landesverräter gefordert – wenn sich die Redaktoren der ‹Front› dazu zählen, dann wird die Öffentlichkeit sicher mit Interesse von diesem Geständnis Kenntnis nehmen.»[12]

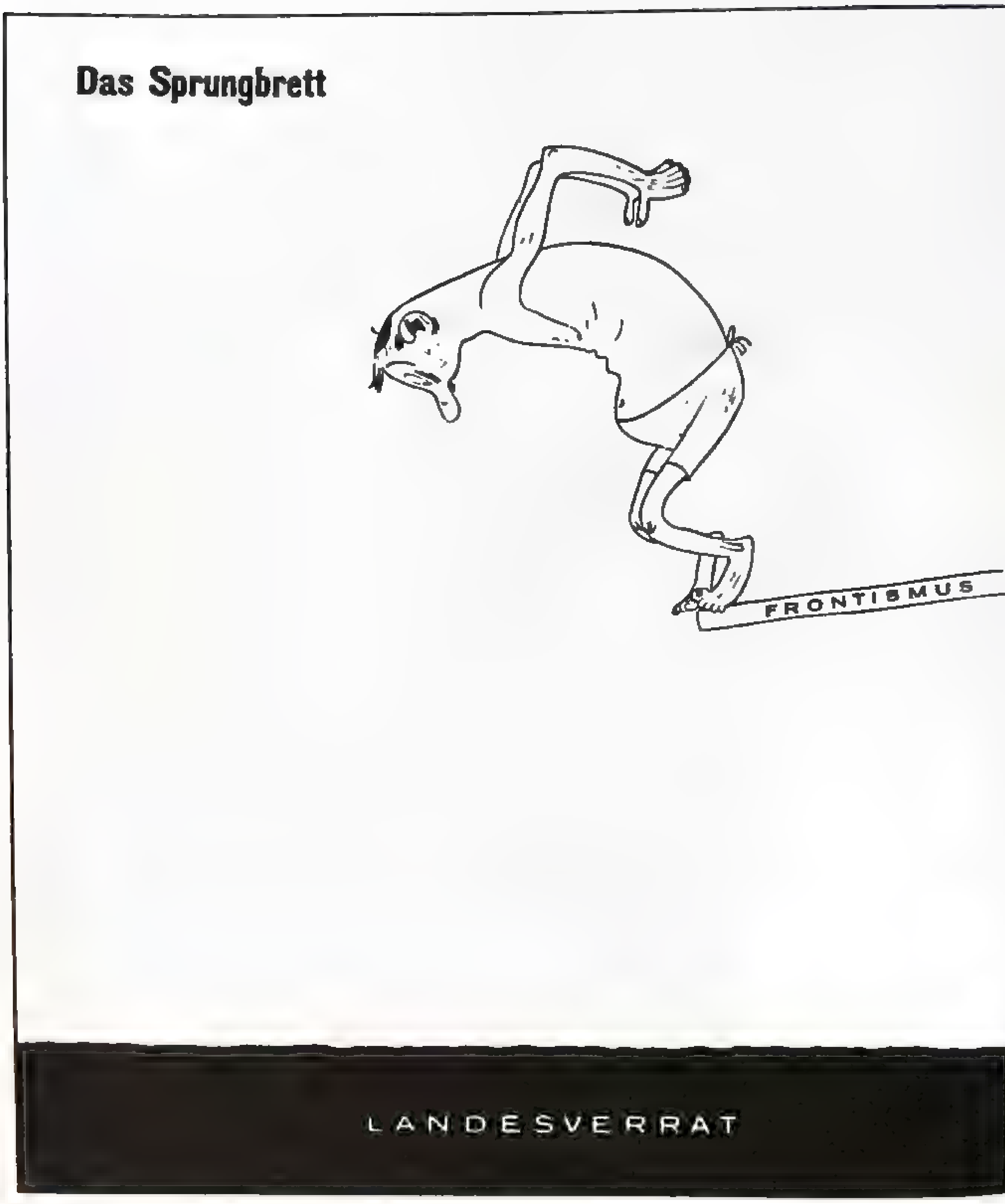
Bald zeigte sich auch, daß zahlreiche Mitglieder der Eidgenössischen Sammlung und der Nationalen Gemeinschaft, darunter einige prominente, in *Landesverratsaffären* verwickelt waren. Mochte die «Front» noch so sehr lamentieren: «Uns Frontisten ist das traurige Schicksal beschieden, zahlreiche traurige Lumpen zu politischen Gegnern zu haben, die – ohne auch nur den Schimmer eines Beweises beibringen zu können – uns als 5. Kolonne im Dienste einer fremden Macht verdächtigen!»[13], die Tatsachen redeten eine andere Sprache.[14] Ein relativ harmloser Fall war noch derjenige eines nationalfrontistischen Korporals aus dem Jahre 1936, der eine geheime Chiffriertabelle an einen deutschen Nationalsozialisten weiterleiten wollte. Er wurde erwischt und zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt.[15] Ein ehemaliger Kassenwart des Gaus Bern der Nationalen Front, der auch nach seinem formellen Austritt aus der Bewegung in engem Kontakt mit dieser blieb, lieferte in den Jahren 1935/36 an deutsche Parteistellen Informationen über politische und militärische Persönlichkeiten der Schweiz.[16] Auch der frühere «Pressechef» des Gaus Bern der Nationalen Front wurde wegen politischen Nachrichtendienstes verurteilt.[17] Während der Kriegszeit häuften sich die Delikte. Ein Nationalfrontist verriet der Gestapo Namen von Agenten des schweizerischen Nachrichtendienstes.[18] Ein anderer händigte der deutschen Spionage einen Schlüssel aus, mit dem man alle Panzertüren eines Befestigungsabschnittes öffnen konnte. Weiter verriet er Artilleriebeobachtungsposten und Festungsanlagen. Nach seiner Verhaftung beging er Selbstmord.[19] Toblers Sekretär auf dem Büro der Nationalen Front wurde in ein schwebendes Landesverratsverfahren einbezogen. Nach seiner Freilassung erstattete er der deutschen Spionageabteilung in Radolfzell Bericht über die ihm in der Untersuchung gemachten Vorhalte.[20] Als zwei Mitglieder der Eidgenössischen Sammlung aus dem Kanton Uri wegen Verletzung militärischer Geheimnisse zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, wusch sich Kamerad

Tobler die Hände in Unschuld,[21] obwohl einer der beiden zu dessen Vertrauensleuten gehört hatte.[22] Ein frontistischer Rechtsanwalt – formell nicht Mitglied der Eidgenössischen Sammlung, jedoch als Wanderredner und geistiger Betreuer von Ortsgruppen für diese tätig sowie als Korrespondent der «Front» und des «Grenzboten» dem frontistischen Journalismus verpflichtet – wurde in Zofingen verhaftet, als er in einer Kundgebung der Tobler-Organisation sprechen sollte. Sofort hielt die «Front» ihre schützende Hand über den im Verdacht des Landesverrats stehenden Mitarbeiter: «Wir sind davon überzeugt, daß sich Wolf X. niemals einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Sein Charakter und sein Glaube an die Eidgenossenschaft hätten ihn jederzeit von einer solchen Handlung abgehalten. Die voreiligen Anschuldigungen, die in einem Teil der Presse gegen ihn erhoben worden sind, müssen daher in aller Schärfe zurückgewiesen werden... Einmal mehr zeigt sich hier das verantwortungslose Verhalten gewisser Redaktionen, die beim bloßen Vorliegen einer Verhaftung einen in allen Ehren stehenden Menschen gleich als überführten Verräter verleumden, dann aber, wenn die Untersuchung die Schuldlosigkeit des Verhafteten oder doch die Geringfügigkeit einer allfälligen Schuld ergibt, sich der Pflicht, einen angerichteten Schaden wieder gutzumachen, feige entziehen.»[23] Die «Geringfügigkeit» des Vergehens bestand darin, daß der Verhaftete als Verteidiger der beiden frontistischen Landesverräter aus dem Kanton Uri mit militärischen Geheimnissen vertraut gemacht wurde, die er dann prompt dem Dritten Reich verriet. Für diesen Vertrauensbruch, den er offenbar mit seiner Berufsehre vereinbaren konnte, wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.[24] «Aus dem reizenden Wölfchen», schrieb das «Volksrecht», «ist mit den Jahren ein reißender Wolf geworden.»[25] Ein «Front»-Redaktor zeichnete in einem Exemplar des Schaffhauser Staatskalenders eine Reihe von antifrontistischen und antinazistischen Politikern an.[26] Was das im Falle einer Denunziation bei einem deutschen Einmarsch für die Betroffenen bedeutet hätte, konnte sich jedermann an den Fingern abzählen. Ein Gauführer der Nationalen Front und der Nationalen Gemeinschaft stand mit Klaus Hügel vom SS-Sicherheitsdienst in Stuttgart[27] und mit Vertretern des «SS-Außendienstes» in persönlichem Kontakt. Er nahm geheime Aufträge entgegen, die politischen Nachrichtendienst – vor allem Informationen über die Erneuerungsbewegungen – betrafen, und ließ sich für seine Meldungen vom Sicherheitsdienst in Stuttgart 600 bis 800 Franken ausbezahlen. Der Frontenführer, der

wegen seiner zahlreichen Grenzübertritte auch «Schwabengänger» bezeichnet wurde, weigerte sich indessen, militärischen Nachrichtendienst zu betreiben, da dieser in der Schweiz schwer geahndet würde, doch sind ihm bei den zahlreichen Besprechungen in Büsingen auch Angaben, die die Armee betrafen, «durch die Latte» gegangen. Er wurde wegen seiner Umtriebe zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.[28] In den Jahren 1942 und 1943 wurden mindestens vier Angehörige der Eidgenössischen Sammlung oder der Nationalen Gemeinschaft wegen landesverräterischer Umtriebe zum Tode verurteilt. Ihrer drei wurden erschossen, der vierte hatte sich noch rechtzeitig durch Flucht nach Deutschland der Strafe entziehen können.[29] Einer der Hingerichteten hatte «seinen Dienstkameraden ... veranlaßt, ihm Angaben über die militärischen Sicherungsmaßnahmen eines unserer mächtigsten Verteidigungsabschnitte mit vollständiger Darstellung aller Einzelheiten in sachlicher und persönlicher Hinsicht auszuliefern ... und sie im Bewußtsein ihrer Bedeutung bei einem Angriff gegen die Schweiz an das Ausland weitergegeben.»[30] Im gleichen Zeitraum wurden wegen ähnlicher Vergehen mindestens vier Nationalfrontisten zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt.[31]

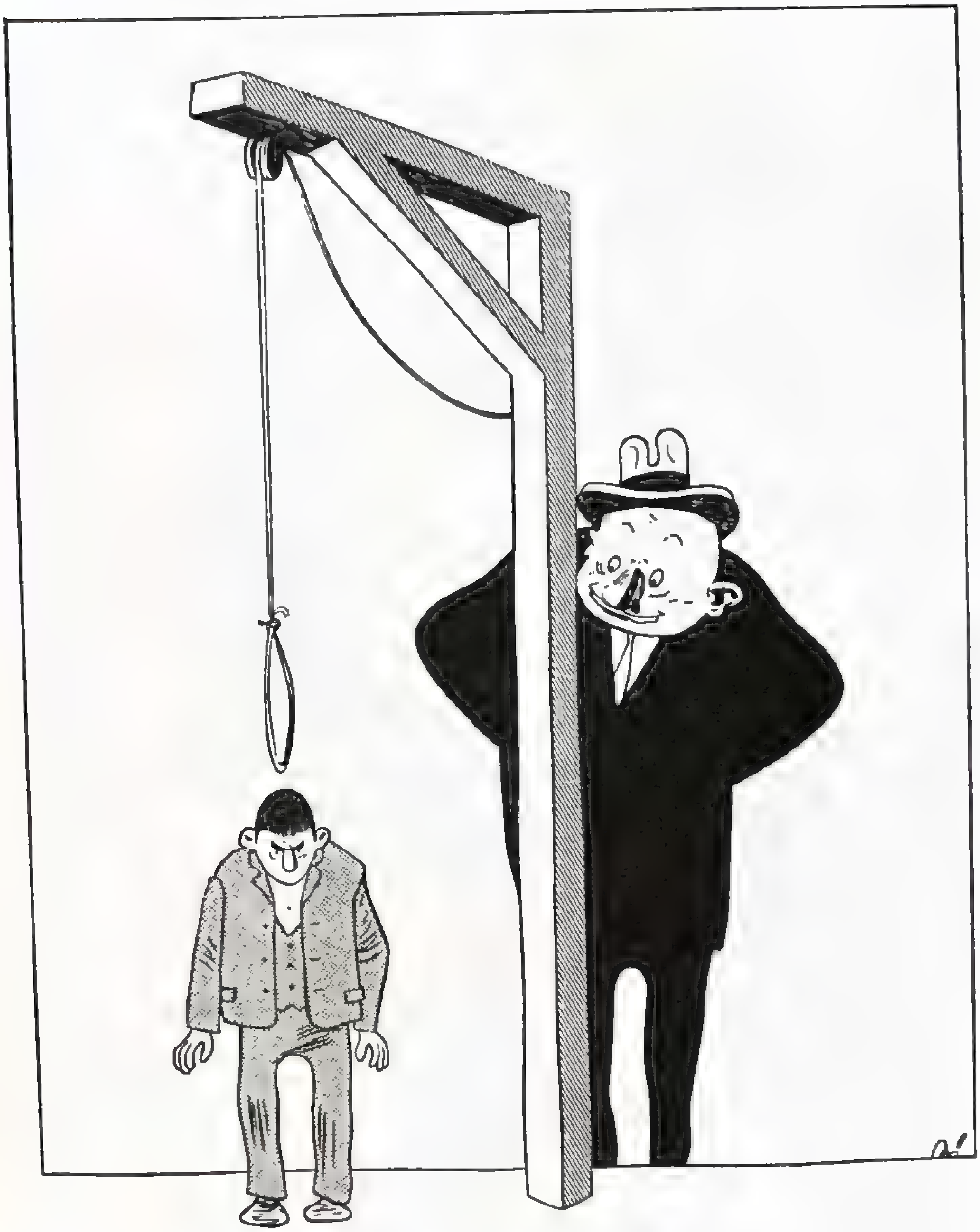
Landesverräterische Subjekte waren in fast allen Sektionen der Eidgenössischen Sammlung am Werk. 1943 befanden sich in Untersuchungshaft oder waren schon verurteilt worden: 9 Mitglieder der Ortsgruppe Bern, 16 der Ortsgruppe Basel und 30 der Ortsgruppe Zürich.[32] Bis zum Kriegsende wurden 23 Anhänger der Nationalen Gemeinschaft Schaffhausen wegen Spionage verurteilt, ihrer sechs konnten vor der Verhaftung nach Deutschland entkommen, während neun weitere Nationalfrontisten auf legale Weise ins Land ihrer Träume hinüberzogen.[33] Haufenweise waren «die landesverräterischen Blasen aus dem frontistischen Sumpf» aufgestiegen.[34] Das Schaffhauser Bezirks- und das Kantonsgericht sowie das Bundesgericht in Lausanne stellten übereinstimmend fest, die Frontenbewegung sei «durch die zahlreichen Prozesse aufs schwerste kompromittiert» und brauche sich daher nicht zu beklagen, wenn sie als «*Vorbereitungsklub für späteren Landesverrat*» bezeichnet werde.[35]

Es war in der Tat kein Zufall, daß gerade aus dem frontistischen Milieu so viele eidbrüchige «Eidgenossen» hervorgegangen waren. Der beim Führerkreis genossene Unterricht – die überbordende Kritik an den politischen Einrichtungen der Schweiz, die blinde Voreingenommenheit für das Dritte Reich, die Nachahmung nazistischer Versammlungs- und Agitationsmethoden, die Übernahme des na-



Das Sprungbrett

tionalsozialistischen «Glaubensbekenntnisses», die Wallfahrten in den gelobten Nazistaat, die organisatorischen und finanziellen Bindungen an Partei- und Amtsstellen des Deutschen Reichs und schließlich die offene Spekulation auf Hitlers Sieg – mußte sich als Brutstätte landesverräterischen Handelns herausstellen. «Es ist ... nicht zu verkennen», erklärte der Armeeauditor im Jahre 1943, «daß die achsenfreundliche und gleichzeitig unsere neutrale Grundhaltung, unsere nationalen Eigenheiten wie auch unsere Behörden bekämpfende Schreibweise der ‹Front› und des ‹Grenzboten› wesentlich zur Unterminierung vaterländischer Gesinnung beitragen und damit viele schweizerische Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie in eine Geistesverfassung bringen oder sie darin bestärken, daß sie innerlich zu Verratshandlungen geneigt werden» und «das Verwerfliche derselben in den Hintergrund treten lassen.»[36] Die vorwiegend juristisch geschulte *Führerschaft der Frontisten* verfügte zwar größtenteils über die nötige Schlauheit, dem Strafrichter nicht ins Garn zu laufen. Aber sie konnte sich einer *moralischen Mitverantwortung* für die verbrecherischen Taten ihrer Gefolgsleute nicht entschlagen. Der einfache Angestellte der Zürcher Verkehrsbetriebe und der jugendliche Bäcker in einem Schaffhauser Unternehmen – um nur zwei Frontisten zu nennen, die ihre Verrätereien mit dem Tode bezahlen mußten – hatten schließlich nur aus dem von ihren Führern gepredigten Nazigeist heraus gehandelt. Was Willy Bretscher bei anderer Gelegenheit den Verantwortlichen der Frontenbewegung vorgehalten hatte, traf in weit höherem Maße auf die landesverräterischen Umtriebe zu: «Wenn die jungen Leute», hatte Bretscher geschrieben, «Grund hätten, den Führern der Nationalen Front mit Goethes Worten zu sagen: ‹Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein!›, so würden wir die Herren nicht um die Ruhe ihres Gewissens beneiden.»[37]



Wegen Landesverrat - - -

Strafe trifft verführte Toren,
Hintermann bleibt ungeschoren!

VII. Die Behörden schreiten ein

Es lag auf der Hand, daß man den Frontismus, der nach den Worten des Armeeauditors der Verräterei geistig Vorschub leistete,[1] nicht mehr länger frei gewähren lassen konnte. *Behördliche Maßnahmen* drängten sich auf. Der Bundesratsbeschluß vom 9. Juli 1940, der eine polizeiliche Genehmigung aller öffentlichen und geschlossenen politischen Versammlungen vorschrieb,[2] war der erste Schritt, um die Frontenbewegung unter Kontrolle zu bringen. Während man den demokratischen Parteien Pauschalbewilligungen für die Dauer eines Jahres erteilte, mußten die rechtsextremen Organisationen für jede Veranstaltung ein besonderes Gesuch einreichen. Die Genehmigung desselben war in der Regel mit der Auflage verbunden, daß ein oder mehrere Vertreter der Polizeibehörde an der Veranstaltung teilnahmen und über die Verhandlungen ein Protokoll aufnahmen. Das war der Fall an den öffentlichen Kundgebungen, die die Eidgenössische Sammlung am 23. August, 20. September und 25. Oktober 1940 in Zürich durchführte. An der dritten Veranstaltung überschritt der Referent Tobler «das Maß der zulässigen Redefreiheit, indem er Maßnahmen militärischer Natur einer nicht statthaften Kritik unterzog».[3] Der Zürcher Regierungsrat verbot daher am 5. November 1940 der Toblerschen Bewegung, weiterhin öffentliche Versammlungen durchzuführen. Sie durfte fortan nur noch geschlossene Veranstaltungen organisieren.[4] Diese Regelung erfuhr nach der Landsgemeinde vom 19. April 1942 in Zürich eine weitere Einschränkung. An dieser Tagung hatten die Teilnehmer der in Rußland gefallenen deutschen Soldaten gedacht und sich zu deren Ehren von ihren Sitzen erhoben.[5] Polizeidirektor Briner qualifizierte ein solches Verhalten als neutralitätswidrig und gestattete hinfort der Eidgenössischen Sammlung nur noch geschlossene Mitgliederversammlungen.[6] Seine Organe führten von nun an Türkontrollen durch und gewährten nur den mit einem Parteiausweis versehenen Frontisten Einlaß in das Versammlungslokal. Damit war vor allem den «Freunden der Erneuerer» der Riegel geschoben. Es handelte sich hierbei um Leute, die mit der Frontenbewegung insgeheim sympathisierten, sie auch finanziell unterstützten, aber «nicht offen und aktiv» zu ihr stehen wollten.[7] Diese hatten sich nun darüber zu entscheiden, ob sie ihre Tarnung ablegen und der Eidgenössischen Sammlung beitreten oder aber den frontistischen Veranstaltungen fernbleiben wollten. Die Polizei verband mit ihrer Türkontrolle noch eine weitere Absicht: die Erstellung einer mehr

oder weniger vollständigen Mitgliederliste der Eidgenössischen Sammlung.

Auch die Basler Frontisten gedachten an ihrer Versammlung vom 16. Juli 1942 der Rußlandkämpfer. Einer ihrer Kameraden war im Osten gefallen. Der Verstorbene – betonte der Versammlungsleiter – habe sich «an der Ostfront nicht für die alte, sondern für die neue Schweiz im neuen Europa geopfert».[8] Der Vorsteher des baselstädtischen Polizeidepartementes erließ daraufhin ein allgemeines Veranstaltungsverbot für die Eidgenössische Sammlung.[8] Dieselbe Maßnahme ergriffen der St. Galler Regierungsrat im Dezember 1942 für die Nationale Opposition und der Schaffhauser kantonale Polizeidirektor im Januar 1943 für die Nationale Gemeinschaft.[9] Nachdem Carl Meyer, der Leiter der Schaffhauser Bewegung, an einer Kundgebung vom 30. März 1941 sich in offenen Drohungen gegenüber seinen Gegnern ergangen hatte,[10] verhängte der Bundesrat am 9. Juni 1941 über ihn ein Redeverbot «in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen über politische, wirtschaftliche und militärische Gegenstände des In- und Auslandes».[11]

Stoff zur Diskussion gab auch die Frage, ob und wieweit sich ein *frontistischer Staatsangestellter* zur Loyalität gegenüber seinem Arbeitgeber verpflichtet fühle. Der *Basler* Regierungsrat stellte sich auf den Standpunkt: «Die Staatsbediensteten sollen Sicherheit gewähren für einen geordneten Gang der Verwaltung, für eine treue und gewissenhafte Pflichterfüllung im Interesse des ... Staates. Das ... kann von Mitgliedern einer Partei nicht erwartet werden, die für diesen Staat ausschließlich Kritik und Hohn übrig hat und deren Hauptziel die Beseitigung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung darstellt. Eliminierung solcher Personen aus dem Staatsdienst ist deshalb nicht nur nicht willkürlich, sondern als selbstverständlicher Akt des staatlichen Selbstschutzes wohl begründet.»[12] Aufgrund eines vom Volke gutgeheißenen Gesetzes vom 1. September 1938[13] erklärte daher der Regierungsrat am 12. Dezember 1938 die Zugehörigkeit zur Nationalen Front als unvereinbar mit einer Anstellung im Basler Staatsdienst.[14] Das Bundesgericht, an das die Nationale Front mit einer staatsrechtlichen Beschwerde gelangt war, machte sich den Rechtsstandpunkt der Basler Regierung zu eigen. Es gälten, argumentierte es, für den staatlichen Beamten besondere Schranken. Diese «bestehen darin, daß den öffentlichen Bediensteten ... untersagt werden darf, Vereinen anzugehören, welche sie an der Erfüllung ihrer allgemeinen Treuepflicht gegenüber dem Staat und an der gewissenhaften Wahrung

seiner Interessen ... hindern oder hindern können». Solchen Vereinigungen sei die Nationale Front zuzuzählen. Sie lehne die demokratische Staatsform und die persönlichen Freiheitsrechte ab und wolle einen autoritären, einen nationalsozialistischen Staat errichten. Wer aber den Staat in seiner bestehenden Form verwerfe, hasse und verhöhne, sei nicht in der Lage, ihm geistig und physisch zu dienen, und gehöre daher nicht in den Beamtenstab.[15] Am 20. Dezember 1940 dehnte dann der Regierungsrat den Beschluß vom 6. Dezember 1938 auf die Eidgenössische Sammlung als Tochterorganisation der Nationalen Front aus.[16]

Das Basler Beispiel machte in einem andern Kanton Schule. Am 14. November 1938 reichte Bauernsekretär Schmid-Ammann im *Schaffhauser* Großen Rat eine Motion ein, die die im Kanton Baselstadt eingeführte Praxis auch im Kanton Schaffhausen zur Anwendung bringen wollte. Vor allem sollten bei der Wahl der Lehrer aller Schulstufen und bei der Besetzung der richterlichen und polizeilichen Stellen nur solche Bewerber berücksichtigt werden, die neben ihrer beruflichen Tüchtigkeit sich auch darüber auswiesen, daß sie eindeutig den schweizerischen Staatsgedanken bejahten und zuverlässig auf dem Boden der Demokratie stünden. Gleichzeitig sollte der Regierungsrat beim Eidgenössischen Militärdepartement vorstellig werden, damit die Armee von frontistisch-nationalsozialistischen Elementen gesäubert werde.[17] In der Begründung seines Vorstoßes wies der Motionär darauf hin, daß auch der demokratische Staat auf die Treue und den guten Willen seiner Funktionäre angewiesen sei. Das könne aber von einem fanatischen Frontisten nicht erwartet werden. Nachdem der Motionär auf Wunsch der freisinnigen Fraktion die Erklärung abgegeben hatte, auch allfällige Kommunisten seien aus dem Staatsdienst zu entfernen, wurde die Motion oppositionslos dem Regierungsrat überwiesen.[18] Dort ruhte sie jahrelang in einer Schublade, ohne je wieder in Gestalt einer Gesetzesvorlage das Tageslicht zu erblicken. Auch eine Interpellation Bringolf aus dem Jahre 1940, die sich über deren Schicksal erkundigte,[19] vermochte ihr nicht zu einer Auferstehung zu verhelfen. Eine ähnliche von sozialistischer Seite im Großen Stadtrat eingebrachte Motion wurde am 3. Februar 1939 aus nicht ganz durchsichtigen Gründen von bürgerlicher Seite bekämpft, jedoch mit den Stimmen der sozialistischen Ratsmehrheit dem Stadtrat überwiesen.[20] Da aber auf kantonalem Boden nichts geschah, blieb auch diesem Vorstoß die Wirkung versagt.[21]

Die Intervention des bäuerlichen Politikers zielte in erster Linie auf die exponierte Stellung des Reallehrers *Carl Meyer* ab, der als Berufsmann nicht, als Politiker dagegen sehr umstritten war. Schon öfters waren Stimmen laut geworden, die nach Entfernung des Schaffhauser Gauführers aus dem Schuldienst gerufen hatten.[22] Aber immer wieder hatte sich der Angefochtene behaupten können. Als im Spätherbst 1940 seine Wiederwahl für eine weitere achtjährige Amtsdauer zur Diskussion stand, wurde er von dem als kollektives Wahlgremium fungierenden Erziehungs- und Stadtschulrat gegen die Stimmen zweier Sozialisten und zweier Bürgerlicher im Amte bestätigt.[23] Erst eine Einsendung der «Arbeiter-Zeitung» vom 12. November 1942 brachte den Stein ins Rollen. Sie stellte – zunächst im Sinne einer Anfrage – die Behauptung auf, Carl Meyer habe im Lehrerzimmer den Ausspruch getan: «Gottlob hämmer no gnueg Bäum!», um nämlich diejenigen daran aufzuknüpfen, die im Falle eines feindlichen Einmarsches Widerstand leisteten und daher gehängt werden müßten.[24] Diese Publikation löste eine freisinnige Interpellation im Großen Rat aus, die sich darüber erkundigte, ob die Regierung nicht eine Entlassung des Reallehrers für angezeigt erachte.[25] In seiner Antwort verneinte der Erziehungsdirektor die Frage. Carl Meyer gebe in seiner Schulführung zu keiner Beanstandung Anlaß. Was sein politisches Verhalten betreffe, so hätten es die polizeilichen Organe nie für nötig gehalten, gegen ihn vorzugehen. Aus diesen Gründen komme eine Entlassung nicht in Betracht. Mit diesem Bescheid gab sich der Große Rat nicht zufrieden. Er stimmte mit 48 gegen 0 Stimmen einer Resolution Bringolfs zu, die Carl Meyer «als untragbar für unsere Schule» bezeichnete.[26] Von dieser Willenskundgebung nahm der Erziehungsrat in seiner Sitzung vom 19. Februar 1943 Kenntnis. Gestützt auf Artikel 63 des kantonalen Schulgesetzes, wonach Lehrer, die sich irgendwelche auf die Schule nachteilig auswirkende Handlungen zuschulden kommen lassen, Suspension oder Absetzung zu gewärtigen hätten, beschloß die kantonale Erziehungsbehörde die sofortige Entlassung des umstrittenen Funktionärs.[27] Damit war der Gauführer *auf die Straße gestellt.* Gleichzeitig war eine Voraussage des frontistischen Politikers in Erfüllung gegangen. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs hatte Meyer die Ansicht vertreten, angesichts der außenpolitischen und militärischen Erfolge des Dritten Reichs dürften die Schaffhauser Erneuerungswahlen des Jahres 1940 die «letzten Bestätigungswahlen» des Systems sein.[28] Er hatte dabei an die Bestätigung der Regierungs-, Stadt- und Kantonsräte in ihren Ämtern

gedacht, an die Wiederwahl der «Systemspolitiker», die seiner Meinung nach bald von der politischen Bühne abzutreten hätten. Er hatte aber nicht an seine eigene Person gedacht, die sich als staatlicher Funktionär ebenfalls einer Bestätigungswahl zu unterziehen hatte – der letzten, wie es sich in der Folge erweisen sollte.

Seine Entlassung hatte der Schaffhauser Gauführer in erster Linie seinem *eigenen Verhalten* zuzuschreiben. Immerhin mußte ihm zugebilligt werden, daß er mit grimmiger Entschlossenheit die Konsequenzen seiner sturen, ja fanatischen Haltung auf sich nahm. Carl Meyer gehörte nicht zu jenen, die sich bis in die vierziger Jahre hinein am Frontismus festklammerten, um sich dann nach der Wendung des Kriegsglücks als politisches Chamäleon zu erweisen, das möglichst bald wieder in allen Ehren und Rechten eingesetzt sein wollte. Auch war das Vorgehen des Regierungsrates nicht über alle Zweifel erhaben. Dieser hätte besser getan, der Motion Schmid-Ammann beizeiten Folge zu leisten. Dann wäre der frontistische Politiker aufgrund einer sauberen Rechtslage und nicht infolge einer Denunziation aus seiner beruflichen Stellung verdrängt worden. Schließlich zeichnete sich der Erziehungsrat nicht durch besondere Zivilcourage aus. Erst auf Druck des Großen Rates hin und nach dem Ausgang der Kämpfe um El-Alamein und Stalingrad, als sich die Sieger des Zweiten Weltkrieges abzuzeichnen begannen, wagte er es, einen Entscheid zu fällen. Im Jahre 1940 wäre ihm die Rolle des starken Mannes entschieden besser angestanden.

Mit der Entlassung des Gauführers war die Frage noch nicht geklärt, ob die *Drohung mit den Bäumen* tatsächlich geäußert worden war. Meyer bestritt dies aufs hartnäckigste. Er strengte einen Prozeß gegen den Denunzianten an, einen Kollegen, mit dem er seit Jahren verfeindet war. Letzterer «konnte den strikten Nachweis dafür, daß Meyer den Ausspruch wirklich getan hatte, nicht erbringen». Dennoch stellte der Schaffhauser Bezirksrichter, der den Rechtsstreit zu beurteilen hatte und dafür bekannt war, daß er es mit seinem juristischen Gewissen sehr genau nahm, fest, eine Reihe von Gründen sprächen für die Wahrscheinlichkeit, daß Meyer die ihm zur Last gelegte Bemerkung gemacht habe. Der Gauführer sei als Politiker eine gewalttätige Natur, die auch nicht vor offenen Drohungen gegenüber ihren Gegnern zurückschrecke.[29] Auch habe er die nationalsozialistischen Gewaltmethoden im Ausland gebilligt und in einer Zürcher Rede zur Judenfrage mit den Worten Stellung genommen: «Ich will über das Volk Israel nicht viel sagen. Das meiste ist getan

und der Rest wird nachkommen. Man soll über einen Toten nichts Böses sagen.»[30] Dieser Äußerung könne man entnehmen, daß der Ankläger Meyer für die Erledigung einer ganzen Volksgruppe nur Worte des Hohns und Triumphs, nicht aber solche des Mitgefühls und der Mißbilligung finde. So sei ihm auch der Ausspruch von den Bäumen ohne weiteres zuzutrauen. Seiner Klage sei daher keine Folge zu leisten.[31] Im gleichen Sinne ließ sich auch das Kantonsgericht vernehmen.[32] Damit hatte der Richter das Urteil über *frontistische Gewaltmethoden* gesprochen.

Ziemlich willkürlich dagegen war die *Entlassung* zweier *Deutschlehrer* des *Unterseminars Küsnacht*, die der Zürcher Regierungsrat im Oktober 1945 vornahm. Zwar konnte den Gemaßregelten, die nicht der Eidgenössischen Sammlung angehört hatten, nationalsozialistische und antisemitische Tendenzen in ihrem Verhalten außerhalb der Schule nachgewiesen werden. Mit guten Gründen durfte der Regierungsrat von seinen Beamten verlangen, daß sie den demokratischen Staat, dem sie dienten, im Prinzip bejahten. Vor allem von einem Mittelschullehrer, der junge Menschen zu verantwortlichen Bürgern heranzubilden hatte, durfte eine positive Staatsgesinnung erwartet werden. Man konnte daher keiner Behörde einen Vorwurf machen, wenn sie nationalsozialistische oder kommunistische Lehrer aus ihren Ämtern entfernte. Ungebührlich im Falle der beiden Seminarlehrer war indessen die Art und Weise, wie die Zürcher Regierung vorging. Die undemokratischen Ansichten der beiden Professoren waren der Öffentlichkeit seit Jahren bekannt. Ein Vorstoß im Zürcher Kantonsrat wollte den Regierungsrat bereits im Frühling 1943 zum Handeln antreiben. Damals und in den folgenden Kriegsjahren stellte sich aber Dr. Robert Briner, der von der Polizei- zur Erziehungsdirektion hinübergewechselt war, schützend hinter die beiden angefochtenen Lehrer.[33] Er ließ sie erst fallen, als der Nationalsozialismus am Boden lag und die gemaßregelten Lehrer mit ihrer Einstellung keinen Schaden mehr stiften konnten. Dergestalt hatte sich der Erziehungsdirektor vom «Schönfärber» zum «Schwarzmaler» durchgemausert. Unerträglich war es ferner, daß der Regierungsrat mit seinem Beschluß, der nur durch Stichentscheid des Präsidenten zustandegekommen war, die Rechtsgleichheit verletzte. Obwohl ihm bekannt war, daß nicht nur die beiden Deutschlehrer am Unterseminar, sondern auch ein Fachkollege und ein Geschichtsprofessor an der Oberrealschule Zürich nationalsozialistischen Gedankengängen huldigten, kamen die beiden letzteren ungeschoren davon. Die Regierung

mußte daher im Kantonsrat den Vorwurf einstecken, sie habe mit ungleichen Ellen gemessen. «Die ganze Angelegenheit», urteilte Kantonsrat Hermann Häberlin, «wird als eine von politischer Leidenschaft und menschlicher Unzulänglichkeit erfüllte Tragödie in die Geschichte des Kantons Zürich eingehen».[34]

VIII. Das Ende

Die Frontisten waren durch Versammlungsbeschränkungen, Rede- und Zeitungsverbote in ihrer *Tätigkeit stark beschnitten.* Sie führten darüber bewegte Klage: «Wer heutzutage ... die Politik der Regierung kritisiert, ... läuft Gefahr, daß ihm die Polizei ins Haus fällt, Kisten und Kasten durchwühlt, Verhöre anstellt über Dinge, die sie nichts angehen, und sogar zur Verhaftung schreitet... Die schweizerische Demokratie funktioniert nicht mehr... Die Pressefreiheit besteht nicht mehr. Die Versammlungs- und Vereinsfreiheit ist aufgehoben. Das Post- und Telefongeheimnis ist durchbrochen... Das Hausrecht wird verletzt.»[1] Von den Freiheitsrechten des Volkes bleibe nichts mehr übrig. Die Erneuerer müßten ein Dasein «unter Ausschluß der Öffentlichkeit» fristen. In einer Eingabe vom 23. Oktober 1941 an den Bundesrat kritisierte die Eidgenössische Sammlung die Praxis der kantonalen Polizeidirektoren und verlangte eine Pauschalbewilligung für ihre Versammlungstätigkeit, wie dies den andern Parteien zugestanden werde.[2] Der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat von Steiger, leistete dem Begehren keine Folge. Er billigte das Verhalten der kantonalen Instanzen und weigerte sich, über deren Kopf hinweg konkrete Anordnungen zu treffen. Die Behauptung, daß den alten Parteien eine Monopolstellung eingeräumt, neue Ideen dagegen unterdrückt werden sollten, vermöge einer ernsthaften Prüfung nicht standzuhalten. Dagegen hätten Ermittlungen ergeben, «daß die Absichten, das Verhalten und die Äußerungen» der Frontisten «hart an der Grenze des Erlaubten» stünden. «Abschätzige Erörterungen über die schweizerischen demokratischen Einrichtungen und die Kritik an der Handhabung der Neutralität, die bis zur Forderung der Aufgabe derselben geht, geben zu den schwersten Bedenken Anlaß.» Das Polizei- und Justizdepartement spreche daher die ernste Ermahnung aus, die Eidgenössische Sammlung möge ihren Mitgliederbestand von staatsgefährlichen Elementen säubern. Andernfalls müßte sie sich auf ein Totalverbot der Bewegung gefaßt machen.[3] In einer amtlichen Verlautbarung wurden diese Erwägungen auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben.[4]

Die Eidgenössische Sammlung weigerte sich indessen, die vom Bundesrat verlangte Säuberung vorzunehmen. Eine solche «Zumutung ... müssen wir, als gegen unsere Kameradschaft und gegen unser soldatisches Empfinden gerichtet, in aller Schärfe zurückweisen.»[5]

Auch führte die Front ihre Kampagne um Gewährung größeren Spielraums fort. Im März 1942 veröffentlichte sie unter dem Stichwort «*Geben Sie Gedankenfreiheit!*»[6] den Text einer Petition, die sie dann am 3. Juli mit 3995 Unterschriften der Bundeskanzlei einreichte.[7] Die Bittschrift machte den Bundesrat auf den bedrohlichen Zustand aufmerksam, der darin bestehe, daß der Grundsatz der Rechtsgleichheit durchbrochen und die Freiheitsrechte der Individuen und der kollektiven Körperschaften durchlöchert seien. Die Landesregierung möge ungesäumt zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren und die Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit, soweit sie nicht militärische oder andere Geheimnisse tangiere, in vollem Umfang wiederherstellen.[8] Die gleichen Begehren enthielt eine Eingabe, die Tobler Anfang Juni 1942 an die Bundesversammlung richtete: «Wir fordern die Freiheit, um uns für unser rechtmäßiges Ziel mit rechtmäßigen Mitteln einzusetzen... Wir verlangen, daß uns das gleiche Maß Gesinnungsfreiheit, Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit zuerkannt werde wie den Eidgenossen anderer politischer Richtung.»[9]

Die *Reaktion der Schweizerpresse* auf diese Eingaben war eine einheitliche: Die «die Demokratie mit Morgenstern und Harus bekämpfenden Fröntler» gäben sich nur so lange als Freunde der Freiheit aus, bis sie die Macht besäßen, dieselbe abzuschaffen.[10] Es sei ihnen deshalb das Wort eines französischen Pamphletisten des 19. Jahrhunderts in den Mund zu legen: «Quand je suis plus faible, je vous demande la liberté parceque tel est votre principe; mais quand je suis plus fort, je l'ôte, parceque tel est le mien.»[11] Die schweizerischen Freiheitsrechte seien nun einmal nicht dazu da, um von den prinzipiellen Gegnern unserer demokratischen Verfassung mißbraucht zu werden. Das würden die Frontisten allerdings schwerlich begreifen. Aber sie «verstehen es vielleicht besser, wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß es in dem Europa, zu dem sie hinstreben, diese Gedankenfreiheit ja gerade nicht gibt, und zwar grundsätzlich nicht. Warum also gerade hier rütteln, wenn doch die ‹herrschenden Parteien› auf diesem Gebiete die Angleichung an das ‹erneuerte Europa› bereits vollzogen haben?»[12]

Unpolemisch und differenziert war die den Rechtsstandpunkt exakt erläuternde *Antwort des Bundesrates* auf die frontistische Petition. Einleitend stellte die Landesregierung fest, daß durch den Vollmachtenbeschluß der eidgenössischen Räte vom 30. August 1939[13] für die Dauer des Notstandes «manche Freiheitsrechte eingeschränkt worden» seien, allerdings nur so weit, als dies «zur Behauptung der

Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz erforderlich» sei. «Zur Erhaltung des Staatswesens sind in Zeiten schwerer Gefahr außerordentliche Maßnahmen unumgänglich, die auch in verfassungsmäßige Individualrechte eingreifen können.» Denn die «Individualrechte haben den Bestand unseres Staatswesens zur Voraussetzung. Es kann nicht der Sinn unserer Bundesverfassung sein, daß die Individualrechte auch in Zeiten schwerer Gefahr unter allen Umständen unangetastet bleiben müßten.» Ihrem Bestand sei auf die Dauer besser gedient, wenn durch ihre momentane Einschränkung die Erhaltung der Eidgenossenschaft und damit der Freiheit als Ganzes ermöglicht werde. «Die Bundesbehörden würden ihre Pflicht, ... für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz zu wachen, ... verletzen, wenn sie es unterließen, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die gefahrvolle Zeit zu überbrücken und so die schweizerische Demokratie zu erhalten.»[14] Mit dieser Darstellung des grundsätzlichen Standpunktes wurde, ohne sich «mit den frontistischen Verteidigern der ‹verfassungsmäßigen Freiheitsrechte des Schweizervolkes› in eine unfruchtbare Auseinandersetzung einzulassen»,[15] der *staatsgefährliche Charakter der Frontenbewegung* bloßgestellt. Denn die Berufung des Bundesrates auf seine Pflicht, im Interesse der Landessicherheit gegen gewisse Individualrechte, darunter auch diejenige der Agitationsfreiheit der Frontisten, einzuschreiten, konnte letztlich nur besagen, daß das Treiben der Erneuerer die Existenz des Staates gefährden mußte.

Immer zahlreicher wurden die Stimmen, die nach einem *Verbot der Eidgenössischen Sammlung* riefen. Die «Basler Nachrichten» meinten: «Es wäre nicht überraschend, wenn die Verfechter der totalitären Ideen, die für sich Aktionsfreiheit verlangen und gleichzeitig das ‹Judentum› aus dem Kulturleben der Schweiz ausschalten wollen, diese Frucht des von Bescheidenheit unbelasteten Schrittes einernten würden.»[16] Zwei Kleine Anfragen, im Basler Großen Rat und im Nationalrat eingereicht,[17] befaßten sich mit einem allfälligen Verbot der Frontenorganisation. Auf stärksten Widerhall stieß eine Interpellation des jungen Luzerner Liberalen Kurt Bucher in der Wintersession 1942 des Nationalrates. Das Aufsehen, das diese parlamentarische Anfrage erregte, war nicht zuletzt auf das Vorgehen des Bundesstadtkorrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung», Professor Karl Webers, zurückzuführen. Dieser veröffentlichte im Morgenblatt desjenigen Tages, an welchem die Interpellation zur Behandlung kam, einen Leitartikel unter dem Titel «Die schiefe Ebene»,[18] in dem

er den Vorstoß seines Parteifreundes – ohne denselben auch nur mit einem Worte zu erwähnen – auf wirkungsvolle Weise unterstützte. Karl Weber verwies auf die «Zusammenhänge zwischen Frontismus und Landesverrat» und richtete an die verantwortlichen Behörden die Frage, wann denn endlich «mit der Eidgenössischen Sammlung aufgeräumt werde». Die gleiche Frage beschäftigte zur gleichen Stunde das Plenum der Volkskammer. Gegenüber Leuten, führte der Interpellant aus, die ihren Fahneneid gebrochen hätten oder einer solchen Widersetzlichkeit Vorschub leisteten, wäre Milde fehl am Platz. Auch sei nicht zu erwarten, daß die Frontenführer, einmal ans Ruder gekommen, die Gebote der Freiheit, der Demokratie, der Toleranz und der Humanität befolgen würden. «Es ist doch wohl niemand weniger dazu legitimiert, Don Carlos zu zitieren und sich in die Rolle eines Marquis Posa zu versetzen als alt Nationalrat Dr. Robert Tobler und seine Mit- und Nachläufer.» Ein Verbot der Eidgenössischen Sammlung wäre in jeder Hinsicht angezeigt.[19] Bundesrat von Steiger, der die Interpellation beantwortete, kam zum Schluß, daß «zur Zeit von einem Verbot abgesehen werden sollte.» Er stützte sich dabei auf die Erwägungen der Bundesanwaltschaft, die die Tätigkeit der Frontisten leichter überwachen konnte, solange sich diese noch einigermaßen bei Tageslicht abspielte. «Nach unserm Dafürhalten wird die durch das Verbot erreichte Disqualifizierung der Eidgenössischen Sammlung und die Verunmöglichung ihres öffentlichen Auftretens aufgewogen durch die Wirkungsmöglichkeiten der Illegalität und die Erfahrung, die wir auf diesem Gebiete mit der unterirdischen Propaganda gemacht haben.»[20] Dieser vorwiegend von polizeitechnischen Überlegungen diktierten Antwort versagte der Interpellant seine Anerkennung nicht, doch konnte er sich von ihr in keiner Weise befriedigt erklären.[21]

Aber auch ohne Verbot ging es der Eidgenössischen Sammlung, die sich über die «Frontenhatz» der «von allen guten Geistern verlassenen ‹Staatsstreichler›» ereiferte,[22] *schlecht genug*. Hatte sie sich zwei Jahre zuvor ihres unerwarteten Aufschwungs gerühmt,[23] so waren nun ihre Aussichten alles andere als verheißungsvoll: «Es hat keinen Sinn, große Prophezeiungen zu wagen... Wir gehen vielleicht noch dunkleren und schwereren Zeiten entgegen.»[24] Die Hindernisse, stellte das Frontenblatt fest, seien «in den letzten Monaten nicht kleiner, sondern größer geworden».[25] Das trat am deutlichsten im Mitgliederschwund zutage. Im April 1942 hatten 1800 Personen an der gesamtschweizerischen Tagsatzung in Zürich teilgenommen. Bis zum

Mai 1943, als die Veranstaltung wiederholt wurde, war das Häuflein auf 280 Mann zusammengeschmolzen.[26] An den Versammlungen der Ortsgruppen von Zürich nahm oft nur ein gutes Bäckerdutzend teil.[27] Aber noch wäre es verfrüht gewesen, den Mut und die Hoffnung sinken zu lassen. Bevor der Krieg entschieden war, hatte die Bewegung nicht alle Chancen verspielt. Auf eine mögliche Aufhellung des politischen Horizontes spielte die Verlagsgenossenschaft der «Front» in einem Brief an einen Gesinnungsfreund an: «Wir wissen, daß es kommen muß. Leider scheint es, daß wir den Kelch bis zur Neige leeren müssen, bevor in unserm Vaterlande der Tag der Einsicht anbricht. Wir haben warten gelernt, wie sie auch andernorts warten mußten, bis unsere Stunde schlägt.»[28] «Auch bei uns muß und wird es kommen.»[29] Weniger zurückhaltend, das mysteriöse «es» in konkretere Begriffe fassend, drückte sich ein Frontenkamerad in einer Zuschrift aus: «Gott sei Dank, kommt bald der Nazi und macht die Dressurbande, die Kapitalisten, klein... Ich hoffe also, ich werde mit dem Nationalsozialismus bald besser zu Schlage kommen, hoffe, er werde den Kampf gewinnen und siegen, dann werde ich dabei sein.»[30] So hielt man krampfhaft an der Möglichkeit eines deutschen Sieges fest. Pessimistische Stimmen über den Kriegsverlauf, die selbst von draußen her ans Ohr drangen, schlug man beharrlich in den Wind: Das deutsche Volk «ist fleißig, intelligent, tüchtig, organisationsbegabt, diszipliniert, treu und tapfer... Wenn dieses Volk von Männern geführt wird, die den unbeugsamen Willen zum Siege in sich tragen, so ist es unüberwindlich. Friedrich der Große und Bismarck sind Zeugen dafür. Darum ist es unwesentlich, was ... über die Grenze kommende deutsche Menschen vom Kriege und seinen Aussichten erzählen.»[31] Alles kam darauf an, daß das deutsche Volk in seinem Siegeswillen nicht erlahmte und daß die Schweizer Frontisten in ihrem Kampfesmut *durchhielten*. Hatte man während der Kriegserfolge des Dritten Reichs nur Verachtung für jene übrig gehabt, die sich mit der Parole des Durchhaltens in bessere Zeiten hinüberzuretten versuchten,[32] so klammerte man sich jetzt, da Deutschlands Stern zu sinken begann, selber an dieses Leitmotiv: «Die politische Kinderlähmung geht um... Ihr Erreger ist die öffentliche Meinung. Sie flüstert einem jeden ins Ohr: ‹Die Deutschen werden den Krieg verlieren, und weil die Frontisten es mit den Deutschen gehalten haben, ist ihre Sache verloren.› ... Wenn einer Frontist ist, so muß er sich jetzt bewähren: nur dann, wenn wir in dieser Zeit außerordentlicher Anspannung durchhalten, nur dann sind wir überhaupt fähig, unsere Aufgabe zu erfüllen.»[33] «Wir wissen,

daß der Sieg uns zufällt, wenn wir diese Nervenprobe bestehen und diszipliniert durchhalten.»[34] Aber konnte man auf die Dauer seinen Lesern Sand in die Augen streuen? Konnte man sich, ohne unglaubhaft oder gar lächerlich zu wirken, an das Schlagwort vom Endsieg weiterhin festklammern?

Vielleicht war es für die Frontenführer eine echte Erleichterung, eine Befreiung aus einer mißlichen Lage, als der Bundesrat am 7. Juli 1943 zum *Verbot der Eidgenössischen Sammlung und der Nationalen Gemeinschaft* schritt.[35] Die Gründe, die die Bundesbehörden zu diesem Entscheid veranlaßten, waren dieselben wie bei dem ein halbes Jahr früher ausgesprochenen *Verbot der Nationalen Opposition:*[36] das Nichtbefolgen der bundesrätlichen Weisungen über die Neutralitätspolitik und die enge Verflechtung der Bewegung mit landesverräterischen Elementen.[37] Besonders über den letzten Punkt ließ sich eine amtliche Bekanntmachung genauer aus. Die Landesleitung, stellte sie fest, habe sich der Aufforderung des Justiz- und Polizeidepartementes zur Säuberung der Bewegung von verräterischen Elementen widersetzt. Zahlreiche Strafurteile, teils schärfsten Ausmaßes, auch über zwei führende Persönlichkeiten des Frontenzirkels, hätten ergeben, daß die Leitungen der frontistischen Organisationen entweder «den Willen zu einer kräftigen Säuberung der Bewegung von landesverräterischen Elementen überhaupt nicht» besäßen oder dann zu schwach seien, um eine solche Säuberung richtig durchzuführen. Dazu kämen unrichtige Angaben der Führer über die Mitgliedschaft eines zum Tode verurteilten frontistischen Verräters.[38] In einem Brief an den General hatte Tobler die unbestreitbare Tatsache zu leugnen versucht, daß der Hingerichtete Mitglied der Eidgenössischen Sammlung gewesen war.[39]

Unter solchen Umständen konnte von einem Fortbestehen der Frontenbewegungen keine Rede mehr sein. «Es ging ... nicht an, daß man die verführten und überführten Verräter mit dem Tode oder langjährigem Zuchthaus bestrafte, aber die Schule offen gelassen hätte, in der sie verführt worden waren.»[40] Mit dem Verbot der politischen Organe, das wiederum empfindliche Reaktionen bei deutschen Amtsstellen hervorrief,[41] wurden auch die *Zeitungen* «Die Front» und «Grenzbote» sowie alle Nebenorganisationen *aufgelöst.*[42] Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen, der mit der amtlichen Liquidation der Zeitungsunternehmungen betraut worden war, weigerte sich, den noch unbeglichenen Gehaltsforderungen der Redaktoren Folge zu leisten, da diese «durch ihre Schreibweise wesentlich dazu beigetragen»

hätten, daß die Bewegungen behördlicherseits verboten werden mußten.[43] Die Redaktoren – einer von ihnen büßte in jenem Zeitpunkt gerade eine Strafe wegen landesverräterischer Umtriebe im Bezirksgefängnis Andelfingen ab – wandten sich daraufhin mit einer Beschwerde an den Bundesrat, doch lehnte dieser den Rekurs mit der Begründung ab, «daß Forderungen für eine die Sicherheit des Landes gefährdende Tätigkeit nicht anerkannt werden» könnten. «Wer wissentlich mitgeholfen hat, den Staat zu gefährden, kann auch nicht verlangen, daß der Staat dafür geltend gemachte Forderungen schütze und befriedige.»[44]

Damit war der Nationalen Front nach genau zehnjähriger Dauer das *Lebenslicht ausgegangen*. Der Schaffhauser Korrespondent der «National-Zeitung» schrieb der Dahingegangenen einen Nekrolog: «Am Gründonnerstag 1933 hat es im ‹Landhaus› Schaffhausen angefangen – nach Landesverrat, Todesurteilen, Gefängnisstrafen und Entlassungen hat es zehn Jahre später mit dem Verbot dieser Organisation wieder aufgehört... Manch braver Schaffhauser Bürger, der in den Jahren 1933 und 1934 das Frontenkreuz am Rock getragen, wird heute mit Kopfschütteln an jene Torheit zurückdenken.»[45]

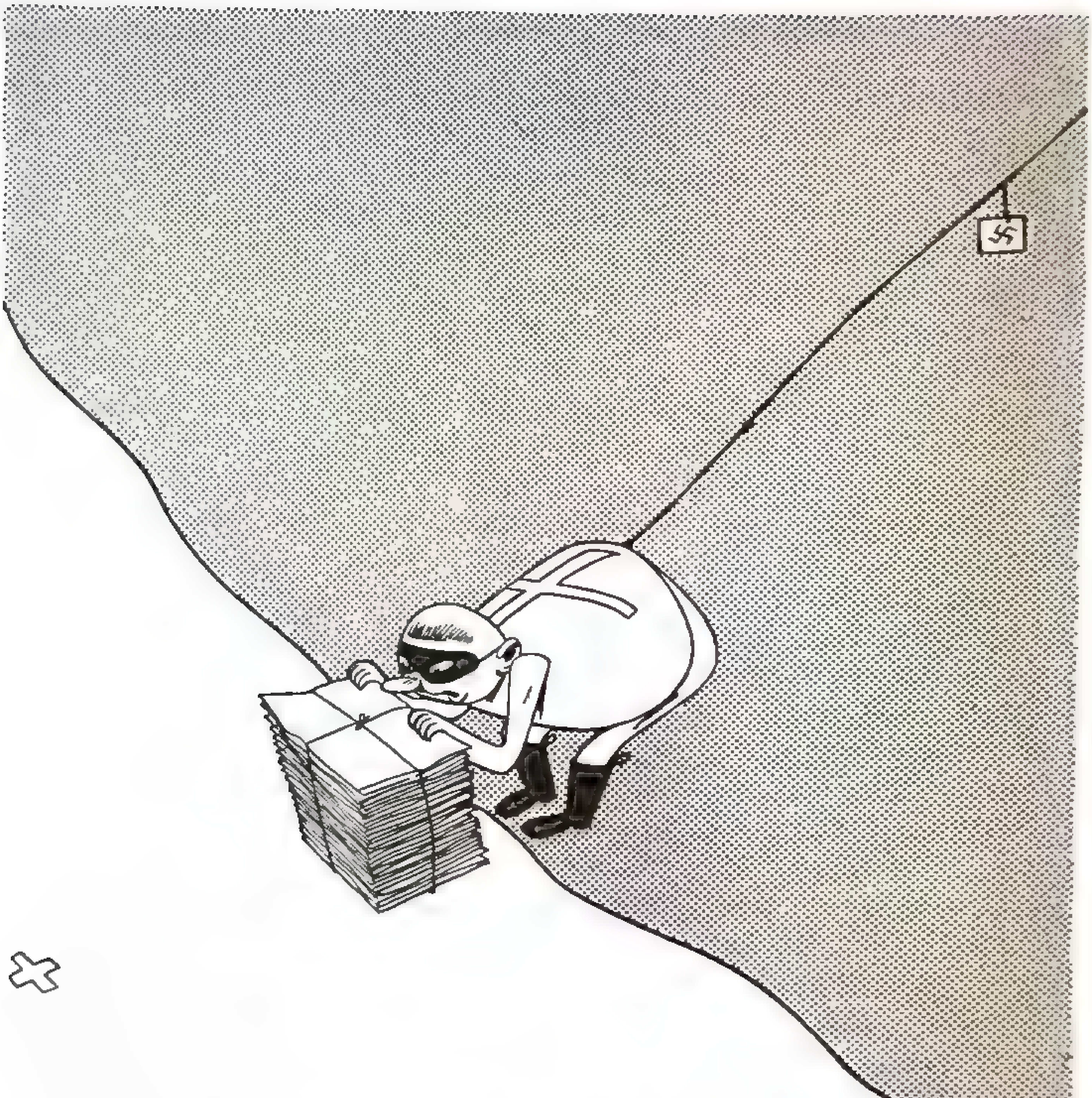
IX. Nachwehen

Mit dem Ausscheiden des Frontismus aus der schweizerischen Politik hörte dieser nicht auf, ein *Faktor des öffentlichen Lebens* zu sein. Bereits im Anschluß an die Interpellation Bucher im Nationalrat war zwischen der «Neuen Zürcher Zeitung» und einigen sozialistischen Blättern eine Polemik entbrannt über die Frage, ob sich das Bürgertum in der Vergangenheit eindeutig genug vom Frontismus distanziert oder mit diesem über weite Strecken gemeinsame Sache gemacht habe.[1] Dasselbe Streitgespräch vergiftete während Jahren die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Kanton Schaffhausen. Der Linken kam dabei der Umstand zugute, daß sie im Jahre 1940 mit der prächtigen Devise «Nid aapasse – ufpasse!»[2] den Beweis ihrer nationalen Zuverlässigkeit erbracht hatte. Die Rechte anderseits trug schwer an der Tatsache, daß sie sich in den ersten Kriegsjahren zu sehr mit einer zweideutigen Person eingelassen hatte. Es handelte sich hierbei um Hans Zopfi, ein früheres Mitglied der Nationalen Front,[3] das im Mai 1940 den durch die Demission Schmid-Ammanns freigewordenen Posten des Schaffhauser Bauernsekretärs eingenommen und als Redaktor des «Schaffhauser Bauer» einen politischen Kurs verfolgt hatte, der weitgehend mit demjenigen seiner frontistischen Gesinnungsverwandten übereinstimmte.[4] Zwar mußte Zopfi seine Stelle schon wieder Ende 1942 aufgeben,[5] doch benützten die Sozialisten sein kurzes Gastspiel zu einer jahrelangen scharfen Kampagne gegen einige bürgerliche Parteien, die in Ehrverletzungsprozessen[6] sowie in heftigen Kämpfen des Wahlherbstes 1944[7] ihren Höhepunkt erreichte. Die Sozialisten betrieben in dieser Auseinandersetzung die Taktik des «*Anbräunens*» und erzielten damit einen beachtlichen wahlpolitischen Erfolg.[8] Allerdings war dieses Vorgehen nicht ohne Gefahr, da es den Zusammenhalt der national gesinnten Kräfte beeinträchtigte, auf den unser Land wegen der Fortdauer des Krieges nach wie vor angewiesen war. Die überparteiliche «Information der Woche», das Organ der Aktion Nationaler Widerstand,[9] setzte sich denn auch «gegen jene sozialistische Propaganda» zur Wehr, «die das gesamte schweizerische Bürgertum oder auch nur große Teile in ihm faschistischer Sympathien in der Vergangenheit» beschuldigte. Das gehe «ebensowenig wie die bolschewistische Diffamierung der sozialistischen Arbeiterschaft» und entspreche «einem Clichébegriff, ... der der Wirklichkeit nicht gerecht» werde. Das Kampfmittel der Verketzerung des politischen

Gegners wäre wohl besser «nicht wieder aus der propagandistischen Rumpelkammer hervorgeholt worden».[10]

Noch Jahre nach der Liquidation des Frontismus machte es den Anschein, als ob der heiße *Schaffhauser Boden politisch nicht zur Ruhe* kommen wolle. Im Juni 1945 entspann sich zwischen den «Schaffhauser Nachrichten» und einem Frontisten eine scharfe Polemik. «Ich kann», verteidigte sich der Frontist, «das Urteil über das, was ich … im ‹Grenzboten› schrieb sowie über die Schreibweise, der sich in den letzten acht Jahren eine ‹gewisse› Schweizerpresse befliß, getrost und in allen Teilen einer späteren, gründlicheren und objektiveren Beurteilung anheimstellen. Es wird da verschiedene interessante Dissertationen geben.»[11] Darauf replizierte das Schaffhauser Blatt: «Der Schreibebrief des Herrn X. ist ein Zeugnis mehr dafür, daß ein überzeugter Frontist seine Gesinnung niemals ändert. Sie sind alle unheilbar.»[11] Allein schon dieser Wortwechsel hatte das Blut des Schaffhausers in Wallung gebracht. Um es vollends zum Sieden zu bringen, genügte es, daß Stadtpräsident Bringolf einen Tag darauf eine von mehreren tausend Bürgern besuchte Volksversammlung auf den «Platz» in Schaffhausen einberief, um in scharfen Worten mit den ehemaligen Nazis und Frontisten abzurechnen und gebieterisch deren Ausweisung zu verlangen, soweit es sich um Nichtschweizer handelte. Nach Schluß der Kundgebung wollten sich die Zuhörer nicht nach Hause begeben, ohne zuvor der «Fröntlerbande» einen Denkzettel verabreicht zu haben. Man zog vor die Kaufläden der frontistischen Geschäftsleute und schlug die Scheiben und Türen in Trümmer. Man begab sich in die Wirtschaftslokale, die von Frontisten bevorzugt wurden, und hieb auf Tische und Stühle ein. Man eilte vor die Privathäuser der frontistischen Koryphäen und schleuderte Quadersteine gegen Fenster und Läden. Auch warf man einer unschuldigen alten Frau das Kioskhäuschen über den Haufen. Die Polizei, die überall zugleich eingreifen sollte, war machtlos. Sie vermochte dem elementaren Ausbruch der Volkswut keinen Einhalt zu gebieten. Diese ließ sich von rein politischen Motiven, nicht von deliktischen Absichten leiten und verzichtete auf jegliche Plünderung.[12] Gewiß konnte diese Ausschreitung – die erst nach Kriegsende erfolgte, als keine Gefahr mehr von Norden drohte – nicht als Heldentat gepriesen werden. Aber als Reaktion auf einen jahrelangen starken, fast unerträglichen Druck war sie psychologisch verständlich.

Aufreizend wirkte eine anonyme *Schmähschrift,* die Frontisten vor Abschluß des Krieges an Militär- und Zivilpersonen versandten.



Das anonyme Pamphlet

Sehen wir die Dinge richtig
Über die man so viel spricht
Sind sie höchstens böswichtig,
Wichtig aber sind sie nicht.

Ach wir kennen ja das Schnürchen
Welches allernächstens reißt,
Hampelmann war ein Figürchen
Welches zirka Burry heißt.

Darin hieß es, die Westmächte unternähmen den perfiden Versuch, unser Land noch schnell in den Krieg miteinzubeziehen. Zu diesem Zwecke hätten sie verschiedene Forderungen an den Bundesrat gestellt. Sie verlangten zum Beispiel das Durchmarschrecht der alliierten Truppen durch die Schweiz und den Beitritt der Eidgenossenschaft zur antideutschen Kriegskoalition. «Unsere Regierung ist im Einvernehmen mit einem wahnsinnigen Klüngel von verantwortungslosen Gesellen, wie die nur noch als ‹Kriegsverbrecher› zu bezeichnenden Minister Stucki ... und Konsorten, zur restlosen Erfüllung dieser Forderungen bereit... Bis zur Stunde hat sich im ganzen Lande keine einzige Persönlichkeit dazu bereit gefunden, diesem öffentlichen Verrat entgegenzutreten, von der ausschließlich alliiert ausgerichteten und gekauften Schweizerpresse ganz zu schweigen... Wir kennen die Folgen dieses verräterischen Wesens: mit dem Bruch der ... Neutralität fängt es an, mit dem Kriegseintritt hört es auf.» Solange Deutschland den Kontinent beherrscht hatte, waren die frontistischen Pamphletisten der Neutralitätspolitik des Bundesrates abhold gewesen. Nun aber das Dritte Reich am Boden lag, spielten sie sich als Hüter unserer außenpolitischen Maxime auf. Ihr Rundschreiben schloß mit der Aufforderung zur *Meuterei:* «Die Armee wird diesen Verrat nicht mitmachen. In dem Augenblick, wo unserer Regierung einfallen sollte, auch nur irgendeiner europäischen Nation den Krieg zu erklären, ... wird von uns gehandelt. Sollte es in unseren Reihen Truppenführer geben, die sich diesem fluchwürdigen Verrat anschließen möchten, so werden sie von uns unschädlich gemacht werden, wir halten uns in diesem Fall an keinen geleisteten Eid mehr gebunden. ... Wir ... werden jeden Offizier, der diesem Verrat zum Gelingen verhelfen sollte, rücksichtslos beseitigen. Aber auch im Hinterland sind unsere Männer bereit, den Verrat der inneren Feinde überall zu rächen. Jeder, der an diesem Verbrechen mitschuldig ist, wird mit dem Tode büßen müssen.»[13] Nicht lange ging es, bis die Urheber dieser Aktion ermittelt waren, die vergeblich den Versuch unternommen hatten, Unsicherheit, Verwirrung und Unruhe zu stiften. Es handelte sich ausnahmslos um Angehörige ehemaliger rechtsextremer Kreise, um Mitglieder der Jungbauernbewegung, der Eidgenössischen Sammlung und der Nationalen Bewegung der Schweiz. Sie wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 15 Monaten verurteilt.[14]

Als eine Provokation wurde auch der Aufsatz eines ehemaligen Frontenführers aus Zürich empfunden, der die *nationalsozialistischen Konzentrationslagergreuel* zu *entschuldigen* versuchte. Zwar behauptete



Meyerli Meyerli nimm di zäme,
Weisch die suubere Schwizer wänd
Sich nüd immer wider schäme
Daß sie derigi Meyerli händ.

's wird kei Woret mee verwedlet
Mit de bruune Federekiel,
's Volch hät d'Ärmel ufegredlet,
Suech dir nordwärts es Asyl!

der Verfasser, die Verbrechen nicht verteidigen und die Verantwortlichen nicht in Schutz nehmen zu wollen. Gleichwohl suchte er nach allen möglichen Entlastungsgründen. Die Schilderungen über die deutschen Konzentrationslager, führte er aus, stammten samt und sonders aus alliierten Quellen und brauchten «nicht unbedingt ... der absoluten Wahrheit» zu entsprechen. Vielmehr seien sie als «Propaganda» zu bewerten, als eine «Fortsetzung des Krieges mit andern Waffen». Die Siegermächte schrien «nach Rache für das, was die Deutschen in andern Ländern getan haben» oder auch nur «getan haben sollen». Sie gingen systematisch darauf aus, dem deutschen Volke, das die Eigenstaatlichkeit verloren habe, nun «auch noch die Ehre zu rauben». Das sei eine ungerechte und lieblose Sache. Denn die schlechte Behandlung der Gefangenen sei «nicht so sehr das Ergebnis deutscher Böswilligkeit» als die Folge von Umständen gewesen, denen gegenüber die Deutschen einfach keine Macht mehr besessen hätten. Vor allem der anglo-amerikanische Luftkrieg, der die Deutschen «zu einem zu Tode gehetzten Volk» gemacht habe, sowie der Zusammenbruch der Ostfront, der zu der «plötzlichen Überfüllung der weiter westlich gelegenen Lager beigetragen und ... zu schweren Krisen in der Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen geführt» habe, müßten für das Elend in den Lagern mitverantwortlich gemacht werden. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, daß die Häftlinge Widersacher des vom Krieg zerschundenen und gequälten deutschen Volkes gewesen seien, «Verbündete und Helfershelfer der Feinde in der Luft» und des Gegners an der Ostfront, und daher – so mußte man folgern, was der Artikelschreiber allerdings nicht expressis verbis zu sagen wagte – keinen Anspruch auf glimpfliche Behandlung erheben konnten.[15]

Über Jahre hinweg beschäftigte den Kanton Zürich die Frage, ob Robert *Tobler* wegen seiner frontistischen Tätigkeit das *Rechtsanwaltspatent entzogen* werden könne. Die Mehrheit einer Kantonsratskommission stellte sich auf den Standpunkt, daß «nicht eine äußerlich erkennbare staatsfeindliche Tätigkeit nötig» sei, sondern «das Bekenntnis zu einer gegen den Staat gerichteten *Ideologie*» genüge, um einem Anwalt die Bewilligung zur Ausübung seines Berufes zu entziehen. Hätte sich diese Auffassung durchgesetzt, dann wäre ein Schweizerbürger aufgrund seiner geistigen Einstellung der verfassungsmäßig garantierten Handels- und Gewerbefreiheit verlustig gegangen. Man hätte einen für den Rechtsstaat wie für die freiheitliche Ordnung unhaltbaren Zustand des Meinungs- und Gesinnungsdeliktes

eingeführt. Es ging nicht an, den Selbständigerwerbenden mit dem öffentlichen Beamten auf die gleiche Stufe zu setzen und auch von jenem zu verlangen, daß er sich positiv zur bestehenden Staatsordnung einstelle, wenn er in seiner Berufstätigkeit nicht behindert sein wolle. Eine Minderheit vertrat daher die Auffassung, es müsse eine landesverräterische *Handlung* nachgewiesen werden, um die Ausübung eines zwar staatlich konzessionierten, jedoch freierwerbenden Berufes verbieten zu können. «Wenn einer ... nur eine (staatsfeindliche) Ideologie vertritt, ohne zu illegalen Mitteln zu greifen, dann kann man ... nichts machen. Maßgebend ist einzig, ob der Einzelne in seinem Vorgehen Handlungen betreibt, die nicht mehr als legal betrachtet werden können.»[16] Interessant war es, festzustellen, wie sich die beiden Auffassungen auf die verschiedenen Parteien verteilten. Den rechtlich fragwürdigen Mehrheitsstandpunkt machten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu eigen, während ein PdA-Rechtsanwalt die juristisch unanfechtbare These der Minderheit verfocht. Bei letzterem dürfte allerdings weniger die Sorge um den Rechtsstaat als diejenige um den eigenen Broterwerb wegleitend gewesen sein. Denn es war mit Händen zu greifen, daß die Argumentation der Mehrheit geeignet war, auch den kommunistischen Anwälten das Handwerk zu legen. Da es sich bei Robert Tobler, wie die nähere Untersuchung ergeben sollte, primär um eine Frage der politischen Gesinnung und nicht um eine solche illegaler Taten handelte, mußte, wenn man das vom Kommunisten vertretene Prinzip konsequent anwenden wollte, der ehemalige Frontenpolitiker in seiner Berufsausübung geschützt werden. Das Zürcher Obergericht, das als Aufsichts- und Verwaltungsbehörde den Fall zu beurteilen hatte, stellte sich in der rechtlichen Argumentation auf den Standpunkt der kommunistischen Minderheit, in der praktischen Schlußfolgerung dagegen auf denjenigen der bürgerlich-sozialistischen Mehrheit. Das war nur dadurch möglich, daß das Gericht die Frage, «ob Tobler durch irgendwelche Handlungen ... die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft und des Schweizervolkes gefährdet habe», bejahte. Als eine staatsgefährliche Handlungsweise bezeichnete es das Subventionsbegehren für die beiden Frontenblätter, das Tobler im Jahre 1941 an deutsche Instanzen gerichtet hatte, sowie die Vorschläge zur Verschleierung der deutschen Geldleistungen, die der Frontenführer mit seinem Bittgesuch verbunden hatte.[17] Dergestalt sei Robert Tobler daran beteiligt gewesen, die «ihm nahestehenden Zeitungen» an jene «Macht zu verkaufen, die sich in den vorangegangenen ...

Jahren als rücksichtslose Feindin und Verächterin der kleinen Nachbarstaaten erwiesen» und von der «auch die Schweiz das Schlimmste» zu befürchten gehabt habe. «Wer aber in Kriegszeiten sein Vaterland um Geldes willen dem Einfluß der Kriegspartei aussetze, von der allein Gefahr drohe und die damit dessen Unabhängigkeit gefährde, könne nicht Ehrenhaftigkeit für sich in Anspruch nehmen.»[18] Diese Überlegungen rechtfertigten es, Robert Tobler das Rechtsanwaltspatent zu entziehen.[19] Der Gemaßregelte rekurrierte an das Bundesgericht. Dieses unterschied streng zwischen dem politischen und dem rechtlichen Aspekt. Bezüglich des letzteren sanktionierte es – ohne davon Kenntnis zu haben – den Minderheitsstandpunkt der Zürcher Kantonsratskommission. Der Anwaltberuf, argumentierte es, gelte als freier Beruf und nicht als öffentliches Amt und stehe – unabhängig von der Gesinnung des Praktikanten – grundsätzlich unter dem Schutz der Handels- und Gewerbefreiheit. In politischer Hinsicht verurteilte dagegen das Gericht die Handlungsweise Toblers: «Wer wie der Beschwerdeführer für die Herausgabe einer schweizerischen politischen Zeitung finanzielle Hilfe einer kriegführenden Macht annimmt, die wiederholt die Unabhängigkeit anderer Staaten verletzt hat und Freiheit und Demokratie bekämpft, nimmt eine *unschweizerische Haltung* ein, und wer den Geldgebern überdies Vorschläge unterbreitet, um deren Unterstützung zu vertuschen, erscheint wenig vertrauenserweckend.» So weit stimmte das Bundesgericht mit dem Zürcher Obergericht überein. Die Auffassungen schieden sich lediglich bei der juristischen Beurteilung des letzterwähnten Tatbestandes. Das Bundesgericht kam zum Schluß, Toblers Geldbezüge aus dem Dritten Reich rechtfertigten den Entzug des Anwaltpatentes nicht. «Der eidgenössische Untersuchungsrichter und die Bundesanwaltschaft haben nämlich ... nach eingehender Prüfung des Falles eine vorsätzliche Gefährdung der Schweiz abgelehnt und von einer strafrechtlichen Verfolgung des Beschwerdeführers abgesehen.» Unter diesen Umständen sei der Beschluß des Obergerichtes mit Artikel 31 der Bundesverfassung betreffend Handels- und Gewerbefreiheit unvereinbar. «Entweder hat der Beschwerdeführer durch die ihm vom Obergericht vorgehaltene Handlung die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gefährdet, dann muß er, da die Tat noch nicht verjährt ist, strafrechtlich verfolgt werden, oder aber es wird der Sache von den für die Behandlung der Verbrechen gegen den Staat zuständigen Behörden mangels Tatbestandes keine weitere Folge gegeben, dann läßt sich auch der Entzug der Bewilligung zur Ausübung des

Anwaltberufes nicht damit rechtfertigen. Die Verwaltungsbehörden dürfen sich nicht in dieser Weise in Widerspruch zu den Organen der Strafrechtspflege stellen.»[20] Aus solchen Erwägungen heraus hob das Bundesgericht den Beschluß des Zürcher Obergerichts auf. Damit hatte es den Grundsätzen des Rechtsstaates Genüge getan. Robert Tobler konnte seine Anwaltspraxis weiterführen. Über die Politik des Frontenführers hatte das Gericht allerdings ein vernichtendes Urteil gefällt.

Nicht minder eindrücklich hat die *Geschichte* über die Episode des Frontismus geurteilt. Jene ungestümen Kräfte, die 1933 und 1940 nach Erneuerung und Wachtablösung riefen, hat der Sturm innert kürzester Frist hinweggefegt. Jene besonnenen Elemente aber, denen der Frontismus oftmals die Sterbestunde geläutet hatte, weil sie sich rückhaltlos zur «alten Front»[21] bekannten, gingen ungebeugt und ungebrochen aus den Erschütterungen des Zweiten Weltkriegs hervor. Willy Bretscher hat 1945 in seinem Geburtstagsgruß an Albert Oeri auf diesen Sachverhalt hingewiesen, als er in Anspielung an einen Vortrag des Jubilars im Sommersemester 1933 vor der frontistisch durchsetzten Studentenschaft der Universität Zürich[22] die Bemerkung einflocht: «Als Sie vor ... zwölf Jahren ... über das Thema ‹Kritik und Aufbau› sprachen und ... die Krise glossierten, die in Europa und auch in der Schweiz und besonders in Zürich umging, entfloß Ihnen das ironische Wort, es sei nett von der akademischen Jugend, einen ‹alten Herrn› anzuhören in einer Zeit, in der der Ruf ‹sexagenarios de ponte› große Mode geworden ist. Seither ist der Sturm, dessen Blitze wir damals am Horizont aufzucken sahen, über unsern Kontinent weggebraust, und Sie standen die ganzen zwölf Jahre und stehen heute noch auf der Brücke.»[23] Der Zürcher Kollege des Basler Jubilars hatte recht: Albert Oeri stand aufrecht, während Robert Tobler über die «Fehler» seiner «eigenen Politik»[24] zu Fall gekommen war. Die Demokratie lebte, während der frontistische Diktaturrausch der Vergangenheit angehörte. War es Schicksal oder Verdienst, daß unser Land zwischen 1933 und 1945 weder den äußern Gefahren des Nationalsozialismus noch den innern des Frontismus erlag? War es *Bewahrung* oder *Bewährung*, daß in den dunkelsten Stunden des europäischen Kontinents der «schönste Stern über unserm irdischen Vaterland» zu strahlen schien? Im Blick auf Oeri, seine Verankerung im christlichen Glauben und seinen Dienst am Mitmenschen, möchte man sagen: vor allem das erste und ein klein wenig auch das zweite.



Mutter Helvetia

De Bubi wott wider en Brave sii?
Wott schön em Muetti pariere?
De Bubi speuzt nie meh a d'Schiibe hii?
Und tuet mer nüt meh verschmiere?

Jetz brüelisch — und hesch di doch soo ufgfüert!
Jetz hoffisch, dis Müetterli nähm di!
Erscht geschter hesch mer no Schtei agrüert!
Henu — so chum ine und schäm di!

ANMERKUNGEN

Einleitung

[1] Walter Matthias Diggelmann, Die Hinterlassenschaft, München 1965, S. 280.
[2] Vgl. Schaffh. Nachr., 283/3. 12. 1965.
[3] Vgl. Anm. 1.
[4] Ich halte an dieser These fest, obwohl sie Diggelmann selber in Frage zu stellen scheint. Vgl. Volksrecht, 307/31. 12. 1965, NZZ, 88/13, 9. 2. 1968.
[5] Vgl. Alice Meyer, Anpassung oder Widerstand, Frauenfeld 1965.
[6] Vgl. Vaterland, 30/5. 2. 1966.

Erster Abschnitt:

Überblick über die Fronten

I. Frontenfrühling

1. Die Ursachen des Frontenfrühlings

[1] Der Ausdruck wurde meines Wissens erstmals verwendet in: Neue Aarg. Ztg., 94/24. 4. 1933.
[2] Leonhard von Muralt, Einführung in: Huldrych Zwingli, Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit, Zürich 1934, S. 1 f.
[3] Der Begriff «Faschismus» hat doppelte Bedeutung. Im engeren Sinn versteht man darunter die von Mussolini gegründete italienische Partei; im weiteren Sinn die Gesamtheit der nationalistischen totalitären Revolutionsbewegungen der Zwischenkriegszeit, umfassend die zahlreichen Organisationen in den verschiedenen Ländern des europäischen Kontinents. Auch in der vorliegenden Arbeit sind beide Umschreibungen gebräuchlich. Taucht der Begriff «Faschismus» in Verbindung mit den Namen «Italien» oder «Mussolini» oder in Gegenüberstellung zur Bezeichnung «Nationalsozialismus» auf, so ist er im engeren, spezifisch italienischen Sinn zu verstehen. Erscheint er dagegen isoliert, ohne nähere Präzisierung, so hat er universelle, gesamteuropäische Bedeutung.
[4] Eugen Bircher, in: Neue Zürcher Nachr., 129/12. 5. 1933. – Der Artikel machte fast in der gesamten bürgerlichen Presse die Runde.
[5] Neue Zürcher Nachr., 146/30. 5. 1933 und 147/31. 5. 1933.
[6] Vgl. August Egger, Die deutsche Staatsumwälzung und die schweizerische Demokratie, Bern 1934, S. 23.
[7] Der Jungdemokrat, 5/März 1933.
[8] Zürcher Bauer, 35/23. 3. 1933.
[9] Zürcher Stud., 6/Nov. 1931, S. 216 f.

[10] Siehe das Kap.: Nationalsozialismus, S. 196 ff.
[11] Basler Nachr., 150/3./4. 6. 1933. Vgl. ferner: Monatshefte, 9/Dez. 1933, S. 420.
[12] Eiserner Besen, 18/3. 2. 1933. Vgl. ebenda, 20/17. 2. 1933.
[13] Schweiz. Rundschau, 3/Juni 1933, S. 355. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 115/26. 4. 1933. Trib. de Genève, 170/27. 7. 1933. Rote Revue, 12/Aug. 1933, S. 385.
[14] Hans Bolliger, Der Deutschschweizer und das Deutsche Reich, Konstanz 1937, S. 40. Vgl. ferner: Front, 36/29.12. 1933. Ebenda, 59/11. 5. 1934. Ebenda, 159/6. 9. 1934. Nationale Hefte, 3/Juni 1937, S. 141. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen auf S. 167, 175 f., 178, 196 f., 246, 348.
[15] Näheres darüber im Kap.: Radikalisierte Sozialdemokratie, S. 298 f.
[16] Karl Wick, in: Vaterland, 22/26. 1. 1934. Vgl. ferner: Schweiz. Rundschau, 3/Juni 1933, S. 386.
[17] Werner Schmid, Rettet die Schweiz, Zürich (1936), S. 5. Vgl. ferner: Schaffh. Bauer, 109/11. 5. 1933. Zürcher Post, 277/24. 11. 1934.
[18] Aus dem Programm der Neuen Front am freisinnigen Akademikertag v. 21./22. 6. 1930 in Luzern. Vgl. Zürcher Stud., 2/Mai 1930, S. 39 f. NZZ, 1284/29. 6. 1930.
[19] Rolf Henne, Der Standort der jungen Generation, Zürich 1933, S. 7.
[20] Zürcher Stud., 2/Mai 1930, S. 41, 43. Vgl. ferner: Robert Tobler, in: Zürcher Post, 262/7. 11. 1930.
[21] Vgl. Monatshefte, 4/Juli 1930, S. 165 f. Zürcher Post, 262/7. 11. 1930. Monatshefte, 5/6/Sept. 1931, S. 254.
[22] Vgl. Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 107. Robert Tobler, Wesen und Ziele der nationalen Bewegung, Zürich 1933, S. 9 ff.
[23] Hans Alfred Wyß, Die jüdische Situation, Ein Beitrag zur Judenfrage, Zürich 1933, S. 21. Vgl. ferner: Mitteilungen der NHG, 11/12/Nov./Dez. 1932, S. 132.
[24] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 262/7. 11. 1933.
[25] Vgl. Grimms Urteil über Bringolf, in: Robert Grimm, Zur ökonomischen und politischen Lage, Olten (1933), S. 33.
[26] Johann Baptist Rusch, in: Schweiz. Republ. Bl., 10/6. 10. 1934. Vgl. ferner: Karl Wick, in: StenBNR 1942, S. 306, Sitzung v. 10. 12. 1942.
[27] Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz, Die öffentlichen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft, Band 3, Bern 1935, S. 249. Vgl. ferner: Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 33.
[28] Johann Baptist Rusch, in: National-Ztg., 274/17. 6. 1933. – Eine Stimmungsmache, wie sie Rusch hier schildert, betreibt: Freiheit in der Gemeinschaft, Flugschrift der OG Zürich-Außersihl der Nationalen Front, Apr. 1934.
[29] Berner Tagwacht, 272/20. 11. 1933. Vgl. ferner: Gewerkschaftl. Rundschau, 7/Juli 1933, S. 220, 225.
[30] Hans Huber, Nationale Erneuerung, (St. Gallen 1933), S. 14. Vgl. ferner Fritz Fleiner, Ziele und Wege der eidgenössischen Verfassungsrevision, Zürich 1934, S. 16.
[31] Vgl. Rote Jugend, 3/März 1933, S. 9.
[32] Vgl. Zürcher Stud., 2/Mai 1930, S. 39.
[33] Zürcher Stud., 6/Nov. 1932, S. 209. Vgl. ferner: Mitteilungen der NHG, 11/12/Nov./Dez. 1926, S. 138. Monatshefte, 1/Apr. 1929, S. 15.
[34] Siehe Anm. 30.
[35] Zürcher Stud., 6/Nov. 1932, S. 216.
[36] Vgl. NZZ, 805/4. 5. 1933.

37 Rolf Henne, Vom Standort der jungen Generation, Zürich 1933, S. 38 f.
38 Vgl. Aufgebot, 1/31. 5. 1933. Ferner: Bubenberg, Die Ursachen der heutigen Weltkrise, Zürich 1933, S. 68 f.
39 Theodor Gut, in: Zürichsee-Ztg., 95/25. 4. 1933.
40 Vgl. Hans Huber, in: Diktatur oder Demokratie?, St. Gallen (1934), S. 34.
41 Hermann Büchi, Das Frontenproblem, in: Jahrb. NHG 1934, S. 16.

2. Die Ziele der Fronten

1 Vgl. Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 101.
2 Vgl. Volksrecht, 53/3. 3. 1934. Ferner: Schweiz. Rundschau, 2/Mai 1934, S. 186.
3 Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 92.
4 Schweiz. Rundschau, 3/Juni 1933, S. 369.
5 Die folgenden Ausführungen erheben nicht Anspruch auf Vollständigkeit.
6 Hans Kläui, Der Kampf um die Volksgemeinschaft, Zürich 1934, S. 22.
7 Siehe auch das Kap.: Antidemokratismus, S. 174 ff.
8 Alfred Zander und Wilhelm Brenner, Erziehung zur Volksgemeinschaft, Zürich 1934, S. 6 f.
9 Rolf Henne, in: Freiheit in der Gemeinschaft, Apr. 1934. Vgl. ferner: Jakob Lorenz, in: Jahrb. des Verbandes der Renaissance-Gesellschaften, 1930–1931, Basel 1930, S. 59. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 4, 23. (Eidgenössische Front), Liberalismus, Marxismus, Revolution, Zürich 1933, S. 30.
10 Vgl. Front, 208/7. 9. 1935. Ferner: Ebenda, 197/20. 10. 1934.
11 Siehe auch das Kap.: Antiliberalismus, S. 166 ff.
12 Ernst Brändlin, Korporativer Aufbau und landwirtschaftliche Entschuldung, Zwei Wege zur Volksgemeinschaft, Zürich 1934, S. 5 f.
13 Vgl. Max Weber, in: Gewerkschaftl. Rundschau, 10/Okt. 1933, S. 320. Ebenda, 5/Mai 1934, S. 141.
14 Eugen Böhler, Korporative Wirtschaft, Zürich 1934, S. 14, und Paul Keller, Die korporative Idee in der Schweiz, St. Gallen 1934, S. 11 ff., unterscheiden drei Richtungen des schweizerischen Korporativismus:
a) eine autoritäre Richtung der Fronten
b) eine katholische Richtung
c) eine mittelständische Richtung.
Zur autoritären Richtung der Fronten vgl. u.a.:
Bachmann Hans, Nationale Wirtschaft, Zürich 1932.
Brändlin Ernst, Korporativer Aufbau und landwirtschaftliche Entschuldung, Zwei Wege zur Volksgemeinschaft, Zürich 1934.
Keller Max Leo, Der Neuaufbau der Wirtschaft, Zürich 1935.
Tobler Robert, Vom Ständestaat der Gegenwart, Zürich 1932.
Ders., Wesen und Ziele der Nationalen Bewegung, Zürich 1933, S. 23 ff.
15 Diese aus einem nationalsozialistischen Buch stammenden Sätze zitiert in zustimmendem Sinn: Schweizerdegen, 6/2. 9. 1938.
16 Front, 132/10. 6. 1936.
17 Ebenda, 35/12. 1. 1936.
18 Näheres darüber im Kap.: Antisemitismus, S. 151 ff.
19 Hermann Büchi, Das Frontenproblem, a. a. O., S. 18 f.

II. Fronten ohne Bindung an das Ausland

1. Aufgebot

[1] Schweiz. Republ. Bl., 47/17. 6. 1933.
[2] Gaz. de Laus., 109/20. 4. 1934.
[3] Siehe Anm. 2.
[4] Partei und Fraktion der konservativen Katholiken werden hier einheitlich «katholisch-konservativ» genannt.
[5] Aufgebot, 36/5. 9. 1934.
[6] Ebenda, 3/17. 1. 1934.
[7] Ebenda, 32/8. 8. 1934.

2. Katholische Front

[1] Das Neue Volk, 121/17. 2. 1934. Vgl. ferner: Ebenda, 11/12/27. 5. 1933. Schweiz. Rundschau, 4/Juli 1933, S. 336.
[2] Schweiz. Rundschau, 4/Juli 1933, S. 338, 336.
[3] Das Neue Volk, 11/12/27. 5. 1933.
[4] Ebenda, 142/4. 4. 1933.
[5] Siehe Anm. 3.
[6] Vgl. Das Neue Volk, 14/1. 6. 1933. Ebenda, 50/29. 8. 1933.
[7] Ebenda, 33/18. 7. 1935.
[8] Ebenda, 64/3. 10. 1936.
[9] Siehe Anm. 7.
[10] Das Neue Volk, 40/3. 8. 1935.
[11] Siehe S. 71. Ferner: S. 160 ff.
[12] Schweiz. Rundschau, 4/Juli 1933, S. 364.
[13] Schweiz. Republ. Bl., 50/13. 7. 1935.
[14] Ostschweiz, 226/15. 5. 1933.
[15] Das Neue Volk, 109/20. 1. 1934.
[16] Ebenda, 144/8. 4. 1933.
[17] Schweiz. Republ. Bl., 22/23. 12. 1933.
[18] Ostschweiz, 268/12. 6. 1934.
[19] Neue Zurcher Nachr., 163/19. 6. 1933. Schweiz. Rundschau, 4/Juli 1933, S. 332.
[20] Vgl. Ostschweiz, 237/22. 5. 1933.
[21] Das Neue Volk, 8/15. 5. 1933.
[22] Siehe Anm. 3.
[23] Das Neue Volk, 93/9. 12. 1933.
[24] Siehe Anm. 3.
[25] Das Neue Volk, 39/28. 7. 1934.
[26] Siehe Anm. 3.
[27] Das Neue Volk, 54/7. 9. 1935.
[28] Schweiz. Republ. Bl., 52/23. 7. 1938.
[29] Das Neue Volk, 137/23. 3. 1933. Weitere Sympathieerklärungen gegenüber dem Nationalsozialismus, in: Ebenda, 51/31. 8. 1933. Ebenda, 52/2. 9. 1933. Ebenda, 62/29. 9. 1933. Ebenda, 77/31. 10. 1933.
[30] Schweiz. Republ. Bl., 37/8. 4. 1933.

31 Das Neue Volk, 5/11. 5. 1935.
32 Ebenda, 111/2. 2. 1937.
33 Ebenda, 147/21. 4. 1934.
34 Ebenda, 121/17. 2. 1934.
35 Ebenda, 66/2. 10. 1934.
36 Vgl. ebenda, 103/6. 1. 1934. Ebenda, 125/27. 2. 1934. Ebenda, 129/8. 3. 1934. Ebenda, 150/28. 4. 1934.
37 Ebenda, 76/28. 10. 1933.
38 Ebenda, 78/4. 11. 1933.
39 Vgl. ebenda, 84/18. 11. 1933.
40 Vgl. den Veranstaltungskalender in: Ebenda, 126/1. 3. 1934.
41 Vgl. ebenda, 30/7. 7. 1934.

3. Die Neue Schweiz

1 Gaz. de Laus., 115/26. 4. 1933.
2 Neue Schweizer Rundschau, 6/Okt. 1934, S. 383.
3 Vgl. Neue Schweiz, 2/7. 4. 1933.
4 Vgl. Basler Nachr., 191/15./16. 7. 1933.
5 Vgl. Neue Schweiz, 34/17. 11. 1933. Ferner: Ebenda, 5/28. 4. 1933.
6 So am 26. 10. 1933, 18. 12. 1933 und 4. 6. 1934. Protokolle in: (Neue Schweiz), Berufsständische Ordnung, Zürich 1934.
7 Siehe Anm. 5.
8 Siehe Anm. 3.
9 Neue Schweiz, 19/4. 8. 1933.
10 Siehe Anm. 3.
11 Siehe Anm. 5.
12 NZZ, 1155/27. 6. 1934.
13 Aus einer Proklamation der Geschäftsleitung. Vgl. Zürcher Post, 148/27. 6. 1934.
14 Neue Schweiz, 28/13. 7. 1934.
15 Vgl. Bund, 291/26. 6. 1934. Thurg. Ztg., 159/10. 7. 1934. Ebenda, 169/21. 7. 1934. – Über die internen Streitigkeiten der Nationalen Front orientiert das Kap.: Stagnation, S. 230 ff.
16 Neue Schweiz, 14/5. 4. 1935.
17 Vgl. ebenda, 18/31. 5. 1935.
18 Ebenda, 49/6. 12. 1935.
19 National-Ztg., 78/16. 2. 1936.
20 Vgl. die Mitteilung v. 9. 2. 1936, in: Aufgebot, 6/12. 2. 1936.
21 Vgl. Gaz. de Laus., 44/14. 2. 1936.
22 NZZ, 247/12. 2. 1936.

4. Bund für Volk und Heimat (BVH)

1 Evang. Volksztg., 35/1. 9. 1933.
2 Vgl. Gaz. de Laus., 178/29. 6. 1933. Ferner: René Sonderegger, Die Schweiz im Umsturz?, Zürich 1933, S. 52 f.
3 Eidg. Ztg., 5/13. 7. 1933.
4 Ebenda, 27/14. 12. 1933.

5 Dürrenmatt war auch Sekretär der Berner Heimatwehr.
6 Vgl. ebenda, 1/5. 6. 1933. S(amuel) Haas, Was will der Bund für Volk und Heimat?, Bern-Zürich 1933, S. 21. Gaz. de Laus., 187/7. 7. 1933. Jahrb. eidg. Räte 1934, S. 225.
7 Vgl. BBl 1947 III, S. 802.
8 S(amuel) Haas, Was will usw., S. 8.
9 Nation, 6/6. 10. 1933.
10 Ebenda, 1/1. 1. 1937.
11 Vgl. Bund, 395/25. 8. 1933.
12 Vgl. Eidg. Ztg., 10/17. 8. 1933.
13 Vgl. ebenda, 13/7. 9. 1933.
14 Siehe Anm. 1.
15 Vgl. Bund, 609/29. 12. 1933.
16 Vgl. Eidg. Ztg., 26/26. 6. 1936. NZZ, 1109/26. 6. 1936. – Die anfangs der zwanziger Jahre gegründeten Vereinigungen: Schweizerischer Vaterländischer Verband (SVV) und Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz können trotz ihrer zeitweiligen Sympathien zu den Fronten diesen nicht zugezählt werden. Sie werden daher in dieser Arbeit nicht behandelt.
17 Vgl. Walter Wili, Besinnung über das Schicksal der Schweiz, Bern 1934.
18 Vgl. Rudolf Grob, An die Jugend von morgen – An die Herren von gestern, Zürich 1941, S. 13, 38 f., 46 ff.
19 Zur «Eingabe der 200» siehe S. 44 ff.

5. Eidgenössische Front oder Eidgenössische Aktion

1 Neue Schweizer Rundschau, 2/Juni 1933, S. 67.
2 Vgl. (Wilhelm Frick), Politischer Leitfaden der Eidgenössischen Front, Zürich 1934, S. 13.
3 Vgl. NZZ, 603/3. 4. 1933.
4 Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1939, S. 405.
5 Vgl. Ernst Schürch, Der Freisinn und die Fronten, Bern 1933, S. 8. – Hans Frick ist nicht zu verwechseln mit seinem Nachfolger Robert Frick.
6 Sie erschien auch in Buchform: Bubenberg, Die Ursachen der heutigen Weltkrise, Zürich 1933.
7 Ebenda, S. 22.
8 Ebenda, S. 31.
9 Ebenda, S. 70 f.
10 Gaz. de Laus., 110/21. 4. 1933.
11 Ebenda, 199/19. 7. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 115/26. 4. 1933.
12 Basler Nachr., 296/28./29. 10. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 170/25. 6. 1934.
13 Neue Berner Ztg., 115/18. 8. 1933. – Die Zeitungsnotiz, die die Eidgenössische Front bespricht, ist Bestandteil einer Artikelserie über die Frontenbewegungen. Diese ist auch in Buchform herausgekommen: Markus Feldmann, Nationale Bewegungen in der Schweiz, Bern 1933.
14 Vgl. Gewerkschaftl. Rundschau, 7/Juli 1933, S. 221.
15 Eidg. Front, 12/Okt. 1936.
16 Vgl. Bubenberg, Die Ursachen usw., S. 68 f.
17 Vgl. NZZ, 744/26. 4. 1933.
18 Vgl. (Wilhelm Frick), Politischer Leitfaden usw., S. 5, 17.

19 Diese Feststellung trifft auch auf das Aufgebot, die Neue Schweiz, den Bund für Volk und Heimat und weitere Erneuerungsgruppen zu, die mit der Nationalen Front «Tat-» und «Aktionsgemeinschaften» gründeten. Näheres darüber auf S. 237 f.
20 Vgl. den Bericht des Zürcher Obergerichts an den Kantonsrat zur Motion Nägeli, v. 4. 11. 1953, in: ABl ZH 1953, S. 905 ff.
21 Vgl. NZZ, 1237/8. 7. 1937.
22 Die letzte Nummer des Zeitungsorgans der Eidgenössischen Aktion erschien im April 1939.
23 In Wirklichkeit waren es deren 173. Wortlaut und Unterschriften der Eingabe, die vom 15. 11. 1940 und 12. 12. 1940 datiert ist, in: NZZ, 119/22. 1. 1946. NZZ, 136/25. 1. 1946.
24 Ernst Schürch, Als die Freiheit in Frage stand, Bern 1946, S. 12.
25 Näheres darüber auf S. 273 ff.
26 Vgl. auch Hans Waeffler, Bemerkungen zu der Eingabe der 200, Basel 1946, S. 1.
27 Vgl. den Brief Wilhelm Fricks an die Gemischte Pressepolitische Kommission des Schweizerischen Zeitungsverlegervereins und des Vereins der Schweizer Presse, v. 26. 3. 1941, in: Wilhelm Frick, Die «Eingabe der 200», Zürich 1946, S. 69.
28 Vgl. den Brief Wilhelm Fricks, v. 26. 3. 1941, a.a.O., S. 67 ff. Vgl. ferner den ersten Entwurf der Eingabe, in: NZZ, 1548/25. 10. 1940.
29 Vgl. den Brief Wilhelm Fricks, v. 26. 3. 1941, a.a.O., S. 65 ff.
30 Nach einem Ausspruch Markus Feldmanns, in: Inform. der Woche, 48/8. 12. 1942, S. 4.
31 Vgl. Pilets Rede v. 25. 6. 1940 und dessen Frontistenempfang v. 10. 9. 1940. Näheres darüber auf S. 83 f. Ferner das Eingreifen des Politischen Departementes in ein hängiges Strafverfahren gegen landesverräterische Umtriebe. Näheres auf S. 76.
32 Vgl. NZZ, 1548/25. 10. 1940.
33 Vgl. Ernst Schürch, Als die Freiheit usw., S. 11, 41 f. Karl Weber, Die Schweiz im Nervenkrieg, Bern 1948, S. 184 f. (Fred Luchsinger), Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges, Zürich 1955, S. 251 f. BR-Pressebericht, S. 86 f. Vgl. ferner die Erklärungen der Bundesräte Petitpierre und von Steiger, in: Schreibm.-Prot. NR 1945, S. 706 ff., 1948, S. 676 ff., Sitzungen v. 20. 12. 1945 und 25. 6. 1948.

6. Schweizerische Bauernheimat- oder Jungbauernbewegung

1 Vgl. Neue Schweizer Rundschau, 2/Juni 1933, S. 71 f. Ferner: Schweizer Jungbauer, 1/6. 10. 1935.
2 Vgl. Schweizer Jungbauer, 58/59/26. 7. 1947.
3 Vgl. Neue Berner Ztg., 74/28. 3. 1935.
4 Vgl. ebenda, 111/13. 5. 1935.
5 Vgl. ebenda, 265/11. 11. 1935.
6 Vgl. ebenda, 266/12. 11. 1935. Ferner: Schweizer Jungbauer, 7/16. 11. 1935.
7 Vgl. Schweizer Jungbauer, 11/14. 12. 1935.
8 Vgl. ebenda, 109/13. 3. 1937.
9 Vgl. ebenda, 70/17. 10. 1936. Näheres über die Richtlinienbewegung auf S. 317 f.
10 Vgl. National-Ztg., 514/4./5. 11. 1939. Ferner: Bund, 42/26. 1. 1934.
11 Vgl. Jahrb. eidg. Räte 1934, S. 201. Ferner: National-Ztg., 5/4. 1. 1936.
12 Vgl. die Äußerungen eines Jungbauern in: Zürcher Bauer, 106/18. 11. 1933. Ferner: Ebenda, 108/23. 11. 1933.
13 Front, 195/24. 8. 1936.

[14] Vgl. Berner Tagwacht, 26/1. 2. 1938. Ebenda, 86/12. 4. 1938. Schweizer Jungbauer, 4/13. 4. 1938.
[15] Vgl. Berner Tagwacht, 79/4.4.1938. Ebenda, 85/11.4.1938. Ebenda, 120/23.5.1938.
[16] Vgl. Schweizer Jungbauer, 21/15. 3. 1941. Ebenda, 94/26. 11. 1941.
[17] Ebenda, 2/8. 1. 1941. Vgl. ferner: Ebenda, 80/8. 10. 1941.
[18] Ebenda, 45/4. 9. 1940. Vgl. ferner: Hans Graf, Wetterleuchten, Großhöchstetten 1941, S. 22 f.
[19] Hans Müller, in einer Aussprache über außenpolitische Probleme der Schweiz. Zit. nach: Inf. der Woche, 48/18. 11. 1941, S. 11.
[20] Schweizer Jungbauer, 1/1. 1. 1941. Siehe ferner: Ebenda, 42/28. 5. 1941. Ebenda, 78/28. 12. 1940. Vgl. auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front im Kap.: Bekenntnis zum «neuen Europa», S. 347 ff.
[21] Vgl. Schweizer Jungbauer, 46/11. 6. 1941.
[22] Hans Graf, Wetterleuchten usw., S. 43.
[23] Vgl. Schweizer Jungbauer, 30/16. 4. 1941. Ferner: Ebenda, 24/22. 6. 1940.
[24] Ebenda, 90/12. 11. 1941. Vgl. ferner: Ebenda, 55/9. 10. 1940.
[25] Ebenda, 1/7. 1. 1942. Vgl. ferner: Ebenda, 12/14. 2. 1942. Ebenda, 64/5. 9. 1942.
[26] Ebenda, 82/18. 10. 1941. Der Satz stammt aus einer welschen Zeitung, doch wird er von den Jungbauern im zustimmenden Sinne zitiert. Vgl. ferner: Ebenda, 87/1. 11. 1941. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front, S. 358 f.
[27] Schweizer Jungbauer, 70/3. 9. 1941.
[28] Ebenda, 27/3. 7. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 32/20. 7. 1940. Ebenda, 20/14. 3. 1942. Hans Graf, Bankrott der alten und Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung, Großhöchstetten 1942, S. 12 f.
[29] Schweizer Jungbauer, 31/17. 7. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 58/19. 10. 1940.
[30] Ebenda, 54/9. 7. 1941. Vgl. ferner: Ebenda, 41/24. 5. 1940.
[31] Ebenda, 45/4. 9. 1940. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front, S. 343 ff.
[32] Vgl. Tagbl. GR BE 1942, S. 478 f., Sitzung v. 16. 9. 1942.
[33] Ebenda, S. 472, 474. Vgl. ferner: NZZ, 285/21. 2. 1942.
[34] Tagbl. GR BE 1942, S. 477, Sitzung v. 16. 9. 1942. – Die Richtigkeit dieser Protokollauszüge wurde weder im Großen Rat noch in der Jungbauernpresse durch Dr. Müller oder einen seiner Anhänger in Abrede gestellt.
[35] Ebenda, S. 488.
[36] Ebenda, S. 476.
[37] Vgl. NR-Wahlen 1943, S. 145, 164 f.
[38] Vgl. Schreibm.-Prot. NR 1941, S. 137, Sitzung v. 5. 6. 1941.
[39] Vgl. Berner GR-Wahlen 1946, S. 17, 95.
[40] Vgl. Schweizer Jungbauer, 40/22. 5. 1946. Ebenda, 41/20. 5. 1947.
[41] Vgl. ebenda, 58/59/26. 7. 1947.
[42] Vgl. ebenda, 41/20. 5. 1947.
[43] Vgl. ebenda, 79/5. 10. 1946. Ebenda, 33/26. 4. 1947.
[44] Vgl. ebenda, 70/6. 9. 1947. Ebenda, 72/20. 9. 1947. NR-Wahlen 1947, S. 153, 155, 159, 173, 175. – Die Jungliberale und die Jungkonservative Bewegung haben sich, im Gegensatz zur Jungbauernbewegung, nicht von ihren Mutterparteien getrennt. Sie sind Jugendorganisationen der Freisinnig-demokratischen bzw. der Katholisch-konservativen Partei, gehören nicht den Fronten an und werden hier nicht behandelt.

Über die Anfänge der Jungliberalen Bewegung wurde in einem Seminar der Berner Dozenten Gruner und Gilg eine Arbeit geschrieben: A. J. Gebert, Die Jungliberale Bewegung der Schweiz, 1928–1934.

45 Die Jungbauernbewegung wird in einer im Entstehen begriffenen Berner Dissertation erschöpfend behandelt werden. Die von René Riesen in Angriff genommene Arbeit wird voraussichtlich den Titel haben: Die Bauernheimatbewegung – ihr Entstehen, ihre Ziele, ihr Untergang.

7. Heimatwehr

1 Zürcher Post, 43/20. 2. 1934.
2 Vgl. Hans Zopfi, Anekdoten und Erinnerungen, Affoltern a. A. 1952, S. 245 f.
3 Heimatwehr, 38/19. 9. 1935.
4 Siehe Anm. 3. Ferner: Gewerkschaftl. Rundschau, 7/Juli 1933, S. 223. Neue Berner Ztg., 36/12. 2. 1934. Heimatwehr, 39/26. 9. 1935.
5 Aus einer Rede des bernischen Heimatwehrführers, in: Schweizerbanner, 19/1. 10. 1932.
6 Vgl. Markus Feldmann, Nationale Bewegungen usw., S. 60.
7 Siehe S. 57.
8 Vgl. Zürcher Post, 43/20. 2. 1934.
9 Schweiz. Republ. Bl., 15/4. 11. 1933.
10 Siehe S. 57 ff.
11 Näheres darüber auf S. 331 f.
12 Vgl. Heimatwehr, 8/31. 5. 1934 und Schweizer Faschist, 31/31. 5. 1934. – Vgl. ferner: Heimatwehr, 1/12. 4. 1934 bis 18/9. 8. 1934 und Schweizer Faschist, 24/12. 4. 1934 bis 41/9. 8. 1934.
13 Vgl. Front, 128/1 8. 1934.
14 Siehe S. 244.
15 Heimatwehr, 21/30. 8. 1934.
16 Vgl. ebenda, 2/10. 1. 1935.
17 Vgl. die Statuten v. 1. 1. 1933, zit. nach: Markus Feldmann, Nationale Bewegungen usw., S. 49 f.
18 Vgl. Heimatwehr, 32/15. 11. 1934.
19 Ebenda, 26/4. 10. 1934.
20 Die Wahlkreise, in denen die Heimatwehr Kandidatenlisten einreichte, stellten bevölkerungsmäßig einen Sechstel des ganzen Kantons dar. In diesen Gebieten erzielte sie folgende Resultate:

Wahlkreis	Total Parteistimmen	Anteil Heimatwehr Parteistimmen	in Prozenten
Frutigen	12 436	5 028	40,4
Konolfingen	76 538	4 899	6,4
Seftigen	29 519	1 280	4,3
Signau	41 440	4 010	9,7
Ober-Simmental	3 212	257	8,0
Nieder-Simmental	10 515	1 204	11,4
Thun	155 205	10 351	6,7
Total	328 865	27 029	8,2

Zusammengestellt aus: Berner GR-Wahlen 1934, S. 30 ff.

21 Gaz. de Laus., 127/8. 5. 1934.
22 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101.
23 Vgl. Heimatwehr, 50/19. 12. 1935.
24 Vgl. Albert Spengler, Meine Geschichte und die meiner Familie, (Lengwil) 1940. Ders., Politische Korruption im Thurgau, in: Schweizerbanner, 10/15. 5. 1933.
25 Vgl. Berner GR-Wahlen 1942, S. 18.

III. Fronten mit Bindung an das Ausland

1. Schweizerische Faschistische Bewegung

1 Vgl. NZZ, 87/17. 1. 1934.
2 Schweizer Faschist, 2/2. 11. 1933.
3 Arthur Fonjallaz, Energie et volonté – un chef: Mussolini, Paris 1933, S. 64.
4 Ebenda, S. 219. Vgl. ferner: Schweizer Faschist, 13/25. 1. 1934. Ebenda, 42/43/22. 8. 1935.
5 Zit. nach: Luzerner Tagbl., 295/18. 12. 1933.
6 Schweizer Faschist, 51/17. 10. 1935.
7 Siehe die folgenden Kapitel.
8 Schweizer Faschist, 13/25. 1. 1934.
9 Ebenda, 9/21. 12. 1933.
10 Ecole des sciences sociales.
11 Gaz. de Laus., 63/5. 3. 1937.
12 Landbote, 54/6. 3. 1937.
13 Trib. de Genève, 21/26. 1. 1934. – Über den Begriff «irredentistisch» orientiert S. 433, Anm. 82.
14 Gaz. de Laus., 18/19. 1. 1934.
15 Siehe Anm. 1.
16 Nation, 4/26. 1. 1934.
17 Vgl. Schweiz. Republ. Bl., 29/10. 2. 1934.
18 Schaffh. Int.-Bl., 253/28. 10. 1933.
19 Vgl. NZZ, 1977/1. 11. 1933. NZZ, 2020/7. 11. 1933.
20 Zit. nach: Basler Nachr., 169/25. 6. 1934. Siehe auch das Kap.: Frontistische Offiziere, S. 293 ff.
21 Vgl. Zürcher Post, 17/20. 1. 1934.
22 Vgl. Schweizer Faschist, 33/13. 6. 1935. Näheres über die frontistischen Auslandorganisationen auf S. 276 ff.
23 Vgl. Schweizer Faschist, 22/29. 3. 1934. Ebenda, 26/26. 4. 1934. Ebenda, 30/25. 5. 1934. Ebenda, 40/2. 8. 1934. Ebenda, 5/29. 11. 1934.
24 Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 20.
25 Vgl. NZZ, 142/26. 1. 1934. NZZ, 147/26. 1. 1934. Schweizer Faschist, 14/1. 2. 1934. Zur gleichen Zeit kam es auch zu Unruhen in Locarno, Lugano und Melide. Vgl. NZZ, 106/20. 1. 1934. NZZ, 160/29. 1. 1934.
26 Vgl. Jahrb. NHG 1935, S. 216.
27 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101.
28 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101.

29 Vgl. Schweizer Faschist, 10/11/9. 1. 1936.
30 Vgl. ebenda, 12/13/23. 1. 1936.
31 Gaz. de Laus., 138/19. 5. 1937.
32 Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 24/29. 1. 1940.
33 Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 28. 2. 1941. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 61.
34 Vgl. NZZ, 141/25. 1. 1944.

2. Nationaldemokratischer Schweizerbund

1 Vgl. Der Sperber, 3–6/20. 5. 1937.
2 Vgl. René Sonderegger, Die Schweiz im Umsturz?, Zürich 1933, S. 48 ff., 59.
3 Vgl. ebenda, S. 34.
4 Vgl. ders., Finanzielle Weltgeschichte, Zürich 1936, S. 5.
5 Ebenda, S. 16.
6 Ebenda, S. 21.
7 Ebenda, S. 23.
8 Ebenda, S. 6. Vgl. ferner: Ders., Die Schweiz im Umsturz usw., S. 90.
9 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101.
10 Ders., Die Schweiz im Paneuropa Adolf Hitlers, Zürich 1940, S. 25.
11 Aus einem Brief Sondereggers an den Nationalen Front-Verlag, v. 6. 7. 1940. St.-A. SH, Liqu. N. F.
12 Ders., Die Schweiz im Paneuropa usw., S. 26. Vgl. ferner: Ders., Adolf Hitler und die deutsche Emigration in der Schweiz, Zürich 1940, S. 90.
13 Ders., Die Schweiz im Paneuropa usw., S. 8.
14 Vgl. ebenda, S. 28. Ferner: Ders., Rede eines schweizerischen Patrioten an die Deutschen in der Schweiz, Zürich 1941, S. 6.
15 Sonderegger dachte an die «Neue Zürcher Zeitung».
16 Die Schweiz im Paneuropa usw., S. 14.
17 Ders., Adolf Hitler usw., S. 33. Vgl. ferner: Ebenda, S. 76 ff., 103.
18 Vgl. ders., Rede eines usw., S. 15.
19 Ebenda, S. 10. Vgl. ferner: Ders., Schweizerische Erneuerung, Zürich 1941, 1.Buch, S. 53 f.
20 Ders., Rede eines usw., S. 6, 15. Vgl. ferner: Ders., Schweizerische Erneuerung usw., 1. Buch, S. 32a, 59, 97. Alfred Zander, Eidgenossenschaft und Reich, 1. Aufl., Stuttgart 1937, S. 16, 80; 2. Aufl., Berlin 1942, S. 21, 128.
21 René Sonderegger, Adolf Hitler usw., S. 99.
22 Ders., Schweizerische Erneuerung usw., 1. Buch, S. 31.
23 Ders., Napoleon I., Adolf Hitler und die Schweiz, Zürich 1940, S. 47.
24 Ders., Die Schweiz im Paneuropa usw., S. 5 f.
25 Solothurner Ztg., 132/7. 6. 1943. Vgl. ferner: Hans Konrad Sonderegger, Eine vorläufige Klarstellung, in: Der Demokrat, 24/16. 6. 1943 und 25/23. 6. 1943. Bundesrat von Steiger, in: Schreibm.-Prot. NR 1943, S. 318 ff., Sitzung v. 28. 9. 1943.
26 Volksrecht, 133/9. 6. 1943.
27 Vgl. Nation, 23/10. 6. 1943.
28 Vgl. Der Demokrat, 24/16. 6. 1943 und 25/23. 6. 1943.
29 Siehe S. 83 f.
30 Siehe S. 44 ff.
31 Siehe S. 48 ff.

[32] Volksrecht, 136/12. 6. 1943.
[33] Vgl. Werner Schmid, in: NZZ, 929/12. 6. 1943.
[34] Vgl. Hans Konrad Sonderegger, in: Der Demokrat, 31/4. 8. 1943 und 32/11. 8. 1943 und 33/18. 8. 1943.
[35] Vgl. NZZ, 888/4. 6. 1943.
[36] Vgl. Der Demokrat, 40/6. 10. 1943.
[37] Man wird Hans Konrad Sonderegger, der zweifellos mehr Qualitäten hatte als sein Bruder René, allerdings nicht gerecht, wenn man ihn nur von seiner zweideutigen Haltung des Jahres 1940 her beurteilt.

3. Nationalsozialistische Eidgenössische Arbeiterpartei (NSEAP) oder Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen (BNSE)

[1] Neue Schweizer Rundschau, 2/Juni 1933, S. 79.
[2] René Sonderegger, Die Schweiz im Umsturz usw., S. 40.
[3] Der Eidgenosse, 3/15. 12. 1932.
[4] Zürichsee-Ztg., 178/1. 8. 1932.
[5] Neue Schweizer Rundschau, 2/Juni 1933, S. 82.
[6] Der Eidgenosse, 2/15. 1. 1934.
[7] Ebenda, 19/1. 10. 1933.
[8] René Sonderegger, Die Schweiz im Umsturz usw., S. 40.
[9] Der Eidgenosse, 7/1. 4. 1933.
[10] NZZ, 835/11. 5. 1935. Vgl. ferner: Gewerkschaftl. Rundschau, 7/Juli 1933, S. 222.
[11] Ernst Schürch, in: Landbote, 154/5. 7. 1933. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 115/26. 4. 1933.
[12] Schweiz. Republ. Bl., 48/24. 6. 1933.
[13] Vgl. Der Jungdemokrat, 3/Febr. 1933. Ferner: NZZ, 835/11. 5. 1934.
[14] Vgl. OGr-A. ZH, U der 4. Kammer v. 9. 5. 1934, S. 8 ff. Ferner: U der 4. Abt. des BzGr ZH v. 19. 2. 1934, S. 18 ff.
[15] Das Flugblatt befindet sich in: BzGr-A. ZH, Akten zum U der 4. Abt. v. 25. 1. 1934.
[16] Luzerner Tagbl., 22/26. 1. 1934. Vgl. ferner das U des Polizeirichters, in: BzGr-A. ZH, U der 4. Abt. v. 25. 1. 1934, S. 6.
[17] Vgl. zwei Artikel des Dr. E. S. in: Hamburger Nachrichten vom 4. 4. 1933 und 14. 6. 1933 sowie einen Brief des gleichen Verfassers v. 8. 6. 1933 an verschiedene reichsdeutsche Zeitungen, wiedergegeben in: BzGr-A. ZH, U der 3. Abt. v. 22. 2. 1935, S. 10 ff.
[18] Aus einem Schreiben des Vereins der Schweizer Presse, in: Neue Aarg. Ztg., 177/1. 8. 1933.
[19] NZZ, 1272/12. 7. 1933. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 197/17. 7. 1933.
[20] Vgl. BzGr-A. ZH, U der 3. Abt. v. 22. 2. 1935, S. 35 ff., 44 ff.
[21] Der Eidgenosse, 4/4. 2. 1933.
[22] Siehe S. 144 ff.
[23] Siehe Anm. 21.
[24] Siehe das Kap.: Frontisten als Landesverräter, S. 368 ff.
[25] Vgl. Eiserner Besen, 37/16. 6. 1933.
[26] Vgl. Bund, 330/19. 7. 1934.
[27] Vgl. Volksbund, 2/Febr. 1935.

4. Volksbund oder Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiterpartei (NSSAP)

[1] Näheres darüber auf S. 140 ff.
[2] Volksbund, 1/26. 10. 1933.
[3] Da sich Namen wie Sonderegger, Weber, Meyer, Müller, Huber usw. häufen, sei – um Verwechslungen zu vermeiden – auf das Personenverzeichnis verwiesen.
[4] Vgl. Front, 13/10. 10. 1933. NZZ, 1842/12. 10. 1933. NZZ, 1849/13. 10. 1933. Front, 14/13. 10. 1933. Ebenda, 15/17. 10. 1933. Ebenda, 17/24. 10. 1933. Volksbund, 1/26. 10. 1933.
[5] Volksbund, 18/17. 6. 1934.
[6] Siehe Anm. 2.
[7] Siehe Anm. 2.
[8] Näheres darüber auf S. 231 f.
[9] Vgl. Volksbund, 9/2. 3. 1934. Ferner: Basler Nachr., 60/2. 3. 1934.
[10] Vgl. Eidgenoß, 2/6. 3. 1936. Ebenda, 24/7. 8. 1936. – Der Eidgenössische Bund entfaltete keine große Aktivität und löste sich im Februar 1939 auf. Vgl. ebenda, 5/6. 2. 1939.
[11] Vgl. RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 22.
[12] Vgl. Volksbund, 24/Sept. 1934.
[13] Siehe S. 71.
[14] Siehe Anm. 5.
[15] Volksbund, 1/Jan. 1934.
[16] Ebenda, 27/Nov. 1934.
[17] Ebenda, 20/19. 7. 1934. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front, S. 250 f.
[18] Vgl. Volksrecht, 271/17. 11. 1939.
[19] Vgl. Basler Nachr., 349/21. 12. 1934.
[20] Volksbund, 21/2. 8. 1934.
[21] Ebenda, 29/Dez. 1934. – Um diesem Schlachtruf größere Verbreitung zu sichern, schrieb ein Volksbündler an die Wand der Basler Synagoge: «Juda ferrecke!» Vgl. Basler Nachr., 272/5. 10. 1934.
[22] Vgl. Basler Nachr., 331/3. 12. 1934.
[23] Volksbund, 4/Apr. 1935. Vgl. ferner: Ebenda, 8/Ende Juli 1934.
[24] Vgl. RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 20 ff.
[25] Vgl. AS 1938, S. 306, BRB betr. Ergänzung des BRB über das Verbot des Tragens von Parteiuniformen, v. 1. 7. 1938.
[26] Vgl. NZZ, 1895/28. 10. 1938. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 24.
[27] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 28.
[28] Vgl. AS 1938, S. 856, BRB über Maßnahmen gegen staatsfeindliche Umtriebe und zum Schutz der Demokratie, v. 5. 12. 1938.
[29] Vgl. Schreibm.-Prot. NR 1938, S. 239 ff., Sitzung v. 11. 11. 1938.
[30] Siehe Anm. 27.
[31] Schreiben v. 10. 12. 1938, in: Basler Universitätsbibliothek, Sign.: Ztg. 246.
[32] Vgl. Basler Nachr., 315/25. 7. 1944. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 19, 28, 54 f. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, BBl 1948 III, S. 1010.
[33] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 20. 11. 1939, S. 13 ff., 30 f. NZZ, 1879/21. 11. 1939. Volksrecht, 276/23. 11. 1939. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 27 f.

5. Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie (SGAD)

[1] Näheres über Franz Burri auf S. 93 ff.
[2] Vgl. NZZ, 1553/26. 10. 1940. NZZ, 1656/4. 11. 1940. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 55 f.
[3] Vgl. NZZ, 833/20. 4. 1948.
[4] Ernst Leonhardt, Schweizervolk! Deine Schicksalsstunde ist gekommen! Was soll nun werden?, 15. 7. 1940, S. 3 f. – Die Schrift wurde von der Bundesanwaltschaft verboten. Vgl. Basler Nachr., 318/28. 7. 1944.
[5] Ernst Leonhardt, Schweizervolk usw., S. 28 f.
[6] Ebenda, S. 30 f. Weitere Auszüge aus Burri/Leonhardt-Flugblättern der Jahre 1939/40 in: Arb.-Ztg., 7/9. 1. 1940. Ebenda, 8/10. 1. 1940. Ebenda, 33/8. 2. 1940. NZZ, 1656/4. 11. 1940. Arb.-Ztg., 272/18. 11. 1940. NZZ, 833/20. 4. 1948. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front, S. 343 ff.
[7] Willy Bretscher, Die Schweiz in veränderter Umwelt, Rorschach (1940), S. 13.
[8] Siehe S. 419, Anm. 9.
[9] Vgl. Arb.-Ztg., 272/18. 11. 1940. Bericht des Generaladjutanten der Armee über den Aktivdienst, (Bern 1945), S. 256 f. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 119. Gonzague de Reynold, Mes Mémoires, III, Genève 1963, S. 654.
[10] Inf. der Woche, 2/1941, S. 2. Vgl. ferner: Büro Ha, Hans Hausammann; Offiziersbewegung 1940, S. 10.
[11] Vgl. AS 1940, S. 1784, BRB über die Auflösung der Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie, v. 8. 11. 1940.

6. Eidgenössische Soziale Arbeiter-Partei (ESAP)

[1] Der Nationale Arbeiter, 21/4. 1. 1938.
[2] Vgl. Front, 69/23. 3. 1936.
[3] Vgl. Front, 219/15. 11. 1934. Eidg. Wacht, 1/15. 12. 1934. Front, 33/8. 2. 1935. Schweizervolk, 17/18. 7. 1938.
[4] Schweizervolk, 26/9. 9. 1936.
[5] Vgl. ebenda, 35/11. 11. 1938.
[6] Landbote, 188/15. 8. 1939.
[7] Zit. nach: Nation, 14/6. 4. 1939. – Die zweite Strophe des ESAP-Liedes deckt sich wörtlich mit derjenigen des SA-Liedes.
[8] Schweizervolk, 10/20. 5. 1938. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front, S. 262 ff.
[9] Gaz. de Laus., 321/17. 11. 1938. Vgl. ferner: Nebelspalter, 46/18. 11. 1938, S. 7.
[10] Vgl. Landbote, 118/15. 8. 1939. Klageantwort Dr. Zellweger v. 19. 5. 1939, S. 9 f., in: Gr-A. SH, Akten zum U des KGr v. 22. 12. 1939. Ferner: U des KGr v. 22. 12. 1939, S. 25. – Von diesem Tatbestand hatte der Bundesrat keine Kenntnis, als er – ohne die gerichtliche Untersuchung abzuwarten – am 25. 11. 1938 Hofmann die Bestätigung gab, keine deutschen Gelder empfangen zu haben. Vgl. Ernst Hofmann, Es geht um das Recht, Zürich (1939), S. 5.
[11] Gr-A. SH, U des KGr v. 22. 12. 1939, S. 25.
[12] Vgl. Landbote, 240/14. 10. 1938.

13 Vgl. die Interpellation Huber und das Postulat Feldmann, Schreibm.-Prot. NR 1938, S. 235 f., S. 293 ff., Sitzungen v. 10. und 11. 11. 1938.
14 Ebenda, S. 235 f.
15 Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 28.
16 Siehe S. 86.
17 Siehe S. 81, 83 f.

7. Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung (BTE)

1 Siehe S. 332 ff.
2 Schweizerdegen, 1/25. 6. 1938.
3 Siehe S. 154, 160.
4 Siehe S. 108.
5 Siehe S. 71.
6 Siehe S. 210.
7 Vgl. NZZ, 1259/10. 7. 1939. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 88.
8 NZZ, 550/28. 3. 1938.
9 Gaz. de Laus., 105/15. 4. 1938.
10 Siehe Anm. 2.
11 Schweizerdegen, 5/28. 8. 1938.
12 Ebenda, 8/1. 10. 1938.
13 Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 5. 2. 1940, S. 10 f. NZZ, 199/9. 2. 1940.
14 Vgl. Willisauer Bote, 86/28. 10. 1938.
15 Nach den Ausführungen des Bundesanwalts vor Bundesstrafgericht, vgl. National-Ztg., 317/13. 7. 1939.
16 Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 14. 7. 1939, S. 13 ff., 26 ff., 33 ff., 54. NZZ, von 1267/12. 7. 1939 bis 1287/15. 7. 1939. NZZ, 1683/22. 9. 1939. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 27.
17 Vgl. National-Ztg., 312/10. 7. 1939.
18 Siehe Anm. 16.
19 BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 88.
20 Neue Berner Ztg., 167/20. 7. 1939.
21 Siehe S. 86.

8. Nationale Bewegung der Schweiz (NBS)

1 Zit. nach: NZZ, 1316/12. 9. 1940. Vgl. ferner: NZZ, 1363/22. 9. 1940.
2 Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 3. 7. 1948, S. 5. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1006. – Dem gleichen Zweck diente in der welschen Schweiz der ebenfalls im Juni 1940 gegründete Mouvement National Suisse (MNS), eine Schwesterorganisation der Nationalen Bewegung der Schweiz. Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 136.
3 Vgl. Flugschrift v. Juli 1940, in: Nationale Hefte, 4/5/Juli/Aug. 1940, S. 191.
4 Siehe S. 198 ff.
5 (Nationale Bewegung der Schweiz), Die nationale und soziale Neugestaltung der schweizerischen Eidgenossenschaft, Zürich (1940), S. 8 f. Siehe ferner: Anm. 3.
6 Aus einem Zirkular der NBS v. Juni 1940, vgl. Arb.-Ztg., 175/27. 7. 1940. Vgl. ferner: (Nationale Bewegung der Schweiz), Die nationale usw., S. 2.

[7] Aus einem Zirkular der NBS v. Juli 1940, siehe Anm. 6. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen der Nationalen Front, S. 343 ff.

[8] Zit. nach: Volksrecht, 265/9. 11. 1940. – Das Organisationsstatut der NBS war der «Volksrecht»-Redaktion in die Hände gefallen, dasjenige der NSDAP hatte sie dem von Robert Ley herausgegebenen Nationalsozialistischen Jahrbuch 1939 entnommen. Die Dokumente wurden im Bundeshaus als echt bezeichnet. Vgl. NZZ, 1672/18. 11. 1940. Volksrecht, 273/19. 11. 1940. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 58.

[9] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 58. NZZ, 986/22. 5. 1947. NZZ, 1424/4. 7. 1948.

[10] Vgl. die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, in: Schreibm.-Prot. NR 1940, Anlage Nr. 29, Sitzung v. 18. 9. 1940.

[11] Vgl. Arb.-Ztg., 217/14. 9. 1940.

[12] Wortlaut der Rede, in: NZZ, 914/25. 6. 1940.

[13] Vgl. Schaffh. Nachr., 218/16. 9. 1940.

[14] Vgl. die Erklärungen der unabhängigen, sozialdemokratischen und bürgerlichen Fraktionen, in: Schreibm.-Prot. NR 1940, Anlagen Nr. 28, 29, 30, Sitzung v. 18. 9. 1940. – Das Rendez-vous wurde von zwei verschiedenen Seiten her vorbereitet: 1. Jakob Schaffner machte im August 1940 bei einer Kur in Baden die Bekanntschaft des Bundespräsidenten Pilet. Die beiden Männer vereinbarten ein Stelldichein. 2. Ernst Hofmann traf an einer privaten Konferenz bei einem Zürcher Finanzmann am 28. August 1940 mit Bundesrat Wetter zusammen. Hofmann, der sich darüber beklagte, Bundesrat Etter und Bundespräsident Pilet vergeblich um eine Audienz ersucht zu haben, bat an diesem Abend Herrn Wetter, er solle sich für ihn bei Bundespräsident Pilet verwenden. Bundesrat Wetter hat sich daraufhin beim Bundespräsidenten für einen Empfang der Frontisten ausgesprochen. Seine Mitverantwortung für den Frontenempfang hat er allerdings vor der Öffentlichkeit verschwiegen. Vgl. Ernst Hofmann, Es geht usw., S. 9. Schreibm.-Prot. NR 1940, Anlage Nr. 27, Sitzung v. 18. 9. 1940. Neue Bündner Ztg., 43/20. 2. 1946. StenB NR 1946, S. 816 f., Sitzung v. 9. 10. 1946. RR-Bericht AG, Entlassung Dr. Ammann, S. 70 f. Paul Schmid-Ammann, Emil Klöti, Zürich 1965, S. 271. NZZ, 4955/21. 11. 1965.

[15] Vgl. NZZ, 1378/28. 6. 1948. NZZ, 1383/29. 6. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1007. – Über die Frage, ob Bundespräsident Pilet, der Keller noch ein zweites Mal zu einer privaten Audienz bei sich zu Hause empfing, diesen mit einer offiziösen Mission zur Belebung der darniederliegenden deutsch-schweizerischen Beziehungen betraut habe, liegen widersprechende Aussagen vor. Das Bundesstrafgericht kam dazu, die Frage zu bejahen. Vgl. NZZ, 1383/29. 6. 1948. StenB NR 1949, S. 383 f., 389 f., Sitzung v. 24. 4. 1949. – Die in den Anmerkungen der S. 84 bis 104 angeführten NZZ-Stellen der Jahre 1947 und 1948 teilen Tatbestände über die Nationale Bewegung der Schweiz, den Bund der Schweizer in Großdeutschland und den Nationalsozialistischen Schweizerbund mit, Tatbestände, die in vier Prozessen vor Bundesstrafgericht bekannt geworden sind. Die NZZ-Berichte wurden im Archiv des Bundesgerichts mit den ausführlichen Urteilsbegründungen der vier Prozesse verglichen. Sie stimmen mit diesen in allen Einzelheiten überein.

[16] Vgl. NZZ, 2482/12. 12. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1010.

[17] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 85, 107, 109. NZZ, 986/22. 5. 1947. NZZ, 989/23. 5. 1947. NZZ, 2482/12. 12. 1947. NZZ, 2579/22. 11. 1947. NZZ, 887/27. 4. 1948. NZZ, 909/29. 4. 1948. NZZ, 1427/5. 7. 1948. – Die militärische Spionage gegen die Schweiz lag bis zum 20. Juli 1944, dem Tage des Attentats auf Hitler, in

den Händen der AST (Abwehr-Stelle der Wehrmacht). Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 106. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1011 ff.

[18] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 46.

[19] Siehe S. 80.

[20] Vgl. NZZ, 1081/5. 6. 1947. NZZ, 833/20. 4. 1948. NZZ, 849/22. 4. 1948. NZZ, 1378/28. 6. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1017 ff.

[21] Vgl. NZZ, 1672/18. 11. 1940. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 57, 82. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1007, 1010.

[22] Vgl. NZZ, 979/21. 5. 1947. NZZ, 2445/8. 12. 1947. NZZ, 1424/4. 7. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1007. – Die SGAD blieb auch fernerhin außerhalb der NBS, da sich Burri/Leonhardt und Keller nicht hatten verständigen können.

[23] Vgl. Volksrecht, 273/19. 11. 1940.

[24] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 4. 6. 1947, S. 11.

[25] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 82. NZZ, 986/22. 5. 1947. NZZ, 1076/4. 6. 1947. NZZ, 2482/12. 12. 1947. NZZ, 2579/22. 12. 1947. NZZ, 887/27. 4. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1010.

[26] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 4. 6. 1947, S. 143. U v. 20. 12. 1947, S. 183 ff. U v. 7. 5. 1948, S. 356 ff. U v. 3. 7. 1948, S. 71.

[27] Vgl. die Erklärung des Vorstehers des Politischen Departementes, Schreibm.-Prot. NR 1945, S. 306 ff., Sitzung v. 20. 12. 1945. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O. S. 1008.

[28] Vgl. die Erklärung des Bundesrates zum Frontenempfang, Schreibm.-Prot. NR 1940, Anlage Nr. 27, Sitzung v. 18. 9. 1940.

[29] Vgl. NZZ, 1662/15. 11. 1940. Volksrecht, 270/15. 11. 1940. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 57.

[30] Vgl. AS 1940, S. 1814. BRB über die Auflösung der Nationalen Bewegung der Schweiz, v. 19. 11. 1940.

[31] Siehe S. 82 f.

[32] Vgl. Inf. der Woche, 2/1941, S. 7 ff., die einige deutsche Pressestimmen zur Auflösung der NBS zitiert.

[33] Vgl. Front, 24/19. 6. 1941.

[34] Vgl. ebenda, 19/13. 5. 1942. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 74.

[35] Vgl. NZZ, 929/13. 6. 1945.

[36] Vgl. Inf. der Woche, 12/24. 3. 1942, Begleitbrief, S. 3. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 64, 129 f., 139 ff. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 2413/5. 12. 1947. NZZ, 2461/10. 12. 1947. NZZ, 2482/12. 12. 1947. NZZ, 2579/22. 12. 1947. NZZ, 891/27. 4. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1009. – Weitere Nachfolgeorganisationen der NBS waren: Soziale Volkspartei (SVP), National-Bernischer Sportverein (NBS). Andere unbedeutende schweizerische Naziorganisationen wie: Bund Nationalistischer Schweizerstudenten, Kampfbund Speer, Eidgenössische Arbeiter- und Bauern-Partei (EABP) werden hier nicht behandelt. Desgleichen erübrigt sich eine Darstellung der zumindest frontistisch angehauchten Organisationen: Eidgenössische Kampf-Partei, Elefantenklub – Bund der Subventionslosen. Schließlich findet hier der Auslandschweizerbund: Nationalsozialistische Schweizer Arbeiter-Organisation (NSSAO) keine Erwähnung, der nur einige Dutzend Mitglieder zählte und bald in eine andere nationalsozialistische Auslandschweizerbewegung aufging.

9. Bund der Schweizer in Großdeutschland (BSG)

[1] Vgl. Inf. der Woche, 9/3. 3. 1942, S. 8. Ebenda, 21/26. 5. 1942, S. 9. NZZ, 960/19. 5. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1034 f.
[2] Siehe S. 80.
[3] Siehe S. 276 f.
[4] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 88. NZZ, 974/21. 5. 1947. NZZ, 1024/28. 5. 1947. NZZ, 1034/30. 5. 1947. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 2413/5. 12. 1947. NZZ, 917/30. 4. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1034.
[5] Vgl. NZZ, 833/20. 4. 1948.
[6] Vgl. NZZ, 960/19. 5. 1947.
[7] Zit. nach: NZZ, 1081/5. 6. 1947. Vgl. ferner: BGr.-A., Strafr., U v. 4. 6. 1947, S. 36. U v. 20. 12. 1947, S. 23.
[8] Siehe Anm. 7.
[9] Siehe Anm. 1. Ferner: BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 88. NZZ, 964/19. 5. 1947. NZZ, 1024/28. 5. 1947.
[10] Vgl. NZZ, 964/19. 5. 1947. NZZ, 986/22. 5. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1035.
[11] Vgl. NZZ, 994/23. 5. 1947. NZZ, 1024/28. 5. 1947.
[12] Vgl. Inf. der Woche, 36/5. 9. 1942, S. 8. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 88. NZZ, 979/21. 5. 1947. NZZ, 1024/28. 5. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1035 ff.
[13] Vgl. NZZ, 982/22. 5. 1947. NZZ, 986/22. 5. 1947. NZZ, 1024/28. 5. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1038.
[14] Aus einem Brief des Bundesleiters an Burri. Zit. nach: BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1044. Vgl. ferner: NZZ, 1024/28. 5. 1947.
[15] Vgl. Inf. der Woche, 9/3.3.1942, S. 9. NZZ, 960/19.5.1947. NZZ, 974/21. 5. 1947. NZZ, 1076/4.6.1947. NZZ, 1081/5.6.1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a.a.O., S. 1057.
[16] Vgl. NZZ, 982/22. 5. 1947. NZZ, 1029/29. 5. 1947. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 1378/28. 6. 1948. NZZ, 1407/2. 7. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1028. – Über den Fall Däniker orientieren: Gustav Däniker, Im Dienste der Schweiz, Zürich 1945. Alice Meyer, Anpassung oder Widerstand?, Frauenfeld 1965, S. 166 ff.
[17] Aus der Urteilsbegründung des Bundesstrafgerichts. Zit. nach: BGE 1947, IV Strafr., U v. 4. 6. 1947, S. 105. Vgl. ferner: BR-Bericht über Begnadigungsgesuche, BBl 1948 II, S. 595 f. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1038.
[18] Aus der Urteilsbegründung des Bundesstrafgerichts. Zit. nach: NZZ, 1076/4. 6. 1947. NZZ, 1081/5. 6. 1947.
[19] Vgl. NZZ, 2461/10. 12. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1054.
[20] Vgl. Bericht des Generaladjutanten usw., S. 248 f. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 2413/5. 12. 1947. NZZ, 2511/15. 12. 1947. NZZ, 2579/22. 12. 1947. NZZ, 862/23. 4. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1032 f.
[21] Vgl. NZZ, 2413/5. 12. 1947. NZZ, 2482/12. 12. 1947. NZZ, 2493/13. 12. 1947.
[22] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 94 ff. NZZ, 2493/13. 12. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1058 ff.
[23] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 92 f. NZZ, 1017/27. 5. 1947. NZZ, 1020/28. 5. 1947. NZZ, 2511/15. 12. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1027, 1053 ff., 1059.

[24] Vgl. Inf. der Woche, 36/15. 9. 1942, Begleitbrief, S. 2. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 93. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 2413/5. 12. 1947. NZZ, 2461/10. 12. 1947. NZZ, 2511/15. 12. 1947. NZZ, 2579/22. 12. 1947. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1032 f.
[25] Vgl. NZZ, 994/23. 5. 1947. NZZ, 2445/8. 12. 1947.
[26] Vgl. NZZ, 2445/8. 12. 1947. NZZ, 2511/15. 12. 1947. BR-Bericht über Begnadigungsgesuche, BBl 1948 II, S. 593.
[27] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 20. 12. 1947, S. 45. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1032 f.
[28] Vgl. NZZ, 1378/28. 6. 1948.
[29] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 4. 6. 1947, S. 143 ff. U v. 20. 12. 1947, S. 183 ff.

10. Nationalsozialistischer Schweizerbund (NSSB) und Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz (NSBidS)

[1] Vgl. National-Ztg., 254/5. 6. 1943. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 23 f., 63, 83. NZZ, 837/20. 4. 1948. NZZ, 840/21. 4. 1948. NZZ, 887/27. 4. 1948. NZZ, 917/30. 4. 1948. BR-Pressebericht, S. 163.
[2] Siehe S. 74.
[3] Siehe S. 89.
[4] Vgl. NZZ, 2445/8. 12. 1947. NZZ, 849/22. 4. 1948. Siehe auch: S. 86,
[5] Siehe S. 76, 87.
[6] Siehe S. 86.
[7] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 86, 90. RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 68. NZZ, 2579/22. 12. 1947. NZZ, 833/20. 4. 1948. NZZ, 887/27. 4. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1042.
[8] Vgl. Basler Nachr., 332/7. 8. 1944. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 62, 90. NZZ, 862/23. 4. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1041.
[9] Am 28. 4. 1942, vgl. NZZ, 678/29. 4. 1942. Am 18. 6. 1943, vgl. NZZ, 970/21. 6. 1943. Am 23. 8. 1944, vgl. NZZ, 1428/24. 8. 1944. – Bis zum Jahre 1944 wurden 48 Mitglieder der NSBidS verurteilt. Vgl. Prot. GR BS 1945/46, S. 46, Sitzung v. 21. 6. 1945.
[10] Dez. 1941. Zit. nach: Inf. der Woche, 2/13. 1. 1942, S. 5 f.
[11] 25. 11. 1941. Zit. nach: Ebenda, 52/16. 12. 1941, S. 4.
[12] 25. 2. 1942. Zit. nach: Nation, 19/13. 5. 1943. Vgl. ferner: Inf. der Woche, 28/15. 7. 1942, S. 11.
[13] März 1943. Zit. nach: Schaffh. Nachr., 67/20. 3. 1943. Vgl. ferner: Schreibm.-Prot. NR 1944, S. 425, Sitzung v. 14. 6. 1944.
[14] 25. 9. 1943. Zit. nach: NZZ, 833/20. 4. 1948.
[15] 15. 9. 1943. Zit. nach: NZZ, 833/20. 4. 1948.
[16] Ohne Datum. Zit. nach: NZZ, 833/20. 4. 1948.
[17] Frühling 1943. Zit nach: NZZ, 833/20. 4. 1948.
[18] 29. 9. 1942. Zit nach: Inf. der Woche, 40/13. 10. 1942, S. 1.
[19] 30. 3. 1942. Zit. nach: Volksrecht, 82/9. 4. 1942. Vgl. ferner: Flugbl. v. 20. 4. 1944, in: Schreibm.-Prot. NR 1944, S. 426 f., Sitzung v. 14. 6. 1944.
[20] Vgl. NZZ, 1221/9. 7. 1946.
[21] März 1942. Zit. nach: Inf. der Woche, 28/15. 7. 1942, S. 12.
[22] 28. 2. 1942. Zit. nach: Ebenda, 28/15. 7. 1942, S. 11.

[23] 27. 11. 1941. Zit. nach: Ebenda, 52/16. 12. 1941, S. 5.
[24] Willy Bretscher, Die Schweiz usw., S. 8. Vgl. ferner: Pierre Béguin, Le balcon sur l'Europe, Neuchâtel 1951, S. 176.
[25] 11. 2. 1941. Zit. nach: Inf. der Woche, 31/9. 7. 1941, S. 3 f. Vgl. ferner: BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 56 f.
[26] 9/10. 10. 1941. Zit. nach: Inf. der Woche, 47/11. 11. 1941, S. 9 f. Vgl. ferner: BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 81 f.
[27] Dez. 1941. Zit. nach: Inf der Woche, 2/13. 1. 1942, S. 4 f.
[28] Ohne Datum. Zit. nach: NZZ, 833/20. 4. 1948.
[29] Siehe Anm. 25.
[30] Siehe Anm. 26.
[31] 1. 8. 1942. Zit. nach: Inf. der Woche, 36/15. 9. 1942, S. 7.
[32] 18. 1. 1942. Zit. nach: Ebenda, 9/3. 3. 1942, S. 10. Vgl. ferner: BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 55 f.
[33] Siehe Anm. 25.
[34] Siehe Anm. 27.
[35] Siehe Anm. 32.
[36] Vgl. Arb.-Ztg., 163/16. 7. 1941. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 62. NZZ, 833/20. 4. 1948.
[37] 20. 11. 1941. Zit. nach: Inf. der Woche, 52/16. 12. 1941, S. 4.
[38] Siehe Anm. 11.
[39] Aug. 1941. Zit. nach: Inf. der Woche, 37/2. 9. 1941, S. 9. Siehe auch das Kap.: «Hakenkreuzzug»?, S. 358 ff. – In einem späteren Zeitpunkt haben dann die Deutschen Leonhardt die Bewilligung zur Aufstellung eines Freikorps entzogen. Die Schweizer Freiwilligen wurden unmittelbar der Waffen-SS eingegliedert.
[40] Vgl. Schreibm.-Prot. NR 1944, S. 422 ff., Sitzung v. 14. 6. 1944.
[41] Vgl. BR-Geschäftsbericht 1942, S. 90. Schreibm.-Prot. NR 1944, S. 432 ff., Sitzung v. 14. 6. 1944.
[42] Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 83.
[43] Vgl. AS 1943, S. 398 f., BRB über Ausbürgerung, v. 18. 5. 1943. – Der Bundesratsbeschluß war ursprünglich auf 2 Jahre befristet, wurde dann aber um 2 weitere Jahre bis zum 20. 5. 1947 verlängert.
[44] Vgl. NZZ, 1207/4. 8. 1943. NZZ, 960/19. 5. 1947. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 2511/15. 12. 1947. NZZ, 840/21. 4. 1948.
[45] Vgl. NZZ, 726/5. 5. 1943. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1049.
[46] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 74.
[47] Zit. nach: NZZ, 703/2. 5. 1943.
[48] Ich stütze mich im folgenden auf: NZZ, 891/27. 4. 1948. NZZ, 893/28. 4. 1948. BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 40 ff. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1040 f.
[49] Der Basler Regierungsrat schätzte die Mitgliederzahl der SGAD auf 160 bis 180 Mann. Vgl. Prot. GR BS 1945/46, S. 46, Sitzung v. 21. 6. 1945.
[50] Selbstverständlich kann für uns die SS-«Moral» in keiner Weise verbindlich sein. Da aber Heydrich in diesem konkreten Fall die Bereitschaft von Schweizern zum Landesverrat dem Mangel an Charakterfestigkeit zuschreibt, können wir ihm ausnahmsweise beipflichten.
[51] Vgl. NZZ, 879/26. 4. 1948. NZZ, 887/27. 4. 1948.

52 Vgl. NZZ, 1378/28. 6. 1948. NZZ, 1383/29. 6. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1008, 1025, 1063 f.
53 Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 86 f. NZZ, 1378/28. 6. 1948. NZZ, 1383/29. 6. 1948. NZZ, 1391/30. 6. 1948. NZZ, 1407/2. 7. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1045, 1048, 1050, 1052.
54 Vgl. NZZ, 833/20. 4. 1948. NZZ, 879/26. 4. 1948. NZZ, 1378/28. 6. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, a. a. O., S. 1051.
55 Vgl. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 90. NZZ, 833/20. 4. 1948.
56 Vgl. NZZ, 833/20. 4. 1948. NZZ, 840/21. 4. 1948.
57 Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 213, 236 ff.
58 NZZ, 917/30. 4. 1948. Vgl. ferner: NZZ, 991/10. 5. 1948. – 39 Mitarbeiter Burris wurden zu Strafen von 1 Jahr Gefängnis bis zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Max Leo Keller erhielt in einem besonderen Verfahren eine Zusatzstrafe von 12 Jahren Zuchthaus, nachdem ihm früher schon ein Militärgericht eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren auferlegt hatte. Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 7. 5. 1948, S. 256 ff. U v. 3. 7. 1948, S. 71.

11. Zusammenfassung

1 Karl Weber, Die Schweiz usw., S. 121.

Zweiter Abschnitt:

Die Nationale Front von der Gründung bis zum Herbst 1933

I. Die Neue Front

1 Vgl. NZZ, 1228/4. 7. 1928.
2 Vgl. National-Ztg., 546/25. 11. 1929.
3 Vgl. Robert Tobler, in: Monatshefte, 4/Juli 1930, S. 163 ff. Ferner: NZZ, 1284/29. 6. 1930. Liberale Jugend, 8/Okt. 1930, S. 3. Zürcher Post, 262/7. 11. 1930.
4 Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 330.
5 Walther Bringolf, Mein Leben, Bern 1965, S. 165, verlegt das Gründungsdatum der Neuen Front irrtümlicherweise in das Jahr 1932.
6 Die Vorträge sind in leicht veränderter Fassung auch in Buchform erschienen: Paul Lang, Tote oder lebendige Schweiz?, Zürich 1932. Näheres darüber im Kap.: Antidemokratismus, S. 174 ff.
7 Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 183 A/5.
8 Vgl. Schweizer Monatshefte, 1/April 1934, S. 1 ff. Nationale Hefte, 1/April 1934, S. 6 ff. Ebenda, 2/Mai 1934, S. 65 ff.
9 Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 330.
10 Vgl. Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 102 ff.
11 Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 45, 46, 320, 510, 515, 516. – Näheres über die Kampfgruppe gegen geistigen Terror auf S. 122 f.
12 NZZ, 1244/29. 6. 1931.

13 Vgl. NZZ, 1261/1. 7. 1931. Liberale Jugend, 6/Juli 1931, S. 9. Monatshefte, 5/6/Aug./Sept. 1931, S. 252 ff.
14 Zürcher Stud., 2/Mai 1930, S. 41.
15 NZZ, 871/11. 5. 1932. Vgl. ferner: Monatshefte, 3/Juni 1932, S. 151 ff. Front, 26/1. 2. 1936.
16 Siehe S. 7.
17 Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 183 A/5.
18 Bericht des Vortragsausschusses der Zürcher Studentenschaft über die Tätigkeit im Sommersemester 1932. St.-A. ZH, W 12 AS 150, 516.
19 Vgl. NZZ, 890/13. 5. 1932.
20 Vgl. Protokoll des Kleinen Studentenrates, Sitzung v. 10. 5. 1932. St.-A. ZH, W 12 AS 150, 516. – Der Kleine Studentenrat ist – im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung – Exekutivorgan der Studentenschaft und wird durch den Großen Studentenrat gewählt. Er führt u.a. die Aufsicht über zahlreiche studentische Unterausschüsse und Kommissionen. Der Große Studentenrat, das Legislativorgan oder Studentenparlament, steht ihm beratend und beschließend zur Seite. Er setzt sich aus den Vertretern der sechs Fakultäten zusammen, die in den Fakultätsversammlungen jeweils für ein Semester gewählt werden.
21 Siehe Anm. 7.
22 Vgl. Zürcher Stud., 7/Dez. 1932, S. 261.
23 Vgl. ebenda, 3/Juni 1931, S. 103.
24 Vgl. ebenda, 7/Dez. 1932, S. 261.
25 Robert Tobler, in: Ebenda, 3/Juni 1932, S. 92.
26 Ebenda, 6/Nov. 1932, S. 207.
27 Siehe Anm. 25.
28 Information, 11/Juni 1933, S. 23.
29 Rolf Henne, in: Schaffh. Int.-Bl., 13/17. 1. 1933.
30 Hans Kläui, Der Kampf um die Volksgemeinschaft, Zürich 1934, S. 6.
31 Rolf Henne, in: Grenzbote, 89/3. 8. 1933. – Man beachte, daß Henne dieses Bekenntnis an der von der Neuen Helvetischen Gesellschaft veranstalteten 1.-August-Feier der Stadt Schaffhausen ablegte. Da er sich an ein aus verschiedenen politischen Lagern zusammengesetztes Publikum wandte und zudem an den bevorstehenden Ständeratswahlen zu kandidieren gedachte, dürfte er seine Worte besonders sorgfältig abgewogen haben.

II. Nationale Front

1 Hans Zopfi, Anekdoten und Erinnerungen, Affoltern a. A. 1952, S. 232.
2 Eiserner Besen, 6/23. 1. 1932.
3 Ebenda, 35/2. 6. 1933.
4 Ebenda, 23/24. 9. 1932.
5 Ebenda, 2/14. 11. 1931.
6 Ebenda, 24/17. 3. 1933.
7 Ebenda, 16/18. 6. 1932
8 Ebenda, 2/14. 11. 1931.
9 Ebenda, 12/23. 4. 1932.
10 Basler Nachr., 274/5. 10. 1932. Vgl. ferner: BGE 1932, I Staatsr., U v. 30. 9. 1932, S. 229.

11 Trib. de Genève, 93/21. 4. 1933.
12 Vgl. Hans Vonwyl, Ein Schweizer erlebt Deutschland, Zürich 1938, S. 6.
13 Aus dem vorgedruckten Aufnahmegesuch. Zit. nach: Der Jungdemokrat, 2/Nov. 1932.
14 Eiserner Besen, 1/7. 11. 1931.
15 Vgl. Bruno Grimm, Das Ende der Nationalen Front, Zürich 1940, S. 13. – Die Tafel ist heute nirgends mehr aufzutreiben. Sie dürfte im Jahre 1936, als der Besitzer des Restaurants wechselte, entfernt worden sein. Möglicherweise mußte sie aber schon im Jahre 1934 weichen, als sich der frühere Wirt mit der Nationalen Front überwarf. Der «Schweizerische Beobachter» veröffentlichte 1962 einen phantasievollen Bericht aus der Feder eines 1932 erst 17-jährigen «Augenzeugen». Dieser verlegte die Tagung in das Jahr 1933. Auch stellte er die Behauptung auf, die Frontisten hätten Hakenkreuzfahnen mitgeführt. Seine Ausführungen mußte er nachträglich dementieren. Vgl. Beobachter, 18/30. 9. 1962, S. 44 ff. Ebenda, 20/31. 10. 1962, S. 2.
16 Vgl. Volksrecht, 178/1. 8. 1932. Ferner: National-Ztg., 356/3. 8. 1932. NZZ, 1530/18. 8. 1932.
17 Vgl. Hans Vonwyl, Ein Schweizer usw., S. 55 ff.
18 Eiserner Besen, 23/24. 9. 1932.
19 Robert Tobler, in: Monatshefte, 7/Okt. 1932, S. 333 f.

III. Kampfbund Neue und Nationale Front

1. Zusammenschluß der beiden Bünde

1 Eiserner Besen, 27/7. 4. 1933.
2 Siehe S. 425, Anm. 39.
3 Vgl. National-Ztg., 186/24. 4. 1933. Eiserner Besen, 30/28. 4. 1933. National-Ztg., 196/29. 4. 1933. Emil Sonderegger, Ordnung im Staat, Bern 1933. Markus Feldmann, Nationale Bewegungen in der Schweiz, Bern 1933, S. 42, 44.
4 Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 330.
5 Evang. Volksztg., 35/1. 9. 1935.
6 Siehe S. 90, 108.
7 Vgl. Eiserner Besen, 33/19. 5. 1933.
8 Siehe S. 233.
9 Nach § 6 der Satzungen vom Mai 1933. § 5 der Satzungen v. 10. 10. 1936. Vgl. Dokumentation der Bundesanwaltschaft Bern. Front, 13/10. 10. 1933. – Die Zürcher Hochschulgruppe Nationale Front, die Nachfolgerin der Hochschulgruppe Neue Front des Wintersemesters 1932/33, sah in § 3 der Statuten v. 16. 5. 1933 die Bestimmung vor: «Mitglied kann sein, wer Schweizerbürger arischer Abstammung ist.» Das Rektorat hat dann die Wörter «arischer Abstammung» gestrichen. Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 183 A/5.

2. Gesteigerte Aktivität

1 Vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 447.
2 Ostschweiz, 279/19. 6. 1933.
3 René Sonderegger, Die Schweiz im Umsturz?, Zürich 1933, S. 38.

[4] Siehe Anm. 2.
[5] Basler Nachr., 162/16. 3. 1933. – Näheres über den Harst auf S. 223 f.
[6] Eiserner Besen, 39/30. 6. 1933.
[7] Vgl. Landbote, 111/13. 5. 1933.
[8] Siehe Anm. 2.
[9] Schweizer freie Presse, 148/28. 6. 1933.
[10] Luzerner Tagbl., 157/5. 7. 1933. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 41/14. 7. 1933. – Ähnliches wiederholte sich am 27. 7. 1934 in Bischofszell, als sich eine von der Nationalen Front einberufene Versammlung gegen den Willen der Veranstalter in einer Resolution für die Demokratie und gegen autoritäre Staatsformen aussprach. Vgl. Thurg. Ztg., 176/30. 7. 1934.

3. Der Kampfbund in den verschiedenen Landesteilen

[1] Vgl. Zürichsee-Ztg., 154/5. 7. 1933.
[2] Siehe S. 129 ff., 167 ff., 179 f.
[3] Vgl. Bund, 289/30. 6. 1933. Front, 14/13. 10. 1933.
[4] Vgl. Front, 14/13. 10. 1933 und 15/17. 10. 1933. Ebenda, 12/15. 1. 1935 und 13/16. 1. 1935 und 14/17. 1. 1935 und 15/18. 1. 1935.
[5] Vgl. Eiserner Besen, 37/16. 6. 1933.
[6] Vgl. Luzerner Tagbl., 154/1. 7. 1933.
[7] Vgl. Ostschweiz, 543/23. 11. 1934.
[8] Vgl. Front, 14/13. 10. 1933. Bund, 562/1. 12. 1933.
[9] Vgl. NZZ, 2344/21. 12. 1933.
[10] Siehe S. 72, 148.
[11] Vgl. Schweizer freie Presse, 108/10. 5. 1933. Neue Aarg. Ztg., 157/18. 7. 1933. Ebenda, 239/12. 10. 1933. Front, 19/31. 10. 1933. Ebenda, 21/7. 11. 1933.
[12] Siehe S. 40.
[13] Vgl. Eiserner Besen, 41/14. 7. 1933.
[14] Vgl. NZZ, 1406/3. 8. 1933. Eiserner Besen, 44/4. 8. 1933.
[15] Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 183 A/5.
[16] Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 200/1. St.-A. ZH, W 12 AS 75, 85. W 13 Co 100.
[17] Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 200/1. St.-A. ZH, W 12 AS 515. St. Galler Tagbl., 280/18. 6. 1934.
[18] Vgl. Eiserner Besen, 42/21. 7. 1933.
[19] Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 200/5. St.-A. ZH, W 12 AS 330.
[20] Vgl. Gaz. de Laus., 192/12. 7. 1933.
[21] Sie umfaßte Studierende aller politischen Richtungen und existierte vom Sommersemester 1933 bis zum Sommersemester 1936. Sie löste sich auf, als die Hochschulgruppe Nationale Front an Bedeutung verloren hatte. Mitglieder der Kampfgruppe gegen geistigen Terror waren unter anderm: Werner Niederer, phys. (1. Präs.); Hans Nef, iur. (2. Präs.); Harald Huber, iur.; Otto Hürlimann, theol.; Arthur Rich, theol.; Peter Vogelsanger, theol.; Fridolin Forster, phil. I. Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 182/1.
[22] Siehe das Kap.: Radikalisierung, S. 207 ff.
[23] Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 200/1. In gleicher Richtung zielte eine Motion an einer außerordentlichen Fakultätsversammlung der Theologischen Fakultät vom 12. 7. 1933. Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 70.

24 Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 75, 82. W 13 Co 100. Zürcher Stud., 6/Nov. 1933, S. 251.

25 Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 75, 80, 85, 515. NZZ, 1445/11. 8. 1933. NZZ, 1479/17. 8. 1933.

26 Brief des Rektors Fritz Fleiner an Bundesrat Heinz Häberlin, v. 25. 8. 1933. Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 178/2. – Am 1. Oktober 1937 löste sich die Hochschulgruppe Nationale Front, deren Mitgliederbestand von Semester zu Semester kleiner geworden war, auf. Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 183 A/5.

27 Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF – Die Zahl wurde aus einigen Quartalsabrechnungen der Gau- an die Landeskasse ermittelt.

28 Siehe S. 20.

29 Vgl. Schaffh. Ztg., 192/21. 8. 1933.

30 Vgl. ABl SH 1945, S. 817.

31 Vgl. Grenzbote, 52/12. 4. 1934.

32 Vgl. ABl SH 1933, S. 886. – Weitere Resultate siehe im Kap.: Schaffhauser Ständeratsersatzwahl, S. 139.

33 Vgl. Gaz. de Laus., 312/9. 11. 1933. – Die Zahlen sind mit Vorbehalt aufzunehmen.

34 Vgl. Voix Nationale, 1/oct. 1933. Ebenda, 8/mai 1934. Front National, 29/16. 5. 1934.

35 Vgl. Voix Nationale, 10/juillet 1934.

36 Vgl. Front National, 2/mai 1935. NR-Wahlen 1935, S. 101.

37 Vgl. Voix Nationale, 7/avr., 1934. Front National, 6/15. 9. 1935.

38 Siehe S. 284 ff.

39 In der Waadt existierten: Ordre et Tradition und Ligue Vaudoise. In Neuenburg: Jeunesses nationales und Ordre National Neuchâtelois. In Genf: Union Nationale. In Freiburg: Union Nationale et Sociale. Im Wallis: Front Valaisan. Über die welschen Fronten orientiert: Marie-Emma Fitting, Frontisme et mouvements de rénovation nationale en Suisse romande (1965).

40 Vgl. Gaz. de Laus., 208/28. 7. 1933. Voix Nationale, 10/juillet 1934.

41 Vgl. Gaz. de Laus., 208/28. 7. 1933.

42 Vgl. Marie-Emma Fitting, Frontisme usw., S. 12. Ferner: Jean-Claude Favez, in: Les cahiers protestants, 3/1966, S. 36. – Als die «Voix Nationale» im Juli 1934 eine wilde Attacke gegen die «Gazette de Lausanne» ritt, hüllte sich diese in vornehmes Schweigen.

43 Vgl. Giuseppe Lepori, Il Ticino avanti ai fronti, in: Schweiz. Rundschau, 4/Juli 1933, S. 357.

44 Ebenda, S. 358. Der Originaltext lautet: «I moti della Svizzera tedesca potranno difficilmente attecchire nel Ticino. Il dottrinarismo di cui sono animati li distanziano dalla coscienza popolare: Le velleità centraliste ... formano un ostacolo difficilmente superabile, per una minoranza etnica che va prendendo sempre più coscienza di se stessa e della propria missione e per una minoranza religiosa la quale al di sopra delle divisioni di parte dimostra di essere profondamente attaccata alla sua tradizione spirituale. Anche la impostazione antisemita ... non è fatta per guadagnar loro simpatia, in un paese in cui gli ebrei non ebbero mai nessuna influenza e ove, quindi una loro persecuzione non apparirebbe che sotto la veste di un'intolleranza disumana et inintelligente.»

45 Vgl. ebenda, S. 359 f.

4. Der Kampfbund und die alten Parteien

[1] Basler Nachr., 91/1./2. 4. 1933. Vgl. ferner: Thurg. Ztg., 139/16. 6. 1933.
[2] Basler Nachr., 150/3./4. 6. 1933.
[3] Ostschweiz, 214/8. 5. 1933.
[4] Information, 11/Juni 1933, S. 24 f.
[5] Fritz Horand, Die neuen Fronten und die Angestelltenschaft, Zürich 1933, S. 29 f.
[6] Berner Tagwacht, 50/1. 3. 1934. Vgl. ferner: Robert Grimm, Nieder mit dem Faschismus!, Aarau 1934, S. 3.
[7] Vgl. Gaz. de Laus., 72/14. 3. 1934.
[8] Gaz. de Laus., 199/9. 7. 1933.
[9] Evang. Volksztg., 23/8. 6. 1934.
[10] Vgl. Bund, 222/14. 5. 1933.
[11] Vgl. NZZ, 967/29. 5. 1933.
[12] Schaffh. Int.-Bl., 92/21. 4. 1933.
[13] Gaz. de Laus., 179/30. 6. 1933.
[14] Bund, 293/27. 6. 1933. Vgl. ferner die Stellungnahme des freisinnigen Presseverbandes in: Schaffh. Int.-Bl., 97/27. 4. 1933.
[15] Thurg. Ztg., 105/5. 5. 1933.
[16] Vgl. Bund, 163/7. 4. 1935.
[17] Luzerner Tagbl., 143/18. 6. 1938.
[18] Ebenda, 160/7. 7. 1934. – Die Zeitung distanzierte sich von dieser Einstellung.
[19] Arb.-Ztg., 71/25. 3. 1943.
[20] National-Ztg., 196/29. 4. 1944.
[21] Siehe Anm. 17. Ferner: Willy Bretscher, Zur Erinnerung an Theodor Gut, in: Theodor Gut, Reden und Schriften, Zürich 1954, S. 13.
[22] Ostschweiz, 210/5. 5. 1933.
[23] Schaffh. Ztg., 194/23. 8. 1933. Vgl. ferner die Meinungsäußerung katholisch-konservativer Presseleute, in: Luzerner Tagbl., 117/18. 5. 1933.
[24] Vgl. National-Ztg., 456/2. 10. 1933.
[25] Siehe Anm. 22. Ferner: Schweizer Rundschau, 3/Juni 1933, S. 381 f. Neue Zürcher Nachr., 239/4. 9. 1933.
[26] Vaterland, 151/28. 6. 1933.
[27] Zuger Nachr., 101/23. 8. 1933.
[28] Siehe S. 137 f.
[29] Ostschweiz, 241/24. 5. 1933.
[30] Siehe S. 138.
[31] Monatshefte, 8/Nov. 1933, S. 351. Vgl. ferner: Ebenda, 8/Nov. 1933, S. 383.
[32] Neue Zürcher Nachr., 293/28. 10. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 47/31. 5. 1933.
[33] Siehe Anm. 22.
[34] Ostschweiz, 428/14. 9. 1933.
[35] Schweiz. Rundschau, 3/Juni 1933, S. 331.
[36] Vaterland, 95/22. 4. 1933.
[37] Zuger Nachr., 52/1. 5. 1933. Vgl. ferner: Neue Zürcher Nachr., 98/16. 8. 1933.
[38] Vgl. Prot. GR BS 1945/46, S. 280 f., Sitzung v. 14. 2. 1946.
[39] Neue Basler Ztg., 261/7. 11. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 258/3. 11. 1933.
[40] Zit. nach: National-Ztg., 511/3. 11. 1933.

[41] Vgl. zahlreiche -y- Artikel im «Schaffhauser Tagblatt» der Jahre 1934–1936.
[42] Vgl. Schaffh. Bauer, 83/8. 4. 1934.
[43] Ebenda, 99/29. 4. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 106/8. 5. 1933.
[44] Markus Feldmann, Nationale Bewegungen usw., S. 4, 35.
[45] Ebenda, S. 28 f.
[46] Schweizer freie Presse, 122/27. 5. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 118/22. 5. 1933. Ebenda, 176/1. 8. 1933.
[47] Ebenda, 143/22. 6. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 98/28. 4. 1933.
[48] Siehe S. 116.
[49] Basler Nachr., 113/25. 4. 1933.
[50] Gaz. de Laus., 110/21. 4. 1933.
[51] Ebenda, 199/19. 7. 1933.
[52] Ebenda, 129/10. 5. 1933.
[53] Ebenda, 318/15. 11. 1933.
[54] Landbote, 138/16. 6. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 137/15. 6. 1933.
[55] Zürcher Post, 134/10. 6. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 113/15. 5. 1933.
[56] Vgl. ebenda, 157/7. 7. 1938.
[57] G(ottfried) Guggenbühl, Zwischen Fronten und Parteien, Zürich 1934, S. 26 f.
[58] Evang. Volksztg., 28/14. 7. 1933.
[59] Ebenda, 17/28. 4. 1933.
[60] Ebenda, 18/5. 5. 1933.
[61] Fridolin Forster, Die Nationale Front als Schutztruppe des Großkapitals, Bern 1935, S. 5, 6 ff., 13 f., 19 f.
[62] Ebenda, S. 22.
[63] Ebenda, S. 4.
[64] Zürcher Post, 50/28. 2. 1935.
[65] Vgl. Berner Tagwacht, 50/1. 3. 1934.
[66] Vgl. Arb.-Ztg., 145/23. 6. 1934.
[67] Gewerkschaftl. Rundschau, 7/Juli 1933, S. 225.
[68] Vgl. Rote Revue, 9/Mai 1933, S. 286.
[69] Berner Tagwacht, 51/2. 3. 1934.
[70] NZZ, 68/12. 1. 1943.

5. Schaffhauser Ständeratsersatzwahl

[1] Erklärung des Kampfbundes Neue und Nationale Front. Zit. nach: Ostschweiz, 374/12. 8. 1933.
[2] Basler Nachr., 222/15. 8. 1933.
[3] Trib. de Genève, 194/18. 8. 1933.
[4] NZZ, 1459/14. 8. 1933. Vgl. ferner: NZZ, 1482/17. 8. 1933. Gaz. de Laus., 235/24. 8. 1933. Landbote, 199/26. 8. 1933.
[5] Vgl. Ostschweiz, 382/18. 8. 1933.
[6] Gaz. de Laus., 229/18. 8. 1933.
[7] Vgl. Grenzbote, von 96/19. 8. 1933 bis 100/29. 8. 1933.
[8] Schaffh. Int.-Bl., 204/1. 9. 1933.
[9] NZZ, 1572/1. 9. 1933.
[10] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 200/28. 8. 1933. Ebenda, 201/29. 8. 1933.

11 Vgl. Schaffh. Ztg., 193/22. 8. 1933 und 194/23. 8. 1933.
12 Zürcher Post, 201/28. 8. 1933.
13 Vgl. Schaffh. Ztg., 192/21. 8. 1933.
14 Grenzbote, 96/19. 8. 1933.
15 Landbote, 199/26. 8. 1933.
16 Siehe Anm. 12.
17 Schweiz. Rundschau, 6/Sept. 1933, S. 570.
18 Siehe Anm. 13.
19 Johann Baptist Rusch, in: Schweiz. Republ. Bl., 10/6. 10. 1934. Vgl. ferner: Schaffh. Ztg., 208/8. 9. 1933.
20 Vgl. ABl SH 1933, S. 886, 904. – Bemerkenswert ist das Ergebnis des Bauerndorfes Barzheim im Bezirk Reiat. Sämtliche Stimmberechtigte nahmen am zweiten Urnengang teil und votierten ausschließlich für Käser. Das Ereignis wurde dann mit dem erfolgreichen Kandidaten bei Bratwurst und Bier gebührend gefeiert. Mitteilung von Dr. Hans Käser.
21 Vgl. die Korrespondenz des freisinnigen Parteisekretärs, in: National-Ztg., 408/4. 9. 1933.
22 Die Stimmenzahlen in der Stadt Schaffhausen lauteten: 1. Wahlgang: Erb 1695, Käser 1505, Henne 1307. 2. Wahlgang: Erb 1726, Käser 1523, Henne 1340. Nach: ABl SH 1933, S. 886, 904.
23 Front, 3/5. 9. 1933.
24 Vgl. Ostschweiz, 410/4. 9. 1933.
25 Vgl. dazu den interessanten Wahlkommentar des «Vaterland»-Bundesstadtkorrespondenten Franz von Ernst, der in einer genauen Analyse des Wahlergebnisses den Nachweis für den Einbruch der Neuen Front in die Linksparteien erbrachte. Vaterland, 213/9. 9. 1933.
26 National-Ztg., 417/9. 3. 1933.
27 Schweiz. Republ. Bl., 17/21. 11. 1936.
28 Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 257/2. 11. 1936. Ebenda, 269/16. 11. 1936. – Die Niederlage der Katholischen Volkspartei war allerdings auch bedingt durch den Sieg der Sozialistischen Arbeiterpartei und die Auswirkungen des Majorzsystems, das eine konfessionelle Minderheit besonders benachteiligte.
29 Vgl. Schaffh. Ztg., 213/14. 9. 1933. Ebenda, 224/27. 9. 1933. Ebenda, 227/30. 9. 1933. – Daß Ebners frontenfreundlicher Kurs im katholischen Lager auf beträchtlichen Widerstand stieß, bewies ferner das Wahlergebnis Ramsens, der einzigen mehrheitlich katholischen Gemeinde im Kanton. Trotz offizieller konservativer Unterstützung erhielt Henne im 2. Wahlgang nur 70 Stimmen gegenüber 163 Stimmen, die für Käser abgegeben wurden. Vgl. ABl SH 1933, S. 904. – Über Einzelergebnisse der Schaffhauser Ständeratsersatzwahl sowie der im nächsten Abschnitt besprochenen Zürcher Gemeinderatswahlen orientiert Beat Glaus in seiner erst im Manuskript vorliegenden Basler Diss.: Die Nationale Front – eine faschistische Schweizer Strömung, 1930–1940.

6. Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen

1 Zürcher Volksztg., 196/22. 8. 1933.
2 NZZ, 967/29. 5. 1933.
3 Neue Zürcher Nachr., 257/22. 9. 1933.

[4] Vgl. Zürcher Post, 192/17. 8. 1933.
[5] Vgl. die Mitteilung des Zürcher Korrespondenten, in: Gaz. de Laus., 185/5. 7. 1933.
[6] Eiserner Besen, 35/2. 6. 1933. Vgl. ferner: Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 113 f.
[7] Vgl. NZZ, 1214/4. 7. 1933.
[8] Vgl. NZZ, 1384/24. 7. 1933.
[9] Vgl. NZZ, 1636/12. 9. 1933. – Der 125-köpfige Gemeinderat bildet die Legislative der Stadt Zürich und wird nach Proporz gewählt.
[10] Vgl. Zürcher Post, 209/6. 9. 1933.
[11] Ebenda, 223/22. 9. 1933.
[12] Ebenda, 216/14. 9. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 219/18. 9. 1933.
[13] Zürichsee-Ztg., 208/6. 9. 1933.
[14] Vgl. NZZ, 1598/6. 9. 1933. Front, 4/8. 9. 1933. Front, 6/15. 9. 1933. Neue Zürcher Nachr., 253/18. 9. 1933. Front, 7/19. 9. 1933. – Der 9-köpfige Stadtrat bildet die Exekutive der Stadt Zürich. Der Stadtpräsident ist zugleich Mitglied des Stadtrates. Stadtpräsident und Stadtrat werden nach Majorz gewählt.
[15] Front, 4/8. 9. 1933.
[16] Vgl. Volksrecht, 224/23. 9. 1933.
[17] Nation, 4/22. 9. 1933.
[18] National-Ztg., 424/13. 9. 1933.
[19] Vgl. ebenda, 440/22. 9. 1933. – Diese Meldung wurde von der Nationalen Front bestätigt. Vgl. Front, 5/12. 9. 1933.
[20] National-Ztg., 442/24. 9. 1933.
[21] Ebenda, 441/23. 9. 1933.
[22] Bund, 447/25. 9. 1933.
[23] Luzerner Tagbl., 220/18. 9. 1933.
[24] Der Wehntaler, 110/20. 9. 1933.
[25] Vgl. Bund, 327/17. 7. 1933.
[26] Vgl. NZZ, 1674/18. 9. 1933. – Im Sommer 1934 wurden die Zürcher wieder in die Jungliberale Bewegung aufgenommen. Vgl. A. J. Gebert, Die Jungliberale Bewegung der Schweiz, 1928–1934, S. 24.
[27] Ostschweiz, 428/14. 9. 1933.
[28] NZZ, 1698/21. 9. 1933.
[29] Vgl. NZZ, 1721/25. 9. 1933. Front, 9/26. 9. 1933.
[30] Vgl. Zürcher GemR-Wahlen 1933, S. 19 ff.
[31] Ebenda, S. 24.
[32] Zusammengestellt nach: Ebenda, S. 14.
[33] Daß die Nationale Front ihre Stimmen bei den Bürgerlichen und nicht bei den Sozialisten holte, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß sie in den mehrheitlich bürgerlichen Wahlkreisen stärker war als in den mehrheitlich sozialistischen. In den fünf Wahlkreisen mit bürgerlicher Mehrheit belief sich ihre Parteistärke auf 9,5% bis 11,4% (im Durchschnitt: 10,4%), in den sechs Wahlkreisen mit sozialistischer Mehrheit auf 3,3% bis 7,8% (im Durchschnitt: 5,8%). Nach: Ebenda, S. 51.
[34] Vgl. Rote Revue, 2/Okt. 1933, S. 35.
[35] Bund, 447/25. 9. 1933.
[36] Pol. Rundschau, 10/Okt. 1933, S. 406.
[37] Der Wehntaler, 112/25. 9. 1933.
[38] NZZ, 1720/25. 9. 1933.

39 NZZ, 1740/27. 9. 1933.
40 Vgl. Neue Zürcher Nachr., 260/25. 9. 1933. Ebenda, 265/30. 9. 1933.
41 Ebenda, 278/13. 10. 1934.
42 Vgl. Berner Tagwacht, 291/12. 12. 1942. Volksrecht, 8/11. 1. 1943. Vom Fronten-Frühling und den bürgerlichen Parteien, Flugschrift der Sozialdemokratischen Partei, (wahrscheinlich Zürich 1947). Volksrecht, 181/5. 8. 1953.

7. Erste Spaltung

1 Vgl. Gaz. de Laus., 286/14. 10. 1933.
2 Vgl. Front, 13/10. 10. 1933. NZZ, 1842/12. 10. 1933. NZZ, 1849/13. 10. 1933. Front, 14/13. 10. 1933. Ebenda, 15/17. 10. 1933. Ebenda, 17/24. 10. 1933. Volksbund, 1/26. 10. 1933.
3 Siehe S. 152.
4 Siehe S. 71 f.
5 Basler Nachr., 281/13. 10. 1933.
6 Siehe Anm. 5. Ferner: Gaz. de Laus., 286/14. 10. 1933.

Dritter Abschnitt:

Die Ideenwelt der Nationalen Front

I. Antisemitismus

1 Vgl. Front, 17/24. 10. 1933.
2 Vgl. Robert Tobler, Wesen und Ziele der Nationalen Bewegung, Zürich 1933, S. 7.
3 Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1932, S. 29 f. In den drei großen Bevölkerungszentren betrug der Anteil an Juden: Zürich: 5742 = 23 ‰, Genf: 2224 = 18 ‰, Basel: 2536 = 17 ‰. Vgl. ebenda, S. 31.
4 Vgl. Front, 1/29. 8. 1933. Ebenda, 1/2. 1. 1935.
5 Vgl. ebenda, 109/11. 5. 1935. Ebenda, 112/15. 5. 1935.
6 Rolf Henne, in einer Rede im «Landhaus» Schaffhausen, Vgl. Grenzbote, 44/15. 4. 1933.
7 Vgl. Prot. GemR ZH 1934–1938, S. 212, 264 ff., 289 ff., 324, 361 ff., 397 ff., 418, 490 ff., 516 ff., 539, 657 ff., 716, 811 ff., 910, 958, 965, 975, 1064.
8 Front National, 18/29. 2. 1936.
9 Vgl. Front, 1/29. 8. 1933. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 36. Hans Alfred Wyß, Die jüdische Situation, ein Beitrag zur Judenfrage, Zürich 1933, S. 31.
10 Grenzbote, 85/25. 7. 1933.
11 Siehe Anm. 5. Ferner: Front, 11/6. 2. 1934.
12 Front National, 28/9. 5. 1936. Vgl. ferner: Jahrb. eidg. Räte 1934, S. 219. Front, 42/20. 4. 1934.
13 Siehe S. 122.
14 Front, 30/8. 12. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 263/10. 11. 1938.
15 Siehe Anm. 9. Ferner: Israel. Wochenbl., 41/13. 10. 1933.

[16] Front, 162/10. 9. 1934.
[17] Schweizer Rundschau, 3/Juni 1933, S. 309. Vgl. ferner: Front, 21/7. 11. 1933.
[18] Vgl. Front, 12/9. 2. 1934.
[19] Vgl. ebenda, 110/13. 5. 1935. Ebenda, 172/26. 7. 1935.
[20] Vgl. Front, 40/18. 4. 1934. Ferner: Anm. 8.
[21] NZZ, 232/9. 2. 1935.
[22] Freiheit in der Gemeinschaft, Flugschrift der OG Zürich-Außersihl der Nationalen Front, April 1934. Vgl. ferner: Israel. Wochenbl., 51/21. 12. 1934. Ebenda, 4/25. 1. 1935.
[23] Front National, 17/22. 2. 1936. Vgl. ferner: L'homme de Droite, 2/juin 1934. Front, 245/15. 12. 1934.
[24] Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF, Briefwechsel zwischen der Verlagsgenossenschaft der «Front» und dem Georg Müller Verlag, München, v. 15. und 16. 9. 1937.
[25] Nationale Hefte, 5/6/Aug./Sept. 1937, S. 310.
[26] Front National, 20/14. 3. 1936. Vgl. ferner: ebenda, 31/30. 5. 1936. Dominik Müller, Zwischen den Mächten, Basel 1939, S. 76.
[27] Front National, 33/13. 6. 1936.
[28] Ebenda, 32/6. 6. 1936. Vgl. ferner: L'homme de Droite, 5/sept. 1934.
[29] Front, 187/13. 8. 1938. – Diese Schlagzeile veranlaßte die Polizei, die Zeitungsnummer zu beschlagnahmen.
[30] Vgl. NZZ, 2089/21. 11. 1934. Israel. Wochenbl., 47/23. 11. 1934.
[31] Siehe S. 225 ff.
[32] Front, 192/18. 8. 1937. Über die praktischen Auswirkungen solcher Theorien berichtet das Kap.: Radikalisierung, S. 207 ff.
[33] Vgl. Front, 180/4. 8. 1933.
[34] Schweiz. Rundschau, 2/Mai 1933, S. 112.
[35] Vgl. Schweizerischer Studentenverein, 7/April 1933, S. 327. – Beat Glaus erwähnt in seiner Diss. «Die Nationale Front – eine faschistische Schweizer Strömung, 1930–1940» sogar ein Bundesgerichtsurteil, in dem von «begründetem Antisemitismus» die Rede ist.
[36] Schreibm.-Prot. NR 1938, S. 37 f., Sitzung v. 7. 12. 1938.
[37] Vgl. Zürcher Post, 112/14. 5. 1935. Ferner: Markus Feldmann, in: Neue Berner Ztg., 110/12. 5. 1933. Emil Brunner, in: Neue Schweizer Rundschau, 7/Nov. 1935, S. 391. Konrad Falke, Was geht vor in der Welt?, Zürich 1938, S. 17.
[38] Vaterland, 125/25. 5. 1935. Vgl. ferner: Israel. Wochenbl., 49/8. 12. 1933.
[39] Neue Schweizer Rundschau, 7/Nov. 1935, S. 391.
[40] Vgl. Rote Revue, 2/Okt. 1933, S. 47.
[41] NZZ, 23/5. 1. 1935.
[42] StenB NR 1936, S. 256, Sitzung v. 8. 6. 1936.
[43] NZZ, 2005/5. 11. 1933. Vgl. ferner: Bund, 226/16. 5. 1933. Arb.-Ztg., 138/16. 6. 1933.
[44] Vgl. Israel. Wochenbl., 45/10. 11. 1933.
[45] Neue Zürcher Nachr., 334/9. 12. 1933.
[46] Zuger Nachr., 52/1. 5. 1933.
[47] Vgl. NZZ, 2114/22. 11. 1933.
[48] NZZ, 2388/30. 12. 1933.
[49] Vgl. Protokolle der Weisen von Zion – die größte Fälschung des Jahrhunderts, Glarus 1933. Emil Raas und Georges Brunschvig, Vernichtung einer Fälschung,

Zürich 1938, S. 22. Hans Barth, Maurice Joly, Der plebiszitäre Cäsarismus und die Protokolle der Weisen von Zion, in: NZZ, 1280/1. 4. 1962.

50 Front, 199/23. 10. 1934. Vgl. ferner: Hans Alfred Wyß, Die jüdische Situation usw., S. 15 ff. Ders., in: NZZ, 1973/2. 11. 1934.

51 Siehe S. 288 ff.

52 Israel. Wochenbl., 46/12. 11. 1937.

53 Vgl. OGr-A. BE, U des Richteramtes V Bern, v. 14. 5. 1935, in Sachen Widerhandlung gegen Art. 14 des Gesetzes über das Lichtspielwesen und Maßnahmen gegen die Schundliteratur, v. 10. 9. 1916, S. 20 f., 47, 50. – Der Streitfall wurde ans Obergericht weitergezogen. Dieses bezeichnete, wie die erste Instanz, die «Protokolle» als «Schundliteratur, aber nicht im Sinne des Gesetzes vom 10. September 1916», da dieses «nur faule Erotica treffen wolle, welche geeignet wären, den Sexualismus ungeordnet zu wecken und anzuheizen». National-Ztg., 516/6. 11. 1937. Vgl. ferner: OGr-A. BE, U der I. Strafkammer des OGr, v. 1. 11. 1937, S. 18 f., 31 f., 36 ff., 47 f. Emil Raas und Georges Brunschvig, Vernichtung usw., S. 55, 58.

54 Front National, 3/mai 1935. Vgl. ferner: Front, 138/17. 6. 1935.

55 Fleischhauer Ulrich, Die echten Protokolle der Weisen von Zion, Erfurt 1935.

56 Vgl. den Brief des Pressedienstes der Nationalen Front, v. Aug. 1935, in: OGr-A. BE, Akten zum U des Richteramtes V Bern, v. 14. 5. 1935. Zürcher Post, 198/24. 8. 1935.

57 Vgl. ebenda, Zürcher Post, 211/8. 9. 1936. Ferner: NZZ, 704/21. 4. 1934.

58 Eiserner Besen, 13/7. 5. 1932.

59 § 4 des NSDAP-Programmes. Vgl. Alfred Rosenberg, Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, München 1933, S. 18. – Der Umstand, daß der Artikel des «Eisernen Besens» vor dem Zusammenschluß der Neuen mit der Nationalen Front publiziert wurde, fällt nicht ins Gewicht angesichts der Tatsache, daß die führenden Männer der früheren Nationalen Front die Hauptpropagandisten des Antisemitismus in der fusionierten Bewegung waren.

60 Volksrecht, 218/16 9. 1933.

61 Siehe Anm. 36.

62 Siehe Anm. 7.

63 Vgl. Israel. Wochenbl., 1/4. 1. 1935.

64 Vgl. Front, 255/29. 12. 1934. Ferner: Hans Alfred Wyß, Die jüdische usw., S. 30.

65 Vgl. Front, 34/9. 2. 1935.

66 Staatsrechtl. Beschwerde v. 28. 6. 1932, S. 6. Vgl. BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 30. 9. 1932. – Bezüglich des Datums vgl. das in Anm. 59 Gesagte.

67 Vgl. Front, 191/18. 8. 1938.

68 Grenzbote, 123/21. 10. 1933. Vgl. ferner: Alfred Zander, Was will die Nationale Front?, Zürich (1935), S. 6.

69 Vgl. Front, 284/5. 12. 1936.

70 Ebenda, 7/17. 9. 1933. Siehe auch S. 423, Anm. 9.

71 Ich verdanke diesen Hinweis Beat Glaus.

72 Vgl. Front, 237/12. 10. 1936.

73 Ebenda, 17/30. 4. 1942. Vgl. ferner: Ebenda, 46/14. 11. 1940. Ebenda, 16/23. 4. 1942. Siehe auch S. 26, 265, 349.

74 Gaz. de Laus., 261/19. 9. 1933. Vgl. ferner: Trib. de Genève, 299/20. 12. 1933.

75 Zürcher Post, 198/24. 8. 1933. Vgl. ferner: Paul Cattani, Sind wir Arier?, Zürich (1939), S. 60.

[76] Arnold Ambrunnen, Juden werden Schweizer, Zürich (1935), S. 4. Vgl. ferner: Grenzbote, 123/21. 10. 1933.

[77] Paul Cattani, Sind wir Arier usw., S. 64. Vgl. ferner: Hans Bauer, Vaterland und Völkergemeinschaft, Basel 1933, S. 29 f. Gaz. de Laus., 261/19. 9. 1933. Volksrecht, 225/30. 10. 1933.

[78] Robert Grimm, Nationale Fronten und Arbeiterbewegung, Bern 1933, S. 13.

[79] René Sonderegger, Die Schweiz im Umsturz?, Zürich 1933, S. 61. Vgl. ferner: Maria Waser. Lebendiges Schweizertum, Zürich 1934, S. 15. Hans Barth, Vom totalen Staat und seinen ideologischen Voraussetzungen, in: Neue Schweizer Rundschau, 10/Febr. 1939. S. 610.

[80] Gottfried Keller, Das Fähnlein der sieben Aufrechten. Aus der Schützenfestrede Karl Hedigers. – Dieser Passus wurde in einer Auseinandersetzung um die frontistischen Rassenideen zitiert. Vgl. Paul Cattani, Sind wir Arier usw., S. 86.

[81] Trib. de Genève, 299/20. 12. 1933.

[82] Wort und Begriff des «Irredentismus» entstammen dem Italienischen. «Irredento» bedeutet «unerlöst». Einen politischen Beigeschmack erhielt der Ausdruck in der italienischen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts, als sich Triest und Trient von der österreichischen Herrschaft befreien und reichsitalienisch werden wollten. Solange die größtenteils italienisch sprechende Bevölkerung dieser Gebiete nicht mit den seit 1861/66 zum Königreich Italien zusammengeschlossenen Sprachgenossen vereinigt war, fühlte sie sich «unerlöst». Sie war irredentistisch. Unter Mussolini nahm der Irredentismus einen gegen die Schweiz gerichteten aggressiven Charakter an. Er faßte die Eroberung des Tessins und die Verlegung der italienischen Grenze an den Gotthard ins Auge. Später wurden auch die pangermanistischen Eroberungsabsichten des Hitlerreichs, die auf eine Eingliederung aller deutschsprachigen Gebiete in ein Alldeutsches Reich abzielten, «irredentistisch» genannt. Vgl. Isidor Brosi, Der Irredentismus in der Schweiz, Basel 1935, S. 19 ff., 80 ff.

[83] Georges Rigassi, in: Gaz. de Laus., 22/23. 1. 1934. Vgl. ferner: NZZ, 1348/24. 7. 1933. Gaz. de Laus., 208/28. 7. 1933. Ebenda, 243/1. 9. 1933. Albert Oeri, in: Neue Zürcher Nachr., 326/1. 12. 1934.

[84] Vgl. Basler Nachr., 30/31. 1. 1934. Luzerner Tagbl., 29/3. 2. 1934.

[85] Vgl. Maria Waser, Lebendiges Schweizertum usw., S. 28.

[86] Vgl. NZZ, 344/26. 2. 1937. Vgl. ferner die Erklärungen von Rudolf Heß v. 28. 9. 1933 und 6. 1. 1934, in: Rudolf Heß über Deutschlands Stellung zur Schweiz, München 1934, S. 5 f.

[87] Vgl. Karl Meyer, Unsere Aufgabe nach dem Untergang Österreichs, Vortrag v. 27. 4. 1938, in: Aufsätze und Reden, Zürich 1952, S. 442. Ferner: Hans Frölicher, Meine Aufgabe in Berlin, Privatdruck, Wabern-Bern 1962, S. 147.

[88] Vgl. Gaz. de Laus., 218/7. 8. 1933. Nation, 3/15. 9. 1933. – Zahlreich sind die Äußerungen von deutschen Nazis, die die deutsche Schweiz für das Dritte Reich beanspruchten. Vgl. NZZ, 1470/15. 8. 1933.

[89] Alfred Rosenberg, Wesen, Grundsätze usw., S. 10 f.

[90] Ebenda, S 48.

[91] Vgl. Giuseppe Lepori, Il Ticino avanti ai fronti, in: Schweizer Rundschau, 4/Juli 1933, S. 359.

[92] Adolf Frei, Die Völkische Bewegung, eine nationale Gefahr, Zurich 1933, S. 10.

[93] Gaz. de Laus., 208/28. 7. 1933. Vgl. ferner: NZZ, 805/4. 5. 1933.

94 Vgl. Gaz. de Laus., 199/19. 7. 1933.
95 Ebenda, 223/12. 8. 1933. Vgl. ferner: NZZ, 1348/24. 7. 1933.
96 Zit. in Rückübersetzung aus dem Französischen, nach: Gaz. de Laus., 278/6. 10. 1933. Der französische Text lautet: «La Suisse ... a déjà son mouvement frontiste... Par le mouvement frontiste la Suisse se trouve placée plus directement dans la zone d'influence de la mystique radicale du fascisme allemand... En devenant fasciste, la Suisse devient mûre pour le retour au Reich.»
97 Dominik Müller, Zwischen den Mächten, S. 47 f.
98 Ebenda, S. 37 f. – Dominik Müller (Pseudonym für Paul Schmitz) war möglicherweise nicht eingeschriebenes Mitglied der Nationalen Front (die Bundesanwaltschaft in Bern hat mir die Auskunft auf eine diesbezügliche Anfrage verweigert); doch hat er mehrmals Sympathien zur Frontenbewegung bekundet. Vgl. ebenda, S. 27, 30, 32, 41, 80. Diese Sympathien stießen auf Gegenliebe seitens der Nationalen Front. Vgl. Front, 106/6. 7. 1934. Ebenda, 19/23. 1. 1935. Ebenda, 303/28. 12. 1938. Den Gedichtsband «Zwischen den Mächten» bezeichnete das Frontenorgan als «allerliebstes Weihnachtsgeschenk». «Die wahrhafte, gesunde und bodenständige Kost wird jedem, der sie zu Gemüte führt, ... trefflich munden.» Man werde dem Basler Lokaldichter «weitherum im Lande dafür Dank wissen», auch dann, wenn «das Wehgeschrei der vereinigten Patentdemokraten nicht ausbleiben» werde. Vgl. Front, 303/28. 12. 1938.
99 Vgl. Otto Weiß, Nationale Erneuerung, Freisinn und Korporativismus, Zürich 1934, S. 140. – Rolf Henne hat sich einmal gegen eine Auflösung der Schweiz in ihre drei sprachlichen Bestandteile und Zuteilung an die gleichsprachigen Nachbarstaaten ausgesprochen. Vgl. Rolf Henne, Die Rolle der Schweiz im kommenden Europa, Zürich 1936, S. 1. Ob er aber einer solchen Lösung ernsthaften Widerstand entgegengesetzt hätte, wenn sie von den Achsenmächten durchgesetzt worden wäre, darf aufgrund seiner vollkommenen Gleichschaltung mit dem deutschen Nationalsozialismus füglich bezweifelt werden.
100 Vgl. Ernst Schürch, Hitler-Deutschland und wir Deutschschweizer, Bern 1934, S. 12.
101 Konrad Falke, in: NZZ, 1621/10. 9. 1933.
102 Ders., Was geht vor usw., S. 38.
103 Vgl. Front, 189/17. 3. 1936.
104 Vgl. H(ans) K(arl) E(rnst) L(udwig) Keller, Internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten, Zürich 1935, S. 10. – Keller vertrat den gegenteiligen Standpunkt.
105 Zit. nach: Hans Bauer, Vaterland usw., S. 29. Vgl. ferner: Robert Grimm, Nationale Fronten usw., S. 16. Botschaft des Bundesrates über die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache, v. 1. 6. 1937, BBl 1937 II, S. 12 f.
106 Vgl. (Martin Hürlimann), Der eidgenössische Staatsgedanke, Frauenfeld 1933, S. 42. Ferner: Paul Schmid-Ammann, in: Nation, 22/28. 5. 1936.
107 Vgl. NZZ, 2372/27. 12. 1933.
108 Vgl. Adolf Frei, Die Völkische Bewegung usw., S. 8.
109 Karl Meyer, Unsere Aufgabe, usw., a. a. O., S. 448. Vgl. ferner: Konrad Falke, in: NZZ, 1621/10. 9. 1933. Gonzague de Reynold, La Suisse et le Monde nouveau, Genève 1934, S. 13. Max Huber, Vom Wesen und Sinn des schweizerischen Staates, Vortrag v. 19. 2. 1934, in: Heimat und Tradition, Zürich 1947, S. 65.
110 Gaz. de Laus., 317/14. 11. 1933.
111 Max Huber, Vom Wesen usw., a. a. O., S. 75.

[112] Vgl. Trib. de Genève, 229/20. 12. 1933. Botschaft des Bundesrates über die Organisation und Aufgabe der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung, v. 9. 12. 1938, BBl 1938 II, S. 999.
[113] Johann Baptist Rusch, in: Beobachter, Mai 1933, S. 264.

II. Antiliberalismus

[1] Rolf Henne, Eidgenössischer Sozialismus, Zürich (1935), S. 6. Vgl. ferner: Paul Lang, in: NZZ, 378/29. 2. 1932. Hans Kläui, Der Kampf um die Volksgemeinschaft, Zürich 1934, S. 6 f.
[2] Vgl. Rolf Henne, in: Schweizer Monatshefte, 1/April 1933, S. 9.
[3] Vgl. Ernst Laur, Die nationale Bewegung und der schweizerische Bauernverband, Brugg 1933, S. 4, 10. Resolution der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen, in: Schaffh. Int.-Bl., 100/1. 5. 1933.
[4] Vgl. Grenzbote, 66/10. 6. 1933. Berner Student, 7/Juni 1933, S. 118. Front, 150/27. 8. 1934. Ebenda, 147/27. 6. 1936.
[5] Vgl. Grenzbote, 49/29. 4. 1933.
[6] Vgl. Front, 59/11. 5. 1934.
[7] Vgl. ebenda, 188/10. 10. 1934.
[8] Siehe Anm. 4. Ferner: Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 103.
[9] Front, 212/12. 9. 1936. Vgl. ferner: Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 13. Grenzbote, 44/22. 2. 1936.
[10] Front, 21/7. 11. 1933. Vgl. ferner: Voix Nationale, 6/mai 1934. Grenzbote, 69/23. 3. 1936.
[11] Näheres darüber auf S. 174 f., 177.
[12] Vgl. Rolf Henne, Vom Standort der jungen Generation, in: Jahrb. NHG 1933, S. 35. Ferner: Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 135. Freiheit in der Gemeinschaft, April 1934. Front, 146/22. 8. 1934.
[13] Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 5. Vgl. ferner: Rolf Henne, in: Zürcher Stud., 6/Nov. 1932, S. 212. Front, 147/27. 6. 1936.
[14] Front, 27/3. 4. 1934.
[15] Vgl. Rolf Henne, in: Freiheit in der Gemeinschaft, April 1934. Ferner: Alfred Zander, Was will usw., S. 25.
[16] Vgl. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 3 f. Ferner: Front, 23/14. 11. 1933.
[17] Paul Lang, Lebendige Schweiz, Zürich (1935), S. 32. Vgl. ferner: Ders., in: Monatshefte, 1/April 1929, S. 21.
[18] Vgl. Alfred Zander, Was will usw., S. 19 ff. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen auf S. 18, 175 f., 178, 196 f., 246, 348.
[19] Ostschweiz, 160/4. 4. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 214/8. 5. 1933. Ebenda, 160/4. 4. 1934.
[20] Vaterland, 159/7. 7. 1933. Vgl. ferner: Ostschweiz, 167/8. 4. 1933. Ebenda, 4/3. 1. 1934.
[21] Vgl. National-Ztg., 511/3. 11. 1933. Ferner Schaffh. Ztg., 194/23. 8. 1933.
[22] Schaffh. Ztg., 170/26. 7. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 172/28. 7. 1933.
[23] Ebenda, 171/27. 7. 1933. Vgl. ferner: Ostschweiz, 160/4. 4. 1933.
[24] Gonzague de Reynold, La Démocratie et la Suisse, 3e éd., Bienne 1934, S. 383 f.
[25] Vgl. Vaterland, 159/7. 7. 1933. Ebenda, 183/4. 8. 1933. Neue Zürcher Nachr., 247/11. 9. 1933. Vaterland, 236/7. 10. 1933. Ebenda, 181/1. 8. 1934.
[26] Vgl. Das Neue Volk, 33/14. 7. 1934.

[27] Zit. nach: Thurg. Ztg., 111/14. 5. 1934.
[28] Vgl. Zuger Nachr., 50/26. 4. 1933 und 51/28. 4. 1933 und 57/12. 5. 1933. Ferner: Ders., Die schweizerische Demokratie, Olten 1934, S. 26.
[29] Zuger Nachr., 149/13. 12. 1933. Vgl. ferner: Schweizer Rundschau, 3/Juni 1933, S. 382.
[30] Richard Gutzwiller, Die Katholiken und die Schweiz, Luzern 1935, S. 81 ff.
[31] Mit den antiliberalen Strömungen in der Katholisch-konservativen Partei hat sich Willy Bretscher kritisch auseinandergesetzt. Vgl. NZZ, 271/15. 2. 1934.
[32] Rote Revue, 5/Jan. 1935, S. 150. Vgl. ferner: Ebenda, 12/Aug. 1935. S. 414.
[33] Ernst Nobs, Helvetische Erneuerung, Zürich 1943, S. 92.
[34] Robert Grimm am Parteitag der SPS v. 24./25. 2. 1934. Vgl. Berner Tagwacht, 51/2. 3. 1934.
[35] Ebenda, 224/18. 10. 1933.
[36] Siehe Anm. 34. Siehe ferner den auf S. 135 erwähnten Ausspruch Max Webers sowie die auf S. 304 f. zitierte Äußerung Hans Oprechts.
[37] Bund, 330/11. 8. 1933.
[38] Vgl. ebenda, 226/16. 5. 1933. Ferner: Politische Rundschau, 4/April 1933, S. 176.
[39] Hans Huber, Nationale Erneuerung, (St. Gallen 1933), S. 3. – Nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Jahre 1940 haben dann Lohner und Huber einer Anpassung unserer staatlichen Institutionen an die neuen europäischen Verhältnisse das Wort geredet, allerdings ohne die Unabhängigkeit des Landes in Frage zu stellen. Vgl. Erich Lohner, Bündischer Sozialismus, Aarau 1940. Hans Huber, Die neue Ordnung in der Schweiz, in: Schweiz. Hochschulzeitung, 3/Aug. 1940, S. 149 ff.
[40] NZZ, 805/4. 5. 1933.
[41] Luzerner Tagbl., 211/7. 9. 1933.
[42] Bund, 426/13. 9. 1933.
[43] NZZ, 23/5. 1. 1935.
[44] Neue Schweizer Rundschau, 3/Juli 1933, S. 142.
[45] Pol. Rundschau, 9/Sept. 1935. S. 321.
[46] Schaffh. Int.-Bl., 10/14. 1. 1934.
[47] NZZ, 377/4. 3. 1934. – In ähnlichem Sinne äußerten sich u. a.: Theodor Gut, Politische Orientierung, Winterthur 1933, S. 10 f. (Willy Bretscher), Freisinn und Fronten, (Zürich 1933), S. 2. Albert Oeri, Alte Front, Basel 1933, S. 171 f. Paul Keller, Liberalismus in der Gegenwart, Bern 1934.

III. Antidemokratismus

1. Paul Langs staatspolitische Theorie

[1] Paul Lang, Tote oder lebendige Schweiz?, Zürich 1932. Im weitern fallen in Betracht: Ders., Die degenerierte Schweiz, in: Mitteilungen der NHG, 11/12/Nov./Dez. 1926, S. 138 ff. Ders., Die Schweiz im veränderten Europa, in: Monatshefte, 1/April 1929, S. 3 ff. Ders., Politik als Organik – Politik als Mechanik, in: Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 96 ff. Ders., Die Schweiz 1932, in: Monatshefte, 12/März 1932, S. 625. Ders., Lebendige Schweiz, Zürich (1935). Ders., Die Erneuerungsbewegung der Fronten, in: Staat und Parteien, Zürich 1935, S. 87 ff.

[2] Vgl. Tote oder lebendige Schweiz?, S. 55 f.
[3] Vgl. ebenda, S. 60 ff. Politik als Organik usw., S. 99.
[4] Vgl. Die Schweiz im veränderten Europa, S. 13 f. Politik als Organik usw., S. 98 f. Die Schweiz 1932, S. 625. – Auf den vitalistischen Aspekt des staatspolitischen Denkens bei Paul Lang, welcher die von Nietzsche begründete «Philosophie des Lebens» übernimmt, das «schöpferische Leben über alles stellt», die «transzendentale Scheidung zwischen gut und böse» durch die «innerweltliche Trennung zwischen tot und lebendig», mechanisch und organisch, ersetzt und in letzter Konsequenz auf eine Auflösung jeder positiven Rechtsordnung abzielt, hat Georg C. L. Schmidt hingewiesen. Vgl. Neue Schweizer Rundschau, 6/Okt. 1935, S. 365 f.
[5] Vgl. Tote oder lebendige Schweiz?, S. 73. 76, 85 ff., 97, 149. Politik als Organik usw., S. 99 f. Lebendige Schweiz, S. 37.
[6] Vgl. Tote oder lebendige Schweiz?, S. 95, 99 f. Die degenerierte Schweiz, S. 139. Politik als Organik usw., S. 100. Lebendige Schweiz, S. 34, 41 f. Die Erneuerungsbewegung der Fronten, S. 88.
[7] Vgl. Tote oder lebendige Schweiz?, S. 53, 153. Die Schweiz im veränderten Europa, S. 20 f. Lebendige Schweiz, S. 32 ff. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen auf S. 18, 167, 178, 196 f., 246, 348. – Drei Werke haben u. a. das Denken Paul Langs beeinflußt: Carl Hober, Die schweizerische Politik, Zürich 1928. Emil Dürr, Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik, Basel 1928. Gonzague de Reynold, La Démocratie et la Suisse, 1re éd., Berne 1929. Vgl. Hans Oehler, in: Monatshefte, 1/April 1932, S. 42. Paul Lang, Lebendige Schweiz, S. 37. Vor allem der westschweizerische Katholik de Reynold dürfte einen bestimmenden Einfluß auf den deutschschweizerischen Protestanten Lang (und durch letzteren auch auf die übrigen Frontenführer) ausgeübt haben. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man de Reynold als einen der geistigen Wegbereiter, als den schweizerischen neben den zum Teil ausländischen Inspiratoren des Frontismus bezeichnet. Umgekehrt fühlte sich auch de Reynold mit Langs Geisteswelt verbunden. Vgl. Werner Ganzoni, Offene Worte zur Frage der Total-Erneuerung des Schweizer Bundes, Winterthur 1939, S. 20.
[8] Siehe S. 167.
[9] Einmal taucht zwar bei Lang die Erkenntnis auf, daß die Geschichte nicht so mechanistisch verlaufen könnte (vgl. Tote oder lebendige Schweiz?, S. 137), doch unterdrückt er diesen Gedanken sofort wieder.
[10] Über Langs weitere politische Entwicklung orientiert S. 470 f., Anm. 21.
[11] Vgl. Rolf Henne, Vom Standort der jungen Generation, a. a. O., S. 35. Front, 96/25. 6. 1934. Ebenda, 146/22. 8. 1934.
[12] Vgl. Rolf Henne, in: Zürcher Stud., 6/Nov. 1932, S. 212. Ders., Vom Standort usw., S. 35. Ferner: Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 142. Front, 97/28. 4. 1936.
[13] Vgl. Ernst Wolfer, Streit um die Demokratie, Zürich 1934, S. 7, 13. Hans Kläui, Der Kampf, usw., S. 21. Front National, 2/avril 1935.
[14] Vgl. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 4. Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 12. Zürcher Stud., 7/Dez. 1930, S. 259. Front, 208/7. 9. 1935.
[15] Rolf Henne, in: Monatshefte, 1/April 1933, S. 6. Vgl. ferner: Ebenda, 1/April 1933, S. 44 f. Ebenda, 7/Okt. 1933, S. 334.
[16] Ebenda, 4/5/Juli/Aug. 1933, S. 214. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 18/3. 2. 1933.
[17] Vgl. Rolf Henne, Vom Standort usw., S. 37. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 3 ff. Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 12. Monatshefte, 12/März 1933, S. 579.

[18] Vgl. Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 112 ff. Ebenda, 6/Sept. 1933, S. 239. Front, 46/24. 4. 1934. Ebenda, 59/11. 5. 1934.

[19] Vgl. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 13. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw. S. 15. Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 12. Monatshefte, 1/April 1933, S. 9.

[20] Vgl. Rolf Henne, Vom Standort usw., S. 40. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 14. Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 148. Grenzbote, 101/31. 9. 1933. Front, 17/27. 2. 1934. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen auf S. 18, 167, 175 f., 196 f., 246, 348.

2. Kritik an der frontistischen Staatsauffassung

[1] Gonzague de Reynold, La Démocratie et la Suisse, 3e éd., S. 375 f. Vgl. ferner: Ebenda, S. XXII, 396. Ders., La Démocratie et la Suisse, 1re éd., S. 330. Ders., La Suisse et le Monde nouveau usw., S. 3 f., 11.

[2] Ders., La Démocratie usw., 3e éd., S. 430. Vgl. ferner: Ebenda, S. 382 ff.

[3] Schweiz. Rundschau, 1/April 1934, S. 69 f.

[4] Nationale Hefte, 2/Mai 1934, S. 125.

[5] Vgl. Schweiz. Rundschau, 4/Juli 1934, S. 351 f.

[6] National-Ztg., 514/4. 1. 1936.

[7] Zit. nach: Gedenkblatt zum 25jährigen Jubiläum der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Bern 1937, S. 37.

[8] Vgl. Max Huber, Vom Wesen und Sinn des schweizerischen Staates, a. a. O., S. 38 f., 41 f., 55. Vgl. ferner: Fritz Fleiner, Tradition, Dogma, Entwicklung als aufbauende Kräfte der schweizerischen Demokratie, Zürich (1933), S. 15. Karl Meyer, Voraussetzungen für die Demokratie, Vortrag v. 15. 3. 1934, in: Aufsätze und Reden, Zürich 1952, S. 404. Ders., Geschichtliche Voraussetzungen des eidgenössischen Sprachfriedens, Vortrag v. 1. 9. 1938, in: Ebenda, S. 362. Leonhard von Muralt, Alte und neue Freiheit in der helvetischen Revolution, Zürich 1941, S. 10, 14, 27 ff.

[9] Albert Oeri, Alte Front usw., S. 152. Im ähnlichen Sinne äußerten sich u. a.: Z(accaria) Giaccometti, Die Verfassungsgerichtsbarkeit des schweizerischen Bundesgerichts, Zürich 1933, S. V. Walter Burckhardt, in: Schweizer Monatshefte, 1/April 1933, S. 16 ff. Hugo Dürrenmatt, Demokratische Erneuerung, unsere politische Pflicht, Bern 1934, S. 7 f. G(ottfried) Guggenbühl, Zwischen Fronten und Parteien, Zürich 1934, S. 12. Karl Meyer, in: Basler Nachr., 138/22. 5. 1936.

[10] Vgl. (Martin Hürlimann), Der eidgenössische Gedanke usw., S. 18.

[11] Helveticus, Siegreiche Demokratie, Aarau 1935, S. 24.

[12] Maria Waser, Lebendiges Schweizertum usw., S. 15.

[13] Vgl. (Martin Hürlimann), Der eidgenössische Gedanke usw., S. 50.

[14] Die Junge Generation, 4/28. 2. 1935. Vgl. ferner: Helveticus, Siegreiche Demokratie usw., S. 23. G(ottfried) Guggenbühl, Zwischen Fronten usw., S. 15.

[15] Karl Meyer, Voraussetzungen usw., a. a. O., S. 411. Vgl. ferner: August Egger, Die deutsche Staatsumwälzung und die schweizerische Demokratie, Bern 1934, S. 15 ff.

[16] Vgl. Albert Oeri, Alte Front usw., S. 148 f. Maria Waser, Lebendiges Schweizertum usw., S. 1.

[17] Vgl. Karl Meyer, Voraussetzungen usw., a. a. O., S. 416. – Thomas Mann rief jenes andere Deutschland, das Deutschland Friedrich Schillers, in Erinnerung, als er nach seiner Ausbürgerung aus dem Dritten Reich und dem Entzug seines Ehrendoktors in einem Brief an die Universität Bonn sich gegen den Vorwurf wehrte, er habe mit

seinen Anklagen gegen die Naziherrschaft Deutschland beschimpft: «Sie haben», schrieb er, «die unglaubwürdige Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln! Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke das Letzte daran gelegen sein wird, nicht mit Ihnen verwechselt zu werden.» Thomas Mann, Ein Briefwechsel mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Zürich 1937, S. 12.

18 Vgl. Albert Oeri, Alte Front usw., S. 172 f.

19 Vgl. Thomas Mann, Vom zukünftigen Sieg der Demokratie, Zürich 1938, S. 23 f.

20 Vgl. (Martin Hürlimann), Der eidgenössische Gedanke usw., S. 20.

21 Ludwig Rittmeyer, Demokratie in Gefahr?, in: (Jungliberale Bewegung), Diktatur oder Demokratie?, St. Gallen 1934, S. 15.

3. Autoritäte «Demokratie»

1 Vgl. Zürcher Post, 262/7. 11. 1930. Schweizer Rundschau, 3/Juni 1933, S. 311. Neue Zürcher Nachr., 258/23. 9. 1933. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 28 f. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 16.

2 Dominik Müller, Zwischen den Mächten usw., S. 22. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 12/März 1935, S. 642.

3 Paul Lang, Tote oder lebendige Schweiz?, S. 135, sah eine Amtsdauer von 4 bis 5 Jahren vor; Ernst Wolfer, Streit um die Demokratie, S. 16, eine solche von «mindestens 10 Jahren», denn das Bekenntnis des Volkes zu seinem Führer könne «nicht Gegenstand häufiger Wiedererwägung» sein.

4 Paul Lang, Tote oder usw., S. 135. Vgl. ferner: Gonzague de Reynold, La Démocratie et la Suisse, 1re éd., S. 213. Ders., Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz, Luzern 1934, S. 77. Nationale Hefte, 6/Sept. 1934, S. 308 ff. – Konrad Schloms, Die neuen und alten politischen Gruppen der Schweiz im Kampf um die Neugestaltung der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Leipzig 1937, schreibt auf S. 9: «Zweifellos hat Lang ... die Stellung des deutschen Führers und Reichskanzlers im Auge, der dem eidgenössischen Landammann Pate stehen soll.» Das zeige, «wie stark der eidgenössische Landammann vom deutschen Vorbild abhängig und wie wenig er auf spezifisch schweizerische Anschauungen zurückzuführen» sei. Diese Feststellung stimmt mindestens für die Anfangszeit der Neuen und Nationalen Front nicht. Als Paul Lang im Jahre 1931 die Idee des Landammanns entwickelte, war Hitler noch nicht an der Macht. Lang dürfte durch das Vorbild der altschweizerischen Landammänner und durch Gonzague de Reynolds «Démocratie et la Suisse» inspiriert worden sein.

5 Basler Nachr., 150/3./4. 6. 1933.

6 Voix Nationale, 4/Jan. 1934.

7 Vgl. Zürcher Post, 262/7. 11. 1930. Zürcher Stud., 7/Dez. 1930, S. 256. NZZ, 179/30. 1. 1931. Zürcher Stud., 3/Juni 1931, S. 124 f. Paul Lang, Tote oder usw., S. 111, 133 ff. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 15, 29. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 12, 16.

8 Näheres darüber auf S. 232, 237 ff.

9 Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 16. Vgl. ferner: Voix Nationale, 8/mai 1934. Front, 134/12. 6. 1936.

10 Siehe auch den auf S. 24 zitierten Ausspruch Hans Kläuis.

[11] Vgl. Paul Lang, Tote oder usw., S. 130, 152. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 16.
[12] Front, 200/29. 8. 1935. Vgl. ferner: Rolf Henne, Eidgenössischer Sozialismus usw., S. 13.
[13] Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 13, 15. Vgl. ferner: Voix Nationale, 4/jan. 1934. Front, 26/31. 1. 1935.
[14] Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 38. Vgl. ferner: Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 16 f.
[15] Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 18. Vgl. ferner: Ders., in: Neue Zürcher Nachr., 258/23. 9. 1933. Front, 161/8. 9. 1934.
[16] Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 23. Siehe auch auf S. 138 die ähnlichen Formulierungen Hennes in seinem Brief an den Präsidenten der Katholischen Volkspartei Schaffhausen.
[17] Vgl. Front, 77/2. 6. 1934. Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 28. Rolf Henne, Eidgenössischer Sozialismus usw., S. 13.
[18] Grenzbote, 33/9. 2. 1935. Vgl. ferner: Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 111. Jahrb. eidg. Räte 1934, S. 217 f.
[19] Front, 298/21. 12. 1935.
[20] Front National, 22/28. 3. 1936.
[21] Alfred Zander, Was will usw., S. 25. Vgl. ferner: Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 5. Eiserner Besen, 35/2. 6. 1933. Voix Nationale, 7/avril 1934. Front, 81/5. 4. 1935.
[22] Siehe Anm. 19.
[23] Vgl. Neue Schweizer Rundschau, 6/Okt. 1935, S. 369.
[24] Front, 145/21. 8. 1933. Vgl. ferner: Grenzbote, 78/8. 7. 1933.
[25] Vgl. Front, 156/3. 9. 1934. Ferner: Ebenda, 89/16. 6. 1934.
[26] Front National, 18/29. 2. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 15/8. 2. 1936. Ebenda, 22/28. 3. 1936.
[27] Voix Nationale, 6/mars 1934. Vgl. ferner: Ebenda, 12/sept. 1934.
[28] Vgl. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 16 f. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 29.
[29] Vgl. Grundsätze und Richtlinien der Nationalen Front, v. 19. 4. 1942, in: Front, 17/30. 4. 1942.
[30] Gaz. de Laus., 68/19. 3. 1940.
[31] Vgl. Liberale Jugend, 8/Okt. 1930, S. 6. Ernst Wolfer, Streit um usw., S. 18. Robert Tobler, Wesen und Ziele usw., S. 28. Front National, 5/août 1935. Siehe ferner die auf S. 90 zitierte Forderung der Neuen Front nach Einführung eines Wahlzensus.
[32] BGE I 1939, Staatsr., U v. 17. 11. 1939, S. 246.

4. Freiheitliche Demokratie verpflichtet

[1] Vgl. Vaterland, 248/21. 10. 1933. Ebenda, 100/26. 4. 1934. Ebenda, 56/6. 3. 1935.
[2] Vgl. Philipp Etter, Die schweizerische Demokratie usw., S. 13, 36.
[3] Vgl. Hugo Dürrenmatt, Demokratische Erneuerung usw., S. 17 f.
[4] Vgl. Max Huber, Vom Wesen und Sinn usw., S. 78. – Albert Oeri erblickte sein Führerideal im «Mann vom Typus Abraham Lincolns». Vgl. Alte Front usw., S. 26.
[5] Vgl. Zuger Nachr., 52/1. 5. 1933. Politische Rundschau, 9/Sept. 1933, S. 372.
[6] Vgl. Vaterland, 173/23. 7. 1934.
[7] Vgl. ebenda, 174/24. 7. 1934.

8 Thurg. Ztg., 144/22. 6. 1933.
9 Eduard Zellweger, Liberale Jugend, in: (Jungliberale Bewegung), Die Generation unseres Jahrhunderts und ihre Forderung (ohne Ortsangabe), 1930, S. 31.
10 Max Huber, Vom Wesen usw., S. 49, 77. Vgl. ferner: Theodor Gut, Politische Orientierung usw., S. 20 f. Albert Oeri, Alte Front usw., S. 16, 88. Fritz Fleiner, Tradition, Dogma usw., S. 5, 8.
11 Thurg. Ztg., 240/12. 10. 1933.
12 Hermann Büchi, Das Frontenproblem, in: Jahrb. NHG 1934, S. 24.
13 Vaterland, 181/1. 8. 1934.
14 Markus Feldmann, Nationale Bewegungen in der Schweiz, Bern 1933, S. 46.
15 Vgl. National-Ztg., 543/21. 11. 1936.
16 Aus einer Rede zur 550-Jahr-Feier der Schlacht zu Sempach, v. 6. 7. 1936, in: Giuseppe Motta, Testimonia Temporum, Series Secunda, Bellinzona 1936, S. 19.
17 Carl Doka, Unsere Forderungen für eine neue Verfassungsrevision, in: (Katholische Volkspartei Schaffhausen), Erneuerung, Schaffhausen 1933, S. 74 ff.
18 (Konservative Volkspartei), Katholizismus und Liberalismus, Solothurn 1928, S. 16, 19 f., 23. Vgl. ferner: Vaterland, 106/4. 5. 1935.
19 Carl Doka, Verfassungsreform, Einsiedeln 1934, S. 49 f. Vgl. ferner: Ostschweiz, 231/19. 5. 1934.
20 Vgl. Vaterland, 24/29. 1. 1935.
21 Vgl. Basler Nachr., 154/8. 6. 1933.
22 Vgl. Fritz Fleiner, Tradition, Dogma usw., S. 18.
23 Werner Näf, Entwicklung und Krise der Demokratie, Bern 1934, S. 17.
24 Es fällt vielleicht auf, daß in diesen Abschnitten fast keine sozialdemokratischen Stimmen zitiert werden. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß die Sozialisten selber während eines guten Jahrzehnts die demokratische Staatsform, wenigstens verbal, abgelehnt hatten und eben erst im Begriffe standen, auf den Boden der Demokratie zurückzukehren. (Näheres darüber im Kap.: Die Wandlung der Sozialdemokratie und deren Beurteilung durch die Nationale Front, S. 298 ff.)

5. Der Frontengeist, der stets verneint

1 Grenzbote, 63/16. 3. 1937.
2 Ebenda, 45/23. 2. 1937. Vgl. ferner: Front, 216/17. 9. 1936.
3 Näheres darüber im Kap.: Stagnation, S. 230 ff.
4 Grenzbote, 3/5. 1. 1935.
5 Ebenda, 45/23. 2. 1937. Vgl. ferner: Front National, 24/11. 4. 1936. Ebenda, 25/18. 4. 1936. Ebenda, 26/25. 4. 1936. Ebenda, 30/23. 5. 1936.

IV. Nationalsozialismus

1 Vgl. Front, 231/2. 10. 1937.
2 Front, 269/16. 11. 1937.
3 Vgl. ebenda, 36/29. 12. 1933. Ferner: Monatshefte, 1/April 1933, S. 43 ff.
4 Vgl. Monatshefte, 7/Okt. 1933, S. 337. Front, 59/11. 3. 1936. Ebenda, 147/27. 6. 1936.

5 Rolf Henne, in: Monatshefte, 1/April 1933, S. 8. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 10/Jan. 1936, S. 483. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen auf S. 18, 167, 175 f., 178, 246, 348.
6 Vgl. Nationale Hefte, 10/Jan. 1936, S. 481. Grenzbote, 36/13. 2. 1936. Alfred Zander, Schweizerische Eidgenossenschaft und Reich, 1. Aufl., Stuttgart 1937, S. 84.
7 Siehe Anm. 4. Ferner: Front, 6/9. 1. 1937. Ebenda, 105/6. 5. 1939.
8 Siehe die auf S. 162 ff. zit. Gedichte Dominik Müllers.
9 Siehe S. 438 f., Anm. 17.
10 Vgl. Eiserner Besen, 29/21. 4. 1933. Front, 277/27. 11. 1936.
11 Grenzbote, 69/17. 6. 1933.
12 Ebenda, 36/13. 2. 1936. Vgl. ferner: Front, 29/5. 2. 1936.
13 Der Begriff «Eidgenössischer Sozialismus» tauchte im Februar 1935 auf. Vgl. Nationale Hefte, 11/Febr. 1935, S. 557 ff. Ferner: Front, 85/10. 4. 1935. Rolf Henne, Eidgenössischer Sozialismus, Zürich (1935).
14 Front, 147/27. 6. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 245/21. 10. 1936. Alfred Zander, Schweizerische Eidgenossenschaft usw., 1. Aufl., S. 16, 80. Hans Bolliger, Der Deutschschweizer und das Deutsche Reich, Konstanz 1937, S. 42. – Bolliger war möglicherweise nicht eingeschriebenes Mitglied der Nationalen Front, fühlte sich aber mit ihr verbunden. So schrieb er auf S. 42: «Man kommt ... nicht um die Feststellung herum, daß gerade die Nationale Front es ist, die die Erneuerung verkörpert.»
15 Front, 284/5. 12. 1936.
16 Siehe Anm. 1. Ferner: Front, 226/29. 9. 1936. Ebenda, 231/5. 10. 1936. Robert Tobler, in: Schreibm.-Prot. NR 1937, S. 162, Sitzung v. 26. 10. 1937. Alfred Zander, in: Luzerner Tagbl., 274/23. 11. 1937, und Zentralbibliothek Zürich, Sign.: YZ 606.
17 Vgl. Jakob Schaffner, Volk zu Schiff, Hamburg 1936, S. 9.
18 Vgl. Grenzbote, 189/17. 8. 1936.
19 Vgl. Front, 203/2. 9. 1936.
20 Vgl. Jakob Schaffner, Freies nationales Arbeitsvolk, Zürich 1937, S. 34.
21 Vgl. Front, 20/26. 1. 1937. Ebenda, 21/27. 1. 1937.
22 NZZ, 1822/23. 10. 1936. Vgl. ferner: Schweiz. Republ. Bl., 21/19. 12. 1936. Zürichsee-Ztg., 25/30. 1. 1937.
23 Vgl. Front, 258/5. 11. 1936.
24 Vgl. Karl Schmid, Unbehagen im Kleinstaat, Zürich 1963, S. 160 ff.
25 Nation, 43/22. 10. 1936. Vgl. ferner: Basler Nachr., 300/1. 11. 1936. Bund, 322/14. 7. 1939. – Schaffner selbst gibt zu verstehen, daß seine Hinwendung zum nationalsozialistischen Deutschland aus Ressentiment gegen die ihn lange Zeit verkennende Schweiz erfolgt sei. Vgl. Volk zu Schiff usw., S. 11.
26 Karl Schmid, Unbehagen usw., S. 166.
27 Vgl. Junge Generation, 20/31. 10. 1936.
28 Volksrecht, 133/10. 6. 1937.
29 Schreibm.-Prot. NR 1938, S. 249, Sitzung v. 11. 11. 1938. Vgl. ferner: StenB NR 1937, S. 273, Sitzung v. 9. 6. 1937.
30 Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 5. 2. 1940, S. 12.
31 Front, 216/17. 9. 1936.
32 Grenzbote, 190/15. 8. 1936. Vgl. ferner: Alfred Zander, Schweizerische Eidgenossenschaft usw., 1. Aufl., S. 10. 83.
33 Front, 266/14. 11. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 182/8. 8. 1936.

[34] Front, 24/30. 5. 1934. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 21/24. 2. 1933. Front, 189/16. 6. 1934.
[35] Gaz. de Laus., 287/15. 10. 1937. Vgl. ferner: Pol. Rundschau, 12/Dez. 1937, S. 449. Gaz. de Laus., 336/2. 12. 1938. Konrad Falke, Was geht vor usw., S. 27, 31.
[36] Front, 147/27. 6. 1936.
[37] Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 8. Vgl. ferner: Front, 27/3. 4. 1934. Ebenda, 194/22. 8. 1936. – Dieselbe Ansicht vertrat auch Gonzague de Reynold, in: La Démocratie et la Suisse, 1re éd., S. 297 f., 3e éd., S. 402. L'Europe tragique, Paris 1934, S. 41, 70 f.
[38] Hans Kläui, Der Kampf usw., S. 9. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 23/10. 3. 1933. Front, 74/28. 3. 1936.
[39] Front, 182/8. 8. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 212/12. 9. 1936.
[40] Front, 237/12. 10. 1936. Siehe ferner: Anm. 33.
[41] NZZ, 1341/25. 7. 1937. Vgl. ferner: Neue Berner Ztg., 281/28. 11. 1936. Vaterland, 43/20. 2. 1937. National-Ztg., 205/6. 5. 1939.
[42] Vgl. Zürcher Post, 67/19. 3. 1936.

Vierter Abschnitt:

Die Nationale Front vom Herbst 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

I. Radikalisierung

1. Maßlose Sprache

[1] Vgl. Grenzbote, 150/23. 12. 1933.
[2] Ebenda, 94/15. 8. 1933.
[3] Front National, 13/6. 1. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 22/28. 3. 1936.
[4] Grenzbote, 78/8. 7. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 73/14. 5. 1934.
[5] Voix Nationale, 8/mai 1934. Vgl. ferner: Grenzbote, 67/13. 6. 1933.
[6] Front National, 17/22. 2. 1936. Vgl. ferner: Front, 27/3. 4. 1934. Front National, 18/29. 2. 1936. Ebenda, 20/14. 3. 1936. Ebenda, 26./24. 4. 1936.
[7] Grenzbote, 90/29. 9. 1934. Vgl. ferner: Voix Nationale, 9/juin 1934.
[8] Front National, 26/25. 4. 1936. Vgl. ferner: Voix Nationale, 11/août 1934.
[9] Grenzbote, 211/10. 9. 1935.
[10] Siehe S. 232, 237 ff.
[11] Front, 146/22. 8. 1934. Vgl. ferner: Ebenda, 150/27. 8. 1934.
[12] Vgl. Evang. Volksztg., 29/21. 7. 1933.
[13] Siehe Anm. 9. Ferner: Voix Nationale, 9/juin 1934. Alfred Zander, Was will die Nationale Front?, Zürich (1935), S. 29.
[14] Front, 216/17. 9. 1936.
[15] Ebenda, 24/30. 1. 1937.
[16] Vgl. Eiserner Besen, 28/15. 4. 1933. Ferner: Front, 18/2. 3. 1934.

[17] Vgl. Eiserner Besen, 33/19. 5. 1933. Ferner: Front, 197/20. 10. 1934.
[18] Front, 18/2. 3. 1934.
[19] Vgl. Front, 19/6. 3. 1934. Ebenda, 14/18. 1. 1935. Ebenda, 226/28. 9. 1935.
[20] Front, 22/16. 3. 1934. Vgl. ferner: Ebenda, 39/15. 2. 1935. Front National, 23/4. 4. 1936.
[21] Voix Nationale, 7/avril 1934.
[22] Front, 202/31. 8. 1938.
[23] Grenzbote, 150/30. 6. 1936. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 3/Juni 1936, S. 147.
[24] Siehe Anm. 12. Ferner: Gaz. de Laus., 118/29. 4. 1933.
[25] Ostschweiz, 337/22. 7. 1933.
[26] Vgl. Theodor Gut Politische Orientierung, Winterthur 1933, S. 19.
[27] Vgl. Front, 197/20. 10. 1934.
[28] Grenzbote, 24/30. 1. 1935.
[29] Front, 71/26. 5. 1934.
[30] Front National, 11/1. 12. 1935.
[31] Es handelte sich um den späteren Leiter des Stuttgarter Panoramaheims. Siehe S. 91 f.
[32] Grenzbote, 9/12. 1. 1937.
[33] Ebenda, 300/22. 12. 1936.
[34] Vgl. ebenda, 15/19. 1. 1937.
[35] Vgl. ABl SH 1937, Prot. GR, S. 142, Sitzung v. 25. 1. 1937.
[36] Vgl. Grenzbote, 21/26. 1. 1937.
[37] Vernehmlassung des GR v. 14. 5. 1937, S. 3, in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 11. 6. 1937.
[38] Vgl. ABl SH 1937, Prot. GR, S. 349, Sitzung v. 22. 3. 1937.
[39] Vgl. Prot. GStadtR SH 1936–1940, S. 26, Sitzung v. 2. 7. 1937.
[40] Vgl. Grenzbote, 67/20. 3. 1937.
[41] BGr-A., Staatsr., U v. 11. 6. 1937, S. 5 f.
[42] Grenzbote, 252/4. 12. 1934.
[43] Vgl. Arb.-Ztg., 226/26. 9. 1934. Ebenda, 62/15. 3. 1935. Volksrecht, 100/29. 4. 1936. Walther Bringolf, Mein Leben, Bern 1965, S. 165.
[44] Vgl. Front, 99/30. 4. 1936.
[45] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 1/2. 1. 1934.
[46] Ebenda, 191/17. 8. 1936.
[47] Ebenda, 51/2. 3. 1935. Vgl. ferner: Bund, 313/9. 7. 1933. Thurg. Ztg., 157/7. 7. 1934. Ebenda, 226/26. 9. 1934.
[48] Vgl. BzGr-A. ZH, U der 4. Abt. v. 3. 5. 1934.
[49] Vgl. Front, 157/4. 9. 1934. Volksrecht, 208/5. 9. 1934.
[50] Front, 157/4. 9. 1934.
[51] Vgl. ebenda, 162/15. 7. 1936.
[52] Vgl. BzGr-A. ZH, U der 5. Abt. v. 4. 2. 1937. U des OGr v. 16. 3. 1937. NZZ, 478/17. 3. 1937.
[53] Vgl. Grenzbote, 130/6. 6. 1935.
[54] Vgl. Gr-A. SH, U des OGr v. 26. 6. 1936, S. 9.
[55] Vgl. Front, 53/3. 5. 1934.
[56] Vgl. ebenda, 93/21. 6. 1934.
[57] Vgl. Freiheit in der Gemeinschaft, Flugschrift der OG Zürich-Außersihl, April 1934.
[58] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 24./25. 9. 1934, S. 11 f., 16. Basler Nachr., 263/26. 9. 1934. NZZ, 1766/3. 10. 1934.

59 Vgl. NZZ, 1737/28. 9. 1934. Front, 178/28. 9. 1934. Ebenda, 194/17. 10. 1934.
60 Vgl. Grenzbote, 160/18. 8. 1934 bis 167/27. 8. 1934.
61 Vgl. Gr-A. SH, U des BzR Stein v. 19. 12. 1934. U des OGr v. 17. 5. 1935.
62 Vgl. ABl SH 1937, S. 898 f.
63 Vgl. ABl SH 1937, Prot. GR, S. 953, Sitzung v. 8. 11. 1937.
64 Vgl. ABl SH 1937, S. 1050 f.
65 Vgl. BGr-A., Staatsr., U v. 25. 2. 1938.
66 Vgl. Die Wahrheit über den Fall W., (Schaffhausen 1937), S. 9, 11 f.
67 Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 26/1. 2. 1938.
68 Grenzbote, 27/2. 2. 1938.
69 Vgl. ebenda, 36/12. 2. 1938.
70 Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 37/14. 2. 1938.
71 Grenzbote, 40/17. 2. 1938. – Der Gemaßregelte begab sich ein Jahr später nach Berlin, wo er sich u. a. als Ausland-Korrespondent der «Front» und der «Gazette de Lausanne» betätigte.
72 Auch Robert Tobler mußte aus der Kanzlei des Zürcher Bezirksgerichts ausscheiden, da seine exponierte politische Stellung sich nicht mit der Arbeit im Gerichtsdienst vereinbaren ließ. Vgl. Front, 55/6. 5. 1934.
73 Vgl. Front, 27/3. 4. 1934.
74 Ebenda, 99/30. 4. 1936.
75 Ebenda, 17/27. 2. 1934.
76 Rolf Henne, in: Ebenda, 226/28. 9. 1935.

2. Gewalttätigkeiten

1 Vgl. NZZ, 1205/4. 7. 1934.
2 Rolf Henne, in: Front, 141/20. 6. 1936.
3 Front National, 33/13. 6. 1936.
4 Zit. nach: Zürcher Post, 160/11. 7. 1935. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 24/17. 3. 1933. Front, 17/21. 1. 1935. Freiheit in der Gemeinschaft, 1/April 1934.
5 Grenzbote, 205/3. 9. 1935.
6 Front, 47/26. 4. 1934. – Der Drohung war eine unwahre Behauptung vorangegangen, die der frontistische Artikelschreiber unter dem Druck einer Strafklage zurücknehmen mußte. Vgl. ebenda, 91/19. 6. 1934.
7 Zürcher Post, 70/23. 3. 1935.
8 Front, 121/27. 5. 1937. Vgl. ferner: Ebenda, 141/19. 6. 1937. Bund, 468/7. 10. 1937.
9 Vgl. Front, 171/20. 9. 1934. NZZ, 1822/11. 10. 1934. NZZ, 2193/5. 12. 1934. NZZ, 86/16. 1. 1935. NZZ, 296/20. 2. 1935. Luzerner Tagbl., 221/20. 9. 1937. Ebenda, 278/26. 11. 1938. NZZ, 1033/8. 6. 1939. BGr.-A., Strafr., U v. 17. 7. 1941. NZZ, 1888/25. 11. 1941.
10 Vgl. NZZ, 1184/1. 7. 1934. Front, 52/4. 3. 1937. Ebenda, 56/9. 3. 1937.
11 Vgl. NZZ, 1686/20. 9. 1933. Landbote, 221/21. 9. 1933.
12 Vgl. NZZ, 1482/18. 8. 1937.
13 Vgl. Berner Tagwacht, 146/26. 6. 1933. Bund, 293/27. 6. 1933. NZZ, 1214/6. 7. 1934.
14 Zit. nach: Volksrecht, 27/1. 2. 1934. Vgl. ferner: Front, 49/28. 4. 1934. NZZ, 758/29. 4. 1934.
15 Vgl. NZZ, 1493/20. 8. 1933.

[16] Vgl. BzGr-A. ZH, U der 1. Abt. v. 11. 10. 1934, S. 4 f.
[17] Vgl. Volksrecht, 27/1. 2. 1934.
[18] Front, 10/2. 2. 1934.
[19] Vgl. NZZ, 290/18. 2. 1934.
[20] Front, 15/20. 2. 1934.
[21] Vgl. NZZ, 518/23. 3. 1934.
[22] Vgl. Front, 25/27. 3. 1934.
[23] Vgl. NZZ, 750/28. 4. 1934. NZZ, 1822/11. 10. 1934. NZZ, 1823/12. 10. 1934.
[24] Schweiz. Republ. Bl., 43/19. 5. 1934.
[25] Siehe Anm. 20.
[26] NZZ, 750/28. 4. 1934.
[27] Vgl. Neue Zürcher Nachr., 115/28. 4. 1934.
[28] NZZ, 758/29. 4. 1934.
[29] Aus dem Untersuchungsprot. der Bezirksanwaltschaft Zürich v. 11. 5. 1934. Im gleichen Sinn äußerte sich Tobler gegenüber einem Mittäter, vgl. das Untersuchungsprot. der Bezirksanwaltschaft Zürich, v. 4. 5. 1934. Beide in: BzGr-A. ZH, Akten zum U der 1. Abt. v. 11. 10. 1934.
[30] Siehe Anm. 26.
[31] Vgl. Front, 50/30. 4. 1934.
[32] Vgl. NZZ, 675/13. 4. 1933.
[33] Vgl. Volksrecht, 23/27. 1. 1934.
[34] Luzerner Tagbl., 23/27. 1. 1934.
[35] Vgl. BGr-A., Staatsr., U v. 5. 6. 1936, S. 9. NZZ, 993/9. 6. 1936.
[36] Luzerner Tagbl., 130/2. 6. 1934.
[37] Vgl. Front, 70/25. 5. 1934.
[38] Vgl. Volksrecht, 124/30. 5. 1934. Zürcher Post, 124/30. 5. 1934. – Der Chef der Zürcher Stadtpolizei, der Sozialist Dr. Wiesendanger, verhaftete eigenhändig den sozialistischen Parteisekretär, Ernst Walter, der, anders als führende Sozialdemokraten, das Volk aufwiegelte. Dieser Zwischenfall wie auch politische Meinungsverschiedenheiten stürzten die SP in eine Krise. Wiesendanger und Walter kehrten der Partei den Rücken. Jener schloß sich später dem Landesring, dieser vorübergehend den Kommunisten an.
[39] Vgl. Front, 77/2. 6. 1934.
[40] Vgl. R.-A. Univ. ZH, Mappe 200/1.
[41] Vgl. NZZ, 1009/5. 6. 1934.
[42] Front, 80/6. 6. 1934.
[43] Vgl. Neue Zürcher Nachr., 158/13. 6. 1934.

3. Organisierter Terror

[1] Vgl. Bund, 322/14. 7. 1934.
[2] Vgl. St.-A. ZH, W 12 AS 330.
[3] Front, 15/18. 1. 1935. Vgl. ferner: Grenzbote, 78/8. 7. 1933.
[4] Front, 109/10. 7. 1934.
[5] Siehe S. 185.
[6] Vgl. Beobachter, 9/Mai 1933, S. 264.
[7] Vgl. Front National, 22/6. 6. 1936.

[8] Front, 155/1. 9. 1934.
[9] Front, 84/9. 4. 1935. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 32/12. 5. 1933. Front, 36/29. 12. 1933. Grenzbote, 54/14. 4. 1934.
[10] Voix Nationale, 8/mai 1934.
[11] Vgl. AS 1933, S. 315 f., BRB über das Verbot des Tragens von Parteiuniformen, v. 12. 5. 1933.
[12] Front National, 5/août 1935.
[13] Front, 72/28. 5. 1934.
[14] Grenzbote, 58/10. 3. 1937.
[15] Vgl. ebenda, 60/12. 3. 1937. Ferner: Vernehmlassung des RR SH, v. 5. 5. 1937, S. 2 f., in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 4. 6. 1937.
[16] BGr-A., Staatsr., U v. 4. 6. 1937.
[17] Siehe S. 117.
[18] Vgl. Arb.-Ztg., 155/6. 7. 1933. Front, 110/11. 7. 1934. Vernehmlassung des RR ZH, v. 8. 10. 1934, S. 1 ff., in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 14. 12. 1934.
[19] Vgl. Konrad Schloms, Die neuen und alten politischen Gruppen der Schweiz im Kampf um die Neugestaltung der Bundesverfassung, Leipzig 1937, S. 6.
[20] Vgl. NZZ, 1274/11. 7. 1934.
[21] Vgl. BGr-A., Staatsr., U v. 14. 12. 1934. S. 13.
[22] Vgl. ABl ZH 1934, S. 201, RRB über Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung, v. 8. 2. 1934.
[23] Vgl. ABl ZH 1934, S. 623, Verfügung der Polizeidirektion über das Verbot des Kampfbundes gegen Krieg und Faschismus und des Harstes der Nationalen Front, 6. 7. 1934.
[24] Vgl. Vernehmlassung des RR ZH, v. 8. 10. 1934, S. 4, a. a. O.
[25] Vgl. Front, 110/11. 7. 1934.
[26] Siehe S. 217 f.
[27] Vgl. Front, 25/27. 3. 1934. NZZ, 750/28. 4. 1934. NZZ, 985/1. 6. 1934. NZZ, 1822/ 11. 10. 1934.
[28] Vgl. NZZ, 595/5. 4. 1935. NZZ, 596/5. 4. 1935.
[29] Vgl. Front, 148/28. 6. 1935. Ferner: NZZ, 1099/24. 6. 1935.
[30] Vgl. NZZ, 1196/8. 7. 1935. NZZ, 1202/9. 7. 1935.
[31] Vgl. NZZ, 1842/23. 10. 1935.
[32] Vgl. Grenzbote, 146/26. 6. 1935. Arb.-Ztg., 146/26. 6. 1935. Ebenda, 147/27. 6. 1935. Grenzbote, 148/28. 6. 1935.
[33] Der Reichsdeutsche, 46/10. 11. 1934.
[34] Vgl. Front, 216/12. 11. 1934.
[35] Ebenda, 221/17. 11. 1934.
[36] Vgl. ebenda, 222/19. 11. 1934.
[37] Vgl. ebenda, 223/20. 11. 1934. Ebenda, 225/22. 11. 1934. Ebenda, 226/23. 11. 1934.
[38] NZZ, 2129/27. 11. 1934.
[39] Neue Zürcher Nachr., 319/24. 11. 1934.
[40] Vgl. NZZ, 2065/2069/18. 11. 1934. NZZ, 2073/2076/2079/19. 11. 1934. NZZ, 2082/ 2084/20. 11. 1934. NZZ, 2089/21. 11. 1934. NZZ, 2096/2099/22. 11. 1934. NZZ, 2106/ 23. 11. 1934. NZZ, 2127/2130/2132/27. 11. 1933. NZZ, 2135/28. 11. 1934.
[41] Vgl. Basler Nachr., 326/28. 11. 1934.
[42] Front, 233/1. 12. 1934. Vgl. ferner: Ebenda, 229/27. 11. 1934. Ebenda, 232/30. 11. 1934.

[43] NZZ, 2170/3. 12. 1934. – Die Frontisten erzielten mit ihren Krawallen insofern einen Erfolg, als sie durch dieselben einige Polizeibehörden in verschiedenen Landesgegenden bewogen, das Auftreten von Erika Manns «Pfeffermühle» zu verbieten. Näheres darüber bei: Beat Glaus, Die Nationale Front – eine faschistische Schweizer Strömung, 1930–1940.

[44] Vgl. NZZ, 2262/13. 12. 1934. St. Galler Tagbl., 588/14. 12. 1934.

[45] Siehe S. 117. – An der Kundgebung, die von Fridolin Forster geleitet wurde, traten als Referenten u.a. auf: der Schauspieler Heinrich Gretler, der Jus-Student Hans Nef, der Sozialist Alfred Traber, der Demokrat Albert Maag, der Freiwirtschafter Werner Schmid und der Jungliberale Walter Kronauer. Weil Kronauer an dieser und Eduard Zellweger an andern Veranstaltungen gemeinsam mit Sozialisten aufgetreten waren, wurden sie von den Zürcher Jungliberalen aus der Bewegung ausgestoßen. Vgl. Bund, 163/7. 4. 1935.

[46] Vgl. Thurg. Ztg., 276/23. 11. 1934.

[47] Vgl. Front, 225/22. 11. 1934.

4. Rebellion gegen den Rechtsstaat

[1] Front, 165/18. 7. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 236/5. 12. 1934. 19/25. 6. 1936.

[2] Vgl. NZZ, 1310/30. 7. 1936.

[3] Siehe S. 332 f.

[4] Zit. nach: NZZ, 1365/2. 8. 1938.

[5] Aus einem Aufruf der Nationalen Front. Zit. nach: Volksrecht, 181/4. 8. 1938.

[6] Ebenda, 181/4. 8. 1938. Vgl. ferner: Neue Berner Ztg., 181/4. 8. 1938.

[7] Polizeivorstand der Stadt Zürich.

[8] Front, 177/2. 8. 1938.

[9] Vgl. NZZ, 1371/7. 8. 1935.

[10] Vgl. NZZ, 1557/31. 8. 1934.

II. Stagnation

[1] National-Ztg., 107/4. 3. 1940.

[2] Evang. Volksztg., 25/22. 6. 1934.

[3] Vgl. Landbote, 253/28. 10. 1933.

[4] Vgl. Zürichsee-Ztg., 154/5. 7. 1933.

[5] Front, 36/29. 12. 1933. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 9/Dez. 1934, S. 450.

[6] Vgl. Bund, 573/7. 12. 1933.

[7] Aus der Rede des Zürcher Gauführers Ernst Brandenberger an der Gautagung vom 24. 5. 1936. Vgl. Front National, 22/6. 6. 1936.

[8] Vgl. Front, 35/27. 12. 1933. Basler Nachr., 352/23./24. 12. 1933. – In der zweiten Hälfte der Amtsperiode 1934/38 besann sich dann die Nationale Front eines bessern und beteiligte sich an der Mitarbeit in den Kommissionen. Vielleicht hatte sie sich die Freisinnige Fraktion zum Vorbild genommen, die unter Hermann Häberlins gewandter Führung eine geistreiche, schlagfertige und humorvolle Opposition gegen den mehrheitlich sozialistischen Stadtrat betrieb.

[9] Vgl. Grenzbote, 1/4. 1. 1934. Front, 20/9. 3. 1934. Ebenda, 242/12. 12. 1934. Ebenda, 191/19. 8. 1935. Ebenda, 25/31. 1. 1936. Ebenda, 106/8. 5. 1936. Ebenda, 168/22. 7. 1936.

[10] Vgl. Front, 85/14. 4. 1936.
[11] Vgl. ebenda, 243/13. 12. 1934.
[12] Ebenda, 35/11. 2. 1938. Vgl. ferner: Ebenda, 67/20. 3. 1935.
[13] Voix Nationale, 5/févr. 1934. Vgl. ferner: Front, 93/23. 4. 1936. Ebenda, 106/8. 5. 1936. Ebenda, 168/22. 7. 1936. Ebenda, 20/26. 1. 1937.
[14] Vgl. Neue Zürcher Nachr., 351/28. 12. 1933.
[15] Siehe die auf S. 116 erwähnten Kundgebungen des Kampfbundes Neue und Nationale Front, an denen Oberstdivisionär Sonderegger das Thema «Ordnung im Staat» behandelte.
[16] Vgl. Monatshefte, 9/Dez. 1933, S. 447. NZZ, 2283/14. 12. 1933.
[17] Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1939, S. 404 f.
[18] Vgl. Ostschweiz, 160/6. 4. 1934. Zürcher Post, 142/26. 6. 1934.
[19] Vgl. Front, 22/16. 3. 1934.
[20] Vgl. ebenda, 163/16. 7. 1935. Ferner: Nationale Hefte, 3/Juni 1934, S. 174. – Laut Art. 120, Abs. 2 und Art. 96, Abs. 2 BV sind nach Annahme eines Volksbegehrens auf Totalrevision der Bundesverfassung durch die Mehrheit der stimmenden Schweizer Bürger National- und Ständerat und – als logische Folge davon – auch der Bundesrat neu zu wählen.
[21] Siehe S. 24.
[22] Zit. nach: Volksrecht, 181/4. 8. 1934. Vgl. ferner: Grenzbote, 256/31. 12. 1934. – Ein frontistischer Überläufer hatte das Dokument, dessen Echtheit von der Nationalen Front nicht in Abrede gestellt wurde, den Sozialisten ausgehändigt.
[23] Thurg. Ztg., 169/21. 7. 1934. Vgl. ferner: Front, 94/22. 6. 1934.
[24] Vgl. Front, 11/6. 2. 1934.
[25] Vgl. ebenda, 88/15. 6. 1934. Ebenda, 90/18. 6. 1934.
[26] NZZ, 1118/21. 6. 1934.
[27] Vgl. Front, 37/13. 2. 1935.
[28] Vgl. ebenda, 90/16. 4. 1935.
[29] Der Ausschluß aus der Nationalen Front traf Biedermann mitten in einer Zeitungsfehde mit Johann Baptist Rusch. Letzterer stellte diese ein, als er vom Sturz der frontistischen Göße vernahm. Seinen Gefechtsabbruch begründete er mit den Worten: «Mit Lehrer Biedermann hätte ich noch ein Hühnlein zu rupfen. Er hat in einer der letzten Nummern der ‹Front›, die ihm noch offen stand, ein erzmassives Schimpfartikelchen wider mich auf unempfindliches Papier gebracht. Ich hatte daraufhin etliche Informationen zur Zeichnung eines abgerundeten Lebensbildes dieses Jugenderziehers gesammelt und war just daran, sie in eine scharfe Patrone zu verpacken. Lassen wir's jetzt bleiben! Wen die Eigenen geschlagen haben mit Undank und Teufelslohn, der wechselt für mich ins Schongebiet, dem brenn' ich keins mehr auf den Pelz, so wilde Bocksprünge er vorher gegen mich aus seinem politischen Zirkus heraus auch unternommen hat.» Schweiz. Republ. Bl., 5/1. 9. 1934.
[30] Vgl. Front, 151/28. 8. 1934.
[31] Vgl. ebenda, 156/3. 9. 1934.
[32] Vgl. ebenda, 219/15. 11. 1934. Ferner: Ebenda, 33/8. 2. 1935.
[33] Siehe S. 212.
[34] Vgl. Front, 179/29. 9. 1934 bis 184/5. 10. 1934. Ebenda, 213/8. 11. 1934 und 214/9. 11. 1934.
[35] Vgl. Evang. Volksztg., 29/21. 7. 1933.

[36] Näheres darüber auf S. 257 f.
[37] Vgl. Nebelspalter, 30/27. 7. 1934, S. 18. NZZ, 1415/7. 8. 1934. Pol. Rundschau, 10/Okt. 1934, S. 318.
[38] Vgl. Gaz. de Laus., 207/28. 7. 1934.
[39] National-Ztg., 306/7. 7. 1934. Vgl. ferner: Basler Nachr., 278/13. 10. 1934.
[40] Siehe S. 17 f.
[41] Vgl. Front, 159/6. 9. 1934. Nationale Hefte, 6/Sept. 1934, S. 332 ff.
[42] Vaterland, 238/9. 10. 1934.
[43] Vgl. Front, 72/28. 5. 1934. Ebenda, 210/5. 11. 1934. Ebenda, 77/1. 4. 1935. Ebenda, 119/25. 5. 1936.
[44] Front National, 30/23. 5. 1936.
[45] Vgl. Voix Nationale, 14/nov. 1934.
[46] Siehe Anm. 44. Ferner: Front, 39/15. 2. 1935.
[47] Front, 31/7. 4. 1934. Vgl. ferner: Voix Nationale, 14/nov. 1934. Front, 251/22. 12. 1934.
[48] Front, 77/1. 4. 1935. Vgl. ferner: Ebenda, 90/16. 4. 1935. Front National, 1/avril 1935.
[49] Front, 16/23. 2. 1934.
[50] Vgl. Luzerner Tagbl., 172/21. 7. 1934.
[51] Vgl. Front, 180/1. 10. 1934.
[52] Vgl. ebenda, 151/28. 8. 1934. Ebenda, 180/1. 10. 1934. Ebenda, 187/9. 10. 1934. Ebenda, 209/3. 11. 1934. Ebenda, 219/15. 11. 1934.
[53] Vgl. Front, von 63/15. 3. 1935 bis 81/5. 4. 1935.
[54] Vgl. KR-Wahlen 1935 in der Stadt Zürich, in: Zürcher Stat. Nachr., 1/Jan./März 1935, S. 25 ff. Front, 93/21. 4. 1935. NZZ, 739/28. 4. 1935. – Das beste Resultat für die Nationale Front lieferte die Gemeinde Rafz, in der 25 Prozent der Stimmenden die frontistische Liste einlegten. Vgl. Front, 97/27. 4. 1935. – Den statistischen Anteil der Nationalen Front an sämtlichen Gemeinde-, Kantons- und Bundeswahlen, an denen sich die Bewegung beteiligt hat, ermittelt im Detail Beat Glaus in seiner erst im Manuskript vorliegenden Basler Diss.: Die Nationale Front – eine faschistische Schweizer Strömung, 1930–1940.
[55] Vgl. Front, 247/18. 12. 1934.
[56] Vgl. ebenda, 83/8. 4. 1935.
[57] Vgl. Zürcher GemR-Wahlen 1933, S. 51. KR-Wahlen 1935 in der Stadt ZH, a. a. O., S. 26 f.
[58] Zürcher Post, 84/9. 4. 1935.
[59] Bund, 167/9. 4. 1935.
[60] Siehe S. 317.
[61] Vgl. Front, 97/26. 6. 1934. Nation, 28/13. 7. 1934.
[62] Vgl. Thurg. Ztg., 210/7. 9. 1934.
[63] Front, 97/26. 6. 1934.
[64] Vgl. Vaterland, 159/6. 7. 1934. Ebenda, 163/11. 7. 1934.
[65] Vgl. Der Morgen, 157/9. 7. 1934. Ebenda, 164/17. 7. 1934.
[66] Siehe S. 278.
[67] Vgl. Vaterland, 170/19. 7. 1934. – Ein Vierteljahr später wußte der freisinnige Zentralsekretär zu melden: «Inzwischen scheint die frontistische Liebesaffäre des konservativen Zentralsekretärs abgeschlossen zu sein.» Pol. Rundschau, 10/Okt. 1934, S. 320.
[68] Vgl. Bund, 407/2. 9. 1934. Die Junge Generation, 15/5. 8. 1935.

69 Vgl. Neue Ordnung, 1/13. 9. 1934.
70 Thurg. Ztg., 210/7. 9. 1934. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 8/Nov. 1934, S. 434 f.
71 Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1934, S. 414. Neue Ordnung, 1/13. 9. 1934. Nationale Hefte, 8/Nov. 1934, S. 432.
72 Bund, 57/4. 2. 1935.
73 Ostschweiz, 45/28. 1. 1935. Vgl. ferner: Vaterland, 216/10. 9. 1935.
74 Vaterland, 198/21. 8. 1935. Vgl. ferner: Neue Ordnung, 20/20. 6. 1934.
75 Basler Nachr., 230/23. 8. 1935.
76 Neue Schweizer Rundschau, 6/Okt. 1935, S. 364.
77 Ernst Wolfer, Streit um die Demokratie, Zürich 1934, S. 16. Vgl. ferner: Front, 59/11. 5. 1934.
78 Schaffh. Bauer, 122/28. 5. 1934.
79 Front, 206/5. 9. 1935.
80 Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1939, S. 404 f.
81 Im Kanton Schaffhausen waren seinerzeit 3145 frontistische, 243 Aufgebot- und 98 jungliberale, total 3486 Unterschriften gesammelt worden. Bei der Abstimmung standen 2645 Ja 9449 Nein gegenüber. Der Kanton Zürich verwarf mit 24944 Ja gegen 108316 Nein. Vgl. Neue Ordnung, 1/13. 9. 1934. NZZ, 1558/9. 9. 1935.
82 Vgl. Neue Zürcher Nachr., 245/9. 9. 1935.
83 Front, 209/9. 9. 1935.
84 Ebenda, 93/23. 4. 1935.
85 Vgl. zahlreiche Ausgaben der «Front» von 183/9. 8. 1935 bis 204/3. 9. 1935 und von 240/15. 10. 1935 bis 248/24. 10. 1935.
86 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101, 103. NR-Wahlen 1935 im Kt. Zürich, S. 12 ff. NR-Wahlen 1935 in der Stadt Zürich, in: Zürcher Stat. Nachr., 3/Juli/Sept. 1935, S. 184 f.
87 Vgl. Zürichsee-Ztg., 66/21. 3. 1939.
88 Abkürzung für: Hotelplan.
89 Vgl. Neue Basler Ztg., 253/30. 10. 1935. – Natürlich gab es noch andere Gründe für Duttweilers Sieg.
90 Bund, 505/29. 10. 1935.
91 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101, 103. ABl SH 1935, S. 906 ff.
92 Vgl. NR-Wahlen 1935, S. 101, 103. NZZ, 1872/28. 10. 1935.
93 National-Ztg., 601/29. 12. 1935. Vgl. ferner: Arb.-Ztg., 252/28. 10. 1935. Vaterland, 262/4. 11. 1935. Gaz. de Laus., 312/9. 11. 1935.
94 Grenzbote, 305/31. 12. 1935.
95 Front, 252/29. 10. 1935.
96 Ebenda, 304/31. 12. 1935.

III. Anlehnung an das Deutsche Reich

1. Ideologische Verbundenheit

1 Es sei nochmals auf die in der Einleitung gemachte Feststellung verwiesen, daß diese Arbeit keinen systematischen Vergleich der Nationalen Front mit dem deutschen Nationalsozialismus anstellen will. Die im folgenden angeführten ideellen und ma-

teriellen Querverbindungen zwischen den beiden Bewegungen wollen lediglich die allgemeine politische Tendenz der Nationalen Front aufzeichnen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Letzteres ist schon deswegen nicht möglich, da wichtige Akten wegen der 50jährigen Sperrfrist unzugänglich sind.

2 Siehe S. 16 ff.

3 Vgl. Hermann Büchi, Das Frontenproblem, in: Jahrb. NHG 1934, S. 18. Ferner: Robert Tobler, Wesen und Ziele der Nationalen Bewegung, Zürich 1933, S. 6.

4 Vgl. Nationale Hefte, 2/Mai 1934, S. 115. Front National, 11/1. 12. 1935.

5 Vgl. Monatshefte, 9/Dez. 1933, S. 457. Nationale Hefte, 2/Mai 1934, S. 112.

6 Rolf Henne, in: Nationale Hefte, 10/Jan. 1936, S. 484. Vgl. ferner: Robert Tobler, in: Monatshefte, 1/April 1933, S. 42.

7 Alfred Zander, Nationale Jugend, Zürich (1934), S. 11. Siehe auch die ähnlich lautenden Thesen auf S. 18, 167, 175 f., 178, 196 f., 348.

8 Siehe das Kap.: Nationalsozialismus, S. 196 ff.

9 Front, 237/12. 10. 1936.

10 Ebenda, 216/17. 9. 1936.

11 Vgl. ebenda, 231/2. 10. 1937.

12 Vgl. ebenda, 146/22. 8. 1934.

13 Vgl. Nationale Hefte, 3/Juni 1935, S. 150.

14 Vgl. ebenda, 3/Juni 1934, S. 150, 152, 155. Front, 7/9. 1. 1935. Ebenda, 83/8. 4. 1935. Ebenda, 143/23. 6. 1936. Nationale Hefte, 7/8/Okt./Nov. 1937, S. 339 f.

15 Vgl. Monatshefte, 10/Jan. 1934, S. 463 ff. Front, 87/14. 6. 1934. Ebenda, 136/10. 8. 1934. Ebenda, 19/23. 1. 1935. Ebenda, 35/11. 2. 1935 und 36/12. 2. 1935. Ebenda, 127/4. 6. 1936. Ebenda, 163/16. 7. 1936.

16 Vgl. Front, 25/31. 1. 1936. Nationale Hefte, 11/12/Febr./März 1938, S. 497. Front, 86/12. 4. 1938. Ebenda, 114/17. 5. 1938 und 119/23. 5. 1938 und 120/24. 5. 1938 und 125/31. 5. 1938. Nationale Hefte, 12/März 1939, S. 534 ff.

17 Vgl. Front, 118/22. 5. 1935. Nationale Hefte, 4/5/Juli/Aug. 1935, S. 170 ff. Front. 101/1. 5. 1937. Ebenda, 174/28. 7. 1937. Nationale Hefte, 4/Juli 1937, S. 208 ff. Front, 191/17. 8. 1937. Ebenda, 248/22. 10. 1937. Nationale Hefte, 7/8/Okt./Nov. 1937, S. 361 ff.

18 Vgl. Monatshefte, 9/Dez. 1933, S. 430 ff. Front, 165/18. 7. 1935. Nationale Hefte, 4/5/Juli/Aug. 1935, S. 178 ff. Ebenda, 4/5/Juli/Aug. 1936, S. 230 ff. Ebenda, 10/Jan. 1937, S. 524 f. Front, 5/8. 1. 1937. Nationale Hefte, 3/Juni 1937, S. 151 ff. Ebenda, 9/Dez. 1938, S. 404 ff.

19 Vgl. Front, 131/4. 8. 1934. Ebenda, 147/27. 6. 1936. Ebenda, 221/23. 9. 1936. Nationale Hefte, 8/Nov. 1936, S. 407 f. Front, 212/12. 9. 1937.

20 Front, 221/23. 9. 1936.

21 Staatsrechtl. Beschwerde v. 27. 3. 1948, S. 11 f., in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 16. 7. 1948. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 1/April 1945, S. 8.

22 Vgl. Werner Haas, Europa will leben, Berlin 1936, S. 307 ff.

23 Monatshefte, 10/Jan. 1934, S. 469.

24 Vgl. Hans K(arl) E(rnst) L(udwig) Keller, Das dritte Europa, Zürich, Paris, Berlin (1934), S. XIII.

25 Vgl. Nationale Hefte, 9/Dez. 1934, S. 503 f. Hans K. E. L. Keller, Volksgemeinschaft und Völkerfriede, (Zürich, Paris, Berlin 1935), S. 53.

26 Vgl. Front, 167/20. 7. 1935. Nationale Hefte, 6/Sept. 1935, S. 307 f.

27 Vgl. NZZ, 1287/27. 7. 1936. NZZ, 1311/30. 7. 1936. Front, 179/5. 8. 1936. – Das Referat ist als Broschüre herausgekommen: Rolf Henne, Die Rolle der Schweiz im kommenden Europa, (Zürich 1936).

28 Siehe S. 275.

29 Hans K. E. L. Keller hatte sich wiederholt mit der nationalsozialistischen Ideologie identifiziert, gleichzeitig aber einige Gedankengänge des italienischen Faschismus abgelehnt. (Siehe Anm. 24.) Letzteres mochte vielleicht der Grund dafür gewesen sein, daß Ende 1936, nachdem Italien der Achsenpartner Deutschlands geworden war, seine Internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten im Dritten Reich unterdrückt wurde. Es fanden daraufhin keine Tagungen mehr statt. Vgl. Wer ist wer? Das deutsche Who's who, 14/I Berlin 1963, Schlagwort Keller Hans K. E. L.

30 Vgl. Friedrich Schneider, Hütet euch am Morgarten, Basel 1933, S. 27.

31 Front, 192/20. 8. 1936.

32 Vgl. NZZ, 1295/18. 7. 1934. Ferner: National-Ztg., 444/24. 9. 1938.

33 Front, 124/27. 7. 1934.

34 Schweiz. Republ. Bl., 5/1. 9. 1934.

2. Übernahme äußerer Formen

1 Schaffh. Int.-Bl., 207/1. 9. 1933. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 180/1. 7. 1933. Zürcher Post, 160/11. 7. 1935.

2 Grenzbote, 88/16. 4. 1936. Vgl. ferner: Basler Nachr., 301/2. 11. 1933.

3 Front, 178/3. 8. 1935.

4 Bund, 36/22. 1. 1937.

5 Vgl. ebenda, 233/24. 5. 1937. Neue Berner Ztg., 118/24. 5. 1937.

6 Bundesrat Minger an einer Kundgebung v. 9. 7. 1933. Zit. nach: Eidg. Ztg., 5/13. 7. 1933. Vgl. ferner: Schreibm.-Prot. NR 1933, S. 259 ff., Sitzung v. 17. 4. 1933. NZZ, 1912/23. 10. 1933.

7 Johann Baptist Rusch, in: Beobachter, 11/Juni 1933, S. 324.

8 Konrad Falke, in: NZZ, 2005/5. 11. 1933. Vgl. ferner: Nebelspalter, 20/17. 5. 1933, S. 17. Bund, 298/30. 6. 1933.

9 BGr-A., Staatsr., U v. 5. 5. 1939, S. 12. – Dieser Passus hat in stark verändertem Wortlaut die Runde durch die Presse gemacht und auch bei Bruno Grimm, Das Ende der Nationalen Front, S. 36, und Alice Meyer, Anpassung oder Widerstand?, S. 54, Eingang gefunden. Die abgeänderte Fassung lautet: «Die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung empfindet die Nationale Front als einen Fremdkörper. Weite Kreise sehen außerdem in ihrem Wirken eine Herausforderung und eine Gefährdung der Unabhängigkeit unseres Landes, weil ihre Organisation und ihr Auftreten sich stark an ausländische Vorbilder anlehnen.»

10 Vgl. Satzungen der Nationalen Front, v. 10. 10. 1936, § 23 d. – Ich verdanke diesen Hinweis Beat Glaus.

11 Vgl. ebenda, § 24.

12 Vernehmlassung des RR BS, v. 9. 6. 1939, S. 8 f., in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 17. 11. 1939.

13 Vgl. Satzungen der Nationalen Front, v. 10. 10. 1936, §§ 16, 17, 19, 24. Ferner: Landbote, 137/15. 6. 1933. Volksrecht, 287/6. 12. 1933.

14 Vgl. Front, 249/23. 10. 1937.

[15] Ebenda, 234/8. 10. 1935.
[16] Vgl. Landbote, 288/8. 12. 1933.
[17] Vgl. StenB NR 1936, S. 1002, Sitzung v. 4. 6. 1936.
[18] Front, 51/1. 5. 1934.
[19] Zit. nach: Arb.-Ztg., 47/26. 2. 1936. – Die Nationale Front hat die Echtheit dieser in der «Arbeiter-Zeitung» publizierten Verfügung nicht in Abrede gestellt.
[20] Ebenda, 249/24. 10. 1935.
[21] Bund, 330/19. 7. 1934.
[22] Aus einem Flugblatt, in: St.-A. ZH, W 12 AS 320. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 187/7. 7. 1933.
[23] Siehe S. 117 f.
[24] National-Ztg., 131/20. 3. 1937.
[25] Thurg. Ztg., 144/22. 6. 1933.
[26] Pol. Rundschau, 9/Sept. 1933, S. 371.
[27] Front, 1/3. 1. 1934.
[28] Ebenda, 250/25. 10. 1937.
[29] Siehe S. 72, 148.
[30] Siehe S. 232 f.
[31] Siehe S. 234.
[32] Zit. nach: NZZ, 1849/13. 10. 1933.

3. Hitlers Politik im Urteil der Nationalen Front

[1] Gerd Helmut Padel widmet in seiner Zürcher Diss.: Die politische Presse der deutschen Schweiz und der Aufstieg des Dritten Reichs, 1933–1939, Stäfa 1951, den frontistischen Kommentaren nur wenig Raum.
[2] Siehe S. 16 f.
[3] Vgl. Basler Nachr., 31/31. 1. 1933. NZZ, 187/31. 1. 1933.
[4] Vgl. Neue Zürcher Nachr., 129/12. 5. 1933. Gaz. de Laus., 225/14. 8. 1933.
[5] Vgl. Volksrecht, 31/6. 2. 1933. Ebenda, 59/10. 3. 1933. Rote Revue, 12/Aug. 1933, S. 385.
[6] Ernst Schellenberg, in: Schaffh. Int.-Bl., 114/17. 5. 1933.
[7] NZZ, 2005/5. 11. 1933. Vgl. ferner: Basler Nachr., 188/12. 7. 1933. Ebenda, 355/28. 12. 1933.
[8] Vaterland, 99/22. 8. 1935.
[9] Eiserner Besen, 22/10. 9. 1932.
[10] Grenzbote, 107/18. 6. 1934. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 20/17 2. 1933. Front, 2/5. 1. 1934. Ebenda, 77/1. 4. 1936. Ebenda, 122/28. 5. 1936.
[11] Front, 74/28. 3. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 25/21. 11. 1933. Nationale Hefte, 1/April 1934, S. 25 f. Front, 106/8. 5. 1935. Front National, 11/1. 12. 1935.
[12] Vgl. Flugbl. der OG Brugg, v. 31. 3. 1933, in: Luzerner Tagbl., 79/3. 4. 1933. Monatshefte, 9/Dez. 1933, S. 44. Front, 14/16. 2. 1934. Ebenda, 59/11. 5. 1934. Ebenda, 61/13. 3. 1936.
[13] Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 147. Vgl. ferner: Front, 138/13. 8. 1934. Ebenda, 284/5. 12. 1936. Siehe auch die auf S. 335, 354 zitierten ähnlichen Thesen der Nationalen Front bzw. Eidgenössischen Sammlung.

[14] Vgl. Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 144. Ebenda, 6/Sept. 1933, S. 239 f. Ebenda, 9/Dez. 1933, S. 451.
[15] Aus einer Rede Robert Toblers. Vgl. Front, 249/23. 10. 1937. Vgl. ferner: Ebenda, 106/8. 5. 1935. Front National, 20/14. 3. 1936. Front, 182/8. 8. 1936. Flugbl. der OG Thun, Juni 1937, in: St.-A. SH, Liqu. N. F. Hans Bolliger, Der Deutschschweizer und das Deutsche Reich, Konstanz 1937, S. 44 f.
[16] Volksrecht, 81/4. 4. 1936.
[17] NZZ, 1371/31. 7. 1934.
[18] Grenzbote, 121/4. 7. 1934.
[19] Vgl. Front, 103/3. 7. 1934. Ebenda, 104/4. 7. 1934.
[20] NZZ, 1295/18. 7. 1934.
[21] Grenzbote, 125/9. 7. 1934.
[22] Vgl. Monatshefte, 3/Juni 1933, S. 145. Grenzbote, 75/1. 7. 1933. Ebenda, 152/30. 12. 1933.
[23] Vgl. Monatshefte, 8/Nov. 1933, S. 379 f.
[24] Vgl. Front, 12/15. 1. 1935. Ebenda, 13/16. 1. 1935. Ebenda, 15/18. 1. 1935.
[25] Vgl. Neue Zürcher Nachr., 17/18. 1. 1935. Ferner: National-Ztg., 32/20. 1. 1935.
[26] Vgl. Front, 69/22. 3. 1935. Nationale Hefte, 1/April 1935, S. 72 f. Front, 58/10. 3. 1936. Ebenda, 62/14. 3. 1936. Nationale Hefte, 2/Mai 1936, S. 69. Hans Bolliger, Der Deutschschweizer usw., S. 55.
[27] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 61/13. 3. 1936.
[28] Vgl. Front, 59/11. 3. 1936.
[29] NZZ, 377/4. 3. 1934.
[30] Vgl. Grenzbote, 76/31. 3. 1936.
[31] Vgl. Front, 77/1. 4. 1936. Ferner: Ebenda, 74/28. 3. 1936. Front National, 23/4. 4. 1936.
[32] Front, 284/5. 12. 1936.
[33] Ebenda, 205/30. 10. 1934.
[34] Ebenda, 59/11. 5. 1934. Vgl. ferner: Ebenda, 126/30. 7. 1934.
[35] Emil Sonderegger, Ordnung im Staat, Bern 1933, S. 71 f.
[36] Front National, 28/9. 5. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 20/14. 3. 1936. Grenzbote, 111/13. 5. 1936. Nationale Hefte, 3/Juni 1937, S. 150.
[37] Vgl. Front National, 20/14. 3. 1936.
[38] Vgl. Monatshefte, 6/Sept. 1933, S. 234 f. Ferner: Ebenda, 3/Juni 1933, S. 145.
[39] Front, 64/17. 3. 1938.
[40] Grenzbote, 86/12. 4. 1938. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 11/12/Febr./März 1938, S. 516 ff. Front, 4/28. 1. 1943.
[41] Schaffh. Ztg., 61/15. 3. 1938.
[42] Vgl. NZZ, 926/23. 5. 1939. Landbote, 119/25. 5. 1939.
[43] Dominik Müller, Zwischen den Mächten, Basel 1939, S. 13.
[44] Siehe S. 247.
[45] Vgl. Front, 229/1. 10. 1938. Ferner: Ebenda, 210/9. 9. 1938. Ebenda, 215/15. 9. 1938. Dominik Müller, Zwischen den Mächten usw., S. 74.
[46] Vgl. Front, 220/21. 9. 1938. Ferner: Ebenda, 202/31. 8. 1938. Ebenda, 234/7. 10. 1938.
[47] Nationale Hefte, 7/Okt. 1938, S. 286 f.
[48] Basler Nachr., 269/30. 9. 1938.
[49] Ebenda, 277/8./9. 10. 1938.

50 Front, 229/1. 10. 1938.
51 Vgl. NZZ, 1700/27. 9. 1938.
52 Front, 240/14. 10. 1938.
53 NZZ, 1699/27. 9. 1938.
54 Vgl. Front, 77/1. 4. 1939.
55 Siehe S. 279.
56 Die Redaktion des «Grenzboten» befand sich an der Safrangasse in Schaffhausen.
57 Arb.-Ztg., 90/19. 4. 1939.
58 Vgl. Basler Nachr., 231/24. 8. 1939.
59 Vgl. NZZ, 1582/2. 9. 1939.
60 NZZ, 1588/4. 9. 1939.
61 Front, 207/6. 9. 1939. Vgl. ferner: Ebenda, 207/6. 9. 1939. Grenzbote, 31/1. 8. 1940.
62 Vgl. Front, 216/21. 9. 1939.
63 Vgl. Nationale Hefte, 7/Okt. 1939, S. 299.
64 St. Galler Tagbl., 286/20. 8. 1938.
65 Front, 195/23. 8. 1938.
66 Vgl. ebenda, 190/17. 8. 1938.
67 Ebenda, 198/26. 8. 1938.
68 Vgl. ebenda, 196/24. 8. 1938.
69 Basler Nachr., 314/14. 11. 1938.
70 Anzeiger vom Rhein, 133/11. 11. 1938.
71 Grenzbote, 264/11. 11. 1938.
72 Vgl. NZZ, 2015/16. 11. 1938.
73 Sudetenkrise
74 Front, 269/17. 11. 1938. Vgl. ferner: Dominik Müller, Zwischen den Mächten usw., S. 56.

4. Die Schweizer Presse und das Deutsche Reich

1 Vgl Front, 6/15. 9. 1933.
2 Vgl. ebenda, 63/16. 5. 1934.
3 Vgl. ebenda, 58/10. 3. 1936.
4 Vgl. Italo Balbo, Der Marsch auf Rom, in: Ebenda, Jan.–April 1935. GPU, Die Verschwörung gegen die Welt, in: Ebenda, April–Juli 1936. Roderich Vetter, Peter Künzli fährt ins Dritte Reich, in: Ebenda, Sept.–Okt. 1936 und Grenzbote, Nov.–Dez. 1936. Jakob Schaffner, Mit «Kraft durch Freude» durch Norwegen, in Front, Juli 1937.
5 Vgl. Zürcher Post, 183/6. 8. 1936.
6 Eine regelmäßig in der «Front» erscheinende Spalte.
7 Neue Zürcher Nachr., 65/17. 3. 1939. Vgl. ferner die Reproduktionen, in: Bruno Grimm, Das Ende der Nationalen Front, Zürich 1940, S. 38 f., 42 f.
8 Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF, Notiz v. März 1936.
9 Thurg. Ztg., 226/26. 9. 1934.
10 Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF, Verzeichnis der «Front»-Gratisabonnenten im Deutschen Reich, v. 22. 1. 1940. Auf dieser Liste figurierte u.a. die Redaktion des SS-Blattes «Schwarzes Korps» in Berlin.
11 Vgl. ebenda, Vertrag v. Sept. 1938, Briefe aus den Jahren 1938 und 1942. – Anfangs 1938 besaß die «Front» in 42 deutschen Städten und in einigen Ortschaften außerhalb

des Deutschen Reichs zahlende Abonnenten. Unter diesen figurierten der Zentralverlag der NSDAP und die Sudetendeutsche Partei. Vgl. ebenda, Verzeichnis der «Front»-Abonnenten im Ausland.

[12] Vgl. ebenda, Brief v. 12. 7. 1941 mit handschriftlichem Änderungsvermerk der Administration der «Front». – Die Inserate sind erschienen, in: Front, 28/17. 7. 1941 und 29/24. 7. 1941.

[13] Vgl. Eiserner Besen, 27/7. 4. 1933. Ferner: Front, 72/26. 3. 1936. Ebenda, 182/8. 8. 1936.

[14] Vgl. Zürcher Post, 110/12. 5. 1934.

[15] Vgl. Schweizer Republ. Bl., 43/19. 5. 1934.

[16] Vgl. Nationale Hefte, 10/Jan. 1936, S. 447 f. Front, 284/5. 12. 1936. Ferner: Ebenda, 156/6. 9. 1934. Ebenda, 83/8. 4. 1936. Robert Tobler, in: Schreibm.-Prot. NR 1938, S. 113, Sitzung v. 8. 6. 1938.

[17] Nationale Hefte, 10/Jan. 1936, S. 479.

[18] Vgl. Front, 61/13. 3. 1936. Ebenda, 64/17. 3. 1938. Ebenda, 223/24. 9. 1938.

[19] Vgl. ebenda, 119/25. 5. 1936. Ferner: Ebenda, 112/15. 5. 1936.

[20] NZZ, 890/24. 5. 1936.

[21] Vgl. NZZ, 87/17. 1. 1934.

[22] Vgl. Front, 109/10. 7. 1934. Nationale Hefte, 10/Jan. 1936, S. 480. Ferner: Hans Bolliger, Der Deutschschweizer usw., S. 28.

[23] Siehe Front, 108/9. 7. 1934. Ferner: Ebenda, 118/20. 7. 1934.

[24] Siehe Anm. 20. Ferner: Gaz. de Laus., 18/19. 1. 1934.

[25] Vgl. Front, 80/4. 5. 1935.

[26] Grenzbote. 75/30. 3. 1935.

[27] Vgl. NZZ, 592/5. 4. 1935.

[28] Siehe Anm. 27. Ferner: NZZ, 605/7. 4. 1935. Gaz. de Laus., 120/1. 5. 1935.

[29] Grenzbote, 30/6. 2. 1936. Vgl. ferner: Front, 30/6. 2. 1936. Ebenda, 31/7. 2. 1936. Alfred Zander, Schweizerische Eidgenossenschaft und Reich, 1. Aufl., Stuttgart 1937, S. 7.

[30] Vgl. BR-Pressebericht, S. 30 f.

[31] NZZ, 279/18. 2. 1936.

[32] Gaz. de Laus., 38/8. 2. 1936.

[33] Vgl. Front, 41/19. 2. 1936.

[34] Vgl. ebenda, 268/17. 11. 1936.

[35] Vgl. Wolfgang Diewerge, Der Fall Gustloff, München 1936, S. 8 f., 10, 26, 59, 83.

[36] Vgl. ebenda, S. 113.

[37] Vgl. ebenda, S. 59.

[38] Vgl. ebenda, S. 61 ff.

[39] Zürcher Post, 273, 19. 11. 1936.

[40] Front, 62/14. 3. 1936. Vgl. ferner: Hans Bolliger, Der Deutschschweizer usw., S. 55 f.

[41] Vgl. Front, 177/31. 7. 1937. Ferner: Nationale Hefte, 7/Okt. 1938, S. 285, 312. Hans Bolliger, Der Deutschschweizer usw., S. 54, 56. – Später wurde dann diese These abgeschwächt. Vgl. Front, 289/10. 12. 1938.

[42] Vgl. BR-Pressebericht, S. 124 ff.

[43] NZZ, 682/15. 4. 1938. Vgl. ferner: Vaterland, 33/8. 2. 1936. William E(mmanuel) Rappard, L'Individu et l'Etat en Suisse, Zurich 1939, S. 15 f. Karl Weber, Schweizerische Pressepolitik, Bern 1939, S. 6.

44 Neue Schweizer Rundschau, 9/Jan. 1939, S. 536.
45 Siehe unsere Ausführungen im Zusammenhang mit der «Eingabe der 200», S. 44 ff. Die Thesen der Nationalen Front zur Pressepolitik haben denn auch jener Petition geistig den Weg bereitet, worüber sich allerdings nicht alle Unterzeichner Rechenschaft ablegten.
46 Vgl. Karl Weber, Die Schweiz im Nervenkrieg, Stäfa 1948, S. 34.
47 Front, 43/21. 2. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 48/26. 2. 1938.
48 Siehe Anm. 26. Ferner: Prot. KR ZH 1935–1939, S. 452, Sitzung v. 4. 11. 1935. Front, 223/24. 9. 1938. Ebenda, 251/27. 10. 1938. Nationale Hefte, 7/Okt. 1938, S. 287.
49 Siehe Anm. 46.
50 Zit. nach Karl Weber, Die Schweiz usw., S. 170. – Weitere deutsche Druckversuche gegen die Schweiz und ihre Presse schildert Weber auf S. 168 f., 184 ff., 197 f. – Willy Bretscher hat auf die Haltlosigkeit der Blutschuldthese hingewiesen, als er am 1. 7. 1940 in einer Sitzung des Verwaltungskomitees der NZZ erklärte: «Bravheit und Freundlichkeit (der Presse) hat in der jüngsten Vergangenheit kein Land vor dem Angriff und vor der Okkupation bewahrt.» Exposé der Chefredaktion, S. 6. Denselben Standpunkt vertrat Albert Oeri an einer Konferenz vom 28. 8. 1940 im Hause eines Zürcher Finanzmannes (mdl. Mitteilung von Peter Dürrenmatt, der der Konferenz beiwohnte und anschließend Notizen darüber machte).
51 Vgl. Gerd H(elmut) Padel, Die politische Presse usw., S. 118.
52 Vgl. Rolf Henne, Die Rolle der Schweiz usw., S. 10 f. Front, 179/5. 8. 1936.
53 Front, 243/16. 10. 1937. Vgl. ferner: Front National, 31/30. 5. 1936. Front, 52/4. 3. 1937. Ebenda, 269/16. 11. 1937.
54 Näheres darüber in den Kapiteln: Bekenntnis zum «neuen Europa», Bekenntnis zum «neuen Deutschland», «Hakenkreuzzug»?, Preisgabe der Neutralität?, S. 347 ff., 353 ff., 358 ff., 362 ff.

5. Frontisten im Deutschen Reich

1 Front 1/29. 8. 1933. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 42/21. 7. 1933. Voix Nationale, 1/oct. 1933.
2 Siehe S. 80.
3 Siehe S. 248.
4 Zit. nach: Arb.-Ztg., 264/9. 11. 1934. – Der Satz ist in der im Schreibmaschinen-Protokoll des Nationalrates wiedergegebenen Rede Bringolfs nicht enthalten.
5 Vgl. Grenzbote, von 234/13. 11. 1934 bis 263/17. 12. 1934.
6 Vgl. Gr-A. SH, U des BzR SH v. 19. 8. 1935, S. 14 f., 17. U des OGr v. 13. 3. 1936, S. 9.
7 Vgl. Grenzbote, 98/24. 8. 1933. Der Eidgenosse, 17/1. 9. 1933. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 22.
8 Gaz. de Laus., 235/24. 8. 1933.
9 Vgl. Front, 12/15. 1. 1935.
10 Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF.
11 Vgl. Voix Nationale 9/juin 1934.
12 NZZ, 377/4. 3. 1934. Vgl. ferner die Vernehmlassung des RR BS, v. 9. 6. 1939, S. 10 f., in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 17. 11. 1939.
13 Vgl. Gaz. de Laus., 18/19. 1. 1934. Ebenda, 22/23. 1. 1934. Trib. de Genève, 21/26. 1. 1934.

[14] Vgl. Basler Nachr., 21/22. 1. 1934.
[15] National-Ztg., 56/3. 2. 1934. Vgl. ferner: Luzerner Tagbl., 18/22. 1. 1934.
[16] NZZ, 112/21. 1. 1934. – Die unter den Anmerkungen 13 bis 16 angeführten Zitate richteten sich gegen die Auslandsektionen der Schweizer Faschisten und des Bundes Nationalsozialistischer Eidgenossen, finden indessen sinngemäß Anwendung auch auf die Auslandschweizergruppen der Nationalen Front.
[17] Vgl. Basler Nachr., 26/27./28. 1. 1934.
[18] Vgl. NZZ, 97/18. 1. 1934. NZZ, 141/25. 1. 1934.
[19] Vgl. National-Ztg., 211/10. 5. 1935.
[20] Vgl. Grenzbote, 57/18. 4. 1934. Front, 244/14. 12. 1934.
[21] Vgl. Landbote, 251/27. 10. 1937.
[22] Vgl. Front, 244/18. 10. 1937. Ebenda, 248/22. 10. 1937.
[23] Der Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen und die Schweizerische Faschistische Bewegung waren inzwischen eingegangen.
[24] NZZ, 1907/24. 10. 1937.
[25] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 137/14. 6. 1934.
[26] Vgl. Gaz. de Laus., 189/10. 7. 1934.
[27] Vgl. NZZ, 1211/5. 7. 1934.
[28] Vgl. Schweiz. Republ. Bl., 10/6. 10. 1934.
[29] Vgl. ABl SH 1934, S. 737.
[30] Vgl. NZZ, 1582/4. 9. 1934.
[31] Vgl. Front, 112/13. 7. 1934.
[32] Vgl. BzGr-A. ZH, U der 7. Abt. v. 24. 6. 1935.
[33] Bund, 440/21. 9. 1936.
[34] Nationale Hefte, 1/April 1936, S. 28.
[35] Vgl. Front, 217/18. 9. 1936. Ferner: Nation, 27/1. 7. 1937.
[36] Vgl. Front, 194/22. 8. 1938.
[37] Neue Berner Ztg., 279/27. 11. 1937.
[38] Prot. KR ZH 1935–1939, S. 816, Sitzung v. 2. 3. 1936.
[39] Zit. nach: Landbote, 187/13. 8. 1938. Vgl. ferner: Schreibm.-Prot. NR 1938, S. 232, Sitzung v. 12. 6. 1938.
[40] Vgl. Grenzbote, 111/13. 5. 1938.
[41] Nach einer Mitteilung der Stuttgarter Zeitung «Neues Tagblatt». Zit. nach: Arb.-Ztg., 111/12. 5. 1938.
[42] Siehe Anm. 40.
[43] Schaffh. Int.-Bl., 102/3. 5. 1938.
[44] NZZ, 550/28. 3. 1938.
[45] Siehe S. 198 ff.
[46] Vgl. Brief des R. B. an Dr. H. F., v. 8. 1. 1936, in: BzGr-A. ZH, Akten zum U der 1. Abt. v. 11. 10. 1934.
[47] Vgl. RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 39, 52, 90. Ferner: Walther Bringolf, Mein Leben, usw., S. 186, 283.
[48] Inf. der Woche, 30/28. 7. 1942.
[49] Laut Meldungen der deutschen Zeitungen «Beobachter», «Angriff», «Neues Tagblatt». Vgl. Gaz. de Laus., 218/7. 8. 1933.
[50] So die «Kölner Illustrierte Zeitung» in ihrer Ausgabe v. 1. 8. 1933. Vgl. Neue Aarg. Ztg., 181/5. 8. 1933.

[51] Schweiz. Republ. Bl., 43/19. 5. 1934.
[52] Vgl. Nation, 29/15. 7. 1937.
[53] Front, 2/1. 9. 1933.
[54] Ebenda, 143/22. 6. 1939.
[55] Vgl. ebenda, 19/31. 10. 1933.

6. Geld und Instruktionen aus dem Deutschen Reich

[1] Vgl. Henri Ernst, Hitler over Europe, New York 1934, S. 165. – Der Satz lautet im Original: «This party is called 'Die Nationale Front' ..., it draws upon the ideas and the money of the German Nazis.»
[2] Bund, 373/13. 8. 1934. Vgl. ferner: Ernst Schürch, Hitler-Deutschland und wir Deutschschweizer, Bern 1934, S. 6.
[3] Vgl. die Zeugenaussage Hügels vor Bundesstrafgericht, in: NZZ, 986/22. 5. 1947. Ferner: von Bibras hartes Urteil über die Unfähigkeit der Frontenführer, zit. in: Alice Meyer, Anpassung oder Widerstand, Frauenfeld 1965, S. 172.
[4] Siehe S. 136.
[5] Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF. – Es kann sich bei diesen Zahlen nur um ungefähre Größenangaben handeln. Sie wurden aus einigen Quartalsabrechnungen der Gau- an die Landeskasse ermittelt.
[6] Vgl. ebenda, Genossenschaft Nationaler Front-Verlag. – Anhand der vorhandenen Anteilscheine sind 11 Genossenschafter, die ein Kapital von 22700.— Fr. zeichneten, nachweisbar. Über die Herkunft der restlichen 4200.— Fr. läßt sich nichts aussagen. An der Generalversammlung v. 11. 12. 1937 verzichteten 3 Genossenschafter auf ihr Guthaben von total 16900.— Fr. Damit verminderte sich das Genossenschaftskapital von 26900.— Fr. auf 10000.— Fr. Die übrigen Genossenschafter stimmten der Herabsetzung ihrer Anteilscheine von 100.— Fr. auf 50.— Fr. zu, was nochmals eine Reduktion des Genossenschaftskapitals auf 5000.— Fr. zur Folge hatte. Diese Maßnahme läßt auf mangelnde Rendite des Verlags schließen.
[7] Vgl. ebenda, Genossenschaft Liegenschaft «Freudenfels».
[8] Vgl. ebenda, Genossenschaft Druckerei «Freudenfels». – Das Genossenschaftskapital von 50000.— Fr. entspricht 100 Anteilscheinen à 500.— Fr., doch sind lediglich die Besitzer von 29 Anteilscheinen (14500.— Fr.) nachweisbar. – Die Schaffhauser «Arbeiter-Zeitung» publizierte einmal eine Liste teils namentlich erwähnter, teils unbekannter Spender der Nationalen Front, die zusammen den Betrag von 141000.— Fr. gestiftet hatten. Vgl. Arb.-Ztg., 133/9. 6. 1937.
[9] Bund, 311/7. 7. 1933.
[10] Vgl. Volksrecht, 179/1. 8. 1936. Arb.-Ztg., 178/1. 8. 1936.
[11] National-Ztg., 383/8. 8. 1936.
[12] Vgl. die Aussage Eiseneggers vor dem Schaffhauser Obergericht, in: Gr-A. SH, Akten zum U das OGr v. 6. 5. 1938.
[13] Siehe Anm. 10.
[14] Vgl. Bührers Erklärung, in: Arb.-Ztg., 181/5. 8. 1936.
[15] Schaffh. Int.-Bl. 190/15. 8. 1936.
[16] Siehe S. 276.
[17] Vgl. NZZ, 1343/5. 8. 1936. Schaffh. Int.-Bl., 182/6. 8. 1936. Basler Nachr., 214/6. 8. 1936. Neue Berner Ztg., 183/6. 8. 1936. Vaterland, 185/7. 8. 1936. Gaz. de Laus.,

219/7. 8. 1936. – Demgegenüber verteidigten Bührers Handlungsweise: Zürcher Post, 182/5. 8. 1936. National-Ztg., 360/6. 8. 1936.

18 Front, 177/3. 8. 1936.

19 Vgl. Schweiz. Republ. Bl., 2/8. 8. 1936. Ferner: NZZ, 1331/3. 8. 1936.

20 Vgl. Gr-A. SH, U des OGr v. 6. 5. 1938, S. 10.

21 Gr-A. SH, U des BzR v. 25. 10. 1937, S. 13 f.

22 Front, 179/5. 8. 1936.

23 Siehe S. 217 ff.

24 Vgl. NZZ, 1382/12. 8. 1936.

25 Schaffh. Int.-Bl., 191/17. 8. 1936. Vgl. ferner: National-Ztg., 359/6. 8. 1936. NZZ, 1382/12. 8. 1936. Gaz. de Laus., 226/14. 8. 1936.

26 Glarner Nachr., 186/12. 8. 1936.

27 Gaz. de Laus., 219/7. 8. 1936.

28 Grenzbote, 194/20. 8. 1936.

29 Vgl. ebenda, 235/7. 10. 1936.

30 Vgl. Schaffh. Bauer, 242/15. 10. 1936.

31 Vgl. ABl SH 1935, S. 1112. Ebenda, 1936, S. 973.

32 Vgl. Zürcher Post, 246/19. 10. 1936.

33 Front, 206/3. 9. 1937. Vgl. ferner: Robert Tobler, in: Schreibm.-Prot. NR 1937, S. 307 f., Sitzung v. 15. 12. 1937.

34 Es handelte sich um den Prozeß vor dem Berner Polizeigericht um die «Protokolle der Weisen von Zion». Siehe S. 156 f.

35 Sie wurden zuerst in der «Berner Tagwacht» veröffentlicht und machten dann die Runde durch die gesamte Schweizerpresse. Vgl. Berner Tagwacht, 223/24. 9. 1937 und 224/25. 9. 1937. Das Berner Obergericht erhielt Einblick in die Originaldokumente. Auszüge derselben gab es in einem Urteil im Wortlaut wieder. Die Zitate des Gerichtsurteils stimmen mit den Publikationen der «Berner Tagwacht» wörtlich überein. Vgl. OGr-A. BE, U v. 16. 3. 1938, S. 23–37.

36 Brief v. 2. 1. 1935. Siehe Anm. 35.

37 NZZ, 1759/1. 10. 1937. – Die Briefe waren an Fleischhauer gerichtet. Siehe Anm. 35.

38 OGr-A. BE, U v. 16. 3. 1938, S. 43.

39 Brief des ehemaligen Berner Gaukassiers der Nationalen Front an Fleischhauer, v. 5. 6. 1936. Siehe Anm. 35. – Der Gaukassier trat aus der Nationalen Front aus, als er zum Filialleiter des «Weltdienstes» in der Schweiz avancierte und damit, wie er selbst bezeugte, «Agent des Dritten Reichs» wurde. «Diesem Austritt ... kommt aber praktisch keine ... Bedeutung zu, da ... erwiesen ist, daß» der Gaukassier «auch nach seinem formellen Austritt aus der Nationalen Front mit den Führern der Nationalen Front ... in engster Aktionsgemeinschaft stand.» NZZ, 2115/23. 11. 1937.

40 Brief des Berner Gauführers der Nationalen Front an einen «Front»-Redaktor, Mitglied des zürcherischen Kantonsrates, v. 2. 3. 1935. Siehe Anm. 35.

41 OGr-A. BE, U v. 16. 3. 1938, S. 44.

42 Brief des Berner Gauführers an seinen Gau-«Pressechef», v. 21. 2. 1935. Siehe Anm. 35.

43 Front, 228/29. 9. 1937. Vgl. ferner: Ebenda, 95/25. 4. 1935.

44 Brief des ehemaligen Berner Gaukassiers an Fleischhauers Stellvertreter in Erfurt, v. 23. 6. 1935. Siehe Anm. 35.

45 Vgl. NZZ, 2115/23. 11. 1937. NZZ, 620/6. 4. 1938. Hans Vonwyl, Ein Schweizer erlebt Deutschland, Zürich 1938, S. 147.

46 Arb.-Ztg., 230/30. 9. 1937. Vgl. ferner: U des Strafamtsgerichts Bern, v. 4. 4. 1938, S. 6.
47 Siehe Anm. 37.
48 Näheres darüber auf S. 331 f.
49 Siehe S. 54.
50 Vgl. Beobachter, 22/30. 11. 1937. – Die Nummer gelangte schon am 23. 11. 1937 zur Verteilung. Ferner: Bund, 548/23. 11. 1937. National-Ztg., 552/27. 11. 1937.
51 Vgl. Front, 273/20. 11. 1937. Ebenda, 278/26. 11. 1937. Ebenda, 279/27. 11. 1937.
52 Vgl. die Antwort des Bundesrates auf eine Kleine Anfrage Tobler, in: Schreibm.-Prot. NR 1938, Anlage Nr. 6, Dez.-Session 1938. – Wenn auch in der Antwort des Bundesrates nur von «Frontisten» die Rede war, die Weisungen aus Erfurt entgegengenommen hatten, und nicht ausdrücklich von Mitgliedern der Nationalen Front, so mußten doch unter den Empfängern von Instruktionen aus Erfurt Nationalfrontisten figurieren, standen doch der Berner Gauführer, sein «Pressechef» und sein ehemaliger Gaukassier sowie Friedrich Eisenegger und Alfred Zander, der Hauptpropagandist der Freimaurerinitiative im Abstimmungskampf, in Kontakt mit dem «Weltdienst». Wahrscheinlich hat auch ein Mitglied der Nationalen Front an der Sitzung vom 22. 9. 1935 im Berner Ratskeller teilgenommen, die unter dem Präsidium des stellvertretenden Leiters des «Weltdienstes» stand und über das Vorgehen bei der Propagierung der Freimaurerinitiative beriet. Siehe Anm. 50. Ferner: S. 468, Anm. 31.
53 NZZ, 2121/24. 11. 1937.
54 Vgl. BGr-A., Strafr. U v. 20. 12. 1947. Walther Bringolf und Eduard von Steiger, Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, in: Schreibm.-Prot. NR 1948, S. 669 f., 678 f., Sitzung v. 25. 6. 1948. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, in: BBl 1948 III, S. 1015.
55 Vgl. Robert Toblers staatsrechtl. Beschwerde v. 27. 3. 1948, S. 23, in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 16. 7. 1948.
56 Vgl. die Zeugenaussagen des SS-Beamten Heinz von Klimburg vor Bundesstrafgericht, in: NZZ, 1011/27. 5. 1947.
57 Vgl. Hermann Büchi, Das Frontenproblem, in: Jahrb. NHG 1934, S. 27.

7. Frontistische Offiziere

1 Die Neue Generation, 20/1. 11. 1937.
2 Vgl. die Erklärung des EMD, in: Luzerner Tagbl., 32/7. 2. 1934.
3 Thurg. Ztg., 93/21. 4. 1934.
4 Zürcher Post, 84/11. 4. 1934.
5 Vgl. Allgem. Schweiz. Mil.-Ztg., 4/April 1934, S. 194 f.
6 Vgl. Bundesrat Minger, in: Schreibm.-Prot. NR 1935, S. 435 ff., Sitzung v. 18. 6. 1935.
7 Front, 262/8. 11. 1937.
8 Die Neue Generation, 21/15. 11. 1937.
9 Ebenda, 23/24/15. 12. 1937.
10 Vgl. Landbote, 122/28. 5. 1938.
11 Vgl. BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 17. 11. 1939.
12 Vgl. Landbote, 191/18. 8. 1939.
13 Vgl. U des Geschworenengerichts Bern-Mittelland v. 11. 7. 1939, S. 25 ff.

[14] Siehe S. 228.
[15] Vgl. Robert Briner, in: Prot. KR ZH 1935–1939, S. 2259, Sitzung v. 21. 11. 1938.
[16] Siehe S. 470 f., Anm. 21.
[17] Siehe S. 247.
[18] Luzerner Tagbl., 93/19. 4. 1940.
[19] Vgl. Prot. GR BS 1939/40, S. 214 f., Sitzung v. 25. 4. 1940.
[20] Vgl. ABl SH 1938, Prot. GR, S. 930 f., 939 ff., 954 ff., Sitzungen v. 14. 11. 1938, 21. 11. 1938.
[21] Vgl. Bericht des Generals an die BVers über den Aktivdienst 1939–1945, S. 213 ff.
[22] Siehe das Kap.: Frontisten als Landesverräter, S. 368 ff.

IV. Die Wandlung der Sozialdemokratie und deren Beurteilung durch die Nationale Front

1. Radikalisierte Sozialdemokratie

[1] Siehe S. 140 ff.
[2] Siehe S. 322 f.
[3] Für Einzelheiten verweisen wir auf die Zürcher Diss.: Benno Hardmeier, Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz, 1920–1945,Winterthur 1957, 2. Teil, S. 60 ff. Ferner auf die erst im Manuskript vorliegende Zürcher Diss.: Jann Etter, Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit, 1918–1939, 2. Teil.
[4] Vgl. Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1920, S. 1, 7 ff.
[5] Vgl. Rote Revue, 5/Jan. 1934, S. 143. Albert Picot, Souvenirs de quelques années difficiles de la république de Genève, 1931–1937, Genève 1963, S. 89 f.
[6] Vgl. Prot. KR ZH 1935–1939, S. 159, Sitzung v. 8. 7. 1935.
[7] Arb.-Ztg., 180/4. 8. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 67/21. 3. 1933.
[8] Vgl. NZZ, 1698/21. 9. 1933.

2. Rückkehr zur Demokratie

[1] Vgl. Berner Tagwacht, 85/11. 4. 1933.
[2] Ernst Nobs, in: Rote Revue, 5/Jan. 1929, S. 154. Vgl. ferner: Arthur Schmid, in: Ebenda, 5/Jan. 1934, S. 139. Emil J(akob) Walter, in: Ebenda, 7/März 1934, S. 204.
[3] Max Weber, Die Gewerkschaften zu den Korporationen und Fronten, Bern 1933, S. 18.
[4] Hugo Jordi, Demokratischer Sozialismus, Zürich 1952, S. 26, 28, 79, mißt dem mäßigenden Einfluß der Gewerkschaften große Bedeutung bei. Vgl. in diesem Zusammenhang die Resolution des Schweiz. Gewerkschaftsbundes vom 9. 6. 1933, in: Volksrecht, 135/12. 6. 1933 sowie die Ausführungen Max Webers in: Die Gewerkschaften usw., S. 23.
[5] Schaffh. Int.-Bl., 5/7. 1. 1938. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 255/13. 9. 1933. Bund, 522/8. 11. 1934.
[6] Volksrecht, 93/21. 4. 1933. Vgl. ferner: Ernst Reinhard, Landesverteidigung?, Bern 1933, S. 56.
[7] Volksrecht, 82/6. 4. 1933. Vgl. ferner: Rote Revue, 9/Mai 1934, S. 259 f.

[8] Berner Tagwacht, 250/25. 10. 1933.
[9] Ebenda, 53/5. 3. 1934. Vgl. ferner: Volksrecht, 3/4. 1. 1934.
[10] Nation, 9/2. 3. 1934. Vgl. ferner: Zürcher Post, 51/29. 2. 1936.
[11] Arb.-Ztg., 263/9. 11. 1935.
[12] Landbote, 31/6. 2. 1937.
[13] Volksrecht, 200/26. 8. 1936.
[14] Max Weber, in: Nation, 37/10. 9. 1936.
[15] Volksrecht, 214/11. 9. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 261/6. 11. 1937.
[16] Berner Tagwacht, 60/13. 3. 1933. Vgl. ferner: Ebenda, 85/11. 4. 1933.
[17] Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1935, S. 28 f.
[18] Vgl. ebenda, S. 24.
[19] Vgl. Volksrecht, 18/19. 1. 1936. Ebenda, 26/1. 2. 1937.
[20] Walther Bringolf, Perspektiven der sozialistischen Bewegung, Schaffhausen 1940, S. 21.
[21] Volksrecht, 79/6. 4. 1937.
[22] Ebenda, 80/7. 4. 1937.
[23] Rolf Henne, in: Front, 109/11. 5. 1935. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 46/18. 8. 1933. Front, 31/7. 4. 1934.
[24] Vom 26./27. 1. 1935. Siehe S. 304.
[25] Front, 26/31. 1. 1935. Vgl. ferner: Ebenda, 53/3. 5. 1934. Ebenda, 195/18. 10. 1934.
[26] Front, 26/2. 2. 1937. Vgl. ferner: Eiserner Besen, 37/16. 6. 1933. Ebenda, 40/7. 7. 1933.
[27] Front, 91/20. 4. 1938. Vgl. ferner: Ebenda, 73/27. 3. 1935. Ebenda, 98/29. 4. 1936. Ebenda, 231/4. 10. 1938.
[28] Ebenda, 26/31. 1. 1935. Vgl. ferner: Monatshefte, 9/Dez. 1933, S. 448.
[29] Rolf Henne, in: Ebenda, 109/11. 5. 1935. Vgl. ferner: Front National, 19/17. 3. 1936.
[30] Robert Tobler, in: Nationale Hefte, 4/5/Juli/Aug. 1934, S. 247. Vgl. ferner: Front, 256/3. 11. 1936.
[31] Mehr zu schaffen machte den Sozialisten die Konkurrenz der Kommunisten, da die extreme Linke den Sozialdemokraten nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch im gewerkschaftlichen Sektor das Wasser abzugraben versuchte. Der Absprung einiger Genossen war nicht zu verhindern: 1934 erklärte der zürcherische Parteisekretär Ernst Walter seinen Austritt, und 1939 wurden die Nicole-Sozialisten in Genf in die Verbannung geschickt. Diese Verluste wurden durch den Beitritt der Schaffhauser Kommunistischen Parteiopposition im Jahre 1935 einigermaßen wettgemacht.

3. Bejahung der Landesverteidigung

[1] Arbeitsprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1924, in: Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1920, S. 12.
[2] Volksrecht, 47/24. 2. 1933.
[3] Berner Tagwacht, 250/25. 10. 1933.
[4] Ebenda, 272/20. 11. 1933 und 273/21. 11. 1933.
[5] Vgl. Volksrecht, 300/21. 12. 1933. Ferner: Rote Revue, 5/Jan. 1934, S. 150 ff.
[6] Vgl. Berner Tagwacht, 17/22. 1. 1934.
[7] Rote Revue, 3/Nov. 1934, S. 88.
[8] Front, 8/10. 1. 1935. Vgl. ferner: Ebenda, 14/16. 2. 1934.
[9] Siehe S. 304.

10 Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1935, S. 30 f. – Der Abschnitt fährt dann fort: «Die Sozialdemokratische Partei .. bekämpft die Verwendung der Armee als Werkzeug der herrschenden Klassen gegen die für ihre Existenz ringenden Volksmassen.»
11 Vgl. Berner Tagwacht, 22/28. 1. 1935.
12 NZZ, 163/28. 1. 1935.
13 Neue Berner Ztg., 23/28. 1. 1935. Vgl. ferner: Vaterland, 26/31. 1. 1935.
14 Volksrecht, 29/4. 2. 1935.
15 Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1939, S. 405.
16 Friedrich Schneider hatte diesen Standpunkt vertreten. Vgl. Rote Revue, 5/Jan. 1935, S. 164 ff.
17 Volksrecht, 126/30. 5. 1936.
18 Vgl. Volksrecht, 132/8. 6. 1936.
19 Vgl. Berner Tagwacht, 132/9. 6. 1936.
20 Vgl. StenB NR 1936, S. 1032, Sitzung v. 9. 6. 1936. – Im Ständerat stimmten alle drei Sozialdemokraten der Vorlage zu. Vgl. StenB StR 1936, S. 346, Sitzung v. 19. 6. 1936.
21 StenB NR 1936, S. 974, Sitzung v. 4. 6. 1936.
22 Ebenda, S. 990, Sitzung v. 4. 6. 1936.
23 Walther Bringolf. Mein Leben, usw., S. 167.
24 Vgl. Volksrecht, 95/24. 4. 1939.
25 Volksrecht, 79/6. 4. 1937.
26 Zit. nach: Neue Berner Ztg., 226/26. 9. 1934.
27 Vgl. Front, 178/28. 9. 1934. Ebenda, 182/3. 10. 1934. Ebenda, 33/8. 2. 1935. Ebenda, 101/1. 5. 1937. Ebenda, 69/23. 3. 1938. Ebenda, 277/26. 11. 1938.

4. Nationaler Zusammenschluß

1 Siehe S. 25 f.
2 Vereinbarung in der Maschinen- und Metallindustrie, v. 19. 7. 1937. Zit. nach: Jakob Fritschi, Handbuch der Schweiz. Arbeitnehmerverbände, Zürich 1951, S. 272.
3 Front, 170/23. 7. 1937.
4 Ebenda, 104/5. 5. 1938.
5 Schaffh. Int.-Bl., 106/7. 5. 1938.
6 Zit. nach: Ebenda, 184/9. 8. 1937. Vgl. ferner: Freiheit, 162/14. 7. 1937. Ebenda, 166/19. 7. 1937. Ebenda, 171/25. 7. 1937.
7 Schaffh. Int.-Bl., 184/9. 8. 1937.
8 Vgl. Gewerkschaftl. Rundschau, 1/Jan. 1937, S. 2 ff. Ferner: Nation, 42/15. 10. 1936.
9 Vgl. Berner Tagwacht, 293/14. 12. 1936. Ebenda, 25/1. 2. 1937.
10 Vgl. Hans Oprecht, Der Zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, Zürich 1941, S. 8.
11 Vgl. NZZ, 1886/2. 11. 1936.
12 Vaterland, 260/5. 11. 1936.
13 Vgl. NZZ, 271/15. 2. 1937.
14 Ostschweiz, 570/7. 12. 1936. Vgl. ferner: Ebenda, 106/4. 3. 1937.
15 Vgl. Vaterland, 251/26. 10. 1936.
16 Vgl. Basler Nachr., 43/13./14. 2. 1937. Ferner: Gaz. de Laus., 46/16. 2. 1937.
17 Vgl. Basler Nachr., 355/26./27. 12. 1936.

[18] Markus Feldmann, in: Neue Berner Ztg., 62/15. 3. 1937.
[19] Vgl. ebenda, 101/1. 5. 1937.
[20] St.-A. SH, Liqu. NF, Flugbl. der Nationalen Front, OG Thun, Juni 1937.
[21] Grenzbote, 15/19. 1. 1937. Vgl. ferner: Front, 24/30. 1. 1937. Ebenda, 142/21. 6. 1937. Hans Alfred Wyß, in: Deutsche Rundschau, 4/Jan. 1937, S. 124.
[22] Vgl. Bund, 87/22. 2. 1937.
[23] Vgl. ebenda, 251/2. 6. 1937.
[24] Vgl. Walter Stucki, Die politische Lage und unsere Aufgabe, (Bern 1937), S. 6 ff. Schaffh. Int.-Bl., 118/24. 5. 1937.
[25] Vgl. Basler Nachr., 147/1. 6. 1937.
[26] NZZ, 925/24. 5. 1937.
[27] Siehe Anm. 25.
[28] Siehe Anm. 23.
[29] National-Ztg., 314/12. 7. 1937.
[30] Vgl. ebenda, 240/29. 5. 1937.
[31] Neue Berner Ztg., 243/16. 10. 1937.
[32] NZZ, 1031/8. 6. 1937. Vgl. ferner: Gaz. de Laus., 147/28. 5. 1937.
[33] Siehe Anm. 23.
[34] Trib. de Genève, 125/30./31. 5. 1937.
[35] Ebenda, 130/5. 6. 1937. Siehe ferner: Anm. 25.
[36] Vgl. Bund, 318/12. 7. 1937.
[37] NZZ, 1212/5. 7. 1937.
[38] Vgl. Nation, 29/15. 7. 1937. Ferner: Berner Tagwacht, 163/16. 7. 1937.
[39] Vgl. Vaterland, 173/26. 7. 1937.
[40] Volksrecht, 198/25. 8. 1937.
[41] Siehe Anm. 31. Ferner: NZZ, 1897/22. 10. 1937.
[42] Vgl. Front, 119/25. 5. 1937. Ebenda, 121/27. 5. 1937. Ebenda, 124/31. 5. 1937. Ebenda, 128/4. 6. 1937. Ebenda, 155/6. 7. 1937. Ebenda, 158/9. 7. 1937. Ebenda, 162/14. 7. 1937.
[43] Front, 145/24. 6. 1937. Vgl. ferner: Nationale Hefte, 3/Juni 1937, S. 144.
[44] StenB NR 1938, S. 151, Sitzung v. 21. 3. 1938.
[45] Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1939, S. 405.
[46] Vgl. Neue Berner Ztg., 80/4. 4. 1938.
[47] Front, 83/8. 4. 1938. Vgl. ferner: Ebenda, 74/29. 3. 1938.
[48] Arb.-Ztg., 76/31. 3. 1938.
[49] Vgl. StenB NR 1938, S. 647, Sitzung v. 24. 6. 1938.
[50] Schaffh. Int.-Bl., 152/2. 7. 1938.
[51] Front, 155/6. 7. 1938.
[52] Ebenda, 166/19. 7. 1938.
[53] Siehe Anm. 45.
[54] Bund, 138/23. 3. 1938. Vgl. ferner: Ebenda, 142/25. 3. 1938.
[55] Gaz. de Laus., 95/5. 4. 1938.
[56] Vgl. Volksrecht, 289/8. 12. 1938.
[57] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 292/13. 12. 1938.
[58] Vgl. Bund, 582/13. 12. 1938. Ebenda, 585/14. 12. 1938.
[59] Gaz. de Laus., 348/14. 12. 1938. Vgl. ferner: Trib. de Genève, 290/10. 12. 1938.
[60] Schaffh. Int.-Bl., 296/17. 12. 1938.

[61] Vgl. Vaterland, 291/12. 12. 1938. – Diese Vermutung findet ihre Bestätigung in einer hübschen Anekdote, die Paul Schmid-Ammann in seiner Klöti-Biografie erzählt. Nach der Feier zu Ehren des neuen Bundesrates seien einige Waadtländer Nationalräte bei ihrer Heimkehr in einem Lausanner Tram Oberstkorpskommandant Henry Guisan begegnet und hätten ihm zugerufen, sie hätten soeben die Wahl Klötis zum Bundesrat verhindert. Darauf habe ihnen Guisan geantwortet: «Ce n'est pas la chose la plus intélligente que vous avez faite.» Vgl. Paul Schmid-Ammann, Emil Klöti, Zürich 1965, S. 237.
[62] Vgl. Schreibm.-Prot. BVers 1938, S. 54, Sitzung v. 15. 12. 1938.
[63] Volksrecht, 291/10. 12. 1938.
[64] Front, 294/16. 12. 1938.
[65] Rote Revue, 5/Jan. 1939, S. 148. Vgl. ferner: Berner Tagwacht, 300/21. 12. 1938.
[66] Rote Revue, 4/Dez. 1938, S. 112.
[67] Vgl. Bund, 568/5. 12. 1934.
[68] Siehe S. 15 f.

V. Niedergang

[1] Siehe S. 243 f.
[2] Rote Revue, 12/Aug. 1933, S. 397 f. Vgl. ferner: Nation, 21/22. 5. 1936. Neue Berner Ztg., 155/4. 7. 1936. Gaz. de Laus., 138/19. 5. 1937. Ernst Schürch, Neue Bewegungen und neue Ziele, Luzern 1937, S. 5. – Spätestens seit dem Sommer 1935 ging es mit der Nationalen Front und den übrigen Erneuerungsbewegungen abwärts und nicht «erst nach der Einverleibung Österreichs und der Tschechoslowakei», wie Dürrenmatt annimmt. Vgl. Peter Dürrenmatt, Schweizer Geschichte, 1. Aufl., Bern 1957, S. 810. Ebenda, 2. Aufl., Zürich 1963, S. 664.
[3] Vgl. Front, 98/29. 4. 1936. Ebenda, 141/19. 6. 1937.
[4] Vgl. ebenda, 164/16. 7. 1937.
[5] Vgl. ebenda, 180/4. 8. 1937.
[6] Ebenda, 228/1. 10. 1936.
[7] Nationale Hefte, 11/12/Febr./März 1938, S. 515.
[8] Siehe S. 235.
[9] Vgl. Front, 119/25. 5. 1936.
[10] Siehe S. 284 ff.
[11] Vgl. Front, 42/20. 2. 1937. Ebenda, 68/23. 3. 1937.
[12] Vgl. ebenda, 52/4. 3. 1937.
[13] Siehe S. 116.
[14] Volksrecht, 52/3. 3. 1937.
[15] Schaffh. Int.-Bl., 106/7. 5. 1938.
[16] Front, 169/22. 7. 1939. Vgl. ferner: Ebenda, 147/27. 6. 1936.
[17] St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des C. W. B., Pfäffikon/ZH, an den «Front»-Verlag v. 21. 12. 1937.
[18] Vgl. Arb.-Ztg., 57/9. 3. 1943.
[19] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 257/2. 11. 1936. Arb.-Ztg., 257/2. 11. 1936. Grenzbote, 257/2. 11. 1936. – Die Prozentzahlen wurden aus den durchschnittlichen Kandidatenstimmenzahlen der verschiedenen Parteigruppierungen ermittelt.
[20] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 269/16. 11. 1936. Arb.-Ztg., 269/16. 11. 1936. Grenzbote, 269/16. 11. 1936.

[21] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 281/30. 11. 1936.
[22] Vgl. Schaffh. Bauer, 111/13. 5. 1936. Ferner: Grenzbote, 286/15. 12. 1936.
[23] Siehe S. 225.
[24] Arb.-Ztg., 287/7. 12. 1936.
[25] Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 269/16. 11. 1936. – Bei den anschließenden Bürgerratswahlen kamen die Frontisten doch noch zum Zug, indem es ihnen mit bürgerlicher Unterstützung gelang, zwei Vertreter in den 15-köpfigen Stadtbürgerausschuß zu entsenden. Vgl. Schaffh. Int.-Bl., 299/21. 12. 1936.
[26] Vgl. Neue Aarg. Ztg., 62/15. 3. 1937.
[27] Vgl. GemR-Wahlen 1938, in: Zürcher Stat. Nachr., 4/Okt./Dez. 1937. S. 298, 319.
[28] Zürichsee-Ztg., 66/21. 3. 1938.
[29] Vgl. Basler Nachr., 325/26. 11. 1937.
[30] Siehe S. 290 f.
[31] Diese Feststellung nahm Bezug auf eine Konferenz vom 22. 9. 1935 in Bern unter dem Vorsitz des stellvertretenden Leiters des Erfurter «Weltdienstes», die das Vorgehen der Frontisten bei der Propagierung der Freimaurer-Initiative beriet und zu der auch Henne eingeladen war. Henne bestritt dann, an dieser Tagung teilgenommen zu haben, was jedoch nicht die Beteiligung eines anderen Vertreters der Nationalen Front ausschloß. Letzteres ist um so wahrscheinlicher, als der Landesführer sein Dementi nur auf seine Person, nicht aber auf die Bewegung bezog. Vgl. Bund, 548/23. 11. 1937. Front, 279/27. 11. 1937.
[32] Neue Zürcher Nachr., 274/24. 11. 1937.
[33] Vgl. Stat. Jahrb. der Schweiz 1939, S. 405.
[34] National-Ztg., 564/4. 12. 1937. Vgl. ferner: Bund, 557/29. 11. 1937.
[35] Trib. de Genève, 281/30. 11. 1937.
[36] Vgl. Front, 19/24. 1. 1939.
[37] Siehe das Kap.: Nationalsozialismus, S. 196 ff.
[38] Front, 141/20. 6. 1936.
[39] Vgl. ebenda, 307/31. 12. 1937.
[40] Vgl. ebenda, 19/24. 1. 1938. – Es dürften noch andere Gründe beim Rücktritt des Landesführers mitgespielt haben. So soll Henne, der im Begriffe stand, sich zu verehelichen, vor die Alternative «Front oder Frau?» gestellt worden sein. Der Schaffhauser Korrespondent der «Neuen Zürcher Nachrichten» wußte darüber zu berichten: «In Schaffhausen zirkulierte schon seit Wochen das Gerücht, Landesführer Dr. Henne werde von der Leitung der Front zurücktreten und zwar nicht, weil er nicht die nötige Unterstützung seitens seiner Partei erhalte, sondern weil er im Begriffe sei, sich zu verloben, und weil der Herr Schwiegerpapa seine Einwilligung nur gegeben habe, wenn der Herr Schwiegersohn sich der Politik enthalte... Demnach hätte die Liebe den Weg der Politik gekreuzt und den Sieg davongetragen.» Neue Zürcher Nachr., 24/29. 1. 1938.
[41] Siehe S. 78 f.
[42] Front, 70/24. 3. 1938.
[43] Ebenda, 71/25. 3. 1938.
[44] Ebenda, 72/26. 3. 1938.
[45] Siehe S. 148 f.
[46] Front, 68/22. 3. 1938.
[47] Gaz. de Laus., 105/15. 4. 1938.

[48] Front, 107/9. 5. 1938.
[49] Schaffh. Int.-Bl., 108/10. 5. 1938.
[50] Siehe Anm. 44.
[51] Front, 76/31. 3. 1938.
[52] Ebenda, 155/6. 7. 1938.
[53] Siehe Anm. 44.
[54] Siehe die auf S. 260 ff. erwähnte Stellungnahme der Nationalen Front zur Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei sowie zu den Judenpogromen vom November 1938.
[55] Front, 228/30. 9. 1938. Siehe auch die auf S. 257, 354 f. zitierten ähnlichen Thesen der Nationalen Front bzw. Eidgenössischen Sammlung.
[56] Vgl. ebenda, 160/12. 7. 1939.
[57] Vgl. Nationale Hefte, 1/April 1939, S. 48.
[58] Schweizerdegen, 1/25. 6. 1938.
[59] Robert Tobler, in: Schreibm.-Prot. NR 1939, S. 198, Sitzung v. 12. 6. 1939.
[60] Siehe S. 343.
[61] Robert Tobler, an einem Schulungskurs des Jahres 1940. Zit. nach: RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 87.
[62] Front, 270/18. 11. 1938.
[63] Vgl. BGr-A., Strafr., U v. 4. 6. 1947, S. 12 und U v. 20. 12. 1947, S. 9 und U v. 3. 7. 1948, S. 3 f. BR-Bericht nationalsoz. Schweizer, BBl III 1948, S. 1011.
[64] Siehe S. 353 f.
[65] Siehe S. 279 f.
[66] Mündliche Aussagen von Augenzeugen verschiedener politischer Couleur und das Verhalten des Betreffenden selbst deuten darauf hin, daß sich der Zürcher Gauführer Ernst Brandenberger von allem Anfang an der nationalsozialistischen Doktrin widersetzt hatte. Seine 1938 öffentlich bekundete Absage an die Ideenwelt des Dritten Reichs dürfte daher ehrlich gemeint und in guten Treuen erfolgt sein. Dasselbe läßt sich dagegen nicht von Robert Tobler, Carl Meyer und den andern Frontenführern sagen, die nach wie vor im Kielwasser des deutschen Nationalsozialismus segelten.
[67] Siehe Anm. 44.
[68] Vgl. ABl ZH 1939, S. 224 ff.
[69] Vgl. KR-Wahlen 1939 in der Stadt Zürich, in: Zürcher Stat. Nachr., 1/Jan./März 1939, S. 39 f. NZZ, 587/2. 4. 1939.
[70] Front, 92/21. 4. 1939.
[71] Ebenda, 169/22. 7. 1939.
[72] Ebenda, 222/2. 10. 1939.
[73] NZZ, 1733/3. 10. 1939.
[74] Vgl. Arb.-Ztg., 125/31. 5. 1937.
[75] Vgl. Front, 83/10. 4. 1937.
[76] Vgl. ebenda, 287/28. 12. 1939. Ferner: Ebenda, 205/2. 9. 1939.
[77] Arb.-Ztg., 304/28. 12. 1939.
[78] Schaffh. Int.-Bl., 303/27. 12. 1939.
[79] Front, 10/5. 3. 1940.
[80] NZZ, 327/4. 3. 1940.
[81] Bruno Grimm, Das Ende usw., S. 36.

Fünfter Abschnitt:

Die Nationale Front während des Zweiten Weltkrieges

I. Ein neuer Frontenfrühling?

[1] Willy Bretscher, Die Schweiz im veränderten Europa, Rorschach 1940, S. 4.
[2] Georges Rigassi, in: Gaz. de Laus., 166/17. 6. 1940.
[3] Grenzbote, 30/26. 7. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 29/19. 7. 1940.
[4] Vgl. ebenda, 35/30. 8. 1940.
[5] Ebenda, 29/19. 7. 1940.
[6] Ebenda, 42/17. 10. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 29/19. 7. 1940.
[7] Vgl. ebenda, 26/28. 6. 1940. Ferner: Anm. 4.
[8] Siehe Anm. 5.
[9] Siehe ebenda, 28/12. 7. 1940.
[10] Ebenda, 25/21. 6. 1940.
[11] Front, 53/31. 12. 1940.
[12] Grenzbote, 27/5. 7. 1940.
[13] Vgl. Willy Bretscher, Zur Erinnerung an Theodor Gut, in: Theodor Gut, Reden und Schriften, Zürich 1954, S. 19.
[14] Vgl. Robert Tobler, Staatsrechtl. Beschwerde v. 27. 3. 1948, S. 12 f., in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 16. 7. 1948.
[15] Siehe Anm. 4. Ferner: Front, 20/21. 5. 1941.
[16] Siehe Anm. 11.
[17] Siehe Anm. 12. Ferner: Arb.-Ztg., 175/27. 7. 1940.
[18] Wenn in der Folge von der Eidg. Sammlung die Rede ist, so sind die andern Gruppen stillschweigend miteingeschlossen. – Die Nationale Opposition wahrte eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den beiden andern Bewegungen, doch war sie auch so noch eng mit ihnen verbunden. Ihre Führer arbeiteten mit den Leitern der Eidg. Sammlung und der Nationalen Gemeinschaft zusammen, waren Mitarbeiter der «Front» und machten dort auch Propaganda für die Nationale Opposition. Vgl. zahlreiche «Front»-Nummern der Jahre 1941 und 1942 sowie an den Bundesrat gerichtete Eingaben und Beschwerdeschriften der drei Bewegungen aus der gleichen Zeit.
[19] Grenzbote, 37/13. 9. 1940. Vgl. ferner: Front, 48/28. 11. 1940.
[20] St.-A. SH, Liqu. NF, Flugbl. der Eidg. Sammlung, undatiert.
[21] Vgl. ebenda, Prot. der ordentl. Generalversammlung der Genossenschaft Nationaler Front-Verlag, v. 16. 5. 1942. Hier werden folgende Abonnentenzahlen angeführt:

	«Front»	«Grenzbote»	Total
1. Januar 1940	1421	662	2083
1. Januar 1941	1739	518	2257
1. Januar 1942	2860	666	3526

Ein Teil der Absatzsteigerung dürfte auf vermehrten Export der Zeitungen nach Deutschland zurückzuführen sein.

Zwei prominenten Mitgliedern der früheren Nationalen Front konnte man allerdings in den neuen Organisationen nicht mehr begegnen. Es waren dies Paul Lang, der sich

von seinen frontistischen Kameraden abgesetzt hatte, und Ernst Brandenberger, der wahrscheinlich froh war, als Truppenkommandant Aktivdienst leisten zu können, um auf diese Weise Distanz zu seiner ehemaligen Frontentätigkeit zu gewinnen. Vgl. St.-A. ZH, M 14 g 43 (2), Prot. der Kommission des KR zur Beratung des RR-Berichtes zur Motion Schmid, 1945/46, S. 2, Sitzung v. 19. 1. 1946. Ferner: Mdl. Mitteilungen von Dr. Werner Meyer.

23 Siehe S. 75, 81 f.

24 Grenzbote, 24/16. 6. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 42/17. 10. 1940.

25 Ebenda, 37/13. 9. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 31/1. 8. 1940. Robert Tobler, Die Schweiz und Europa, Vortrag v. 25. 10. 1940. in: Inf. der Woche, 7/10. 1. 1941, S. 21.

26 Siehe Anm. 10. Ferner: Grenzbote, 40/4. 10. 1940. – Diese Forderung deckt sich mit einem Programmpunkt der ursprünglichen Fassung der «Eingabe der 200». Siehe S. 45.

27 Robert Tobler, in: Grenzbote, 29/19. 7. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 38/29. 9. 1940.

28 Front, 42/17. 10. 1940. Vgl. ferner: Grenzbote, 31/1. 8. 1940. Ebenda, 35/30. 8. 1940.

29 Grenzbote, 40/4. 10. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 39/27. 9. 1940. Ebenda, 42/17. 10. 1940. Robert Tobler, Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 22.

30 Vgl. Grenzbote, 34/23. 8. 1940.

31 Ebenda, 42/17. 10. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 26/28. 6. 1940.

32 Front, 50/17. 12. 1942. Siehe ferner: Anm. 10. Grenzbote, 37/13. 9. 1940. Front, 44/31. 10. 1940.

33 Carl Meyer, in: Vortrag v. 30. 3. 1941 in Zürich. Zit. nach: Gr-A. SH, U des BzR SH v. 20. 5. 1943, S. 22. Vgl. ferner: Grenzbote, 29/19. 7. 1940. St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des F. S., Zürich-Altstetten, an die Druckerei «Freudenfels», v. 5. 1. 1943.

34 Die Tat, 271/16./17. 11. 1940.

II. Bekenntnis zum «neuen Europa»

1 Grenzbote, 15/12. 4. 1940.

2 Ebenda, 37/13. 9. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 35/30. 8. 1940.

3 Ebenda, 30/26. 7. 1940. Vgl. ferner: Front, 44/31. 10. 1940. Ebenda, 53/31. 12. 1940.

4 Grenzbote, 35/30. 8. 1940. Vgl. ferner: (Werner Meyer), Beschwerdeschrift gegen die Verfügung ... v. 15. 2. 1941 betr. Verbot der Zeitungen «Front» und «Grenzbote», (Schaffhausen 1941), S. 7 f.

5 Vgl. Robert Tobler, Eingabe an die BVers, Juni 1942, in: Bund, 255/4. 6. 1942 und Basler Nachr., 152/6./7. 6. 1942. Ferner: Grenzbote, 42/17. 10. 1940. Front, 12/26. 3. 1942.

6 Rede eines «Front»-Redaktors vor der Eidg. Sammlung, Basel. Zit. nach: National-Ztg., 370/13. 8. 1942.

7 Basler Nachr., 152/6./7. 6. 1942.

8 Bund, 367/7. 8. 1940. Vgl. ferner: Walter Allgöwer, Nationaler Widerstand, Aarau 1940, S. 27. (Willy Bretscher), Exposé der Chefredaktion an der Sitzung v. 1. 7. 1940 des Verwaltungskomitees der NZZ, S. 4.

9 Front, 2/16. 1. 1941. Vgl. ferner: Grenzbote, 18/4. 5. 1940.

10 Vgl. Grenzbote, 30/26. 7. 1940. Ferner: Ebenda, 21/24. 5. 1940.

11 Ebenda, 25/21. 6. 1940.

[12] Siehe Anm. 1.
[13] Front, 53/31. 12. 1940. Vgl. ferner: Grenzbote, 29/19. 7. 1940.
[14] Carl Meyer in einer Rede v. 30. 3. 1941 an der Landsgemeinde der Eidg. Sammlung in Zürich. Zit. nach: Amtl. beglaubigter Auszug aus dem Rapport der Zürcher Stadtpolizei, in: Gr-A. SH, Akten zum U des BzR v. 20. 5. 1943.
[15] Grenzbote, 30/26. 7. 1940. Vgl. ferner: Front, 2/16. 1. 1941.
[16] Siehe S. 18, 167, 175 f., 178, 196 f., 246.
[17] Flugbl. der Eidg. Sammlung. Zit. nach: Inf. der Woche, 30/2. 7. 1941, S. 11 f.
[18] Front, 27/10. 7. 1941. Vgl. ferner: Werner Meyer, Die Schweiz in Europa, (Zürich 1941), S. 8, 19.
[19] Front, 4/30. 1. 1941.
[20] Vgl. Resolution der Landestagung der Eidg. Sammlung v. 30. 3. 1941, in: Front, 19/16. 5. 1941.
[21] Vgl. (Werner Meyer), Beschwerdeschrift, usw., v. 15. 2. 1941, S. 7.
[22] Zit. nach: NZZ, 1319/13. 9. 1940. – Gegen die Auffassung des Bundespräsidenten hat Hans Hausammann in einem glänzenden Plädoyer Stellung genommen. Vgl. Büro Ha, Politische Betrachtungen, v. 16. 9. 1940.
[23] Zit. nach: Inf. der Woche, 32/16. 7. 1941, S. 2.
[24] Front, 13/1. 4. 1942.
[25] Vgl. Grenzbote, 42/17. 10. 1940.
[26] Front, 1/9. 1. 1941.
[27] St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des W. H., Neuhausen, an die Druckerei «Freudenfels», v. 10. 3. 1942. Vgl. ferner: (Werner Meyer), Beschwerdeschrift usw., v. 15. 2. 1941, S. 6 f.
[28] Siehe Anm. 23.
[29] Front, 36/11. 9. 1941. Vgl. ferner: Grenzbote, 25/21. 6. 1940. Ebenda, 31/1. 8. 1940. Ebenda, 37/13. 9. 1940. Front, 38/25. 9. 1941. Ebenda, 49/11. 12. 1941.
[30] Vgl. Front, 33/21. 8. 1941.
[31] Ebenda, 4/28. 1. 1943.
[32] Ebenda, 2/15. 1. 1942.
[33] Erwägungen der Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabs, in: Front, 7/18. 2. 1941.
[34] BGr-A., Staatsr., U v. 1. 2. 1943, S. 9. – Auch die Rekurskommission des Rechtsdienstes der Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabs stellte fest, die Eidg. Sammlung vollziehe eine «Identifizierung des Reichs mit Europa». Vgl. (Werner Meyer und Hermann Eisenhut), Beschwerdeschrift gegen den Entscheid ... v. 20. 5. 1942 betr. Verbot der Zeitungen «Front» und «Grenzbote», Schaffhausen 1942, S. 2.
[35] Grenzbote, 39/29. 9. 1940.
[36] Siehe Anm. 11. Ferner: Front, 53/31. 12. 1940.
[37] Front, 50/18. 12. 1941.
[38] Vgl. J. R. von Salis, in: Neue Schweizer Rundschau, 6/Okt. 1942, S. 338.
[39] Grenzbote, 24/14. 6. 1940.
[40] Front, 22/5. 6. 1941.
[41] Robert Tobler, Eingabe an die BVers, Juni 1942, a. a. O.
[42] Front, 20/21. 5. 1942.
[43] Zit. nach: Inf. der Woche, 41/30. 9. 1941.
[44] Siehe S. 247. Ferner das Kap.: Frontisten als Landesverräter, S. 368 ff.

45 Nationale Hefte, 12/März 1942, S. 582. – Die «Nationalen Hefte» waren seit dem März 1938 nicht mehr ein Organ der Nationalen Front und ihrer Tochterorganisationen, standen aber weiterhin allen Frontisten als Diskussionsforum zur Verfügung. Die Artikel, die hier aus den «Nationalen Heften» zitiert werden, stammen ausnahmslos von Männern, die sich an leitender Stelle in der Eidg. Sammlung, Nationalen Gemeinschaft oder Nationalen Opposition betätigten.

46 Zit. nach: RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 85.

47 Front, 45/13. 11. 1941. Vgl. ferner: Grenzbote, 30/26. 7. 1940.

48 Carl Meyer, in: Nationale Hefte, 9/Dez. 1944, S. 408 f.

49 Carl Meyer, Die Schweiz und Europa, Vortrag v. 25. 10. 1940, in: Inf. der Woche, 7/10. 1. 1941, S. 21.

50 Seine Anhänglichkeit an das Europa beherrschende Hitler-Deutschland hat Carl Meyer im Jahre 1941 mit den Worten bezeugt: «Wir schließen uns dem Ring von Gibraltar bis zum Nordkap an. Wenn man diesen Ring trifft, trifft man uns und wenn man uns trifft, trifft man diesen Ring.» Zit. nach: Amtl. beglaubigter Auszug aus dem Rapport der Zürcher Stadtpolizei über die Landsgemeinde der Eidg. Sammlung v. 30. 3. 1941 in Zürich, in: Gr-A. SH, Akten zum U des BzR v. 20. 5. 1943. – Noch im Jahre 1945 schrieb Carl Meyer, Hitlers Armeen verteidigten «die europäische Scholle mit ihrem Herzblut». Vgl. Nationale Hefte, 10/Jan. 1945, S. 430.

51 Inf. der Woche, 32/16. 7. 1941, S. 2.

52 Ernst Otto Maetzke, Die deutschschweizerische Presse zu einigen Problemen des Zweiten Weltkriegs, Diss. Tübingen 1955, S. 11 f. Vgl. ferner: Markus Feldmann, Zur Lage in der Schweiz an der Schwelle des vierten Kriegswinters, Bern 1942, S. 13 f.

53 Theodor Gut, Memorandum an den Bundesrat, v. 5. 1. 1942, in: Ders., Reden und Schriften usw., S. 193.

54 Neue Berner Ztg., 81/5. 4. 1941.

55 Johann Baptist Rusch, in: National-Ztg., 245/29. 5. 1943. Vgl. ferner: J. R. von Salis, Die Stellung der Schweiz in Europa, Zürich 1942, S. 21 f.

56 Werner Näf, in: Neue Schweizer Rundschau, 11/März 1942, S. 689. – Bedauerlicherweise hat dann die Schweiz in der Frage der Asylgewährung diesem Grundsatz zuwidergehandelt.

III. Bekenntnis zum «neuen Deutschland»

1 Grenzbote, 42/17. 10. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 28/12. 7. 1940.

2 St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des Schaffhauser Nationalfrontisten W. S. an die Druckerei «Freudenfels», v. 13. 6. 1941.

3 Vgl. Grenzbote, 29/19. 7. 1940.

4 Ebenda, 36/6. 9. 1940. Vgl. ferner: Robert Tobler, Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 20.

5 Robert Tobler, in: Grenzbote, 42/17. 10. 1940.

6 Ders., Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 18.

7 Front, 4/28. 1. 1943.

8 Ebenda, 20/21. 5. 1941.

9 Ebenda, 53/31. 12. 1940.

10 Robert Tobler, Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 18.

[11] Hans Kläui, in: Nationale Hefte, 1/April 1941, S. 29. Siehe auch die auf S. 257, 335 zitierten ähnlichen Thesen der Nationalen Front.
[12] Bund, 264/10. 6. 1941.
[13] Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des Dr. A.W. an Rolf Henne, v. 29. 9. 1940.
[14] Vgl. Inf. der Woche, 5/3. 2. 1942, S. 2.
[15] Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabs zum Verbot der «Front» und des «Grenzboten», in: Front, 7/18. 2. 1941.
[16] Ebenda, 1/4. 1. 1940.
[17] Arb.-Ztg., 14/17. 1. 1940.
[18] Vgl. BR-Pressebericht, S. 75 f.
[19] Grenzbote, 24/14. 6. 1940.
[20] Front, 44/31. 10. 1940.
[21] Vgl. Grenzbote, 26/28. 6. 1940. Ferner: Ebenda, 39/27. 9. 1940. Front, 23/12. 6. 1941. Ebenda, 19/13. 5. 1942.
[22] Grenzbote, 33/16. 8. 1940.
[23] Ebenda, 34/23. 8. 1940.
[24] Vgl. Bericht des Kommandanten der Flieger- und Flab-Truppen an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst, (Bern 1945), S. 29 ff.
[25] Grenzbote, 36/6. 9. 1940. Siehe ferner: Anm. 26.
[26] Grenzbote, 35/30. 8. 1940. Vgl. ferner: (Werner Meyer), Beschwerdeschrift usw., v. 15. 2. 1941, S. 6.
[27] Siehe Anm. 12. Ferner: Anm. 7. Front, 22/5. 6. 1941.
[28] St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des C. O., Winterthur, an die Druckerei «Freudenfels», v. 3. 9. 1941.
[29] (Werner Meyer), Beschwerdeschrift usw., v. 15. 2. 1941, S. 1 f.
[30] Front, 5/6. 2. 1941. Vgl. ferner: Ebenda, 3/23. 1. 1941.
[31] Siehe S. 291.

IV. «Hakenkreuzzug»?

[1] Front, 12/26. 3. 1942.
[2] Ebenda, 26/3. 7. 1941.
[3] Ebenda, 3/21. 1. 1943. Siehe ferner: Anm. 2.
[4] Ebenda, 48/4. 12. 1941.
[5] Siehe Anm. 2.
[6] Front, 30/31. 7. 1941.
[7] Siehe Anm. 2.
[8] Front, 28/17. 7. 1941.
[9] Siehe Anm. 2.
[10] Eingabe der Eidg. Sammlung an den Bundesrat, vom 5. 7. 1941, in: Akten der Bundesanwaltschaft. Ich verdanke diese Mitteilung Beat Glaus.
[11] Front, 27/10. 7. 1941.
[12] Ebenda, 16/23. 4. 1942. Siehe ferner: Anm. 8.
[13] Siehe Anm. 6. Ferner: Anm. 10. (Paul Mayer), Kassationsbeschwerde in Sachen Carl Meyer, Zürich 1948, S. 4.
[14] Siehe Anm. 10.

[15] Front, 7/19. 2. 1942.
[16] Vgl. ABl SH 1942, S. 37. Inf. der Woche, 4/20. 1. 1942, S. 1.
[17] Vgl. Inf. der Woche, 4/20. 1. 1942, S. 2.
[18] Siehe S. 216.
[19] Vgl. Inf. der Woche, 30/2. 7. 1941, S. 11.
[20] Gaz. de Laus., 191/11. 7. 1941. – Ähnliche Ausdrücke gegenüber den Machthabern des Dritten Reichs wären von der Pressezensur scharf geahndet worden.
[21] Basler Nachr., 170/24. 6. 1941.
[22] Neue Berner Ztg., 155/5. 7. 1941.
[23] National-Ztg., 340/26. 7. 1941. Vgl. ferner: Ebenda, 108/6. 3. 1943.

V. Preisgabe der Neutralität?

[1] Vgl. Grenzbote, 38/20. 9. 1940.
[2] Front, 20/21. 5. 1941.
[3] Vgl. ebenda, 43/24. 10. 1940. Ferner: (Werner Meyer und Hermann Eisenhut), Beschwerdeschrift usw., v. 20. 5. 1942, S. 5.
[4] Siehe Anm. 1.
[5] Front, 43/24. 10. 1940.
[6] Vgl. Front, 3/23. 1. 1941. – Zwar befaßten sich – vorübergehend – nicht nur die Frontisten mit dem Gedanken einer Preisgabe der Neutralität der Schweiz. In einer sonst gar nicht «anpasserisch» gehaltenen Erklärung zur Bundesratsersatzwahl vom Juli 1940 stellte die Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung die außenpolitische Maxime unseres Landes zur Diskussion. Zur gleichen Zeit wollte Bundespräsident Pilet-Golaz von juristischer Seite ein Gutachten darüber einholen lassen, «ob der Bundesrat kompetent sei, von sich aus die Neutralität aufzugeben». Doch waren solche Erwägungen eher Ausfluß einer momentanen Schwäche. Sie bedeuteten nicht – wie die Haltung der Eidg. Sammlung – eine prinzipielle Abkehr von der traditionellen Neutralitätspolitik des Landes. Vgl. Volksrecht, 168/19. 7. 1940. Büro Ha, Hans Hausammann, Offiziersbewegung 1940, S. 7.
[7] Grenzbote, 35/30. 8. 1940. Vgl. ferner: Ebenda, 42/17. 10. 1940.
[8] Carl Meyer in einem Zürcher Vortrag v. 23. 2. 1940. Vgl. Grenzbote, 10/5. 3. 1940.
[9] Vgl. Nationale Hefte, 4/5/Juli/Aug. 1940, S. 160. Front, 2/16. 1. 1941. Ebenda, 5/6. 2. 1941.
[10] Robert Tobler, Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 18.
[11] Front, 3/23. 1. 1941.
[12] Vgl. ebenda, 48/4. 12. 1941.
[13] Siehe Anm. 11.
[14] Bund, 541/17. 11. 1940.
[15] Front, 16/23. 4. 1942.
[16] Vgl. Carl Meyer, Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 5.
[17] Front, 27/10. 7. 1941. Vgl. ferner: Ebenda, 37/18. 9. 1941.
[18] Ebenda, 49/11. 12. 1941.
[19] Vgl. Inf. der Woche, 13/4. 3. 1941, S. 5.
[20] Front, 2/16. 1. 1941.
[21] Ebenda, 27/10. 7. 1941. Siehe ferner: Anm 1.

[22] Siehe Anm. 20. Ferner: Front, 12/26. 3. 1942.
[23] Vgl. Front, 48/4. 12. 1941.
[24] Vgl. ebenda, 11/19. 3. 1942. Ebenda, 40/8. 10. 1942.
[25] Vgl. AS 1939, S. 809. Neutralitätserklärung, v. 31. 8. 1939.
[26] Grunderlaß der Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabs, v. 8. 9. 1939, in: BR-Pressebericht, S. 237 ff.
[27] Vgl. NZZ, 1287/15. 8. 1942. – Mit der in der bundesrätlichen Antwort an die Frontisten enthaltenen Behauptung, die Neutralität sei in der schweizerischen Bundesverfassung verankert, setzt sich kritisch auseinander die erst im Manuskript vorliegende Diss.: Karl Flisch, Die Schweiz und der preußisch-österreichische Konflikt von 1866. Eine Untersuchung zur Geschichte der schweizerischen Neutralität.
[28] Zit. nach: Front, 45/7. 11. 1940.
[29] Vgl. ebenda, 7/18. 2. 1941.
[30] Vgl. Front, 13/1. 4. 1942. (Werner Meyer und Hermann Eisenhut), Beschwerdeschrift usw., v. 20. 5. 1942, S. 2 ff.
[31] Vgl. Front, 21/29. 5. 1942.
[32] Stuttgarter N. S.-Kurier, v. 3. 6. 1942. Zit. nach: Inf. der Woche, 24/16. 6. 1942, S. 8. – Weitere reichsdeutsche Stimmen zum Verbot der beiden Frontenblätter, in: Ebenda, 25/23. 6. 1942, S. 2 ff.
[33] Vgl. BR-Pressebericht, S. 283.
[34] Vgl. AS 1942, S. 741 ff., BRB über Straf- und Verfahrungsbestimmungen zum Schutze der Landesverteidigung und der Sicherheit der Eidgenossenschaft, v. 4. 8. 1942.

VI. Frontisten als Landesverräter

[1] Vgl. Basler Nachr., 29/30. 1. 1940.
[2] Vgl. AS 1940, S. 525 ff., Verordnung betr. Abänderung und Ergänzung des Militärstrafgesetzes, v. 28. 5. 1940.
[3] Vgl. Gaz. de Laus., 48/18. 2. 1942. – Walther Bringolf, Mein Leben usw., S. 320, erwähnt ein von der Gegenspionage abgehörtes Telefongespräch, in dem ein Freund zweier zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten frontistischen Landesverräter den Standpunkt vertrat, daß «in Anbetracht der kommenden Veränderungen die Freiheitsstrafe» der beiden «kurz sein» werde.
[4] Front, 39/1. 10. 1942. Vgl. ferner: Ebenda, 44/5. 11. 1942. Ebenda, 45/12. 11. 1942. Ebenda, 49/10. 12. 1942.
[5] Schaffh. Nachr., 235/7. 10. 1942.
[6] NZZ, 1782/8. 11. 1942. Vgl. ferner: Volksrecht, 232/3. 10. 1942.
[7] Vgl. Neue Berner Ztg., 257/2. 11. 1942.
[8] National-Ztg., 220/16. 5. 1942.
[9] Front, 20/21. 5. 1942.
[10] Vgl. Inf. der Woche, 21/26. 5. 1942.
[11] Siehe Anm. 9.
[12] Nation, 22/4. 6. 1942.
[13] Front, 7/19. 2. 1942.
[14] Die im folgenden angeführten Beispiele erheben nicht Anspruch auf Vollständigkeit.
[15] Vgl. NZZ, 349/27. 2. 1937.

16 Vgl. U des Strafamtsgerichts Bern, v. 4. 4. 1938 in Sachen Widerhandlung gegen Art. 2 des BB betr. Schutz und Sicherheit der Eidgenossenschaft, v. 21. 6. 1935.
17 Vgl. RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 210.
18 Vgl. Bericht des Generalstabschefs über den Aktivdienst, Nachtrag Nr. 2, (Bern 1946), S. 510.
19 Vgl. ebenda, S. 508.
20 Vgl. NZZ, 310/1. 3. 1940. Arb.-Ztg., 53/2. 3. 1940.
21 Vgl. Front, 8/26. 2. 1942.
22 Vgl. ABl SH 1942, Prot. GR, S. 1596, Sitzung v. 30. 11. 1942.
23 Siehe Anm. 9.
24 Vgl. NZZ, 1065/8. 7. 1943. Bericht des Generaladjutanten der Armee über den Aktivdienst, (Bern 1945), S. 247.
25 Volksrecht, 159/10. 7. 1943.
26 Siehe Anm. 22. Arb.-Ztg., 281/1. 12. 1942.
27 Siehe S. 86.
28 Vgl. NZZ, 2403/4. 12. 1947. NZZ, 2424/6. 12. 1947. NZZ, 2482/12. 12. 1947. NZZ, 2511/15. 12. 1947. BGr-A., Strafr., U v. 20. 12. 1947, S. 18 f., 98, 101, 125 f., 138 f., 144 f., 183. NZZ, 2579/22. 12. 1947.
29 Vgl. NZZ, 1526/27. 9. 1942. NZZ, 528/1. 4. 1943. NZZ, 728/6. 5. 1943. Bericht des Generaladjutanten usw., S. 254.
30 Communiqué der BVers. Zit nach: Schaffh. Nachr., 265/11. 11. 1942.
31 Vgl. NZZ, 1555/1. 10. 1942. NZZ, 2049/15. 12. 1942. NZZ, 528/1. 4. 1943. NZZ, 489/22. 3. 1944.
32 Vgl. Bund, 314/9. 7. 1943. National-Ztg., 315/10. 7. 1943. Prot. KR ZH 1943–1945, S. 152, 190, Sitzungen v. 19. 7. 1943 und 6. 9. 1943.
33 Vgl. Polizeidirektor Theodor Scherrer, in: ABl SH 1945, Prot. GR, S. 746 f., Sitzung v. 18. 6. 1945. Ferner: Prot. GStadtR SH 1945–1948, S. 62, Sitzung v. 15. 6. 1945.
34 Volksrecht, 283/2. 12. 1942.
35 Vgl. OGr-A. SH, U des BzR SH, v. 18. 3. 1943, S. 8, 14. U des OGr, v. 9. 7. 1943, S. 10 f. BGr-A., Strafr., U v. 22. 10. 1943, S. 8 f.
36 Zit. nach: Karl Weber, Die Schweiz im Nervenkrieg, Stäfa 1948, S. 271.
37 NZZ, 750/28. 4. 1934.

VII. Die Behörden schreiten ein

1 Vgl. Karl Weber, Die Schweiz usw., S. 271.
2 Vgl. AS 1940, S. 1171 f., BRB über die Kontrolle der politischen Versammlungen, v. 9. 7. 1940.
3 Polizeidirektor Robert Briner, in: Prot. KR ZH 1939–1943, S. 741, Sitzung v. 9. 12. 1940. – Die Maßnahme dürfte auf den auf S. 363 zitierten Ausspruch Toblers zurückzuführen sein.
4 Vgl. Front, 17/30. 4. 1942.
5 Vgl. ebenda, 16/23. 4. 1942.
6 Vgl. ebenda, 26/1. 7. 1943.
7 Vgl. ebenda, 6/12. 2. 1942. Ferner: Ebenda, 4/29. 1. 1942.
8 Vgl. National-Ztg., 370/3. 8. 1942. RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe, S. 91.

[9] Vgl. Front, 49/10. 12. 1942. Schaffh. Nachr., 21/26. 1. 1943.
[10] Siehe S. 346.
[11] Zit. nach: Front, 24/19. 6. 1941. Vgl. ferner: BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 69.
[12] Vernehmlassung des RR BS, v. 9. 6. 1939, S. 18, in: BGr-A., Staatsr., Akten zum U v. 17. 11. 1939.
[13] Vgl. Sammlung der Gesetze und Beschlüsse für den Kt. BS, 1938–1940, S. 124 f.
[14] Vgl. ebenda, 1938–1940, S. 207.
[15] BGr-A., Staatsr., U v. 17. 11. 1939, S. 12, 14 f.
[16] Vgl. Sammlung der Gesetze usw., 1938–1940, S. 695 f. Ferner: Ebenda, 1941–1942, S. 448 f. Ebenda, 1943–1945, S. 23 f.
[17] Text der Motion, in: ABl SH 1938, Prot. GR, S. 930 f., Sitzung v. 14. 11. 1938.
[18] Vgl. ABl SH 1938, Prot. GR, S. 939 ff., 954 ff., Sitzungen v. 14. 11. 1938 und 21. 11. 1938. – Der Motionär verwies auf das Vorgehen des Kantons Basel-Stadt.
[19] Vgl. ABl SH 1940, Prot. GR, S. 277 ff., Sitzung v. 16. 3. 1940.
[20] Vgl. Prot. GStadtR SH, 1937–1940, S. 136 ff., Sitzung v. 3. 2. 1939.
[21] Im Zürcher Gemeinderat war schon im Jahre 1934 von sozialistischer Seite eine das gleiche Ziel verfolgende Anregung eingereicht worden. Auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission des Rates und in Übereinstimmung mit dem Stadtrat war ihr dann aber keine Folge gegeben worden. Vgl. Prot. GemR ZH, 1934–1938, S. 335 f., 341, 350 f., 500. NZZ, 881/17. 5. 1934. NZZ, 973/31. 5. 1934. NZZ, 1022/17. 6. 1934. NZZ, 1725/27. 9. 1934.
[22] Siehe S. 278.
[23] Vgl. ABl SH 1942, Prot. GR, S. 1596 f., Sitzung v. 30. 11. 1942.
[24] Vgl. Arb.-Ztg., 264/12. 11. 1942. Ferner: ABl SH 1942, Prot. GR, S. 1591, Sitzung v. 30. 11. 1942.
[25] Vgl. ABl SH 1942, Prot. GR, S. 1534, Sitzung v. 21. 11. 1942.
[26] Vgl. ABl SH 1942, Prot. GR, S. 1587 ff., Sitzung v. 30. 11. 1942. – Mit 42 gegen 12 Stimmen war zuvor ein Ordnungsantrag abgelehnt worden, den Antrag Bringolf nicht zur Abstimmung zu bringen, da der Rat zu einem solchen Beschluß im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung nicht zuständig sei.
[27] Vgl. Mitteilungen des ErzR. in: Front, 10/11. 3. 1943.
[28] Vgl. Grenzbote, 42/17. 10. 1940. Bericht des politischen Dienstes der Kantonspolizei an die Polizeidirektion des Kantons Schaffhausen, v. 17. 10. 1940, in: Gr-A. SH, Akten zum U des KGr v. 20. 5. 1943.
[29] Der Bezirksrichter verwies u.a. auf die auf S. 346 erwähnte Drohung Meyers. Vgl. Schaffh. Nachr., 119/22. 5. 1943.
[30] Carl Meyer, Die Schweiz und Europa, a. a. O., S. 13.
[31] Vgl. Schaffh. Nachr., 119/22. 5. 1943. Die Gerichtsberichterstattung in den «Schaffhauser Nachrichten», auf die die Anmerkungen 28 und 30 verweisen, stimmt mit dem Urteil des Bezirksrichters genau überein. Vgl. Gr-A. SH, U des BzR SH v. 20. 5. 1943.
[32] Vgl. Arb.-Ztg., 112/13. 5. 1944 und 113/15. 5. 1944. Die beiden Zeitungsnummern publizieren einen wortgetreuen Auszug aus dem Urteil des Kantonsgerichts. Vgl. Gr-A. SH, U des KGr v. 24. 3. 1944.
[33] Vgl. Prot. KR ZH 1939–1943, S. 2365 ff., Sitzung v. 29. 3. 1943. St.-A. ZH, III Ee 22, Bericht der Subkommission des ErzR an den ErzR zur Behandlung der Motion Heeb, v. 15. 11. 1943. Ebenda, UU 2: 94, 95, Prot. ErzR, 1943, 1944. ABl ZH 1944, S. 414 ff., Bericht und Antrag des RR zur Motion Heeb, v. 15. 6. 1944.

[34] Vgl. St.-A. ZH, III Ee 22, Bericht der Untersuchungskommission für das Unterseminar an die Erziehungsdirektion, v. 20. 12. 1944 und Bericht der Untersuchungskommission an den RR, v. 20. 8. 1945. Ebenda, UU 2: 95, 96, Prot. des ErzR, 1944, 1945. ABl ZH 1945, S. 1333 ff., Bericht und Antrag des RR zur Motion Schmid, v. 29. 11. 1945. St.-A. ZH, M 14 g 43 (12), Prot. der Kommission des KR zur Beratung des RR-Berichts zur Motion Schmid, 1945/46. Prot. KR ZH 1945–1947, S. 2295 ff., Sitzung v. 1. 4. 1946.

VIII. Das Ende

[1] Front, 11/19. 3. 1942.
[2] Vgl. ebenda, 19/13. 5. 1942.
[3] Brief des Vorstehers des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes an die Eidg. Sammlung, v. 5. 5. 1942. Zit. nach: Front, 19/13. 5. 1942.
[4] Vgl. NZZ, 723/7. 5. 1942.
[5] Siehe Anm. 2.
[6] Siehe Anm. 2. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 69.
[7] Vgl. Front, 40/8. 10. 1942. Siehe auch S. 365.
[8] Siehe Anm. 1. Ferner: Resolution der Landestagung v. 30. 3. 1941, in: Front, 19/16. 5. 1941.
[9] Zit. nach: Bund, 259/7. 6. 1942.
[10] Vgl. Berner Tagwacht, 69/24. 3. 1942. Bund, 259/7. 6. 1942.
[11] Thurg. Ztg., 74/28. 3. 1942.
[12] Basler Nachr., 152/6./7. 6. 1942. Vgl. ferner: Bund, 255/4. 6. 1942.
[13] Vgl. BS I, S. 87 f., BB über Maßnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität, v. 30. 8. 1939.
[14] Zit. nach: NZZ, 1287/15. 8. 1942.
[15] NZZ, 1287/15. 8. 1942.
[16] Siehe Anm. 12.
[17] Vgl. National-Ztg., 135/21./22. 3. 1942. Schreibm.-Prot. NR 1943, März-Session, Anlage Nr. 31.
[18] Vgl. NZZ, 1998/9. 12. 1942.
[19] StenB NR 1942, S. 288, Sitzung v. 9. 12. 1942.
[20] Ebenda, S. 311, Sitzung v. 10. 12. 1942.
[21] Vgl. ebenda, S. 313, Sitzung v. 10. 12. 1942.
[22] Front, 3/21. 1. 1943.
[23] Siehe S. 343.
[24] Front, 52/31. 12. 1942.
[25] Ebenda, 18/6. 5. 1943.
[26] Vgl. Prot. KR ZH 1943–1945, S. 189, Sitzung v. 6. 9. 1943.
[27] Vgl. ebenda, 1939–1943, S. 1973 f., Sitzung v. 2. 11. 1942.
[28] St.-A. SH, Liqu. NF, Brief des «Front»-Verlags an F. P., Bülach, v. 27. 5. 1941.
[29] Ebenda, Brief der Druckerei «Freudenfels» an K. W., Wangen a. d. Aare, v. 17. 4. 1941.
[30] Ebenda, Brief des S. H., Littau/LU an den «Front»-Verlag, v. 12. 4. 1941.
[31] Front, 23/10. 6. 1943. Vgl. ferner: Ebenda, 24/17. 6. 1943.

[32] Siehe S. 363 f.
[33] Front, 22/2. 6. 1943.
[34] Ebenda, 24/19. 6. 1941.
[35] Vgl. AS 1943, S. 539 f., BRB über die Auflösung der Eidgenössischen Sammlung und der Nationalen Gemeinschaft, v. 6. 7. 1943.
[36] Vgl. AS 1942, S. 1252. BRB über die Auflösung der Nationalen Opposition, v. 29. 12. 1942.
[37] Vgl. BR-Geschäftsbericht 1942, S. 188. 8. BR-Vollmachtenbericht, v. 7. 5. 1943, in: BBl 1943, S. 389. 9. BR-Vollmachtenbericht, v. 2. 11. 1943, in: BBl 1943, S. 999 f. BR-Bericht antidemokr. Tätigk., S. 72 f., 75.
[38] Zit. nach: NZZ, 1063/7. 7. 1943.
[39] Vgl. NZZ, 1068/8. 7. 1943.
[40] Schaffh. Nachr., 158/9. 7. 1943.
[41] Vgl. Büro Ha, Bericht v. 15. 7. 1943 an die Nachrichtenabteilung des Armeekommandos.
[42] Vgl. AS 1943, S. 806, Verfügung I des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes betr. die Auflösung von Organisationen der Eidgenössischen Sammlung und der Nationalen Gemeinschaft, v. 7. 10. 1943.
[43] Vgl. St.-A. SH, Liqu. NF, RRB v. 28. 1. 1944.
[44] Vgl. ebenda, BR-Entscheid v. 4. 7. 1944.
[45] National-Ztg., 322/16. 7. 1943.

IX. Nachwehen

[1] Vgl. Berner Tagwacht, 291/12. 12. 1942. NZZ, 36/6. 1. 1943 und 41/7. 1. 1943 und 47/8. 1. 1943 und 50/9. 1. 1943. Volksrecht, 8/11. 1. 1943. NZZ, 68/12. 1. 1943.
[2] Vgl. Arb.-Ztg., 236/7. 10. 1940.
[3] Vgl. Hans Zopfi, Aus sturmerfüllter Zeit, Affoltern a. A., 1954, S. 159.
[4] Vgl. Schaffh. Bauer, 154/3. 7. 1940. Ebenda, 184/7. 8. 1940. Ebenda, 249/22. 10. 1940. Ebenda, 48/27. 2. 1941. Ebenda, 87/16. 4. 1941. Ebenda, 114/17. 5. 1941. Ebenda, 253/29. 10. 1941. Ebenda, 276/25. 11. 1941.
[5] Vgl. ebenda, 307/31. 12. 1942.
[6] Vgl. Gr-A. SH, U des BezR SH, v. 15. 5. 1941. U des BezR SH, v. 15. 5. 1941. U des BezR SH, v. 15. 5. 1941. U des OGr, v. 28. 10. 1941. Ferner: (Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen), Der Schaffhauser Anpasser-Prozeß, Schaffhausen 1941.
[7] Vgl. Arb.-Ztg., von 251/25. 10. 1944 bis 278/25. 11. 1944.
[8] Vgl. ebenda, 261/6. 11. 1944. Ebenda, 279/27. 11. 1944.
[9] Über die Aktion Nationaler Widerstand orientieren: Alice Meyer, Anpassung oder Widerstand?, Frauenfeld 1965, S. 191 ff. Walther Bringolf, Mein Leben usw., S. 244 f.
[10] Inf. der Woche, 34/28. 10. 1943, Begleitbrief, S. 2.
[11] Schaffh. Nachr., 131/7. 6. 1945.
[12] Vgl. ebenda, 133/9. 6. 1945.
[13] Zit. nach: NZZ, 523/26. 3. 1945.
[14] Vgl. NZZ, 1032/4. 7. 1945. NZZ, 1665/5. 11. 1945, NZZ, 1680/8. 11. 1945. BR-Ergänzungsbericht antidemokr. Tätigk., in: BBl 1946 II, S. 1103.

[15] Vgl. Nationale Hefte, 3/Juni 1945, S. 113 ff. Ebenda, 5/Aug. 1945, S. 219 ff.
[16] St.-A. ZH, M 14 g 45 (12), Prot. der Kommission des KR, S. 5 f., Sitzung v. 10. 6. 1948.
[17] Siehe S. 291.
[18] Beschluß des Obergerichts Zürich über den Entzug des Anwaltpatents von Dr. Robert Tobler, v. 15. 12. 1947. Zit. nach: BGr-A., Staatsr., U v. 16. 7. 1948, S. 2, 4.
[19] Vgl. ABl ZH 1948, S. 451.
[20] BGr-A., Staatsr., U v. 16. 7. 1948, S. 7 f., 10 ff.
[21] Siehe S. 181.
[22] Abgedruckt in: Albert Oeri, Alte Front, Basel 1933, S. 154 ff.
[23] Willy Bretscher, Ein Gruß an Albert Oeri, in: Festschrift Albert Oeri, zum 21. September 1945, Basel 1945, S. 22.
[24] Vgl. Robert Tobler, Staatsrechtl. Beschwerde, v. 27. 3. 1948, S. 38, in: BGr-A., Staatsrecht, Akten zum U v. 16. 7. 1948.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

(Vgl. auch das Literaturverzeichnis)

a.a.O.	am angeführten Ort
a.D.	außer Dienst
AHV	Alters- und Hinterbliebenenversicherung
Anm.	Anmerkung
AST	Abwehr-Stelle der (deutschen) Wehrmacht
Aufl.	Auflage
BB	Bundesbeschluß
betr.	betreffend
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürger-(Partei)
BGE	Amtliche Sammlung der Bundesgerichtsentscheide
BNSE	Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen
BRB	Bundesratsbeschluß
BSG	Bund der Schweizer in Großdeutschland
BSN	Bund der Schweizer Nationalsozialisten (in Deutschland)
BTE	Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung
BVers	Bundesversammlung
BVH	Bund für Volk und Heimat
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
DP	Demokratische Partei
Diss.	Dissertation
éd.	édition
EF	Eidgenössische Front
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
ersch.	erschienen
ErzR	Erziehungsrat
ESAP	Eidgenössische Soziale Arbeiter-Partei
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule (Zürich)
EVP	Evangelische Volkspartei
f.	folgende
FdP	Freisinnig-demokratische Partei
Flugbl.	Flugblatt
FWB	Freiwirtschaftsbund
Gestapo	Geheime Staatspolizei (des Dritten Reichs)
hg.	herausgegeben
IPA	Internationale Presse-Agentur
Jahrb.	Jahrbuch
JB(S)	Jungliberale Bewegung (der Schweiz)
Kap.	Kapitel
Kdt.	Kommandant

KK	Katholisch-konservative (Partei)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei-Opposition (Schaffhausen)
KP(S)	Kommunistische Partei (der Schweiz)
KZ	Konzentrationslager
LdU	Landesring der Unabhängigen
LK	Liberalkonservative (Partei)
Mitgl.	Mitglied
NBS	Nationale Bewegung der Schweiz
NF	Nationale Front
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NSBidS	Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSEAP	Nationalsozialistische Eidgenössische Arbeiterpartei
NSEKB	Nationalsozialistischer Eidgenössischer Kampfbund
NSEVWP	Nationalsozialistische Eidgenössische Volks- und Wirtschaftspartei
NSSAP	Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiterpartei
NSSB	Nationalsozialistischer Schweizerbund (in Deutschland)
OG	Ortsgruppe
PD	Privatdozent
PdA	Partei der Arbeit
RRB	Regierungsratsbeschluß
S.	Seite
s.	siehe
SA	Sturm-Abteilung (der Hitler-Bewegung)
SGAD	Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Sign.	Signatur
SP(S)	Sozialdemokratische Partei (der Schweiz)
SS	Schutz-Staffel (der Hitler-Bewegung)
U	Urteil
vgl.	vergleiche
zit.	zitiert

LITERATURVERZEICHNIS

Zahlreichen Persönlichkeiten, die mir bei der Beschaffung des Quellenmaterials behilflich waren, bin ich zu Dank verpflichtet. Es sind dies:

Herr Dr. Reinhard Frauenfelder, Staatsarchivar, und Frau Elisabeth Braunschweig, Sekretärin des Staatsarchivs Schaffhausen;
Herr Ernst Steinemann, Stadtarchivar, Schaffhausen;
Herr Ernst Schellenberg, Stadtbibliothekar, Schaffhausen, und seine Mitarbeiterinnen;
Herr Dr. Walter Klingenberg, Präsident des Obergerichts Schaffhausen, und sein Kanzleipersonal;
der Regierungsrat des Kantons Zürich;
Herr Dr. Ulrich Helfenstein, Adjunkt des Staatsarchivars, und seine Mitarbeiter im Staatsarchiv Zürich;
Herr Ernst Spillmann, Sekretär der Universität Zürich, und seine Mitarbeiter;
Kommilitone Michael Böhler, Präsident des Kleinen Studentenrates der Universität Zürich im Jahre 1964;
Herr Dr. Hans Studer, Präsident, und Herr Kurt Möckli, Archivar des Obergerichts Zürich;
Herr Dr. Hugo Wenniger, Präsident, und Herr Emil Indlekofer, Archivar des Bezirksgerichts Zürich, und sein Stellvertreter, Herr Hans-Rudolf Zürcher;
das Personal des Sozialarchivs Zürich;
Herr Dr. Hans Brühwiler, Herr Kurt Rohmann und ihre Mitarbeiterinnen im Generalsekretariat der Bundesversammlung, Bern;
Herr Gottfried Staub, Präsident des Obergerichts Bern, und sein Kanzleipersonal;
Herr Dr. Ernst Eggenschwiler, Kanzleidirektor, und Herr Heinrich Stoll, Archivar des Bundesgerichts, Lausanne.

Ganz besonders herzlich danken möchte ich den Angestellten der Zentralbibliothek Zürich und der Landesbibliothek Bern, die mir in stets freundlicher und zuvorkommender Weise ein umfangreiches Material zugetragen haben.

Herr Hans Hausammann gewährte mir liebenswürdigerweise Einblick in einige Akten seines Nachrichtendienstes aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Einige Persönlichkeiten, die die Jahre 1930 bis 1945 aktiv miterlebten, haben auf schriftlich formulierte Fragen mündlich Auskunft gegeben.

Zitiert:

I. UNGEDRUCKTE QUELLEN

Zitiert	Quelle
St.-A. SH:	Staatsarchiv Schaffhausen:
– Liqu. NF	– Liquidationsmaterial der Nationalen Front (ungeordnet).
Gr-A. SH:	Gerichtsarchiv Schaffhausen:
– BzR Schaffhausen BzR Stein KGr, OGr	– einige Urteile des Bezirksrichters Schaffhausen, Bezirksrichters Stein am Rhein, Kantonsgerichts, Obergerichts, 1933 bis 1944.
St.-A. ZH:	Staatsarchiv Zürich:
– W 12 AS	– Archiv der Studentenschaft der Universität, 1930–1943.

– W 13 Co	– Archiv des Corporationenverbandes beider Hochschulen in Zürich, 1932–1934.
– III Ee 22	– Schriften des Erziehungswesens, 1943–1946.
– UU 2, 94–96	– Protokoll der Direktion des Erziehungswesens und des Erziehungsrates des Kantons Zürich, 1943–1945.
– M 14 g 41 (13) bis 45 (12) M 14 h 15 (2)	– Protokolle einiger Kantonsratskommissionen, 1944–1954.
R.-A. Univ. ZH:	Rektoratsarchiv der Universität Zürich:
– Mappe 176/1 bis Mappe 200/5	– Mappen mit Mitteilungen über einige studentische Vereinigungen und Verbindungen, 1930–1943.
BzGr-A. ZH:	Bezirksgerichtsarchiv Zürich:
– BzGr OGr	– einige Urteile des Bezirksgerichts und Obergerichts, 1934 bis 1937.
OGr-A. BE:	Obergerichtsarchiv Bern:
– PolizeiGr Bern OGr	– einige Urteile des Polizeigerichts Bern und des Obergerichts, 1935–1939.
BGr-A.:	Bundesgerichtsarchiv:
– Staatsr. Strafr.	– einige Urteile der staats- und der strafrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts, 1932–1948.
Büro Ha:	Büro Hausammann:
	– einige Akten des Nachrichtendienstes, 1940–1945.

II. GEDRUCKTE QUELLEN

1. Amtliche Publikationen

Schreibm.-Prot. NR	Schreibmaschinen-Protokolle des Nationalrates, 1933–1949, in: Bibliothek der Bundesversammlung, Bern.
StenB NR	Amtliches Stenografisches Bulletin des Nationalrates, 1933 bis 1949.
BR-Geschäftsbericht	Bericht des schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung, 1933–1945.
BR-Bericht antidemokr. Tätigk.	Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945, 1. Teil: Die deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz und die schweizerischen Rechtsextremisten, v. 28. 12. 1945.
BR-Ergänzungsbericht antidemokr. Tätigk.	Ergänzungsbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945, v. 25. 7. 1946, in: BBl 1946 II, S. 1085 ff.

BR-Pressebericht	(Max Nef), Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945, v. 27. 12. 1946.
BR-Bericht national-soz. Schweizer	Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, v. 30. 11. 1948, in: BBl 1948 III, S. 997ff.
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1933 bis 1951.
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen (1848–1947).
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen (Sammlung der eidgenössischen Gesetze), 1933–1944.
Stat. Jahrb. der Schweiz	Statistisches Jahrbuch der Schweiz, hg. v. Eidgenössischen Statistischen Amt, 1932–1939.
NR-Wahlen	Beiträge zur schweizerischen Statistik, hg. v. Eidgenössischen Statistischen Amt. Hefte 5, 12, 22, Nationalratswahlen v. 27.10. 1935, 31. 10. 1943, 26. 10. 1947.
RR-Bericht AG Entlassung Dr. Ammann	Bericht des Regierungsrates des Kantons Aargau über die im Jahre 1946 erfolgte Entlassung des Herrn Dr. Hektor Ammann als Staatsarchivar und Kantonsbibliothekar. Botschaft an den Großen Rat v. 3. 4. 1950.
Prot. GR BS	Protokolle des Großen Rates des Kantons Basel-Stadt, 1933 bis 1947.
RR-Bericht BS staatsfeindl. Umtriebe	Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren sowie die Säuberungsaktionen nach Kriegsschluß. Dem Großen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 4. 7. 1946.
	Sammlung der Gesetze und Beschlüsse ... für den Kanton Basel-Stadt, 1938–1944.
Tagbl. GR BE	Tagblatt (Protokolle) des Großen Rates des Kantons Bern, 1942.
Berner GR-Wahlen	Mitteilungen des Statistischen Büros des Kantons Bern, Neue Folge. Hefte 17, 19, 21, 25, Die Ergebnisse der Großratswahlen v. 6. 5. 1934, 8. 5. 1939, 3. 5. 1942, 5. 5. 1946.
ABl SH	Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen, 1933–1945 (mit den Protokollen des Großen Rates und den amtlichen Wahl- und Abstimmungsergebnissen).
Prot. GStadtR SH	Schreibmaschinen-Protokolle des Großen Stadtrates von Schaffhausen, 1933–1945, in: Stadtarchiv Schaffhausen.
Prot. KR ZH	Protokolle des (Zürcher) Kantonsrates, 1933–1954.
ABl ZH	Amtsblatt des Kantons Zürich, 1933–1953.
NR-Wahlen 1935 im Kt. Zürich	Statistische Mitteilungen des Kantons Zürich, hg. v. Statistischen Büro des Kantons Zürich. Heft 184, Nationalratswahlen v. 27. 10. 1935 im Kanton Zürich.

Prot. GemR ZH	Protokolle des Gemeinderates von Zürich, 1934–1938.
Zürcher GemR-Wahlen 1933	Statistik der Stadt Zürich, hg. v. Statistischen Amt der Stadt Zürich. Heft 41, (Spühler Willy), Zürcher Gemeinde- und Stadtratswahlen v. 24. 9. 1933.
Zürcher Stat. Nachr.	Zürcher Statistische Nachrichten, hg. v. Statistischen Amt der Stadt Zürich. 1935 I, Kantonsratswahlen v. 2. 3. 1935 in der Stadt Zürich. 1935 III, Nationalratswahlen v. 27. 10. 1935 in der Stadt Zürich. 1937 IV, Gemeinde- und Stadtratswahlen v. 20. 3. 1938. 1939 I, Kantonsratswahlen v. 19. 3. 1939 in der Stadt Zürich.

2. Zeitungen und Zeitschriften

	Aufgebot-Bewegung:
Aufgebot	– Das Aufgebot, 1933–1936.
	Katholische Front:
	– Das Neue Volk, 1933–1939.
	Neue Schweiz:
Neue Schweiz	– Die Neue Schweiz, 1933–1937.
	BVH:
Eidg. Ztg.	– Eidgenössische Zeitung für Volk und Heimat, 1933–1936.
	Eidgenössische Front:
Eidg. Front	– Eidgenössische Front, 1933–1937.
	– Die Neue Politik, 1937–1939.
	Jungbauernbewegung:
Jungbauer	– Der Schweizer Jungbauer, 1933–1947.
	Heimatwehr:
Heimatwehr	– Schweizerbanner, 1932–1934.
	– Die Heimatwehr, 1934–1935.
	Schweizerische Faschistische Bewegung:
	– Schweizer Faschist, 1933–1936.
	Nationaldemokratischer Schweizerbund:
	– Nationaldemokratie, 1935.
	– Der Sperber, 1936–1939, 1941.
	NSEAP (BNSE):
Eidgenosse	– Der Eidgenosse, 1931–1934.

Volksbund:

- Volksbund, 1933–1938.
- Der Angriff, 1938.

ESAP:

- ESAP, 1937.
- Der Nationale Arbeiter, 1937–1938.
- Schweizervolk, 1938.

BTE:

- Schweizerdegen, 1938.

Neue und Nationale Front:

Eiserner Besen	– Der Eiserne Besen, 1931–1933.
Front	– Die Front, 29. 8. 1933–29. 2. 1940; 24. 10. 1940–18. 2. 1941; 16. 5. 1941–21. 5. 1942; 26. 9. 1942–1. 7. 1943. (Ab 10. 4. 1937 Kopfblatt des «Grenzboten»).
	– Front National, 1935–1936.
Grenzbote	– Steiner Grenzbote, 8. 4. 1933–30. 12. 1933.
	– Grenzbote, 4. 1. 1934–9. 4. 1937; 7. 3. 1940–17. 10. 1940.
	– L'homme de Droite, 1934–1936.
Monatshefte	– Schweizerische Monatshefte, 1929–1931.
Monatshefte	– Schweizer Monatshefte, 1931–1934. (Das Blatt war nie Organ der Neuen oder der Nationalen Front. Doch diente es ihnen von 1929–1934 als Diskussionsforum.)
	– Nationale Hefte, 1934–1945. (Das Blatt war seit 1938 nicht mehr Publikationsorgan der Nationalen Front. Doch diente es ihr weiterhin als Diskussionsforum.)
Voix Nationale	– La Voix Nationale, 1933–1935.
	– Zürcher Student, 1930–1933. (Das Blatt war nie Organ der Neuen Front. Doch diente es ihr von 1930 bis 1933 als Diskussionsforum.)

Übrige Fronten:

- Eidgenössische Wacht, 1934–1936. Kampfblatt der Eidgenössischen Sozialen Volksbewegung.
- Eidgenoß, 1936–1939. Kampfblatt des Eidgenössischen Bundes.
- Haarus, 1933. Kampfblatt des Nationalsozialistischen Eidgenössischen Kampfbundes oder der Nationalsozialistischen Eidgenössischen Volks- und Wirtschaftspartei.
- Schweizer National-Sozialist, 1933. Kampfblatt der Schweizerischen National-Sozialistischen Volks-Partei.
- Volksfront, 1934–1936. Kampfblatt der Volksfront-Bewegung.

Nichtfrontistische Blätter:

Arb.-Ztg.	– Arbeiter Zeitung (Schaffhausen), bis 1935, Nr. 155: KPO, seither: SP, 1933–1945.

Basler Nachr.	– Basler Nachrichten, LK, 1933–1939.
Beobachter	– Der schweizerische Beobachter, 1933–1939.
	– Berner Tagwacht, SP, 1933–1939.
Bund	– Der Bund (Bern), FdP, 1933–1939.
Evang. Volksztg.	– Evangelische Volkszeitung, EVP, 1933–1934.
Gaz. de Laus.	– Gazette de Lausanne, LK, 1933–1939.
Gewerkschaftl. Rundschau	– Gewerkschaftliche Rundschau, SGB, 1933–1934.
Inf. der Woche	– Information der Woche, Aktion Nationaler Widerstand, 1940–1944.
Israel. Wochenbl.	– Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz, 1933–1938.
Landbote	– Der Landbote (Winterthur), DP, 1933–1939.
Luzerner Tagbl.	– Luzerner Tagblatt, FdP, 1933–1939.
National-Ztg.	– National-Zeitung (Basel), FdP, 1933–1939.
	– Nebelspalter, 1932–1945.
Neue Aarg. Ztg.	– Neue Aargauer Zeitung, FdP, 1933.
Neue Berner Ztg.	– Neue Berner Zeitung, BGB, 1933–1939.
	– Neue Schweizer Rundschau, 1933–1939.
Neue Zürcher Nachr.	– Neue Zürcher Nachrichten, KK, 1933–1939.
NZZ	– Neue Zürcher Zeitung, FdP, 1933–1948.
Ostschweiz	– Die Ostschweiz (St. Gallen), KK, 1933–1939.
Pol. Rundschau	– Politische Rundschau, FdP, 1933–1939.
	– Rote Revue, SP, 1933–1939.
Schaffh. Bauer	– Schaffhauser Bauer, Bauernpartei, 1933–1942.
Schaffh. Int.-Bl.	– Schaffhauser Intelligenzblatt, FdP, 1933–1939.
Schaffh. Nachr.	– Schaffhauser Nachrichten (Nachfolgerin von: Schaffh. Int.-Bl.), FdP, 1940–1945.
Schaffh. Ztg.	– Schaffhauser Zeitung, KK, 1933.
Schweiz. Republ. Bl.	– Schweizerische Republikanische Blätter, 1933–1939.
Schweiz. Rundschau	– Schweizerische Rundschau, KK, 1933–1939.
	– Schweizer freie Presse (Aargau), BGB, 1933.
Thurg. Ztg.	– Thurgauer Zeitung, FdP, 1933–1934.
Trib. de Genève	– La Tribune de Genève, 1933–1939.
	– Vaterland (Luzern), KK, 1933–1939.
	– Volksrecht (Zürich), SP, 1933–1939.
	– Zürcher Post, DP, 1933–1936.
Zürichsee-Ztg.	– Zürichsee-Zeitung (Stäfa), FdP, 1933–1939.
Zuger Nachr.	– Zuger Nachrichten, KK, 1933.

3. Darstellungen mit Quellenwert

Aufgebot-Bewegung:

- Gubler G(ustav) A(dolf). 10 Jahre Aufgebot. Separatauszug aus: «Das Aufgebot». Buochs 1943.
- Lorenz J(akob). Bemerkungen über die Judenfrage. Separatauszug aus: «Schweizerischer Studenten-Verein». Immensee 1933.

– Lorenz Jakob. Zum 60. Geburtstag. Dem akademischen Lehrer, dem praktischen Wissenschaftler, dem Redaktor des «Aufgebot», dem «Simplen Eidgenossen» als Festgabe von seinen Freunden. Stans 1943.
– Lorenz Jakob, siehe auch unter: Nichtfrontistische Publikationen.

Neue Schweiz:
– Berufsständische Ordnung. Grundlegende Aussprache zwischen Vertretern von Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Wirtschaftswissenschaften. Schriften des Bundes Neue Schweiz, Heft Nr. 1. Zürich 1934.
– Frei A(dolf). Die Völkische Bewegung, eine nationale Gefahr. Herausgeber: Neue Schweiz, Bund für geistige, wirtschaftliche und politische Erneuerung, Ortsgruppe Zürich. Zürich 1933.
– Zopfi Hans, Bauernschicksal, Landesschicksal. Howald Osk(ar). Hoffnungen und Möglickeiten auf dem Gebiete der Entschuldung der Landwirtschaft. Schriften des Bundes Neue Schweiz, Heft Nr. 2. Zürich 1934.
– Zopfi Hans, siehe auch unter: Nichtfrontistische Publikationen.

BVH:
– Eingabe des Bund für Volk und Heimat an den Bundesrat der Schweiz. Eidgenossenschaft. Vom 13. Febr. 1934. (Vervielfältigtes Exemplar, in: Landesbibliothek Bern, Sign.: V fol. Schweiz.)
– Grob Rud(olf). Zwischen Marxismus und Faschismus. Für die Freiheit der Eidgenossenschaft. Hg. vom Bund für Volk und Heimat. Zürich 1934.
– Grob Rudolf. Der Bund der Eidgenossen. Ein Wagnis des Glaubens. Luzern 1934.
– Grob Rudolf, siehe auch unter: Nichtfrontistische Publikationen.
– Haas S(amuel). Was will und ist der Bund für Volk und Heimat? Eröffnungsvortrag, gehalten an der Gründungsversammlung vom 28. Mai 1933. Bern-Zürich 1933.
– Haas S(amuel). Unser Freiheitskampf für Volk und Heimat. Nach einem Vortrag, gehalten am Volkstag vom 9. Juli 1933 auf der Forch. Bern-Zürich 1933.
– Haas S(amuel). Kulturbolschewismus. Ein Zeitspiegel. Hg. vom Bund für Volk und Heimat. Zürich 1933.
– Wili Walter. Besinnung über das Schicksal der Schweiz. Bern 1934.

Eidgenössische Front:
– Bubenberg (Pseud. für: Frick Hans). Die Ursachen der heutigen Weltkrise. Hg. von der Eidgenössischen Front. 2. Aufl., Zürich 1933.
– (Frick Wilhelm). Politischer Leitfaden der Eidgenössischen Front. Hg. vom Landesvorstand. Zürich 1934.
– Frick Wilhelm, siehe auch unter: Nichtfrontistische Publikationen.
– Liberalismus, Marxismus, Revolution. Hg. von der Eidgenössischen Front. Separatabzug aus: «Berner Tagblatt». Zürich 1933.
– Wechlin H(einrich Eugen). Heraus aus dem Chaos! Betrachtungen zur eidgenössischen Staatskrise. Heft 3/4 der Reihe «Politik als Entscheidung». Bern 1934.
– Wechlin Heinrich Eugen, siehe auch unter: ESAP.

Jungbauernbewegung:
– Aus dem politischen Wollen der Jungbauern und seiner weltanschaulichen Begründung. Schriftenreihe der Schweizerischen Bauernheimatbewegung. Großhöchstetten 1939.

- Graf Hans. Wetterleuchten. Signale einer neuen Zeit. Sätze, Aufsätze. Lese aus drei Jahren. Verstreutes, gesammelt für nicht Zerstreute. Schriftenreihe der Schweizerischen Bauernheimatbewegung. Großhöchstetten 1941.
- Graf Hans. Bankrott der alten und Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung. Schriftenreihe der Nationalen Kampfgemeinschaft der Jungbauern. 2. Aufl., Großhöchstetten 1942.
- Graf Hans. Neues Wirtschaftsdenken. Arbeit ist Zukunft. Schriftenreihe der Nationalen Kampfgemeinschaft der Jungbauern. 2. Aufl., Großhöchstetten 1942.

Heimatwehr:
- Spengler Albert. Meine Geschichte und die meiner Familie. Zugleich ein Thurgauer und Schweizer Heimatbuch. Lengwil 1940.

Schweizerische Faschistische Bewegung:
- Fonjallaz Arthur. Energie et volonté – un chef: Mussolini. Etude politique et militaire. Paris 1933.
- Fonjallaz Arthur und Sonderegger René. Freimaurerei ja oder nein? Kulturpolitische Schriften, Heft 8. Zürich 1936.

Nationaldemokratischer Schweizerbund:
- Sonderegger René. Richtlinien des Nationaldemokratischen Schweizerbundes zur Sicherung der eidgenössischen Volks-Gemeinschaft und Anpassung der schweizerischen Volkswirtschaft an die wahre Demokratie, aufgebaut auf der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Küsnacht-Zürich 1935.
- Sonderegger René. Die Wahrheit über die Judenfrage. Beiträge zu den Protokollen der Weisen von Zion. Kulturpolitische Schriften, Heft 1. Küsnacht-Zürich 1935.
- Sonderegger René. Der Jesuit geht um! Doka, Spann & Cie. Briefe übers Meer. Musterkarte der Staatsformen. Kulturpolitische Schriften, Heft 2. Küsnacht-Zürich 1935.
- Sonderegger René. Mordzentrale X. Enthüllungen und Dokumente über die Auslandtätigkeit der deutschen Gestapo. Zusammengestellt aufgrund von Dokumenten. Kulturpolitische Schriften, Heft 5. Zürich 1936.
- Sonderegger René. Finanzielle Weltgeschichte. Das Dritte Reich im Dienste der Internationalen Hochfinanz. Gemeinnutz vor Eigennutz? Kulturpolitische Schriften, Heft 9. Zürich 1936.
- Sonderegger René. Motta, Diplomat der Kurie. Als Anhang: Die Ziele der katholischen Aktion. Kulturpolitische Schriften, Heft 10. Zürich 1936.
- Sonderegger René. Adolf Hitler und die deutsche Emigration in der Schweiz. Mit einer kritischen Betrachtung über Asylrecht, Neutralität und Einbürgerung. Zürich 1940.
- Sonderegger René. Napoleon I., Adolf Hitler und die Schweiz. Ein schweizerisches Wort zur europäischen Lage. Zürich 1940.
- Sonderegger René. Die Schweiz im Paneuropa Adolf Hitlers. Ein vergleichendes Wort über Nationalsozialismus und Demokratie. Zürich 1940.
- Sonderegger René. Rede eines schweizerischen Patrioten an die Deutschen in der Schweiz. Zürich 1941.
- Sonderegger René. Schweizerische Erneuerung. Zürich 1941.
- Sonderegger René, siehe auch unter: Schweizerische Faschistische Bewegung. Nichtfrontistische Publikationen.

SGAD:
- Leonhardt Ernst. Schweizervolk! Deine Schicksalsstunde ist gekommen! Was soll nun werden? Eine Abrechnung. Hg. vom Pressedienst der Schweizerischen Erneuerung. 15. Juli 1940.

ESAP:
- Hofmann Ernst. Das Programm der Eidgenössischen Sozialen Arbeiter-Partei (ESAP) und ihre weltanschaulichen Grundgedanken. Zürich 1936.
- Hofmann Ernst. Es geht um das Recht! Ein Tatsachen-Bericht von grundsätzlicher Bedeutung. Zürich 1939.
- Wechlin Heinrich (Eugen). Mein Standpunkt, in: Falkenstein, 7. Mai 1939, S. 81 ff.
- Wechlin Heinrich Eugen, siehe auch unter: Eidgenössische Front.

BTE:
- Oehler Hans. Ist Artikel 4 «Rechtsgleichheit» der Bundesverfassung noch in Kraft? Zwei Monate Schweizergeschichte (Nov.–Dez. 1938). Separatabzug aus: «Nationale Hefte». Zürich 1939.

Nationale Bewegung der Schweiz:
- Hengartner Max. Mein Schweizerland wach auf! Was geht in Europa vor? Zürich 1940.
- Die nationale und soziale Neugestaltung der schweizerischen Eidgenossenschaft. Programm der Nationalen Bewegung der Schweiz. Heft 1. Zürich 1940.

BSG:
- Zander Alfred. Pestalozzis Volkspolitik. Pestalozzi und Deutschland. Zwei Aufsätze. Separatabzug aus: «Nationale Hefte». Zürich 1941.
- Zander Alfred. Eidgenossenschaft und Reich. Ein Schweizer über das Verhältnis der Eidgenossenschaft zum Reich. 2. überarbeitete Aufl., Berlin 1942.
- Zander Alfred, siehe auch unter: Neue und Nationale Front.

Neue und Nationale Front:
- Schriften der Neuen Front:
- – Nr. 1: Lang Paul. Tote oder lebendige Schweiz. Versuch eines Systems politischer Morphologie, entwickelt an der Dynamik des eidgenössischen Staates. Drei Vorträge, gehalten am 5., 12. und 19. Mai 1931 in der Neuen Front. Mit einem Nachwort von Robert Tobler. Zürich 1932.
- – Nr. 2: Tobler Robert. Vom Ständestaat der Gegenwart. Zürich 1932.
- – Nr. 3: Bachmann Hans. Nationale Wirtschaft. Zürich 1932.
- Schriften der Nationalen Front:
- – Nr. 1: Tobler Robert. Wesen und Ziele der Nationalen Bewegung. Zürich 1933.
- – Nr. 2: Henne Rolf. Der Standort der jungen Generation und andere politische Schriften. Zürich 1933.
- – Nr. 3: Keller Max Leo. Die Organisation von Landesunternehmungen und Großbetrieben. Zürich 1933.
- – Nr. 4: Wyß A(lfred). Die jüdische Situation. Ein Beitrag zur Judenfrage. Zürich 1933.
- – Nr. 5: Zander Alfred und Brenner Wilhelm. Erziehung, Schule und Volksgemeinschaft. Zürich 1934.
- – Nr. 6: Kläui Hans. Der Kampf um die Volksgemeinschaft. Zürich 1934.

– – Nr. 7: Wolfer Ernst. Streit um die Demokratie. Zürich 1934.
– – Nr. 8: Brändlin Ernst. Korporativer Aufbau und landwirtschaftliche Entschuldung. Zwei Wege zur Volksgemeinschaft. Zürich 1934.
– – Nr. 9: Keller Max Leo. Der Neuaufbau der Wirtschaft. Zürich 1935.
– – Nr. 10: Lang Paul. Lebendige Schweiz. Zürich 1935.
– – Nr. 11: Henne Rolf. Eidgenössischer Sozialismus. Zürich 1935.
– Ambrunnen Arnold (Pseud. für: Zander Alfred). Der «Ewige Bund». Die freie schweizerische «Eid-Genossenschaft». Das Urbild der Schweiz. Zürich 1934.
– Ambrunnen Arnold. Dokumente zur Judenfrage in der Schweiz (1. Teil: bis 1798). Zürich 1935.
– Ambrunnen Arnold. Juden werden Schweizer. Dokumente zur Judenfrage in der Schweiz (2. Teil: seit 1798). Zürich 1935.
– Baer Emil, siehe unter: Isenhard Klaus.
– Eisenhut Hermann, siehe unter: Meyer Werner.
– Flugschriften der Nationalen Front. In: Sozialarchiv Zürich, Schachtel: Politik, 329.189, Nationale Front.
– Gelpke Alhard. Geheimnisse eines freien Journalisten. Winterthur 1933.
– Haas Werner. Europa will leben. Die nationalen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild (Nationale Front u. a. Fronten). Mit einem Geleitwort von Dr. Edmund Marhefka. Berlin 1936.
– Henne Rolf. Kampfruf. Zürich 1935.
– Henne Rolf. Die Rolle der Schweiz im kommenden Europa. Rede, gehalten am III. Kongreß der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten im Nobel-Institut zu Oslo am 27. Juni 1936. Zürich 1936.
– Isenhard Klaus (Pseud. für: Baer Emil). Totalitäres Evangelium. Zwei Reden an das eidgenössische Volk. Zürich 1935.
– Isenhard Klaus. Wiederbelebung der Heimaterde. Aufruf an das Schweizervolk. Zürich 1936.
– Lang Paul. Die Erneuerungsbewegung der Fronten. In: Staat und Parteien. Liberalismus – Erneuerung – Demokratie in der schweizerischen Politik der Gegenwart. Schriften der Zürcher Volkshochschule, hg. von Dr. H(ermann) Weilenmann. Zürich 1935, S. 87 ff.
– (Mayer Paul), Kassationsbeschwerde in Sachen C(K)arl Meyer. Zürich 1948.
– Meyer C(K)arl. Der notwendige staatspolitische Umbau der Eidgenossenschaft. Schaffhausen 1940.
– Meyer Werner. Die Schweiz in Europa. Zürich 1941.
– (Meyer Werner). Beschwerdeschrift gegen die Verfügung der Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab vom 15. Februar 1941 betr. Verbot der Zeitungen «Die Front» und «Grenzbote». (Schaffhausen 1941.) (Vervielfältigtes Exemplar, in: Landesbibliothek Bern, Sign.: Nq 49700[12]).
– (Meyer Werner und Eisenhut Hermann). Beschwerdeschrift gegen den Entscheid der Pressekommission der Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab vom 20. Mai 1942 betr. Verbot der Zeitungen «Die Front» und «Grenzbote» auf die Dauer von vier Monaten. Schaffhausen 1942.
– Meyer Werner. Europa nach dem Krieg. In: Junges Europa, Berlin, 5/1943, S. 14 ff.
– Schaffner Jakob. Freies nationales Arbeitsvolk. Zürich 1937.
– Schaffner Jakob. Eidgenossenschaft und Reich. 1. Aufl., Stuttgart 1939, 2. veränderte Aufl., Berlin 1942.
– Schaffner Jakob, siehe auch unter: Publikationen des deutschen Nationalsozialismus.

– Sonderegger Emil. Ordnung im Staat. Bern 1933.
– Tobler Robert. Das Gebot der Stunde. Eidgenössische Sammlung aller aufbauwilligen und nationalen Kräfte. Das Programm der nationalen Erneuerung. Schaffhausen 1940. (Fotokopiertes Exemplar der Bundesanwaltschaft Bern).
– Die Wahrheit über den Fall W. Eine Aufklärungsschrift über die rechtswidrige Zwangsversorgung zweier junger Schweizerarbeiter. 3. Aufl., Schaffhausen 1937.
– Wyß Hans A(lfred). Zwischen den Entscheidungen. Zur Lage der Schweiz. In: Deutsche Rundschau, Berlin, 4/Jan. 1937, S. 20 ff.
– Zander Alfred. Nationale Jugend. Zürich 1934.
– Zander Alfred. Was will die Nationale Front? 2. Aufl., Zürich 1935.
– Zander Alfred. Die Freimaurerei in der Schweiz. Tatsachen und Merkwürdigkeiten. 1. Aufl., Zürich 1935.
– Zander Alfred. Freimaurerei in der Schweiz. Eine sachliche Begründung ... der Notwendigkeit des Kampfes gegen die internationale freimaurerische Geheimgesellschaft in der Schweiz. 2. umgearbeitete und erweiterte Aufl., Zürich 1937.
– Zander Alfred. Schweizerische Eidgenossenschaft und Reich. Ein Schweizer über das Verhältnis der Eidgenossenschaft zum Reich. 1. Aufl., Stuttgart 1937.
– Zander Alfred, siehe auch unter: Ambrunnen Arnold.
– Zander Alfred, siehe auch unter: BSG.

Übrige Fronten:
– Bolliger Hans (Pseud. für: Eberhardt Hans W.). Der Deutschschweizer und das Deutsche Reich. Konstanz 1937. (Sympathisant der Nationalen Front).
– (Bühlmann Leo Victor und Rohner Walter). Nationale und soziale Volksgemeinschaftslieder. Zürich 1935–1937. (Eidgenössische Soziale Volksbewegung).
– Eberhardt Hans W., siehe unter: Bolliger Hans.
– Flugschriften verschiedener Frontenbewegungen. In: Sozialarchiv Zürich, Schachtel: Politik 329.189, Verschiedene Fronten.
– Flugschriften verschiedener Frontenbewegungen. In: Landesbibliothek Bern, Sign.: V Schweiz, Vereine und Anstalten, diverse Parteien.
– Füllemann Adolf. Steht die Schweiz vor dem Untergang? Luzern 1938. (Eidgenössischer Bund).
– Ganzoni Werner. Offene Worte zur Frage der Total-Erneuerung des Schweizer Bundes. Mit einem Gedicht «Mahnruf» von Walter Pistor. Winterthur 1939. (Sympathisant der Nationalen Front).
– Ganzoni Werner. Was wird aus der Schweiz? Staatsneutralität und Volksneutralität als Problem der öffentlichen Meinungsbildung im gegenwärtigen Krieg. Schaffhausen 1940.
– Klaus J(aques) C(harles). Heimat in Not. Mahnruf eines Auslandschweizers. Basel 1936.
– Koeppel Robert. Quo Vadis Helvetia? Oder: Wie sag ich's unserm Volke? Zürich 1936. (Volksbewegung des Neuen Bundes).
– (Michel Fritz u.a.). Der schweizerische Bundesstaat, wie er ist, wie er sein soll. Bausteine zu einer Staatsreform. Biel 1942.
– Müller Dominik (Pseud. für: Schmitz Paul). Zwischen den Mächten. Politische und andere Verse. Basel 1939. (Sympathisant der Nationalen Front).
– Oesch Johann. Schweizervolk wach auf! Ein Beitrag zur nationalen Erneuerung und ein Weg aus der Krise. Thun 1933.
– Rohner Walter, siehe unter: Bühlmann Leo Victor.
– Schmitz Paul, siehe unter: Müller Dominik.

– (Unbekannter Verfasser). Die Schweizer Dichter G(ottfried) Keller, C(onrad) F(erdinand) Meyer, H(einri)ch Leuthold als Zeugen für Deutschland. Ostermundigen 1940.

Publikationen des deutschen Nationalsozialismus bzw. der Nationalistischen Internationalen:
– Berner Bilderbuch vom Zionisten-Prozeß um die «Protokolle der Weisen von Zion». Erfurt 1936.
– Diewerge Wolfgang. Der Fall Gustloff. München 1936.
– Fleischhauer Ulrich. Die echten Protokolle der Weisen von Zion. Sachverständigengutachten, im Auftrage des Richteramtes V in Bern. Erfurt 1935.
– Keller Hans K(arl) E(rnst) L(udwig). Das dritte Europa. Mit einer Vorrede von Charles Rousseau. Internationale Stimmen der Nationalisten, Heft 2. Zürich 1934.
– Keller Hans K(arl) E(rnst) L(udwig). Volksgemeinschaft und Völkerfriede. Sitzungsbericht der Berliner Tagung (der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten vom 5. bis 7. Dezember 1934). Internationale Stimmen der Nationalisten, Heft 3. Zürich 1935.
– Rosenberg Alfred. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Das Programm der Bewegung, erweitert durch das Agrarprogramm. 170. Tausend, München 1933.
– Schaffner Jakob. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes. Schriftenreihe der NSDAP, Gruppe III Volkheit und Glaube, Band 5. Berlin 1940.
– Schaffner Jakob, siehe auch unter: Neue und Nationale Front.
– Vasz Stephan. Das Berner Fehlurteil über die Protokolle von Zion. Eine kritische Betrachtung über das Prozeßverfahren. Erfurt 1935.

Nichtfrontistische Publikationen:
– Allgöwer Walther. Nationaler Widerstand. Schriften der Jungliberalen Bewegung der Schweiz, Heft 6. Aarau Herbst 1940.
– Ammann Hektor. Klarstellungen zu einem regierungsrätlichen Bericht. Aarau 1950.
– Amrein Alfred (Pseud. für: Walder Hermann). Volk ohne Führung. Betrachtungen zur innen- und außenpolitischen Lage der Schweiz. Zürich 1937.
– Bauer Hans. Vaterland und Völkergemeinschaft. Ein Manifest zur nationalen Erneuerung im Rahmen der organisierten Völkergemeinschaft, kundgegeben am Europa-Tag, 17. Mai 1933. Basel 1933.
– Bauhofer Oskar. Eidgenossenschaft, Selbstbehauptung und Bewährung. Einsiedeln 1939.
– Baumann Rud(olf) und Horand Fritz. Zur Lage. Die neuen Fronten und die Angestelltenschaft. Hg. von der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, Zürich 1933.
– (Bretscher Willy). Freisinn und Fronten. Hg. auf Veranlassung des Leitenden Ausschusses der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich. Zürich 1933.
– (Bretscher Willy). Memorandum (des nachmaligen Chefredaktors) an das Verwaltungskomitee der NZZ vom 11. April 1933. (Vervielfältigtes Exemplar, Privatbesitz Bretscher).
– (Bretscher Willy). Exposé der Chefredaktion an der Sitzung des Verwaltungskomitees der NZZ vom 1. Juli 1940. (Schreibmaschinen-Exemplar, Privatbesitz Bretscher).
– Bretscher W(illy). Die Schweiz in veränderter Umwelt. Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Nr. 41. Rorschach 1940.
– Bretscher W(illy). Neue Zürcher Zeitung, 1933–1944. Siebzig Leitartikel. Zürich 1945.

– Bringolf Walther. Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz. Schaffhausen, Februar 1940.
– Bringolf Walther. Mein Leben. Weg und Umweg eines Schweizer Sozialdemokraten. Bern 1965.
– Brunschvig Georges, siehe unter: Raas Emil.
– Cattani Paul. Sind wir Arier? Gedanken zur modernen Rassenlehre. Zürich 1939.
– Dietschi Urs. 15 Jahre Jungliberale Bewegung der Schweiz. Bericht des Präsidenten an den Kongreß der JBS vom 24. Oktober 1943 in Olten. In: Jungliberale Bewegung. Rückbesinnung, Blick nach vorwärts. Solothurn 1944.
– Doka Carl. Verfassungsreform. Die ersten zusammenfassenden Vorschläge für eine neue Bundesverfassung auf konservativer Grundlage. Einsiedeln 1934.
– Dürr Emil. Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschaftlichung der politischen Motive der Parteien. Basel 1928.
– Dürrenmatt H(ugo). Demokratische Erneuerung, unsere politische Pflicht. Vortrag, gehalten am 5. Februar 1934 vor der BGB-Partei der Stadt Bern. In: Heft 1 der Reihe «Politik als Entscheidung». Bern 1934.
– Egger August. Die deutsche Staatsumwälzung und die schweizerische Demokratie. Schriftenreihe der Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund, Nr. 13. Bern 1934.
– Etter Philipp. Die vaterländische Erneuerung und wir. Separatabzug aus: «Zuger Nachrichten». Zug 1933.
– Etter Philipp. Die schweizerische Demokratie. Heft 4 der Sammlung «Aus Wissenschaft und Leben», hg. vom Schweizerischen Studentenverein. Olten 1934.
– Falke Konrad (Pseud. für: Frey Karl). Der Geist der Gewalt und eine Auseinandersetzung über die schweizerische Neutralität. Separatdruck aus: NZZ. Zürich 1934.
– Falke Konrad. Was geht vor in der Welt? Zürich 1938.
– Feldmann Markus. Nationale Bewegungen in der Schweiz. Eine vorläufige Übersicht. Separatdruck aus: «Neue Berner Zeitung». Bern 1933.
– Feldmann Markus. Zur Lage der Schweiz an der Schwelle des vierten Kriegswinters. Aus einer Ansprache, gehalten am 27. September 1942 an der Schweizerischen Delegiertenversammlung der NHG in Genf. Bern 1942.
– Feldmann Markus. Politische Landesverteidigung. Gegen die landesverräterische Tätigkeit nationalsozialistischer «Schweizer» in Deutschland. Eine Interpellation. Separatdruck aus: «Neue Berner Zeitung». Bern 1944.
– Fleiner Fritz. Tradition, Dogma, Entwicklung als aufbauende Kräfte der schweizerischen Demokratie. Zürich 1933.
– Fleiner Fritz. Ziele und Wege einer eidgenössischen Verfassungsrevision. In: Wirtschaftliche Publikationen der Zürcher Handelskammer, Heft 20. Zürich 1934.
– Forster Fridolin und Schmid Werner. Die Nationale Front als Schutztruppe des Großkapitals. Arbeit und Freiheit oder Finanzdiktatur? 2 Vorträge, gehalten am 17. Januar 1935 im Limmathaus Zürich. Bern 1935.
– Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz. Die öffentlichen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Ein Handbuch für Nationalratswähler, Band 3. Bern 1935.
– Frey Karl, siehe: Falke Konrad.
– Frick Wilhelm. Die «Eingabe der 200». Ein Zeitdokument in Vergangenheit und Gegenwart. Zürich 1946.
– Frick Wilhelm, siehe auch unter: Eidgenössische Front.
– Grimm Bruno. Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe

in der Schweiz. Kultur und Arbeit, Schriften zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, hg. von der SPS. Bern 1939.
- Grimm Robert. Unser Kampf gegen Reaktion und Fronten. Hg. von der SP des Kantons Bern. Bern 1933.
- Grimm Robert. Nationale Fronten und Arbeiterbewegung. Bern 1933.
- Grimm Robert. Nieder mit dem Faschismus! Parteitagsrede über die nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, gehalten am 25. Februar 1934 am Parteitag der SPS in Bern. Aarau 1934.
- Grob Rudolf. An die Jugend von morgen. – An die Herren von gestern. Zürich 1941.
- Grob Rudolf, siehe auch unter: BVH.
- Guggenbühl G(ottfried). Zwischen Fronten und Parteien. Rede zur Feier des Tages von Uster, gehalten am 19. November 1933 in der Kirche zu Uster. Zürich 1934.
- Gut Theodor. Politische Orientierung. Vortrag, ... gehalten am 28. Juni 1933 im Freisinnigen Gemeindeverein Winterthur. Separatabzug aus: «Winterthurer Tagblatt». Winterthur 1933.
- Gut Theodor. 11. Februar 1890–29. August 1953. Bürger, Zürcher, Eidgenosse. Reden und Schriften. Ausgewählt von Fritz Hunziker. Mit einer Einleitung von Willy Bretscher. Zürich 1954.
- Gutzwiller Richard. Die Katholiken und die Schweiz. Luzern 1935.
- Helveticus. Siegreiche Demokratie. Die Schweiz in der Zeitenwende. Mit einem Vorwort von Robert Grimm. Aarau 1935.
- Horand Fritz, siehe unter: Baumann Rud(olf).
- Horber Carl. Die schweizerische Politik. Zürich 1928.
- Huber Hans. Nationale Erneuerung. Rede, gehalten am Jahreskongreß der Liberalen Jugend der Schweiz in Flüelen am 20. Mai 1933. In: Schriftenreihe der Liberalen Jugend der Schweiz, Heft 2. St. Gallen 1933.
- Huber Max. Vom Wesen und Sinn des schweizerischen Staates. Vortrag, gehalten am 19. Februar 1934 vor der Zürcher Studentenschaft im Rahmen des Vortragszyklus «Politik als gegenwärtige Entscheidung», ersch. in: Heimat und Tradition, Gesammelte Aufsätze. Zürich 1947, S. 33 ff.
- Huber Max. Evangelium und nationale Bewegung. Vortrag, gehalten am 14. März 1934 an der 37. Christlichen Studentenkonferenz in Aarau, ersch. in: Glaube und Kirche, Gesammelte Aufsätze. Zürich 1948, S. 55 ff.
- Huber Max. Die Schweiz in der Völkergemeinschaft. Rede, gehalten im Rahmen der öffentlichen Freitagsvorträge der ETH am 17. November 1939, ersch. in: Heimat und Tradition, Gesammelte Aufsätze. Zürich 1947, S. 138 ff.
- Jacob Berthold. Warum schweigt die Welt? Paris 1936.
- Jahrbuch der eidgenössischen Räte und Gerichte. Bern 1934. (Zit.: Jahrb. eidg. Räte).
- Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Erlenbach 1932–1934. (Zit.: Jahrb. NHG).
- Jöhr Walter Adolf. Amerika und der Faschismus. Bern 1937.
- (Jungliberale Bewegung der Schweiz). Diktatur oder Demokratie? Kampfschrift (mit Beiträgen von Urs Dietschi, Ludwig Rittmeyer, Hans Huber, Erich Lohner). St. Gallen 1934.
- (Katholische Volkspartei Schaffhausen). Erneuerung. Schweizerisch-demokratische Beiträge. Auszüge und Thesen aus Vorträgen von Karl Wick, Paul Reinert, K(arl) Hackhofer, C(arl) Doka. Schaffhausen 1933.
- Keller Paul. Der Liberalismus im Kampfe. Nach einem Referat vom 8. Juli 1933 vor dem Parteitag der FdP der Stadt St. Gallen. Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Nr. 26. Flawil 1933.

– Keller Paul. Liberalismus in der Gegenwart. Nach einem Vortrag, gehalten in der FdP der Stadt Bern. Separatabzug aus: «Der Bund». Bern 1934.
– Kundert A(lfred). Warum immer die Juden? Offenes Wort eines Schweizers zur Judenfrage. Referat, gehalten in der Sektion Herisau der Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund. Herisau 1933.
– Laur Ernst. Die nationale Bewegung und der schweizerische Bauernverband. Vortrag, gehalten am 4. September 1933 in Bern. Brugg 1933.
– Lohner Erich. Staatsreform. Zur Neugestaltung des Eidgenössischen Volksstaates. Bern 1938.
– Lohner Erich. Bündnischer Sozialismus. Aarau 1940.
– Loosli C(arl) A(lbert). Umschalten oder Gleichschalten? Bern-Bümpliz 1934.
– Loosli C(arl) A(lbert). Die «Geheimen Gesellschaften» und die Schweizerische Demokratie. Sonderdruck aus dem Offiziellen Gutachten des überparteilichen gerichtlichen Experten im Berner Prozeß betreffend die «Zionistischen Protokolle». Bern-Bümpliz 1935.
– Lorenz Jakob. Stromscheide. In: Wiedergeburt, 9. Jahrbuch des Verbandes der Renaissance-Gesellschaften, 1930–1931, S. 49 ff.
– Lorenz Jakob. Artikel «Politische Erneuerungsbewegungen», in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft. Hg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, Bern 1939, Bd. II, S. 218 f.
– Lorenz Jakob, siehe auch unter: Aufgebot-Bewegung.
– Mann Thomas. Ein Briefwechsel mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn. Zürich 1937.
– Mann Thomas. Vom zukünftigen Sieg der Demokratie. Sonderheft der Zeitschrift «Maß und Welt», hg. von Thomas Mann und Konrad Falke. Zürich 1938.
– Marbach Fritz. Gewerkschaft, Mittelstand und Fronten. Zur politischen und geistigen Lage in der Schweiz. Bern 1933.
– Melchtal Arnold. Der Bankrott der Schweiz. Kritische Betrachtungen. Zürich 1935.
– Meyer Karl. Voraussetzungen für die Demokratie. Vortrag, gehalten in der Gesellschaft für Kunst und Literatur in Kreuzlingen am 15. März 1934, ersch. in: Aufsätze und Reden. Zürich 1952, S. 403 ff.
– Meyer Karl. Unsere Aufgabe nach dem Untergang Österreichs. Vortrag, gehalten am 27. April 1938 vor der Ortsgruppe Zürich der NHG, ersch. in: Aufsätze und Reden. Zürich 1952, S. 439 ff.
– Meyer Karl. Die mehrsprachige Schweiz. Geschichtliche Voraussetzungen des eidgenössischen Sprachenfriedens. Nach einem Vortrag, gehalten am 1. September 1938 am VIII. Internationalen Historikerkongreß in Zürich, ersch. in: Aufsätze und Reden. Zürich 1952, S. 355 ff.
– Minger Rudolf. Das Schweizervolk und seine Landesverteidigung. Aus einer Ansprache, gehalten am 22. April 1934 in Rorschach. Rorschach 1934.
– Muralt Leonhard von. Alte und neue Freiheit in der helvetischen Revolution. Akademische Antrittsrede an der Universität Zürich (10. Mai 1941). Zürich 1941.
– Naef Niclaus. Das Hakenkreuz droht! Dokumente und Tatsachen. Basel-Zürich 1938.
– Näf Werner. Entwicklung und Krise der Demokratie. Vortrag, gehalten am 25. Februar 1934 in der Delegiertenversammlung des bernischen Frauenbundes. Bern 1934.
– Nebelspalter. Gegen rote und braune Fäuste. 380 Zeichnungen, gesammelt aus den «Nebelspalter»-Jahrgängen 1932–1948. Rorschach 1949.
– Nobs Ernst. Die erzieherische Bedeutung der politischen Parteien. Zürich 1937.
– Nobs Ernst. Helvetische Erneuerung. Zürich 1943.

– Oeri Albert. Alte Front. Mit einem Geleitwort von Emil Dürr. Basel 1933.
– Oprecht Hans. Der Zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft. Kultur und Arbeit, Schriften zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, hg. von der SPS. Zürich 1941.
– Pedrotta Fausto. Tentativi di rinovamento nazionale nella Svizzera. Bellinzona 1934.
– Protokolle der Weisen von Zion. – Die größte Fälschung des Jahrhunderts! Mit einem Geleitwort von J(ohann) B(aptist) Rusch. Glarus 1933.
– Raas Emil und Brunschvig Georges. Vernichtung einer Fälschung. Der Prozeß um die erfundenen «Weisen von Zion». Zürich 1938.
– Reynold Gonzague de. La Démocratie et la Suisse. Essai d'une philosophie de notre histoire nationale. 1e éd., Berne 1929. 3e éd. revue et augmentée, Bienne 1934.
– Reynold G(onzague) de. La Suisse et le Monde nouveau. Conférence prononcée à Genève le 26 janvier 1934 sous les auspices de l'Union Nationale. Genève 1934.
– Reynold Gonzague de. L'Europe tragique. La Révolution moderne – la fin d'un monde. Paris 1934.
– Reynold Gonzague de. Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz. Deutsch von Ed. Horst von Tscharner. Luzern 1934.
– Reynold Gonzague de. La Suisse de toujours et les événements d'aujourd'hui. Publ. par la Ligue du Gottard. Neuchâtel 1940.
– Rigassi Georges. Notre libéralisme. Une mise au point nécessaire. Lausanne 1941.
– Rosenberg M(artin). Wer machte in Anpassung? Heft 2 der Schriftenreihe «Zur politischen Lage», hg. vom Generalsekretariat der Schweizerischen (Katholisch)konservativen Volkspartei. Bern 1945.
– Salis J. R. von. Die Stellung der Schweiz in Europa. Separatabzug aus: «Schweizerische Hochschulzeitung». Zürich 1942.
– Saxer Arnold. Die Arbeiterfrage in der nationalen Erneuerungsbewegung. St. Gallen 1933.
– Saxer A(rnold). Die neuen wirtschaftlichen, nationalen und sozialen Strömungen und die nationale Arbeiterschaft. Referat, gehalten an der Delegiertenversammlung des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter vom 16. Juli 1933. Flawil 1933.
– Schmid Werner, siehe unter: Forster Fridolin.
– Schmidhauser Julius. Die Schweiz im Schicksal der Demokratie. Vortrag, gehalten am 11. Dezember 1930 vor der Zürcher Studentenschaft. Zürich 1931.
– Schmidhauser Julius. Der Kampf um das geistige Reich. Bau und Schicksal der Universität. Hamburg 1933.
– Schneider Friedrich. Hütet euch am Morgarten. Ein Mahnwort an die sozialdemokratischen Arbeiter der Schweiz. Basel 1933.
– Schürch Ernst. Der Freisinn und die Fronten. Nach einem Referat vom 13. Mai 1933 vor dem Zentralvorstand der FdP in Olten. Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Nr. 25. Bern 1933.
– Schürch Ernst. Hitler-Deutschland und wir Deutschschweizer. Separatabzug aus: «Der Bund». Bern 1934.
– Schürch Ernst. Bemerkungen zum Tage. Bern 1942.
– Schürch Ernst. Als die Freiheit in Frage stand. Erinnerungen aus der Sturmzeit der Schweizer Presse. Bern 1947.
– Sonderegger René. Die Schweiz im Umsturz? Zeitgemäße Betrachtungen und Vorschläge. Zürich 1933.
– Sonderegger René. Feinde des Volkes. Fortsetzung von: Die Schweiz im Umsturz? Küsnacht-Zürich 1935.

– Sonderegger René, siehe auch unter: Nationaldemokratischer Schweizerbund.
– (Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen). Der Schaffhauser Anpasser-Prozeß. Schaffhausen 1941.
– Stellungsnahme gegen Rassenverfolgung. Öffentliche Kundgebung, veranstaltet von der Bezirksvereinigung für den Völkerbund. Zürich 1936.
– Stucki Walter. Die politische Lage und unsere Aufgabe. Referat am Parteitag der FdP der Schweiz vom 23. Mai 1937 in Luzern. (Vervielfältigtes Exemplar, in: Landesbibliothek Bern, Sign.: Nq 50833).
– Thomas Max-Marc. J'ai signé le manifeste des «200». Genève 1946.
– Unbekannter Verfasser. Der eidgenössische Gedanke. Sendeschreiben eines Schweizers, der im Ausland wohnt, an seine lieben, getreuen Eidgenossen. Frauenfeld 1933.
– Vonwyl (von Wyl) Hans. Ein Schweizer erlebt Deutschland. Zürich 1938.
– Waeffler Hans. Bemerkungen zur Eingabe der 200. Flugschrift. Basel 1946, in: Univ. Bibl. Basel, Sign.: Polit. Conv. 3 Nr. 860.
– Walder Hermann, siehe unter: Amrein Alfred.
– Waser Maria. Lebendiges Schweizertum. Schriften für Schweizer Art und Kunst, Nr. 126/127. Zürich 1934.
– Weber Karl. Schweizerische Pressepolitik. Vortrag, gehalten in der Ortsgruppe Basel der NHG am 27. Januar 1939. Bern 1939.
– Weber Max. Die Gewerkschaften zu den Korporationen und Fronten. Referat am Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Biel vom 18./19. November 1933. Hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bern 1933.
– Weber Max. Die Schweiz im heutigen Europa. Für wirtschaftliche und geistige Unabhängigkeit. Hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bern 1941.
– Weiß Otto. Nationale Erneuerung, Freisinn und Korporationen. Aufgrund von Kommissionsberatungen zusammengestellt. Zürich 1934.
– Wyl von Hans, siehe unter: Vonwyl Hans.
– Zopfi Hans. Anekdoten und Erinnerungen. Affoltern a. A. 1952.
– Zopfi Hans. Aus sturmerfüllter Zeit. 2. Teil der Anekdoten und Erinnerungen. Affoltern a. A. 1954.
– Zopfi Hans, siehe auch unter: Neue Schweiz.

III. MÜNDLICHE QUELLEN

Mitteilungen von:	am:
Biedermann Ernst, Dr., Kantonsschullehrer, Zürich	10. 11. 1966
Bretscher Willy, Chefredaktor, Zürich	12. 9. 1966
Bringolf Walther, Stadtpräsident, Schaffhausen	1. 6. 1967
Dürrenmatt Peter, Chefredaktor, Basel	27. 9. 1966
Eugster Hans, alt Buchdrucker, Heiden	12. 8. 1966
Forster Fridolin, Großstadtrat, Schaffhausen	26. 9. 1966
Hausammann Hans, Major, St. Gallen	29. 10. 1966
Joß Robert, Dr., Rechtsanwalt, Schaffhausen	7. 6. 1965
Meyer Carl, alt Reallehrer, Schaffhausen	12. 9. 1966
Meyer Werner, Dr., Journalist, Zürich	10. 10. 1966
Müller Hans, Dr., Großhöchstetten	25. 5. 1967

Nef Hans, Prof. Dr., Küsnacht/ZH	15. 2. 1965
Reichling Rudolf, Landwirt, Stäfa/ZH	28. 11. 1966
Richner Edmund, Dr., Redaktor, Zürich	7. 12. 1966
Schenck Ernst von, Dr., Journalist, Basel	23. 6. 1967
Schmid-Ammann Paul, alt Chefredaktor, Zürich	15. 9. 1966
Schmid Werner, Nationalrat, Zürich	13. 9. 1966
Uhlmann Ernst, Dr., Korpskommandant, Neuhausen	21. 12. 1966
Wick Karl, Dr., alt Chefredaktor, Luzern	28. 11. 1966
Zellweger Eduard, Dr. Rechtsanwalt, Zürich	10. 2. 1967

IV. GEDRUCKTE DARSTELLUNGEN

(Stand Ende 1967)

- Accoce Pierre et Quet Pierre. La guerre a été gagnée en Suisse. L'affaire Roessler. Paris 1966.
- Bonjour Edgar. Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Außenpolitik. Bd. III, 1930–1939. Basel 1967.
- Diggelmann Walter Matthias. Die Hinterlassenschaft. Roman. München 1965.
- Erb Hans. Geschichte der Studentenschaft an der Universität Zürich, 1833–1936. Zürich 1937.
- Erneuerungsbewegung und Fronten in den dreißiger Jahren. (Vervielfältigtes) Protokoll des Zweiten Treffens für schweizerische Zeitgeschichte vom 16. Januar 1965 in der Universität Bern. (Privatbesitz).
- Etter Jann. Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit (1918–1938). Zürcher Diss. (Im Manuskript eingesehen).
- Favez Jean Claude. Crise de la démocratie liberale: le frontisme, in: Les cahiers protestants, 3/1966, S. 33 ff.
- Gebert A. J. Die Jungliberale Bewegung der Schweiz, 1928–1934. (Seminararbeit). (Vervielfältigtes Exemplar, Privatbesitz Dr. Richner).
- Gilg Peter und Gruner Erich. Nationale Erneuerungsbewegung in der Schweiz, 1925 bis 1940, in: Viertelsjahrhefte für Zeitgeschichte, 1/1966, S. 1 ff.
- Glaus Beat. Die Nationale Front – eine faschistische Schweizer Strömung, 1930–1940. Basler Diss. (Im Manuskript eingesehen).
- Greyerz Hans von. Die Schweiz zwischen zwei Weltkriegen. (Berner) Rektoratsrede 1961. Bern 1962.
- Grimm Bruno. Das Ende der Nationalen Front. Zürich 1940.
- Gruber Christian. Die politischen Parteien der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Zürcher Diss. Wien 1966.
- Hardmeier Benno. Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920 bis 1945). Zürcher Diss. Winterthur 1957.
- Häsler Alfred A. Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge, 1933–1945. Zürich 1967.
- Heimann Erwin. Sturmzyt. Eine Sendereihe, geschrieben im Auftrag von Studio Radio Bern. Gesamtaufbau und Spielhandlung: Erwin Heimann. Geschichtliche Dokumentation: Oskar Reck. Koordination und Ergänzungen: Hans-Rudolf Hubler. Bern 1964.

– Kimche Jon. General Guisans Zweifrontenkrieg. Die Schweiz zwischen 1939 und 1945. Berlin 1962.
– Lachmann Günter. Der Nationalsozialismus in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der Auslandorganisation der NSDAP. Berliner Diss. Berlin 1963.
– (Luchsinger Fred). Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges. 1930–1955. Zum 175jährigen Bestehen der Neuen Zürcher Zeitung. Zürich 1955.
– Maetzke Ernst-Otto. Die deutsch-schweizerische Presse zu einigen Problemen des Zweiten Weltkrieges. Tübinger Studien zur Geschichte und Politik. Tübingen 1955.
– Maier Karl Hanns. Die antiliberalen Erneuerungsbewegungen in der Schweiz und das Entstehen des liberal-sozialen Landesrings der Unabhängigen. Tübinger Diss. (1956). (Vervielfältigtes Exemplar, in: Landesbibliothek Bern, Sign.: Nq 77125).
– Maurer Rudolf. Markus Feldmann (1897–1948). Werden und Aufstieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Berner Diss. Bern 1965.
– Métraux Peter. Die Karikatur als publizistische Ausdrucksform, untersucht am Kampf des «Nebelspalters» gegen den Nationalsozialismus, 1933–1945. Berliner Diss. Berlin 1966.
– Meyer Alice. Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus. Frauenfeld 1965.
– Nolte Ernst. Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus. München 1963.
– Padel Gerd H(ellmut). Die politische Presse der deutschen Schweiz und der Aufstieg des Dritten Reiches, 1933–1939. Ein Beitrag zur Geschichte der geistigen Landesverteidigung. Zürcher Diss. Stäfa 1951.
– Pünter Otto. Der Anschluß fand nicht statt. Geheimagent Pakbo erzählt Bern 1967.
– Quet Pierre, siehe unter: Accoce Pierre.
– Rosenberg Martin. Was war Anpassung, wo war Widerstand? Bern 1966.
– Schloms Konrad. Die neuen und alten politischen Gruppen der Schweiz im Kampf um die Neugestaltung der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874. Abhandlung des Instituts für Politik und öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Leipzig, Heft 50. Leipzig 1937.
– Schmid-Ammann Paul. Der Freiheitskampf der neuen Zeit. Bern 1950.
– Schmid-Ammann Paul. Emil Klöti. Stadtpräsident von Zürich. Ein schweizerischer Staatsmann. Zürich 1965.
– Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund, 1904–1954. Festschrift zum 50jährigen Bestehen. Zürich 1954.
– Weber Karl. Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933–1945. Hg. vom Schweizerischen Zeitungsverlegerverband und dem Verein der Schweizerpresse. Stäfa 1948.

PERSONENVERZEICHNIS

Dieses Verzeichnis führt Personen aus *allen* politischen Lagern auf – also Anhänger und Gegner des schweizerischen Frontismus, Anhänger und Gegner des deutschen Nationalsozialismus. Sind diese Personen Mitglieder einer Front bzw. Partei gewesen, so ist ihre Front- bzw. Parteizugehörigkeit angegeben. Über die Abkürzungen der Front- bzw. Parteibezeichnungen orientiert das Abkürzungsverzeichnis.

Das vorliegende Personenverzeichnis führt in der Regel *nur* die im Textteil genannten Personen auf, die in den Jahren 1930 bis 1945 als politisch handelnde oder geistig führende Menschen hervorgetreten sind. Die biografischen Angaben beschränken sich ebenfalls vorwiegend auf den Zeitabschnitt 1930 bis 1945. Die in den Anmerkungen genannten Personen werden an dieser Stelle nur dann angeführt, wenn von ihnen im Zusammenhang mit einer Handlung, nicht aber in Verbindung mit einer literarischen Arbeit die Rede ist.

rung neuer Industrien. 1939–1941 Leiter eines Büros für Wirtschaftsberatung. 1940 Mitbegründer der Nationalen Bewegung der Schweiz. 1944 Gründer des Bundes Schweizer Nationalsozialisten (in Deutschland). 81, 83f., 86, 91, 101, 103, 343, 416f., 421.

Klöti Emil, Dr. iur., 1877–1963, SP, Zürich. 1928–1942 Stadtpräsident. 1930–1955 Mitglied des Ständerates. 145, 211, 311, 324f., 467.

Köhler Ludwig, Prof. Dr. theol., 1880 bis 1956. 1916–1947 Professor für alttestamentliche Wissenschaft und praktische Theologie an der Universität Zürich. 156.

Kramer Hans, Dr. iur., geb. 1892, BGB, Basel. Rechtsanwalt. 1931–1944 Präsident der Bürgerpartei. 1932–1944 Mitgl. des Großen Rates. 131.

Kronauer Walter, Dr. iur., 1904–1960, JB/SP, Zürich. 1928–1937 Sekretär der Schweiz. Vereinigung für den Völkerbund. 448.

Lang Paul, Dr. phil., geb. 1894, Rüschlikon/ZH. Lehrer an der Kantonalen Handelsschule Zürich. Beeinflußte mit seinen staatspolitischen Theorien in entscheidendem Masse die Ideenwelt der Nationalen Front. 108, 174–178, 181f., 184, 196, 348, 437, 439, 470.

Laur Ernst, Prof. Dr. phil., dipl. ing.-agr., 1871–1964. 1897–1939 Direktor des Schweiz. Bauernverbandes. 1908–1937 Professor für Wirtschaftswissenschaften und Betriebslehre an der ETH. 40.

Leonhardt Ernst, 1885–1945, Basel/Frankfurt a.M. Kaufmann, Major a.D. 1933 Basler und Solothurner Gauführer der NF. 1933–1938 Führer des von ihm gegründeten Volksbundes. 1938–1941 Führer der von ihm gegründeten SGAD. 1941–1944 leitendes Mitgl. des NSSB. 1942–1944 leitendes Mitgl. der NSBidS. 1943 ausgebürgert. 71–74, 76, 86, 93–100, 103, 148, 230, 254, 282, 289, 333, 417, 420.

Lepori Giuseppe, lic. iur., 1902–1968, KK, Bellinzona. 1925–1935 Redaktor des «Popolo e Libertà». 1935–1940 Rechtsanwalt. 126.

Ley Robert, 1890–1945, NSDAP. 1933 bis 1945 Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront. Herausgeber der Nationalsozialistischen Jahrbücher. 416.

Lohner Erich, lic. iur., 1897–1941, Thun. Rechts- und Jugendanwalt. 1928–1933 Präsident der JBS. 171, 436.

Loosli Carl Albert, 1877–1959, Bümpliz/BE. Schweizer Heimatdichter. Politisch-satirische Schriften. Streitbarer Kämpfer gegen die antisemitische Barbarei. 200.

Lorenz Jakob, 1883–1946. 1933–1946 Professor für Soziologie und Wirtschaftskunde an der Universität Freiburg i.Ue. 1933 Gründer und Leiter der Aufgebot-Bewegung. 28, 155.

Lubbe Marinus van der, 1909–1934. Am 10.1.1934 als angeblicher Reichstagsbrandstifter von den Nationalsozialisten hingerichtet. 303.

Maag Albert, Dr. iur., 1890–1946, DP, Zürich. Rechtsanwalt. 1922–1938 Mitgl. des Großen Stadtrates bzw. Gemeinderates. 1923–1940 Mitgl. der Kantonsrates. 448.

Mann Erika, geb. 1905. Schauspielerin und Schriftstellerin. 1933–1937 Leiterin des Kabaretts «Die Pfeffermühle». 225, 448.

Mann Thomas, 1875–1955. Deutscher Dichter. 1929 Nobelpreis der Literatur. Kämpfte als Demokrat und sozialer Humanist gegen Hitler und den Nationalsozialismus. 1934 Emigration aus Deutschland, bis 1938 und seit 1952 in der Schweiz. 183, 197, 225, 438f.

Meier Rudolf, geb. 1907, BGB/BVH, Eglisau/ZH. Landwirt. 1935–1947 Mitgl. des Kantonsrates. 1938–1943 Gemeindepräsident. 39.

Eifriger Publizist, deutete das Wesen der Schweiz aus extrem föderalistischer, konservativer und aristokratischer Sicht. 168, 179, 437, 439, 443.

Rezzonico Nino, dipl. ing., geb. 1900. Erst Liberaler, dann Konservativer. 1933 Gründer der Lega Nazionale Ticinese. 1934 bis 1935 Leiter der von ihm gegründeten Federazione Fascista della Republica del Cantone Ticino. Schloß sich 1935 der irredentistischen Adula-Bewegung an. 61.

Ribbentrop Joachim von, 1893–1946, NSDAP. 1936–1938 deutscher Botschafter in London. 1938–1945 Reichsaußenminister. 93, 100.

Rich Arthur, geb. 1910. Maschinenschlosser. 1932–1937 Theologiestudent, 1932 bis 1935 und 1936–1937 an der Universität Zürich. 424.

Rigassi Georges, lic. phil., 1885–1967, LK. 1923–1945 Chefredaktor der «Gazette de Lausanne». 43, 133, 161, 341, 360.

Rittmeyer Ludwig, Dr. iur., 1897–1963. JB/FdP, St. Gallen. Rechtsanwalt. 1933 bis 1935 Präsident der JBS. 1935–1944 Mitgl. des Nationalrates. 117, 183.

Röhm Ernst, 1887–1934, NSDAP. 1931 bis 1934 Stabschef der SA. Am 30.6.1934 wegen angeblichen Hoch- und Landesverrates festgenommen und hingerichtet. 223, 234, 255, 257, 303.

Roosevelt Franklin Delano, 1882–1945. 1933 bis 1945 Präsident der USA. 183, 356.

Rosenberg Alfred, 1893–1946. 1934–1945 Beauftragter des Führers für die Überwachung der geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP. 161, 197, 268, 289.

Rosenberg Martin, Dr. iur., geb. 1908, Bern. Seit 1934 Bundesstadtkorrespondent des «Vaterland». 1941–1968 Zentralsekretär der Katholisch-konservativen Volkspartei. 131.

Rüegsegger Eduard, geb. 1909, Brugg. Klavierlehrer, stud. iur. 1933–1940 Aargauer Gauführer der NF. 1933–1943 Redaktor der «Front». 117, 278, 281 f.

Rusch Johann Baptist, 1886–1954, Ragaz/SG. 1919–1954 Schriftleiter der «Schweizerischen Republikanischen Blätter». 1921 bis 1950 Leitartikler der «National-Zeitung». Führte mit würzig-trockenem Humor einen mutigen Kampf gegen alle antidemokratischen und nationalsozialistischen Tendenzen. Setzte sich aus tiefer Glaubensüberzeugung für die Würde des Menschen ein. 31 ff., 54, 60, 69, 139, 179, 191, 218, 277 f., 320, 361, 369 f., 402, 449.

Salazar Antonio Oliveira, geb. 1889. 1928 bis 1932 portugiesischer Finanzminister mit umfassenden Vollmachten. 1932–1968 Ministerpräsident von Portugal, das er autoritär beherrschte. 247.

Schaeppi, alias Werner, Benno Heinrich, geb. 1911, NF/BTE/BSG, Zürich/Schaffhausen/Stuttgart. 1936–1938 Landespropagandaleiter der NF. 1941–1944 führendes Mitgl. des BSG. 1943 ausgebürgert. 79, 86, 89–92, 98, 210, 216, 279, 333.

Schaffner Jakob, 1875–1944. Von einem schweizerischen Vater und einer deutschen Mutter stammend, seit 1913 mit einer deutschen Gattin in Deutschland lebend. Erst Schuster, dann Dichter. Fruchtbarer Erzähler. Leidenschaftlicher politischer Schriftsteller, um 1930 mit dem Kommunismus sympathisierend, seit 1936 sich zum Nationalsozialismus bekennend. 1936–1938 Paradepferd der Nationalen Front. 81, 198, 200 f., 250, 324, 416, 442.

Schmid Arthur, Dr. oec. publ., 1889–1958, SP, Oberentfelden/AG. Redaktor des «Freien Aargauers». 1919–1958 Mitgl. des Nationalrates. 310 f.

Schmid-Ammann Paul, dipl. ing.-agr., geb. 1900. 1928–1939 Schaffhauser Bauernsekretär und Redaktor des «Schaffhauser Bauer». 1933–1939 Mitgl. des Großen Rates. 1935 Mitgl. des Nationalrates. 47, 132, 240, 378, 380, 390, 467.

Schmid Werner, geb. 1898, FWB, Zürich. Primarlehrer und Journalist. 1942–1946 Mitgl. des Gemeinderates. 1943–1947 Mitgl. des Kantonsrates. 66, 448.

Schmitt Carl, Prof. Dr. iur., geb. 1888. 1933 bis 1945 Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Berlin. «Seine hohe Begabung für das Aufspüren und die glänzende Darstellung ... elementarer Probleme der politischen Wirklichkeit verband sich mit kritikloser Hingabe an die reale politische Macht, was ihn dazu führte, die Politik Hitlers juristisch zu rechtfertigen.» 197.

Schmitz Paul s. Müller Dominik.

Schneider Friedrich, 1886–1966, SP. 1923 bis 1937 Redaktor der Basler «Arbeiter-Zeitung». 1937–1953 Verwalter der Öffentlichen Krankenkasse Basel-Stadt. 1919 bis 1939 Mitgl. des Nationalrates. 248, 311, 465.

Schürch Ernst, lic. phil., 1875–1960, FdP, Bern. 1925–1941 Chefredaktor des «Bund». Verteidigte, «als die Freiheit in Frage stand», den liberalen Staat. 45f., 70, 146, 253, 364.

Schultheß Edmund, lic. iur., 1868–1944, FdP. 1912–1935 Mitgl. des Bundesrates, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes. 42, 161, 191, 209, 212, 234.

Sinowjew Grigorij, 1883–1936. Bolschewistischer Politiker. 1919–1926 Präsident der III. Internationalen. Am 23.8.1936 als «Trotzkist» in Moskau erschossen. 303.

Sonderegger Emil, 1868–1934. 1918–1920 Divisionär, Kdt. der 4. Division. 1918 im Generalstreik Kdt. der Zürcher Ordnungstruppen. 1920–1923 Generalstabschef. 1933 bis 1934 Propagandatätigkeit für die Nationale Front, den Volksbund und die Volksfront. 72, 116, 119f., 134, 254, 449.

Sonderegger Hans Konrad, lic. theol., Dr. iur., 1891–1944, FWB, Heiden/AR. Rechtsanwalt und Journalist. 1934–1935 Mitgl. des Ständerates. 1939–1943 Mitgl. des Nationalrates. 64–66, 72, 411.

Sonderegger René, 1899–1965, Küsnacht/ZH. Publizist. 1935 Gründer des Nationaldemokratischen Schweizerbundes. Propagierte im Zweiten Weltkrieg die Ideen Hitlers. 62–66, 72, 411f.

Spann Othmar, Prof. Dr. sc. pol., 1878 bis 1950. Professor der Rechts- und Staatswissenschaft sowie der Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre in Brünn und Wien. In seiner Lehre vom «wahren Staat» forderte er den Neubau der Gesellschaft auf berufsständischer Grundlage. 110.

Spengler Albert, 1881–1944, Heimatwehr, Lengwil/TG. Holzhändler. 1920–1938 Mitgl. des Großen Rates. 56.

Spengler Oswald, 1880–1936. Geschichtsphilosoph. Hat mit seiner pessimistischen Kulturbetrachtung und mit seiner Kritik an der Massendemokratie dem Nationalsozialismus geistig den Boden vorbereitet, ohne sich mit ihm zu identifizieren oder dessen Zukunftsaussichten positiv zu werten. 15.

Stalin Dschugaschwili Josef Wissarionowitsch, 1879–1953. 1924–1953 Generalsekretär der Kommunistischen Partei und nach der Liquidierung seiner Rivalen auch tatsächlicher Staatschef der Sowjetunion. 216, 257, 264, 279, 302.

Stampfli Walter, Dr. oec. publ., 1884–1965, FdP. 1929–1940 Direktor der von Roll'schen Eisenwerke in Gerlafingen. 1931 bis 1940 Mitgl. des Nationalrates. 1940–1947 Mitgl. des Bundesrates, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes. 109.

Steiger Eduard von, lic. iur., 1881–1962, BGB. 1941–1951 Mitgl. des Bundesrates, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes. 91, 383, 386.

Streicher Julius, 1885–1946, NSDAP. 1923 bis 1945 Herausgeber des von ihm gegründeten antisemitischen Wochenblattes «Der Stürmer». 73.

Stucki Walter, Dr. rer. pol., 1888–1963, FdP, Bern. 1933–1937 bevollmächtigter Minister, Delegierter des Bundesrates für den Außenhandel. 1935–1937 Mitgl. des Nationalrates. 1937–1944 Schweizer Gesandter in Paris und Vichy. 319–322, 324, 393.

Tobler Robert, Dr. iur., 1901–1962, Zürich. Musiklehrer, Rechtsanwalt. Leiter der 1930 gegründeten Neuen Front. 1933–1935 Zürcher Gauführer der Nationalen Front. 1933 bis 1938 Mitgl. des Gemeinderates. 1935 bis 1939 Mitgl. des Kantonsrates und des Nationalrates. 1938–1943 Landesführer der Nationalen Front bzw. der Eidgenössischen Sammlung. 17, 79, 86f., 108f., 115 bis 117, 122, 139, 141–143, 145, 148, 155, 158, 189, 211, 217–219, 224f., 228, 231, 238, 243, 247, 252, 254, 270, 277, 279, 281, 291, 313f., 333–335, 337–339, 346, 349, 355, 370f., 376, 384, 386, 388, 395–398, 445f., 469, 477.

Traber Alfred, geb. 1884, SP, Zürich. 1931 bis 1954 Bezirksrichter. 1925–1950 Mitgl. des Großen Stadtrates bzw. Gemeinderates. 448.

Trump Georg, Dr. phil., geb. 1891, NSDAP. 1940–1944 Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern. 46, 355.

Uhlmann Ernst, Dr. iur., geb. 1902, FdP. 1927–1953 Redaktor des «Schaffhauser Intelligenzblattes» bzw. der «Schaffhauser Nachrichten». 60, 107, 128, 172, 316.

Ullmann Oscar, Dr. med., 1862–1949, FdP, Mammern/TG. Prakt. Arzt, 1911–1935 Mitgl. des Nationalrates. 191.

Vogelsanger Peter, geb. 1912. Theologiestudent, 1931–1933 und 1935–1936 an der Universität Zürich. 424.

Vonwyl (von Wyl) Hans, Dr. iur., geb. 1899. 1929–1934 Student der Rechte in Zürich, Wien, Basel, Freiburg i. Br. 1930 bis 1932 Führer der von ihm gegründeten Nationalen Front. 1931–1932 Redaktor des «Eisernen Besen». 1933–1934 Journalistischer Mitarbeiter des «Alemannen» in Freiburg i. Br. 1934 Bruch mit dem Nationalsozialismus. Dez. 1935–Dez. 1936 von der Gestapo in Karlsruhe inhaftiert. 108, 114, 148, 254.

Walter Emil Jakob, Dr. phil., geb. 1897, SP, Zürich. Gewerbelehrer. 1930–1962 Mitgl. des Großen Stadtrates bzw. Gemeinderates. 155.

Walter Ernst, geb. 1890. 1921–1934 Sekretär der SP des Kantons Zürich. 1929–1939 Mitgl. des Kantonsrates, bis 1934 als Sozialdemokrat, dann als dissidenter Linkssozialist und vorübergehend als Kommunist. 446, 464.

Weber Karl, Prof. Dr. phil., 1880–1961. Professor für wissenschaftliche Zeitungskunde und praktische Journalistik, 1928 bis 1953 an der Universität Zürich, 1942 bis 1952 an der Universität Bern. 1930 bis 1952 Bundesstadtredaktor der NZZ. 385f.

Weber Max, Prof. Dr. oec. publ., 1864 bis 1920. Professor für römisches Handelsrecht und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Berlin, Freiburg i. Br., München. Untersuchungen über die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus. 110.

Weber Max, Dr. rer. cam., geb. 1897, SP, Bern. 1926–1940 volkswirtschaftlicher Mitarbeiter des Schweiz. Gewerkschaftsbundes. 1940–1944 Zentralpräsident des Schweiz. Bau- und Holzarbeiterverbandes. 1939–1951 Mitgl. des Nationalrates. 43, 47, 135, 300, 302, 316.

Wechlin Heinrich Eugen, Dr. phil., geb. 1897, Bern/Zürich/Bad Godesberg. 1931 bis 1936 Chefredaktor des «Berner Tagblatts». 1933–1936 leitendes Mitgl. der EF. 1936–1938 Privatsekretär von alt Bundesrat Musy. 1938 Hauptschriftleiter des ESAP-Organs «Schweizervolk». 1941 bis 1944 «Reichsredner» des BSG. 1945 ausgebürgert. 81, 91.

SACHVERZEICHNIS

(Vgl. auch das Personenverzeichnis)

Fettgedruckte Zahlen weisen auf ganze Kapitel oder Abschnitte hin, die das betreffende Schlagwort zum Gegenstand der Untersuchung machen.

Ortsnamen werden an dieser Stelle nur dann angeführt, wenn die in den betreffenden Orten sich abspielenden Ereignisse mit dem Frontismus im Zusammenhang stehen.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil orientiert über die verschiedenen Fronten in der Schweiz und die beiden nationalsozialistischen Schweizerbünde im Deutschen Reich. Die Bewegungen sollen – unter Weglassung vieler Einzelheiten – in ihren charakteristischen Merkmalen erfaßt werden. Der summarischen Art der Darstellung entspricht das unvollständige Ausschöpfen des Quellenmaterials. Nur leicht zugängliche, im wesentlichen gedruckte Quellen sind hier verarbeitet worden. Der zweite Teil beschäftigt sich ausschließlich mit der Nationalen Front, der bedeutendsten Erneuerungsbewegung. Hier sind sämtliche in der Schweiz irgendwie auftreibbare Quellen verwertet worden.

Ein Stück Geschichte, die, wie viele behaupten, zur unbewältigten Vergangenheit der Schweiz gehört und der eine beträchtliche Aktualität nicht abgesprochen werden kann.

FLAMBERG VERLAG ZÜRICH